



Württembergisch Franken
Jahrbuch 1996

WÜRTTEMBERGISCHE FRANKEN



JAHRBUCH 1996

Württembergisch Franken

Band 80

Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken



Schwäbisch Hall

Historischer Verein für Württembergisch Franken
1996

Württembergisch Franken

Band 80

Jahrbuch des

Historischen Vereins für Württembergisch Franken



Q

V 564/2 1

ISSN 0084-3067

Herausgeber: Historischer Verein für Württembergisch Franken

Schriftleitung: Andreas Maisch
unter Mitarbeit von Daniel Stihler

Alle Rechte beim Herausgeber

Für den Inhalt einschließlich Abbildungen
zeichnen die Verfasser verantwortlich

Gesamtherstellung: Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen

Titelbild auf dem Schutzumschlag:

Stadtzentrum von Öhringen

(Foto: Stadt Öhringen)

Vorwort

Trotz des etwas schmäleren Umfangs bietet das Jahrbuch Württembergisch Franken auch 1996 einen breitgestreuten Überblick über die regionale historische Forschung. Öhringen, Schöntal und Schwäbisch Hall markieren geographische Schwerpunkte dieses Bandes.

Eine Überblicksdarstellung steht am Anfang: Walter Rößler schildert die Entwicklung des Hohenlohe-Gymnasiums in Öhringen von der Stiftsschule bis zum heutigen Tag. Der Beitrag liegt auch als Sonderdruck zum 450jährigen Jubiläum des Gymnasiums vor.

Die Kunstgeschichte ist mit zwei Beiträgen vertreten: Annette Kemmler-v. Criegern rückt ein wichtiges Werk des Spätmittelalters, den heute in Berlin befindlichen Kanzelträger aus der Öhringer Stiftskirche in ein neues Licht. Eine Fallstudie über die Schwenninger Wallfahrtskapelle liefert Ingo Gabor.

Der Bogen der im engeren Sinne historischen Themen spannt sich von der Gründungsgeschichte des Klosters Schöntal (Marlene Meyer-Gebel) über die Kirchen- und Schulgeschichte Schwäbisch Halls (Andreas Maisch) bis zum Notgeld nach dem Ersten Weltkrieg (Ralf Martius) und der Karriere des aus Hohenlohe stammenden späteren Landwirtschaftsministers von Baden-Württemberg, Friedrich Herrmann (Frank Raberg). Eine biographische Skizze Rüdiger Germans würdigt den aus Schwäbisch Hall stammenden Physiker und Schulbuchautor Wilhelm German.

Wie in jedem Jahrgang runden die Buchbesprechungen und die Vereinsnachrichten den vorliegenden Band ab.

Ohne die bewährte und engagierte Mithilfe von Daniel Stihler, der einen großen Teil der Korrekturdurchgänge und die gesamten Indizierungsarbeiten übernahm, hätte dieses Jahrbuch nicht zustande kommen können. Ihm – wie auch allen Autorinnen und Autoren – gebührt der besondere Dank des Historischen Vereins für Württembergisch Franken.

Albert Rothmund

Vorsitzender des Historischen Vereins für
Württembergisch Franken

Dr. Andreas Maisch
Schriftleiter

Inhalt

	Seite
Walter Rößler: Das Hohenlohe-Gymnasium	7
Marlene Meyer-Gebel: Zu Gründung und Anfängen von Kloster Schö- ntal an der Jagst	65
Annette Kemmler-v. Criegern: Der Öhringer Kanzelfuß in der Berliner Skulpturensammlung	79
Ingo Gabor: Die Wallfahrtskapelle zum Hl. Blut in Schwenningen (Gemeinde Neuler)	151
Andreas Maisch: »Bürgerlich Policey« und »christlich Kirch«: Kirchen- und Schulordnungen der Reichsstadt Schwäbisch Hall	175
Ralf Martius: Notgeld in Schwäbisch Hall von 1914 bis 1924	201
Rüdiger German: Dr. Wilhelm German aus Schwäbisch Hall zum Geden- ken (1896–1983). Ein Leben für den Physikunterricht	219
Frank Raberg: Vom Bauernhof ins Ministerium. Friedrich Herrmann (1892–1954) – Annäherungen an einen »vergessenen« Politiker	223
Ulrich von Sanden: Die Zerstörung Waldenburgs im Zweiten Weltkrieg . .	297
Neue Bücher	325
Aus der Arbeit des Historischen Vereins für Württembergisch Franken im Jahr 1995	351
Neue Mitglieder 1995	361
Orts- und Personenregister	363
Verzeichnis der Mitarbeiter	371
Richtlinien der Redaktion für die Gestaltung von Manuskripten	373

Das Hohenlohe-Gymnasium

VON WALTER RÖSSLER

Das Hohenlohe-Gymnasium gehört zu den ältesten höheren Schulen Deutschlands. Es kann von der Stiftsschule über das Hohenlohische Landesgymnasium, die württembergische Lateinschule und das Progymnasium auf eine ungebrochene Tradition von über 750 Jahren zurückblicken. Wann die ersten Schüler im Chorherrenstift begannen, Latein zu lernen, ist nicht bekannt. Die erste sichere Erwähnung eines Schulmeisters stammt aus dem Jahr 1234, als ein *Otto scolasticus de Oringawe* als Zeuge in einer Urkunde auftrat¹. Johann Christian Wibel nennt schon für das Jahr 1170 einen Scholastiker Gottfried, und bis zur Reformation gibt es noch sechs weitere Nennungen².

Stiftsschule

Von der Stiftsschule ist wenig überliefert. Die Lehrer waren wohl keine Kanoniker (Inhaber einer Chorherrenstelle), obgleich der Magister Hermannus von 1289 Chorherr gewesen sein könnte. Mehrere nannten sich Magister, sie hatten also eine Universität besucht und diesen akademischen Grad erworben. Einen gewissen Einblick erhalten wir durch den Anstellungsvertrag des Schulmeisters Gabriel von Rosenbach aus dem Jahr 1526, also immer noch 20 Jahre vor der Aufhebung des Stifts³. In einem einleitenden Absatz werden seine Aufgaben zusammengefaßt *Geschäfte des Stifts* genannt, wozu gehörten: Reden, Reiten, Kopien anfertigen, Schreiben, *auch anders von wegen des Stifts hendeln und thon*. Er war also beileibe nicht nur Lehrer, sondern auch Schreiber, Bote und Unterhändler. Dann hatte er mit den Schülern den Gesang bei den Chorgebeten zu leiten, bei Prozessionen mitzuwirken. Erst danach heißt es, *er soll auch die Schul nach notturft wol versehen*. Dafür hatte er einen *Baccalaureus* oder *Substitut*, also einen Gehilfen, d. h. es gab einen zweiten Lehrer. Da wir manchmal auch von einem Kantor hören und von drei Klassen die Rede ist, scheint es insgesamt drei Lehrpersonen gegeben zu haben. Eine Stiftsschule hatte zur Aufgabe, theologischen Nachwuchs heranzubilden, aber bald stellten sich weitere Bedürfnisse ein. Man brauchte auch Vorbildung für akademische Berufe wie Arzt und Jurist und andere wie Kaufmann,

1 WUB, Bd. 3, Nr. 339 und 844.

2 J.C. Wibel: Hohenlohische Kirchen- und Reformations-Historie. . . , 4 Bde., Onolzheim 1752–1755, S. 16 und S. 58.

3 Archiv des Hohenlohe-Gymnasiums Öhringen, Bü 15 (im folgenden abgekürzt AHGÖ).

Schreiber usw. Im erwähnten Anstellungsvertrag steht, der Lehrer möge die Schüler mit guter Lehre und Zucht unterweisen, *damit von der Bürgerschaft nit sonder klag bescheen*. Damit ist erwiesen, daß auch Bürgersöhne die Stiftsschule besuchten. Dort lernten sie Lesen, Schreiben und Singen und vor allem Latein, die Sprache der Bibel und der ganzen Wissenschaft. Lehrplan und Lehrstunden sahen auch nach der Übernahme der Stiftsschule durch die Grafen von Hohenlohe noch ziemlich genau so aus, wie uns die erste Schulordnung versichert, so daß sie dort dargestellt werden.

Hohenlohisches Gymnasium

Die Anfänge

Die Reformation wurde in den Grafschaften der Hohenloher spät eingeführt. Sie kam erst 1544 mit der Berufung des Caspar Huberinus zum Stiftsprediger und dessen Anstoß zur Umwandlung des Gottesdienstes und der Aufhebung des Stifts. Von Anfang an dachte Huberinus auch an die Reformation der Schule. So empfahl er schon in seinem ersten Brief an den hohenlohischen Rat Stemmler vom 12. 1. 1544 *einen gelehrten Gesellen, hat zu Wittenberg studiert*, den späteren ersten Lehrer der Lateinschule Ruthenus⁴. Doch als dann Huberinus Prediger in Öhringen war, wurde zunächst kein ernsthafter Schritt getan, denn die Grafen zögerten aus politischen Rücksichten. So rührte man auch nicht an die Schule, die ja zum Stift gehörte. Erst als Huberinus im Frühjahr 1546 den Grafen eine Art Ultimatum stellte, wurde die Reformation vorangebracht, der evangelische Gottesdienst mit Abendmahl in beiderlei Gestalt eingeführt, das Stift aufgehoben und auch die Schule von den Grafen übernommen.

Am Dienstag nach Pfingsten 1546 schrieb Graf Albrecht seinem Rat Stemmler: *Ihr wollen auch mit dem Schulmeister, der vorhanden... zu dienste annemen, und hierinnen alles was euch fürnutz und gut ansieht, handeln und vollziehen, ...*⁵. Stemmler wurde auch beauftragt, den seitherigen Stiftsschulmeister zu entlassen seiner und seines Weibes *Ungeschicklichkeit halber* und ihrer beider *Unwesen* wegen. Es besteht kein Zweifel, daß der neue Schulmeister Ruthenus war, und der war bereits vorhanden, also in Öhringen anwesend. So läßt sich auch erklären, daß von Wibel im 18. Jahrhundert an bis heute immer wieder 1545 als Datum der Gründung der Hohenlohischen Lateinschule genannt wird. Im *Album Scholasticum*, dem Lehrer- und Schülerverzeichnis, das 1780 begonnen wurde, heißt es: *Joannes Ruthenus, Gnostipolitanus, Scholae Conditor anno MDXLV*⁶, also Begründer der Schule im Jahr 1545. Mit letzter Sicherheit lassen sich allerdings die Anfänge des Hohenlohischen Gymnasiums nicht mehr rekonstruieren. Vermutlich

4 *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 310 und AHGÖ, Bü 1.

5 *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 348.

6 AHGÖ, Bü 2, S. 28.

holte Huberinus den Magister Ruthenus schon 1545 nach Öhringen. Er muß zwischen Oktober 1545 und Pfingsten 1546 gekommen sein, denn in einem Brief vom 30. September 1557 schreibt er, er versehe seinen Schul- und Kirchendienst in Öhringen nun im zwölften Jahr⁷. Fest steht, daß an Pfingsten 1546 der Wechsel stattfand: der alte Schulmeister wurde entlassen, Ruthenus angestellt, und die Schule wurde von ihm zusammen mit Stemmler neu geordnet.

Schulordnungen⁸

Die neue Schule war zunächst weithin die alte Stiftsschule, das steht klar und deutlich in der ersten Schulordnung des Ruthenus. Die Klassen der Stiftsschule wurden also weitergeführt, und es gab drei Lehrer, Ruthenus, der zugleich Rektor war, den Kantor und den Substitut. Einer der weiteren Lehrer ist bekannt, Georg Schuhmann aus Hessenaue, der 1547 von den Grafen Albrecht und Georg mit einem Dankschreiben verabschiedet wurde. Er habe, heißt es, die Lateinische Schule versehen, als Stemmler den Auftrag erhielt, sie neu zu bestellen⁹. Im späteren Lehrerverzeichnis wird er bei den Konrektoren an erster Stelle genannt: *Rutheni in condenda schola impigerrimus adjutor* mit der Jahreszahl 1545. Mehrere Schulordnungen aus den Anfängen der Schule geben Auskunft über die Verfassung dieser Anstalt. Sicher zu datieren ist die Ordnung, über die der *Prediger und im zugeordnete Pfarher und Ruthenus befunden* haben. Sie ist überschrieben: *Ein Ordnung wie es in der schul zu Oringew gehalten möchte werden* mit dem späteren Zusatz *zusammen beschrieben Anno 1549 den 6. Febr.*. Wahrscheinlich etwas älter ist eine offensichtlich von Ruthenus verfaßte, sich gegen Angriffe wehrende Schrift mit dem Titel *Ein kurzer Unterricht, wie es inn der Schul zu Oringaw gehalten werde*. Überschriften und Inhalte weisen die beiden Schulordnungen als eng zusammengehörig aus. Weit ausführlicher ist dann die Ordnung aus dem Jahr 1571, die in mehreren Abschriften erhalten ist. Sie wurde nach der großen Visitation 1581 leicht verändert und galt dann von 1582 an über Jahrhunderte, eigentlich bis zum Ende des Hohenlohischen Gymnasiums im Jahr 1811, auch wenn sie um 1700, wie erwähnt wird, schon als veraltet galt. Zwei Abschriften dieser ausführlichen Schulordnung im Archiv des Hohenlohe-Gymnasiums nennen sich *Statuta Scholae Oringensis*.

⁷ *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 86–87.

⁸ Zu den Anfängen, den Schulordnungen und der Geschichte überhaupt: *A. Wolf*: Lateinische Schule und Gymnasium in Öhringen, in: *Württembergische Kommission für Landesgeschichte* (Hrsg.): *Geschichte des humanistischen Schulwesens in Württemberg*, Bd. 2,2, Stuttgart 1920, S. 615–635; *G. Franz*: *Vom Öhringer Chorherrenstift zum Hohenlohe-Gymnasium* (Mitteilungen des Vereins Freunde des Hohenlohe-Gymnasiums e. V., Sonderausgabe, 1991); *E. Sehling*: *Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts*, Bd. 15,1 bearb. von G. Franz, Tübingen 1977, S. 504–508 (Abdruck eines Teils der Schulordnung von 1582); AHGÖ, Bü 1, 15; Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein, K 103, F 1 (künftig abgekürzt HZAN).[†]

⁹ *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 361–362.

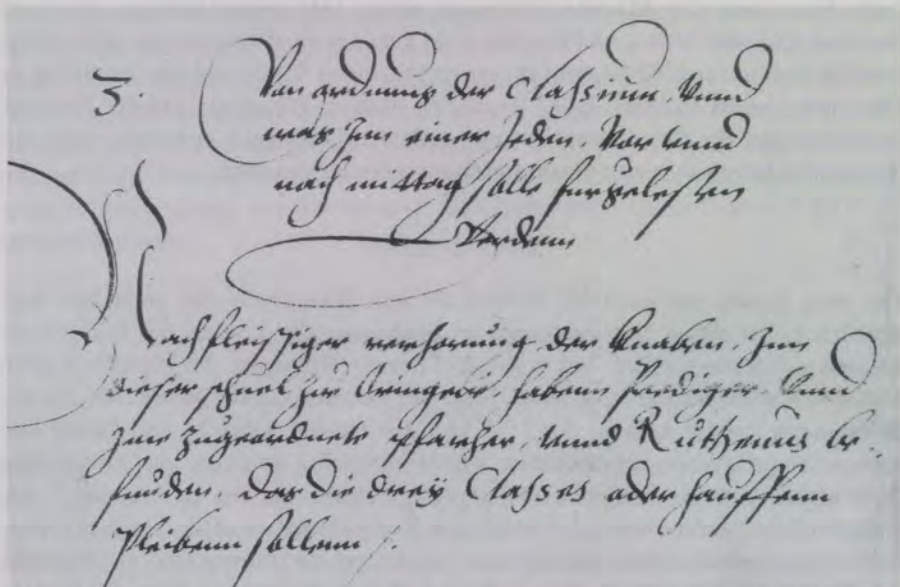


Abb. 1 Schulordnung von 1549. Ruthenus wird in diesem Abschnitt als Mitautor genannt. Über die Bildung der Klassen heißt es: »Nach fleißiger vernehmung der Knaben, inn dieser schuel zue Oringew, haben Prediger, und ime zugeordnete pfarher, unnd Ruthenus befunden, das die drey Classes oder hauffen pleibenn sollen.«

Die Schulordnung von 1549

Diese erste Schulordnung betont, daß die Organisation der Schule in drei Klassen oder Haufen ebenso wie die Unterrichtszeiten bleiben sollen. Nach der Anrufung des dreieinigen Gottes handelt die Ordnung von den Zielen der Schule. Es sollen Leute erzogen werden, welche zukünftiglich der Kirchen Gottes dienen und fürsteeen, es solle auch gute policey und das haus regiment angerichtet und erhalten werden. Also für den Dienst in Kirche und Staat sind die Schüler auszubilden. Drei Dinge seien bei dieser Schulbildung wichtig, erstens Gottseligkeit, und dabei werden konkret die Unterweisung im Katechismus und in den Evangelien genannt, zweitens gute Kunst lernen, d. h. die artes, Latein, bestehend aus Grammatik, Rhetorik, Dialektik, und zwar zu ordentlicher auslegung der heiligen Schrift, drittens guette sitten, damit die Menschen in christlicher Zucht und bürgerlicher Erbarkeit leben. Die Bildung steht also zuerst im Dienst der Religion, Gottseligkeit ist das wichtigste Ziel, Latein lernt man, um die Bibel auslegen zu können. Von anderen Bildungs- und Wissensbereichen ist nicht die Rede. Entsprechend beginnt und endet der Unterricht mit Gebeten, Chorälen und dem Aufsagen des Katechismus.

Danach handelt die Ordnung vom Unterricht, der Organisation der Schule und den Inhalten der einzelnen Klassen und Stunden. Die drei Klassen werden unterrichtet vom Präzeptor oder Rektor (Klasse I), vom Kantor (Klasse II) und vom Substitut (Klasse III, die unterste). Es werden täglich sechs Stunden gegeben, drei am Vormittag und drei am Nachmittag, Unterrichtsbeginn ist im Sommer um sechs Uhr, im Winter um sieben, die Nachmittage am Mittwoch und Samstag sind frei. Zählt man zusammen, so entfallen in den Klassen I und II auf Latein je 24 Stunden, der Rest auf Religion und Gesang, der bei den Gottesdiensten und Beerdigungen von Schülern übernommen wurde. Am Freitag vormittag, Samstag nachmittag und am Sonntag vor- und nachmittags besuchen alle Schüler unter Aufsicht der Lehrer Gottesdienste.

In den Klassen I und II, den oberen, gehört der Vormittag dem Unterricht (*praeceptio*), also dem Lateinunterricht in Grammatik, Stil- und Wortschatzübungen, der Nachmittag den lateinischen Autoren. Genannt werden für Klasse I Terenz, die Reden Ciceros und die Fabeln Äsops, in Klasse II gibt es noch keine Ganzschriften, es werden damals übliche Textsammlungen benützt. Die Klasse III ist in drei Stufen geteilt. Die unterste lernt Buchstaben, die zweite setzt Silben zusammen, die dritte lernt flüssig lesen, entsprechend heißen die Schüler *Alphabetarii*, *Syllabisantes* und *Legentes*. Dabei wird von Anfang an auch Latein gelernt, täglich zwei neue Wörter, es wird ferner die deutsche und lateinische Schreibschrift eingeübt und mit dem Deklinieren und Konjugieren begonnen. Die Schüler rücken in den Klassen und von Klasse zu Klasse je nach ihren Lernfortschritten vor.

*Der Aufbau des Gymnasiums, die frühen Direktoren*¹⁰

Man sieht, dies war noch kein Gymnasium, sondern eine Lateinschule mit zwei bis drei Klassen, zwei Klassen, weil ja die dritte noch eine Art Grundschule war. Ein neuer Ansatz wird im Religionsunterricht deutlich, wo der Katechismus und wo Choräle gelernt wurden, der Katechismus zuerst auf deutsch, später auf lateinisch. Sonst herrschte der Unterrichtsbetrieb, wie er sich im späten Mittelalter und im Humanismus entwickelt hatte. Ruthenus war schon in Wittenberg Lehrer gewesen, er brachte gewiß seine Vorstellungen mit, und er knüpfte an das Vorhandene an. Die von ihm stammende Rechtfertigungsschrift *Ein kurzer Unterricht...* aus dem dritten Jahr seines Wirkens – anscheinend hatte die Schule nur geringen Zulauf – sah schon vier Klassen vor, und es sollte auch Griechisch unterrichtet werden.

Ruthenus war ein Mann von 30 Jahren, als er Präzeptor und Rektor in Öhringen wurde. Um 1515 wurde er wahrscheinlich in Burgkunstadt (nicht in Cannstatt) geboren, nach acht Jahren, 1554, verließ er den Schuldienst und wurde Pfarrer, 1565 scheint er als Archidiakon in Öhringen gestorben zu sein. Wie die Schule sich in diesen ersten Jahren entwickelte, von den Schwierigkeiten, die es gab, erfahren

¹⁰ AHGÖ, Bü 2; *Wibel* (wie Anm. 2), Bd 1, S. 564–581; *O.Haug* (Hrsg.): Baden-Württembergisches Pfarrerbuch, Bd. 2, Württembergisch Franken, Tl. 1., Stuttgart 1985.

wir nur wenig. Ruthenus verteidigte sich im dritten Jahr, er gab zu, daß die Schule *gering*, also klein sei, entschuldigte seine bescheidenen Erfolge mit der mangelnden Begabung der Schüler¹¹. Als 1547 der langjährige Haller Rektor Sebastian Coccius von den Grafen gerufen und als *Superintendent* den Öhringer Schulmeistern vorgesetzt wurde, kam es zum Streit. Die Grafen griffen 1549 ein und verboten den Lehrern das *Stolzieren* bei Androhung der Entlassung. Es scheint, die erste Schulordnung gehört in diesen Zusammenhang, und Coccius war vermutlich an ihrer Abfassung beteiligt¹².

Der Nachfolger von Ruthenus war Johannes Lauterbach. Er stammte aus der Lausitz. Mit 22 Jahren wurde er 1553 auf Empfehlung Melanchtons – also auch hier wie bei Ruthenus die Verbindung mit Wittenberg – Hofmeister in Neuenstein und im Jahr darauf Rektor der Lateinschule in Öhringen. Das Verzeichnis seiner Schriften im *Album Scholasticum* enthält zehn Titel, 1558 wurde er von Kaiser Ferdinand zum Poeta Laureatus gekrönt, 1567 verließ er Öhringen und wurde Rektor der Lateinschule in Heilbronn, wo er 1593 starb. Nach Wibel kamen in dieser Zeit, und zwar 1558, weitere Lehrer an die Schule, was wohl auch heißt, daß mehr Schüler eintraten¹³. So wurde eine weitere, vierte Klasse, gebildet. Außerdem entstand unter und mit Lauterbach nun eine ausführliche Schulordnung, die 1571 von den Grafen bestätigt wurde. In ihr wird die Schule wiederholt Gymnasium genannt, d. h. es wurde auch Griechisch unterrichtet. Wann schließlich ein fünfter Lehrer und eine fünfte Klasse dazukamen, ist nicht ganz klar, die fünfte Klasse hat es nach Wibel ab 1610 gegeben. Von da an bis zum Ende des Hohenlohischen Gymnasiums hat sich in der Organisation nichts mehr geändert: Es gab fünf Klassen mit fünf Lehrern.

Auf Lauterbach folgte im Rektorat der 40jährige Karl Christoph Beyer, der aus Speyer stammte. Er trat das Amt 1567 an und schied 1582, offenbar im Unfrieden, denn es wird berichtet, er sei wegen *Unfleißes* entlassen worden. Dahinter steht offensichtlich eine Auseinandersetzung mit der geistlichen Aufsicht, die ihm massive Vorwürfe machte, von Unpünktlichkeit über unsoliden Lebenswandel bis hin zu mangelnder Treue zum evangelischen Bekenntnis, welch letzteres sicher der Kern der Auseinandersetzung war. Obwohl 1581 in einer Visitation unter Leitung des württembergischen Theologen und Tübinger Kanzlers Jakob Andreä dem Rektor Beyer und den Lehrern reine Lehre und gute Arbeit in der Schule bescheinigt wurden, verließ Beyer im Jahr darauf Öhringen. Die Schulordnung wurde auf Empfehlung Andreäs hin überarbeitet, aber nicht wesentlich geändert. Es ist die Fassung von 1581, die 1582 genehmigt wurde.

Auf Empfehlung Andreäs kam dann der junge Magister Leonhard Taurinus als erster Präzeptor und Rektor nach Öhringen. Er war 28 Jahre alt und stammte aus Allmannshausen bei Kitzingen. Nicht weniger als 51 Jahre blieb er der Leiter des Gymnasiums, bis er 1633, mitten im Dreißigjährigen Krieg, in den Ruhestand trat.

11 Schulordnung: Ein kurzer Unterricht, AHGÖ, Bü 1.

12 Wibel (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 101–102.

13 Wibel (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 579 u. 654–656, Bd. 4, S. 246; AHGÖ, Bü 2; HZAN, K 103, F 1.

Vier Jahre darauf starb er in Öhringen. Bei seiner Verabschiedung wurde er mit viel Lob bedacht, ehemalige Schüler, nun in bedeutenden Stellungen, waren anwesend. Im Jahr 1627 sollen 131 Schüler das Gymnasium besucht haben, 25 noch in der obersten Klasse. Das ist wesentlich mehr als im 18. Jahrhundert, wo wir genaue Zahlenangaben haben. Professoren in Wittenberg und Tübingen sollen die Öhringer Studenten wegen ihrer guten Kenntnisse in Griechisch und Latein gelobt haben. Taurinus förderte vor allem auch die Musik, *vocaliter und instrumentaliter*. Es soll vier Chöre gegeben haben, auch Handwerker übten sich in der Musik¹⁴.

Gymnasium Hohenloicum

Die Schulordnung von 1571/82

Die *Greveliche Hohenloische Verneurte und Cofirmirte Schul-Ordnung* vom Jahr 1571 in der Fassung von 1582 war bis zum Ende der Herrschaft der Hohenloher im Jahr 1806 in Kraft, wenn auch nicht immer im Bewußtsein und in Beachtung. Die gemeinsame Trägerschaft der verschiedenen Grafen und späteren Fürsten von Hohenlohe hat Reformen, aber auch die Anstellung von Lehrern und jede Maßnahme immer wieder behindert, denn jeder Änderung mußten lange Verhandlungen vorausgehen. Finanziert wurde die Schule aus dem Stiftsvermögen und dem Schulgeld der Schüler.

Die recht umfangreiche Schulordnung handelt nacheinander von der Schulaufsicht, den Lehrern, den Schülern, den Gesetzen der Schule (in lateinischer Sprache), der Organisation, den Lehr- und Stundenplänen und schließlich den Schalexamina. In einem Anhang werden Schulgebete und Gesänge aufgeführt, die zu Beginn und am Ende des Unterrichts benützt wurden.

Schulaufsicht

Das Gymnasium stand unter der Aufsicht von Inspektoren, die später im allgemeinen Scholarchen genannt wurden. Die Zusammensetzung der Aufsicht, des Scholarchats, hat sich im Lauf der Zeit etwas verändert. Zunächst heißt es in der Schulordnung, daß neben einem *ehrbaren Rath* (dem Vertreter der gräflichen Regierung) *auch die vier Kirchendiener* (Pfarrer) *ein fleißiges Aufsehen auf die lateinische Schuel zu Oehringen haben sollen*. Außerdem gehörte bald auch der Rektor zum Scholarchat, später in der Regel noch ein Arzt. Die Scholarchen waren zuständig für die Anstellung der Lehrer nach einem genau vorgeschriebenen Verfahren und einer wissenschaftlichen Prüfung unter ihrer Aufsicht. Bewerbungen wurden dann der Herrschaft vorgelegt und schließlich entschieden. Die eigentliche Schulaufsicht sollten die Scholarchen in wöchentlichen Schulbesuchen

14 AHGÖ, Bü 3; HZAN, K 103, F 1; *Wibel* (wie Anm. 2): Bd. 1, S. 569–571 u. Bd. 4, S. 253–254.

und zwei Examina im Frühjahr und im Herbst ausüben; viermal im Jahr sollten sie konferieren und dabei auch die Ausstattung der Schule bedenken. Wir erfahren aber durch mancherlei Klagen der Rektoren, daß beileibe nicht alle Vorschriften auch eingehalten wurden. Die Examina wurden regelmäßig veranstaltet, aber mancher Scholarch ließ sich sonst kaum in der Schule blicken.

Rektor und Lehrer

In dieser Schulordnung von 1582 ist noch von vier Klassen und vier Lehrern die Rede. Der erste Präzeptor und Rektor unterrichtete die Klasse I, die Prima, die übrigen Präzeptoren, im Rang abgestuft, die Klassen II bis IV, nach 1610 bis V. Im allgemeinen war die Klasse V die unterste, die Klasse I die oberste Klasse. Mindestens die Lehrer der oberen drei Klassen waren Akademiker, hatten in der Regel mehrere Jahre Theologie studiert und waren oft zunächst Hauslehrer gewesen oder auch Vikare und Pfarrer. Später wechselten sie häufig wieder in das Pfarramt, nicht ungerne, war doch der Geistliche höher eingestuft und dotiert. In den meisten Fällen blieben aber die Lehrer doch jahrzehntelang in ihrer Stellung, rückten allenfalls eine oder zwei Stellen höher, wenn ein Lehrer ausschied.

Der Rektor war der Lehrer der Prima und hatte die Aufsicht über seine Kollegen, sollte diese aber mit Augenmaß und Takt wahrnehmen, Beanstandungen *freundlich und bescheidenlich* vorbringen. Er war verpflichtet, den Unterricht der Lehrer zu besuchen, und mancher Rektor tat es seinem Plan nach jede Woche; er war auch zuständig für die Aufnahme und das Ausscheiden der Schüler. Im übrigen leitete er das Gymnasium und hatte dabei im Alltag hundert Dinge zu bedenken und zu entscheiden wie auch heute noch.

Die Lehrer legten bei Amtsantritt einen ausführlichen Eid ab. Sie gelobten, *Schul und Kirchen zu Öhringen und der ganzen löblichen Grafschaft Hohenlohe treu und hold zu sein*, ferner soll ihnen *die Christliche Religion sonderlich und für allen Dingen lassen angelegen sein*. Von bürgerlich ehrbarem Wandel ist die Rede, von Pünktlichkeit im Unterricht, dem Verhalten gegenüber den Eltern, dem Umgang mit den Schülern, der Pflicht zum Besuch des Gottesdienstes und von der Teilnahme am Kirchengesang und ausdrücklich der Mäßigung beim Züchtigen, *damit man auch in der Straf ein väterliches Herz und keinen Neid (Haß) spüre*. Am Ende sollen sie auch *nit zweifeln, derselbige treue und gerechte Gott werde solche ihre mühselige Arbeit und treuen Fleiß in diesem und jenem Leben reichlich wissen zu vergelten*. Arbeit, auch mühselige, gab es genug, denn der Lehrer hatte in seiner Klasse alle Stunden von Montag bis Samstag zu geben, an sechs Vormittagen je drei, an vier Nachmittagen ebenfalls je drei Stunden, macht zusammen 30 Wochenstunden. Dazu kamen die Gottesdienste, die Teilnahme an Beerdigungen und für die meisten noch privater Unterricht, um die knappe Besoldung aufzubessern.

Ein Präzeptor jener Zeit begann seine Berufstätigkeit, wenn er Anfang zwanzig war. Leonhard Taurinus war 28, als er bereits Rektor in Öhringen wurde, und dann war er 51 Jahre im Dienst, denn es gab keine geregelte Pensionierung.

Mancher Lehrer unterrichtete noch mit 75, andere starben früh. Rektor Hick schied 1775 mit 78 Jahren aus dem Dienst, der letzte Rektor der hohenlohischen Zeit, Johann Matthäus Engel, wurde 1744 geboren, 1772 war er Präzeptor der Klasse III, dann wurde er Konrektor und 1802 Rektor; 1823, mit 79, ging er in den Ruhestand. Nicht selten starb ein Lehrer im Dienst, so Johann Karl Ernst 1799 im Alter von 47 Jahren; noch kurz vor seinem Tod hatte er aus finanziellen Gründen seine Ablösung abgelehnt. Georg Paul Neidhardt war Lehrer der Klasse V, er starb am 5. April 1799, 74 Jahre alt *in limine Gymnasii ... beata morte*, also im Schulgebäude durch einen schönen Tod. So steht es im *Album Scholasticum*. Im selben Jahr 1799 schrieb der Französischlehrer Karl Friedrich Wild in seinem Schulbericht, er sei fast blind, man möge deshalb die Fehler in seinem Schreiben entschuldigen. Er war dann immer noch drei Jahre im Dienst. Rektor Eggel war zu der Zeit auch schon 66 Jahre alt. Von fünf Lehrern waren zwei jenseits der heutigen Pensionsgrenze, einer war todkrank, einer fast blind. Die Lage der Lehrer und auch der Schule war wahrhaftig nicht immer rosig¹⁵.

Immer wieder war der Verlust von Einkommen schuld daran, daß die Lehrer an ihren Posten festhielten. Wenn sie auch die Grundbesoldung behalten durften, verloren sie doch das Schulgeld und andere Nebeneinnahmen. Die ältesten Angaben zur Besoldung der Lehrer stammen aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. 1605 erhielt der zweite Präzeptor 55 Gulden im Jahr, dazu an Früchten 8 Malter Roggen, 6 Malter Dinkel, 4 Malter Hafer, 1½ Fuder Wein, außerdem freie Wohnung¹⁶. Das zusätzliche Einkommen bestand aus dem Schulgeld der Schüler, vierteljährlich zu zahlen, dem Ein- und Ausstand (Zahlung der Schüler beim Eintreten in die Klasse und beim Ausscheiden), dem Weihnachtsgeld, Gebühren für Gesang bei Beerdigungen und anderen Anlässen, Einnahmen für Privatunterricht und einigen kleineren Posten. Zusammen ergab das ungefähr 70 Gulden im Jahr, vielleicht auch 80. Der Rektor erhielt etwa ein Drittel mehr, also um die 100 Gulden, der unterste Lehrer halb so viel. Aus dem Jahr 1780 haben wir genaue Angaben. Da kam der Rektor auf 270 Gulden Grundgehalt und zusätzlich 100 Gulden für seine Vorlesungen, der Konrektor auf 200, die übrigen Präzeptoren auf etwas über 100 Gulden Grundgehalt, dazu – ebenfalls abgestuft – die Früchtevergütung, die freie Wohnung und die oben aufgeführten Nebeneinnahmen. Will man das in Kaufkraft unserer Tage ausdrücken, müßte man die Guldenbeträge mit etwa fünfzig multiplizieren, und man käme auf Einnahmen von 10000 bis 20000 DM im Jahr. Das ist, verglichen mit heute, nicht eben viel, muß aber auskömmlich gewesen sein. Die Pfarrer standen übrigens noch über dem Rektor, was Gehalt und Rang betrifft. Mit wie wenig mancher damals auskommen mußte, zeigt die Besoldung des Französischlehrers im 18. Jahrhundert. Für 15 Wochenstunden erhielt er im Jahr 1780 10 Gulden dazu 20 Gulden Früchte- und Wohngeld und das Schulgeld, das vielleicht 40 Gulden ausmachte. Nach dem Tod

15 AHGÖ, Bü 2 (Lehrerverzeichnis).

16 Zur Besoldung: AHGÖ, Bü 2, 3, 7, 19, 348–357; HZAN, K 103, F 1, Nr. 56 u. 63.

HOHENLOICI GYMNASII PENSUM,

Ejusque

In V. Discipulorum ordines, semestriaque tempora, quibus lustratur publicè, dies item, & horas distributio, & conficiendi ratio.

Disperitio

Anno Christiano M.DC.XCII. post autumnum

SCHOLARCHA, ET RECTOR

MICHAEL BULTOWSZKY de Dubycz,
Hung. Prof. Philos.

Approbarunt

SUPERIORES.

Xenoph. οὐδὲν ἕως ἕτε βυρρηνον, ἕτε κακοῦ 'αὐθραπυας, ἀς ἡ ταλῆς.
Quintil. Una res qualibet nihil intermittentes fatiget, faciliusq;
est multa facere, quam diu.

Oringæ, Literis Joann. Fuxii, Typogr. Hohenl, M.DC. XCVI.

Abb. 2 Titelblatt des Lehrplans von 1696. Die Schule wird Gymnasium Hohenloicum genannt.

des letzten französischen Sprachmeisters schrieb Rektor Engel 1821 in seinem Schulbericht, die Besoldung habe zum Auskommen eines Mannes von Ehre nicht ausgereicht¹⁷.

Lehrplan und Unterricht

Die höhere Schule blieb überall bis weit ins 19. Jahrhundert humanistisch ausgerichtet mit Latein als Kern, mit Griechisch und für manche Schüler auch Hebräisch. Die Auseinandersetzung um die Realfächer, also die neuen Fremdsprachen, um Mathematik und Naturwissenschaften, zog sich über mehr als hundert Jahre hin. In Öhringen gab es ab 1922 endgültig einen Realzug, der humanistische Zug wurde 1937 abgeschafft. Bei allem Wandel, den es auch gab, beherrschte also das Latein den Unterricht. Von den 29 Wochenstunden des Jahres 1582 gehörten 20 diesem Fach in der obersten Klasse, 1696 war es nicht anders; Griechisch gab es in den beiden oberen Klassen fünf bis sechs Stunden, die restlichen Stunden gehörten der Religion und der Musik. Nach

1700 besuchten die Schüler der obersten Klasse noch Vorlesungen in den Fächern Hebräisch, Mathematik und Philosophie.

Latein

Latein war nicht ein Fach neben andern, sondern Unterrichtssprache, sobald es möglich war. Es umfaßte alle Wissenschaften, war also in sich unterteilt. Lateinunterricht im engeren Sinn hieß Grammatik, dazu gab es Stilübungen (1696 in Klasse I hieß der ganze Lateinunterricht so), die Lektüre der klassischen Autoren, allen voran Cicero, in den oberen Klassen noch Rhetorik und Dialektik. Unter dem rührigen Rektor Bulyowski de Dulycz wurde die Lektüre der lateinischen Autoren besonders gepflegt, Sallust, Horaz, Florus, Terenz werden genannt¹⁸.

Der Lateinunterricht begann in Quinta, der untersten Klasse, mit Lesen, Nachsprechen, Schreiben, Wörterlernen, Deklinieren und Konjugieren. Die Schüler waren da fünf bis acht Jahre alt, manche auch noch älter. Die Lehrmethoden früherer Jahrhunderte kommen uns unpädagogisch vor, sie dürfen jedoch nicht aus unserer Perspektive gesehen werden. Lernen hieß vor allem Auswendiglernen von festen, unverrückbaren Inhalten. Immerhin warnt schon die Schulordnung von 1571 an wichtiger Stelle vor Überforderung, es sei verderbliche Verfrühung, *wann man die Schüler Hebräisch und Griechisch will lehren, wenn sie ihren Donat noch kaum verstehen*¹⁹. Im ersten Unterricht verwendete man Tafeln mit dem aufgezeichneten Alphabet, dem Vaterunser, dem Glaubensbekenntnis und andern einfachen religiösen Texten. Das hauptsächliche Lehrbuch war der *Donat*, eine lateinische Grammatik, die um 350 geschrieben wurde und 1760 ihre letzte Auflage erlebte. Ferner verwendete man überall den *Cato*, eine Sammlung moralischer Sprüche in einfachem Latein, und ein lateinisches Übungsbuch, die *Quaestiones Grammatices*.

Das methodische Muster, Vorsprechen und Vorlesen des Lehrers, Nachsprechen und Nachlesen der Schüler und ständiges Wiederholen, war auch in den höheren Klassen anzutreffen. Die lateinische Grammatik wurde systematisch *traktiert*, die Regeln wurden auswendig gelernt und in vielen Anwendungen befestigt. Im Mittelpunkt stand später die Lektüre der klassischen Autoren, die man nicht nur exponierte, d. h. übersetzte und sprachlich erläuterte, sondern auch als Wissensschatz in Geschichte, Moral, Rhetorik und Philosophie benutzte. Auch die deutsche Sprache lernte der Schüler durch das Übersetzen und durch die lateinischen Stilübungen. Regelmäßig wurden lateinische Texte diktiert, die den Autoren entnommen waren. Man übersetzte diese Sätze und lernte die lateinischen Wendungen, auch der umgekehrte Weg vom Deutschen ins Lateinische wurde beschritten in diesen *Argumenta*. Wichtig war die Korrektur der schriftlichen Übungen, besondere Stunden waren dafür vorgesehen. Am Samstag jeder Woche wurde das Wochenpensum geprüft und danach die Rangordnung der Schüler in der Klasse

18 AHGÖ, Bü 1.

19 AHGÖ, Bü 1, Statuta S. 7.

festgelegt; noch bis zum Anfang unseres Jahrhunderts wurde so loziert, der Platz des Schülers in der Hierarchie der Klasse bestimmt.

Griechisch

Bereits in den ersten Jahren hatte Ruthenus den Griechischunterricht eingeführt²⁰, doch in der Schulordnung von 1549 wird er nicht mehr erwähnt, was sicherlich heißt, daß man bei nur drei Klassen darauf verzichten mußte. Mit dem Ausbau der Schule auf vier und fünf Klassen hatte dann das Griechische seinen festen Platz bis zum Ende des Hohenlohischen Gymnasiums und darüber hinaus. Es begann im zweiten Jahr der Klasse III mit dem Lernen des griechischen Alphabets, mit etwas Grammatik und der Grundlegung des Wortschatzes, dann wurde es in den oberen Klassen II und I mit fünf bis sechs Stunden betrieben. Man benützte die griechische Grammatik des Crusius, dazu eine Textsammlung und las Xenophon, die Homer zugeschriebene *Batrachomachia*, unter Rektor Bulyowsky de Dulycz auch noch weitere Autoren wie Plutarch und Demosthenes²¹. Eine Wochenstunde war der Lektüre des griechischen Neuen Testaments vorbehalten.

Hebräisch

Zum Kanon der Alten Sprachen gehörte auch das Hebräische, die Sprache des Alten Testaments. Immer wieder wurden Anläufe gemacht, es fest zu etablieren, so nach der Visitation Andreäs 1581 und bei Bulyowsky de Dulycz. Im 18. Jahrhundert war es als freiwilliges Angebot vorhanden, wurde aber stets nur von wenigen Schülern wahrgenommen.

Religion

Gottseligkeit, heißt es in der Schulordnung des Ruthenus, sei das erste Ziel der Schule. Die Schulordnung von 1571/82 trägt den Lehrern auf: *Sie sollen ihnen auch die christliche Religion, sonderlich und für allen Dingen lassen angelegen sein, ihren Knaben den Catechismus und Gottes Forcht wohl einscherfen und sie zur fleißigen Anhörung der Predigt vermahnen*²². So war die ganze Schule auf christliche Werte ausgerichtet. Die Schüler waren angewiesen, beim Aufstehen ihr Gebet zu verrichten, der Unterricht begann und endete mit Gebet und Gesang, mindestens vier Gottesdienste wurden jede Woche von Schülern und Lehrern besucht, und zwar am Freitag vormittag, Samstag abend und zwei am Sonntag. Schließlich waren die Lehrer ausgebildete Theologen, die Schulen standen unter der Aufsicht der Kirche.

20 AHGÖ, Bü 1, Ein kurzer Unterricht S. 2–3.

21 AHGÖ, Bü 1, Statuta und Lehrpläne 1692.

22 AHGÖ, Bü 1, Statuta S. 15–16.

Im Unterricht spielten religiöse Inhalte eine gewichtige Rolle. In den unteren Klassen wurden die grundlegenden christlichen Texte gelernt, d. h. es wurde an und mit ihnen Lesen und Schreiben geübt, mit dem Vaterunser, dem Glaubensbekenntnis und dem Katechismus. Dazu kamen Sprüche, Psalmen und Choräle, die man auswendig lernte. Von Klasse III an wurde der Katechismus auf lateinisch traktiert, das Neue Testament auf lateinisch und später auf griechisch gelesen. In den beiden oberen Klassen war der Religionsunterricht schon Theologie mit dogmatischen und ethischen Inhalten.

Musik²³

Musik war im Mittelalter Teil der Sieben Freien Künste. Sie wurde schon in der Stiftsschule betrieben, denn zu den Gebeten, Gottesdiensten und den übrigen kirchlichen Handlungen gehörte immer auch Gesang. Nach der Reformation blieb es Aufgabe der Schüler des Hohenlohischen Gymnasiums, in den Gottesdiensten und vor allem bei Beerdigungen den musikalischen Part zu übernehmen. Ein Präzeptor war bis weit ins 19. Jahrhundert in der Regel Musiklehrer und Stiftsorganist. Auf den Stundenplänen der alten Schulordnung stehen für alle vier Klassen je vier Stunden Chorgesang, und zwar *figuralis*, also mehrstimmiges, und *choralis*, d. h. einstimmiges Singen von Chorälen. Besonders Rektor Taurinus förderte die Musik, wir hören von vier Chören und von Instrumentalmusik. Im 17. und 18. Jahrhundert trat der Musikunterricht zurück, in den beiden oberen Klassen war er freiwillig, in den drei unteren zweistündig oder gar einstündig. Es gab zwei Chöre, einen unteren und einen oberen.

Neue Fächer

Johann Leonhard Lenz, seit 1701 Rektor des Gymnasiums, klagte im Jahr 1712 im Zusammenhang mit einer Reformdiskussion: *Kein einziger Praeceptor des ganzen Gymnasii ist mit einer Instruction versehen*. Er bezog sich auf die Schulordnung von 1582 und meinte weiter: *Wenn man im Dociren sich darnach richtete, würde die Jugend wenig oder nichts lernen*²⁴. Die eingeleiteten Reformen, z. B. die Einführung neuer Fächer, nehmen sich aus der Ferne aber eher bescheiden aus. Es wurden neue Grundsätze der Erziehung verkündet, so sollte weniger auswendig gelernt werden, das Latein weniger gelehrt sein, und neue Fächer wie Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie und lebende Sprachen sollten hinzukommen. Doch schließlich wurde Neues nur sehr zögerlich aufgenommen.

23 Wibel (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 570.

24 AHGÖ, Bü 3, Denkschrift von Rektor Lenz, 1712.

*Französisch*²⁵

Nur ein Fach schaffte im 18. Jahrhundert den Durchbruch und erhielt einen festen Platz im Lehrplan: das Französische. Das war kein Wunder bei der Geltung dieser Sprache in der europäischen Gesellschaft. Im Jahr 1719 wurde am Gymnasium der erste französische Sprachmeister, Johann Karl Chapuzet, angestellt, der trotz seines französischen Namens Deutscher war. Er nannte sich »Maître de Langues et Géomètre«, denn er unterrichtete auch Geometrie. Seine drei Nachfolger nannte man Sprachmeister, sie waren also wohl keine Akademiker. Der letzte, d'Hommet, war Franzose, ehemaliger Unteroffizier der französischen Armee. Das Fach sollte zwar obligatorisch sein, aber viele Schüler verließen den Unterricht, so daß nur kleine Gruppen zustandekamen. Bis 1811 wurde es meist in drei Gruppen unterrichtet, Anfänger, Fortgeschrittene und obere Stufe. Der Unterricht fand fünfmal in der Woche stets nachmittags von 15 bis 18 Uhr statt, und zwar für jede Gruppe eine Stunde nach dem übrigen Unterricht. Die Sonderstellung des neuen Faches wird so im Stundenplan deutlich. Auch die lebende Sprache wurde weithin wie das Latein unterrichtet: Wörter und Grammatik lernen, übersetzen, Lektüre des Neuen Testaments und französischer Autoren. Allerdings wurde über Jahrzehnte auch eine französische Zeitung gehalten und im Unterricht eingesetzt. Immerhin konnte ein Schüler wie Karl Julius Weber bei seinem Abgang einen Vortrag in französischer Sprache halten²⁶.

*Mathematik und Astronomie*²⁷

Arithmetik und Astronomie gehörten schon zum Kanon der mittelalterlichen Schule, sie tauchten auch bald in den Lehrplänen der Gymnasien auf. Zunächst lernten die Schüler in den unteren Klassen das Rechnen, also die Grundrechenarten, ohne daß das in den Plänen erwähnt wird. Taurinus scheint die Arithmetik gefördert zu haben, bei Bulyowsky hatte sie ihren festen Platz. Er selbst lehrte die *elementa* in Klasse I, also die vier Rechenarten, außerdem Bruchrechnen und Dreisatz. Im 18. Jahrhundert übernahm der Französischlehrer Chapuzet die Arithmetik und lehrte auch Geometrie, hatte allerdings im Jahr 1735 nur fünf Schüler. Dieses Rechnen der oberen Klassen war demnach kein fest etabliertes Fach. So berichten die Lehrer auch nur zuweilen darüber, öfter heißt es, das Fach werde unterrichtet, wenn Zeit übrig sei. Ein paarmal wird auch Unterricht in Astronomie erwähnt, so 1749. Hatten diese Fächer einen festen Platz im Stundenplan, so war es nie mehr als eine Stunde. Im 18. Jahrhundert wurden Arithmetik und Astronomie zeitweise in Vorlesungen für die Oberklasse angeboten²⁸.

25 AHGÖ, Bü 2, S. 55, Bü 11, Lehrerberichte.

26 AHGÖ, Bü 11, Lehrerberichte.

27 AHGÖ, Bü 1, Lehrpläne.

28 AHGÖ, Bü 11-14, Lehrerberichte.

*Deutsch*²⁹

Deutsch war bis ins 19. Jahrhundert kein eigenes Schulfach, und auch dann noch mit nur wenigen Stunden vertreten, Deutsch lernte man im Lateinunterricht. Zuerst dachte man im 18. Jahrhundert an das Fach Deutsche Literatur, und hier war es Rektor Eggel, der 1777 den Vorschlag machte, eine Stunde in der Woche deutsche Dichtung zu unterrichten. Immerhin begann in diesen Jahren die Epoche der deutschen Klassik. 1783 weisen die Lehrerberichte aus, daß in Klasse I *Übungen in der teutschen Poesie* gemacht wurden, Poetik wurde getrieben, also die Form deutscher Gedichte erklärt. Im Latein waren solche Übungen schon immer gemacht worden. In Klasse II wurde *die teutsche Sprache nach Regeln gelernt*, also Grammatik getrieben, in den unteren Klassen gab es zwei Stunden Kalligraphie, Schönschreiben, das auch früher schon dort vertreten war. Auch im Fach Deutsch, sagen die Berichte, fielen die Stunden weg, wenn für Wichtigeres, d. h. das Latein, nicht genug Zeit war.

*Realfächer*³⁰

Die Diskussion um neue Fächer, die Realfächer, wurde das ganze 18. Jahrhundert schon geführt. Stiftsprediger Jan meinte 1712 in einer Denkschrift, Latein werde später wenig gebraucht, es sollten neue Fächer dazukommen, z. B. Geschichte und Geographie und Arithmetik³¹. Geschichte wurde tatsächlich immer gelehrt, biblische Geschichte in der Religion und vor allem antike Geschichte bei den Alten Sprachen. Hier ging es jetzt um die profane und die neuere Geschichte, auch die deutsche Geschichte. Ganz allmählich zog sie in die Lehrpläne ein. 1723 wurde in Klasse II die Geschichte von Karl dem Großen bis zu Friedrich II. von Staufem unterrichtet. Bei Rektor Eggel taucht in Klasse I eine Stunde neue Geschichte neben einer Stunde antiker auf. Aber in den Berichten der Lehrer gibt es auch hier den Hinweis: sofern die Zeit reichte.

In ähnlicher Weise verlief die Aufnahme des Faches Geographie. Um 1730 taucht das Fach auf, und zwar wurden *Mappas Geographicas* und der *Globum terrestrem* studiert, es wurde also Erd- und Länderkunde betrieben, auch ein Lehrbuch war eingeführt. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts hatte sie einen festen Platz im Lehrplan, soweit es in diesen neuen Fächern überhaupt feste Plätze gab.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begannen Überlegungen, die modernen Naturwissenschaften einzuführen. Rektor Eggel legte eine Naturalien- und Physiksammlung an, er freute sich über die Anschaffung einer Luftpumpe. Es gab aber noch lange nicht die Fächer Biologie und Physik, Eggel nannte seine eine Stunde auf diesem Gebiet in Klasse I *Historia naturalis*, also Naturgeschichte. Er behandelte darin den Menschen, die Säugetiere, die Vögel, Fische und Insekten in fünf

29 AHGÖ, Bü 4, Bü 11–14, Lehrerberichte; HZAN, K 103 Lehrplan Rektor Eggel, 1777.

30 AHGÖ, Bü 3, 4, 10–14; HZAN, K 103.

31 AHGÖ, Bü 4, Denkschrift Dr. Jan.

aufeinander folgenden Jahren, dann war wieder Schluß mit dem Fach. Auch in den unteren Klassen wurde Naturgeschichte nicht regelmäßig unterrichtet. Grundlage war dort ein Lehrbuch, *Inbegriff aller Wissenschaften*, nach dem offensichtlich in verschiedene Gebiete eingeführt wurde.

*Vorlesungen*³²

Schon Rektor Bulyowsky de Dulycz hatte vor 1700 in den Lehrplan der Klasse I geschrieben, daß privatim *Philologica, et Philosophia et Mathematica* behandelt würden. Das waren Vorlesungen für die oberste Klasse, und ein Gymnasium, das dergleichen bot, nannte sich »Gymnasium illustre«. Unter Rektor Lenz (1701–1737) wurde lange verhandelt, wie man der Einrichtung von Vorlesungen Dauer verleihen könnte. 1724 war es dann so weit, insbesondere war die Finanzierung geregelt. Rektor, Konrektor und ein Stadtpfarrer übernahmen gegen je 50 Gulden jährlich für die Lehrer, 25 für den Pfarrer, aus den Stiftseinkünften die Vorlesungen. Wibel schreibt von »Lectiones in der Historie, Morgen- und Abendländischen Sprachen, Philosophie und Theologie«³³. Auch Disputationen und Vorträge gab es von Zeit zu Zeit. Diese Einrichtung wurde im großen und ganzen bis zum Ende des *Gymnasium Hohenloicum* beibehalten, so erhielt Rektor Eggel noch 1801 die Besoldungszulage. Die Vorlesungen waren keine großen Veranstaltungen. Rektor Lenz meinte skeptisch, mehr als zwei oder drei Primaner könnten ohnehin das Niveau nicht erreichen³⁴. Am Kurs in Hebräisch nahmen meist weniger als fünf Schüler teil.

Examina

In der Schulordnung von 1571/82 wurden pro Jahr zwei Schulprüfungen festgelegt, eine an Okuli, im April, eine vor Michaelis, im September, *damit man desto mehr vleiß bey den Schulmeistern und Knaben erweckt und mit mehrem nutz docirt werde*³⁵. Diese Examina dienten außerdem der Promotion, der Versetzung. Die Prüfungskommission aus Scholarchen und Präzeptoren entschied, wer in die nächsthöhere Klasse versetzt wurde. Es wurde schriftlich und mündlich unter der Aufsicht der Inspektoren und von diesen selbst geprüft.

Die Schüler

Die Höheren Schulen waren bis weit ins 19. Jahrhundert reine Knabenschulen, die ersten Mädchen wurden in Öhringen im Jahr 1901 aufgenommen. Die Knaben kamen in recht unterschiedlichem Alter ins Gymnasium, einige waren erst fünf,

32 AHGÖ, Bü 1, Lehrpläne, Bü 3, 4, 8, 11–14.

33 Wibel (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 566.

34 AHGÖ, Bü 4, Denkschrift von Rektor Lenz, 1712.

35 AHGÖ, Bü 1, Statuta, S. 84.

Ad Examen Autumnale Anni 1681.
 Catalogus Discipulorum II. Classis Scholae Oring.
 numerum, nomina, patriam, etatem, & moram indicans.

num.	nomina.	patria.	etas.	mora.
1.	Joh. Georg. Christoph. Biffler.	Adelshufams Franz.	ann. 13. naty	Triennium gmu
2.	Francisc. Altherr. Deßler.	Welsheimerf.	15.	biennium.
3.	Georg. Nic. Tschin.	Obernlocherf.	13.	biennium & dim.
4.	Georg. David Schnepf.	Cuprocellerf.	15.	ann. & dim.
5.	Joh. Wilh. Schumann.	Leutridelns.	13.	ann. dimid.
6.	Joh. Ernst Schaefer.	Tömmersdorferf.	13.	triennium.
7.	Güntherf. Wilh. Deßler.	Welsheimerf.	12.	ann. & dimid.
8.	Joh. Philipp Sprus.	Oringens.	10.	ann. & dimid.
9.	Joh. Michael Schaff.	Oringens.	12.	bienn. & dimid.
10.	Georg. Mathias Meyer.	Sarrha-sporting Waltraff.	11.	bienn. & dimid.
11.	Georg. Fricen. Schumann.	Pötramonting	11.	semiam.
12.	Joh. Jac. Schumann.	Oring.	12.	semiam.
13.	Georg. Octav. Mangold	Oring.	13.	ann. & dimid.

Abb. 3 Schülerliste der Klasse II aus dem Jahr 1681.

andere schon acht Jahre alt. Da man auch unterschiedlich lange in einer Klasse verblieb, waren die Altersunterschiede beträchtlich, bis zu fünf Jahren. In Prima saß neben einem Vierzehnjährigen durchaus ein Schüler, der 18 oder gar 19 war. Die Schüler konnten beim Eintreten schon etwas lesen und schreiben, eine einheitliche Vorbildung gab es aber nicht. Die Aufnahme war dem Rektor vorbehalten. Ein fester Termin war dafür nicht vorgesehen, das ganze Jahr über nahm man Schüler auf und entließ sie auch. Die hauptsächlichen Zeiten für Ein- und Austritt waren allerdings Frühjahr und Herbst nach den Schulprüfungen.

In den beiden unteren Klassen kamen die meisten Schüler aus Öhringen selbst, 1776 20 von 22, 1783 15 von 21. Anders verhielt es sich in den oberen Klassen, in die auch die Schüler der umliegenden Lateinschulen von Künzelsau, Neuenstein, Langenburg usw. eintraten. So waren in Klasse I 1784 von 13 Schülern sieben von auswärts, unter ihnen Carl Julius Weber von Langenburg, 1785 waren es von 13 sogar neun³⁶.

Erst von 1782 an gibt es genauere Angaben über die soziale Herkunft der Schüler. Zwar wurden immer auch Söhne armer Eltern aufgenommen, das zeigen die

36 AHGÖ, Bü 13, Lehrerbericht.

Stipendien, die Mehrzahl der Schüler kam jedoch aus den gehobenen Schichten. Es waren Söhne von Pfarrern, Lehrern, Beamten, dann erst von Kaufleuten und auch Handwerkern. Des öfteren waren auch Knaben adliger Herkunft dabei. Insbesondere in Prima fanden sich kaum mehr Kinder aus den unteren Schichten. In den Jahren 1695 bis 1811 betrug die durchschnittliche Klassenstärke in Quinta 25 Schüler, in Prima 10, also verließ deutlich mehr als die Hälfte das Gymnasium vor dem Abschluß. Die Stärken dieser beiden Klassen schwankten beträchtlich, in Klasse V zwischen 10 und 40, in Klasse I zwischen 4 und 16. Die Schülerzahl insgesamt hielt sich in der genannten Zeit zwischen einem Minimum von 55 Schülern im Jahr 1765 und der Höchstzahl von 105 im Jahr 1742. Die früheste Zahl stammt aus dem Jahr 1627, als unter Rektor Taurinus nicht weniger als 131 Schüler das Gymnasium besuchten, davon allein 25 in der obersten Klasse. Das ist sicher ein Hinweis auf die Attraktivität der Schule zu jener Zeit, vielleicht auch auf die besondere Situation im Dreißigjährigen Krieg³⁷.

Die Schüler früherer Jahrhunderte standen unter strenger Zucht. Das ist der Eindruck, wenn man die Schulordnungen liest. Die Schule war zuständig für das Betragen der Schüler auch außerhalb der Schule. So beginnt das Kapitel *Von der Zucht* der alten Schulordnung mit dem Aufstehen der Knaben, wo den Eltern ein *seliger Morgen* zu wünschen ist, es folgt das Waschen von *Angesicht, Händt und Mundt*, dann gibt es die Vorschriften über die Kleidung. Nicht nur Wirtshäuser und Tanzveranstaltungen waren verboten, sondern auch das selbständige Verlassen der Stadt, im Winter das *Schneeballen* und auf dem Eis *Schleifen*³⁸.

Im Unterricht galten nicht minder strenge Sitten. Wer gegen die Regeln verstieß, unaufmerksam war oder auch nichts wußte, bekam den Esel, den »asinus«, umgehängt, wurde also bloßgestellt; ein Schüler war der »lupus«, der Aufpasser, der alle Verstöße notieren mußte, und am Samstag jeder Woche wurde abgerechnet, d. h. es wurden Strafen ausgeteilt. Jede Woche gab es besondere Arbeiten, die Arbeiten »pro loco«, durch welche die Rangfolge in der Klasse bestimmt wurde. Schande, wer am Ende saß. Die körperliche Züchtigung war eine Selbstverständlichkeit, aber die Schulordnung sagt doch auch, daß sie nur angezeigt sei bei *Unfleiß und Bosheit*, und sie sollte *gebühlich* geübt werden und nicht *zu den Köpfen*³⁹. Der Prügelpräzeptor war nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Aus den Worten des Taurinus klingt väterlicher Stolz, wenn er von seinen Schülern berichtet, von denen mancher zu seiner Verabschiedung gekommen war. Im Jahr 1787 war ein Schüler nach verschiedenen Streichen weggelaufen und hatte die Schule geschwänzt. Alle Scholarchen, der Rektor und der Fürst sahen das als verzeihlich an, der Schüler wurde wieder aufgenommen.

Ferien gab es in den alten Zeiten recht wenig. Nach der Schulordnung von 1571/82 drei Wochen im Herbst oder zwei im Herbst und eine zur Erntezeit, *wann man den*

37 AHGÖ, Bü 2, 3, 11–14, 163; *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 570.

38 AHGÖ, Bü 1, Statuta, S. 32–35.

39 AHGÖ, Bü 1, Statuta, S. 20.

*Lindelberg schneidet*⁴⁰. Der Mittwoch und der Samstag nachmittag waren unterrichtsfrei und vor Feiertagen die dritte Nachmittagsstunde, ebenso an Gregori und *alle Jahrmarkt ein Tag* und die erste Stunde am darauf folgenden Tag, dazu an Fastnacht eineinhalb Tage und den Nachmittag *auf conversionis Pauli*. Wibel, der selbst Schüler und Lehrer war, berichtet aus seiner Zeit, daß es *etliche Tage nach Ostern* statt der Fastnachtstage und zusammen 14 Tage im Sommer und Herbst gab⁴¹.

Stipendien und Stiftungen

Die Einkünfte aus dem Stift waren die finanzielle Grundlage der Schule, Sach- und Personalkosten wurden daraus bestritten. Für arme Schüler mußten aber andere Mittel gefunden werden, denn alle Schüler hatten Schulgeld zu zahlen. Es wurde vierteljährlich erhoben und ging an den jeweiligen Lehrer der Klasse. 1780 betrug es 2 Gulden jährlich in den Klassen III bis V, in Klasse II 3 Gulden und in Klasse I 4. Dazu kamen bei Eintritt in die Klasse und beim Ausscheiden je $\frac{1}{2}$ bis 1 Gulden, ferner zu verschiedenen Jahrestagen weitere Gaben. Auch für Bücher und Papier fielen Kosten an, und manche Eltern konnten das nicht alles tragen⁴².

Deshalb gab es an allen Schulorten Stipendien und Stiftungen. Über die Stipendien für Gymnasiasten und Studenten wurde zwischen den Hohenloher Grafen lange verhandelt, aber man konnte sich nicht einigen, so daß eine einheitliche Ordnung Entwurf blieb. In der Konsistorialordnung von 1579 waren für die *particularschuel zu Oringen* 16 Stipendien zu je 20 Gulden vorgesehen. Daran hat man sich wohl orientiert, doch nicht genau gehalten, die Stipendien wurden von den verschiedenen Herrschaften nach eigenen Vorstellungen vergeben. Ein Internat für arme auswärtige Schüler im Stiftsgebäude kam nicht zustande. Doch die *Pauperes* oder *Chorschüler* erhielten Unterstützung durch zahlreiche Stiftungen und die Einnahmen aus dem Umsingen⁴³.

Die älteste Stiftung ist aus dem Jahr 1561 datiert. Bei den Stiftungen handelt es sich um Geldbeträge, deren Zinsen zur Unterstützung armer Schüler verwendet wurden; außerdem gab es Spenden von meist wenigen Gulden, die jährlich oder auch nur einmal gegeben wurden. Im Stiftungsverzeichnis von 1696 sind 47 Posten von 4 bis 400 Gulden enthalten, zusammen ein Kapital von 3537 Gulden. Das Geld war ausgeliehen und zu etwa 5 % verzinst, was jährlich 175 Gulden erbrachte. Die Spenden beliefen sich jährlich auf etwa 40 Gulden, an denen sich die Neuensteiner Grafen z. B. mit 4 Gulden beteiligten. Die Einnahmen wurden viermal jährlich an die armen Schüler verteilt, das waren je nach Lage der Dinge zwischen sechs und 14 Knaben. Zunächst wurde davon Schulgeld bezahlt, man kaufte auch Bücher,

40 AHGÖ, Bü 1, Statuta, S. 82.

41 *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 4, S. 250.

42 AHGÖ, Bü 2, 161–265.

43 AHGÖ, Bü 19, 504–516; *Sehling* (wie Anm. 8), S. 400–404; *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 663–665, Bd. 4, S. 249–250.



Abb. 4 Paupersingen, gemalt von Johann Jakob Schillinger um 1800.

Papier und Kleidung. Um 1700 gab es eine Verteilung von Tuch, *leinen oder wollen*, von dem 30 bis 36 Ellen an bedürftige Knaben abgegeben wurde.

Das Umsingen oder Kurrendesingen, das es an vielen Orten gab, brachte eigene Einnahmen. Die *Pauperes*, 10 bis 14 an der Zahl, mußten am Mittwoch und Samstag nachmittag, wenn schulfrei war, vor den Häusern der Stifter und Spender singen – es ist von zwei Choralstrophen die Rede –, und dafür erhielten sie noch ein paar Kreuzer in die Sammelbüchse. Zu diesem Betrag kamen die Einnahmen für den Leichengesang. 1699 gab es bei einer vierteljährlichen Verteilung von 9 Gulden 58 Kreuzern für sechs Schüler zwischen 1 Gulden 55 Kreuzer und 1 Gulden 45 Kreuzer. Am Ende des 18. Jahrhunderts erzielte man im Vierteljahr 20 bis 30 Gulden, im 19. Jahrhundert meist unter 20. Ein kleiner Teil der Einnahmen aus allen Posten ging an Scholarchen und Lehrer, die die Einkünfte zu verwalten und zu verteilen hatten und das Singen leiten mußten.

Im 18. Jahrhundert nahmen die Stiftungen ab, sie liefen aus oder überdauerten schlechte Zeiten nicht. So kam es, daß 1776 nur noch vier Stiftungen mit 420 Gulden Kapital und 14 Gulden Ertrag jährlich vorhanden waren. Das Umsingen war schon lange unbeliebt bei Lehrern und Schülern. Rektor Lenz wollte es bereits 1712 abschaffen, und Rektor Eggel machte 1776 den Grund dafür deutlich. Das Dutzend Schüler mit ihrem Lehrer mußte vor 134 Häusern singen, wozu die zwei Nachmittage nicht ausreichten, so daß Unterrichtszeit hinzugenommen wer-

den mußte. Schließlich sang man nur noch einmal in der Woche, später auch gar nicht mehr, bis 1847 unter Rektor Kern das offizielle Ende kam. Es wurde als nicht mehr zeitgemäß empfunden, *ein zweideutiger Genuß*, wie Kern schreibt, *zeitraubend, gesundheitsschädlich und eine beschämende Sitte*. Durch Erlaß der Schulbehörde wurde die Einrichtung abgeschafft, weitere Einnahmen der Stipendiatenkasse zugewiesen⁴⁴. Die Hilfen für bedürftige Schüler verlagerten sich auf die öffentliche Hand. Gesungen wurde nur noch bei Beerdigungen, und zwar von Schülern der Klasse II und der damaligen Realklasse.

Im 18. Jahrhundert entstanden einige besondere Stiftungen, an erster Stelle die des Hohenloher Kanzlers von Bernegger im Jahr 1752. Er schenkte nicht nur den



Abb. 5 Gedenktafel für Ludwig Gottfried Hermann, den mit 16 Jahren verstorbenen Sohn des Pfedelbacher Kanzleidirektors. Er stiftete aus diesem Anlaß 1720 den Einbau der Aula im Stiftsgebäude.

44 AHGÖ, Bü 3 (Rektor Lenz, 1712), Bü 16, 19, 510.

größten Teil seiner ansehnlichen Bibliothek dem Gymnasium, sondern stiftete auch noch 200 Gulden, aus deren Ertrag die Bücherei der Schule erhalten und vermehrt werden sollte. Außerdem rief er eine Stiftung von 1000 Gulden ins Leben, aus der auch arme Gymnasiasten – neben anderen Bedürftigen – unterstützt wurden. Die Bibliotheksstiftung wurde vom Rektor verwaltet, sie fiel erst der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg zum Opfer; ihr Rest von 78,75 RM ging 1937 an die Rektoratskasse⁴⁵. Der Schulbibliothek, die man auch Stiftsbibliothek nannte, fielen noch zwei Schenkungen zu, die Büchereien des Hofrats Heinold und von Christian Ernst Hansselmann⁴⁶. Ein Gönner der Schule war auch Kanzleidirektor Hermann, dessen einziger Sohn im Alter von 16 Jahren 1719 plötzlich starb, als er Schüler der obersten Klasse war. Zu seinem Andenken stiftete der Vater 1720 den Einbau des Hörsaals, der heute den Namen Karl Weizsäckers trägt. Die Gedenktafel für diesen Sohn hängt im Treppenhaus des neuen Hohenlohe-Gymnasiums⁴⁷.

Theater⁴⁸

In der ersten Schulordnung findet sich schon die Anweisung, daß zur Übung des Redens und Auftretens der Schüler ein- oder zweimal im Jahr eine Komödie aufgeführt werden sollte, und in der großen Schulordnung wird genauer gesagt, es könne eine Komödie von Terenz oder Plautus sein, und die Stücke könnten auch auf deutsch gespielt werden zum *Nuz* und zur *Belustigung*. Was in der Praxis daraus wurde, ist nicht ganz klar. Rektor Boger berichtet in der Oberamtsbeschreibung von 1865 von acht Aufführungen zwischen 1579 und 1590, aber nicht in der Schule, sondern an den Hohenloher Höfen in Langenburg und wohl auch anderswo. Dabei handelte es sich auch um deutsche Schwänke, z. B. vom Eulenspiegel; sonst werden römische Stoffe genannt. Es scheint, daß solche Stücke von den Rektoren Beyer und Taurinus selbst verfaßt oder eingerichtet wurden. Von Rektor Bulyowsky ist noch überliefert, daß er 1694 eine Szene auf lateinisch aufgeführt habe⁴⁹.

Zeichenschule⁵⁰

Der aufgeklärten Zeit um 1780, dem Fürsten Ludwig Friedrich Carl und dem Rektor Eggel verdankte das Hohenloher Land noch zwei Einrichtungen, die mit

45 AHGÖ, Bü 425, 504–506, 516; *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 4, S. 277–278.

46 AHGÖ, Bü 7, 510.

47 AHGÖ, Bü 6 (Entwurf der Gedenktafel).

48 AHGÖ, Bü 1, Schulordnung 1549; *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 4, S. 277–278; *Wolf* (wie Anm. 8), S. 619–620; *Königlich statistisch-topographisches Bureau* (Hrsg.): Beschreibung des Oberamts Öhringen, Stuttgart 1865, S. 133–134.

49 AHGÖ, Bü 1, Statuta, S. 29.

50 AHGÖ, Bü 2, S. 513–587, Bü 9; *W. Rößler*: Johann Jacob Schillinger und die Öhringer Zeichenschule, in: *M. Rathe-Seber, R. Seber* (Hrsgg.): Schillinger, Künstler, Könner, Begleitbuch zur Ausstellung, Öhringen 1993.



Abb. 6 Die Aula des Gymnasiums von 1720. Seit 1993 ist der Saal nach Carl Heinrich von Weizsäcker benannt.

dem Gymnasium verbunden waren: die Zeichenschule und das Lehrerseminar. Die *Zeichnungsschule* entstand im Jahr 1779 zum Nutzen für *das Publikum* und als *Zierde* für das Gymnasium. Damit sollte *die für so manche Gewerbe des bürgerlichen Lebens so wohl als anderen Ständen höchst nöthige Zeichnungskunst. . . in Stadt und Land verbreitet werden*. Als Lehrer wurde der junge Hofmaler Johann Jakob Schillinger berufen, der eben von einem Studienaufenthalt aus Italien zurückgekehrt war. Der Maler stammte aus der bekannten Öhringer Zimmermannsfamilie, er wurde vom Fürsten gefördert und entfaltete in seiner Heimat eine rege Tätigkeit. Das Ansinnen seines Mäzens, für 100 Gulden im Jahr Zeichen- und Malunterricht zu geben, konnte er kaum ablehnen, vielleicht fand er sogar Gefallen daran. Auf jeden Fall nahm er an und unterrichtete bis zu seinem Tod im Jahr 1821 Hunderte von Schülern in seiner Kunst. Schillinger malte Landschaften, Szenen mit Menschen und Tieren, nicht gerade das, was das Volk, Handwerker, Schüler und Seminaristen, brauchte. Ein Hofrat meinte auch, es sollten *nicht blos Köpf, Landschaften, Historien* gemalt werden. Dies und der Erfolg der Schule

waren Gründe, das Unternehmen zu erweitern und eine Klasse hinzuzufügen, die im geometrischen Zeichnen unterwiesen wurde. Diese zweite Zeichnungsschule gab es von 1786 an, sie wurde ohne besondere Vergütung von Bauinspektor Probst unterrichtet.

Der Zulauf war beträchtlich, von 1790 bis 1801 schrieben sich bei Schillinger 140 Schüler ein, bei Probst sogar 180. Der Unterricht fand zweimal in der Woche statt, an den freien Nachmittagen des Mittwoch und Samstag, und er war kostenlos. Die Schüler kamen aus dem Gymnasium und dem Lehrerseminar, viele aber auch aus dem Handwerk, insbesondere Schreiner, Töpfer und Goldschmiede waren darunter. Es ist sicher, daß von dieser Schule manche Anregung in das Handwerk hineinwirkte, so in die Möbelmalerei der Zeit. Eine Reihe von Schülern wurde später selbst Maler. Der Fürst ließ sich die Förderung der Schule angelegen sein, jährlich wurden die besten Arbeiten von ihm selbst zusammen mit Rektor Eggel ausgesucht und mit Preisen ausgezeichnet, die Preisträger wurden in der Zeitung veröffentlicht.

Die Zeichenschule überdauerte die politischen Umwälzungen, auch unter württembergischer Herrschaft wurde sie von den gleichen Lehrern fortgeführt. Nach Schillinger und Probst kamen noch 50 Jahre lang andere Zeichenlehrer, bis 1874 das Fach Zeichnen an der Schule von einem staatlichen Lehrer übernommen wurde.

*Lehrerseminar*⁵¹

Im Jahr 1788 machte der Fürst eine Stiftung von 10000 Gulden für eine besonders fortschrittliche Einrichtung, ein Lehrerseminar. Von den Zinsen der Stiftung sollten Volksschullehrer ausgebildet werden, und zwar *die angestellten drei Seminaristen unterhalten, ihre Lehrer belohnt, die nöthigen Schulbücher angeschafft werden*. Das geschah immerhin Jahrzehnte vor dem ersten württembergischen Seminar in Esslingen, das 1811 entstand. Die Seminaristen wurden vom Stadtpfarrer, vom Rektor, dem deutschen Präzeptor und dem Bauinspektor unterrichtet, vom Pfarrer in Religion und Kirchengeschichte in fünf Wochenstunden, vom Rektor in seinen Stunden der Klasse I, und zwar in den Fächern Geschichte, Geographie, Philosophie und Naturgeschichte, vom deutschen Lehrer in Musik, Rechnen, Schreiben und Schulhalten und vom Bauinspektor im Zeichnen und in der Feldmeßkunst. Die Liste der Teilnehmer im Album Scholasticum weist im Zeitraum von 1788 bis 1809 29 Namen auf, der jüngste Seminarist war 17, der älteste 40 Jahre alt. Die Absolventen wurden aber nach einem zwei-bis dreijährigen Kurs nicht nur Schulmeister, sondern auch Kantoren und Schreiber.

⁵¹ AHGÖ, Bü 2, S. 503–508.

*Bibliothek*⁵²

Eine Schule, die mit ihrem Vorläufer ins Mittelalter zurückreicht, hat auch Handschriften, frühe Drucke, Bücher – eine Bibliothek besessen. Zu unterscheiden ist zwischen der vorreformatorischen Bibliothek des Stifts und der späteren des Hohenlohischen Gymnasiums. Von der Stiftsbibliothek ist wenig übriggeblieben. Stadtpfarrer Dietzsch, der im Jahr 1825 die damalige Bücherei neu ordnete, berichtet, die Stiftsbibliothek sei nach der Aufhebung des Stifts auf das Rathaus gebracht und in der Folge *auf eine unverzeihliche Weise bis auf wenige Überreste verschleudert* worden⁵³. Wibel nennt in seiner Reformationsgeschichte einige Titel⁵⁴. Erhalten sind 20 Handschriften, 64 frühe Drucke, eine alte Bibel und Inkunabeln aus dem 15. Jahrhundert, die 1922 in die Sakristei der Stiftskirche gegeben wurden, außerdem ein paar dürftige Reste im Besitz des heutigen Gymnasiums.

Die älteste Nachricht von einer Bibliothek des Gymnasiums findet man wieder bei Wibel, der von den Anfängen einer solchen zur Zeit der Visitation durch Andrea im Jahr 1581 schreibt⁵⁵. Den Grundstock scheinen die Reste der Stiftsbibliothek gebildet zu haben, der größte Teil wurde aber erst im 18. Jahrhundert erworben. Da erhielt das Hohenlohische Gymnasium nämlich durch Stiftung und teilweise durch Kauf die Büchereien des Kanzlers Bernegger (1752) und der Hofräte Hansselmann (1776) und Heinold (1777)⁵⁶. Von annähernd 5000 Bänden ist die Rede, die zusammen mit den anderen Beständen in der Aula aufbewahrt wurden. Da es sich in der Hauptsache um theologische, juristische und historische Werke handelte, konnten die Lehrer mit den meisten Büchern nichts anfangen, sie wurden als Ballast empfunden, der den Platz für eine Lehrerbücherei wegnahm. So kam es vom 19. Jahrhundert bis zum Jahr 1938 immer wieder zu Aktionen der Schulleitungen, die zum Ziel hatten, Teile der Bücherei loszuwerden. Bücher wurden an Antiquariate verkauft, einmal sogar nach Gewicht als Altpapier abgegeben, jedoch stets mit behördlicher Genehmigung. Schließlich kam es zum Ausverkauf unter Studiendirektor Krauß kurz vor dem Zweiten Weltkrieg: 2360 Bände gingen an die Landesbibliothek in Stuttgart, 67 ausgesuchte Titel, von denen eine Liste existiert, als Leihgabe an das Schloßmuseum in Stuttgart. Hier verlieren sich die Spuren, Rektor Krauß erkrankte und starb, dann kam der Krieg, und die Bücher gerieten in Vergessenheit. Das Hohenlohe-Gymnasium besitzt noch einige alte Lexika und Ausgaben antiker Autoren aus dem 18. Jahrhundert.

52 AHGÖ, Bü 517–518, 520.

53 AHGÖ, Bü 517.

54 *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 4, S. 253.

55 *Wibel* (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 656.

56 AHGÖ, Bü 516–518.

Rückschau

Die Entwicklung des Hohenlohischen Gymnasiums fügt sich durchaus ein in die Geschichte des höheren Schulwesens in Deutschland. Die Gymnasien gingen in der Reformationszeit häufig aus schon bestehenden geistlichen und städtischen Einrichtungen hervor und entwickelten sich bereits im 16. Jahrhundert. So hatte Ulm schon 1557 ein Gymnasium mit fünf Klassen, Schwäbisch Hall um 1600, und die Heilbronner Lateinschule wurde 1620 offiziell Gymnasium. Da hinein gehört das Gymnasium Hohenloicum mit seinen vier Lehrern und Klassen ab 1558 und fünf spätestens seit 1610, ja, es war gegenüber Hall und Heilbronn eher voraus.

Überblickt man die 265 Jahre von 1546 bis 1811, so zeigt sich zuerst, daß die Geschichte der Schule ohne Bruch oder große Schwankungen verlief, darauf weist die Zahl der Schüler ebenso hin wie der beständige Lehrplan. Erst genauerem Zusehen enthüllen sich Entwicklungen und Veränderungen. Gegenüber den städtischen Gymnasien der Umgebung blieb das Hohenlohische Gymnasium allerdings vom 18. Jahrhundert an doch zurück, denn im Vergleich etwa zu Heilbronn entwickelte sich die Stadt Öhringen in jener Zeit kaum. Das Auf und Ab der Schule war besonders abhängig von der Person des ersten Präzeptors und Rektors. Da hatte Öhringen das Glück, daß es immer wieder tüchtige Männer bekam, so Leonhard Taurinus (1582–1633), Matthias Gideon Michael Bulyowsky de Dulycz (1692–1696), Johann Leonhard Lenz (1701–1737) und Franz Karl Eggel (1776–1801). Der gute Zustand der Schule wird verschiedentlich bezeugt, unter Taurinus, der sie mit 25 Schülern in der Prima zur Blüte brachte, unter Bulyowsky, der in wenigen Jahren den Lehrplan modernisierte und einen straffen Unterricht organisierte. Unter Lenz und Eggel setzten sich die aufgeklärten Anschauungen des 18. Jahrhunderts durch, wurden neue Fächer eingeführt wie das Französische, und es wurden Vorlesungen über neue Themen gehalten. Dennoch blieb wie anderswo auch der Charakter des altsprachlichen Gymnasiums völlig erhalten.

Gewiß gab es auch Phasen im Lauf der Jahrhunderte, die zur Kritik Anlaß boten. Von Rektor Ruthenus über den wegen *Unfleißes* entlassenen Rektor Beyer bis zu den letzten Jahren um 1800 ist immer einmal wieder von Verfall und gar Untergang die Rede. Um das Jahr 1775, bevor dann Rektor Eggel die Zügel wieder energisch in die Hand nahm, häuften sich die Klagen. Rektor Hick war 78 Jahre alt und wissenschaftlich nicht mehr auf der Höhe. Aber Fürst Ludwig Friedrich Carl schrieb auf den Rand der kritischen Beurteilung: *Dem ... Rectori kan weder an seinem Caracter (Rang) noch Besoldung als einem alten treuen Diener etwas genommen werden*⁵⁷. Dem Konrektor Fischer, heißt es 1770, fehle das *Donum Didacticum*, die dritte Klasse war jahrelang ohne Lehrer. Dazu meinte der Fürst, die Besetzung der Klasse III mit einem *tüchtigen subjecto* wäre gut *bey unserem auf dem Fall stehenden Gymnasio*⁵⁸. Die Verhältnisse waren eben so, daß man keine großen

57 AHGÖ, Bü 10.

58 AHGÖ, Bü 5.

Abb. 7 Fürst
Ludwig Friedrich Karl
(1765–1805).



Sprünge machen konnte, das Geld fehlte. Aber – und das zeichnet die Hohenloher Verhältnisse und Zustände aus – man blieb Mensch, griff nicht einfach durch, setzte nicht einfach ab, der alte, treue Diener galt etwas. Zum tüchtigen Rektor Eggel hatte Ludwig Friedrich Carl ein ganz persönliches Verhältnis. Der aufgeklärte Herr, der sich stetig um sein Land und besonders um die Schulen kümmerte, schrieb dem *lieben Rector* eigenhändig und lud ihn nach Friedrichsruhe oder Hermersberg zu Tisch, um mit ihm Schulangelegenheiten zu verhandeln⁵⁹. Zu jeder Zeit und unter allen Rektoren ist im Gymnasium Hohenloicum tüchtig gearbeitet worden, wie die vielen Berichte der Lehrer zeigen. Die Schüler konnten ihr Latein und einiges mehr, sie gingen auf Universitäten, wurden Pfarrer und Lehrer und Beamte, und einige wurden auch berühmt.

59 AHGÖ, Bü 9.

Von der württembergischen Lateinschule zum Hohenlohe-Gymnasium

Lateinische Lehranstalt

Das Ende des Hohenlohischen Gymnasiums kam mit der Mediatisierung der Fürstentümer und der Übernahme durch Württemberg, aber nicht sofort 1806, sondern erst 1811, als König Friedrich per Dekret alle Gymnasien Württembergs bis auf fünf zu gewöhnlichen Lateinschulen machte. Noch im Januar 1811 hatte ein langer Erlaß die Arbeit am fünfklassigen Gymnasium in Öhringen neu geregelt, *um verschiedenen Mängeln abzuhelpfen*⁶⁰. Dann kam die Aufhebung durch Erlasse, die für Öhringen vom 29. Juli und 22. Oktober 1811 stammen und bestimmen, daß zwar die Lehrer bis auf einen bleiben können, es aber nur noch drei Latein- und eine Realklasse geben wird. Der ausführliche Organisationserlaß vom 14. Januar 1812 war die neue Grundlage der Schule, wie sie von Ostern 1812 an eingerichtet wurde⁶¹.

Der damalige Rektor Engel zeigte seine Enttäuschung deutlich, sogar im amtlichen Bericht. Er schrieb von der *deminutionem capitis*, dem Verlust des Hauptes, d. h. der Oberstufe, und stellte seinem Bericht vom Frühjahr 1812 den Satz voran: *Gymnasio, olim Oringae florente, in sterilem scholam latinam transformato, huius scholae et quidem classis primae, faciem summa pietate tradit*. Er legte also den Bericht der nunmehr ersten Klasse des einst blühenden Öhringer Gymnasiums vor, das in eine gewöhnliche Lateinschule verwandelt wurde. Von Ostern 1812 an gab es die »Lateinische Lehranstalt« mit einer Realklasse, die parallel zur obersten Klasse für etwa 10- bis 14jährige Schüler geführt wurde. Die oberste Klasse hatte im Schuljahr 1812/13 zunächst 12, Klasse II 16, Klasse III 15 und die Realklasse 27 Schüler. Der Französischunterricht unter dem Sprachmeister d'Homet wurde weitergeführt, ebenso bestanden die zwei Zeichenschulen fort⁶².

Die Stundentafeln von 1812 zeigen, daß sich für die noch bestehenden Lateinklassen nicht viel geändert hatte. Das Latein beherrschte den Stundenplan. Immerhin gab es nun auf allen Stufen Mathematik und auch ein paar Stunden Deutsch. Der Schwerpunkt der Realklasse lag bei der Mathematik mit acht Wochenstunden, auch Deutsch war hier stärker vertreten. Doch auch in der Realklasse wurde noch Latein gelernt, drei Wochenstunden waren vorgesehen. Französisch wurde für Latein- und Realschüler angeboten.

Mit der Herabstufung des Gymnasiums zur Trivialschule brach eine Tradition von 250 Jahren ab, und es sollte fast 150 Jahre dauern, bis in Öhringen das Hohenlohe-Gymnasium wiedererstand. Die Stadt Öhringen und das Hohenloher Land waren im 19. Jahrhundert und darüber hinaus kein Zentrum mehr, auch kein kleines, sie lagen am Rand des württembergischen Staates und am Rand der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Bevölkerung wuchs nicht wie im Stuttgarter und im Heilbron-

60 AHGÖ, Bü 18.

61 AHGÖ, Bü 17, 18.

62 AHGÖ, Bü 165.

ner Raum. An den Schülerzahlen ist abzulesen, wie das Leben stagnierte: 1812 75 Schüler, 1825 94, 1858 90, 1889 122, 1907 127, 1932 150, 1938 119. Anderswo vervielfachten sich die Zahlen in diesem Zeitraum.

Man kann aber nicht sagen, der württembergische Staat in Gestalt des Stuttgarter Konsistoriums habe alles umgestürzt. Rektor und langjährige Präzeptoren behielten ihre Stellen und weithin ihre Besoldung, Französisch- und Zeichenlehrer wurden übernommen. Die Einführung einer Realklasse, das sagen die Schülerzahlen, kam einem Bedürfnis in Öhringen entgegen. Deutlicher veränderte sich der Charakter der Schule und des Unterrichts, mehr Ordnung, mehr Bürokratie zogen ein. Wiederholt heißt es in den vielen Erlassen, die nun kamen, es müßten Mängel behoben werden. So wurde auf genaue Einhaltung des Lehrplans gedrungen, das übliche Auswendiglernen und Abhören sollte zugunsten sinnvollen, erklärenden Unterrichtens eingeschränkt werden. Für jedes Fach und jede Stufe wurden Vorschriften gemacht, Aufnahme und Versetzung der Schüler straff gehandhabt. Im Jahr 1837 kam die Schulaufsicht dahinter, daß die Öhringer Lehrer wie eh und je sich vor dem Unterricht morgens zu einem »Kolloquium« trafen und dabei manchmal auch die erste Stunde verkürzten. *Die Schule in Öhringen beginnt auf den Glockenschlag der ersten Morgenstunde*, wurde nun durch Erlaß verfügt, den jeder Lehrer unterschreiben mußte⁶³.

Ein Rest an Einfluß auf die Schule war den Fürsten geblieben, sie konnten die Lehrer nominieren, und sie erwirkten, daß die Erträge des »inkamerierten« Stifts weiter für die Schulen verwendet wurden. Fürst August wurde Präsident des Herrenhauses in Stuttgart und hatte auch dadurch gewisse Möglichkeiten. Andererseits war die Besoldung der Lehrer aus der Stiftskasse eine Last, insbesondere wenn die Mittel knapp waren und für eine Erweiterung der Schule nicht reichten. Immer wieder scheiterten solche Vorhaben an den Finanzen⁶⁴.

Lyzeum dem Namen nach

In den Jahren nach der Herabstufung zur dreiklassigen Lateinschule gab es Versuche, den Rang der Schule wieder zu erhöhen, vielleicht sogar bis zum Gymnasium, doch die württembergische Schulpolitik und die Schülerzahlen erlaubten das nicht, auch nicht nach dem Tod König Friedrichs. Aber die Erhebung zum Lyzeum und die Berechtigung zur Führung einer vierten Latein-klasse wurde 1825 erreicht. Allerdings fehlten von Anfang an und in den folgenden Jahren die Schüler für eine ständige vierte Klasse, so daß sie nach dem Abgang des Rektors Mögling im Jahr 1827 wieder aufgegeben wurde, die Bezeichnung Lyzeum durfte die Schule aber behalten⁶⁵. Der junge und rührige Rektor Pahl wollte lieber eine Elementarklasse und eine Realklasse einführen.

63 AHGÖ, Bū 17, S. 96; Bū 19.

64 H. Weber: Die Fürsten von Hohenlohe im Vormärz (Forschungen aus Württembergisch Franken 11), Schwäb. Hall 1977, S. 323–328.

65 AHGÖ, Bū 17, Teil 1, S. 58–59 u. S. 181–182; Bū 165–168.

Realklassen

Das Ringen um die neuen realistischen Fächer, Realschulzüge und Realgymnasien dauerte bis in unser Jahrhundert. Dem Bedürfnis und den Wünschen der Eltern stand der Widerstand der humanistischen Tradition gegenüber, verkörpert vor allem in der Lehrerschaft. Die Realklasse von 1812 hatte nur ein kurzes Leben. Ihr Lehrer, Präzeptor Seiler, mochte sie so wenig wie der Rektor Engel, vielleicht konnte Seiler die Fächer auch nicht angemessen unterrichten. Auf seine und der Schule Eingabe hin wurde die Realklasse nach 1818 wieder aufgehoben und dafür eine Elementarklasse eingeführt, die bald einfach die unterste Lateinklasse war. Rektor Pahl unternahm nun einen neuen Anlauf, und nach langen Verhandlungen mit den Behörden am Ort und in Stuttgart wurde im Dezember 1832 eine Realklasse ins Leben gerufen und ein Reallehrer angestellt⁶⁶. Diese Klasse wurde parallel zur obersten Klasse geführt, also für Schüler von 12 bis 14 Jahren; zwischen 1832 und 1845 hatte sie durchschnittlich 12 Schüler. Auch hier war der Schwerpunkt die Mathematik mit neun Wochenstunden, und zwar geteilt in Arithmetik und Geometrie, dazu kamen vier Stunden Naturgeschichte und als zweiter Schwerpunkt Französisch mit neun Stunden. Diese Klasse hatte kein Latein mehr wie noch die erste von 1812. Doch nach 19 Jahren wurde der Realzug wieder aufgegeben⁶⁷. Rektor Kern hatte 1847 die Lyzeumsklasse durchgesetzt, er hatte ohnehin nichts übrig für die Realfächer und wollte für die obere Klasse nicht die Konkurrenz der Realschule. Alle Schüler mußten wieder bis zum Ende ihrer Laufbahn am Lyzeum Latein und möglichst auch Griechisch lernen, falls sie nicht vorher die Schule verließen, was mehr als die Hälfte tat. Immerhin hatten nun alle Klassen etwas mehr Unterricht in Mathematik und Deutsch, andererseits gab es in den beiden oberen Klassen keinen naturwissenschaftlichen Unterricht.

Elementarklassen

Die Frage, welche Vorkenntnisse die Schüler haben und wie sie diese erwerben sollten, wenn sie in die Lateinische Schule eintreten wollten, beschäftigte die Gemüter ebenfalls das ganze letzte Jahrhundert über. Es wurde 1812 wie seit jeher gefordert, daß der Schüler *fertig deutsch lese, kurze Sätze ohne grobe Fehler schreibe, einen Anfang im Rechnen gemacht und in der Religion eine seinem Alter angemessene Kenntnis erlangt habe*⁶⁸. Diese Fertigkeiten konnten die Schüler in der deutschen Schule oder auch im Privatunterricht erwerben. Die Klagen, daß die Schüler nicht ausreichend vorbereitet seien, durchziehen die ganze Zeit. So entstanden an den Gymnasien die Vorschulen oder Elementarklassen, eine Art Grundschule, die vor der ersten Lateinklasse die Grundlagen legte. Die erste solche Klasse gab es in Öhringen nach dem Ende der Realklasse etwa von 1818 an.

66 AHGÖ, Bü 17, 22, 24, 305.

67 AHGÖ, Bü 18, 189–194.

68 AHGÖ, Bü 20, 22, 81; Öhringer Intelligenzblatt 1812, S. 65.

Betrachtet man die Stundentafel, so stellt sich allerdings heraus, daß diese zweijährige Vorklasse mit elf Stunden Latein eigentlich die erste gymnasiale Klasse war. Von 1825 an zuerst auf Probe, dann ab 1832 offiziell wurde eine echte Elementarklasse geführt. Ihr langjähriger Lehrer war der Pfedelbacher Preuner. Auf sie folgten drei Lateinklassen und die Realklasse. Ganz ohne Vorkenntnisse kamen die Schüler aber auch in die Elementarklasse nicht.

*Das Turnen*⁶⁹

Der Fächerkanon wurde auch im 19. Jahrhundert nur sehr zögernd verändert und erweitert. Ein Fach eroberte vor der Mitte des Jahrhunderts allmählich seinen Platz im Lehrplan, das Turnen, wie man für Sport sagte. In Württemberg wurde das Fach 1845 verbindlich in den Lehrplan aufgenommen, doch schon in den Jahren davor war es empfohlen. In Öhringen gründeten 1843 mehrere Lehrer ein »Komitee« zur Gründung einer Turnanstalt, der Rektor sollte den Unterricht ermöglichen. So wurden auf der Allmand Reck, Barren und ein Klettergerüst aufgebaut, und für die Unterbringung der Geräte wurde eine »Turnhütte« erstellt. Treibende Kraft war der 1842 nach Öhringen versetzte Präzeptor Essig, der dann 1845 auch den Unterricht mit sechs Wochenstunden in mehreren Gruppen für die ganze Schule übernahm, nachdem er durch einen Ausbildungskurs die Voraussetzung dafür erworben hatte. Beim Jubiläum des Jahres 1847 hielt Professor Essig eigens eine Turnrede, die gedruckt vorliegt. Darin wird sehr deutlich, wie eng die Idee der Leibeserziehung mit dem nationalen Denken und Fühlen verbunden war. Essig sagte da: *Wenn nun aber die gemeinschaftlichen Turnübungen vollends getragen sind von der höheren geistigen Macht der Liebe zum deutschen Vaterland, so wolle er behaupten, der Geist der deutschen Nation selbst hat diesen Recken und Barren ihr Dasein gegeben*⁷⁰.

Ordentliches Lehrfach war das Turnen allerdings noch länger nicht. In den Berichten der Präzeptoren taucht es weder im Lehrplan noch im Stundenplan auf, denn es wurde von einem »Fachlehrer« außerhalb der übrigen Stunden und klassenübergreifend gegeben. Professor Essig gibt in seinen Berichten Einblick in die Situation des Fachs: *Turnen, wie bisher, täglich im Sommer von 6–7 Uhr im Freien, bei schlechtem Wetter im Lyzeum. Im Frühjahr und Herbst fast täglich Turnspiele im Freien. Im Winter wird unmittelbar nach der Schule von 4–4¼ geturnt, wobei häufig Freiübungen in Massen von 30–50 Schülern vorkommen, außerdem ist im Winter zweimal in der Woche von 1–2 Uhr Fechten. Letzteres sowie das Exerzieren leitet Polizeiwachtmeister Huttenlau*⁷¹. Lange fehlte der Turnraum, den man bei schlechtem Wetter brauchte. Der Flur des Stiftsgebäudes und auch die Aula, welche zugleich Bibliothek war, mußten dazu dienen. Erst als im Jahr 1889 die heutige »Alte Turnhalle« gebaut war, fand das Provisorium ein Ende⁷².

69 AHGÖ, Bü 81, 89.

70 AHGÖ, Bü 28.

71 AHGÖ, Bü 186–199.

72 AHGÖ, Bü 63–66.

*Wirkliches Lyzeum*⁷³

Im Jahr 1846 trat Rektor Pahl krankheitshalber in den Ruhestand. Er war erst 47 Jahre alt, hatte aber doch schon fast 20 Jahre das Amt des Rektors am Öhringer Lyzeum tatkräftig versehen. Als Nachfolger kam Robert Kern, ein Sproß der Forchtenberger Künstlerfamilie; sein Vater war Hohenloher, dann württembergischer Beamter, er selbst wurde in Stuttgart geboren, hatte Theologie studiert und war Pfarrer in Forchtenberg gewesen. Gleich im ersten Jahr seiner Amtszeit stellte Kern den Antrag, die Anstalt wirklich zum Lyzeum zu erheben, d. h. eine Oberklasse hinzuzufügen. Er hatte Erfolg dank auch der Unterstützung durch das Fürstenhaus. In Kern war die Tradition des Hohenlohischen Gymnasiums lebendig, waren doch sein Vater wie sein Groß- und Urgroßvater Schüler der alten Anstalt gewesen. So lud er auch gleich für 1847 zur Feier des 300jährigen Bestehens der Schule ein, wobei er eine Rede hielt, die vor allem den Wert der humanistischen Bildung betonte⁷⁴. Da war es nur konsequent, daß er die Realklasse abschaffte. Es gab also nun vier Lateinklassen, die oberste wurde Lyzealklasse genannt, und die 14- bis 16jährigen Schüler lernten wieder drei Jahre Griechisch. Die Lyzealklasse war in der Folge aus Mangel an Schülern wiederholt gefährdet, schon im Schuljahr 1849/50 mußte sie für ein Jahr ausgesetzt werden, und noch 1892 dachte die Schulbehörde daran, sie aufzuheben. Da war die Schülerzahl auf sechs gesunken, und kein einziger Schüler lernte Griechisch. Mit der Einführung der Lyzealklasse war, wie Rektor Kern in seiner Jubiläumsrede sagte, die Schule *von ihrer Erniedrigung erlöst*, ja der Schulleiter machte sich Hoffnung, bald Vorsteher eines Vollgymnasiums zu sein. Nun konnten die Schüler immerhin bis zur Universitätsreife unterrichtet werden, wenn sie nach dem Besuch des Lyzeums Privatunterricht nahmen und die Maturitätsprüfung in Stuttgart ablegten. Die zwei Lehrer der oberen Klassen erhielten den Titel Professor. Aber die weiteren Wünsche gingen vorerst nicht in Erfüllung, und ab 1873 mußten die Öhringer Absolventen wieder die Oberstufe eines Gymnasiums besuchen, wollten sie an die Universität. Nur den mittleren Abschluß des »Einjährigen« konnte man nach 1871 am Lyzeum erwerben. Die Verhältnisse in Öhringen stagnierten eben noch eine Weile, man konnte mit zwei bis drei Schülern – so viele traten zwischen 1890 und 1900 pro Jahr in die Oberstufe eines Gymnasiums über – nicht an einen Ausbau zur Vollanstalt denken.

Ringens um die Realfächer

Das Profil der Öhringer Schule war nun für viele Jahrzehnte festgelegt, es war das humanistische. Doch die Wünsche und die Notwendigkeiten hinsichtlich der realistischen Fächer blieben bestehen, wurden dringlicher und mußten berücksichtigt werden. Man konnte nicht alle Schüler auf das Griechische verpflichten, also

73 AHGÖ, Bü 18.

74 AHGÖ, Bü 28, 83, 189–202, insbesondere Bü 201.

befreite man viele auf Antrag davon und führte mancherlei Ersatzunterricht ein, z. B. Zeichnen und Schönschreiben, später hauptsächlich Englisch und Mathematik. Die Unterscheidung von »Griechen« und »Nichtgriechen« führte zur Zerteilung der Klassen vom zweiten Jahr der Klasse II an, man könnte sagen, in einen humanistischen und einen realistischen Zug. Bedenkt man, daß in einer Klasse immer auch zwei Jahrgänge saßen und nun der Unterricht in Griechisch, Englisch, Mathematik und in anderen Fächern sich unterschied, so versteht man, daß das kein leichtes Arbeiten war. Dafür waren die beiden oberen Klassen klein, manchmal lernten gerade zwei Schüler Griechisch. Wo es möglich war, teilte man die Klassen, z. B. in Englisch. Im Lauf der Jahre wurden verschiedene Kombinationen versucht, doch blieb der Kanon der Fächer ziemlich fest.

Im Jahr 1879 wurde ein zweiter Reallehrer angestellt, die Realfächer erhielten mehr Gewicht. 1875/76 taucht im Stundenplan der Lyzealklasse die Physik auf, und zwar mit einer Stunde, nach 1903/04 war das Fach mit Chemie verbunden und hatte zwei Wochenstunden, obligatorisch auch für die »Griechen«. Vor allem begann mit dem zweiten Reallehrer der regelmäßige Englischunterricht, 1879/80 mit zwei Stunden für den Realzug, später waren es drei und vier in den oberen beiden Klassen. Das Fach Deutsch blieb mit ein bis zwei Stunden schwach versehen. Ein Schüler des humanistischen Zugs der Lyzealklasse hatte im Jahr 1908 unter anderem acht Wochenstunden Latein, sieben Griechisch, zwei Französisch, zwei Deutsch, aber nur zwei Naturwissenschaften, zusammen 33 Wochenstunden, der Schüler des realistischen Zuges hatte zum Ausgleich vor allem Englisch⁷⁵.

Progymnasium

Der Lehrplan blieb ziemlich unverändert bis nach dem Ersten Weltkrieg. Die Bezeichnung der Schule änderte sich allerdings, vom Jahr 1903 an hieß sie nicht mehr Lyzeum, sondern Progymnasium. Eine wichtige Änderung gab es im Schuljahr 1907/08, es wurden nämlich sechs Jahrgangsklassen eingeführt, so daß es nun die Klassen I bis VI gab, dazu eine Elementarklasse und noch eine Vorklasse. Im Schuljahr 1910/11 verteilten sich 128 Schüler folgendermaßen auf diese Klassen: Elementarklasse 22, Vorklasse 18, Klasse I 15, Klasse II 20, Klasse III 17, Klasse IV 15, Klasse V 10, Klasse VI 11. Ähnlich wie in diesem Jahr sah es immer wieder aus, in den unteren Klassen schwankten die Stärken um die 20, in den beiden oberen Klassen, nach Ende der Schulpflicht, waren sie noch halb so groß⁷⁶. Öhringen hatte im Jahr 1810 3419 Einwohner, im Jahr 1909 waren es 3603⁷⁷. Das Progymnasium hatte 100 bis 120 Schüler, 10 machten jährlich den mittleren Abschluß, zwei bis drei auswärts das Abitur. Die Zahlen beleuchten die Verhält-

⁷⁵ AHGÖ, Bü 24, 54, 222–251.

⁷⁶ AHGÖ, Bü 250–253.

⁷⁷ H. Weber: Württembergische Oberamtsstadt, in: G. Taddey u. a. (Hrsgg.): Öhringen. Stadt und Stift (Forschungen aus Württembergisch Franken 31), Sigmaringen 1988, S. 204.

nisse; die meisten Schüler kamen aus einer Umgebung, in der es die Ausnahme war, auf die Universität zu gehen. Betrachtet man die soziale Zusammensetzung der Schüler im Schuljahr 1912/13 genauer, so zeigt sich das für eine kleine Landstadt typische Bild: Von 87 Schülern stammten 30 aus Handwerkerfamilien, 20 von Kaufleuten und Handeltreibenden ab, 16 von kleinen Beamten und Angestellten, nur elf hatten als Väter Akademiker, also Ärzte, Lehrer, Pfarrer, Juristen. Schließlich gab es noch acht Söhne von Land- und Gastwirten, zwei Schüler sind nicht einzuordnen. Von den 186 Schülern, die zwischen 1901 und 1918 die oberste Klasse besuchten, wechselten im Durchschnitt genau 2,44 auf die Oberstufe eines Gymnasiums. Wie zu erwarten, wich die soziale Zusammensetzung der obersten Klasse von jener der ganzen Schülerschaft erheblich ab. Von 98 Schülern im Jahrzehnt vor 1900 stammten 33, d. h. ein Drittel, von Akademikern ab, 21 von Kaufleuten, nur 17 von Handwerkern, der Rest von kleinen Beamten, Angestellten, Landwirten etc.⁷⁸.

Diesem Bild entsprechen die Berufswünsche, die im 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts angegeben wurden. Nach der Schule machten die meisten eine Lehre, wurden Handwerker, Kaufleute, häufig Beamte und Angestellte bei Post und Bahn. Wer das Gymnasium abschloß und studieren wollte, dachte im 19. Jahrhundert zu allererst an die Theologie. Noch in den Jahren 1855 bis 1865 nannten von 144 Schülern 37 dieses Studium, gefolgt von Medizin mit 17 und Jura mit 16 Nennungen⁷⁹. Um 1900 hatte sich die Reihenfolge allerdings geändert, das Studium der Theologie lag nicht mehr an der Spitze, sondern gleichauf mit anderen Wünschen. Schon bald nach der Übernahme durch Württemberg traten Öhringer Schüler auch in die bekannten evangelisch-theologischen württembergischen Seminare ein. Von 1819 bis 1829 bestanden nicht weniger als elf Schüler das Landexamen und kamen nach Blaubeuren oder Schöntal. Zu den Besten ihres Jahrgangs im Landexamen gehörten in den dreißiger Jahren auch die drei Söhne des Stiftspredigers Wezsäcker⁸⁰. Im ganzen 19. Jahrhundert gab es am Öhringer Lyzeum keine Mädchen. Sie waren von der höheren Schulbildung ausgeschlossen. Eine private »Töchterschule« hatte in Öhringen kein langes Leben, da sie sich nicht trug. Erst im Jahr 1901 wurden drei Mädchen mit Genehmigung der Schulbehörde in die Klasse I aufgenommen, und zwar als außerordentliche Schülerinnen⁸¹. Die Zahl der Mädchen nahm nur langsam zu, 1912 waren es vier von 81 Schülern. Im Schuljahr 1909/10 erreichte das erste Mädchen die oberste Klasse, Liese Clostermeyer, Tochter des Oberamtmanns. Bis 1916 waren es drei, die den Abschluß machten, unter ihnen die Tochter des Oberpräzeptors Schöck. In der Schülerliste steht bei allen dreien in der Spalte Stellung nach dem Austritt: *Ins Elternhaus*⁸². Zunächst galt die Aufnahme von Mädchen als Versuch, sie waren

78 AHGÖ, Bü 244–260, 302–304.

79 AHGÖ, Bü 197–209.

80 AHGÖ, Bü 2, 374–375.

81 AHGÖ, Bü 76–77.

82 AHGÖ, Bü 306, 474, 511, 534.

nicht nur außerordentliche Schülerinnen, sie mußten auch höheres Schulgeld zahlen, der Eintritt mußte auf Anweisung restriktiv gehandhabt werden. Erst ab 1926 entschied nicht mehr die Ministerialabteilung in Stuttgart über die Aufnahme, sondern der Schulleiter. In diesem Jahr suchten schon neun Mädchen um Aufnahme nach.

Im Schuljahr 1908/09, dem ersten, in dem es Jahrgangsklassen gab, unterrichteten am Progymnasium acht Lehrer. Rektor Dr. Karl Barth, der seit 1881 der Schule vorstand und sie sehr korrekt leitete, war Klassenlehrer der obersten Klasse VI. Lehrer an Klasse V war Oberpräzeptor Adolf Wolf, der erst im Lauf des Schuljahres als Nachfolger von Dr. Karl Weller aus Esslingen nach Öhringen gekommen war. Dr. Adolf Eberhardt hatte eine Ausbildung als Reallehrer mit den Fächern Französisch, Englisch und Mathematik, er war Klassenlehrer an Klasse IV, unterrichtete aber auch an anderen Stufen, z. B. auch Sport in den oberen Klassen. Die Klasse III leitete Professor August Bader, wie Barth und Wolf Altphilologe; er war seit 1890 in Öhringen. Die Klassen II und I hatten Präzeptor Christian Schöck zum Klassenlehrer, der seit 1896 dem Kollegium angehörte und in Öhringen, auch an der Schule, die Stenographie einführte. Professor Goppelt war Reallehrer und auch außerhalb der Schule in Öhringen tätig und bekannt; seit 1881 unterrichtete er moderne Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften und andere Fächer. Seit 1903/04 bestand die Vorklasse, eigentlich die untere Abteilung der Klasse I, die noch kein Latein hatte, sie wurde von Hilfslehrer Adolf Frey unterrichtet. Als eigene Einheit gab es noch die Elementarklasse, eine zweijährige Grundschule am Gymnasium, die seit 1906 von dem Elementarlehrer Griesinger versehen wurde.

Der Zustand der Schule, das konnte man sagen, war wohlgeordnet: Gut ausgebildete Lehrer unterrichteten in kleinen bis sehr kleinen Klassen, lernwillige Schüler bekamen einen gut gefüllten Schulsack mit. So sieht es auch Rektor Barth immer wieder in seinen Jahresberichten trotz einiger Vorbehalte. Zum Schuljahr 1910/11 schreibt er unter anderem: *Der Zustand in Hinsicht auf das Verhalten der Schüler ... war im großen und ganzen eher befriedigend als im Vorjahr ... Körperliche Strafen kamen nahezu nicht in Anwendung, nur wegen Lügens und Betrügens.* Der Philologe hatte allerdings immer wieder zwei Klagen in Öhringen: *Mangel an Fleiß, hauptsächlich infolge der Gleichgültigkeit des Elternhauses, eine alte Klage, die beinahe jedes Jahr wiederholt werden muß.* Öfter fügt er die mangelnde Begabung hinzu. Und dann: *Die Zahl der Griechisch lernenden Schüler... verschwindet nächst dem.* Es waren in Klasse V drei, in Klasse IV zwei Schüler⁸³.

Auch damals vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Schüler ihre Freiräume und ihre Abwechslung. Ferien gab es etwa so viele wie heute, schulfrei war am Geburtstag des Kaisers, des württembergischen Königs und der Königin. Am 18. Januar fand eine Schulfeier zum Jahrestag der Proklamation des Reiches von 1871 statt *mit Gesang nebst Rede des Reallehrers Dr. Eberhardt.* Außer einem Jahresausflug – nur

in die nähere Umgebung – hatten die Schüler sechs Wandertage, 1910/11 drei sogenannte Ausmärsche und dreimal Schlitten- und Schlittschuhfahren. Dem Schulleiter schien so viel Spiel und Sport übertrieben.

Schule im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg war für die Schule ein tiefer Einschnitt, nicht für ihre äußere Gestalt und Organisation, doch für Leben und Bewußtsein und die Arbeit von Lehrern und Schülern. Gleich zu Beginn mußten von den acht Lehrern drei dem *Ruf zu den Fahnen folgen*⁸⁴, wie sich Rektor Kleinknecht im amtlichen Bericht ausdrückte. Die verbliebenen Lehrer mußten die Kollegen vertreten, Unterricht fiel aus, Aushilfslehrer wie der Student der Mathematik Schöck, der Sohn des Oberpräzeptors, sprangen ein. Vier Jahre lang unterrichtete als erste Frau am Progymnasium Stephanie Specht, und zwar vor allem die Elementarklasse.

Die Begeisterung für die Sache der Nation ist allen Berichten in den ersten Kriegsjahren deutlich zu entnehmen. Insbesondere Rektor Kleinknecht, seit 1913 im Amt, hielt hochpatriotische Ansprachen bei den Schlußfeiern der Jahre 1915 und 1916. Die Schüler deklamierten bei solchen Anlässen Gedichte mit Titeln wie »Die Heldenmutter«, »Die Karpatenschlacht«. Im Schuljahr 1914/15 gab es zehn freie Tage zur Feier der deutschen Siege, zum Sammeln von Gold und zur Erntehilfe. Im Unterricht wurde der Krieg verfolgt, die Gesinnung der Schüler gefestigt⁸⁵. Erst ab 1917 gab es auch andere Stimmen wie die des Hilfslehrers Dörr, der schrieb, ihm widerstrebe im dritten Kriegsjahr eine allzu ausgiebige Heranziehung von Kriegslyrik im Unterricht.

Schon am Ende des ersten Schuljahres im Krieg mußte Rektor Kleinknecht in einer Trauerrede den Tod des Oberpräzeptors Adolf Wolf beklagen. Er war 1909 an das Progymnasium gekommen und Lehrer der Klasse V geworden; noch kurz vor dem Krieg hatte er für das württembergische Sammelwerk »Geschichte des humanistischen Schulwesens« die Geschichte des Hohenlohe-Gymnasiums bis zum Jahr 1806 geschrieben, die nach seinem Tod erschien⁸⁶. Im Sommer 1916 wurde auch Rektor Kleinknecht einberufen, im Mai 1917 fiel er an der Westfront. Als dritter Lehrer der Schule fand der von 1915 bis 1917 in Öhringen tätige Oberpräzeptor Dr. Karl Hähnel im März 1918 in Frankreich den Tod. Nach dem Krieg stellte der neue Rektor Nathanael Krauß zusammen, welche Schüler des Progymnasiums im Krieg ihr Leben verloren. Es waren 56 ehemalige Schüler, mancher der Gefallenen hatte noch 1914 das Progymnasium besucht⁸⁷.

Als Rektor Kleinknecht 1916 eingezogen worden war, versah Professor Goppelt kommissarisch zwei Jahre lang die Geschäfte des Rektorats. Im Frühjahr 1918 wurde dann dem Altphilologen Nathanael Krauß die Leitung der Schule übertragen.

84 AHGÖ, Bū 256–257.

85 AHGÖ, Bū 256–259, 267.

86 Wolf (wie Anm. 8), S. 614–635.

87 AHGÖ, Bū 306, Liste der Gefallenen.

Das Ende des Krieges spiegelt sich recht unspektakulär in seinen Umläufen an der Schule. Am Tag des Waffenstillstands, dem 11. November 1918, gab es die Bekanntmachung zum Sammeln von Kriegsanleihen, ferner von Laubheu für die Pferde des Heeres, am 14. November die Ankündigung, daß das Schulgeld eingezogen werde. Von ferne nur drangen die Geräusche des Umsturzes in die Mauern der Schule. Vom 20. November ist ein Erlaß datiert, der die Schüler davor warnte, an *Straßenumzügen und Straßenunruhen* teilzunehmen. Bei der Schlußfeier am Ende des Schuljahres 1918/19 gedachte Rektor Krauß der Toten des Krieges. Die Empfindungen der Menschen drückte Professor Goppelt in einem Gedicht zur Verabschiedung der Kollegin Stephanie Specht aus:

*Fürwahr! so viele harte Schläge,
Sie trafen das ehrwürd'ge Haus,
In dem die wolkenlosen Wege
Der Jugend münden ein und aus.
Wie schmerzen neu uns heut die Namen
Der Träger, die nicht wieder kamen*⁸⁸.

In der Republik von Weimar

Das Ende des Krieges brachte die Niederlage des Deutschen Reiches und das Ende der Monarchien. Das »königlich« verschwand aus dem Behördenverkehr, wichtig aber war, daß auch die Gefühle der Loyalität betroffen waren. Nachdem die monarchischen Gedenktage, die schulfreien Geburtstage von Kaiser und Königen, abgeschafft waren, schrieb Rektor Krauß in einem Umlauf für die Lehrerschaft: *Wir müssen ... auch den Schein einer Herausforderung vermeiden. Im übrigen liegt es mir fern, irgendwie verhindern zu wollen, daß der einzelne in anderem Zusammenhang seiner Überzeugung Ausdruck gibt*⁸⁹. Diese Überzeugung war durchaus national und monarchistisch, und sie ist in der Folge nicht ohne Wirkung auf die Schüler in der Weimarer Republik geblieben. Im Sommer 1919 gab es wieder eine Schlußfeier mit dem Gedenken an die Gefallenen und mit Gedichten, die Titel hatten wie »Deutscher Rat«, »Ein deutscher Postillion«, und Szenen aus Paul Ernsts »Preußengeist« wurden gespielt. Nationales Gedenken durchzieht die Jahre der Republik: 1924 gab es eine Kolonialgedenkfeier, 1929 stand die Schlußfeier im Zeichen des Auslandsdeutschtums, insbesondere der Südtiroler wurde mit einer Aufführung gedacht. Da hieß es:

*Brüder im freien Land
hört unsern Ruf:
Gierige Feindeshand
Notzeichen schuf,*

⁸⁸ AHGÖ, Bü 269.

⁸⁹ AHGÖ, Bü 269.

*stahl uns die Heimat traut
nahm uns den Mutterlaut,
schmiedet uns Ketten an.
Denket daran!*

Vom Jahr 1919 an hatte das Progymnasium wieder seine acht Lehrer, Hilfskräfte wurden entlassen, der volle Unterricht konnte gegeben werden. Dennoch war der Schulalltag noch auf Jahre belastet. Wegen Kohlenmangels begann der Unterricht im Winter 1918/19 erst um 8.30 Uhr, Papier war Mangelware, die Väter vieler Schüler waren gefallen, manche Familien waren so arm, daß die Ernährung nicht reichte. Als die Inflation immer höher stieg, wurde 1923 ein Hilfsverein gegründet, der bedürftige Schüler unterstützte, auch Schulgeld zahlte über die vorhandenen Freistellen hinaus, Schreibwaren und Bücher beschaffte. Noch im Schuljahr 1924/25 erhielten über 60 Schüler täglich eine Mahlzeit aus der Quäkerspeisung, die von dieser amerikanischen Kirche gestiftet worden war⁹⁰.

Progymnasium und Realschule

Im Schulwesen Deutschlands trat nach dem Ersten Weltkrieg die große Änderung ein, daß alle Kinder die ersten vier Jahre die gleiche Schule, die Grundschule, besuchen mußten. Damit entfielen die Vorklassen und Elementarschulen der Gymnasien. Nach der vierten Klasse der Grundschule und einer Aufnahmeprüfung konnten die Zehnjährigen ins Gymnasium gelangen. So hörte auch in Öhringen im Schuljahr 1923/24 die Elementarklasse auf zu bestehen.

Schon ein Jahr vorher, im Schuljahr 1922/23, wurde am Progymnasium ein echter Realschulzug eingeführt, d. h. diese Schüler lernten kein Latein mehr, sondern hatten als Fremdsprachen Französisch und später Englisch. Klasse um Klasse erfuhr in den folgenden Jahren diese Teilung, so daß im Schuljahr 1927/28 alle Klassen einen humanistischen und einen realistischen Zug hatten. Daraufhin erhielt die Anstalt die Bezeichnung »Progymnasium und Realschule«⁹¹.

In diesem Schuljahr 1927/28 besuchten 151 Schüler die Anstalt, darunter 43 Mädchen. Die Schüler verteilten sich auf die Züge etwa je zur Hälfte, doch gab es von Klasse zu Klasse auch Unterschiede. 1922/23 begann die erste geteilte Klasse mit 36 Schülern, 16 im humanistischen, 20 im realistischen Zug; 1932/33 gab es eine Klasse III mit 10 Schülern bei den Humanisten, 21 bei den Realisten. Nach wie vor waren die oberen beiden Klassen schwächer besetzt, 1932/33 in Klasse V 9 Schüler, allerdings in Klasse VI 16 mit 10 Mädchen⁹².

90 AHGÖ, Bü 270–283.

91 AHGÖ, Bü 25, Erlaß vom 12. 4. 1928.

92 AHGÖ, Bü 304, Statistik.

In der Zeit des Nationalsozialismus

Die Schule geriet nach Hitlers »Machtergreifung« am 30. Januar 1933 schnell in den Sog der Ideologie und wurde den Zielen der Partei dienstbar gemacht. Daß dabei einige Lehrer bereitwillig mitmachten, wird aus den Unterlagen ebenso deutlich wie mancher Vorbehalt. Die starke nationale Ausrichtung der ganzen Gesellschaft, der Lehrer und Eltern, half dabei. Es begann am 18. März 1933 mit einer kurzfristig für alle Schulen vom Kultusministerium angeordneten »Feier der nationalen Erhebung«, bei der Studiendirektor Krauß – so war nun der Titel des Schulleiters – eine Ansprache hielt. Dann war das Schuljahr zu Ende. Am 20. April fing das neue Schuljahr an, an Hitlers Geburtstag also, dessen in einer Feier am 21. gedacht wurde. Der 1. Mai wurde groß begangen als »Tag der Arbeit« mit Festgottesdienst, Aufmärschen und Sportwettkämpfen. Im Gottesdienst sang der Kirchenchor »Kommt her des Königs Aufgebot«, die Schüler bildeten Sprechchöre, am Ende erklang das »Niederländische Dankgebet« mit dem Vers: »Wir loben dich, oben, du Lenker der Schlachten.« Von Juni an wurde in allen Klassen, auch in I und II, in je einer Wochenstunde die Geschichte von 1914 bis 1933 besonders behandelt. In den unteren Klassen sollten *lebensvolle Bilder der führenden Männer* gegeben werden, *auch der verderblichen wie Erzberger*. Zur Vorbereitung wurden für die Lehrer zwei Exemplare von Hitlers »Mein Kampf« angeschafft. Die Schüler erwarben das NS-Liederbuch »Die Fahne hoch« für 30 fennige, und diese Lieder wurden gelernt und zu jeder Gelegenheit gesungen. Immer wieder besuchten alle Schüler, die jüdischen ausgenommen, die Propagandafilme wie »Deutschland erwacht« am 26. Juni, »Blutendes Deutschland« am 15. September 1933, »Sieg des Glaubens« am 8. Februar 1934, dazu das Drama »Schlageter« am 22. Oktober 1933. Es stammt von Hanns Johst, der von 1935 an Präsident der Reichsschrifttumskammer war. Anfang Oktober wurde »Deutscher Erntedank« gefeiert, wieder mit einem Festgottesdienst und dem Choral »Wach auf, wach auf, du deutsches Land, du hast genug geschlafen«. Außerdem gab es Ausstellungen, den »Tag des deutschen Volkstums«, eine Sonnwendfeier⁹³.

Ein Studienrat war alter Nationalsozialist. Er hielt zum Jahrestag der »Machtergreifung« am 30. Januar 1934 in einer Feier der Schule eine Ansprache, deren Text erhalten ist. Nach einer vehementen Verdammung der Weimarer Zeit, wo *deutsches Fühlen und Denken keinen Platz mehr hatten*, wobei Rathenau, Toller und die expressionistische Kunst erhalten mußten, kam er zu den Werten des Nationalsozialismus. *Deutsches Wesen* solle wieder Geltung haben, das Vaterland wieder erstehen und erstarken und *zu seiner früheren Weltgeltung* gebracht werden; die Jugend mit ihrem Idealismus werde es schaffen, aber der Weg sei nicht leicht: *Alles muß errungen werden unter härtesten Opfern... Um den Opfern gewachsen zu sein, wird eine Einstellung notwendig, die restlos durchdrungen ist vom Glauben an das deutsche Volk*. Er endete mit dem Wahlspruch der SA: *Deutschland soll leben, und*

wenn wir sterben müssen⁹⁴. Inhalt und Sprache lassen die Vorbilder erkennen, Hitlers Reden, sein Buch »Mein Kampf« und die ganze Propaganda der Partei. Aber die Schüler damals – und nicht nur sie – waren von diesen Inszenierungen und Reden beeindruckt. Das Schuljahr endete am 22. Juli mit einer »nationalen Feier«.

Vom ersten Schuljahr der NS-Zeit an wurden auch am Progymnasium die Rituale der »Bewegung« eingeführt. Am ersten Schultag nach allen Ferien war Flaggenhisung auf dem Marktplatz, wofür extra zwei Fahnenstangen vor dem Stiftsgebäude aufgestellt wurden. Zu Feiern und Veranstaltungen trugen die Schüler und manche Lehrer Uniform, und es wurde ständig angetreten und marschiert. Vor jeder Schulstunde grüßten sich Lehrer und Schüler mit erhobenem Arm und dem Hitlergruß; auch jeder einzelne Schüler hatte die Lehrer so zu grüßen. Schulleiter Krauß fügte sich wie die meisten, vielleicht nicht ganz überzeugt, den Neuerungen. Am 8. Januar 1934 grüßte er in einem Umlauf die Lehrer mit *Heil Hitler! Glück auf für 1934!* Auf der Elternversammlung im Januar desselben Jahres sagte er, die nationalsozialistische Gesinnung müsse alles durchdringen, fügte aber hinzu, die höhere Schule müsse am Grundsatz der Leistung festhalten, und er zitierte Hitler mit dem Satz: »Die wissenschaftliche Schulbildung ... wird mit nur geringen Veränderungen vom völkischen Staat übernommen werden können«⁹⁵. Es ging ihm um die Erhaltung des Gymnasiums, den Einfluß des Regimes nahm er hin. Wie viele Lehrer war er kein Nazi, aber dennoch gerieten fast alle in die Organisationen des Nationalsozialismus und mußten nach 1945 mit zeitweiliger Entfernung vom Schuldienst dafür büßen. Sie waren Parteimitglieder, Mitglieder im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), vereinzelt auch Funktionäre.

Die Schüler standen unter massiver Beeinflussung, ihr Idealismus wurde benutzt, fast alle erlagen den Fahnen und Gesängen, den Reden und Rufen. Vom 16. Januar 1934 stammt ein Schülerverzeichnis, das die Zugehörigkeit der Jungen und Mädchen zu den verschiedenen Gliederungen der Hitlerjugend nachweist. Von 152 Schülern waren nur 31 nicht organisiert; zieht man die jüdischen Schüler ab, waren 87 % Mitglieder der HJ⁹⁶. 1936 weist die Schulstatistik aus, daß alle Schüler in der HJ waren⁹⁷. Die Schule, das muß man anmerken, war aber nicht der einzige Ort, an dem die Jugend erfaßt war und bearbeitet wurde, in den vielen Veranstaltungen der HJ das Jahr über geschah noch viel mehr. Eine beträchtliche Anzahl der Jungen und Mädchen des Gymnasiums, der Oberschule, wie sie bald hieß, war HJ-Führer, und das mit Stolz. Dennoch drehte sich in der Schule nicht alles um den braunen Kult, der Alltag gehörte der Schularbeit. Bei manchen Lehrern fiel kein politisches Wort, und in den Jugendlichen regte sich nicht selten Skepsis und Unbehagen gegenüber der ständigen Gängelung und den unablässigen Forderungen des Regimes.

94 AHGÖ, Bū 284.

95 AHGÖ, Bū 284.

96 AHGÖ, Bū 143.

97 AHGÖ, Bū 304.

*Jüdische Schüler*⁹⁸

In den drei Jahren von 1933 bis 1936 wurden die jüdischen Schüler aus den Schulen verdrängt, auch aus dem Öhringer Progymnasium. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die jüdische Bevölkerung volle Bürgerrechte erhalten hatte, zogen von den umliegenden Gemeinden Familien jüdischen Glaubens nach Öhringen. Nach 1870 besuchten die ersten jüdischen Jungen das damalige Lyzeum, bis 1879 waren es schon 24. Von da an blieb ihr Anteil etwa gleich durch die Jahrzehnte, nämlich 10 bis 15, in der Zeit bis 1936 insgesamt 134. Der Aufstieg der jüdischen Familien und ihre Assimilierung läßt sich auch an den Schulakten ablesen. Die Väter wurden aus Händlern Geschäftsleute, dann in der folgenden Generation Ärzte, Anwälte usw., ihre Söhne hießen nicht mehr Isak und Mose, sondern Gerhard und Siegfried. Seit 1910 besuchten besonders auch jüdische Mädchen das Gymnasium, so waren von den 13 jüdischen Schülern des Schuljahres 1934/35 sechs Mädchen.

Über die Behandlung der jüdischen Schüler sagen die Schulakten bis 1933 nichts aus, sie waren Schüler wie andere auch, es gab bessere und schlechtere, sie erhielten Preise oder wurden auch einmal nicht versetzt. Dennoch existierte Antisemitismus, wie z. B. ein Vorfall aus dem Jahr 1925 zwischen einem Lehrer des Progymnasiums und einem jüdischen Ehepaar bei einer Eisenbahnfahrt beweist⁹⁹. Nach 1933 kam es, wie Zeugen aussagen, vereinzelt zu Übergriffen, und zwar durch Lehrer und Schüler, allgemein aber zu immer schlimmerer Diskriminierung durch den Staat. Bereits 1933 wurde für die jüdischen Schüler eine Quote von 1,5% eingeführt, das wären für Öhringen zwei Schüler gewesen. Ausgenommen von dieser Quote waren aber die jüdischen Kinder, deren Väter am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten. Das waren fast alle, wie aus einer Aufstellung hervorgeht¹⁰⁰. Die Lage für die jüdischen Schüler wurde immer unhaltbarer. Von den vielen politischen Veranstaltungen der Schule waren sie ausgeschlossen, schließlich sollten sie an manchen Unterrichtsstunden nicht mehr teilnehmen dürfen, weil *die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit dem nationalsozialistischen Gedankengut die Anwesenheit nichtarischer Schüler in einzelnen Unterrichtsfächern und Unterrichtsstunden als störend und unerträglich erscheinen läßt*¹⁰¹. Zu dieser Zeit war aber schon kein jüdischer Schüler mehr am Öhringer Progymnasium. Im Frühjahr 1935 war als letzter noch Rolf Merzbacher, ein Sohn des Öhringer Arztes, aufgenommen worden. Im Lauf des Schuljahres 1935/36 blieben von den zwölf jüdischen Schülern des Beginns noch sieben, und die kamen zum neuen Schuljahr nicht wieder. Ab Ostern 1936 gab es keine jüdischen Schüler mehr in der Anstalt.

98 AHGÖ, Bū 129, 143–144, 214–262, 301–304, 306, 363, 381.

99 AHGÖ, Bū 337, 343.

100 AHGÖ, Bū 286.

101 AHGÖ, Bū 144, Erlaß der Ministerialabteilung vom 9. 2. 1937.

Oberschule, Zweiter Weltkrieg

Nur neun Jahre hieß die Öhringer Anstalt »Progymnasium und Realschule«, denn im Jahr 1937 wurden im ganzen Reich Hitlers einschneidende Änderungen verfügt. Die Ausbildungszeit bis zum Abitur wurde an allen höheren Schulen von neun auf acht Jahre verkürzt, die humanistischen Gymnasien fast völlig abgeschafft. Nun hieß die Öhringer Schule wie die meisten »Oberschule für Jungen«, die erste Fremdsprache war Englisch, die zweite Latein. Mädchen sollten in Oberschulen für Mädchen gehen, nur wo keine solche bestehen konnte, besuchten sie die Jungenschule. Der humanistische Zug mit den alten Sprachen lief aus, eine Tradition von Jahrhunderten war am Ende. Gestärkt wurden im Lehrplan Deutsch und Geschichte, die Naturwissenschaften und vor allem auch Sport. Bevor aber das neue Modell ganz eingeführt war, begann der Zweite Weltkrieg und brachte für die Schulen schwere Zeiten mit vielen Einschränkungen.

Der Krieg von 1939 kündigte sich früh an, auch in den Schulen. Die aggressive Sprache von der Tilgung der Schmach von Versailles, der Kampfbereitschaft, von den Opfern für das Vaterland deutete auf eine schlimme Entwicklung hin. Maßnahmen kamen hinzu: die totale Organisation der Jugend, die vormilitärische Ausbildung mit Exerzieren und Marschieren, Geländespielen und Wehrsport. Schon vom Frühjahr 1934 an wurde der Luftschutz an den Schulen vorbereitet, ab 1936 die Verdunkelung in einem vertraulichen Erlaß zu üben befohlen¹⁰². Mehrere Lehrer waren Beauftragte für den Luftschutz und mußten an Lehrgängen teilnehmen, ein junger Assessor wurde Verbindungslehrer zur Hitlerjugend, alle Lehrer wurden zu politischen Tagungen und Schulungen geschickt. Das letzte Jahr vor dem Krieg brachte noch mehr Unruhe und deutliche Hinweise auf das Komende. Junge Lehrer wurden gemustert und zu Übungen einberufen, im Juni 1939 ein Assessor ganz zur Wehrmacht geholt. Offiziere hielten Werbevorträge an der Schule, Kriegsfilme wurden gezeigt.

An der Oberschule wechselte die Schulleitung, Studiendirektor Krauß erkrankte im Frühjahr 1938 und starb ein knappes Jahr später 62jährig. Ein Jahr lang leitete der Stellvertreter, Studienrat Seydel, die Schule, bis ab August 1939 Studienrat Herzig das Amt übertragen wurde, einem, wie manche Äußerungen zeigen, recht überzeugten Nationalsozialisten. Nach einem Vierteljahr schrieb er der Schulbehörde über sein Kollegium: *An überzeugten Nationalsozialisten ist hier kein Überschuß, wenigstens nicht in der Richtung, daß der einzelne sich mit ganzer Begeisterung dafür einsetzt*¹⁰³. Das Fach »Weltanschaulicher Unterricht« übernahm er, der Mathematiker und Physiker, selbst. Am 29. August war der erste Schultag nach den Sommerferien mit Flaggenhissung und Begrüßung durch den neuen Schulleiter, am 1. September begann der Krieg. Vier Lehrer von neun wurden oder waren eingezogen, bis 10. September schloß die Schule, denn ein geregelter Unterricht war nicht möglich. Dann wurde aber der Unterricht mit vier Ersatzkräften

102 AHGÖ, Bü 148, Erlaß der Ministerialabteilung vom 14. 5. 1934.

103 AHGÖ, Bü 94, Brief an Ministerialabteilung vom 9. 12. 1939.

aufgenommen. Vor allem Frauen füllten die Lücken und unterrichteten bis über das Kriegsende hinaus mit Erfolg an der Schule, so Frau Dr. Mezger und Frau Herzig, beide Ehefrauen von Lehrern der Schule. Weitere Aushilfskräfte hatten keine entsprechende Ausbildung: Bäckermeister Metsch übernahm von 1940 bis 1943 den Jungensport, der private Musiklehrer Christl Dohl 1939 bis 1940 den Unterricht in Musik. Gekürzt wurde vor allem der Religionsunterricht. Da immer wieder Lehrer eingezogen und versetzt wurden oder auch vom Kriegsdienst zurückkehrten, war die Fluktuation groß, mehrmals im Jahr wechselten die Lehraufträge und die Stundenpläne, und die Schüler erhielten andere Lehrer¹⁰⁴. Bei Kriegsbeginn hatte die Schule 125 Schüler in sechs Klassen, die stärkste war Klasse I mit 29 Schülern, die schwächste Klasse VI mit 8. An den Klassen I bis III war die Reform von 1937 umgesetzt, sie hatten Englisch als erste, Latein als zweite Fremdsprache, an den Klassen IV bis VI gab es noch die humanistischen und realistischen Züge. Im Frühjahr 1940 fand ein letztes Mal im Krieg eine Schlußfeier statt, Schüler und Lehrer trugen Uniform. Der Schulleiter hatte sich für seine Ansprache notiert: *Zusätzliches Bewußtmachen der Größe der Zeit. Alle Stoffe müssen sich ausrichten nach der Wehrhaftmachung. Die biologischen Grundlagen des Lebens des deutschen Volkes sind eindringlich klarzulegen*¹⁰⁵.

Bis 1942/43 verlief das Schulleben mit den beschriebenen Einschränkungen verhältnismäßig normal. Freilich gab es den Lehrerwechsel, die Propagandaveranstaltungen und mancherlei Einsätze bei Sammlungen und Erntearbeiten, auch mußte die Schule schon im ersten Kriegswinter wegen Kohlenmangels vom 20. 1. bis 10. 2. 1940 geschlossen werden. Eine regelmäßige Aufgabe der Schüler im Frühsommer war das wöchentliche Absuchen der Kartoffelfelder nach Kartoffelkäfern. Schüler der oberen Klassen wurden zu vormilitärischen Übungen eingezogen in die sogenannten Wehrrüchtigungslager, immer häufiger fanden Werbeveranstaltungen für Wehrmacht und SS statt. Da aber in Öhringen die ältesten Schüler erst 16 Jahre alt waren, griff der Krieg in ihre Reihen nicht direkt ein wie an den Vollanstalten, wo bald die Reifeprüfung nur noch für die Mädchen stattfand. Ein Beispiel für Ernteeinsätze ist das Erbsenpflücken vom 25. Juni bis 11. Juli 1943 auf dem Stolzenhof bei Jagsthausen. Die Schüler ernteten in neun Tagen 31174 kg grüne Erbsen unter der Aufsicht von Studienrat Dr. Oberer. Bei Sammelaktionen lieferten Öhringer Schüler im ersten Halbjahr 1942 ab: 3233 kg Lumpen, 5543 kg Papier, 8276 kg Schrott, 569 kg Knochen¹⁰⁶.

Vom Jahr 1943 an griff der Krieg stärker in die Schularbeit ein. Der Luftkrieg wurde auch in einer Kleinstadt zur Bedrohung. Gab es in der Nacht Luftalarm, so begann der Unterricht erst mit der dritten Stunde, und das geschah immer häufiger. Schüler der Jahrgänge 1927 und 1928 wurden als Luftwaffenhelfer eingezogen. Sie erhielten eine militärische Ausbildung und kamen in die gefährdeten Gebiete, hatten aber zugleich noch Unterricht von Lehrern aus umliegenden

104 AHGÖ, Bü 290–294, 298, 345.

105 AHGÖ, Bü 290.

106 AHGÖ, Bü 142–143.

Oberschulen. Im Dezember 1943 wurden 15 Schüler der Schule für tauglich befunden zu diesem Dienst und nach der Ausbildung in Pforzheim bei der schweren Flugabwehr eingesetzt¹⁰⁷. Welche Folgen dieser Einsatz an der »Heimatfront« hatte, auch wenn die Jungen nicht in einen Angriff gerieten, schildert ein Brief von fünf Schülern an ihren Schulleiter. Sie erhielten am Ende des Jahres miserable Zeugnisse, obwohl sie kaum den Unterricht besuchten und sowieso anderes im Kopf hatten. Nun hatten sie Angst, diese schlechten Noten könnten ihnen anhängen, und sie baten den Schulleiter, er möge sich für sie verwenden¹⁰⁸. Die Nachrichten vom Tod an den Fronten häuften sich. Schon 1941 war Dr. Siegfried Weber, der seit 1938 als Neuphilologe an der Schule gewesen war, vor Moskau gefallen. Ehemalige Schüler, blutjung und mancher noch zu Kriegsbeginn auf der Öhringer Schulbank, starben im Kampf um die Freiheit Großdeutschlands für Führer, Volk und Vaterland, wie es damals hieß. Als im Spätsommer 1944 die Front im Westen bis ins Elsaß vorrückte, wurde der totale Kriegseinsatz im Schulwesen befohlen¹⁰⁹. Nach den Sommerferien wurden durch die HJ die Schüler der oberen Klassen zum Ausbau von Befestigungen am Rhein aufgeboten. Zehn Schüler der Oberschule – die anderen waren schon als Luftwaffenhelfer im Einsatz – schanzten zusammen mit vielen anderen Schülern der Umgebung vom 24. September bis zum 23. Oktober an der Murgmündung bei Rastatt. Obwohl es immer wieder Fliegerangriffe gab und die Schüler eines Nachts in den Notabwurf eines Bombers gerieten, kamen alle wohlbehalten zurück¹¹⁰.

Im Winter 1944/45 wurde es chaotisch: Es gab kaum mehr Brennmaterial, der Vorrat von 100 Zentnern Kohlen wurde teilweise noch von der Stadt beschlagnahmt. Am 10. Februar 1945 berichtete der Schulleiter an die Ministerialabteilung von der Wiederaufnahme des Unterrichts nach den Weihnachtsferien, es sei gelungen, zwei Räume wieder zu heizen, so daß nun jede Klasse zwei Tage in der Woche Unterricht habe. *Für die Oberschule haben wir etwa 12 Meter Holz geschlagen ... Der Zustrom an neuen Schülern hält immer noch an*¹¹¹. Seit der Evakuierung von Frauen und Kindern wegen des Luftkriegs, also seit 1943, schwoll die Schülerzahl an, obwohl die oberste Klasse VI nicht mehr existierte. Bei Kriegsausbruch besuchten 125 Jungen und Mädchen die Oberschule, am 20. Februar 1945 waren es 324, davon kamen 138 aus anderen Teilen Württembergs und aus ganz Deutschland. Die Klassen I bis IV wurden doppelt geführt, zusammen gab es also neun Klassen. Sie wurden von fünf Lehrerinnen und fünf Lehrern unterrichtet, alle Frauen waren Aushilfskräfte; Kunst, Sport und Religion fielen weithin aus. Für die Schüler, die mit der Bahn nach Öhringen fahren mußten, wurde der Schulbesuch im Frühjahr 1945 wegen der Angriffe der Tiefflieger sehr gefährlich und schließlich unmöglich. Eine Mutter aus Heilbronn – auch Schüler aus dieser

107 AHGÖ, Bü 411.

108 AHGÖ, Bü 294.

109 AHGÖ, Bü 141, Erlaß der Ministerialabteilung vom 19. 9. 1944.

110 AHGÖ, Bü 294.

111 AHGÖ, Bü 294.

zerstörten Stadt besuchten die Öhringer Schule – entschuldigte am 1. März ihren Sohn: *Die beiden letzten Male ging er zu Fuß nach hier zurück. . . , und nun kam noch die Zugbeschleßung dazu*¹¹². Natürlich unterbrachen Fliegeralarme immer wieder den Unterricht. Das letzte Schreiben des Schulleiters an die Schulbehörde stammt vom 20. März. Da fragt er an, was mit einer Schülerin aus einer Schule in Straßburg geschehen solle¹¹³. Am 24. März, eine Woche vor Ostern, wurde der Unterricht beendet, wurden die Schüler in die Ferien geschickt. Am 13. April besetzten amerikanische Truppen die Stadt, bis Dezember blieben die Schultore geschlossen.

Wiederbeginn und Aufbau

Die Situation nach dem Ende des Krieges war extrem und einmalig. Es gab keine deutsche Regierung und keine Verwaltung mehr, alle Gewalt und alle Befugnisse waren an die amerikanische Militärregierung übergegangen und wurden vom örtlichen Kommandanten ausgeübt. Für die Schulen hieß das, ohne deren Genehmigung konnte nichts unternommen werden. So gab es zunächst einmal keinen Unterricht, alle Schulen blieben bis in den Herbst hinein geschlossen. In Öhringen setzte der Stadtkommandant zuerst den Schulleiter der Oberschule ab, dann im September alle ständigen Lehrer¹¹⁴. In Stuttgart hatte man den Verwaltungsapparat, zunächst unter französischer Hoheit, bald wieder in Gang gesetzt, schon im Juni gingen erste Erlasse hinaus, die Erhebungen von Lehrern und Räumen betrafen. Der Stellvertreter des Öhringer Schulleiters war wieder Studienrat Seydel, er erledigte die ersten Anfragen noch im Juli, doch dann war auch er abgesetzt und kein Ansprechpartner mehr vorhanden¹¹⁵.

Im Oktober begann schließlich der Unterricht an der Volksschule, und dort wurden fürs erste auch die unteren vier Jahrgänge der Oberschule mit versorgt. Nach einem Erlaß vom 24. Oktober sollten die Oberschulen im November wieder öffnen. Dringlich hieß es: *Ich ersuche alle Schulleiter, alle Vorbereitungen zu treffen und alle Kraft einzusetzen*¹¹⁶. Aber zuerst mußte man in Öhringen einen Schulleiter haben. Im Oktober suspendierte die neue Kultusbehörde zuerst einmal weisungsgemäß die von der Militärregierung bereits entlassenen Öhringer Studienräte ihrerseits, dann wurde Studienrat Mayer, der in Erdmannhausen bei Marbach wohnte und nicht belastet war, zum vorläufigen Leiter in Öhringen bestellt. Das alles ging nicht so schnell, jedenfalls rügte die Behörde Mayer in einem Schreiben vom 23. November, daß er sich an seinem Wohnort aufhalte und nicht energisch die Öffnung der Öhringer Oberschule betreibe. Doch der hatte schon einiges in die

112 AHGÖ, Bü 294.

113 AHGÖ, Bü 294.

114 AHGÖ, Bü 150.

115 AHGÖ, Bü 151.

116 AHGÖ, Bü 151.

Wege geleitet, und als er das Schreiben aus Stuttgart am 8. Dezember abzeichnete, war die Schule schon eine Woche in Gang. Auch die örtliche Militärregierung erteilte ihre Genehmigung Anfang Dezember mit der Aufforderung, eine revidierte Lehrerliste vorzulegen. Am 6. Dezember berichtete Studienrat Mayer, der Unterricht sei mit ihm selbst, dem rehabilitierten Studienrat Seydel und dem Aushilfslehrer Geimer aufgenommen worden¹¹⁷.

Schüler kamen genug, im Lauf des Dezember stieg ihre Zahl auf 301, ausgeschlossen, daß drei Lehrer den Unterricht auch nur provisorisch leisten konnten. Die Schüler waren in sieben Klassen eingeteilt: Klasse I 91 Schüler, Klasse II 57, Klasse III 39, Klasse IV 42, Klasse V 51, Klasse VI 21, dabei war nur die Klasse I geteilt, die größte Klasse hatte also 57 Schüler. Nur weitere Lehrer konnten die Lage erträglich machen, dafür gab es fast nur Aushilfskräfte. Im Januar 1946 wurden zwei angestellt, Frau Dietz und Herr Pietschmann, hinzu kam im Herbst noch Studienrat Lurtz, der aus dem Osten stammte und Musik und Sport unterrichtete. Diese Lehrer unterrichteten in den übervollen Klassen 24 bis 30 Wochenstunden. Legt man den heutigen Lehrerschlüssel zugrunde, so waren drei Lehrerstellen nicht besetzt. Aber in den nächsten zwei Jahren mußte die Schule damit leben und arbeiten.

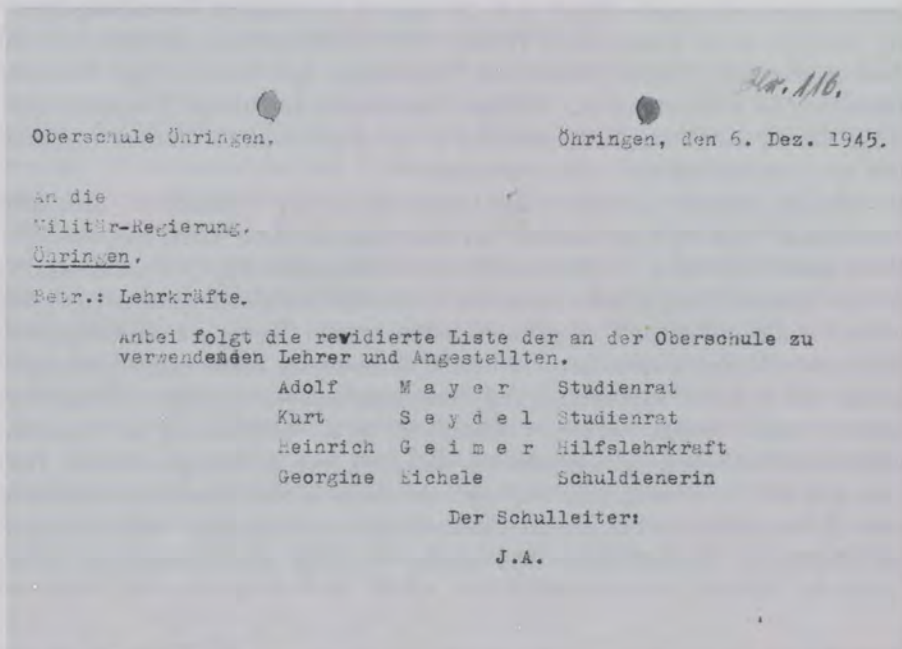


Abb. 8 Lehrerliste von 1945.

Die Ministerialabteilung in Stuttgart genehmigte im Juni 1946 die Lehraufträge *angesichts der Zwangsverhältnisse, obwohl die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden viel zu gering ist*. Am Ende des ersten Schuljahres, das von Dezember 1945 bis Sommer 1946 dauerte, bilanzierte der Referent in Stuttgart: *Der ... Übersichtsbericht des Herrn Schulleiters läßt die Schwierigkeiten erkennen, die sich der Schularbeit im Jahr 1945/46 entgegen stellten. Umso mehr anerkennt die Abteilung die im abgelaufenen Schuljahr geleistete Arbeit*¹¹⁸. Die Schwierigkeiten der ersten Jahre bestanden nicht nur im Mangel an Lehrern, die Aushilfslehrer waren gar nicht entsprechend ausgebildet, ausgebildete Lehrer mußten vielfach fachfremd unterrichten. Studienrat Mayer war Biologe und Chemiker, Studienrat Seydel Altphilologe, beide waren mit ihren Fächern an einem Progymnasium nicht auszulasten. Es gab keinen Neuphilologen und keinen Mathematiker und Physiker, diese Fächer mußten fachfremd oder von Aushilfskräften versehen werden. Lehrbücher gab es zunächst so gut wie keine, denn die Schulbücher des Dritten Reiches wurden verboten. Erst nach und nach kamen Listen heraus mit Schulwerken, die von der Militärregierung genehmigt waren, in der Regel solche, die vor 1933 erschienen waren, und die besaß man selten. Papier war äußerst knapp, Hefte erhielt man nur gegen Ablieferung von Altpapier oder auf Bezugschein. Dabei konnte sich die Öhringer Schule noch glücklich schätzen, hatte sie doch noch ihr Gebäude und ihre Sammlungen und Büchereien.

Außerschulische Nöte kamen hinzu. Der Jahresbericht vermerkt, daß ein Lehrer täglich 14 km mit dem Fahrrad zurücklegen mußte, Studienrat Mayer hatte sein Zuhause immer noch bei Marbach. Die Schüler konnten zunächst keine öffentlichen Transportmittel benutzen, denn die Bahn fuhr nicht, Busse gab es wenige. So mußten die Auswärtigen täglich bei jedem Wetter mit Fahrrädern oder zu Fuß zur Schule kommen, mancher 20 km weit. In den ersten Wintern bis 1948 reichte das Heizmaterial nicht, im strengen Winter 1946/47 schloß die Schule vom 24. Februar bis zum 8. März. Im ländlichen Öhringen herrschte zwar kein ausgesprochener Hunger, aber viele Schüler waren auch hier unzureichend ernährt. Die Hoover-speisung für sechs- bis 18jährige Schüler sollte helfen und tat das auch. Etwa die Hälfte der Schüler, nämlich die Untergewichtigen und die, die nicht zu Hause Selbstversorger waren, erhielt von 1946 an täglich eine Mahlzeit. Die Wiegekarten – jeder Schüler wurde einmal im Monat gewogen und gemessen – weisen aus, daß zehnjährige Jungen 1948 im Durchschnitt 138 cm groß waren und 31,7 kg wogen, Mädchen hatten 136 cm und wogen 30,1 kg. Das waren mehr als 10% Untergewicht¹¹⁹.

Waren diese Umstände für ein gedeihliches Arbeiten schon widrig, so verschärften die persönlichen Verhältnisse vieler Schüler die Lage weiter. Etwa die Hälfte der Kinder hatten keine Väter, sie waren gefallen oder noch in Gefangenschaft. Im September 1948 gab es außerdem 55 Kinder, die die Vertreibung mitgemacht hatten und in dürftigen Verhältnissen lebten. Schließlich war die Vorbildung der

118 AHGÖ, Bü 150.

119 AHGÖ, Bü 156, 413.

zusammengewürfelten Schülerschaft sehr verschieden. Da hatte ein Schüler der Klasse V fünf Jahre Englisch, der andere nur zwei oder gar keines, weil er mit Latein begonnen hatte. So mußten solche Schüler den Stoff nachholen, doch offizielle Nachhilfe gab es nicht. Diese Schüler erhielten Probezeiten, waren zunächst außerordentliche Schüler, und mancher schaffte es auch nicht. Dennoch herrschte in diesen Jahren keine Jammerstimmung, es wurde mutig und engagiert gearbeitet, von Schülern und Lehrern. Der Ballast der totalitären Erziehung wurde rasch abgeworfen. Im Jahresbericht 1946/47 meinte der Schulleiter dazu: *Die letzten Nachwirkungen der Irreführung durch die HJ sind im Schwinden begriffen*¹²⁰. Von der Besatzungsmacht wurde die Entnazifizierung, die Entmilitarisierung und Umerziehung mit Nachdruck betrieben, allmählich nicht nur durch Verbote und Verurteilungen, sondern auch durch positive Maßnahmen. Jeder Lehrer hatte bei Dienstantritt zu geloben, daß er dem Nationalsozialismus und Militarismus abschwöre, niemand diskriminiere, sich nicht gegen die Vereinten Nationen ausspreche und im Sport keine militärische Schulung betreibe¹²¹. Neue, demokratische Erziehungsgrundsätze erschienen im Januar 1946 in einem großen Erlaß, der gegen zehn Pfennig jedem Schüler ausgehändigt wurde¹²², ein Gedenktag für die Opfer des Faschismus fand statt, noch im Mai 1946 wählten die Schüler Klassensprecher. Nach zwei Jahren kamen die vom Dienst suspendierten Lehrer allmählich wieder zurück an die Schule, so daß die Aushilfslehrer entlassen werden konnten. Zu Beginn des Schuljahres 1948/49 gab es wieder sechs ausgebildete und erfahrene gymnasiale Lehrer und von September 1948 an einen regulären Schulleiter, der den kommissarischen Vorstand Mayer ablöste. Studienrat Walter Schmidt kam von Stuttgart nach Öhringen, er stand 23 Jahre an der Spitze der Schule, leitete ihren Aufstieg ein und führte die sechsklassige Oberschule zur Vollanstalt. Es war an der Zeit, daß auch in Öhringen normale Verhältnisse einkehrten, denn schon begannen Schüler auch der unteren Klassen nach Schwäbisch Hall abzuwandern, weil dort die Bedingungen besser zu sein schienen. Die vorgesetzte Behörde gab dem kommissarischen Leiter eine Mitschuld an den etwas mißlichen Zuständen in Öhringen¹²³. Die Schule war weiter gewachsen, die Klassen I bis IV wurden doppelt geführt, dazu kamen je eine Klasse V und VI, also zusammen 10 Klassen mit 359 Schülern. Auf Antrag des Elternbeirats wurde als zweite Fremdsprache wieder Latein angeboten, so daß von Klasse III an die Schüler zwischen Latein und Französisch wählen konnten¹²⁴.

Schon nach einem Jahr stellte die Schulbehörde fest, daß mit der neuen Leitung und neuen Lehrkräften *auch neues Leben in die Oberschule Öhringen einzog*. Von *innerer Bereicherung* durch wertvolle Veranstaltungen ist die Rede. Es gab 1949 zum Abschluß des Schuljahres wieder eine Feier mit großem Programm und der

120 AHGÖ, Bü 316.

121 AHGÖ, Bü 150.

122 AHGÖ, Bü 152.

123 AHGÖ, Bü 153.

124 AHGÖ, Bü 151.

Ausgabe von Preisen und Belobungen sowie im Februar ein volkstümliches Schülerkonzert im Rahmen des neuen Volksbildungswerks¹²⁵.

Der Weg zur Vollanstalt

Für die Entwicklung der Schule war das Jahr 1948 in einer weiteren Hinsicht wichtig. Die Währungsreform vom Juni, die Einführung der DM, die zum Aufschwung der Wirtschaft führte, bedeutete zunächst für die Gemeinden eiserne Sparen. Die Gemeinden hatten kein Geld, aber viele Aufgaben, deshalb kamen Erweiterungen von Schulen und Neubauten zunächst nicht in Frage. Vom Bürgermeister kam ein Schreiben, das verfügte, für jede Ausgabe über zehn DM Genehmigung einzuholen¹²⁶. Im Schuljahr 1949/50 wurde zwar ein weiteres Schulzimmer für 7100 DM ausgebaut, mehr ging aber nicht; der gesamte Etat für Lehrmittel betrug 600 DM. Eltern und Schüler überlegten auch, ob man eine lange Schulausbildung, die Geld kostete, beginnen und durchhalten sollte. So stagnierten in den nächsten Jahren die Schülerzahlen: 1948 359, 1950 376, 1955 382, nachdem sie 1952 schon einmal 413 betragen hatte. Immerhin wurden seit dem Schuljahr 1954/55 alle Klassen doppelt geführt, so daß die Voraussetzungen für den Ausbau zur Vollanstalt eigentlich gegeben waren. Von Klasse III bis VI lernten von 264 Schülern 149 Französisch und 115 Latein als zweite Fremdsprache. Insgesamt besuchten 392 Schüler die Anstalt, 229 Jungen und 163 Mädchen, 81 % waren evangelisch, 214 wohnten am Schulort, 178 kamen aus der Umgebung¹²⁷.

Walter Schmidt, der neue Schulleiter, faßte sehr bald den Ausbau zur Vollanstalt ins Auge. Schon für das Schuljahr 1950/51 erreichte er die Zustimmung der Gemeinde und die Genehmigung der Behörde, eine Klasse VII einzurichten, d. h. den Grund für die Oberstufe zu legen, wobei sich die Behörde die Weiterführung bis zum Abitur ausdrücklich vorbehält. Im Lauf des Jahres blieben von den ursprünglich erforderlichen und vorhandenen zwölf Schülern nur neun übrig, auch der Gemeinderat lehnte eine Weiterführung aus Kostengründen ab¹²⁸. Aber in den folgenden Jahren wurden die Bedingungen für den Ausbau der Schule günstiger, das Geld floß bei Gemeinde und Land reichlicher, und die Schülerzahlen in den Klassen V und VI stiegen an.

Zuerst konnte der Neubau eines Schulgebäudes realisiert werden, eine Maßnahme, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg diskutiert worden war. An der Weygangstraße wurden gleichzeitig eine Volksschule und ein neues Gymnasium errichtet. Das Gymnasium umfaßte 13 Klassenzimmer, Fachräume und alle Einrichtungen, die eine solche Schule braucht. Eine Erweiterung um die Räume für eine Oberstufe war bereits vorgesehen. Am 28. April 1956 konnte die neue

125 AHGÖ, Bü 154.

126 AHGÖ, Bü 146, 264.

127 AHGÖ, Bü 150, 152, 154, 264.

128 AHGÖ, Bü 154, 264.

Schule eingeweiht werden, am 2. Mai zogen die Schüler vom Stiftsgebäude, das 344 Jahre die Schule beherbergt hatte, in die neuen, lichten Räume ein¹²⁹.

Nun fiel auch die Entscheidung für ein ausgebauten Gymnasium. Der Gemeinderat der Stadt stimmte am 17. Juni 1956 zu, die Genehmigung des Ministeriums und des Oberschulamts war schon am 8. Mai ausgesprochen worden. Mit Beginn des Schuljahres 1956/57 führte die Schule wieder eine Klasse VII, sie hatte 30 Schüler, davon waren sechs Mädchen. Da auch die folgenden Klassen der Oberstufe diese Stärke hatten, war der Ausbau nicht mehr gefährdet. Mancher Schüler, der aus der ferneren Umgebung Öhringens seither sich gleich nach Schwäbisch Hall oder nach Heilbronn orientiert hatte, zog nun das nähere Öhringen vor. So legte im Frühjahr 1959 der erste Jahrgang die Reifeprüfung ab, 17 Schüler konnten am 20. März in der Schlußfeier das Reifezeugnis in Empfang nehmen. Nach der zweiten Reifeprüfung im Jahr 1960 erhielt die Schule auch formell den Rang eines Gymnasiums und zugleich den alten Namen: Hohenlohe-Gymnasium. Nach 149 Jahren war das traditionsreiche Gymnasium des Hohenloher Landes wiedererstanden¹³⁰.

Das Hohenlohe-Gymnasium am neuen Platz war in seiner Ausrichtung mathematisch-naturwissenschaftlich. Das war sozusagen von selbst so geworden. Mit der Umwandlung des Progymnasiums in eine Oberschule im Jahr 1937 gab es nur noch fünf Klassenstufen mit den Fremdsprachen Englisch und Latein. Nach 1945 ließ man es natürlich bei zwei Fremdsprachen, nämlich zunächst Englisch und Französisch und später ab Klasse III auch wahlweise Latein statt Französisch. Damit hatte man den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug in der ersten Zeit der Vollanstalt. Das sprachliche Gymnasium hätte drei Fremdsprachen haben müssen, die dritte vom fünften Jahr an, doch diese Gabelung wäre bei den geringen Schülerzahlen nicht möglich gewesen.

In mancher Hinsicht nahm das Schulleben nach 1945 neue Züge an, es wurde offener und demokratischer. Ein neues Fach war in diesem Zusammenhang wichtig, die Gemeinschaftskunde, die in Klasse 10 und 13, 6 und 9 alter Zählung, eingeführt wurde. Die Schüler lernten und lernen hier die Grundlagen des Rechtsstaates und einer demokratischen Gesellschaft kennen. Aber auch der Alltag der Schule, das Zusammenwirken von Lehrern, Eltern und Schülern bekam ein neues Gesicht. Schon 1946 wählten die Schüler in den Klassen Vertrauensleute, die Klassensprecher, die die Interessen der Schüler gegenüber Schulleitung und Lehrerschaft vertraten. Aus den Sprechern ging die Vertretung der ganzen Schule hervor mit einem Schülersprecher an der Spitze. Auch Verantwortung sollten die Schüler und ihre Vertretungen übernehmen, so heißt heute die Vertretung auch Schülermitverantwortung (SMV). Schüler wirkten z. B. bei der Hooverspeisung mit und bei der Pausenaufsicht, organisierten Sport- und Kulturveranstaltungen. Im Jahr 1956 erschien die erste Nummer einer Schülerzeitschrift, der »Wetterfahne«. Als Ansprechpartner für die Schüler wurde das Amt des Vertrauenslehrers

129 AHGÖ, Bü 264.

130 AHGÖ, Bü 264, Erlaß vom 19. 8. 1960.

geschaffen. Ein Lehrer kümmerte sich schon seit 1951 um die Kontakte der Schüler mit dem Ausland, d. h. um Briefwechsel und Austausch. 1954 hatten über 100 Schüler Briefkontakte mit Schülern aus Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, einzelne Schüler gingen auf internationale Treffen oder erhielten Aufenthalte im Ausland. Auch Lehrer nahmen immer häufiger an Studienaufenthalten im Ausland teil. Ein Antrag auf den Abschluß einer Partnerschaft mit einer Schule in England hatte im Jahr 1955 allerdings noch keinen Erfolg.

Die Eltern wurden am Schulleben beteiligt durch die Elternbeiräte für jede Klasse und den Gesamtelternbeirat. Schon von 1948 an spielten sie bei wichtigen Entscheidungen eine Rolle, sie beantragten die Einstellung weiterer Lehrer, den Ausbau der Schule, und sie artikulierten in Sitzungen – zeitweise auch als Teilnehmer an der Lehrerkonferenz – ihre Wünsche und Vorstellungen.

Aufgabe der Schule ist es auch, die jungen Menschen zu erziehen, und dabei sind Schulveranstaltungen, gemeinsame Unternehmungen, ein sehr wichtiges Mittel. Die Schulausflüge und die Wandertage wurden wieder aufgenommen und erweitert. 1952 fuhr die Klasse VI erstmals auf einem zweitägigen Ausflug in den Schwarzwald, 1959 die Klasse VIII für 14 Tage zu einem Schullandheim-Aufenthalt nach Südtirol. Diese Veranstaltungen ebenso wie Besichtigungen von Betrieben, Studienfahrten, Feste, Konzerte und Aufführungen sind seither zu einem festen Bestandteil des schulischen Lebens geworden. Von 1949 an gab es wieder regelmäßig Schlußfeiern am Ende des Schuljahrs und jährlich ein Konzert. Sie waren manchmal einem Komponisten gewidmet, so 1950 Johann Sebastian Bach, 1953 Ludwig van Beethoven; seit den fünfziger Jahren findet alljährlich im Advent ein Weihnachtskonzert in der Stiftskirche statt, der Erlös kommt der kirchlichen Aktion »Brot für die Welt« zugute. Seit dieser Zeit besuchen Schüler auch Theateraufführungen, die Festspiele in Schwäbisch Hall, die Götz-Aufführungen in Jagsthausen und Theater und Oper in Heilbronn, Stuttgart und anderswo. Die Schüler spielen auch selbst Theater; 1949 gab es ein Krippenspiel an Weihnachten, 1953 führte man Lessings »Minna von Barnhelm« auf und Szenen aus Schillers »Wilhelm Tell«, zum Schillerjahr 1955 Szenen aus »Maria Stuart«. Nimmt man die zahlreichen weiteren Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports, die jährlichen Bundesjugendspiele und die Turniere und Wettkämpfe, die Ausstellungen und Vorträge, so entsteht das Bild einer lebendigen Schulgemeinschaft¹³¹.

Rektoren – Lehrer – Schüler

Das Hohenlohe-Gymnasium hat in seiner langen Geschichte viele Rektoren, Lehrer und Schüler gesehen, und mancher ist über seine Wirkungsstätte hinaus bekannt geworden. Von Ruthenus, dem ersten Rektor, bis Schreiner, dem heutigen, sind es 27 Schulleiter gewesen. Einige versahen ihr Amt nur wenige Jahre,

131 AHGÖ, Bü 151–154, 158, 264.

nicht wenige aber auch drei, vier, ja fünf Jahrzehnte. Der eine und andere zog weiter, blieb nicht in Öhringen und erreichte eine höhere Stellung. So wurde der »Poeta Laureatus« Johannes Lauterbach 1567 Rektor in Heilbronn, Bulyowsky de Dulycz 1696 in Stuttgart, was auf jeden Fall eine Erhöhung war. Wilhelm Ludwig Mögling ging 1827 ans Lyzeum in Tübingen, Robert Kern wurde 1859 Rektor am Gymnasium in Ulm, Dr. Carl Fuchs war von 1877 bis 1892 Ephorus am Seminar in Urach. Dr. Otto Keller, von 1866 bis 1872 Leiter des Lyzeums, wurde Professor an der Universität Freiburg, dann in Graz und schließlich in Prag. Er war ein bekannter Horazforscher, schrieb aber auch eine Arbeit über die Römer in Öhringen. Im Jahr 1927 starb er 95jährig in Ludwigsburg. Geforscht und geschrieben hat auch sein Nachfolger im Amt, Rektor Ernst Boger. Er war Hausarchivar der Hohenloher Fürsten, schrieb Aufsätze über Neuenstein und die Öhringer Stiftskirche und ist der Verfasser des Beitrags über Öhringen in der Oberamtsbeschreibung von 1865¹³².

Im Album Scholasticum, dem Lehrer- und Schülerverzeichnis, sind bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts alle Lehrer aufgeführt, die seit 1545 an der Schule unterrichtet haben. Es sind etwa hundert. Seither hat es weit mehr Lehrer gegeben, vor allem in den letzten Jahrzehnten, da bis zu siebzig Lehrer gleichzeitig an der Anstalt tätig waren. Johann Christian Wibel, der Verfasser der Hohenloher Reformationgeschichte, war Schüler der obersten Klasse des Gymnasiums, bevor er 1728 zum Studium nach Jena ging, dann wurde er von 1746 bis 1749 Konrektor in Öhringen. Von da aus kam er nach Langenburg, wurde Hofprediger, Superintendent und Geschichtsforscher. In der Zeit der Napoleonischen Kriege gab es den französischen Sprachmeister Pierre Nicolas d'Homet. Er geriet als Unteroffizier der französischen Armee nach Weikersheim und kam 1800 als Französischlehrer ans Gymnasium in Öhringen, wo er 1819 starb. Johann Jakob Schillinger war zu dieser Zeit Hofmaler und Lehrer der Zeichenschule, die seit 1779 dem Gymnasium angeschlossen war. Aus seiner Schule sind mehrere Maler hervorgegangen, wohl der bedeutendste war Friedrich Christoph Dietrich, der es in Warschau zu hohen Ehren brachte. Schüler und Lehrer am württembergischen Lyzeum und Progymnasium war der Landeshistoriker Dr. Karl Weller, dessen Geschichte Württembergs bis heute aufgelegt wird. Er wuchs als Sohn des Bahnhofsvorstehers in Neuenstein auf, besuchte von 1876 an das Lyzeum in Öhringen und kehrte 1901 als Präzeptor der Klasse III ans Progymnasium zurück. 1908 wurde er Professor am Karls-Gymnasium in Stuttgart. An zwei weitere Lehrer wird heute mit Straßennamen in Öhringen erinnert, an Georg Goppelt und Christian Schöck. Georg Goppelt kam 1880 als Reallehrer nach Öhringen, er unterrichtete Englisch und Französisch, Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer, wurde zum Professor ernannt, leitete 1917/18 kommissarisch das Progymnasium und schied 1923 nach 43 Jahren aus dem Dienst. Schon 1906 wurde er wegen seiner Verdienste um die Stadt als Gemeinderat und unermüdlicher Förderer des gewerblichen Schul-

wesens und anderer Bereiche zum Ehrenbürger ernannt. Christian Schöck ist bis heute als Gründer des Stenographenvereins bekannt. Er wurde 1896 nach Öhringen versetzt und unterrichtete an den unteren Klassen, bis er 1932 in den Ruhestand trat¹³³.

Bis zum Jahr 1900 sind jährlich im Durchschnitt 20 Schüler in die Anstalt eingetreten, also haben etwa 7000 Schüler sie in rund 350 Jahren besucht. Allerdings sind nicht alle bis zu einem Abschluß dageblieben, nur ein starkes Drittel hat die Schule abgeschlossen, und von diesen haben längst nicht alle studiert. Man kommt auf eine Zahl von 1000 bis 1500 Absolventen einer Universität, von Pfarrern und Lehrern, Ärzten, Juristen und anderen akademischen Berufen. Zu den eher lokalen Berühmtheiten gehört der Kupferzeller Pfarrer Mayer, der Gipsapostel, der die Bauern lehrte, wie man bessere Ernten erzielt und Haus und Hof besser einrichtet. Schüler war auch der hohenlohische Archivar, Historiker und Archäologe Christian Ernst Hansselmann, der als erster den Verlauf des Limes bei uns nachwies. Carl Julius Weber, der Philosoph und Schriftsteller, der in Kupferzell begraben ist, steht mit der Nummer 19 im Album Scholasticum als am 19. April 1782 in die Prima aufgenommener »Quaestoris filius«. Nach Hansselmann gibt es einen weiteren Limesforscher aus Öhringen, Friedrich Wilhelm Winkelmann (1852–1934), den Rektor Keller für das Alterum begeisterte und der dann der Erforscher des bayrischen Limes wurde. Johann Georg Knapp (1705–1771) war Theologe und nach August Hermann Francke Leiter des Halleschen Waisenhauses.

Aus den Absolventen der Öhringer Schule sind eine stattliche Anzahl von Universitätsprofessoren hervorgegangen. Die Beschreibung des Königreichs Württemberg von 1886 nennt z. B. Johann Avenarius, Professor der Rechte und Eloquenz in Wittenberg, Otto Daniel, Professor der Medizin in Jena, Johann Ludwig Apin, Mediziner in Altdorf, Johann Friedrich Hiller, Philosoph in Wittenberg¹³⁴. Johann Michael Franz, Professor in Göttingen, wurde 1700 als armer Leute Kind in Öhringen geboren; früh fiel er durch seine Begabung auf. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er ab 1721 zuerst Pharmazie, dann Jura. Dabei lernte er den Nürnberger Verleger geographischer Werke und Karten Homann kennen. Er arbeitete bei ihm und wurde ein so bekannter Kartograph, daß er einen Ruf an die Universität Göttingen erhielt und dort neben Eichhorn und Schlözer einer der sieben Professoren aus Hohenlohe wurde. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist auch Goethes Urgroßvater Johann Wolfgang Textor ins Hohenlohe-Gymnasium gegangen, denn dessen Vater war Hofrat in Neuenstein. Johann Wolfgang wurde Professor in Altdorf, dann Syndikus in Frankfurt, seine Enkelin Katharina Elisabeth war die Mutter Johann Wolfgang Goethes¹³⁵.

133 AHGÖ, Bū 2, ab S. 133, Bū 161–265, 298–318 (Schülerlisten und Schulberichte); *W. Schmidt*: Das Hohenlohe-Gymnasium, in: Öhringen. Stadt und Stift (wie Anm. 77), S. 242–245.

134 *Königlich Statistisches Landesamt* (Hrsg.): Das Königreich Württemberg, Bd. 3, Stuttgart 1886, S. 593.

135 Evangelisches Gemeindeblatt für Württemberg: Ortsbeilage Weikersheim, Mai/Juni 1949, Neudruck 1960.

Zwei Apothekersöhne und Schüler des Gymnasiums aus Öhringen machten bemerkenswerte Karrieren. Johann Samuel Carl besuchte von 1693 bis 1695 die oberste Klasse des Gymnasiums, studierte dann Medizin und brachte es zum Leibarzt des dänischen Königs¹³⁶. Die Tochter Marie Dorothee wurde die Mutter des allmächtigen dänischen Ministers Struensee, des Günstlings und Liebhabers der Königin. Aus dieser Beziehung stammte die Prinzessin Luise, die den Herzog von Augustenburg heiratete und so Vorfahrin der letzten deutschen Kaiserin Victoria wurde. Also haben die heutigen Hohenzollern und gekrönte Häupter wie der schwedische König und die spanische Königin Johann Samuel Carl aus Öhringen zum Ahnherrn. Auf Carls Tochter kann aber in einer andern Linie auch der Nobelpreisträger Klaus von Klitzing in Stuttgart seine Ahnenreihe zurückführen. Der jüngere Bruder Johann Samuels war Ernst Ludwig Carl¹³⁷. Er studierte nach dem Besuch des Gymnasiums Theologie und Jura, dann gelangte er in das Paris Ludwigs XV., wo er Minister wurde. Dort schrieb er ein bemerkenswertes Buch in französischer Sprache über den Wohlstand der Fürsten und ihrer Staaten, ein Werk, das die moderne Wirtschafts- und Soziallehre 60 Jahre vor Adam Smith begründete. Auch der Schöpfer des »Gäwele«, Wilhelm Schrader, ist ins Öhringer Lyzeum gegangen¹³⁸. Er war Apothekersohn aus Neuenstein, wo er 1847 geboren wurde. Die Geschichten in Hohenloher Mundart schrieb er, als er württembergischer Finanzbeamter im Schwäbischen war. Unter dem 21. Mai 1807 findet sich im Schülerverzeichnis der Eintrag: *Friedericus Augustus ab Alberti, Stuttgardiensis, Tribuni militum 12 annorum filius. Tertiae addictus*. Der zwölfjährige Sohn des Offiziers aus Stuttgart, des Herrn von Alberti, trat also in die Klasse III ein, und dieser Vater war der Kommandant der württembergischen Einheit, die den von Napoleon in Öhringen internierten Fürsten Friedrich Ludwig bewachte. Friedrich August von Alberti wurde ein bedeutender Geologe, dem der Begriff Trias zu verdanken ist. Sein Grabmal steht heute noch auf dem alten Friedhof in Heilbronn. Mit Öhringens höherer Schule ist schließlich die Familie Wezsäcker in mehreren Generationen verbunden¹³⁹. Im Jahr 1782 schickte Gottlieb Jakob Wezsäcker, der Koch des Fürsten Ludwig Friedrich Carl, seinen Sohn aus erster Ehe mit dem Namen Carl Friedrich Gottlob ins Hohenlohische Gymnasium. Später wurde dieser Wezsäcker Stadtschultheiß seiner Heimatstadt, wo er 1835 61jährig starb. Auch der Sohn des Schultheißen besuchte die Lateinschule, er wurde Apotheker und begründete die Kochendorfer Linie der Familie. Aus zweiter Ehe des fürstlichen Kochs stammte Christian Ludwig Friedrich, der 1793 ins Gymnasium eintrat, dann Theologie studierte und am Ende seines kurzen Lebens Stiftsprediger

136 G. Wunder: Struensees Ahnen in württembergisch Franken, in: Der Haalquell. Blätter für Heimatkunde des Haller Landes 39 (1987), S. 57–58; C. Habrich: Therapeutische Grundsätze pietistischer Ärzte des 18. Jahrhunderts, in: Mitteilungsblatt der Internationalen Gesellschaft der Pharmazie, Bd. 31, Nr. 16, S. 121–122; Bd. 35, Nr. 14/15, S. 138–143.

137 Neue Deutsche Biographie, Bd. 3, S. 139.

138 K. Schumm: Vorwort zu Wilhelm Schrader: Vum alte Gäwele, Öhringen 1957.

139 AHGÖ, Bü 2, 175, 374; Archiv des evangelischen Dekanatamts Öhringen, Bü 82–83; W. Rößler: Die Familie Wezsäcker, in: Öhringen. Stadt und Stift (wie Anm 77), S. 539–541.

*Abb. 9 Carl Heinrich von Weizsäcker.
Er besuchte von 1828
bis 1838 das damalige
Lyzeum.*



in Öhringen war. Von 1813 bis 1831 war er, der Urgroßvater von Richard und Carl Friedrich von Weizsäcker, Pfarrer in Öhringen, einige Zeit unterrichtete er auch Französisch an der Schule. Christian Ludwig Friedrich hinterließ drei noch minderjährige Söhne, alle hoch begabt und Spitzenschüler am Lyzeum, das sie zwischen 1825 und 1840 besuchten, bis sie Schüler der württembergischen Seminare wurden. Hugo, der älteste, starb früh als Seminarist, Julius, der jüngste, wurde Professor der Geschichte. Carl Heinrich war der mittlere, er ist der Vorfahr der adligen Linie. Nach dem Studium der Theologie wurde er Hofprediger in Stuttgart, dann Theologieprofessor in Tübingen und schließlich Kanzler dieser Universität mit dem persönlichen Adelstitel. Im Jahr 1840 verließ die Witwe des Stiftspredigers mit ihrem jüngsten Sohn Julius Öhringen und zog nach Tübingen. Zu dieser Zeit gab es noch die Vettern der Familie in der Mühle in Eckartsweiler, von denen noch drei das Lyzeum besuchten. Die Verbindung der Familie Weizsäcker mit Öhringen ist in den letzten Jahren wieder aufgelebt, wiederholt hielt sie hier einen Familientag ab. Im Jahr 1993 erhielt ihr zu Ehren die Aula im renovierten Stiftsgebäude den Namen Carl-Weizsäcker-Saal.

Das Hohenlohe-Gymnasium heute

Seit 1959, dem Jahr des wiedererstandenen Hohenlohe-Gymnasiums, hat sich die Schule zu einer der größten Anstalten des Landes entwickelt. Besuchten damals 482 Schüler in 15 Klassen das Gymnasium, so waren es 1979, dem Jahr des vorläufigen Höhepunkts, 1315 in 44 Klassen. Seither sind die Schülerzahlen infolge des Geburtenrückgangs gesunken, steigen aber in den letzten Jahren wieder kräftig an, so daß im Schuljahr 1994/95 1111 Schüler die Schule besuchen. Mit den Schülerzahlen ist die Zahl der Lehrer angewachsen, zeitweise auf 60 bis 70. Bemerkenswert ist die Änderung der Zusammensetzung der Schüler nach dem Geschlecht: Im Jahr 1959 waren unter den 482 Schülern 173 Mädchen, 1994 von 1111 Schülern 585, also die Mehrheit. Die Entwicklung bei den Abiturienten verlief ähnlich: Aus den 4 Mädchen des Jahres 1959 sind 1995 38 geworden, auch das ist eine knappe Mehrheit¹⁴⁰. Mehr als 1000 Schüler waren nicht mehr im Bau



Abb. 10 Das neue Hohenlohe-Gymnasium.

140 Registratur des Hohenlohe-Gymnasiums: Statistik.

von 1956 unterzubringen. So entstand im Palaisgarten im Jahr 1973 ein zweiter Bau in neuem Stil mit allen notwendigen Einrichtungen für ein Gymnasium dieser Größe.

Der Schülerzahl entsprechend, ist das Bildungsangebot erweitert worden. Es gibt nicht nur den mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug mit den Fremdsprachen Englisch/Französisch und Englisch/Latein, sondern seit 1967 auch einen neusprachlichen Zug mit der Sprachenfolge Englisch/Latein/Französisch, der von Mädchen bevorzugt wird. Ein weiterer Zug mit Französisch als erster Fremdsprache, der 1972 eingeführt wurde, konnte nicht aufrecht erhalten werden, er lief 1988 wieder aus.

Der Schulleiter des Aufbaus, Walter Schmidt, leitete die Anstalt bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1971. Den verbrachte er in Öhringen in seinem Haus, wo er 1990 verstorben ist. Nach ihm übernahm Günther Scheel, ein Neuphilologe, die Leitung der Schule. Er erlebte und gestaltete die stürmischen Entwicklungen und Veränderungen der siebziger und achtziger Jahre mit der Reform der Oberstufe und zahlreichen anderen Neuerungen. Im Jahr 1986 trat er, der seine ganze Kraft den ständig wachsenden Aufgaben gewidmet hatte, in den Ruhestand. Seither leitet Kurt Schreiner das Hohenlohe-Gymnasium; er stammt aus dem Rheinland, unterrichtete aber vor seiner Ernennung zum Schulleiter schon zwanzig Jahre Deutsch und Geschichte an der Schule.

Der Blick auf die Geschichte des Hohenlohe-Gymnasiums ist beeindruckend. Was im Mittelalter als Stiftsschule begann, nach der Reformationszeit zum Gymnasium des Hohenloher Landes wurde und dann unter württembergischer Hoheit schließlich zum heutigen Hohenlohe-Gymnasium, hat in den Jahrhunderten keine Unterbrechung erlebt, es hatte sogar bis vor einer Generation seine Heimstatt in den Gebäuden des alten Stifts. Unter 27 Rektoren hat es das Auf und Ab der Geschichte erfahren und überstanden und in all den Zeiten der Bildung vieler Generationen gedient.

Zu Gründung und Anfängen von Kloster Schöntal an der Jagst

VON MARLENE MEYER-GEBEL

Kloster Schöntal an der Jagst, das sich heute in der barocken Ausgestaltung präsentiert, die es unter seinem bedeutenden Abt Benedikt Knittel (1650–1732) erhielt, war bisher vornehmlich Gegenstand kunsthistorischer Abhandlungen. Seit den Arbeiten Trittlers und Weißenbergers in den 50er Jahren blieben wissenschaftliche Untersuchungen der Anfänge dieses Zisterzienserklosters, für das bis heute eine historische Monographie fehlt, aus¹. Im folgenden sollen die Umstände der Gründung des Klosters näher betrachtet werden, über die zum Teil widersprüchliche Ansichten in der Forschung nebeneinander bestehen, was mit der als dürftig zu bezeichnenden Urkundenüberlieferung des Klosters aus der Frühzeit seines Bestehens zusammenhängt. So liegen aus den ersten 50 Jahren lediglich sieben Urkunden vor, von denen sechs im Original überliefert sind. Eine Urkunde Bischof Heinrichs III. von Würzburg aus dem Jahr 1194 ist nur in zwei Kopieren von 1512 und 1618 überliefert, die aber als zuverlässig gelten können². Bei den frühesten Urkunden handelt es sich neben der Bestätigungsurkunde Friedrich Barbarossas vom 15. März 1157 um zwei Privilegien Papst Alexanders III. sowie um vier Urkunden von Würzburger Diözesanbischöfen, deren Schutz die Stiftung besonders anvertraut worden war³. Die ersten Stücke über Güterschenkungen von weltlicher Seite liegen erst aus den Jahren 1212 und 1214 vor⁴, sind aber insofern für die folgende Untersuchung der Gründungsphase von Bedeutung, als sie nicht nur über den Ort der Gründung des Klosters, sondern auch über die Familie seines Stifters Aufschluß geben.

Kloster Schöntal geht auf eine Stiftung des Edelfreien Wolfram von Bebenburg zurück, über dessen Geschlecht die Quellen ebenso spärlich fließen wie über seine Klostergründung, was zu vielfachen Spekulationen in der Forschungsliteratur führte. Obwohl in keiner zeitgenössischen Quelle davon die Rede ist, wird bis

1 Vgl. zuletzt, *J. Brümmer*: Kunst und Herrschaftsanspruch. Abt Benedikt Knittel (Forschungen aus Württ. Franken, Bd. 40), Sigmaringen 1994; *J. Trittler*: Kloster Schöntal. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte, in: *WFR* 28–29 (1953–54), S. 65–84; *P. Weißenberger*: Die wirtschaftliche Lage der Zisterzienserkloster Schöntal von der Gründungszeit bis Mitte des 14. Jahrhunderts, in: *ZWLG* 10 (1951), S. 39–84.

2 *WUB* Bd. 2, Nr. 486, S. 299f. Bei den Kopieren handelt es sich um HStAS H 14 Nr. 214 und Nr. 216.

3 Vgl. *MGH DD*: Die Urkunden Friedrichs I., bearb. v. *H. Appelt*, Hannover 1975 ff. (im folg. zit.: *MGH DD F 1*), Nr. 159, S. 273 f., die im HStAS im Kaiserselekt aufbewahrt wird. Die übrigen Urkunden befinden sich im StAL im Bestand B 503 I: Zisterzienserkloster Schöntal. Die Bischofsurkunden sind abgedruckt in *WUB* Bd. 2, Nr. 362, S. 115 (1157), Nr. 381, S. 145f. (1163), Nr. 393, S. 160–162 (1171). Vgl. zu den Papsturkunden ebd., Nr. 406, S. 179–181 (JL 12740 von 1176) und Nr. 409, S. 185f. (JL 12960 von 1177) sowie *Germania Pontificia* III, 3, cong. A. *Brackmann*, Berlin 1935 (im folg. zit.: *GP* III, 3), S. 205, Nr. 1 und Nr. 2.

4 Vgl. *WUB* Bd. 2, Nr. 554, S. 386f., die auch nur kopiai überliefert ist, und ebd., Bd. 3, Nr. 561, S. 10.

heute immer wieder die Klostertradition wiederholt, nach der Wolfram von Bebenburg am Zweiten Kreuzzug von 1147 bis 1149 teilnahm und durch seine Klosterstiftung ein in dieser Zeit geleistetes Gelübde einlöste⁵. Daneben wird behauptet, daß Wolfram von Bebenburg mit dem Edelfreien Wolfram von Weinsberg zu identifizieren sei und bis 1140 auf der Burg Weinsberg gesessen hätte, die er dann gegen die Bebenburg eintauschte⁶. Auch dies läßt sich urkundlich nicht belegen, wohl aber taucht Wolfram von Weinsberg 1147/1148 als Zeuge in Maulbronner Urkunden auf, was seine Teilnahme am Zweiten Kreuzzug unmöglich macht⁷.

Wolfram von Bebenburg, der auf seinem Allod *Nuweseze* ein Kloster stiftete, in das er kurz darauf, wohl noch vor Ablauf des Jahres 1157, selbst eintrat, ist 1149 zweimal in Würzburg belegt⁸. Er tritt in einer Urkunde des dortigen Bischofs Siegfried auf, die einen Gütertausch zwischen dem Domkapitel von Würzburg und dem Kloster Ebrach betrifft und wird unter den Zeugen in der Gruppe der Freien in der darauf bezüglichen Bestätigungsurkunde Konrads III., wohl Ende Juli desselben Jahres, genannt. Im Codex Hirsaugensis erscheint er in der Umgebung dieses Königs auf dem Wormser Reichstag, der auf Februar 1140 datiert wird⁹. Königsnähe zeichnet auch seinen gleichnamigen Sohn aus, der von 1172 bis 1178 sechsmal in der Umgebung Friedrich Barbarossas auftritt, den er auf seinen Zügen nach Oberitalien und zur burgundischen Krönung begleitete, wo er im August 1178 zuletzt genannt wird¹⁰. Zum ersten Mal erwähnt werden Kinder des Klostergründers in der bischöflichen Bestätigungsurkunde für Schöntal von 1157, in der es heißt, daß Wolfram zusammen mit seinen Kindern und rechtmäßigen Erben das Kloster mit den Höfen *Halsberg*, *Brechelberg* und *Stein* sowie allen Zugehörden ausstattete. Die Worte: *cum liberis suis legitimis heredibus videlicet, postestative et sine omni contradictione*¹¹, bringen das Einverständnis der Nachkommen Wolf-

5 *Brümmer* (wie Anm. 1), S. 15 und zuletzt *H. Schwarzmaier*: Reichsprälätenklöster, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 2, Stuttgart 1995, S. 600.

6 *G. Bossert*: Die ältesten Herren von Weinsberg, in: *WVjH* 5 (1882), S. 296–306, und *ders.*: Schöntal, Beschreibung und Geschichte des Klosters und Seminars, Stuttgart 1884, S. 27; *K. Bosl*: Die Reichsministerialität der Salier und Staufer, Stuttgart 1950/51 (Schriften der MGH 10), S. 129f.; Das Land Baden-Württemberg, Bd. 4, hrsg. v. der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1980, S. 512; *H. Hummel*, in: Bildungshaus Kloster Schöntal (Hrsg.), Kloster Schöntal, Lauda-Königshofen 1991, S. 16–18 bringt beide Thesen nebeneinander.

7 Vgl. *WUB* Bd. 2, Nr. 324, S. 40f. und Nr. 327, S. 43–45 und *P. Acht*: Studien zum Urkundenwesen der Speyerer Bischöfe im 12. und im Anfang des 13. Jahrhunderts, in: *AUF* 14 (1936), S. 262–306, S. 296, der die erste Urkunde als Fälschung erweist.

8 *WUB* Bd. 2, Nr. 362, S. 115: *in ipso cenobio se ad serviendum deo obtulit et reddidit*. Vgl. *Monumenta Boica*, Bd. 37, *Monumenta episcopatus Wirzeburgensis*, ed. *Academia scientiarum Boica*, München 1864, Nr. 95, S. 67 (im folg. zit.: MB), und *MGH DD*: Die Urkunden Konrads III. und seines Sohnes Heinrich, bearb. v. *F. Hausmann*, Wien, Köln, Graz 1969, Nr. 208, S. 376.

9 *Codex Hirsaugensis*, hrsg. von *E. Schneider*, Stuttgart 1887 (Württ. Geschichtsquellen I), in: *WVjH* 10 (1887), S. 41 (fol. 46b). Vgl. *W. Bernhardt*: Konrad III., Leipzig 1883, S. 130ff.

10 *MGH DD F I* Nr. 558, S. 66 (Würzburg, 1172 April 19); Nr. 591, S. 70 (Würzburg, 1172 April 24); Nr. 732, S. 277 (Turin, 1178 Juni 14); Nr. 741, S. 287 (Arles, 1178 Juli 30); Nr. 745, S. 292 (1178 Juli 31); Nr. 752, S. 302 (Valence, 1178 Aug. 8–9 – Vienne, Aug. 14).

11 Übersetzt heißt dies: »mit seinen Kindern und rechtmäßigen Erben, mit Vollmacht ohne jeden Widerspruch«, vgl. dagegen *Weißberger* (wie Anm. 1), S. 42. *Brechelberg* und *Stein* sind abgegangen.

rams zum Ausdruck, nicht jedoch deren Schenkung an das Kloster, wie Weißenberger falsch übersetzt.

Aus der Urkunde Bischof Heinrichs II. von Würzburg aus dem Jahr 1163, in der diese Formulierung wörtlich wiederholt wird, geht hervor, daß die Söhne Wolframs seine Stiftung – offenbar nach seinem Tod – angefochten hatten, jetzt jedoch öffentlich versprochen, nicht mehr dagegen vorzugehen¹². Erstmals namentlich aufgeführt werden sie in der Urkunde Bischof Herolds von Würzburg von 1171, in der dem Kloster die Pfarrkirche zu Biringen übertragen wird. Die Rede ist hier von dem obenerwähnten Wolfram von Bebenburg und seinem Bruder Dietrich. Das Wirtembergische Urkundenbuch, dem Weißenberger folgt, geht hier fälschlicherweise von drei Brüdern bzw. drei Söhnen des Klosterstifters aus, indem es aufzählt: *Cuonradus de Bockesberc et frater eius Wolframmus de Bebenburc et frater eius Dietericus*¹³. Eine Untersuchung der Originalurkunde, die in zwei Ausfertigungen im Staatsarchiv Ludwigsburg (B 503 I U 264/265) überliefert ist, ergab, daß vor *Wolframmus de Bebenburc* ein Komma zu setzen ist, da hier in beiden Exemplaren durch einen Punkt eine Pause markiert ist. Es zeugen demnach neben den beiden Bebenburgern Wolfram und Dietrich Konrad von Boxberg und sein nicht mit Namen genannter Bruder Crafto, der aus anderen zeitgenössischen Urkunden bekannt ist. Daß Konrad nicht als Bruder Wolframs und Dietrichs von Bebenburg anzusehen ist, ergibt sich auch daraus, daß er in der Urkunde Barbarossas vom 19. April 1172 ohne Herstellung eines Bezuges und durch vier weitere Namen getrennt von Wolfram von Bebenburg auftaucht¹⁴. Der zweite Sohn des Klostergründers schlug eine kirchliche Laufbahn ein und ist von 1170 bis 1184 im Würzburger Domklerus belegt. Er wird mit dem seit 1182 auftretenden Propst Dietrich und dem von 1184 bis 1194 genannten Propst Theoderich von Ansbach identifiziert, der auch in der Urkunde Bischof Heinrichs III. von Würzburg von 1194 für Kloster Schöntal unter den Zeugen auftritt¹⁵.

1214 verkauft der Edelfreie Berengar von Ravenstein ein Waldstück bei Gommersdorf an Kloster Schöntal, und zwar im Einverständnis mit seiner Gemahlin Agnes

12 WUB Bd. 2, Nr. 381, S. 145.

13 WUB Bd. 2, Nr. 393, S. 161, sowie im Index S. 456. Zur Frage der umstrittenen Echtheit der Urkunde vgl. weiter unten S. 75. Vgl. *Weißenberger* (wie Anm. 1), S. 42, und *Hummel* (wie Anm. 6), S. 18, der sogar von vier Brüdern ausgeht, wobei er dem nicht namentlich genannten Bruder Konrads von Boxberg den Namen Engelhard gibt.

14 Vgl. MGH DD F I Nr. 588, S. 66. Zu Conrad von Boxberg und seinem Bruder Crafto vgl. MGH DD F I Nr. 591, S. 70. Ferner wird in der gen. Urkunde über die Gegnerschaft der Söhne zur Stiftung Wolframs als erster unter den Laienzeugen *Cuonradus de Bockesberc* ohne Herstellung eines Bezuges zum Inhalt der Urkunde genannt.

15 MB Bd. 37, S. 98, 116f., 125–128; Bd. 45, S. 35, 41; Bd. 46, S. 14, sowie WUB Bd. 2, Nr. 486, S. 300. Vgl. A. *Amrhein*: Reihenfolge der Mitglieder des adeligen Domstiftes zu Würzburg, in: Archiv des hist. Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg (1889), S. 94f., und WUB Bd. 2, Nr. 486, S. 300: *Dietericus, prepositus de Onoldesbach*. – Die von H. *Bauer*: Beiträge zur Geschichte und Genealogie der Herrn von Aschhausen, Bebenburg, Bilriet, Klingenfels, Limburg, Langenburg und Ravenstein, in: WJbb 1 (1848), S. 115–139, S. 125ff. vertretene These, daß es sich bei Bischof Heinrich III. von Würzburg um einen Bebenburger handele, wurde bereits von P. *Schöffel*: Herkunft und kirchliche Laufbahn Bischof Heinrichs III. von Würzburg (1191–1197), in: Zeitschr. für bayer. KG 10 (1935), S. 129–139, S. 133, widerlegt.

und seiner Schwiegermutter *domina Sophya de Bebenburch*, in der wohl die Schwester von Wolfram und Dietrich zu sehen ist¹⁶. Ihre Tochter Agnes, die zwei Jahre später wieder in einer Verkaufsurkunde Schöntals auftritt¹⁷, wurde von der älteren Forschung mit Agnes von Bielriet identifiziert, da man von einer Eheschließung Sophias von Bebenburg mit Friedrich von Bielriet ausging, der mehrfach als Zeuge in Schöntaler Urkunden auftritt. Diesen genealogischen Hypothesen soll hier ebensowenig nachgegangen werden, wie der in der älteren Forschung kontrovers diskutierte Frage nach den verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem 1214 aus den Quellen verschwindenden edelfreien Geschlecht der Bebenburger und den Reichsministerialen von Bebenburg, die mit den Küchenmeistern von Nortenberg verwandt waren und 1516 ausstarben¹⁸. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß 1297 zweimal ein *miles Engelhardus* von Bebenburg bezeugt ist. Bereits 1250 und 1261 tritt ebenso ein Engelhard von Bebenburg in einer Urkunde für Schäfersheim und einer Urkunde Bischof Manegolds von Würzburg ohne Zusatz auf. 1269 erscheint er als *dominus Engelhardus de Bebenburg*, 1287 wird ein *her Engelhart von Bebenburg* genannt. Zu erwähnen ist ferner 1279 ein *Rudolfus* von Bebenburg¹⁹. Da diese beiden Vornamen bei den älteren Bebenburgern nicht belegt sind, bei dem Reichsministerialengeschlecht jedoch regelmäßig wiederkehren, ist wohl der 1250 erstmals auftretende Engelhard von Bebenburg auch bereits diesem zuzuordnen.

Die jüngeren Bebenburger treten bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts nicht im Zusammenhang Schöntaler Urkunden auf²⁰, da sie offenbar nicht über Besitz in dessen Umgebung verfügten. Jedoch bedachten auch die älteren Bebenburger – bis auf Sophia und ihre Tochter Agnes – Schöntal nicht mit weiteren Schenkungen, was mit ihrer Gegnerschaft zur Gründung Wolframs zusammenhängen mag, jedoch nicht zuletzt damit zu begründen ist, daß ihr Besitz sich schwerpunktmäßig im Raum des entfernten Bemberg (bei Gerabronn) konzentriert haben wird. Die ältere Forschung versuchte die Stiftung eines Klosters fern ab vom Sitz der

16 WUB Bd. 3, Nr. 561, S. 10.

17 WUB Bd. 3, Nr. 592, S. 48f. Vgl. Bauer (wie Anm. 15), S. 119; *O. Schönthuth*: Rez. von H. Bauer (wie Anm. 15), in: WFr 4 (1850), S. 110–113, S. 112; *Bosl* (wie Anm. 6), S. 130.

18 Während *Bauer* (wie Anm. 15), S. 115ff. die Familienkontinuität ablehnt, wird sie von *C. F. Stälin*: *Wirtembergische Geschichte*, 2. T., Stuttgart und Tübingen 1847, S. 534, und der OAB Gerabronn, Stuttgart und Tübingen 1847, S. 198, verteidigt. Vgl. auch *J. Karg von Bebenburg*: Beitrag zur Geschichte des fränkischen uradeligen Geschlechts von »Bebenburg«, in: *Heraldisch-genealogische Blätter für adelige und bürgerliche Geschlechter* 4 (1907), S. 104–106, 117–119, 134–136, hier S. 105. Zu den jüngeren Bebenburgern und ihrem vornehmsten Vertreter Lupold vgl. *S. Krüger*: *Lupold von Bebenburg*, in: *Fränkische Lebensbilder*: (Veröff. d. Gesell. f. fränk. Gesch. R. VII A, 4. Bd.) Würzburg 1971, S. 49–50, und *G. Barisch*: *Lupold von Bebenburg*, in: *Bericht des Hist. Vereins für die Pflege der Gesch. d. ehem. Fürstbistums Bamberg* 113 (1977), S. 219–432, hier S. 242f.

19 Vgl. WUB Bd. 4, S. 204 und S. 226, Bd. 7, S. 21, Bd. 8, S. 170, Bd. 9, S. 145, Bd. 11, S. 10, 28 und 502.

20 Vgl. StAL B 186: Reichsstadt Schwäbisch Hall, U 95 (früher B 503 I U 455) von 1347 Sept. 29: *Lupold* von Bebenburg, *Friedrich* von Bebenburg, *Walther*, *Küchenmeister* von Nortenberg, und *Engelhard* von Bebenburg bestätigen dem Kloster Schöntal ein von † *Rudolf* von Bebenburg gewährtes *Ewiggeld* aus Gütern zu *Gammesfeld* unter Hinweis auf den Schaden, den das Kloster durch den gen. *Rudolf* erlitten hat sowie im Gedenken an die Wohlthaten ihrer *Altvorderen* für das Kloster. Vgl. auch B 186 U 99 (früher B 503 I U 456) von 1348 Feb. 24.

Bebenburger mit deren verwandtschaftlichen Beziehungen ins Jagsttal zu erklären. Während Schönhuth einer Berlichingenschen Familientradition folgend von einer Ehe Wolframs von Bebenburg mit einem Mitglied dieses Geschlechts ausging, sah Bauer dessen Eheschließung mit einer Angehörigen der Dynastenfamilie von Aschhausen als erwiesen an²¹. Bossert²² dagegen löste das Problem, indem er Wolfram von Bebenburg mit dem gleichnamigen Herrn von Weinsberg identifizierte, zumal dieser einen im Codex Hirsaugensis genannten Bruder namens Dietrich gehabt haben soll²³. In der Übereinstimmung der Vornamen dieser Weinsberger Herren und der edelfreien Bebenburger sieht Bossert ein erstes Indiz für ihre Identität. Laut Codex Hirsaugensis schenkte Wolfram von Weinsberg dem Kloster Hirsau zwei Morgen Weinberge, drei Morgen Äcker, eine Wiese und einen Hof zu Erlenbach. Ein Gut (*praedium*) in Erlenbach zählt auch zu den frühesten Besitzungen Schöntals, die 1176/77 von Papst Alexander III. bestätigt werden²⁴. Bossert hält es nun für das Wahrscheinlichste, daß Schöntal seine ersten Besitzungen neben den 1157 bereits genannten Höfen auch von seinem Stifter erhielt. Da nun Erlenbach (bei Neckarsulm) unter den Besitzungen Wolframs von Weinsberg als gesichert angesehen werden kann, hält er dessen Identität mit Wolfram von Bebenburg für unzweifelhaft.

Daraus folgert er, dieser Wolfram habe bis 1140 auf der Burg Weinsberg gesessen, von der er durch Herzog Welf VI. verdrängt worden sei. Die schon oben erwähnte Zusammenkunft Wolframs von Bebenburg mit Konrad III. in Worms im Februar 1140 habe nicht nur der Regelung von Hirsauer Angelegenheiten gedient, sondern der König habe Wolfram als Ersatz für den Verlust Weinsbergs mit der Bebenburg ausgestattet, nach der sich Wolfram in diesem Zusammenhang schon benennt²⁵. In den Quellen, die über die Belagerung und Entsetzung der Burg Weinsberg durch Konrad III. im Dezember 1140 berichten, und die in erster Linie wegen der damit verbundenen Sage über die treuen Weiber von Weinsberg das Interesse der Forschung fanden, ist von derartigen Vorgängen nichts überliefert²⁶. Davon abgesehen will zur These Bosserts nicht recht passen, daß der König den Kampf um die Burg Weinsberg für sich entscheiden konnte und es daher ein Leichtes gewesen wäre, Wolfram wieder in seine alten Rechte einzusetzen. Tatsächlich taucht ja 1147/1148, wie bereits erwähnt, wieder ein edelfreier Wolfram von Weinsberg in Maulbronner Urkunden auf. Kurz darauf, im Juli 1149, begegnet uns Wolfram von Bebenburg in der Umgebung des Königs. Noch 1160 wird Wolfram von Weinsberg wieder in einer Maulbronner Urkunde genannt, während

21 O. F. Schönhuth: Über die Abstammung Wolframs von Bebenburg mütterlicherseits von den Herren von Berlichingen, in: WFr 1 (1848), S. 465–467; Bauer (wie Anm. 15), S. 119.

22 Bossert (wie Anm. 6), S. 302f., auch im folg.

23 Codex Hirsaugensis (wie Anm. 9) S. 46 (fol. 53b) zu Dietrich von Weinsberg und ebda., S. 42 (fol. 47b) und S. 52 (fol. 62b) zu Wolfram von Weinsberg.

24 Vgl. zu den Papsturkunden oben Anm. 3. Da in denselben Stücken auch von Binswangen die Rede ist, kann man Bossert darin folgen, daß hier Erlenbach bei Neckarsulm gemeint ist.

25 Vgl. Anm. 9.

26 Zu diesem Komplex vgl. *Bernhardi* (wie Anm. 9), S. 188, und K. *Weller*: Die neuere Forschung über die Geschichte von den treuen Weinsberger Weibern, in: ZWLG 4 (1949), S. 1–17.

1157 und 1163 der Gründer von Schöntal als Wolfram von Bebenburg erscheint²⁷. Bossert, dem dieser Widerspruch wohl bewußt ist, meint, dies könne »in einer Zeit, da man nach den Hauptsitzen sich nannte, nicht auffallen. In Hirsau und Speyer hieß er (Wolfram) vorzugsweise nach der nähergelegenen Burg Weinsberg, in Würzburg nach der Bebenburg als dem Hauptsitz«²⁸. Wenn Wolfram sich tatsächlich je nach Aufenthaltsort anders nannte, hätte es da nicht nahegelegen, sich gerade bei der Gründung Schöntals, das näher an Weinsberg als an der Bebenburg lag, nach Weinsberg zu benennen, zumal Maulbronn und nicht etwa Ebrach, für das Wolfram auch als Zeuge auftrat, als Mutterkloster gewählt wurde? Auch kann es keineswegs als erwiesen gelten, daß Schöntal seine ersten Besitzungen in Erlenbach vom Klosterstifter erhielt. Diese könnten ihm ebenfalls von der Familie der Reichsministerialen von Weinsberg zugekommen sein, die es 1219 mit zwei Joch Weingärten bei Erlenbach bedachten und 1212 erstmals urkundlich als Wohltäter des Klosters faßbar werden²⁹. Vollends gegen die Annahme Bosserts spricht dann auch, daß die Höfe in Erlenbach, Binzwangen etc., die erstmals 1176/1177 genannt werden, in der bischöflichen Bestätigungsurkunde von 1163 nicht aufgeführt werden, die bereits den Tod des Klosterstifters voraussetzt, weshalb es sich nicht um dessen Schenkung handeln kann. Auf die Identifizierung Wolframs von Bebenburg mit dem Edelfreien Wolfram von Weinsberg ist also zu verzichten. Folglich kann die Behauptung, die Bebenburger hätten bis 1140 auf der Burg Weinsberg gesessen, auch nicht mehr aufrechterhalten werden.

Dadurch würde es möglich, von der Teilnahme des Schöntaler Klostergründers am Zweiten Kreuzzug von 1147 bis 1149 auszugehen. Daß Wolfram von Bebenburg Mitte 1149 in der Umgebung Konrads III. erscheint, wurde bereits mehrfach betont. Daß es erst acht Jahre später zur Klostergründung kommt, muß nicht gegen die Kreuzzugsteilnahme als solche sprechen, da 1157 nur das Datum der Bestätigung der Stiftung des Klosters markiert, weshalb diese selbst einige Jahre früher angenommen werden könnte. Gegen die Stiftung des Zisterzienserklosters als Folge eines Gelübdes auf dem Kreuzzug spricht allerdings, daß in den Schöntaler Urkunden keine Rede davon ist. Hier heißt es unmißverständlich und kurz, daß Wolfram das Kloster zu seinem und seiner Familie Seelenheil stiftete, was die Teilnahme am Kreuzzug zwar nicht ausschließt, ihre Annahme aber überflüssig macht. Die Nachricht ist wohl eher auf das Konto der Klostergeschichte zu verbuchen und sollte zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Schon Pater Angelus (1722–61), der darum bemüht war, »das Persönlichkeitsbild seines Klostergründers möglichst würdig zu zeichnen«³⁰, stellte ausdrücklich über dessen Teilnahme am Kreuzzug fest, daß man sie weder bejahen noch verneinen könne.

27 Vgl. zu Wolfram von Weinsberg oben Anm. 7 und WUB Bd. 2, Nr. 374, S. 133, und zu Wolfram von Bebenburg oben Anm. 3/8.

28 Bossert (wie Anm. 6), S. 304.

29 WUB Bd. 3, Nr. 609, S. 74f. Die Reichsministerialen von Weinsberg sind seit 1138 bezeugt, vgl. *Bosl* (wie Anm. 6), S. 129f.

30 *Trittler* (wie Anm. 1), S. 68; *Hummel* (wie Anm. 6), S. 16, der hier eine Parallele zu Herrenalb sieht.

Die Stiftung Wolframs wurde 1157 sowohl durch Kaiser Friedrich Barbarossa als auch durch den zuständigen Diözesanbischof Gebhard von Würzburg bestätigt³¹. Es erübrigt sich, auf die Vielschichtigkeit des Begriffs der Klostergründung einzugehen, der sich in verschiedenen Phasen von der Stiftung eines Klosters bis zum Einzug in die fertiggestellten Gebäude vollzog. Daher wird hier darauf verzichtet, Vermutungen über den tatsächlichen Beginn der Stiftung anzustellen, der vor allem die Klostergeschichtsschreibung des 17. und 18. Jahrhunderts beschäftigte, die dafür Daten von 1150 bis 1163 liefert³². Allein ist darauf hinzuweisen, daß nicht von einer Bestätigung des Klosters durch Papst Eugen III. († 1153) auszugehen ist, auf die aus der Formulierung Barbarossas über die Befreiung des Klosters vom Novalzehnten geschlossen wurde. Bereits Brackmann wies darauf hin, daß sich die Worte, »wie ihnen von Papst Eugen zugestanden wurde«³³ auf das allgemeine Ordensprivileg dieses Papstes bezogen.

Es lag für die Klostergeschichtsschreibung allerdings nahe, hieraus auf eine verlorene Bestätigungsurkunde Eugens III. zu schließen, da das einzige Schwesterkloster Schöntals, Bronnbach an der Tauber, am 11. Januar 1153 von diesem Papst seine Bestätigung erhielt³⁴. Wie das kurz vorher gegründete Bronnbach gilt Schöntal als Tochter von Kloster Maulbronn. Während die Filiation im Fall Bronnbachs durch den, wenn auch tendenziösen Bericht des Maulbronner Abtes Dietrich und die Ereignisse um die Absetzung des ersten Bronnbacher Abtes Reinhard gesichert ist³⁵, wird sie im Fall Schöntals erst 125 Jahre nach der Gründung des Klosters urkundlich faßbar. Die ersten Urkunden, in denen die Vaterschaft Maulbronn über Schöntal ausgesprochen wird, sind nämlich diejenigen, in denen der Maulbronner Abt Sifrid darauf verzichtet und sie dem Abt des Klosters Kaisheim bei Donauwörth anträgt³⁶. Auf die Umstände, die zu diesem Paternitätswechsel führten, dessen Ursachen in erster Linie im wirtschaftlichen Bereich zu suchen sind, kann hier nicht eingegangen werden, da sie das Thema einer eigenen Abhandlung liefern würden. Erwähnt sei nur, daß bis dahin kein Maulbronner Abt in Schöntaler Urkunden als Aussteller oder Zeuge auftritt, noch umgekehrt. Da Maulbronn nicht in der Lage war, das neugegründete Bronnbach zu bevölkern und daher auf die Hilfe Waldsassens zurückgriff, kann bei der Gründung Schöntals von ähnlich schwierigen Bedingungen ausgegangen werden. Gemeinhin werden die in den Bischofsurkunden von 1157 und 1163 als Zeugen auftretenden Bernhardus, Nivelungus und Sigebodo als erste Schöntaler Mönche

31 Wie oben Anm. 3. In beiden Urkunden heißt es: *monasterium/cenobium fundavit*.

32 Zusammengestellt bei Trittlar (wie Anm. 1), S. 65–68.

33 Wie oben Anm. 3: *sicut a papa Eugenio eis concessum est*. Vgl. GP III,3, S. 204.

34 J. Aschbach: Geschichte der Grafen von Wertheim, 2. Theil: Wertheimisches Urkundenbuch, Frankfurt/M. 1843, Nr. 3, S. 4, hier 1152. Vgl. GP III,3, S. 200f., Nr. 1 (JL 9679).

35 *Historia primitiva*, gedr. bei Aschbach (wie Anm. 34), S. 11f., und L. Scherg: Die Zisterzienserabtei Bronnbach im Mittelalter. (Mainfränk. Studien 14), Würzburg 1976, S. 238f. Vgl. zur Gründung Bronnbachs ebda., S. 14–23, auch im folg.

36 Vgl. WUB Bd. 8, Nr. 3119, S. 331 und Nr. 3172, S. 362f. und WFr NF 3 (1854), S. 82–86 sowie: Die Urkunden des Reichsstiftes Kaisheim 1135–1287, bearb. v. H. Hoffmann, Augsburg 1972, Nr. 350, S. 203, Nr. 353, S. 204, Nr. 362f., S. 208–210.

aufgefaßt, die aus Maulbronn stammten, während in diesen Urkunden noch nicht von einem Abt die Rede ist. Als erster Abt wird 1176 Hertwic von Schöntal namentlich genannt. Der nächste mit Namen auftretende Abt ist Sibodo im Jahre 1212. Auf den Konvent liegen bis zum Ende des 12. Jahrhunderts keine Hinweise vor³⁷.

Offen bleibt, warum man sich trotz der Probleme des gerade neugegründeten Maulbronn für diese Mutterabtei entschied und nicht etwa Ebrach wählte, für das Wolfram von Bebenburg 1149 als Zeuge aufgetreten war. Im Fall Bronnbachs wurde Maulbronn der Vorzug gegeben, da Ebrach den nahen Würzburger Bischöfen sehr eng verbunden war, weshalb dessen Paternität als Affront gegenüber dem Erzstift Mainz hätte aufgefaßt werden können. Da Maulbronn jedoch von Gunther von Speyer neugegründet wurde, dem Bruder des seinerzeitigen Würzburger Bischofs Gebhard von Henneberg, konnte diese Wahl als Kompromiß verstanden werden³⁸. Allerdings unterstellte Wolfram seine Gründung schon 1157 dem Schutz des heiligen Kilian, was 1163 nochmals ausdrücklich von Bischof Heinrich II. von Würzburg wiederholt wurde.

In dieser Urkunde ist von einer Namensänderung der Gründung Wolframs von Bebenburg die Rede: »er stiftete ein Kloster auf seinem Gut und der Ort, der damals *Nusaze* nun aber *Speciosa vallis* genannt wird ...«³⁹. Im direkten Widerspruch dazu wird in der Urkunde Engelhards von Weinsberg im Jahr 1212 von Zehnten »in *Hoefelden*, das nun Schöntal genannt wird«⁴⁰ gesprochen. Bei *Nusaze* handelt es sich um das unweit von Schöntal auf der Höhe gelegene Neusaß, wo sich noch heute eine Wallfahrtskirche befindet. Ob nun von einer bloßen Namensänderung, die die Urkunde von 1163 suggeriert, oder von einer Verlegung der Neugründung Wolframs von Neusaß nach *Hoefelden* in das Tal der Jagst, auszugehen ist, hat seit jeher die Forschung beschäftigt. Die Klostersage, in der eine Erscheinung den Mönchen von Neusaß einen besseren Platz im Tal der Jagst anweist, kann hier vernachlässigt werden. Bereits Abt Benedikt Knittel ließ durch Ausgrabungen in Neusaß nach Spuren der ersten Klostergründung suchen, fand aber keine Hinweise darauf⁴¹. Die bei Reicke und Weißenberger zu findenden Begründungen, das Kloster sei wegen Nähe einer Überlandstraße und der besseren Fischversorgung ins Tal verlegt worden, lassen sich quellenmäßig nicht belegen⁴². Da eine Ansiedlung auf der Höhe gegen die Statuten der Zisterzienser spricht und als für sie unüblich anzusehen sei, neigen Teile der Forschung dazu, von einer bloßen Namensänderung von Neusaß in Schöntal auszugehen⁴³. Dagegen spricht jedoch die Urkunde Papst Alexanders III. von 1177, die neben dem *locus*, an dem

37 Zu Abt Hertwic WUB Bd. 2, Nr. 381, S. 145, und zu Abt Sibodo ebda., Nr. 554, S. 386. Hier ist zum ersten Mal ein Konverse namens *Trochlibus* genannt.

38 Scherg (wie Anm. 35), S. 17.

39 WUB Bd. 2, Nr. 381, S. 145.

40 WUB Bd. 2, Nr. 554, S. 386.

41 Zu den älteren Forschungsansätzen vgl. Trittlar (wie Anm. 1), S. 65ff.

42 Weißenberger (wie Anm. 1), S. 2; S. Reicke: Zum Rechtsvorgang der Klosterverlegung im Mittelalter, in: FS Ulrich Stutz (Kirchenrechtliche Abhandlungen 117/118), Stuttgart 1938, S. 53–119, S. 72.

43 Hummel (wie Anm. 6), S. 13; Brümmer (wie Anm. 1), S. 15.

sich das Kloster Schöntal befindet, auch noch die Grangie Neusaß bestätigt⁴⁴, was eine Identität beider Orte ausschließt.

Gegen die genannten Forschungsmeinungen ist anzuführen, daß Klosterverlegungen im Mittelalter durchaus keine Seltenheit waren und besonders häufig bei Zisterziensern zu konstatieren sind. Die Mönche siedelten zunächst auf dem Gut, das ihnen von den Klosterstiftern zur Verfügung gestellt wurde, wobei sie sich mit den Zufälligkeiten der Gründungsbewidmungen arrangieren mußten. Dadurch kam es häufig zu ausgesprochenen Fehlgründungen, bei denen bereits nach kurzer Zeit die Unmöglichkeit der Umsetzung ihrer Ziele festgestellt wurde, und nach anderen Lösungen gesucht werden mußte⁴⁵. Dies war z. B. beim Mutterkloster Schöntals, Maulbronn, der Fall. So berichtet Bischof Gunther von Speyer von den Hilfesuchen Abt Dietrichs und der Mönche aus Eckenweiher, da es ihnen dort, wo sie seit etwa 1138 siedelten, an vielem fehlte, was für ein Klosterdasein nötig war, und stellt ihnen nach eigener Besichtigung des ungeeigneten Ortes sein *fundum Mullenbrunnen* zur Umsiedlung zur Verfügung⁴⁶. Die ursprüngliche Ansiedlung Eckenweiher erscheint 1156 als Grangie Maulbronn⁴⁷. Daß wir hier im Unterschied zu Schöntal durch urkundliche Nachrichten über nähere Umstände und Motive der Umsiedlung informiert werden, mag damit zusammenhängen, daß die Ansiedlung in Eckenweiher länger Bestand hatte als die Niederlassung in Neusaß und die Verlegung nach Maulbronn auch mit einer Neudotation verbunden war.

Größere Parallelen zur Gründung Schöntals lassen sich bei seinem Schwesterkloster Bronnbach feststellen. Auch dessen ursprüngliches Stiftungsgut, das *castrum Brunnebach* befand sich auf einer Anhöhe, auf dem Dickbuckel über dem heutigen Klosterort und damit auf der höchsten Erhebung im näheren Umkreis⁴⁸. Nach Scherg machte die Schenkung des *predium, quod dicitur Brunnebach* durch Erzbischof Arnold von Mainz die Verlegung der Klostersgemeinschaft ins Tal der Tauber erst möglich. Die in unmittelbarer Nähe des *castrum* befindliche Siedlung *Altenbrunnenbach* bzw. *villula Brunnebach* wurde in eine Grangie umgewandelt, die wohl mit dem noch heute existierenden Schafhof zu identifizieren ist⁴⁹. Ähnlich kann man sich den Umzug der Mönche von der Höhe Neusaß ins Tal der Jagst nahe *Hoefeldern* vorstellen, zumal Neusaß 1177 schon als Grangie Schöntals erscheint.

Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob von regelrechten Fehlgründungen und

44 WUB Bd. 2, Nr. 409, S. 185: *grangiam Nusaze*.

45 Reicke (wie Anm. 42), S. 58f., zählt bei 90 Klostergründungen in Württemberg bis zur zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts 30 Translationen. Ihm folgt weitgehend H. Niedermeier: Klostertranslationen bei den Zisterziensern, in: Cîteaux 24 (1973), S. 31–52.

46 WUB Bd. 2, Nr. 327, S. 43.

47 MGH DD F I Nr. 132, S. 222f.

48 P. Rückert: Zu den Anfängen der Gamburg und ihren ersten Besitzern, in: Wertheimer Jahrbuch 1994, S. 9–22, S. 15.

49 Vgl. Scherg (wie Anm. 35), S. 15 auch im folg., sowie Mainzer Urkundenbuch, 2. Bd., Teil 1: 1137–1175, bearb. v. P. Acht, Darmstadt 1968, Nr. 241, S. 438 (JL 10582, vgl. GP III,3, S. 201, Nr. 2) und Nr. 238, S. 430–432.

daraus folgenden Klostertranslationen auszugehen ist, oder ob die Mönche ihr erstes Stiftungsgut nicht unmittelbar zur Vorbereitung der Ansiedlung im Tal nutzten. Die Urbarmachung der sumpfigen Täler mußte von einem Stützpunkt aus geschehen, der sinnvollerweise etwas erhöht lag. Wenn 1157 von Kaiser und Diözesanbischof neben dem *locus* Neusaß auch das *monasterium quod Nusaze dicitur* bestätigt wird, so ist darunter zwar die Niederlassung in Neusaß zum Bau eines Klosters zu verstehen, kaum jedoch eine fertige Klosteranlage vorzustellen. Ähnlich wie in Bronnbach werden die Mönche auf Möglichkeiten zur Erschließung des nahegelegenen Tales geschaut haben, die ihnen mit der Überlassung von *Hoefelden*, über die keine Urkunde vorliegt, gegeben wurde. Nach einer so kurzen Zeit der Ansiedlung auf der Höhe ist kaum von einer regelrechten Klosterverlegung und dem Verlust einer Translationsurkunde auszugehen. Eher sollte man von einem Umzug der Mönche ins Tal sprechen, die ihre ursprüngliche Niederlassung dann in eine Grangie umwandelten, was auch bei Bronnbach und Maulbronn beobachtet werden kann. Möglicherweise nahmen die Mönche den Namen ihres Klosters Neusaß zunächst mit ins Tal, bevor sie sich für den für ein Zisterzienserkloster typischen Namen Schöntal nach dem Vorbild von Bellevaux und Clairvaux entschieden. Auf diese Weise ließe sich die Namensänderung mit der These von der Verlegung ins Tal im Sinne eines Umzugs nach kurzer Ansiedlung auf der Höhe verbinden. Abzulehnen ist dagegen sowohl die Auffassung von einer organisierten Neugründung im Tal sowie die These einer bloßen Namensänderung, die die Identität der Orte Neusaß und Schöntal voraussetzt. Bischof Heinrich von Würzburg stellt 1163 den gesamten Vorgang stark verkürzt dar, weshalb dieser nur als Namensänderung erscheint. Es geht auch ihm um die erneute Bestätigung der Gründung Wolframs, nicht jedoch wegen des Ortswechsels im Sinne einer Translationsurkunde, sondern wegen der Beendigung des Widerstandes der Söhne des Klostergründers gegen dessen Stiftung, worin wohl überhaupt der Anlaß für diese erneute Bestätigungsurkunde zu sehen ist.

Die ablehnende Haltung der Familie Wolframs von Bebenburg scheint dafür verantwortlich, daß sechs Jahre nach der Stiftung des Klosters dessen Besitz noch nicht angewachsen war. Die nächste überlieferte Urkunde im Schöntaler Bestand betrifft die bereits erwähnte Übertragung der Pfarrkirche zu Bieringen an das Kloster im Jahr 1171⁵⁰. Diese Schenkung geschah auf Bitten Dompropst Richolfs, des Domdekans und anderer Prälaten der Würzburger Kirche, da die Mönche ohne die Zehnten der Einkünfte, die seit alters der Pfarrkirche zustanden, nicht existieren konnten. Dompropst Richolf hatte 1163 in seiner Funktion als Archidiacon ebenso wie Bischof Herold, der damals Dompropst war, die zweite Bestätigung der Klostergründung bezeugt und wußte um dessen schmale wirtschaftliche Basis.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich hier um die einzige Schöntaler Urkunde, in der beide Söhne des Klosterstifters unter den Zeugen genannt werden. Ihre Namen

50 WUB Bd. 2, Nr. 363, S. 160–162.

sind allerdings in beiden überlieferten Exemplaren: B 503 I U 264 und U 265, zusammen mit den übrigen weltlichen Zeugen nachgetragen. Aufgrund einer Notiz von Decker-Hauff werden beide Ausfertigungen im Staatsarchiv Ludwigsburg als Fälschungen geführt, die um 1220 entstanden sein sollen⁵¹. Diese Vermutung war offenbar auch inhaltlich begründet, da Bischof Otto von Würzburg dem Kloster mit Zustimmung des gesamten Domkapitels 1219 nochmals die Pfarrkirche von Bieringen überträgt, was 1222 von Papst Honorius III. bestätigt wird, ohne auf die früheren Vorgänge einzugehen⁵². Die in der Urkunde von 1171 außerdem erwähnte Überlassung eines Gutes zur Unterhaltung von Armen und Pilgern durch Bischof Herold wurde bereits von Papst Alexander III. 1177 bestätigt, während er die Pfarrkirche von Bieringen nicht unter den Schöntaler Besitzungen aufzählt⁵³. Daraus könnte man schließen, daß das Kloster, das, wie aus den genannten Urkunden von 1219 und 1222 hervorgeht, damals hart bedrängt wurde, durch die in der Fälschung aufgeführten Namen der Söhne des Klosterstifters seine überkommenen Rechtsansprüche besonders unterstreichen wollte. Der Fälschungsverdacht ist jedoch hinfällig, da Johaneck die Schriftgleichheit der Urkunde von 1171, die in beiden Ausfertigungen vom selben Schreiber stammt, mit anderen Würzburger Urkunden aus der Zeit Bischof Herolds feststellte⁵⁴. Allerdings geht Johaneck nicht darauf ein, daß die weltlichen Zeugen in beiden Stücken mit anderer Tinte nachgetragen wurden, und daß die Schreibungen ihrer Namen zum Teil voneinander abweichen⁵⁵. Da sich die unterschiedlichen Varianten in anderen zeitgenössischen Urkunden nebeneinander finden, können sie vernachlässigt werden, zumal eine Untersuchung der Urkunden B 503 I Nr. 264 und 265 ergab, daß auch die Nachträge in beiden Stücken ebenso von der Hand desselben Schreibers aus der bischöflichen Kanzlei stammen, was eine spätere Verfälschung ausschließt. Der Schreiber hatte die weltlichen Zeugen offenbar einfach vergessen und trug sie in beiden Exemplaren mit derselben braunen Tinte nach, indem er durch ein Kreuzzeichen die Stelle markierte, an der sie eingefügt werden sollten. Die Doppelausfertigung sollte der Erleichterung des Beweises im Fall der Anfechtung des Rechtsgeschäftes dienen⁵⁶. Wie aus den Rückvermerken ersichtlich ist, war U 264, an der das Siegel noch erhalten ist, für die bischöfliche Kanzlei bestimmt, während U 265 im Schöntaler Archiv als erste Urkunde zu Bieringer Angelegenheiten geführt wurde. Die erneute Übertragung der Bieringer Pfarrkirche an Kloster Schöntal im

51 Vgl. das Findbuch von StAL: B 503 I, S. 67.

52 Die Urkunde Bischof Ottos von Würzburg vom 22. Nov. 1219 ist auch in zwei Ausfertigungen überliefert, vgl. B 503 I U 266/267, und WUB, Bd. 3, Nr. 622, S. 89f.; vgl. zur Urkunde Papst Honorius III. vom 1. Feb. 1222, WUB Bd. 3, Nr. 653, S. 129, und T. Schmidt: Die Originale der Papsturkunden in Baden-Württemberg 1198–1417, (Index Actorum Romanorum Pontificum VI, 1), Citta del Vaticano 1993, Nr. 65, S. 33f.

53 WUB Bd. 2, Nr. 409, S. 185.

54 P. Johaneck: Die Frühzeit der Siegelurkunde im Bistum Würzburg (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg 20), Würzburg 1969, S. 155, Anm. 35.

55 Im WUB Bd. 7: Verbesserungen und Zusätze zu Bd. 2, S. 160, S. 477f. werden die Abweichungen aufgeführt.

56 Vgl. Johaneck (wie Anm. 54), S. 147, zur Vorliebe etwa Ebrachs für Doppelausfertigungen.

Jahr 1219 war offenbar durch dessen schon erwähnte Bedrückung durch verschiedene Kräfte, die hier nicht weiter zu erörtern ist, notwendig geworden.

In der Bestätigung des Klosters und seines Besitzes durch Papst Alexander III. im Jahr 1176 ist erstmals ein deutlicher Besitzzuwachs zu verzeichnen. Zu den 1163 genannten Grangien sind fünf weitere hinzugekommen, nämlich in *Hoinhart*, Kochertürn, Binswangen, *Logheim*, (Ober- bzw. Unter-)Kessach und Güter in Erlenbach, Biringen und Berlichingen sowie eine Hufe in Gommersdorf⁵⁷.

Die ein Jahr darauf folgende Urkunde desselben Papstes geht insofern darüber hinaus, als sie neben dem Ort, an dem das Kloster steht, noch die Grangie Neusaß, das genannte Gut in Biringen sowie Äcker in *Erlahe*, Eselsdorf und Dahenfeld nennt⁵⁸. Da in den ersten 50 Jahren des Bestehens nur noch die Schenkung eines weiteren Gutes in Gommersdorf durch Konrad von Aschhausen belegt ist, lassen sich Besitzschwerpunkte in der unmittelbaren Umgebung Schöntals und im Weinsberger Raum festmachen. Obwohl die Urkundenüberlieferung ab 1212 dichter wird, sind im nächsten überlieferten feierlichen Papstprivileg von 1237 neun Besitzungen aufgeführt⁵⁹, die urkundlich nicht belegt sind, so daß für die Frühzeit vom Verlust einer Reihe von Urkunden bzw. von Besitzübertragungen ohne schriftlichen Niederschlag auszugehen ist. Über die Förderung des Klosters durch bestimmte Ortsadelige läßt sich daher für diese Zeit kaum eine Aussage treffen, in der es allerdings den besonderen Schutz des Würzburger Diözesans genoß⁶⁰.

Daß die päpstliche Bestätigung Schöntals erst 20 Jahre nach seiner Stiftung erfolgte, muß neben den geschilderten Anfangsschwierigkeiten auch mit der allgemeinen politischen Situation in Zusammenhang gesehen werden. Zwei Jahre nach der Gründung Schöntals brach das Alexandrinische Schisma aus, in dem sich Friedrich Barbarossa, der das Kloster in seinen besonderen Schutz genommen hatte, auf die Seite des Gegenpapstes stellte. In den 60er Jahren des 12. Jahrhunderts, als sich die Situation der Klostergründung nach Beendigung des Widerstandes in der Stifterfamilie stabilisiert hatte, waren die Spannungen im Schisma infolge der Würzburger Beschlüsse Barbarossas auf dem Höhepunkt angelangt. Da der Kaiser Geistlichen und Mönchen, die sich weigerten, den Eid auf den von ihm eingesetzten Papst zu leisten, mit dem Verlust ihrer Ämter und Pfründen drohte, war in der Würzburger Diözese nicht daran zu denken, Kontakt zu Alexander III. aufzunehmen, auf dessen Seite sich das Generalkapitel der Zisterzienser gestellt hatte⁶¹. Wie sehr Schöntal jedoch an einer Bestätigung durch den rechtmäßigen Papst gelegen war, zeigt sich daran, daß es als erstes deutsches

57 WUB Bd. 2, Nr. 406, S. 179. *Logheim* und *Hoinhart* wurden nicht identifiziert.

58 Wie Anm. 53. *Erlahe* bei Berlichingen und Eselsdorf bei Zweiflingen sind abgegangen.

59 WUB Bd. 3, Nr. 892, S. 392–395, und *T. Schmidt* (wie Anm. 52), Nr. 153, S. 71. Vgl. *Weißberger* (wie Anm. 1) S. 47, der nur 8 neue Besitzungen zählt. Neu sind Besitzungen in Böckingen, Gruppenbach, (Schwäb.) Hall, Heilbronn, Heßlingshof, Ilsfeld, Niedernhall, Oedheim und Würzburg.

60 S. dazu oben S. 67f.

61 Vgl. *T. Reuter*: Das Edikt Friedrich Barbarossas gegen die Zisterzienser, in: *MIÖG* 84 (1976), S. 328–336; *MGH DD F I* Nr. 479–481, S. 393–399 sowie allgemein dazu *S. Mitterer*: Die Zisterzienser im Kirchenstreit zwischen Papst Alexander III. und Kaiser Friedrich I. Barbarossa. Eine kirchengeschichtliche Untersuchung, in: *Cist. Chronik* 34 (1922), S. 1–8, 21–26, 35–40.

Zisterzienserkloster nach einer längeren Pause wieder eine Urkunde Alexanders III. erhielt, und zwar auffälligerweise noch vor der Beendigung des Schismas im Frieden von Venedig. Ende 1176 im Rahmen der Vorverhandlungen von Anagni erhielt Abt Hertwic von Schöntal einen ersten Schutz- und Bestätigungsbrief des Papstes, worauf bereits ein Jahr später am 21. Dezember 1177, als auch die Äbte von Maulbronn und Herrenalb päpstliche Privilegien erlangten, eine zweite Schutzurkunde folgte⁶².

Zum Verhältnis Schöntals zu den Stauferkaisern läßt sich in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens nicht mehr sagen, als daß Friedrich Barbarossa die neugegründete Abtei in seinen speziellen Schutz nahm. Der Begriff der *tutio* taucht 1157 dreimal auf. 1225 spricht Kaiser Friedrich II. auch vom speziellen Schutz und Schirm durch Kaiser und Reich⁶³. Von einer kaiserlichen Schutzvogtei wie bei Maulbronn, Bronnbach oder Salem ist dagegen in den frühen Kaiserurkunden nicht ausdrücklich die Rede, was aber auch überlieferungsbedingt sein könnte.

Festzuhalten bleibt, daß die anfänglichen Schwierigkeiten der Abtei neben dem frühen Widerstand in der Stifterfamilie auf der fernen Bebenburg und der Verzögerung der endgültigen Ansiedlung im Tal der Jagst auch mit der mangelnden Unterstützung durch die Mutterabtei zusammenhängen. Der Ausbruch des Alexandrinischen Schismas verzögerte zwar die päpstliche Bestätigung der Gründung Wolframs von Bebenburg, hatte jedoch für die wirtschaftliche Stabilisierung Schöntals keine negativen Folgen. Gerade in der Zeit von 1163 bis 1177 ist ein deutlicher Besitzzuwachs zu verzeichnen, so daß mit der päpstlichen Bestätigung des Klosters seine Gründungsphase als abgeschlossen betrachtet werden kann.

62 M. Preiss: Die politische Tätigkeit und Stellung der Cistercienser im Schisma von 1159–1177 (Historische Studien 248) Berlin 1934, S. 220. Vgl. zu den Urkunden Papst Alexanders III. vom 21. Dez. 1177 für Herrenalb WUB Bd. 2 Nr. 407, S. 181–183 (JL 12959, vgl. GP III,3, S. 116, Nr. 1) und für Maulbronn WUB Bd. 2, Nr. 408, S. 183–185 (JL 12961, vgl. GP III,3, S. 127, Nr. 3).

63 MGH DD F I, Nr. 159, S. 273f. und WUB Bd. 3, Nr. 691, S. 171. Vgl. zum folgenden W. Rösener: Südwestdeutsche Zisterzienserklöster unter kaiserlicher Schirmherrschaft, in: ZWLG 33 (1974), S. 24–52.

Der Öhringer Kanzelfuß in der Berliner Skulpturensammlung*

VON ANNETTE KEMMLER-V. CRIEGERN

Einleitung

Ende des 15. Jahrhunderts wurde in der Öhringer Stiftskirche, wie in vielen anderen Kirchen zu jener Zeit, eine steinerne Kanzel errichtet. Ungewöhnlich an der Öhringer Kanzel war ihr Fuß: Ein fast lebensgroß dargestellter, kniender Werkmeister trug den Kanzelkorb auf seiner Schulter¹ (Abb. 1).

Als man sich Ende des 18. Jahrhunderts entschloß die Kanzel durch einen modernen Kanzelaltar zu ersetzen und daher die alte Kanzel abriß, wurde lediglich der figürliche Fuß aufbewahrt. Der Werkmeister stand von da an bis 1937 in der Krypta der Öhringer Stiftskirche, wurde dann an einen Berliner Kunsthändler verkauft und gelangte schließlich in das damalige Deutsche Museum in Berlin². Theodor Demmler, der Leiter der Berliner Skulpturenabteilung, setzte sich zum ersten Mal wissenschaftlich mit der Figur auseinander und schrieb sie Anton Pilgram zu³.

In den Jahren bis ungefähr 1960 spielte die Figur bei der Diskussion um das Frühwerk von Anton Pilgram, der im Wiener Stephansdom zwei Werkmeisterdarstellungen geschaffen hat, eine Rolle. Man sah zu dieser Zeit in einer ganzen Gruppe von tragenden Werkmeisterdarstellungen in Schwaben Arbeiten von Anton Pilgram. Danach wurde der Öhringer Kanzelfuß nur noch selten erwähnt. Dies hatte mehrere Gründe. Erstens gehörte die Skulptur nach dem 2. Weltkrieg zu den Beständen der Ost-Berliner Sammlungen. Damit war sie von ihrem historischen Umfeld abgeschnitten. Zweitens war man in der Nachkriegszeit vorsichtig geworden gegenüber Künstlern und Werken, die gerade in den 30er und 40er Jahren nicht zuletzt unter ideologischen Aspekten ins Blickfeld der damaligen

* Dieser Beitrag ist die leicht gekürzte Fassung einer Magisterarbeit, die im Dezember 1994 an der Technischen Universität Berlin eingereicht wurde. Sie wurde von Prof. Dr. Robert Suckale betreut, dem ich für seine wertvollen Anregungen und Ratschläge herzlich danke.

1 Der Kanzelfuß befindet sich heute in der Skulpturensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz. Inv.-Nr. 8085. Die Figur hat eine Höhe von 117 cm. Sie ist vollrund gearbeitet und besteht aus einem feinkörnigen, graugrünen Sandstein. Für zahlreiche Gespräche danke ich Prof. Dr. Hartmut Krohm, Skulpturensammlung, Staatliche Museen zu Berlin.

2 Erbprinz Kraft zu Hohenlohe-Öhringen hatte den Kanzelfuß 1937 bei einem Berliner Kunsthändler gegen andere Kunstgegenstände eingetauscht.

3 T. Demmler: Der Kanzelträger des Deutschen Museums, ein Werk des Anton Pilgram, in: Jahrbuch der preussischen Kunstsammlungen 59 (1938), S. 161–172.

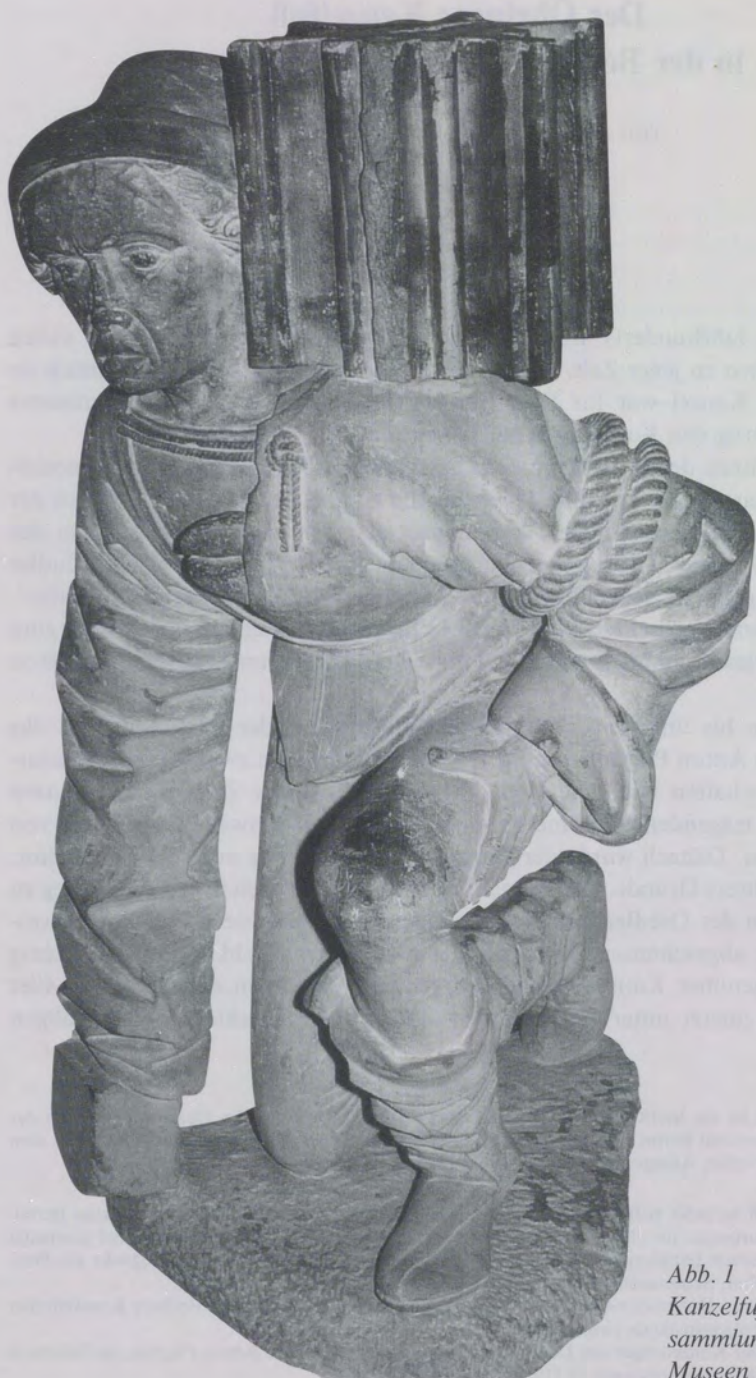


Abb. 1 Öhringer
Kanzelfuß, Skulpturen-
sammlung, Staatliche
Museen zu Berlin

Forschung gerückt waren⁴. Ein dritter Grund für das mangelnde Interesse an der Öhringer Figur war, daß die Forschung zum Frühwerk Pilgrams in eine Art Sackgasse geraten war. Die bis dahin gemachten Zuschreibungen waren allesamt hypothetisch und ließen sich nicht durch Quellen erhärten. Es ist ohnehin rückblickend erstaunlich, daß bei den Zuschreibungen schwäbischer Werke an Anton Pilgram der Typus der Werkmeisterdarstellung als Trägerfigur immer wieder ausschlaggebendes Argument sein konnte. Dabei wurden stilistische Dissonanzen bereitwillig übergangen. Es entstand sogar der irreführende Eindruck, daß Trägerfiguren eine Art »Markenzeichen« des Anton Pilgram gewesen seien⁵.

Bereits 1966 bezweifelte Seeliger-Zeiss, daß der Öhringer Kanzelträger ein Werk Pilgrams ist⁶. Das Infragestellen der bisherigen Zuschreibung wurde jedoch kaum zur Kenntnis genommen. In einer sich gerade im Druck befindenden Dissertation über spätgotische Kanzeln beschäftigt sich der Autor Halbauer unter anderem mit der Geschichte der Zuschreibung der Öhringer Figur⁷. Mit überzeugenden Argumenten legt er dar, daß der Kanzelträger nicht von Pilgram stammen kann. Auch Halbauer betrachtete die Öhringer Figur, wie alle vor ihm, in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der »Meisterfrage«.

In der vorliegenden Untersuchung wird, in Anlehnung an Seeliger-Zeiss und Halbauer davon ausgegangen, daß der Öhringer Kanzelfuß nicht von Anton Pilgram stammt. Die Frage nach dem Künstler wird allerdings nicht im Zentrum der Argumentation stehen.

Da von der Öhringer Kanzel nur noch die Trägerfigur erhalten ist, galt die wissenschaftliche Auseinandersetzung bisher ausschließlich der Skulptur. Ihr ursprünglicher architektonischer Kontext wurde dabei völlig außer acht gelassen. Es ist daher ein zentrales Anliegen der folgenden Arbeit, die Skulptur gerade als Bestandteil der Kanzel zu betrachten. Zu diesem Zweck soll der Versuch unternommen werden, die verlorengegangenen Teile der Kanzel zu rekonstruieren. Darüber hinaus soll aber auch, als einleitendes Kapitel, das historische und architektonische Umfeld der Kanzel kurz umrissen werden.

Das Betrachten des Kanzelfußes in seinem ursprünglichen Kontext und die eingehende Analyse der Figur selbst, sind die Voraussetzung für weiterführende Überlegungen zur Bedeutung und Funktion des Öhringer Kanzelträgers. Denn schließlich war es nach mittelalterlichen Vorstellungen keinesfalls selbstverständlich, daß ausgerechnet ein Werkmeister, der in der gesellschaftlichen und kirchlichen Hie-

4 Vgl. zu diesem Thema: *H. Belting*: Die Deutschen und ihre Kunst. Ein schwieriges Erbe, München 1992.

5 *C. Schleif*: Donatio et Memoria. Stifter, Stiftungen und Motivationen an Beispielen aus der Lorenzkirche in Nürnberg, München 1990, S. 68.

6 *A. Seeliger-Zeiss*: Lorenz Lechler von Heidelberg und sein Umkreis. Studien zur Geschichte der spätgotischen Zierarchitektur und Skulptur in der Kurpfalz und in Schwaben, Heidelberg 1967, S. 76.

7 *K. Halbauer*: predigstül. Die spätgotischen Kanzeln im württembergischen Neckargebiet bis zur Einführung der Reformation, Univ. Stuttgart 1990 (masch.-schr.), S. 284–291. Mit der freundlichen Genehmigung von K. Halbauer und Prof. Dr. H. Roettgen konnte ich die Dissertation einsehen. Die Arbeit wird in der Reihe »Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 132« publiziert.

rarchie weit unten angesiedelt war, an einer zentralen und auffallenden Stelle im Kircheninnenraum dargestellt werden konnte. Genauso muß danach gefragt werden, weshalb ausgerechnet ein Werkmeister als Träger eines Ortes fungierte, von dem das Wort Gottes gepredigt wurde.

Erster Teil: Die Stiftskirche in Öhringen

1. Die kirchengeschichtliche Situation in Öhringen

Dieses erste Kapitel dient als eine kurze Einführung in die kirchengeschichtlichen Verhältnisse in Öhringen, in dem für uns relevanten Zeitraum, dem ausgehenden 15. Jahrhundert. Es soll ein Eindruck davon gewonnen werden, von wem die Öhringer Stiftskirche geistlich genutzt wurde und wer als Bauherr des Neubaus der Kirche und damit als potentieller Auftraggeber der Kanzel in Erscheinung trat. Die Öhringer Stiftskirche besaß eine doppelte Funktion als Kirche des Öhringer Chorherrenstiftes und zugleich auch als Pfarrkirche der Öhringer Gemeinde.

Topographisch bildete die Stiftskirche das Zentrum des Stiftsbezirks; elf Kurien, also die Höfe der Chorherren waren vermutlich rings um die Kirche angesiedelt⁸. Der Stiftsbezirk war damit ein relativ abgeschlossener Bereich, der möglicherweise sogar von einer Mauer eingefaßt war⁹. Außerhalb dieses Bereichs lag die städtische Bebauung.

Den topographischen Gegebenheiten entsprach, seit der Gründung des Stiftes im Jahr 1037, die Hierarchie der Nutzung des Kirchenraumes¹⁰. Den Stiftsangehörigen war der Chorraum vorbehalten. Nur das Langhaus wurde von der Gemeinde mitgenutzt.

Die Aufgabe der Stiftsherren war »der Vollzug der Liturgie, um ihrer selbst willen, waren die Stundengebete im Chor, die sich aus vielen Anlässen wiederholenden Prozessionen durch die Kirche, war der Dienst in einem genau geregelten Zeitplan an ihren verschiedenen Altären«¹¹. Für die seelsorgerische Betreuung der Stadtgemeinde dagegen wurde ein Pfarrer eingesetzt, der kein Stiftsangehöriger war.

Das Öhringer Stift gehörte zum Bistum Regensburg. Es besaß damit politische und rechtliche Unabhängigkeit von den Lehensherren von Öhringen, den Grafen von Hohenlohe, die Mitte des 13. Jahrhunderts als Vögte, also als weltliche Schutzherren

8 E. Boger: Die Stiftskirche zu Öhringen, in: Württembergisch Franken N. F. 2 (1885), S. 45. Die Größe des Stiftes schwankte erheblich. In einer Urkunde aus dem Jahr 1344 wird von nur fünf Chorherren und dem Dekan berichtet. Im Jahr 1453, ein Jahr vor dem Neubau des Chores der Stiftskirche, werden 24 Chorherren genannt. 1510 waren es wiederum nur acht, ebd. S. 42f.

9 H. Sodeik: Das Chorherrenstift in Öhringen, in: G. Taddey u. a. (Hrsgg.): Öhringen. Stadt und Stift, Öhringen 1988, S. 83.

10 Die Gründerin des Stiftes war Adelheid, die Mutter des späteren salischen Kaisers Konrad II. Der Stiftungsbrief ist erhalten und wird im Hohenlohe Zentralarchiv in Neuenstein aufbewahrt. Der Wortlaut des Stiftungsbriefes ist lateinisch und deutsch wiedergegeben in: Boger (wie Anm. 8), S. 5–8.

11 W. Braunsfels: Die Kunst im heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Bd. 6: Das Werk der Kaiser, Bischöfe, Äbte und ihre Künstler 750–1250, München 1989, S. 252.

ren des Stiftes nach Öhringen gekommen waren¹². Es ist anzunehmen, daß die Grafen von Hohenlohe in einem konkurrierenden Verhältnis zum Stift standen und daran interessiert waren, ihren Einfluß auszubauen. Gerade in dem für uns relevanten Zeitraum, Ende des 15. Jahrhunderts, lassen sich immer wieder Konflikte zwischen den beiden Parteien feststellen.

Im Jahr 1490 griff der Lehensherr Graf Kraft VI. von Hohenlohe aus Sorge um den Frieden in der Stadt das Stift massiv an. Er beschwerte sich beim Bischof von Würzburg, dem das Stift in geistlicher Hinsicht unterstellt war, über die Lebensweise der Öhringer Chorherren. Es würden Vikarien nicht versehen, weil die Besitzer der Pfründe sich nicht in Öhringen aufhielten. Dies würde zu Lasten des Gottesdienstes gehen. Außerdem forderte Kraft VI., daß sie (die Chorherren, Anm. d. Verf.) *nicht sollten Concubinarii seyn, auch keine verdächtige Frauenpersonen in ihren Häusern haben dann es dem gemeinen Volk zu einem bösen Ärgernis und verkehrten Exempel komme*¹³.

In der Urkunde heißt es weiter, daß auch der Lebenswandel des Gemeindepfarrers zu wünschen übrig lasse. Schon lange hätten die Pfarrer *am weltlichen Wesen, als Spielen, boesen Frauen, und andern verächtlichen Dingen wieder die Gebothe der Kirche gehalten, dadurch der gemeine Mann Aergernis empfangen und in Verachtung göttlicher Gebothe gekommen*¹⁴. Ursache dessen war, so der Vorwurf, daß das Stift die Pfarrstelle mit unqualifizierten Männern besetzt hätte. Dekan und Kapitel *bestelleten ihren vermeintlichen Pfarrer, einen der ein taglohner sey, einen mietherrn nach ihrem Willen, der die Pfarr regieren müsse, wie die auch versehen werde. Denselben gaben sie das minder Theil der Pfarrnutzung, das übrige wendeten sie zu ihrem Nutzen, also, daß kein verständiger oder gelehrter Mann bey ihnen bleiben, auch kein auskommen von ihnen erlangen möge*¹⁵.

Es wurde dem Stift also vorgeworfen, daß es sich, anstatt sich um gut ausgebildete Pfarrer zu kümmern, an den Einkünften, die mit dieser Stelle verbunden waren, bereicherte.

Es läßt sich bei den an das Stift gerichteten Vorwürfen nicht genau beurteilen, ob die Chorherren ihre Verpflichtungen vor 1490 gewissenhafter nachgekommen sind, ob also von einem »moralischen Verfall« des Stiftes gesprochen werden kann. Das nachlässige Verhalten der Geistlichkeit, wie es in Öhringen zu beobachten ist, war jedenfalls ein entscheidender Grund für die Kritik an der Kirche als Institution, die Ende des 15. Jahrhunderts allerorten immer lauter wurde¹⁶. Charakteristisch ist daran auch in Öhringen, daß die Kirche der-

12 In einem »Öhringer Weistum« genannten Vertrag erhielt Gottfried von Hohenlohe 1253 das Vogtamt als Reichslehen. Vgl. G. Taddey: Stiftungsbrief und Öhringer Weistum, in: G. Taddey u. a. (Hrsgg.): Öhringen. Stadt und Stift, Öhringen 1988, S. 60.

13 J. C. Wibel: Hohenlohische Kyrchen- und Reformations-Historie, Tl. 1, Onolzbach 1752, S. 265.

14 Wibel, Tl. 1, S. 263.

15 Ebd.

16 Ungeachtet dessen ist es sicherlich richtig vor einer Überbewertung der »Schreckenszustände« im Klerus, die in den Quellen dieser Jahre oft geschildert werden, zu warnen. Das Verhältnis dieser Normverletzungen zu dem normalen Zustand, der nicht geschildert wird, läßt sich schwer einschätzen.

lei Vorwürfe nicht ernst nahm und ihre inneren Strukturen nicht zu reorganisieren begann.

Öhringen hatte zu dieser Zeit nicht nur mit den Geistlichen in der Stadt selbst Schwierigkeiten, sondern auch mit zureisenden Wanderpredigern. Diese müssen eine derartige Unruhe verbreitet haben, daß 1497 Kraft VI. befahl, daß die Torwärter keine *frembde persone geistlichs ständs hinfüro zu Oringen einlassen wollen, dieselb persone gelobe dann, das sie brieflichen noch müntlichen nicht handeln wolle, unnserr Herrschafft oder dem Stifft zuschaden*¹⁷. Bei den in der Quelle genannten Geistlichen handelte es sich vermutlich um umherziehende Prediger, die mit demagogischen Predigten das Volk aufwiegelten¹⁸. Interessant ist, daß Kraft VI. sich an dieser Stelle mit dem Stift verbündete und ausdrücklich betonte, daß fremde Prediger eine Gefahr sowohl für das Stift, als auch für ihn als Stadtherren darstellten.

Wie berechtigt die Vorwürfe der herrschenden Mißstände in Kirche und Stift nun waren, ist, wie gesagt, schwer einzuschätzen. Festzuhalten bleibt aber, daß in Öhringen, wie an vielen anderen Orten in dieser Zeit, eine unruhige und gespannte religiöse Situation bestand.

Die erste Reformmaßnahme, die das Stift gemeinsam mit dem Grafen von Hohenlohe traf, war die Stiftung einer Predigerstelle im Jahr 1506. Der Prediger, der eine solche Prädikatur innehatte, mußte eine akademische theologische Ausbildung haben¹⁹. Er hielt üblicherweise von den Messen getrennte Predigtgottesdienste ab. Es handelte sich in erster Linie um Moral- und Bußpredigten, die an die Gläubigen appellierten ein gottgefälliges Leben zu führen. Die Predigten wurden von den Kanzel herab gehalten, während der Pfarrer für seinen Meßgottesdienst die Kanzel in der Regel nicht benutzte.

Häufig ging die Gründung einer Prädikatur mit dem Bau einer Kanzel einher. In Öhringen wurde die Kanzel jedoch rund 15 Jahre zuvor gebaut, wie sich aus der Baugeschichte der Stiftskirche im folgenden Kapitel ergeben wird.

Auftraggeber der Kanzel dürfte, das läßt sich jetzt schon sagen, auf keinen Fall das Stift gewesen sein. Interesse an einer Kanzel hatte in erster Linie die Gemeinde, aber auch die Grafen von Hohenlohe, die, wie wir gehört haben, um des Stadtfrieden willen an einer ausreichenden religiösen Betreuung der Gemeinde interessiert waren.

Vgl. dazu H. Boockmann: Kirchlichkeit und Frömmigkeit im spätmittelalterlichen Ulm, in: Meisterwerke Massenhaft. Die Bildhauerwerkstatt des Niklaus Weckmann und die Malerei in Ulm um 1500, Ausst.-Kat. Württ. Landesmuseum Stuttgart, Stuttgart 1993, S. 56.

17 J. C. Wibel: Hohenlohische Kirchen- und Reformations-Historie, Tl. 3, Onolzbach 1754, S. 215.

18 J. Rauscher: Die Prädikaturen in Württemberg vor der Reformation. Ein Beitrag zur Predigt- und Pfründengeschichte am Ausgang des Mittelalters, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Heft 2, 1908, S. 153ff.

19 Predigerstellen, die durch eine Stiftung finanziert wurden und die oft eine eigene Pfründe besaßen, kamen im 15. Jahrhundert auf und waren in den Jahren um 1500 eine häufig ergriffene Maßnahme. Vgl. Rauscher, S. 153ff.

2. Baugeschichte und Baubeschreibung der Stiftskirche

2.1 Der Neubau der Stiftskirche im 15. Jahrhundert

Zunächst plante man Mitte des 15. Jahrhunderts in Öhringen lediglich den Chor, also den den Chorherren vorbehaltenen Teil der alten romanischen Kirche aus dem 11. Jahrhundert zu erneuern. Grundsteinlegung war der 31. März 1454, wie an der Außenseite des Chores auf einer Inschrift festgehalten wurde. Die Erbauer des Chores waren, was Lage und Ausmaße betraf an das romanische dreischiffige Langhaus gebunden. Die neu errichtete Krypta des Chores konnte ab 1457 genutzt werden, denn in diesem Jahr wurden drei Altäre geweiht und der Bau war *in ebener guter Höhe über den Grund gebracht* worden²⁰. Im selben Jahr stürzte einer der beiden Türme der Westfassade ein und beschädigte das Langhaus so stark, daß man sich entschloß, auch diesen von der Pfarrgemeinde genutzten Bereich der Kirche zu erneuern.

Der Chorraum dürfte spätestens 1467 vollendet gewesen sein, denn in diesem Jahr wurde der obere Choraltar geweiht²¹. Erst im Anschluß daran wurde wohl das Langhaus errichtet.

Die Öhringer Stiftskirche steht also am selben Ort wie ihr romanischer Vorgängerbau. Beide westlichen Vierungspfeiler der heutigen Kirche stammen noch aus dem älteren Bau, ebenso Teile der südlichen Wand des südlichen Querhauses.

Der sukzessive entstandene Neubau des 15. Jahrhunderts wurde zu einem großen Teil mit Ablässen und Wallfahrten der Gläubigen finanziert²². Bereits im Jahr 1451 wurde denjenigen ein Ablass gewährt, die für den Bau der Kirche spendeten²³. Aus dem Jahr 1501 stammt der letzte Ablass, den man für einen Beitrag zum Bau der Stiftskirche erließ.

Es haben sich seit 1453 Baurechnungen erhalten, also seit einem Jahr vor der Grundsteinlegung des Baues²⁴. Die letzte erhaltene Rechnung ist aus dem Jahr 1499, also aus der Zeit, in der das Langhaus ungefähr fertiggestellt gewesen sein wird. Allerdings sind auf diesen Baurechnungen immer nur die Gesamtsummen über den Zeitraum von mindestens einem Jahr ausgewiesen. Die Beträge lassen sich daher lediglich im Hinblick auf die Intensität auswerten, mit der im Laufe der Jahre gebaut wurde, nicht aber bezüglich der in den jeweiligen Jahren ausgeführten Arbeiten.

20 Zit. nach: E. Knoblauch: Die Baugeschichte der Stadt Öhringen bis zum Ausgang des Mittelalters, Bd. 1, Stuttgart 1970, S. 301.

21 Knoblauch geht davon aus, daß der Rohbau schon 1459 fertiggestellt war und auch die Ausstattung, die Glasfenster, der Lettner u. a., bereits 1464 weitgehend vollendet war, in: Knoblauch: Baugeschichte Mittelalter, S. 302.

22 Die Beträge, die über den Opferstock in der Krypta gesammelt wurden, sind bekannt. Es kamen auf diesem Wege große Summen zusammen, die seit 1482 gesondert aufgelistet wurden, in: J. Albrecht: Die Stiftskirche zu Öhringen. Geschichte und Beschreibung, Öhringen 1837, S. 14f.

23 E. Knoblauch: Die Baugeschichte der Stiftskirche, in: G. Taddey u. a. (Hrsgg.): Öhringen. Stadt und Stift, Öhringen 1988, S. 91.

24 Die Beträge sind zum ersten Mal aufgelistet worden, in: Albrecht (wie Anm. 22), S. 15.

2.2 Das Äußere

Der Eindruck, den die Öhringer Stiftskirche von außen vermittelt, ist der eines schlichten, einheitlichen Baues. Die Kirche besitzt einen zentralen Turm im Westen, den sog. Blasturm, der im Anschluß an das Langhaus steht. Daneben bestimmt ein zweiter, schlanker und etwas niedriger Turm das Bild, der sog. Läuturm. Er steht auf der Südseite am Übergang von Langhaus und Chor.

Auffallend ist das weit heruntergezogene Dach der Hallenkirche, durch das die Langhausmauern sehr niedrig gehalten sind²⁵. Die Strebeböfeler sind nach innen gezogen, so daß die schmucklose Außenseite allein durch die Maßwerkfenster gegliedert wird. Lediglich ein Strebeböfeler auf der Höhe des erhaltenen romanischen westlichen Vierungsböfeler betont das ehemalige Querhaus von außen. Hier befindet sich das sog. Löwentürlein, das wie das Fenster dieses östlichen Joches im 16. Jahrhundert ein- bzw. umgebaut wurde. An der südwestlichen Ecke des Baues wurde ein weiterer Strebeböfeler nach außen gezogen, der durch seine diagonale Stellung die Ecke hervorhebt.

Der Chor hat die gleiche Firsthöhe wie das Langhaus. Da der Bau kein Querhaus hat, zieht sich das Dach ohne Unterbrechung über die gesamte Länge des Gebäudes. Die Strebeböfeler des Chores befinden sich an der Außenseite und sind durch Kaffgesimse gegliedert. Durch die Fenster der Krypta erhält der Chor eine zweigeschossige Gliederung.

Im Norden schließen sich direkt an das Langhaus die Stiftsgebäude mit einem dreiflügeligen Kreuzgang an.

Der Erhaltungszustand des Öhringer Ensembles ist gut. Es gibt kaum nachträgliche Baumaßnahmen, so daß der Eindruck von außen dem ursprünglichen Zustand vermutlich nahekommt. Die Architekten der Kirche arbeiteten mit ausgesprochen wenig dekorativen Elementen. Sie verwendeten kaum Zierformen, mit denen die Bedeutung des Gebäudes oder einzelner Bauteile wie des Chores hervorgehoben würden. Die einzige figürliche Ausstattung ist eine Ölbergszene an der Nordseite des Chores. Sowohl die Schmucklosigkeit, als auch der »Ölberg« als einziges bildhauerisches Element der Außenseite entsprechen der Bautradition in Schwaben im 15. Jahrhundert. Im Inneren der Stiftskirche ist zwar deutlich abzulesen, daß der Neubau nicht nach einem einheitlichen Entwurf gebaut wurde. Den Architekten des Langhauses gelang es jedoch, mit sparsamen Mitteln von außen ein geschlossenes Bild mit einer prägnanten Wirkung zu erzeugen.

2.3 Der Chorraum

In Öhringen hatte die Krypta des Altbaues große Bedeutung erlangt, und zwar als Grablege der Stiftsgründerin Adelheid und als Ort, an dem die Muttergottes Wunder vollbracht hatte. Obwohl für einen Bau aus der Mitte des 15. Jahrhunderts eine Krypta ein eher untypischer Bauteil ist, war eine Erneuerung, nicht zuletzt aus kommerziellen Gründen, naheliegend.

²⁵ Das Langhaus ist 34 m lang und insgesamt 23,3–24 m breit. Das Mittelschiff hat eine Breite von 9 m. Der Chor hat eine Länge von 19 m und ist 9,6 m breit.

Durch die Krypta befindet sich das Niveau des Chores 2,45 m über dem des Langhauses. Die Meßgottesdienste und Predigten für die Gemeinde im Langhaus und die Chordienste in dem dem Stift vorbehaltenen Chorraum waren durch dessen Erhöhung also räumlich deutlich voneinander getrennt. Wie der Bereich zwischen Chor und Langhaus aussah, läßt sich nur noch ungefähr anhand einer Urkunde aus dem Jahr 1581 ermitteln²⁶. Vermutlich führte eine Treppe in der Mitte dieses Bereiches zum Chor hinauf.

Der einschiffige Chorraum ist etwas breiter als das spätere Mittelschiff des Langhauses. Er ist mit einem in drei Joche unterteilten netzförmigen Gewölbe überdeckt. Das Gewölbe wird von kelchförmigen Laubwerkkapiteln getragen. Zwischen den Fenstern verlaufen Dienste zum Boden. Die Fenster waren teilweise farbig verglast. Alle fünf Stifter lassen sich noch bestimmen: Das Achsenfenster wurde von den Grafen von Hohenlohe gestiftet²⁷. Es war als einziges möglicherweise vollständig farbig verglast. Das Fenster nördlich davon wurde vom Markgrafen Karl I. von Baden finanziert und das Fenster südlich der Mitte von Ulrich V. von Württemberg²⁸. Die beiden seitlichen Fenster waren private Stiftungen von zwei Chorherren. Sie wiesen vermutlich den geringsten Anteil an farbiger Verglasung auf. Das christlich-ikonographische Programm des badischen Fensters läßt sich nicht mehr bestimmen. Das hohenlohische Fenster zeigte einen Marienzyklus, das württembergische Passionsszenen. Im Chor, als dem dem Stift vorbehaltenen Teil der Kirche, war das ikonographische Programm »von den Interessen und Beziehungen des Hauses Hohenlohe geprägt«²⁹. Bemerkenswert ist, daß das Stift selbst dagegen in den Hintergrund trat.

Auch die Darstellungen auf den vier Schlußsteinen im Gewölbe des Chores betonen die Rolle der Hohenlohe. Am hierarchisch höchsten Ort der Öhringer Stiftskirche im Osten des Chores findet man das hohenlohische Wappen. Das Wappen der Grafen gerade an dieser Stelle und auch der insgesamt politische Charakter der Chorfenster könnten darauf hindeuten, daß die Grafen bereits vor 1467 zur Zeit der Vollendung des Chores mächtigere Auftraggeber als das Stift waren. Sie hatten offenbar ein deutliches Interesse daran, als Stifter auffällig repräsentiert zu sein. Beim Um- und Neubau der Stiftskirche scheinen sie die treibende Kraft gewesen zu sein.

26 Der Stiftssyndikus erhielt den Befehl, er solle *die Mauer im Chor uff beeden Seiten gegen die Staffeln herab hinweg thue . . . und dargegen gantze Staffeln so breit der Chor ist legen lassen*, zit. nach: Albrecht (wie Anm. 22), S. 16. Ob diese Mauern jedoch aus der Entstehungszeit der Kirche stammten, oder erst zu der Zeit eingebaut wurden, als die Chorherren noch dem alten Glauben angehörten, die Pfarrgemeinde aber bereits reformiert war, ist schwer zu beurteilen.

27 Zur Anordnung der Fenster vgl.: R. Beckmann: Die mittelalterlichen Glasmalereien in Schwaben von 1350–1530. Ohne Ulm (Corpus Vitrearum Medii Aevi I,2), Berlin 1986, S. 142f.

28 Von dem hohenlohischen Fenster ist das Wappen erhalten, von dem des Markgrafen von Baden sind noch vier Stifterfiguren vorhanden. Es sind Karl I. von Baden und seine Brüder. Die württembergische Stiftung kann nicht mehr nachgewiesen werden. Beckmann nimmt eine solche an, weil vermutlich die Stiftung der Markgrafen auf ein Treffen in Öhringen im Jahr 1464 zurückgeht, an dem auch Ulrich V. der Vielgeliebte beteiligt war, in: Beckmann, S. 142.

29 Beckmann (wie Anm. 27), S. 144.

2.4 Das Langhaus

Über den Bauablauf des Langhauses ist wenig urkundliches Material erhalten. Die vorhandenen Daten sollen aber zusammengetragen werden, weil sie zur Datierung der Kanzel beitragen werden.

Erst ab 1490 gibt es gesicherte Nachrichten darüber, daß der Bau im Gang war³⁰. In diesem Jahr lieh sich das Stift nämlich einhundert Gulden für den Bau des Langhauses beim Rat der Stadt Heilbronn.

1491 werden die beiden Werkmeister Hans von Aurach und Bernhard Sporer für ihre Arbeit bezahlt³¹. Von den beiden Werkmeistern wird noch im folgenden Kapitel die Rede sein. Zwischen 1491 und 1494 werden neben den Geldern, die im Opferstock der Gemeinde zusammenkamen, weitere eintausend Gulden geborgt³². Anfang der neunziger Jahre dürfte vermutlich die intensivste Bauphase am Langhaus gewesen sein, denn 1494 bereits war der Bau im wesentlichen fertiggestellt. Im Mai diesen Jahres wurde nämlich vom Bischof von Nicopol, stellvertretend für den Bischof von Würzburg, die Kirche an sich und zehn Altäre im Langhaus geweiht³³. Dies bedeutet, daß das Langhaus von diesem Zeitpunkt an liturgisch genutzt wurde. Das Gewölbe war wohl noch nicht eingezogen, denn der Schlußstein, der das württembergische Wappen zeigt, nennt das Jahr 1497.

Immer wieder wird in der Literatur 1501 als das Datum genannt, an dem der Bau ganz vollendet gewesen sei³⁴. Dafür gibt es zwar keinen Beleg, aber es ist durchaus möglich, daß nach 1497 noch an der Ausstattung gearbeitet wurde. Im Jahr 1498 jedenfalls war der Werkmeister Bernhard Sporer noch am Bau tätig³⁵.

Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß über einen Zeitraum von mehr als vierzig Jahren hinweg an dem Langhaus gearbeitet worden ist. Für Krypta und Chor benötigte man 12 Jahre, so daß das Langhaus eigentlich in 15 bis 20 Jahren hätte fertiggestellt sein müssen. Knoblauch vermutet deshalb, daß erst 1486 mit dem Bau begonnen wurde, denn in diesem Jahr hat sich Kraft VI. dreihundert Gulden vom Rat der Stadt Heilbronn geliehen³⁶. Allerdings ist nicht genau bekannt ist, für welchen Zweck Kraft VI. das Geld verwendete, so daß auch mit dieser Quelle der Baubeginn des Langhauses nicht präzise bestimmt werden kann.

30 *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 377. Er führt zwei weitere Quellen an, für die aber kein Nachweis erbracht wird. 1487 soll ein gewisser Utz Prün Arbeiten quittiert haben, die er angefertigt hat. 1490 sei Meister Jakob von Landshut bestellt worden. Knoblauch bezieht sich auf K. Schumm, der dies ohne Quellenangabe in einem Führer der Stiftskirche behauptete. *K. Schumm*: Die Stiftskirche Öhringen, Öhringen o. J., S. 6.

31 Die Urkunde ist abgedruckt in: *Albrecht* (wie Anm. 22), S. 10f.

32 *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter, S. 377.

33 Am ausführlichsten in: *Albrecht*, S. 11f.

34 Z. B. in: *Albrecht*, S. 15. Aus diesem Jahr stammt der letzte Ablassbrief.

35 *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 378.

36 Zur Unterstützung der These verweist er darauf, daß Kraft VI. seit dem Jahr 1486 die Herrschaft über Öhringen allein ausübte, während er sie davor mit seinem Bruder Albrecht II. teilte, in: *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter, S. 376.

Das Öhringer Langhaus ist eine dreischiffige Staffelhalle mit Einsatzkapellen, die, wie gesagt, durch die nach innen gezogenen Strebepfeiler entstehen³⁷. Die Pfeiler haben einen achteckigen Grundriss und sind in Ost-West-Richtung orientiert. Das Gewölbe des Mittelschiffes setzt in 5,5 m Höhe über figürlichen Konsolen an. Das engmaschige Netzgewölbe wird nicht durch Gurtbögen unterbrochen. Im Querschnitt betrachtet ist das Gewölbe eine gestelzte Tonne und parabelförmig³⁸.

Das Schiff besteht aus sechs Jochen. Das östliche Mittelschiffjoch behält durch die beiden westlichen Pfeiler aus dem Vorgängerbau, die mächtiger sind als die übrigen Pfeiler des Langhauses und einen eckigen Grundriß haben, das Aussehen einer Vierung, was in der alten Kirche auch seine Funktion war. Es ist mit 10 m annähernd doppelt so lang wie die übrigen Joche. Die drei östlichen Joche, die das ehemalige Querhaus der romanischen Kirche bildeten, haben einen trapezförmigen Grundriß und die Gewölbe erhielten dadurch unsymmetrische, netzartig angeordnete Rippen. Die Trapezform kam dadurch zustande, daß dieses Joch noch an das alte Langhaus angebaut wurde, das etwas schmaler war als der Neubau des Chores. Als man sich dann doch noch zum Abriß des alten Langhauses entschloß, gab dieses Vierungsjoch die Breite des Mittelschiffes vor.

Der Entwurf des Langhauses als Hallenkirche löst sich letztendlich nicht vollständig von seinem Vorgängerbau, der einen kreuzförmigen Grundriß hatte. Anhand des architektonischen Befundes wird ablesbar, daß es sich bei der Stiftskirche um einen stückweise errichteten Umbau handelt, dem eine einheitliche Grundkonzeption fehlte.

Die figürliche Ausstattung des Langhauses beschränkt sich auf die Pfeilerkonsolen und Schlußsteine im Gewölbe des Mittelschiffes. Das Programm der Konsolen im Mittelschiff ist sowohl inhaltlich als auch in der Ausführung konventionell. Auf der Nordseite sind vier Büsten mit Spruchbändern zu sehen, auf denen Textstellen aus dem Alten Testament zu lesen sind. Das Thema ist die Eucharistie.

Die Südseite des Langhauses hat ein mariologisches Programm. Auf drei Konsolen sind, wie auf der Nordseite, alttestamentarische Personen dargestellt, die typologisch auf Maria verweisen. An der vierten, im Osten gelegenen Konsole der Südseite ist Maria mit dem Kind auf ihrem linken Arm zu sehen. Das Kind hat sein angewinkeltes linkes Bein spielerisch in die Höhe gehalten und trägt in Kinnhöhe mit der rechten Hand einen Reichsapfel. Maria ist als einzige neutestamentarische Darstellung der theologische Höhe- und Endpunkt der Konsolfiguren.

An diesem Pfeiler, direkt unterhalb der Mariendarstellung, stand die Öhringer Kanzel mit ihrem figürlichen Fuß. Auf der Rückseite des Pfeilers ist im südlichen Seitenschiff die Büste eines Mannes angebracht. Die Gesichtszüge des Mannes sind weniger typisiert als die der anderen Konsolfiguren im südlichen Seitenschiff. Der kleine Ausschnitt, der von der Kleidung zu sehen ist, scheint zeitgenössisch,

37 Das Mittelschiff ist mit 13,25 m um mehr als drei Meter höher als die Seitenschiffe. Die Einsatzkapellen sind wiederum mit 9 m etwas niedriger als diese.

38 Die Schubkräfte des Mittelschiffgewölbes, die bei einer Hallenkirche nicht von Strebepfeilern abgefangen werden können, drücken bei einem steilen Gewölbe weniger nach außen und können besser über die Säulen in den Boden abgeleitet werden.

vielleicht sogar höfisch zu sein. Ob mit der Figur eine konkrete historische Person gemeint ist, ist schwer zu beurteilen.

Der Pfeiler der Kanzel ist durch die Marienkonsole besonders ausgezeichnet. Die Kanzel wurde also bereits während der Errichtung des Langhauses an diesem Pfeiler geplant. Weshalb die Kanzel an dieser Stelle stehen sollte, ist kaum zu beantworten. Kanzeln besaßen keinen festen Ort im Mittelschiff einer Kirche. Sie sind sowohl auf der Nord- als auch auf der Südseite des Mittelschiffes anzutreffen. Denkbar wäre, daß der Standort von Kanzeln mit den Eingängen in eine Kirche zusammenhing. In Öhringen betraten die Stiftsangehörigen die Kirche von Norden. Der Kanzelträger, so wird gezeigt werden, schaute ihnen, von dort aus betrachtet, entgegen. Auf der Nordseite des Mittelschiffes wäre ein Prediger auf der Kanzel für die die Kirche betretenden Stiftsangehörigen nicht zu sehen gewesen. Dies mag ein Grund für die Entscheidung sein, die Kanzel an der südlichen Arkadenreihe anzubringen.

Die Schlußsteine im Mittelschiff zeigen vor allem die Wappen der Bauherren. Auf der Höhe der ehemaligen Kanzel befindet sich das hohenlohische Wappen, wie es nach 1495 von Kraft VI. geführt wurde. Es folgte ursprünglich das Wappen des Bistums Würzburg, dem das Stift in geistlicher Hinsicht unterstand³⁹. Weiter im Westen kam ein groß gestaltetes württembergisches Wappen mit der Jahreszahl 1497. Kraft VI. war mit Helene von Württemberg verheiratet, was die Präsenz dieses Wappens erklärt. Wieder, wie bereits im Chor, wird die Kirche als öffentliches Gebäude von den Hohenlohe zur Repräsentation genutzt.

Als nächster Schlußstein folgt ein von zwei Engeln getragener Schild, auf dem das Wappen des Öhringer Stiftes, zwei gekreuzte Schlüssel, zu sehen ist. Der letzte Schlußstein im Westen des Langhauses, der heute durch den Einbau der Orgel vom Boden der Kirche aus nicht mehr zu sehen ist, zeigt ein Wappen mit einem Steinmetzzeichen⁴⁰. Dieses – es ist das einzige im gesamten Mittelschiff – ist das Zeichen des in den Dokumenten 1491 und 1498 unter dem Namen Meister Bernhard in Öhringen erwähnten Bernhard Sporer⁴¹.

Die bauplastische Ausstattung im Mittelschiff bestand, soweit rekonstruierbar, aus den Konsolfiguren, aus den Schlußsteinen und aus der Kanzel mit ihrem figürlichen Fuß an der südlichen Arkadenreihe. Zur »mobilen« Ausstattung des Mittelschiffes muß außerdem ein Altar für die Messen der Gemeinde gehört

39 Dies ist bei *Hanselmann* zu finden, der seine »Beschreibung der Stiftskirche in Öhringen« im Jahr 1732, und damit also vor der barocken Ausgestaltung der Kirche schrieb. Zit. nach *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter, S. 388.

40 Nach *Friedrich* wurden Steinmetzzeichen in einem Schild seit dem Ende des 14. Jahrhunderts geführt. Das Meisterzeichen war nicht mehr nur eine Kennzeichnung der bearbeiteten Steine, wie dies seit dem Ende des 12. Jahrhunderts üblich gewesen war, sondern diente nun als eine Art Signatur, in: *K. Friedrich*: Die Steinbearbeitung in ihrer Entwicklung vom 11. bis zum 18. Jahrhundert, Augsburg 1932, S. 18.

41 Das Steinmetzzeichen taucht in der Stadtpfarrkirche in Wimpfen am Berg in gleicher Form wieder auf. Auf einer Quittung von 1518 befindet sich das Siegel Sporer's, das mit dem Steinmetzzeichen im Langhaus übereinstimmt, in: *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 444.

haben. Die Seitenschiffe dienten der Prozession und boten Zutritt zu den beschriebenen Einsatzkapellen, die wiederum alle einen eigenen Altar besaßen.

Die figürlich gestalteten Bereiche, die Pfeilerkonsolen und die Schlußsteine, spielen im architektonischen Gefüge allerdings keine entscheidende Rolle. Man kann sogar behaupten, daß ihrer Ausführung nicht allzugroßes Gewicht beigemessen wurde. Die Plastizität und die Physiognomie der Büsten ist durchweg nicht sehr überzeugend, so daß man annehmen kann, daß die Figuren nicht von spezialisierten Bildhauern ausgeführt wurden. Vermutlich wurden sie von den Mitgliedern der Bauhütte geschaffen. Auch an anderen Bauten dieser Zeit ist zu beobachten, daß es nur noch wenig Bauplastik gibt und diese in ihrer Qualität im Vergleich zur Architektur abfällt⁴². Die ausgesprochen auffallende Darstellung eines Werkmeisters, der annähernd lebensgroß die Kanzel der Öhringer Stiftskirche trug, ist daher als eine sehr ungewöhnliche Inszenierung einer Skulptur im architektonischen Kontext zu werten.

2.5 Der Werkmeister Bernhard Sporer

Von den Mitgliedern der Bauhütte, die das Langhaus der Öhringer Stiftskirche errichteten, sind heute zwei Werkmeister namentlich bekannt. 1491 wird in einer von Kraft VI. ausgestellten Urkunde festgelegt, daß ein Betrag von einhundert Gulden an eben diese beiden Werkmeister gezahlt werden soll. In dieser Urkunde heißt es, daß *dieselben hundert guldin Nyemands anders sollen zugewandt oder gegeben werden, dann Meister Hansen von Aurach und Meister Bernnharten seynen mitgesellen beyde steynmetzer die den gemelten baue zu machen bestanden han*⁴³.

Über Bernhard Sporer, der sein Steinmetzwappen im Gewölbe des Mittelschiffs anbrachte, gibt es eine Reihe von gesicherten Informationen: Bernhard Sporer stammte aus Leonberg⁴⁴. Er gehörte zur Stuttgarter Bauhütte und hatte, so wird angenommen, mit dem Meister der Hütte, Aberlin Jörg zusammengearbeitet⁴⁵. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß Kraft VI. von Hohenlohe mit Helene von Württemberg verheiratet war. Sie war die Tochter von Ulrich V. dem Vielgeliebten, der in Stuttgart residierte. Dadurch erscheint es naheliegend, daß ein Mitglied der Stuttgarter Bauhütte Werkmeister in Öhringen wurde.

Im Anschluß an den Bau des Langhauses in Öhringen war Sporer von 1498 bis ungefähr 1503 in Heilbronn ansässig, denn von dort aus forderte er das ihm

42 *Helmberger* beobachtete dies an der St. Georgskirche in Dinkelsbühl, die zur selben Zeit wie die Öhringer Stiftskirche errichtet wurde. *W. Helmberger: Architektur und Baugeschichte der St. Georgskirche zu Dinkelsbühl (1448–1499)* (Bamberger Studien zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege 2), Bamberg 1984, S. 85

43 Die Urkunde ist vollständig abgedruckt in: *Albrecht* (wie Anm. 22), S. 10f. Hans von Aurach ist urkundlich nicht eindeutig ein zweites Mal faßbar, so daß über sein Werk nur Hypothesen aufgestellt werden können, wie Knoblauch dies tat, in: *Knoblauch: Baugeschichte Mittelalter* (wie Anm. 20), S. 465.

44 *H. Vollmer* (Hrsg.): *Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart*, begr. v. U. Thieme u. F. Becker, Bd. 31, Leipzig 1937, S. 400.

45 Sporer soll bis 1488, bevor er nach Öhringen kam, am Bau der Kirche in Korntal-Münchingen, unter der Leitung von Aberlin Jörg, beteiligt gewesen sein, in: *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 110.

zustehende Geld für den Öhringer Bau ein⁴⁶. Bis zum Jahr 1503 zahlte er in Heilbronn nur unregelmäßig seine Steuern, die ihm dort jedoch teilweise für die Anfertigung von Bildwerken erlassen wurde⁴⁷. Von diesen Bildwerken ist keines erhalten geblieben. Durch diesen Sachverhalt wissen wir jedoch, daß Sporer auch als Bildhauer tätig war.

Das nächste bekannte Bauprojekt, das Sporer nach der Vollendung der Öhringer Stiftskirche ausführte, war die Stadtpfarrkirche in Wimpfen am Berg. Die Gesamtkonzeption stammte auch in diesem Fall nicht von ihm, sondern er führte wie in Öhringen lediglich einen bereits begonnenen Bau zu Ende. Aus den Jahren 1510 und 1512 sind zwei Verträge erhalten und aus den Jahren 1513, 1518 und 1520 gibt es Quittungen über Lohnzahlungen der Stadt Wimpfen an Sporer⁴⁸. Aus diesen Quellen ist bekannt, daß Sporer neben den Langhauspfeilern und dem Gewölbe der Hallenkirche in Wimpfen auch die Kanzel schuf, die dort erhalten ist (Abb. 2). Ein Charakteristikum der Wimpfener Kirche ist, daß sie im Innenraum keine Bauplastik besitzt. Auch die Kanzel Sporers besitzt lediglich bemalte Brüstungsfelder.

Ab 1514 ist Sporer an seinem ersten bekannten eigenständigen Bau, der Stadtkirche in Schwaigern tätig⁴⁹. In Schwaigern ist die Kanzel ebenfalls erhalten geblieben und weist wie in Wimpfen keinerlei plastischen figürlichen Schmuck auf. Auffallend am Innenraum in Schwaigern sind jedoch die großen figürlichen Konsolen. Die Baldachine der annähernd vollplastisch gearbeiteten Figuren dienen als Kämpfer des Gewölbes. Die Brustbilder stehen auf einem dreiseitigen, der Wand vorgelagerten Sockel, der nach unten konisch spitz zuläuft. Damit die Figuren nicht zu stark aus der Wandfläche heraustreten, wurden sie in halbrunde Nischen zurückgesetzt. Die Figuren gehen in ihrem bildhauerischen und formalen Anspruch weit über das in einer Stadtpfarrkirche wie Schwaigern zu erwartende Maß einer bauplastischen Gestaltung des Konsolbereiches hinaus (Abb. 3). Der ungewöhnliche Umgang Sporers mit Bauplastik läßt sich auch an seinem letzten bekannten Gebäude, der Annakapelle in Öhringen, beobachten.

Im Jahr 1525 kehrte Sporer wieder nach Öhringen zurück und erbaute dort außerhalb der Stadtmauern die Annakapelle für den neuen Friedhof⁵⁰. Auch im Innenraum dieser Kapelle sind die figürlichen »Konsolen« der auffallendste Teil der Ausstattung. Unterhalb der eigentlichen Gewölbekonsolen, die als eine Art Bekrönung der Figuren dienen, befinden sich die Büsten, die keinen Sockel haben. Sie stehen auch nicht in einer Nische und sind eigenartig flach als Relief gearbeitet.

46 Die Quellen dazu sind im Heilbronner Urkundenbuch II abgedruckt. Vgl. *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 378.

47 *Ebd.*, S. 474.

48 *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 443.

49 An einer Inschrift in Schwaigern taucht er als Werkmeister auf: »Bernhardus Sporer Opifex«, in: *Boger* (wie Anm. 8), S. 60. Knoblauch schreibt Sporer allein aufgrund stilkritischer Vergleiche die Kirchen in Gemmingheim und Ilsfeld zu, die er im Anschluß an Schwaigern errichtet haben soll. *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 477.

50 Daß die Annakapelle von Sporer errichtet worden ist, wurde erst vor einigen Jahren von Gerhard Taddey entdeckt, der den Bauvertrag im Staatsarchiv Ludwigsburg fand.



Abb. 2 Wimpfen a. B., Pfarrkirche, Kanzel, Bernhard Sporer



Abb. 3 Schwaigern,
Pfarrkirche, Nord-
wand, Konsolfigur,
Apostel Matthias

Das Ergebnis für den Betrachter ist, daß die Figuren ohne Halt auf der Wandfläche zu »schwimmen« scheinen.

1526 berichtete die Stadt Öhringen nach Heilbronn, daß Sporer in Öhringen gestorben ist⁵¹. Über einen Zeitraum von 35 Jahren gibt es also Zeugnisse von Sporer's Schaffen. Als er in Öhringen das Langhaus der Stiftskirche miterrichtete, muß er noch ein junger Mann gewesen sein.

Aufgrund der Tatsache, daß Sporer 1491 in der zitierten Öhringer Urkunde als Mitgeselle Hans von Aurachs in Öhringen bezeichnet wurde, geht man davon aus, daß Hans der ältere Meister der beiden am Bau war und daß von ihm vermutlich der Entwurf des Langhauses der Stiftskirche stammt. Aus der erwähnten Urkunde von 1498 geht hervor, daß Aurach Öhringen verlassen und Sporer den Bau zu Ende geführt hatte⁵².

Leider ist nicht zu ermitteln, seit wann Sporer die Bauleitung für das Öhringer Langhaus allein innehatte. Er baute das Gewölbe des Mittelschiffes, was aus dem Schlußstein mit seinem Steinmetzzeichen hervorgeht. Eigentlich zeichneten die Werkmeister sich mit einem Meisterschild im Gewölbe als Urheber des ganzen Gebäudes aus⁵³. Im Falle des Öhringer Langhauses wissen wir aber, daß Sporer nicht der einzige Werkmeister war. Es läßt sich heute nicht mehr bestimmen, welche Architekturteile unter seiner Leitung entstanden sind.

Die Arbeiten Sporer's wurden kurz besprochen, weil es durchaus möglich ist, daß Sporer die Öhringer Kanzel und damit auch den figürlichen Fuß schuf. Im folgenden Kapitel werden nun Informationen über die ursprüngliche Gestalt der Kanzel zusammengetragen.

Zweiter Teil: Die Kanzel und der Kanzelfuß

1. Die Rekonstruktion der Kanzel

1.1 Spuren am Pfeiler im Langhaus der Stiftskirche

Die Kanzel der Öhringer Stiftskirche stand bis zum Ende des 18. Jahrhunderts am vierten Pfeiler der südlichen Arkadenreihe im Mittelschiff (Abb. 4).

Betrachtet man den Pfeiler von Osten, so fällt auf, daß die drei Seiten des Pfeilers bis zu einem in ungefähr 3,50 m bis 4 m Höhe verlaufenden Spruchband abgerundete Kanten haben. Erst über dem plastisch gearbeiteten Spruchband, auf dem sich keine Schrift mehr erkennen läßt, wird der Pfeiler – wie die anderen Stützen des Langhauses – oktogonal.

Der Pfeiler hat auf der Südseite, also im Seitenschiff, keinen Sockel. Auf der Nordseite ist der Sockel dafür höher als bei den anderen Pfeilern des Langhauses.

51 *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 478.

52 *Ebd.*, S. 378.

53 *Friedrich* (wie Anm. 40), S. 18.

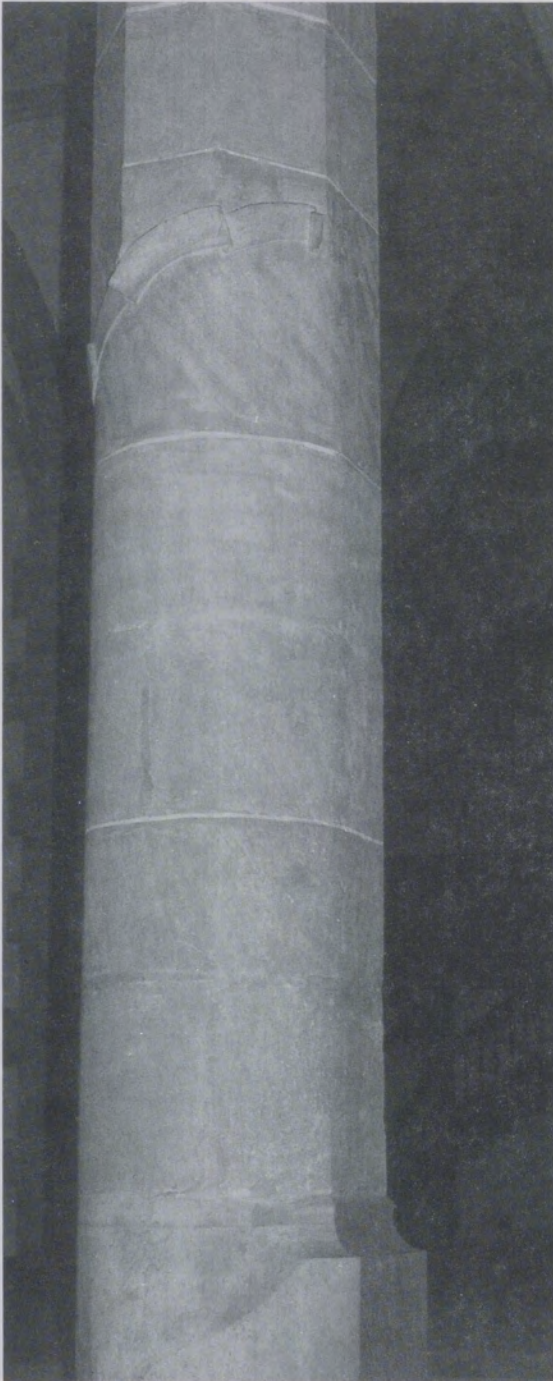


Abb. 4 Öhringen, Stiftskirche,
Pfeiler der alten Kanzel, von
Nordosten

Die Oberkante des Sockels steigt von Süden nach Osten zur Nordseite hin in einer unregelmäßig verlaufenden Linie an⁵⁴. Diese Sockelkante gibt damit den ungefähren Verlauf der ehemaligen Treppe wieder. Es handelte sich um eine Wendeltreppe, die ihren Antritt auf der südlichen Seite des Pfeilers im Seitenschiff hatte. Der Kanzelkorb befand sich genau gegenüber, also auf der Nordseite. Die Treppe beschrieb demnach einen knappen Halbkreis um den Pfeiler.

Durch die aufsteigende Kante am Pfeilersockel läßt sich schätzen, in welcher Höhe der Kanzelkorb einsetzte. Geht man davon aus, daß es sich bei der Abschrägung des Sockels um die Unterkante der Treppe handelte, muß man die Höhe einer Stufe addieren. Aufgrund der Stufenhöhe der Kanzeltreppe in Wimpfen, die, wie beschrieben, von Bernhard Sporer geschaffen wurde, soll hier für Öhringen von einer vergleichbaren Höhe von 18 cm pro Stufe ausgegangen werden. Die schräg ansteigende Linie, welche die Treppe markiert, endet auf der Nordseite in einer Höhe von 142 cm. Dies ist zugleich die Höhe des beschriebenen Sockels auf der Nordseite. Daraus ergibt sich, daß sich der Boden im Kanzelkorb in einer Höhe von ungefähr 160 cm befand⁵⁵.

Für den Bereich zwischen dem Kanzelfuß (117 cm hoch) und der Standfläche des Predigers (ca. 160 cm hoch) bleiben bei der geschätzten Höhe des Kanzelbodens ungefähr 40 cm für eine Konsolzone. Die Konsole hätte unmittelbar über dem Pfeilerstück auf der Schulter der Figur, und damit auch dicht über dem Kopf des Kanzelträgers begonnen. Aus Überlegungen zur Proportion der Kanzel ist allerdings wahrscheinlicher, daß nach dem Ende der Treppenlinie, die am Pfeiler heute noch zu sehen ist, noch eine weitere Stufe kam und die Standfläche des Öhringer Kanzelkorbes eher bei 180 cm als bei 160 cm gelegen hat.

Die Sockelhöhe ist auf der West- und der Südwestseite des Pfeilers mit 87 cm deutlich niedriger als auf der Nordseite mit 142 cm. Vergleichbares läßt sich auch bei der Kanzel von Bernhard Sporer in der Stadtpfarrkirche von Wimpfen beobachten. Auch dort ist der Sockel zwischen dem Antritt der Treppe und der Seite, an der sich der Kanzelkorb befindet, niedriger. Die Absicht, die sich hinter dieser Abstufung verbirgt, ist vermutlich folgende: der Sockel sollte nicht in optische Konkurrenz zur Kanzel treten und wurde deshalb niedriger gestaltet.

An dem Pfeiler, an dem die Öhringer Kanzel stand, lassen sich noch weitere Spuren ablesen: Das eingangs erwähnte Spruchband, das sich um den Pfeiler zieht, nimmt die ansteigende Linie der Treppe auf. Es steht reliefartig hervor und muß also bei der Errichtung des Pfeilers mitgearbeitet worden sein. Auch die Abtrepung des Sockels auf der West- und Südwestseite war sehr wahrscheinlich von Anfang an geplant.

54 Der Übergang von der Oberkante des Sockels zum Pfeilerschaft wurde nicht durch eine Kehle gebildet, sondern durch ungleichmäßiges Abschrägen. Die Oberfläche des Sockels ist auf der Ostseite nur grob gearbeitet.

55 *Knoblauch* berechnet die Höhe, indem er von der Größe des Kanzelträgers ausgeht. Zu den 117 cm der Skulptur addiert er 40 cm für den Kanzelboden und kommt damit auf 157 cm als Bodenniveau des Kanzelkorbes. Er geht, anders als in der vorliegenden Untersuchung, von einer Stufenhöhe von 16 cm aus und errechnet daraus zehn Stufen, in: *Knoblauch*: Baugeschichte Mittelalter (wie Anm. 20), S. 384.



Abb. 5 Johann Baptist Lauggas, Entwurfskizze zum Umbau der Öhringer Kanzel
(Vorlage: Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein)

Die schräg ansteigende Linie des Sockels von Süden nach Norden ist so unregelmäßig gearbeitet, daß sie erst nachträglich hinzugekommen zu sein scheint. Denkbar wäre, daß diese Seite zunächst nur grob bearbeitet wurde und dann erst beim Einbau der Treppe deren Verlauf angepaßt wurde.

Die Öhringer Kanzel war, dies ergibt sich aus dem Befund, während der Errichtung des Pfeilers zumindest bereits konkret geplant. Wahrscheinlich aber wurde sie gleichzeitig mit dem Pfeiler errichtet⁵⁶. Wenn die Kanzel im direkten Zusammenhang mit dem Kirchenbau entstanden ist, dann kann man annehmen, daß sie von den Steinmetzen der Bauhütte errichtet worden ist⁵⁷.

Es gibt im 15. Jahrhundert jedoch auch Beispiele dafür, daß die bildhauerischen und architektonischen Elemente einer Zierarchitektur nicht von der selben Hand ausgeführt wurden. Vom Straßburger Münster ist bekannt, daß Hans Hammer die meisten Statuetten an der dortigen Kanzel nicht selber ausgeführt hat⁵⁸. Es bleibt daher auch für Öhringen die Möglichkeit bestehen, daß zwar die Kanzel der Stiftskirche von den Mitgliedern der Bauhütte geschaffen wurde, die Trägerfigur jedoch bei einem Spezialisten in Auftrag gegeben worden ist. Bei der genaueren Betrachtung der Figur wird dieser Punkt wieder aufgegriffen werden.

1.2 Quellen zur Barockisierung der Kanzel im 18. Jahrhundert

Aufschlußreiche Quellen zur Öhringer Kanzel gibt es aus der Mitte des 18. Jahrhunderts⁵⁹. In den 1740er Jahren wurde begonnen, den Innenraum der Stiftskirche zu barockisieren⁶⁰. 1747 erhielt der hohenlohische Hofbildhauer Johann Baptist Lauggas, der aus Meran stammte, den Auftrag, auch die Kanzel aus dem 15. Jahrhundert zu barockisieren. Über diese Maßnahmen sind wir durch schriftliche Quellen und eine aquarellierte Zeichnung von Lauggas unterrichtet (Abb. 5).

56 Aus Wimpfen ist bekannt, daß die dortige Kanzel zwar im Zuge des gesamten Bauverlaufs geplant und errichtet wurde, daß aber die Brüstung des Kanzelkorbes und der Treppe erst zwei Jahre später eingebaut wurden, in: *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 94. Aus dem bereits erwähnten Verding von 1510, das Halbauer als erster publiziert, wissen wir, daß die Auftraggeber sich noch nicht entscheiden wollten, wie prächtig die Kanzel ausfallen sollte, so daß Sporer die Vollendung der Kanzel wohl verschob. Interessanterweise wurde die Gestaltung der Kanzel von der Aufwendigkeit der Arkadenbogen abhängig gemacht, die im ersten Baustadium der Kanzel also noch nicht in situ waren.

57 *K. Halbauer*: Meister Hanselmann und die Kanzel, in: *R. Janssen, H. Müller-Baur* (Hrsgg.), Die Stiftskirche in Herrenberg 1293–1993 (Herrenberger Historische Schriften, Bd. 5), Herrenberg 1993, S. 449.

58 Die Skulpturen, von denen man annimmt, daß sie vom Erbauer der Kanzel stammen, zeigen, daß »die Bildhauerkunst nicht unbedingt zu den Fähigkeiten Hans Hammers zählte«, in: *H. Krohm*: Eine Muttergottes aus dem Stilkreis der Straßburger Münsterkanzel, in: *Jahrbuch der Berliner Museen* 31 (1989), S. 91.

59 Im Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein unter der Signatur B 483 (Stift Öhringen), Bü 26. Knoblauch hat die Quellen im zweiten Teil seiner Stadtgeschichte von Öhringen verarbeitet, die 1991 als Privatdruck erschien. *E. Knoblauch*: Die Baugeschichte der Stadt Öhringen vom Ausgang des Mittelalters bis zum 19. Jahrhundert, 3 Bde., o. O. 1991.

60 Die ganze Kirche wurde »in Ölfarbe gesetzt«. »Der obere Altar, die steinernen Monumente im Chor, alles 3mal in Ölfarbe dauerhaft weiß angestrichen, die inscriptiones vergoldet, die eisernen Crember mit schwarzer Ölfarbe angestrichen, das Laubwerk vergoldet, die Kirchenstühle mit Wasserfarbe weiss gemalt, die Säulen marmoriert, die Fratzengesichter vergoldet, Altar und Taufstein mit Ölfarben gemalt«, in: *Boger* (wie Anm. 8), S. 67.

Zwischen 1783 und 1786 gab es eine erneute Änderung⁶¹. Nun wurde nämlich die ganze Kanzel abgetragen. Die Trägerfigur wurde in die Krypta der Stiftskirche geschafft und blieb als einziger Bestandteil der Kanzel erhalten. Als Ersatz für die abgetragene Kanzel wurde in der Vierung ein moderner Kanzelaltar geschaffen. Achtzig Jahre später, im Jahr 1859, entstand dann schließlich die heute noch existierende neugotische Kanzel. Sie steht einen Pfeiler weiter östlich als die alte Kanzel.

Anhand der erhaltenen Quellen und der Entwurfskizze für den Umbau des Kanzelkorbes lassen sich weitere Schlüsse auf das ursprüngliche Aussehen und die Beschaffenheit der Kanzel ziehen.

Um die Kanzel aus dem 15. Jahrhundert zeitgemäß zu barockisieren, wurde sie verkleidet. Der Kanzelkorb wurde mit Skulpturen der vier Kirchenväter, mit Reliefs mit Darstellungen aus dem Leben Christi, mit Putten und reichen Ornamenten ausgestattet (Abb. 5). Es wurde vereinbart, daß der Bildhauer Lauggas *nach dem vorgelegten Riß die alte steinerne Kanzel in der Stiftskirchen ringsherum und da alles sehr nahe ins Gesicht fällt, an recht sauberer architectur und kunstmäßiger Arbeit, was sowohlen die 4 Evangelisten, nebst dem noch darzu kommenden Engel, als auch die bas relief zu schneiden seiende Figuren in die 4 Füllungen und dem Canzelthürlein sambt übrigem Laubwerck, Stäben und Gesimsen betrifft, gefertigen, schönes gesundes und dürres Lindenholtz, Leim, Nägel samt all andern hierzu nöthig seienden Materialien auf seine Costen sich anschaffen sollte*⁶².

Die Trägerfigur und die Treppe blieben bei der Barockisierungsmaßnahme im Zustand des 15. Jahrhunderts bestehen. Der Kanzelträger wurde lediglich überfaßt. *An dem äußern Umlauf an der Staffel auf die Cantzel, wovon viel Stücke abgeschlagen*, also an der Treppenbrüstung, wurden Ausbesserungen gemacht.

Es stellt sich die Frage, weshalb man die alte Kanzel im ersten Schritt erhielt und verkleidete, anstatt sie abzutragen und eine neue zu errichten. Sicherlich ist eine Antwort, daß diese Lösung kostengünstiger war. Als weitere Ursache könnte man vermuten, daß der Kanzelkorb vermutlich wenig oder keinen plastischen Schmuck besaß und deshalb eine geeignete Grundlage für eine Verkleidung bot. Jedenfalls geht aus den Quellen an keiner Stelle hervor, daß die alte Kanzel beschädigt oder ihres Schmuckes beraubt werden mußte, um die Verkleidung von Lauggas anzubringen.

Der ursprüngliche Kanzelkorb war sechseckig. Lauggas erwähnt dies in einem Brief explizit. Die Skizze, die er von dem geplanten Umbau anfertigte, zeigt nur vier Ecken, worüber sich die Auftraggeber offensichtlich wunderten, denn Lauggas erklärte 1748, daß er aus Gründen der zeichnerischen Umsetzung nur habe vier Ecken darstellen können, daß die Kanzel aber sechs besäße⁶³. Eine Seite befand

61 *Knoblauch*: Baugeschichte bis ins 19. Jahrhundert (wie Anm. 59), Bd. 2, S. 758.

62 Urkunde in: Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein B 483, Bü 26. Vom 9. Juli 1748.

63 Lauggas bemühte sich *in huldigstem respect zu erinnern, dass in den Riss nicht mehr als 4 Eck haben kennen angedeutet werden, da aber derselben 6 sind, so erfordert die Natur und Arth des wercks, das an denen 2 hintern, an den Pfeiller schliessenden Ecken, 2 ausgewachsen Engel, welche mit denen Evangelisten gleiche Größe haben, gemacht werden, weillen aner der Auftritt des Herrn Geistl. bei dem Eck an dem Thürl.*

sich am Pfeiler, weshalb nur fünf Füllungsfelder auf der Skizze wiedergegeben sind⁶⁴. Auch die fünfte Seite der Brüstung, das *Thürlein* zur Kanzel, war von unten nicht zu sehen.

Auf der Zeichnung von Lauggas ist an einigen Stellen die alte steinerne Kanzel zu sehen⁶⁵(Abb. 5). Der obere Abschluß der Brüstung besitzt ein Profil, das mit seiner einfachen Folge von Kehlung und Wulst sicherlich aus dem 15. Jahrhundert stammt. Der Hundszahnfries, der den oberen Abschluß des Gesimses bildet, gehört dagegen eher zum Umbau des 18. Jahrhunderts. Auch das Gesims, das den Kanzelkorb unten abschließt, und die Konsole stammen wohl aus dem 15. Jahrhundert. Die Konsole hat glatte, sich nach unten konvex verjüngende Seiten. Unter den Putten wird ein Stück des vereinfacht dargestellten sechseckigen Pfeilerstückes sichtbar, dessen Fortsetzung der Kanzelträger auf der Schulter trägt.

Den schriftlichen Quellen zum Umbau sind noch einige andere Informationen zu entnehmen: Im Zusammenhang mit der Fassung, die der Maler Fliemann ausführte, wird geschildert, wie das Pfeilerstück auf der Schulter des Kanzelträgers lapislazulifarben gefaßt und marmoriert wurde. In dieser Weise sei auch *das Gesims der Wendeltreppe zu tractieren, auch die daran herum laufende 3 starke runde Stäbe, nicht weniger als das eiserne Crembs*⁶⁶.

1747 wird vom Abbruch des alten *vermoderten und wurmstichigen Kanzeldeckels* berichtet⁶⁷. Ob dieser alte Schalldeckel aus Holz aus der Entstehungszeit der Kanzel stammt, oder erst im Laufe des 16. oder 17. Jahrhunderts hinzukam, ist heute nicht mehr zu ermitteln. Schalldeckel aus dem 15. Jahrhundert sind nur noch sehr selten erhalten, so daß wir nicht genau wissen, ob sie generell ein fester Bestandteil einer Kanzel waren. Für einen Schalldeckel an der Öhringer Kanzel spricht, daß das reliefartig aus dem Pfeiler herausgearbeitete Spruchband am Pfeiler dadurch einen Abschluß gefunden hätte⁶⁸.

In dem bereits zitierten Brief aus dem Jahr 1748 macht Lauggas Angaben über die Größe der von ihm ausgeführten Arbeiten. Er erläutert, daß *das ganze werck, im Vorsprung von dem Pfeiler mit der Ausladung 3: shue im Durchschnitt 5: shue und die*

dasselbe ohnmögl. macht, so wird derselbe unterlassen, in: Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein B 483, Bü 26.

64 Lauggas spricht in seinen Briefen von einem Reiß, den er angefertigt habe. Es handelt es sich bei der erhaltenen, aquarellierten Zeichnung aber um eine nicht maßstäbliche Skizze.

65 Die Zeichnung von Lauggas ist auf Untersicht gearbeitet. Die Kanzelform, die Lauggas skizziert, ist deshalb kelchförmig. Realiter waren die einzelnen Seiten der Brüstung wohl nicht trapezförmig, sondern hatten oben und unten die gleiche Breite. Der Korb ist vermutlich zu klein wiedergegeben, das Pfeilerstück dafür zu lang, denn hinter dem durch die beiden Putti und Wolken verdeckten Bereich muß man den Pfeiler vermuten, der aber sicher nicht so hoch war.

66 Mit *Crembs* ist hier wohl der Handlauf gemeint.

67 Zit. nach *Knoblauch*: Baugeschichte bis ins 19. Jahrhundert (wie Anm. 59), Bd. 1, S. 496.

68 Ein Indiz dafür, daß die Öhringer Kanzel zumindest im 16. Jahrhundert einen Schalldeckel besessen haben könnte, liefert das Epitaph des Öhringer Predigers Johann Hartmann, der 1575 starb. Auf dem Relief, das eine schlichte Steinmetzarbeit ist, wurde er predigend dargestellt. Die Kanzel, auf der er steht, hat einen kegelförmigen Schalldeckel. Allerdings ist die Qualität der Darstellung gering und der architektonische Rahmen, der darüber hinaus zu erkennen ist, besitzt ansonsten keine Ähnlichkeit mit der Stiftskirche in Öhringen. G. Taddey u. a. (Hrsgg.): Öhringen. Stadt und Stift, Öhringen 1988, Abb. 83.

ganze Höhe 6: *shue hat, da es sich dan ergibt, das eine Figur 3: shue hoch wird, eine bas seraler (= Relief, Anm. d. Verf.) Füllung aber 2½: shue hoch und am breitesten orth 2: shue 10 Zoll hält*⁶⁹.

Die Angaben zum Umfang des Werkes und zu einzelnen Details sind für die Rekonstruktion der Kanzel kaum zu verwenden. Der Umfang bezieht sich auf die Verkleidung von Lauggas, und die Größe der Details kann nicht als Recheneinheit dienen, denn die Skizze ist perspektivisch verzerrt. Die einzige Angabe, die relativ genau auf die alte Kanzel übertragen werden kann, ist die Gesamthöhe von sechs Schuhen. Die Skizze reichte bis zum Pfeilerstück, das dem Kanzelträger auf der linken Schulter sitzt und diese Höhe gibt Lauggas wohl an. Ein Schuh betrug in Öhringen in der Mitte des 18. Jahrhunderts knapp 30 cm⁷⁰. Die Gesamthöhe der Kanzel dürfte, zusammen mit dem 117 cm hohen Fuß demnach ungefähr 3 m betragen haben. Dies bestätigt die Überlegungen, die wir nach den Beobachtungen am Pfeiler gemacht hatten.

Faßt man die bis hierher ermittelten Spuren zusammen, so ergibt sich für die Öhringer Kanzel folgendes Bild: Sie stand am vierten Pfeiler der südlichen Arkadenreihe im Mittelschiff des Langhauses. Der figürliche Kanzelfuß trug den sechseitigen Kanzelkorb auf der Schulter. Eine gegen den Uhrzeigersinn laufende Wendeltreppe, die ihren Antritt auf der Südseite des Pfeilers hatte, führte auf die Kanzel. Ein Schalldeckel kann für die Entstehungszeit nicht nachgewiesen werden. Sicher ist jedoch, daß im 18. Jahrhundert ein *wurmstichiger* Deckel vorgefunden wurde. Ein Indiz für einen Schalldeckel aus der Entstehungszeit der Kanzel kann in dem Spruchband gesehen werden, das am Pfeiler parallel zur Treppe verläuft. Es endet an der Nordseite in einer Höhe, in der der Schalldeckel angebracht gewesen sein könnte. Die Treppe besaß vermutlich eine Maßwerkbrüstung, denn es ist in diesem Zusammenhang von *starken runden Stäben* die Rede.

Die Profile an den Gesimsen der Kanzelbrüstung, die auf der Entwurfsskizze von Lauggas zu sehen sind, lassen leider wenig Rückschlüsse auf das weitere Aussehen des Korbes zu. Die übliche Form der Gestaltung der Brüstungszone wäre gewesen, daß jede Seite eine Füllung besessen hätte, die die Kirchenväter oder eine biblische Szene als Relief oder Malerei zeigte⁷¹. Da bei der Verkleidung der Kanzel im 18. Jahrhundert nicht berichtet wird, daß die alte Kanzel einen aufwendigen Schmuck trug, der zunächst hätte beseitigt werden müssen, ist eine schlichte Lösung für die ursprüngliche Kanzel anzunehmen.

Für das Zwischenstück zwischen Kanzelfuß und Brüstung ergeben sich aufgrund der unauffälligen Konsole, die in der Lauggasschen Skizze zu sehen ist, zwei

69 Wie Anm. 62.

70 *Steinle* gibt die Länge eines Öhringer Schuh mit 29,3 cm an, in: *P. Steinle: Die Vermögensverhältnisse der Landbevölkerung in Hohenlohe im 17. und 18. Jahrhundert* (Forschungen aus Württembergisch Franken, Bd. 5), Schwäbisch Hall 1971, S. 224.

71 Bei Kanzeln im süddeutschen Raum war figürlicher Schmuck vor allem in den Füllungsfeldern angebracht. Weiter im Norden wurden häufig die Ecken mit vollplastischen Figuren ausgestattet, in: *F. Rademacher: Die Kanzel in ihrer archaischen und künstlerischen Entwicklung in Deutschland bis zum Ende der Gotik*, in: *Zeitschrift für christliche Kunst* 34 (1921), S. 173.

Möglichkeiten: Einerseits kann sie schlicht und ohne weiteren Schmuck gestaltet gewesen sein. Andererseits wäre aber auch denkbar, daß die Konsole, wie auf der Skizze zu sehen ist, nur den Kern für eine Verkleidung aus Maßwerk bildete. Die Gestaltung dieser Zone mit Kielbögen war eine im 15. Jahrhundert übliche Lösung, die in den Stiftskirchen in Tübingen, Herrenberg, Stuttgart und in der Amanduskirche in Urach zu finden ist.

Ausgehend von der Höhe des Kanzelträgers, den Spuren am Pfeiler, die den Treppenverlauf andeuten, und den Maßangaben von Lauggas, ließ sich eine Gesamthöhe der Kanzel von ungefähr drei Metern ermitteln.

Die Kanzel von Bernhard Sporer in der Stadtpfarrkirche in Wimpfen, die zwanzig Jahre nach der Öhringer entstanden ist, gleicht dieser in ihrem Aufbau und in ihren Größenverhältnissen. Sie besaß wie die Öhringer einen sechsseitigen Kanzelkorb, eine mit sechs Rundstäben profilierte Pfeilerstütze und eine halbrund um den Pfeiler verlaufende Wendeltreppe. Auch die Gesamthöhe der Wimpfener Kanzel von 3 m entspricht der Öhringer Kanzel ungefähr. Aufgrund der großen formalen Übereinstimmungen könnte auch bei der Öhringer Kanzel die Urhebererschaft Sporers vermutet werden. Für eine Zuschreibung müßten jedoch auch stilistische Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden können.

Was die Öhringer Kanzel im Gegensatz zur Wimpfener besonders auffallend gemacht hat, war ihr figürlicher Fuß, der nun im folgenden Kapitel näher betrachtet werden soll.

2. Die Analyse des Kanzelfußes

2.1 Die Beschreibung der Figur

Bei der Betrachtung der Figur fällt zunächst ihr blockhaft strenger Aufbau und ihre frontale Ausrichtung auf (Abb. 6). Die Haltung des knienden Mannes ist angespannt, der Kopf ist starr geradeaus gerichtet, die Gesichtszüge sind hager. Auch ohne den Kontext zu kennen, aus dem die Figur stammt, würde das profilierte Pfeilerstück auf der Schulter die Aufgabe des Mannes als Träger verraten. Die Figur bringt zum Ausdruck, daß das Gewicht, das auf ihr lastete, immens gewesen sein muß. Die weit aufgerissenen Augen, der leicht geöffnete Mund und ganz besonders die Stirn, auf der in einem stilisierten zickzackartigen Verlauf die Blutadern hervortreten, vermitteln den Eindruck, daß der Mann seine ganze Kraft aufwenden mußte, um eine Last zu tragen.

Die Figur kniet mit ihrem rechten Bein auf einer Plinthe, die gerade so groß ist, daß sie der Skulptur eine Standfläche bietet (Abb. 1). Sie ist dreieckig und ihre unregelmäßigen Konturen und die grob behauene Oberfläche sollen wohl Erdboden andeuten. Der linke Fuß steht nur leicht mit dem Fußballen auf dem Boden auf. Auf dem Oberschenkel ruht die Hand des nach hinten abgewinkelten linken Armes. Der rechte Arm stützt sich auf ein am äußersten Rand der Plinthe liegendes Werkstück. Die Haltung des Mannes ist voller Spannung, weil er,



Abb. 6 Öhringer Kanzel-
fuß, Skulpturensammlung,
Staatliche Museen zu
Berlin

obwohl er sich mit dem Arm auf den Boden stützt, den Oberkörper weit aufrichtet. Anatomisch gesehen ist dies eigentlich nicht möglich. Da der rechte Arm sich auf das Werkstück und nicht direkt auf den Boden stützt, wurde schon eine aufrechtere Haltung der Figur erreicht. Zusätzlich ist der Arm deutlich über die natürlichen Proportionen hinaus verlängert wiedergegeben. Es ist also anzunehmen, daß dem Bildhauer die aufrechte Haltung des Kanzelträgers wichtiger war als die anatomisch korrekte Wiedergabe der Figur.

Als erster Gesamteindruck soll festgehalten werden, daß die Haltung des Kanzelträgers ganz auf seine Aufgabe konzentriert ist. Jedes einzelne Körperglied dient dem Tragen und Ponderieren der Last der Kanzel.

Es wurde bereits gesagt, daß das Gesicht von dem Gewicht gezeichnet ist, das der Mann trägt (Abb. 6). Seine Haare sind von einem großen, leicht schief aufgesetzten Hut verdeckt. Deshalb ist auch der Haaransatz über der Stirn nicht zu sehen, nur an den Seiten kommen halblange Locken zum Vorschein. Die Wangen des Mannes sind eingefallen und seine Backenknochen treten hervor. Zwei Falten, die halbrund den Mund rahmen und in die Nasenflügel übergehen, geben dem Gesicht einen asketischen Ausdruck. Die scharfkantigen geraden Augenbrauen wirken streng und trennen geradezu die Stirn von der unteren Gesichtshälfte. Die großen, starr vor sich hinblickenden Augen hatten ursprünglich wohl weniger Dominanz als im heutigen Zustand der Figur; denn die großen dunklen Iris, die diesen Eindruck hervorrufen, gehören zu einer nachträglichen Fassung aus dem 18. Jahrhundert. Die Nase ist flach und hat einen eingedrückten Nasenrücken. Der Mund ist leicht geöffnet, die Lippen sind breit. Das ganze Gesicht ist flächig und besitzt, von der Seite betrachtet, wenig plastische Ausformung. Die kaum gewölbte, große Stirn trägt dazu wesentlich bei. Die Halspartie ist gedrunken. Schlüsselbein, Kehlkopf und die Sehnen am Hals wurden locker angedeutet.

An seinen Attributen, dem Seil, das er um seinen linken Oberarm geschlungen hat, und dem Werkstück, auf das er sich stützt, ist die Figur als eine Werkmeisterdarstellung zu erkennen.

Bei dem Kanzelträger stellt sich wie bei vielen anderen Werkmeisterdarstellungen die Frage, ob eine Selbstdarstellung intendiert war⁷². Oettinger stellte in seiner Monographie über Anton Pilgram die Behauptung auf, daß der Kanzelträger ein Selbstbildnis Pilgrams sei. Er sah Ähnlichkeiten mit den Darstellungen Pilgrams an der Kanzel und am Orgelfuß in St. Stephan in Wien. Die These wurde allerdings schon von den Rezensenten seines Buches heftig angegriffen⁷³. Die

72 »Ob und, wenn ja, in welcher Weise das Werk als Selbstzeugnis zum Sprechen gebracht werden kann, stellt hermeneutische Probleme dar, die kaum zu übersteigen sind«, in: P. C. Clausen: Nachrichten von den Antipoden oder der mittelalterliche Künstler über sich selbst, in: M. Winner (Hrsg.): Der Künstler über sich in seinem Werk, Weinheim 1992, S. 28.

73 K. Oettinger: Anton Pilgram und die Bildhauer von St. Stephan, Wien 1951, S. 25. Hentschel kommentierte Oettingers Behauptung so: »Dagegen scheint es doch etwas gewagt, auch in den schwäbischen Frühwerken des Meisters bewußte Selbstdarstellungen zu sehen«, in: W. Hentschel: Oettinger, Karl: Anton Pilgram und die Bildhauer von St. Stephan, in: Deutsche Literaturzeitung 73 (1952), Sp. 457. Müller schrieb, es scheine ihm nicht plausibel, »wenn Oettinger ob des gleichen Darstellungstypus in einem Dutzend dieser Bildwerke die Meisterbildnisse der Kanzel und des Orgelfußes von

linearen Elemente des Gesichtes der Öhringer Figur, gepaart mit den auffallend flächigen Zügen, scheinen nicht das Ergebnis anatomischer Studien zu sein. Sie verleihen dem Gesicht aber höchste Lebendigkeit und Ausdruckskraft.

Das Gesicht ist verzerrt und hat die Tendenz zur Häßlichkeit. Daß eine Warze auf der rechten Wange zu sehen ist, macht deutlich, daß Häßlichkeit tatsächlich intendiert war. Nach mittelalterlichen Konventionen könnte das ein Hinweis auf Sünden und Laster sein⁷⁴. Der Kanzelträger würde sich so gesehen in der Rolle des »Sündenlastträgers« befinden. Auf diese mögliche Bedeutung der Figur soll später nochmals eingegangen werden.

Festzuhalten bleibt, daß es kein primäres Anliegen des Bildhauers der Öhringer Figur war, porträthaft die Gesichtszüge einer historischen Person wiederzugeben. Bemerkenswert ist, daß der Bildhauer damit einer mittelalterlichen Bildnisvorstellung verhaftet ist, bei der Ähnlichkeit oder das Herausarbeiten eines bestimmten Charakters kein primäres Ziel der Darstellung war. Andererseits verwendet er mit den geschwollenen Adern auf der Stirn ein Motiv, das auf genaueren Überlegungen zur Physis des Menschen und seiner Reaktion beim Tragen einer Last beruht. Die Umsetzung ist dann aber wieder nicht von Erfahrung im Umgang mit anatomischen Gegebenheiten geprägt, sondern scheint eher auf ornamentalen Vorstellungen zu beruhen.

Der Öhringer Kanzelträger ist mit einem groben Wams mit weiten Ärmeln bekleidet, die allerdings zu lang sind. Deshalb verdeckt bei dem auf dem Werkstück abgestützten Arm der Ärmel die ganze Hand. Der Hut des Trägers könnte aus demselben derben Stoff oder Leder sein, aus dem auch das Wams besteht. Die engen Beinlinge sind dagegen aus einem dünnen Stoff, so daß sich Knie und Unterschenkelmuskulatur deutlich darunter abzeichnen. Dazu trägt der Mann Stiefel mit weitem Schaft. Durch die Kleidung wirkt der Oberkörper mächtig und die Beine dagegen lang und schmal. Das Wams sitzt straff am Oberkörper und wird von einem Gürtel in der Taille geschlossen. Am Hals wird das Wams durch eine Kordel zusammengehalten, die durch Ösen gezogen wurde und deren beide Enden auf einer Seite miteinander verknotet sind. Die gedrehte Kordel, der Knoten und auch die herabhängenden Enden der Kordel sind mit größter handwerklicher Sorgfalt ausgeführt, wirken aber etwas schematisch in ihrer Ausführung. Unter dem Gesichtspunkt der Komposition ist die Kordel problematisch, weil diese deutliche Horizontale den Kopf optisch vom Rumpf trennt. Auf der Brust kommt ein Hemd als Untergewand des Mannes hervor.

St. Stephan als weitere Selbstbildnisse wiederzuerkennen glaubt.« C. Müller: Karl Oettinger: Anton Pilgram und die Bildhauer von St. Stephan, in: *Kunstchronik* 4 (1951), S. 295.

74 Trägerfiguren besitzen häufig verzerrte, häßliche Gesichtszüge. *Claussen* führt als Beispiel eine Konsolfigur am Portal der Kathedrale von Noyons um 1230 an. Er hält einen Humilitas-Gestus für einen den mittelalterlichen Konventionen näherliegenden Inhalt als die Absicht der Selbstdarstellung, in: *Claussen*: Der mittelalterliche Künstler über sich selbst (wie Anm. 72), S. 28. Die Trägerfiguren auf der Südseite der Kathedrale von Reims und die Figur vom Ostlettner des Mainzer Domes haben ähnlich verzerrte Gesichtszüge.

In dem Ausschnitt des Wamses steckt auf der linken Seite ein zunächst überraschender Gegenstand: ein Brötchen. Die unter dem Wams verschwindende Hälfte des Brötchens zeichnet sich durch den Stoff hindurch ab. Von der Seite betrachtet wirkt die Brust des Mannes dadurch sehr mächtig (Abb. 1). Von dem Brötchen wird weiter unten noch die Rede sein.

Die Schultern der Figur sind breit und eckig herausgearbeitet, die linke ist zusammen mit dem nach hinten abgewinkelten Arm Auflagefläche des Pfeilerstückes. Dieses sitzt nicht genau in der Mitte der Schulter, sondern das Zentrum ist nach hinten versetzt. Ein möglicher Grund dafür dürfte darin liegen, daß sonst von der Seite betrachtet der ganze Kopf der Figur verdeckt gewesen wäre. Wichtiger waren jedoch wohl statisch-technische Überlegungen des Bildhauers, denn die Skulptur hatte die Kanzel zu einem Großteil ja tatsächlich zu tragen.

Die weiten Ärmel des Wamses der Öhringer Figur bilden schwere Falten. Auch der Ärmel des ausgestreckten, sich auf dem Werkstück am Boden abstützenden Armes hat Falten, die eine gewisse Zähigkeit des Materials andeuten, aus dem das Wams gemacht ist (Abb. 6). Im Bereich der Achsel sind die Falten eng zusammengedrängt und werden nach unten langsam weiter. Auf Höhe des Unterarmes geben zwei sich s-förmig nach unten ziehende Falten einen Eindruck von der Schwere des dargestellten Stoffes. Unten sitzt der zu lange Ärmel auf dem Werkstück auf und staut sich. An der Außenseite des Ärmels wird der Faltenverlauf stark vereinfacht (Abb. 7). Zwei durchgehende senkrechte Falten strukturieren diese Partie. Sie sind so angeordnet, daß sie einen Abschluß bilden und dem Betrachter einen Blick auf weiter hinten liegende Bereiche der Figur verstellen. Von dieser Seite aus sind die Finger der rechten Hand auf dem Werkstück zu sehen. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß der Ärmel die anatomische Beschaffenheit des Armes verhüllt. Der Arm bekommt dadurch den Charakter einer Säule, was unter dem Aspekt der architektonischen Funktion der Figur als Kanzelfuß eine interessante Verbindung eines bildnerischen und eines technisch-funktionalen Elementes darstellt.

Die Falten des anderen, des linken Ärmels der Figur sind am Oberarm durch das Seil unterbrochen, das zweimal um diesen Arm geschlungen ist. Das eine Ende des Seiles endet auf der Rückseite in einem Knoten, das andere Ende ist abgebrochen, so daß über den weiteren Verlauf und die Funktion dieses Seiles nur Vermutungen angestellt werden könnten. Spitz und übertrieben deutlich tritt der Ellenbogen des linken Armes der Figur unter dem Gewand hervor. Weiter unten an der Hand ist der zu lange Ärmel mit einem breiten Aufschlag zurückgeschlagen. Die Hand, die seitlich auf dem Oberschenkel liegt, ist im Verhältnis zum Arm zu klein. Auf dem Handrücken sind Adern zu erkennen, Fingernägel und Falten an den einzelnen Fingern sind ebenfalls deutlich herausgearbeitet.

Die ganze Rückenpartie ist zwar ausgearbeitet, aber reduziert auf große Formen und auf einige deskriptive Einzelheiten (Abb. 7). Es sind eine senkrecht verlaufende Naht in der Mitte des Rückens, der Halsausschnitt und das darunter hervorragende Hemd zu sehen. Hohe, beinahe bis zum Armansatz reichende Abnäher wurden in vier parallelen Wulsten angeordnet. Die Innenseiten der



Abb. 7 Öhringer Kanzelfuß,
Skulpturensammlung, Staatliche
Museen zu Berlin

Ärmel, besonders des Linken, sind nur grob ausgeführt. Diese Bereiche waren für den Betrachter vermutlich nicht zu sehen. In dem schmalen Gürtel steckt schließlich ein Hufeisen, das bis hin zu den Nagellöchern sorgfältig ausgearbeitet ist. Auf dieses Hufeisen wird gemeinsam mit dem Brötchen noch eingegangen werden.

Wendet man sich mit der Betrachtung nun den Beinen zu, so fällt dort der Unterschied zwischen den weiten, faltenreichen Stiefeln und den glatten, schmalen Oberschenkeln auf. In den Kniebeugen bilden sich kleine Falten vom dünnen Stoff der Beinlinge, genauso am Hintern, der durch das kurze Wams zu sehen ist. Knie und Unterschenkel des linken Beines sind anatomisch sorgfältig herausgearbeitet. Die Oberschenkel hingegen haben einen gleichmäßigen Umfang, wirken dadurch etwas röhrenförmig und lassen trotz des dünnen Stoffes wenig Körperlichkeit erahnen. Die Stiefel sind dagegen wiederum sehr detailliert wiedergegeben. Sie haben eine dünne Sohle mit einem flachen Absatz. Schräg über den Fuß läuft eine dekorative Naht. Die weiten Schäfte der Stiefel fallen in engen Falten in sich zusammen.

Man gewinnt bei dem Öhringer Kanzelträger nicht den Eindruck, daß der Bildhauer seine Arbeit auf einer fundierten Erfahrung bei der Gestaltung der menschlichen Anatomie basieren konnte. Die Extremitäten bilden zusammen keinen organischen Körper. Die Details wirken schematisch und vereinfacht. Die Haltung der Figur ist stark von ihrer architektonischen Funktion geprägt. Der Kanzelträger besitzt dadurch eine strenge und konzentrierte Ausstrahlung, die zugleich auch seinen Reiz ausmacht. Handwerklich wurde die Figur sehr sorgfältig ausgeführt, was im folgenden kurz beschrieben werden soll.

2.1.1 Beobachtungen zur Technik der Skulptur

Die materielle Beschaffenheit eines Objektes bedingt seine für den Betrachter wahrnehmbare Erscheinung. Beobachtungen zu Material und Technik sind daher eine notwendige Vervollständigung der Beschreibung der Öhringer Figur. Die einzelnen Informationen zum Erhaltungszustand, zu den Bearbeitungsspuren und zur Fassung werden hier katalogartig zusammengefaßt.

Erhaltungszustand

Die Skulptur ist vollrund ausgearbeitet. Die Rückseite wurde allerdings insgesamt etwas summarisch in großen einfachen Formen gehalten. Die Figur wurde aus einem Stück gearbeitet. Der graugrüne Sandstein, aus dem die Skulptur besteht, ist feinkörnig und besitzt eine gleichmäßige Struktur.

Der Erhaltungszustand der Skulptur ist insgesamt gut. Es gibt allerdings einige kleine Substanzverluste. Die wichtigsten sind an der Nase zu verzeichnen, denn sie beeinträchtigen den Gesamteindruck am meisten. Der tatsächliche Materialverlust ist aber eigentlich gering. Die Nasenwurzel besitzt ihre ursprüngliche Oberfläche, und lediglich an der Nasenspitze gibt es einige Ausbrüche.

Der gravierendste Substanzverlust am Körper ist das abgebrochene zweite Ende des Seiles am linken Arm der Figur (Abb. 7). Der weitere Verlauf des Seiles, der möglicherweise über dessen Bedeutung Aufschluß geben würde, kann nicht mehr

rekonstruiert werden. Außerdem sind von der rechten Hand des Trägers, die sich auf den Werkstein stützt, der Daumen und zwei weitere Finger zur Hälfte abgebrochen (Abb. 7).

Die Ausbruchstellen an den Wulsten des profilierten Pfeilerstückes auf der Schulter des Trägers könnten vom Abbau der Kanzel im Jahre 1784 stammen (Abb. 6). Die Verbindung des Kanzelschaftes zu dem Pfeilerstück, das die Figur auf der Schulter trägt, bestand aus einem Bleidübel. Man sieht auf der oberen Seite des Pfeilerstückes noch das Dübelloch mit Bleiresten. Der Kanal, durch den das Blei gegossen wurde, verläuft vom Rand zur Mitte⁷⁵. Auf diese Weise konnte das Blei nachträglich hinzugefügt werden. Noch vor der Montage der Figur wurde die Oberfläche des Pfeilerstückes mit einer Zahnfläche überarbeitet, um durch die gerillte Oberfläche eine bessere Haftung des Mörtels zu erreichen.

Nachträgliche Beschädigungen der Figur kamen durch Einritzungen auf der unteren Hälfte des Wamses und auf dem Rücken zustande. Außerdem ist das linke Knie des Trägers abgegriffen. Diese Abnutzung stammt aus der Zeit nach 1937, in der die Figur im Berliner Museum stand⁷⁶. Die im Vergleich zur ursprünglichen Öhringer Situation falsche Aufstellung des Kanzelträgers auf einem zusätzlichen ca. 50 cm hohen Sockel brachte das Knie in Armhöhe der Betrachter, die sich offensichtlich animiert fühlten, das Knie anzufassen.

Bearbeitungsspuren

An der Figur sind die ursprünglichen Werkzeugspuren des Bildhauers noch deutlich zu erkennen. Am rechten Arm etwa läßt sich noch beobachten, daß die Oberfläche mit dem Flacheisen geglättet worden ist⁷⁷. Ein weiteres Beispiel sind die Locken, an denen noch die Spuren des Drillbohrers ausgemacht werden können. An dem Werkstück, auf das sich der Kanzelträger mit seinem rechten Arm stützt, wurde die Oberfläche unterschiedlich gearbeitet. Drei Seiten des Quaders haben eine geglättete Oberfläche, die anderen Seiten wurden scharriert⁷⁸.

Die Rückseite der Figur ist insgesamt, wie erwähnt, etwas summarisch ausgearbeitet, die Oberflächen sind aber sorgfältig geglättet. Die Innenseiten der Ärmel und des rechten Beins hat der Bildhauer hingegen nur grob mit Flach- und Spitzseisen bossiert (Abb. 7). Der Betrachter konnte diese Partien nicht bemerken, denn der Rücken der Figur war in der Öhringer Stiftskirche wohl nur von der

75 So die Auskunft von Herrn B. Buczynski, dem Leiter der Restaurierungswerkstatt der Skulpturensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin in einem Gespräch am 24. 2. 1994.

76 Auf den sehr guten und groß reproduzierten Aufnahmen bei *Oettinger*, die spätestens 1950 entstanden sind, ist das Knie noch nicht abgegriffen. *Oettinger* (wie Anm. 73), Abb. 6, 13, 20.

77 Zu den bei der Steinbildhauerei verwendeten Werkzeugen vgl. *B. Buczynski, A. Kratz: Untersuchungen an Steinbildwerken Tilman Riemenschneiders*, in: Tilman Riemenschneider. Frühe Werke, Berlin 1982, S. 336.

78 Das Scharriereisen, ein breiter Meißel, wurde erst ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verwendet. Im Unterschied zum Flacheisen ist das Scharriereisen kein Hiebwerkzeug, sondern ein Meißel. Durch das Arbeiten mit dem Hammer kann eine ganz gleichmäßige Riffelung erzielt werden, in: *Friedrich* (wie Anm. 40), S. 66f.

Seite zu sehen. Der Anblick von hinten war durch andere Architekturteile wie den Pfeiler des Mittelschiffs oder die Treppe, die auf die Kanzel führte, teilweise verstellt.

Die Plinthe weist nur noch zwischen den Beinen der Figur ursprüngliche Bearbeitungsspuren auf, die von einem Flacheisen herrühren (Abb. 1). Die Umrisse der Plinthe wurden hingegen mit dem Spitzeisen überarbeitet. Der vordere Abschluß war vielleicht eckiger und wurde nachträglich abgerundet. Auch die im Grundriß ungefähr dreieckige Form der Plinthe muß nicht ursprünglich sein. Hier wurde offenbar später stark mit dem Spitzeisen überarbeitet, so daß nicht auszuschließen ist, daß die Plinthe eigentlich viereckig gewesen ist. Vermutlich war die Plinthe, um einen besseren Stand zu haben, ein Stück weit in den Boden eingelassen. Beim Abbau der Kanzel wurde sie vielleicht beschädigt, so daß eine Überarbeitung erforderlich wurde.

Die Tragfähigkeit der Figur

Das Gewicht des Kanzelkorbes wurde zum einen Teil von der Figur getragen, zum anderen wurde es von dem Pfeiler übernommen, an dem der Kanzelkorb verankert war. Die Figur hatte damit vorwiegend die Zuglast aufzufangen.

Auf der Rückseite der Figur, und zwar unterhalb des Hufeisens am unteren Ende des Wamses, war ein kreisrundes Loch, das heute mit einer Kittmasse gefüllt ist⁷⁹ (Abb. 7). Es ist gut denkbar, daß dort ursprünglich eine Eisenstange als Zuganker befestigt war, die den Träger mit dem Pfeiler verband⁸⁰.

Die Fassung der Figur

Über die Fassung der Figur kann ohne eine von Restauratoren durchgeführte Untersuchung nicht allzuviel gesagt werden. Mit bloßem Auge lassen sich jedoch zwei Fassungen unterscheiden.

Die jüngere der beiden Fassungen, auf die zuerst eingegangen werden soll, stammt aus dem Jahr 1750. Der Accord über die damaligen Barockisierungsmaßnahmen wurde bereits erwähnt⁸¹. Darin erhält ein Maler namens Fliemann den Auftrag, die *Figur schön jedoch ganz simpel weiß anzustreichen, hier und dorten wo es schickl. anzubringen mit feinem Gold massiv zu vergulden, item alle rund Stäbe unter dem Auslauf der alten steinernen Canzel ebenfalls fein zu vergulden den flachen Grund auf Lapis Lazuli Arth blau zu marmorieren, und zu laccquiren.*

Von der erwähnten Bleiweißfassung sind heute nur noch Spuren zu sehen. An den Säumen des Wamses sind Reste einer Ölvergoldung erhalten (Abb. 1). Der Körper wurde später offensichtlich sorgfältig abgelaut.

79 Auf älteren Photographien ist das Loch noch zu sehen, z. B. in: *Oettinger* (wie Anm. 73), Abb. 11.

80 *Koepf* vermutet, daß in diesem Loch, das ähnlich auch an zwei Steinmetzenfiguren am Sakramentshaus in St. Kilian in Heilbronn zu finden ist, ein Schild mit dem Steinmetzzeichen eines Bildhauers befestigt war, in: *H. Koepf*: Die Heilbronner Kilianskirche und ihre Meister, Heilbronn 1961, S. 47. Das Anbringen eines Steinmetzzeichens in dieser Weise wäre sehr unüblich.

81 Bauüberschlag vom 18. August 1750. Im Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein B 483, Bü 26.

Das Pfeilerstück auf der Schulter besitzt noch heute die in dem Accord erwähnte blau marmorierte Fassung mit den ölvergoldeten Rundstäben. Der Maler Fliemann führte seine Arbeit wenig sorgfältig aus. Der grobe Pinselduktus ist auf der fetten Ölfarbe deutlich zu erkennen. Die Marmorierung auf dem »lapislazuliartigen« Blau wurde durch wenige Striche angedeutet.

Über die Karnatfassung läßt sich heute kaum noch etwas sagen. Die großen schwarzen Iris geben dem Gesicht einen starren Ausdruck, den es ursprünglich wohl nicht besessen hat. Die Haare waren grau gefaßt, der Hut ockerfarben. Der Rand der Krempe ist ölvergoldet.

Die ältere der beiden Fassungen kommt nur an einigen Ausbruchstellen der zweiten Fassung hervor. Sie besitzt eine dünne weiße Grundierung und ist so fein, daß die Körnung des Sandsteines sichtbar bleibt. An der rechten Backe ist ein kräftiges Rosa zu erkennen, an den Augen einige grauschwarze Partien. Die Haare waren Ockergelb gefaßt.

Am Körper des Kanzelträgers sind ohne optische Hilfsmittel darüber hinaus keine weiteren Reste der älteren Fassung auszumachen.

Diese ältere Fassung entstand vor 1750 und kann durchaus aus der Entstehungszeit der Figur stammen. Über die Polychromierung von Steinskulpturen und Zierarchitektur in Innenräumen im 15. Jahrhundert ist wenig bekannt. Von den Figuren des Adam Kraft, die das Sakramentshaus in St. Lorenz in Nürnberg tragen, wissen wir, daß sie sehr zurückhaltend polychromiert waren. Das Karnat war auf jeden Fall farbig, die Körper wohl monochrom sandsteinfarben gefaßt⁸². Auch beim Öhringer Kanzelträger ist eine zurückhaltende Fassung wie bei den Figuren des Adam Kraft gut vorstellbar.

Die technischen Beobachtungen zur Öhringer Figur haben ergeben, daß der Bildhauer des Kanzelträgers großen Wert auf die differenzierte Oberflächenstruktur der Skulptur legte. Den Werkstoff in die Gestaltung einer Skulptur miteinzubeziehen, ist ein charakteristisches Phänomen des späten 15. Jahrhunderts und wurde beispielsweise im Werk Tilman Riemenschneiders vielfach beobachtet. Die subtil differenzierte Oberfläche der Öhringer Figur spricht dafür, daß ihre Fassung eher fein und zurückhaltend war.

2.1.2 Die Ansichtigkeit der Figur

Mit Hilfe der zusammengetragenen Informationen zur Gestalt der Kanzel kann der ursprüngliche Standort des Kanzelträgers in der Öhringer Stiftskirche nun präzise beschrieben werden. Er stand auf der Nordseite des vierten Pfeilers von Westen an der südlichen Arkadenreihe. Für seine Blickrichtung bieten sich zwei Möglichkeiten an. Entweder war er in Richtung Westen gewendet und sah dem

⁸² Auskunft von E. Oellermann in einem Gespräch am 22. 6. 1994. Oellermann hat das Sakramentshaus im ersten Halbjahr 1994 untersucht. Er vermutet, daß das Sakramentshaus mit einer Kalkschlämme monochrom gefaßt war und wenige Einzelheiten farbig betont wurden. Das Sakramentshaus wäre dadurch insgesamt heller gewesen als heute. Es hätte durch eine Schlämme »wie aus einem Guß« gewirkt – ein Materialillusionismus, der an monochrom gefaßte Werke aus Holz erinnert.

von dort Eintretenden entgegen⁸³. Oder aber er stand mit dem Rücken genau zum Pfeiler und schaute nach Norden. Diese zweite Lösung ist aus mehreren Gründen die wahrscheinlichere.

Der Kanzelträger gibt durch seine Körperhaltung auch ohne den Kanzelkontext klare Hinweise auf seinen exakten Standort. Der nach hinten abgewinkelte linke Arm der Figur bietet eine spannungsreiche Seitenansicht (Abb. 1). Gleichzeitig verhindert dieser Arm kompositorisch den Blick auf die Figur von etwas weiter hinten. Ein Blick von Süden oder Südwesten auf die Figur war wegen des Kanzelpfeilers ohnehin nicht möglich.

Der rechte, auf den Boden gestützte Arm des Kanzelträgers bildet die andere Begrenzung des Kreissegmentes, von dem aus die Figur betrachtet werden konnte. Die sich über die ganze Länge des Armes ziehende Falte an der Außenseite des Ärmels bildet einen klaren Abschluß für den Betrachter (Abb. 7). Durch den nun bekannten Verlauf der Treppe wird nachvollziehbar, daß ein freier Blick auf die Figur von Nordosten oder Osten ohnehin nicht möglich war.

Die Figur hat zwei Hauptansichten. Die eine ist, wie man es erwartet, von vorne, die andere ist die diagonale Ansicht von schräg rechts vorne (Abb. 1). Während direkt von vorne die Blockhaftigkeit der Figur allzu spürbar bleibt, eröffnet sich von schräg rechts vorne ein spannungsreicherer Anblick, der dem Betrachter die Möglichkeit gibt, die Körperhaltung des Trägers vollständig zu erfassen. Die Figur ist also auch auf den Haupteingang der Kirche im Westen ausgerichtet gewesen, aber nicht indem sie dorthin gewandt war, sondern durch die Öffnung der Körperhaltung in diese Richtung.

Im Wissen um die Ausrichtung der Figur und die Dimensionen der Kanzel sollte man sich schließlich noch über die Lichtverhältnisse Gedanken machen. Die Figur bekam nur von hinten aus dem südlichen Seitenschiff Tageslicht, also von Südwesten. Genau im Rücken der Figur befand sich der Pfeiler, im Osten die Treppe der Kanzel. Über dem Träger nahm der Kanzelkorb das Licht. Der Lichteinfall durch die Fenster im nördlichen Seitenschiff war auf der Höhe der südlichen Arkadenreihe im Mittelschiff nicht mehr allzugroß. Insgesamt bekam die Figur also wenig Licht. Dies betrifft insbesondere das Gesicht, das wegen des Sockels auf der linken Schulter kaum von der südlichen Fensterreihe beleuchtet worden sein dürfte.

Durch die Haltung der Figur, das heißt durch die isolierte Stellung ihrer Extremitäten, wird der Raum auffallend miteinbezogen. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu den konventionellen, in sich geschlossenen Gewandstatuen. Die vereinzelte Stellung der Körperglieder kam den relativ dunklen Lichtverhältnissen unter dem Kanzelkorb im Mittelschiff der Stiftskirche sicherlich entgegen.

83 Die Kirche hat drei Eingänge. Den Haupteingang im Westen, einen im Norden, durch den die Stiftsangehörigen die Kirche betreten, und schließlich einen weiteren im Süden. Ob der Haupteingang ständig benutzt wurde, wissen wir nicht. Möglich ist, daß die Gläubigen die Kirche außerhalb der hohen Festtage von Süden her betreten.

2.2 Die architektonische Funktion der Figur

Durch den weitaufgerichteten Oberkörper scheint sich die Figur gegen das auf ihr lastende Gewicht zu stemmen. Der Oberkörper wirkt durch seine Breite und das straff angezogene Wams energisch und kraftvoll. Die schmalen langen Beine geben der Figur in der unteren Hälfte eine Leichtigkeit, die zu der Behauptung geführt hat, der Mann scheine im Begriff zu sein, sich zu erheben⁸⁴. Dieser Eindruck ist ungewöhnlich, weil er in krassem Gegensatz zur traditionellen Ikonographie des Kniens steht.

Die kniende Haltung ist eine bereits in der Antike verwendete Geste der Unterordnung. Das Knien war im Christentum eine Geste der Demut und wurde als solche auch weiterhin in weltlichen Bereichen genutzt. Die Spannung zwischen der traditionellen Bedeutung des Kniens und dem vermeintlichen Bemühen des Kanzelträgers sich aufzurichten, führte in der Literatur zu psychologisierenden Interpretationen, die allerdings nicht zu belegen sind. Das Stemmen gegen die Last wurde als ein Sich-Aufbäumen gegen die Verhältnisse und ein Vorausahnen der historischen Situation Anfang des folgenden Jahrhunderts gedeutet⁸⁵. In den asketischen Gesichtszügen wollte man Armut erkennen und in dem Mann den Vertreter eines niederen Standes sehen⁸⁶. Bei Demmler heißt es dementsprechend, die Figur sei »eine Selbstdarstellung der Arbeit und des Arbeiters, die an der Schwelle zur Neuzeit ganz besonders eindringlich wirkt«⁸⁷. Oettinger schließlich behauptet, es sei »ein subjektiver, individueller Trotz, eine Erbitterung über das eigene Los«, das den Mann beherrsche⁸⁸.

Um zu einer weniger weitreichenden und hypothetischen Erklärung für die Haltung der Figur zu gelangen, soll diese nochmals unter kompositorischen Aspekten untersucht werden.

Gleich zu Anfang fiel die blockhafte Strenge der Skulptur auf. Der Eindruck der kubischen Form ergibt sich, weil die einzelnen Körperglieder vorwiegend horizontal und vertikal stehen und nicht diagonal in den Raum ausgreifen (Abb. 1). Von der Seite betrachtet, befinden sich der rechte Arm, der linke Unterschenkel und das Gesicht des Kanzelträgers ungefähr auf einer Ebene, die wohl ursprünglich eine Seite des bearbeiteten Steinblockes war. Der vertikal sich aufstützende rechte Arm bildet eine Parallele zum rechten Oberschenkel. Der linke Oberschenkel befindet sich wiederum senkrecht im Verhältnis zu diesem. Die Unterschenkel stehen ungefähr rechtwinklig zu den Oberschenkeln. Die Schultern schließlich sind

84 »Überall steht bei dem Berliner neben der Schwere der Belastung die Verdeutlichung des Gegendrucks: ja es ist, als solle der Augenblick dargestellt werden, ehe der Mann, der eben die Last auf die Schulter genommen hat, sich aufrichtet, um sie weiterzutragen«, in: *Demmler* (wie Anm. 3), S. 168.

85 *Hentschel* nimmt »Trotziges, Verbissenes und Aufbegehrendes« wahr und erahnt darin »die Vorläufer der gesellschaftlichen und religiösen Erschütterungen der nächsten Jahrzehnte«, *Hentschel* (wie Anm. 73), Sp. 458.

86 *Pinder* sieht in der Figur den »Bedrückten« und »den Kummer und den Hunger der Armen«, in: *W. Pinder: Die deutsche Kunst der Dürerzeit*, Leipzig 1940, S. 240.

87 *Demmler* (wie Anm. 3), S. 168.

88 *Oettinger* (wie Anm. 73), S. 25.

waagrecht und parallel zueinander angeordnet, obwohl sie durch den einen Arm, der sich vor dem Körper abstützt, und dem anderen, der nach hinten abgewinkelt ist, verschoben sein müßten. Der Rücken ist ganz gerade, auch wenn er anatomisch gesehen unter der Last gebeugt sein müßte. Der Kopf ist ebenfalls genau nach vorne gerichtet. Diagonalen und Krümmungen wurden generell vermieden. Man kann behaupten, daß die Körperglieder des Öhringer Kanzelträgers eher nach tektonischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sind, als nach anatomischen. Die Stellung der einzelnen Glieder zueinander läßt sich dementsprechend auch am zutreffendsten mit geometrischen Begriffen erfassen.

Es stellt sich die Frage, ob die Anordnung der Körperglieder nach tektonischen Gesichtspunkten ein gezielt eingesetztes Motiv dieser Figur ist, oder ob der dadurch hervorgerufene Eindruck der Steifheit und Starre vielleicht eher als Schwäche des Bildhauers zu interpretieren ist. Jedenfalls hat die Figur durch ihren strengen kompositionellen Aufbau eine ungewöhnliche Ausstrahlung, die Libman beschrieb als »eine eigenartige herbe Schönheit, ganz und gar verschieden von den komplizierten Formen und Linien, welche für die Mehrzahl der Skulpturen im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts typisch waren«⁸⁹. Die »Einfachheit der Gestaltung«, so Libmann, beweise aber dennoch, daß sich der Bildhauer, angeblich ja Anton Pilgram, auf dem Gebiet der Skulptur noch nicht ganz sicher fühlte.

Auch bei Oettinger kommt ein Zwiespalt im Hinblick auf die Bewertung der Figur zum Ausdruck. In der Annahme, es handle sich bei der Figur um ein Frühwerk des Anton Pilgram, erklärt auch Oettinger die vermeintlichen Schwächen der Figur mit der Unerfahrenheit des Bildhauers. »Ein Steinmetz jüngeren Alters, anscheinend auf die Herstellung von Kleinzierwerken wie Kanzeln, Sakramentshäuschen und ähnlichem spezialisiert, der sich selbst eine Plastik zu schaffen beginnt, ohne eigens darin geschult zu sein, dazu prädestiniert durch eine staunenswerte statuarische Begabung«⁹⁰.

Durch die tektonische Anordnung der Glieder besitzt die Figur eine Gestalt, die weder anatomisch korrekt ist, noch ein überzeugendes plastisches Volumen besitzt, und die damit wenig Wirklichkeitsnähe vermittelt. Einzelne Partien sind allerdings in bezug auf das Kriterium der Realitätsnähe unterschiedlich gearbeitet. Das linke Knie beispielsweise ist genau beobachtet, die Kniescheibe und der Ansatz der Unterschenkelmuskulatur sind deutlich herausgearbeitet. Die Schulterpartie und die Brust wurden dagegen nur summarisch erfaßt und lassen keinen menschlichen Körper unter dem Gewand erahnen.

Andererseits wiederum sind Einzelheiten des Gewandes, der Gürtel, die Kordel, die Abnäher am Rückenteil, aber auch das Brötchen, das Hufeisen und das Seil mit einer gewissen peniblen Sorgfalt ausgeführt und besitzen einen betont dekorativen Charakter. Oettinger bezeichnete dieses Hervorheben und präzise Beschreiben der Tracht und der Attribute als »volkskunstaft«⁹¹. Die unterschiedlich gut

89 J. Libman: Die Deutsche Plastik 1350–1550, Leipzig 1982, S. 368.

90 Oettinger, S. 25.

91 Ebd.

erfaßten anatomischen Gegebenheiten und die handwerkliche Sorgfalt, mit der Details hervorgehoben wurden, scheinen Oettingers Annahme, daß der Bildhauer wenig Erfahrung auf dem Gebiet der figürlichen Skulptur besaß, insgesamt eher zu bestätigen.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, daß der tektonische Aufbau der Figur durch ihre architektonische Funktion einen Sinn bekommt. Eine Reihe von Einzelheiten bestätigen, daß »Tragen und Lasten« als Grundthema jeder Architektur auf diese Skulptur übertragen wurde. Der bereits als säulenartig beschriebene, sich auf das Werkstück stützende Arm, spielt dabei eine wichtige Rolle. Von der Schulter bis zum Boden bildet der Ärmel eine massive Hülle für diesen Arm, die sich weder nach unten verjüngt, noch in anderer Weise veranschaulicht, daß es sich bei dieser Stütze um einen menschlichen Arm handelt. Man könnte argumentieren, daß der Arm aus statischen Gründen so massiv gearbeitet werden mußte. Daß das Handgelenk und die Hand von vorne jedoch nicht zu sehen sind, sondern der Ärmel direkt auf das Werkstück herabfällt, ist jedoch vom Bildhauer inszeniert (Abb. 6). Das Werkstück, auf das der Träger das Gewicht der Kanzel stützt, liegt nur zur Hälfte auf der Plinthe auf, zur anderen Hälfte schwebt es in der Luft⁹². Die Stabilität der Konstruktion wird also am Boden wieder in Frage gestellt. Das Tragen der Last und das Wechselspiel von Stabilität und Instabilität wird damit zu einem Hauptthema der Figur⁹³.

Indem sich die Figur am Boden auf einen Quader, also auf ein architektonisches Element stützt und gleichzeitig auf der Schulter der Pfeiler mit der Kanzel lastet, wird der Kanzelträger zum Bindeglied architektonischer Elemente. Das auch dies vom Bildhauer intendiert war, wird an dem Pfeilerstück auf der Schulter des Trägers deutlich. Es sitzt unvermittelt, ohne Basis, und damit ohne eigenen architektonischen Abschluß auf. Architektur und Skulptur gehen ineinander über. Der dargestellte Werkmeister wird selbst ein Bestandteil der von ihm gebauten Architektur.

Die architektonische Funktion dieser Skulptur stellt die unmittelbarste Form der Bauplastik dar, indem sie zum unverzichtbaren Element der Architektur wird: die Skulptur tritt an die Stelle der konstruktiv erforderlichen Stütze. Dieses Atlanten-

92 Die Plinthe war, wie gesagt, wahrscheinlich zur Hälfte in den Boden eingelassen. Die sorgfältige Bearbeitung der Unterseite des Werkstückes belegt jedoch, daß dieses in der Luft schweben sollte und nicht auf dem Boden aufsaß.

93 In gewisser Weise wird damit auch der Umgang mit dem Material thematisiert. Es scheint die Intention des Bildhauers gewesen zu sein, die Standfläche, auf der das Gewicht der Kanzel letztlich ruht, so weit es das Material zuließ, zu reduzieren. Nur der Ballen beider Füße, das rechte Knie und das labil stehende Werkstück sitzen auf dem Boden auf. Die Möglichkeiten, die das Material technisch bot, ganz auszuschöpfen oder gar zu überschreiten, ist gerade bei zierarchitektonischen Werken um 1500 immer wieder zu beobachten. Am Sakramentshaus in St. Lorenz in Nürnberg versuchte Adam Kraft, die Materialbedingtheit zu überwinden, indem er die zierarchitektonischen Elemente in den oberen Bereichen des Sakramentshauses nicht aus einem Stück anfertigte, sondern einzelne kleine Teile nach einer Art »Baukastenprinzip« mit Eisendübeln aufeinandersetzte. Dadurch konnten Effekte erzielt werden, wie die gekrümmte Spitze des Sakramentshauses, die den virtuosen Umgang des Bildhauers mit seinem Material vor Augen führen sollten. Tatsächlich kam im Zusammenhang mit der gekrümmten Spitze das Gerücht auf, Adam Kraft könne den Stein biegen.

motiv ist beim Öhringer Kanzelträger durch den kompositorischen Aufbau der Figur unmittelbar anschaulich geworden.

Wie konsequent der Aufbau der Öhringer Figur im Hinblick auf diese Funktion des Tragens ist, wird deutlich, wenn man zum Vergleich die Figuren heranzieht, die das Sakramentshaus in St. Lorenz in Nürnberg tragen⁹⁴. Dieses Sakramentshaus wurde wie erwähnt von Adam Kraft gebaut. Durch den erhaltenen Vertrag zwischen Kraft und seinem Auftraggeber Hans Imhof und durch die zugehörigen Rechnungen ist bekannt, daß das Sakramentshaus 1493 bis 1496 entstanden ist, also ungefähr gleichzeitig mit der Öhringer Kanzel⁹⁵. Es ist rund zwanzig Meter hoch und an einen Pfeiler angebaut. Auf einem niedrigen Sockel steht ein balkonartiger Umgang, der über zwei Treppen rechts und links des Pfeilers betreten werden kann. Dieser Umgang wird von Eckstützen getragen. Jeweils an einer der drei Seiten – die vierte ist ja durch den Pfeiler verstellt – kniet auf dem Sockel eine Werkmeisterfigur und trägt den Umgang auf den Schultern. Um den Figuren eine Standfläche zu geben, hat der Sockel bogenförmige Ausbuchtungen. Die mittlere, nach Westen gewandte Figur wurde in den »Nachrichten über Nürnberger Künstler und Werkleute« von Johann Neudörfer aus dem Jahr 1547 als ein Bildnis Adam Krafts beschrieben: *darunter er zuvorderst, als wäre er am Leben, sich selbst conterfeit hat*⁹⁶ (Abb. 8). Diese Figur besitzt im Gegensatz zu den anderen beiden porträthafte Züge. Da der Umgang hinter dem Kopf auf der Schulter lastet, ist der Kopf vorgereckt und von allen Seiten gut zu sehen. Die Werkmeisterfigur hat den Kopf leicht in den Nacken gelegt und blickt den Betrachter an.

Bei der Öhringer Figur war dagegen der Kopf durch die ihn umgebende Architektur von den Seiten her kaum zu sehen. Durch den Kanzelkorb über ihm und die Treppe im Osten muß, wie die Rekonstruktion der Kanzel ergeben hat, der Kopf außerdem stark verschattet gewesen sein.

Die Figuren des Adam Kraft stützen sich nicht mit dem einen Arm auf dem Boden ab. Im Gegensatz zu der Spannung, von der der Öhringer Träger bestimmt wird, knien sie in einer lockeren, hockenden Stellung unter dem Umgang. Sie tragen das Sakramentshaus nur symbolisch. Die Körperhaltung ist nicht auf das Stützen einer Last angelegt, ihre Gesichtszüge sind entspannt und spiegeln keine physische Anstrengung wider. Durch die Eckpfeiler, die den Umgang stützten, auf dem wiederum das Sakramentshaus aufgebaut ist, wird dem Betrachter sofort deutlich, daß das Tragen der Architektur keine notwendige Aufgabe der Figuren ist. Durch ihre natürliche Körperhaltung wirken die Werkmeisterdarstellungen ausgesprochen wirklichkeitsnah, was der Beschreibung Neudorfers zufolge auch Mitte des 16. Jahrhunderts so empfunden worden war.

94 Bereits *Schleif* vergleicht die Nürnberger Figuren mit den schwäbischen Werkmeisterdarstellungen, in: *Schleif* (wie Anm. 5), S. 68f.

95 Der Vertrag ist abgedruckt in: *H. Bauer, G. Stolz: Engelsgruß und Sakramentshaus in St. Lorenz in Nürnberg, Königsstein/T. 1974, S. 11f.*

96 Zit. nach.: *W. Schwemmer: Adam Kraft, Nürnberg 1958, S. 7.*



Abb. 8 Nürnberg, St. Lorenz, Sakramentshaus, Adam Kraft, Mittlere Trägerfigur
(Foto: Mit freundlicher Genehmigung des Evang.-Luth. Pfarramtes St. Lorenz)

Die mit einem trompe-l'oeil Effekt vergleichbare Wirkung erinnert an Figuren wie den Mann, der mit den Armen auf der Brüstung der Sängerempore im südlichen Querhaus des Straßburger Münsters lehnt und zum Engelspfeiler blickt⁹⁷. Um die Zuschreibung und die Funktion dieser Büste wurde viel gerätselt⁹⁸. Es handelt sich wahrscheinlich auch um eine Baumeisterdarstellung⁹⁹. Die Augentäuschung entsteht, weil die Figur an einer zufälligen Stelle in einer alltäglichen Haltung die Aufgabe der Balustrade aufnimmt und auf ein konkretes Objekt blickt¹⁰⁰. Diese Art der Darstellung, zu der neben der alltäglichen Situation auch ein Moment des scheinbar zufälligen und sich in Bewegung befindlichen gehört, ist charakteristisch für die oberrheinische Skulptur seit Nicolas Gerhaert von Leyden.

Im Gegensatz zu diesen anderen Figuren spielt beim Öhringer Kanzelträger die architektonische Funktion eine größere Rolle als eine wirklichkeitsnahe Haltung der Figur. Dennoch war für den Bildhauer in Öhringen »Realitätsnähe« eine Kategorie, mit der er sich auseinandersetzte. So stand die Figur auf einer flachen Plinthe, die einen natürlichen Boden wiedergeben sollte, und nicht auf einem Sockel, der sie erhöht und so Distanz zum Betrachter hergestellt hätte. Außerdem trug der Öhringer ein Gewicht, das von seinen Dimensionen her im Vergleich zu den Nürnberger Figuren auch als wirklich tragbar erschien. Während der individuelle Ausdruck des Gesichtes eine wesentlich geringere Rolle spielt als bei der Figur des Adam Kraft, war es dem Öhringer Bildhauer wichtig, die physische Leistung des Tragens mit Hilfe der Mimik zu veranschaulichen.

Fassen wir noch einmal zusammen: Der Öhringer Kanzelträger wurde mit großer handwerklicher Sorgfalt, stellenweise sogar mit akribischer Detailgenauigkeit ausgearbeitet. Die Haltung der Figur ist ganz auf das Tragen des Kanzelkorbes ausgerichtet. Alle Körperteile sind für diese Aufgabe eingesetzt, auch das Gesicht bringt die physische Belastung zum Ausdruck. Gebärden oder Gesten wurde hingegen kein Platz eingeräumt. Durch die Konzentration der Figur auf diese eine Funktion erzielt sie eine intensive, ja beinahe suggestive Wirkung. Allerdings besitzen die einzelnen Körperteile wenig plastisches Volumen und die Körperhaltung ist nicht natürlich. Dies wurde besonders am Vergleich mit den Figuren des Adam Kraft am Sakramentshaus in St. Lorenz deutlich.

Das große Interesse des Öhringer Bildhauers an architektonischen Fragen und das offensichtlich weniger ausgeprägte Gespür für die Körperlichkeit seiner Skulptur

97 Die Figur entstand wohl in den späten 80er Jahren des 15. Jahrhunderts, in: *R. Recht: Nicolas de Leyde et la sculpture à Strasbourg (1460–1525)*, Strasbourg 1987, S. 235.

98 Vöge hielt die Büste für eine Selbstdarstellung Nicolaus Hagenauers, in: *W. Vöge: Niclas Hagener. Der Meister des Isenheimer Hochaltars und seine Frühwerke*, Freiburg i. Br. 1931, S. 63f. Gerstenberg ist der Ansicht, es handle sich um ein Bildnis, das von Hans Hammer geschaffen worden ist, der bis 1491 Münsterbaumeister war, in: *K. Gerstenberg: Die deutschen Baumeisterbildnisse des Mittelalters*, Berlin 1966, S. 192.

99 Die Figur hielt in der einen Hand einen Gegenstand, der nicht mehr erhalten ist. Recht zitiert eine alte Chronik, in der es heißt, der Mann habe einen Maßstab in der Hand gehalten. Er verläßt sich aber selbst nicht auf die Quelle, in: *Recht (wie Anm. 97)*, S. 235.

100 Zur Darstellungstradition der »buste accoudée«, in: *Recht*, S. 134f.

führen zu der Schlußfolgerung, daß die Figur nicht von einem spezialisierten Bildhauer, wie es Adam Kraft war, gearbeitet worden ist.

Die Öhringer Kanzel wurde ja gemeinsam mit dem Langhaus der Stiftskirche errichtet. Üblicherweise wurde in einem solchen Fall die Kanzel auch von den Mitgliedern der Bauhütte gebaut. Und so ist es auch in Öhringen: Nach allem, was wir an der Figur beobachtet haben, ist es wahrscheinlich, daß der Kanzelträger von der Bauhütte der Stiftskirche ausgeführt wurde. Es ist anzunehmen, daß einer der beiden Werkmeister, Hans von Aurach oder Bernhard Sporer, die Figur geschaffen hat.

2.3 Das alltägliche Moment der Figur

Die Kleidung des Kanzelträgers

Die dienende Rolle des Tragens und die kniende Haltung auf dem Kirchenboden, die zur Folge hatte, daß der Betrachter auf die Öhringer Figur hinabschaute, machten deutlich, daß der Dargestellte keine Person von hohem Stand sein konnte.

Die Kleidung des Kanzelträgers – ein Wams mit weiten Ärmeln, eng anliegende Beinlinge, weite Stiefel und ein weicher, großer Hut – erlaubt nur eine grobe soziale Einordnung der Figur. Die verschiedenen Stände grenzten sich weniger durch unterschiedliche Kleidungsstücke, als vielmehr durch die Wahl der verwendeten Stoffe und des Zubehörs ab. Die Stoffe der Tracht des Kanzelträgers sind nicht kostbar, sondern einfach und praktisch. Die Stiefel, die weitaus seltener getragen wurden als flache Schuhe, deuten möglicherweise auf einen gewissen Wohlstand hin¹⁰¹. Von der Kleidung her zu schließen, gehörte der Mann, der die Kanzel trägt, dem einfachen Bürgertum an, zu dem auch die Handwerker zu zählen waren.

Chronologisch läßt sich die Kleidung des Kanzelträgers genauer einordnen. Bei der Entwicklung der Männerkleidung erregte im 15. Jahrhundert die zunehmende Betonung des Körpers immer wieder Anstoß. In den Kleiderordnungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wird deshalb immer wieder die Mindestlänge für ein Wams vorgeschrieben¹⁰².

Tatsächlich fällt auch beim Kanzelträger eine starke Körperbetonung durch die Kleidung auf. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß das Wams auf der Rückseite ursprünglich wohl etwas länger war¹⁰³. Eine genauere zeitliche Einord-

101 *Boockmann* beschreibt die Figur als das »realistische Abbild eines gut verdienenden, also sorgfältig und kostspielig gekleideten Handwerkers«, in: *H. Boockmann: Die Stadt im späten Mittelalter*, München 1986, S. 120.

102 In einer Kleiderordnung aus Nürnberg, die vor 1480 entstanden war, heißt es, daß Röcke und Mäntel *zwen zwerch finger über den latz und scham raychen und treffen sollen . . . damit es nyt unzüchtig erfunden werde*. Eine Straßburger Kleiderordnung aus dem Jahr 1493 beschäftigt sich ausschließlich mit der kurzen Männertracht, in: *L. C. Eisenhart: Kleiderordnungen der deutschen Städte zwischen 1350 und 1700. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des deutschen Bürgertums*, Göttingen 1962, S. 95.

103 Nachträgliche Bearbeitungsspuren am unteren Abschluß des Wamses am Rücken machen wahrscheinlich, daß das Wams ursprünglich unten etwas vom Körper abstand. Es wurde vielleicht beschädigt und dann im Rahmen einer »Restaurierungsmaßnahme« gleichmäßig abgearbeitet.

nung wird durch die weiten Ärmel des Wamses und den großen Ausschnitt möglich. Dieser Schnitt des Obergewandes ist auf süddeutschen Holzschnitten ab Anfang der achtziger Jahre des 15. Jahrhunderts zu beobachten. Auf einer Illustration aus dem »Spiegel menschlicher Behaltunss« (Speyer, Peter Drach), der ungefähr 1481 entstand, trägt ein als Diener bezeichneter Mann ein Wams, das dem des Kanzelträgers in allen Einzelheiten entspricht. Der Ausschnitt reicht bis zur Taille, wo es mit einem Gürtel geschnürt ist. Damit das Wams nicht von den Schultern rutscht, ist es oben mit einer Kordel zusammengehalten. Die Ärmel sind trichterförmig weit. Das Wams reicht gerade über das Gesäß und ist an den Seiten bogenförmig ausgeschnitten.

Vergleichbar sind Gewand und Hut des Öhringer Kanzelträgers auch mit der Darstellung eines Maurers aus dem Buch »Schatzbehalter« von Anton Koberger, das 1491 in Nürnberg entstanden ist. Der sitzende Handwerker ist von hinten dargestellt, und man kann eine Naht sehen, die senkrecht in der Mitte des Wamses verläuft, und die auch der Kanzelträger aufweist. Ebenso sind auch die Abnäher in der Taille vergleichbar.

Der Öhringer Kanzelträger trägt also eine zeitgenössische Tracht, wie sie in verschiedenen Variationen vom Oberrhein bis nach Nürnberg und wahrscheinlich darüber hinaus in den letzten beiden Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts verbreitet war¹⁰⁴. Die Bekleidung der Öhringer Figur wurde zu dieser Zeit von einer breiten Bevölkerungsschicht getragen.

Die Attribute des Kanzelträgers

Der Kanzelträger hat vier Attribute bei sich: das Werkstück, auf das er sich stützt, das Seil, das um seinen linken Oberarm geschlungen ist, das Brötchen, das vorne im Ausschnitt seines Wamses steckt, und schließlich das Hufeisen, das am Rücken in den Gürtel gehängt ist.

Üblicherweise tragen Bauhandwerker Arbeitsgegenstände, also einen Zirkel und eine Pergamentrolle oder einen Schlegel und ein Eisen mit sich. Mit Hilfe der Attribute konnte der Beruf des Dargestellten veranschaulicht werden. Auch das Werkstück und das Seil des Öhringer Kanzelträgers können im weiteren Sinne zu diesen Arbeitsgeräten gezählt werden.

Das Werkstück, auf das sich der Kanzelträger mit dem rechten Arm stützt, charakterisiert ihn als Steinmetz.

Auch das Seil, das der Träger um seinen linken Oberarm geschlungen hat, steht wahrscheinlich mit seiner Arbeit in Zusammenhang. Welchen genauen Zweck das Seil hatte, läßt sich wegen seines abgebrochenen Endes jedoch nicht eindeutig klären. Das Seil wurde am Bau zum Bewegen großer Lasten eingesetzt. Die einfachste Art, Steine auf der Baustelle zu bewegen, war es, einen Korb mit kleineren Steinen oder einen ganzen Steinblock an einem Seil zu befestigen und ihn

¹⁰⁴ Nur in diesem Gebiet wurde nach Vergleichsbeispielen gesucht, so daß darüber hinaus keine Aussagen gemacht werden können.

emporzuziehen¹⁰⁵. Ende des 12. Jahrhunderts tauchen erste Beschreibungen von Lastkränen auf, die auch im 15. Jahrhundert noch so verwendet wurden¹⁰⁶. Denkbar ist, daß das Seil auf das Bewegen großer Lasten hinweist.

Eine ganz andere Möglichkeit wäre, daß das Seil vom Körper der Figur weg, an der Kanzelarchitektur befestigt war. In diesem Fall hätte es also eine unmittelbar mit dem Tragen der Kanzel in Zusammenhang stehende Rolle gespielt. Eine derartig aufwendige und virtuose Verwendung findet ein Seil aber eigentlich erst zwanzig Jahre später bei der zwischen 1515 und 1520 entstandenen Tulpenkanzeln im sog. Dom in Freiberg in Sachsen.

Gedrehte Seile sind Ende des 15. Jahrhunderts ein beliebtes Motiv der Steinmetzarbeit. An der Kanzel in der Stiftskirche in Tübingen finden sich zum Beispiel an der Konsole des Kanzelfußes zwischen Maß- und Astwerk kleine Seilstücke, die keine andere als eine ästhetische Funktion haben. Seile wurden im Zusammenhang mit Architektur vermutlich ähnlich dem ebenfalls häufig als Motiv der Zierarchitektur auftretenden Astwerk eingesetzt. Mit Ästen und Seilen ließ sich eine Art trompe-l'oeil-Effekt erreichen. Zwischen dem harten, massiven Material Stein, den konstruktiven Formen der Architektur und den instabilen, geschmeidigen und organischen Formen von Ästen und Seilen entstand eine materialästhetische Spannung, die man offensichtlich als reizvoll empfand¹⁰⁷.

Das Motiv des Seiles wird bei dem Öhringer Kanzelfuß noch ein zweites Mal eingesetzt. Das Wams der Figur wird ebenfalls von einem Seil zusammengehalten. Der Knoten und die herabhängenden beiden Enden der in sich gedrehten Kordel sind dabei sehr sorgfältig herausgearbeitet.

Nun zu den beiden anderen Attributen des Kanzelträgers, nämlich dem Brötchen, das vorne im Wams steckt, und dem Hufeisen, das er am Gürtel trägt. Diese Einzelheiten sind bei keiner anderen bekannten Darstellung von Bauhandwerkern zu finden. Die beiden Attribute charakterisieren die dargestellte Figur nicht genauer, sie stellen vielmehr alltägliche Gegenstände dar¹⁰⁸. Nach dem Sinn dieser genrehaft wirkenden Gegenstände muß gefragt werden.

105 Wie auf einer Illustration aus dem Huntingfield Psalter, um 1200, New York, Pierpont Morgan Library, M.43, zu sehen ist, in: *G. Binding*: Baumeister und Handwerker im Baubetrieb, in: *Ornamenta Ecclesiae*. Kunst und Künstler in der Romanik, Bd. 1, Köln 1985, S. 173.

106 *Binding*, S. 180. Ein Beispiel von 1385, die Weltchronik des Rudolf von Ems, Kassel, Landesbibl., Ms. theol. 4, fol. 28r zeigt, wie ein Quader, von einem Seil gehalten, emporgezogen wurde. Das Seil war mit einem Haken an der Seilwinde befestigt, in: *G. Binding*, *N. Nußbaum*: Der mittelalterliche Baubetrieb nördlich der Alpen in zeitgenössischen Darstellungen, Darmstadt 1978, S. 169. Seit Anfang des 14. Jahrhunderts findet man Lastkräne mit Zangen, die Werksteine greifen konnten, wie z. B. in dem *liber chronicarum* von Hartman Schedel, fol. 17 v., das bei Anton Kolberger in Nürnberg verlegt wurde, in: ebd., S. 193.

107 Häufig wird das Astwerk als konstruktives Element eingesetzt, wie bei der Sockelzone des Sakramentshauses in Esslingen. »Es verleiht dem Unterbau etwas schwebendes, labiles; auf geheimnisvolle Weise scheinen die Gesetze der Statik aufgehoben, da sich die »gewachsenen« Äste diesen Regeln entziehen«, in: *Seeltiger-Zeiss* (wie Anm. 6), S. 35.

108 Attribute wurden im Mittelalter zur Klärung der Identität der dargestellten Person eingesetzt. Sie dienten dazu, bekannte Figuren, beispielsweise Heilige, wiedererkennen zu können oder den Beruf einer Person zu beschreiben. *H. Wentzel*: »Attribut«, in: *Otto Schmitt* (Hrsg.): *Reallexikon zur deutschen Kunstgeschichte*, Bd. 1, Stuttgart 1937, Sp. 1212.

Das Brötchen ist an so auffallender Stelle in das Wams des Kanzelträgers gesteckt und so pointiert herausgearbeitet, daß ihm eine wichtige Rolle zuzukommen scheint. Es sitzt genau über dem Herzen, das im Mittelalter als Sitz der Seele galt¹⁰⁹. Sowohl in der christlichen Symbolik, als auch in alltäglichen Bräuchen und im Aberglauben besaß das Brot eine zentrale Stellung. Darin schwingt gleichzeitig immer die hohe Wertschätzung in der christlichen Lehre mit, die vom Gebrauch des Brotes im Rahmen der Eucharistie herrührt¹¹⁰.

Zunächst wäre denkbar, daß das Brötchen des Kanzelträgers mit dem Programm der figürlichen Konsolen an der nördlichen Arkadenreihe des Mittelschiffes der Öhringer Stiftskirche in Zusammenhang stehen könnte. Die Konsolfiguren haben als gemeinsames Thema die Eucharistie. Auf allen Spruchbändern taucht das Wort »panis« auf. Der Kanzelträger wäre in dieses christlich-ikonographische Programm eingebunden, wenn ein Zusammenhang zu den Konsolfiguren bestünde. Es gibt jedoch keine Darstellungstradition, in der mit einem Brötchen auf die Eucharistie hingewiesen würde. Obwohl die Figur durch das Tragen der Kanzel in einen ganz unmittelbaren religiösen Funktionsrahmen eingebettet war, ist eine ikonographische Verbindung mit den Konsolfiguren, die ein theologisches Programm haben, unwahrscheinlich. Der Modus der Darstellung ist ein grundsätzlich unterschiedlicher. Da der Kanzelträger eine zeitgenössische, weder dem Klerus noch dem Adel angehörende Person darstellt und eine untergeordnete Aufgabe ausübt, ist ein direkter Bezug zu der übrigen figürlichen Ausstattung der Kirche nicht anzunehmen.

Im Volksglauben galt das Brot gemeinhin als Symbol der Kraft und der Stärke¹¹¹. Es besaß zudem, so war der weit verbreitete Glaube, apotropäische Kräfte. In diesem Zusammenhang ist auch der noch heute verbreitete Brauch zu sehen, beim Einzug in ein neues Haus Brot und Salz zu schenken. Eine zweite Möglichkeit für die Bedeutung des Brötchens beim Kanzelträger ist darin zu vermuten, daß es als abergläubisches Symbol für Kraft gedacht war. Dies erscheint im Zusammenhang mit dem Tragen der schweren Last durchaus plausibel.

Eine letzte Möglichkeit wäre es, das Brötchen als Alltagsgegenstand zu verstehen. Es könnte einen Teil des Lohnes darstellen, den der Baumeister in Naturalien ausgezahlt bekommen haben könnte¹¹². Wenn dies der Fall wäre, käme die Art und Weise wie das Brot in den Ausschnitt des Wamses gesteckt ist, der Schilderung einer alltäglichen Situation gleich. Die ausschließlich genrehafte Verwendung des Attributes wäre für das Ende des 15. Jahrhunderts ungewöhnlich, auch wenn diese Bedeutung des Brotes in den Gesamtkontext der Figur am besten passen würde,

109 H. Lauer: »Herz«, in: Robert-Henri Bautier u. a. (Hrsgg.): Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München/Zürich 1989, Sp. 2187.

110 U. Dirlmeier: »Brot«, in: R.-H. Bautier u. a. (Hrsgg.): Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, München/Zürich 1983, Sp. 719.

111 F. Eckstein: »Brot«, in: E. Hoffmann-Krayer, H. Bächthold-Stäubli (Hrsgg.): Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1927, Sp. 1590.

112 Auch Demmler beschreibt das Brötchen als »kärghchen Naturallohn«, der bei Handwerkern und Arbeitern, so nimmt er an, oft genug zu sehen gewesen sein dürfte, in: Demmler (wie Anm. 3), S. 167.

wie am Ende dieses Kapitels noch weiter ausgeführt werden soll. Die genrehafte Bedeutung schließt eine symbolisch-abergläubische Funktion aber nicht aus. In jedem Fall scheint die Bedeutung des Brötchens zwischen Alltagsgegenstand und Volksglaube angesiedelt zu sein und keinen theologischen Hintergrund zu haben.

Das Hufeisen besitzt im christlichen Kontext kaum eine Bedeutung. Lediglich bei einer Legende aus dem Leben des Hl. Eligius spielt es eine Rolle¹¹³. Eine christliche Bedeutung des Hufeisens kommt deshalb auch nicht in Betracht.

In der germanischen Volkskultur wurden dem Hufeisen glücksbringende und Unglück abwehrende Eigenschaften zugeschrieben. Entsprechend dient bis es heute als eine Art Talisman¹¹⁴. In dieser abergläubischen Tradition muß wahrscheinlich auch das Hufeisen des Kanzelträgers gesehen werden. Der Mann trägt das Hufeisen als Glücksbringer bei sich.

Festzuhalten ist, daß das Brötchen und das Hufeisen des Öhringer Kanzelträgers wahrscheinlich auf Eigenschaften – Kraft und Glück – hinweisen, die die dargestellte Person besitzen sollte. Beide Attribute gehören mit ihrer symbolischen Bedeutung zu einer abergläubisch heidnischen Tradition der Volkskultur. Sowohl das Hufeisen als auch das Brötchen könnte der dargestellte Baumeister auch realiter mit sich geführt haben. Das Hufeisen und das Brötchen sind gleichzeitig auch genrehaft zu verstehen.

Zunächst überrascht es, daß der Öhringer Bildhauer sich an einer Kanzel einer Symbolsprache bedient, die zur Volkskultur gehörte. Damit bleibt er aber, wie oben angedeutet, bei einer dem Dargestellten angemessenen Bedeutungsebene.

Die kniende, untergeordnete Haltung, und die den Erdboden darstellende Plinthe zeigen, daß auch das Verhältnis der Öhringer Figur zum Betrachter ein ganz anderes war als bei Skulpturen, die wir sonst im religiösen Kontext vorfinden. Indem der Sockel der Figur einen natürlichen Untergrund imitiert, wird auf eine weitere Möglichkeit zur Überhöhung der Figur und ihrer Distanzierung vom Betrachter verzichtet. Da die Figur auf dem Boden stand, blickte man auf sie herab und konnte nah an sie herantreten. Haltung, Aufgabe und Standort des Kanzelträgers vermittelten dem Betrachter, daß es keine hieratische Trennung zwischen ihm selbst und der dargestellten Person gab. Die Kleidung war zeitgenössisch und durchschnittlich, die Attribute alltägliche Gegenstände, die auch ohne die christliche Lehre verständlich waren. Kurzum: es muß sich im Vergleich zu den anderen in einem Kircheninnenraum dargestellten Personen eine vom Bildhauer beabsichtigte Vertrautheit der Betrachter mit der Figur eingestellt haben.

Die damit verbundene Skulpturenauffassung ist der Konzeption eines mittelalterlichen Kultbildes diametral entgegengesetzt. Figuren mit profaner Bedeutung, die eine Bildsprache verwenden, die in ihrer Bedeutungsebene zur Volkskultur gehört,

113 G. Carnat: Das Hufeisen in seiner Bedeutung für Kultur und Zivilisation, Zürich 1953, S. 23.

114 Ebd., S. 26.



*Abb. 9 Wien, Stephansdom, Kanzel, Anton Pilgram, Selbstbildnis
(Foto: K. Gerstenberg: Die deutschen Baumeisterbildnisse des Mittelalters, Berlin
1966, S. 208; Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft)*

fanden sich im Mittelalter an sakralen Gebäuden häufig¹¹⁵. Daß eine solche Darstellung aber einen zentralen Standort im Mittelschiff einer Kirche einnahm und zu einem Höhepunkt skulpturaler Ausstattung werden konnte, war neu.

Die beschriebene Alltäglichkeit der Öhringer Figur ist ein in der religiösen Kunst des 15. Jahrhunderts verbreitetes Phänomen. Niederländische Maler zeigten religiöse Themen bekanntermaßen in minutiös geschilderten alltäglichen Innenräumen, die dargestellten Heiligenfiguren trugen zeitgenössische Kleidung¹¹⁶. Die Absicht der Darstellungen war die Vergegenwärtigung des religiösen Geschehens. Das Interesse der Malerei galt in hohem Maße der Vermittlung der dargestellten Inhalte. Auch andere Darstellungsformen wie die Erzählung als neuer Typus in der nordalpinen Malerei Anfang des 15. Jahrhunderts hatte ihren Zweck darin, »das Interesse und die Anteilnahme der Betrachter zu wecken beziehungsweise zu verstärken«¹¹⁷. Eine Schilderung alltäglicher und realistischer Details könnte auch beim Öhringer Kanzelträger dazu gedient haben, die Aufmerksamkeit des Betrachters auf sich zu ziehen¹¹⁸. Welche Aufgabe der Öhringer Kanzelträger im religiösen Kontext hatte, soll im dritten Teil der Arbeit weiterverfolgt werden.

Zunächst folgt allerdings ein Abschnitt zur Geschichte der Zuschreibung der Öhringer Figur an Anton Pilgram. In diesem Zusammenhang werden dem Kanzelträger vergleichbare Darstellungen herangezogen und es wird zugleich die regionale Bedeutung des Typus deutlich.

3. Die Geschichte der Zuschreibung und die Datierung der Kanzel

3.1 Die Geschichte der Zuschreibung des Kanzelfußes

Anhand der Baugeschichte der Öhringer Stiftskirche und der Analyse des Kanzelfußes hat sich bereits ergeben, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Mitglied der Bauhütte der Stiftskirche die Figur geschaffen hat. Die Zuschreibung an Pilgram ist damit sehr fragwürdig geworden. Wie diese Zuschreibung zustandekam, soll anhand eines kurzen Überblicks über die Forschungsgeschichte des Öhringer Kanzelträgers wiedergegeben werden.

Es gibt von Anton Pilgram nur wenige gesicherte Werke¹¹⁹. Die in unserem Zusammenhang relevanten Arbeiten sind der Orgelfuß im Wiener Stephansdom,

¹¹⁵ Viele solche Darstellungen wurden unter dem Titel »Künstlerlaunen« zusammengefaßt, in: *R. Hamann-McLear*: Künstlerlaunen im Mittelalter, in: *F. Möbius, E. Schubert* (Hrsgg.): Skulptur des Mittelalters. Funktion und Gestalt, Weimar 1987, S. 385–452.

¹¹⁶ *E. Panofsky*: Early Netherlandish Painting. Its Origin and Character, Bd. 1, Cambridge/Ma. 1953, S. 141. Das Phänomen wurde von Auerbach auch in der Literatur des 14. und 15. Jahrhunderts analysiert, in: *E. Auerbach*: Mimesis, Bern ³1988, S. 236.

¹¹⁷ *R. Suckale*: Süddeutsche szenische Tafelbilder um 1420–1450. Erzählung im Spannungsfeld zwischen Kult- und Andachtsbild, in: *W. Harms* (Hrsg.): Text und Bild, Bild und Text, Stuttgart 1990, S. 29.

¹¹⁸ *Auerbach* verwies darauf, daß die Schilderung des alltäglichen gegenwärtigen Lebens dann auch »außerhalb der im engeren Sinne christlichen Sphäre« auftauche, in: *Auerbach* (wie Anm. 116), S. 237.

¹¹⁹ Sie stammen alle aus den Jahren zwischen 1502 und dem Jahr seines Todes 1515. Von 1502 bis 1511 war Pilgram in Brünn in Mähren tätig. Er baute dort das Rathausportal, das Judentor und Teile der Jakobskirche. Im Jahr 1511 bewarb Pilgram sich um die Errichtung des Orgelfußes in St. Stephan in

der 1513 datiert ist, und die dortige Kanzel¹²⁰. An beiden Zierarchitekturen hat sich Pilgram als Werkmeister dargestellt.

Am Orgelfuß an der Nordwand des nördlichen Seitenschiffes ist er als Konsolbüste mit Winkelmaß und Zirkel zu sehen.

Das andere Werkmeisterbildnis an der Wiener Kanzel zeigt eine Halbfigur, die sich aus einem Fenster herauslehnt (Abb. 9). Die Figur stützt sich mit dem rechten Arm auf den Fenstersims. Mit der linken Hand hält der Mann das Fenster nach innen geöffnet.

Allein die Tatsache, daß Pilgram diese beiden Werkmeisterdarstellungen geschaffen hat, spielt eine entscheidende Rolle bei dem Versuch, den Öhringer Kanzelträger und eine ganze Gruppe weiterer tragender Werkmeisterfiguren dem Wiener Bildhauer zuzuschreiben.

Da es über die Zeit Pilgrams vor 1502 keine urkundlichen Belege gibt, waren Attributionen nur anhand stilistischer Beobachtungen möglich. In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden Pilgram auf diesem Wege eine Reihe von Werken zugeschrieben, die Oettinger 1951 in seiner Pilgram-Monographie zu einem lückenlosen »Frühwerk« zusammenfaßte.

1927 machte Vöge den Auftakt und schrieb Pilgram zwei Statuetten aus Holz zu, von denen zumindest die eine vor 1502 entstanden ist¹²¹. Auch wenn sich diese Zuschreibungen heute nicht mehr aufrecht erhalten lassen, ist Vöge methodisch dabei nichts vorzuwerfen; er arbeitete mit detaillierten Vergleichen und stilkritischen Argumenten.

Drei Jahre später erfolgte die Zuschreibung des Sakramentshauses im Sanktuarium von St. Kilian in Heilbronn an Pilgram¹²² (Abb. 10). Schnellbach führte in seiner Argumentation neben dem Vergleich der architektonischen Elemente auch den Typus des Werkmeisterbildnisses als Indiz an. Bei diesen Heilbronner Werkmeisterdarstellungen handelt es sich um drei ganzfigurige Statuetten – von Schnellbach als Lehrling, Geselle und Meister bezeichnet –, die die Spindeln der beiden miniaturhaften Wendeltreppen des Sakramentshauses tragen¹²³. Mit den Wiener Bildnissen haben sie nicht mehr gemeinsam als den Typus. Seeliger-Zeiss bemerkte 1966 außerdem zurecht, daß die von Schnellbach verglichenen architektonischen

Wien und erhielt diesen Auftrag. Noch im selben Jahr löste er Georg Öchsel als Dombaumeister ab und avancierte damit zum wichtigsten Baumeister in Wien.

120 Die Datierung der Kanzel ist nicht gesichert. Man war immer davon ausgegangen, daß die Kanzel in den Jahren zwischen 1511 und 1515 entstanden ist. *Capra* schlug eine frühere Datierung zwischen 1498 und 1502 vor, die sich jedoch nicht durchgesetzt hat, in: *M. Capra: Zur Datierung der Kanzel Anton Pilgrams in St. Stephan*, in: *Mitteilungen der Gesellschaft für vergleichende Kunstforschung in Wien* 4 (1951), S. 21–23.

121 *W. Vöge: Konrad Meits vermeintliche Jugendwerke und ihr Meister*, in: *Jahrbuch für Kunstwissenschaft* 1927, S. 24–38. Bei den beiden Statuetten handelt es sich um den sog. Falkner, der sich im Kunsthistorischen Museum in Wien befindet und um die sog. Münchner Grablegung, die 1496 datiert ist und im Bayrischen Nationalmuseum in München aufbewahrt wird.

122 *R. Schnellbach: Ein unbekanntes Frühwerk des Anton Pilgram*, in: *Wallraff-Richartz-Jahrbuch N. F. Bd. 1* (1930), S. 202–221.

123 Die Figuren sind ungefähr 40 cm groß.



Abb. 10 Heilbronn, St. Kilian, Hauptchor, Sakramentshaus
 (Foto: C. Schleif: *Donatio et Memoria. Stifter, Stiftungen und Motivationen an Beispielen aus der Lorenzkirche in Nürnberg*, München 1990, Abb. 64; Deutscher Kunstverlag)



*Abb. 11 Trägerfigur,
Kunstsammlung Lorenz-
kapelle, Rottweil*

Elemente in Wien und Heilbronn weitverbreitete Stilmerkmale waren¹²⁴. Sie sind zu unspezifisch, um daraus auf einen gemeinsamen Erbauer zu schliessen.

Demmler schrieb 1938 den Öhringer Kanzelträger Pilgram zu, weil nach seiner Ansicht das »Formgefühl« der Figur mit den Statuetten des Sakramentshauses übereinstimme. Er verließ sich dabei allzusehr auf Schnellbachs Zuschreibung der Heilbronner Figuren und verzichtete auf einen Vergleich des Öhringer Kanzelträgers mit den gesicherten Wiener Werken Pilgrams. Bei der angeblichen gemeinsamen Urheberschaft Pilgrams spielte wiederum der Typus des Werkmeisterbildnisses eine entscheidende Rolle.

Demmler hielt gleich eine weitere Trägerfigur, das sog. Weckenmännle aus Rottweil für ein Werk Anton Pilgrams (Abb. 11). Diese Figur stammt vermutlich aus der Kapellenkirche in Rottweil. Ob überhaupt und in welcher Weise sie Bestandteil einer Zierarchitektur war, ist ungewiß¹²⁵. Ein Steinstück lastet ihr auf der rechten Schulter, das aber so stark überarbeitet wurde, daß seine ursprüngliche Gestalt und seine Funktion nicht mehr zu erkennen ist. Die Haltung, die Kleidung und die Mühe des Tragens, die im Gesicht der Rottweiler Figur zum Ausdruck kommt, sind dem Öhringer Kanzelträger sehr ähnlich. Da sich aber der Rottweiler Träger nicht auf dem Boden abstützt, fehlt die Spannung zwischen dem Versuch sich gerade aufzurichten und gleichzeitig nach unten abzustützen. Die Haltung der Rottweiler Figur ist spiegelverkehrt zu der des Öhringer Kanzelträgers. Entsprechend steckt auch das Brötchen, nach dem die Figur ihre volkstümliche Bezeichnung »Weckenmännle« hat, nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite im Wams. Auch der Rottweiler hat ein Hufeisen am Rücken im Gürtel stecken. Die Attribute, die den Öhringer Träger als Bauhandwerker charakterisieren, nämlich das Werkstück und das Seil, besitzt die Rottweiler Figur nicht.

Da nun bereits drei Werke in Schwaben Pilgram zugeschrieben wurden, die alle nicht urkundlich zu belegen waren, versuchte Demmler die Reihenfolge ihrer Entstehung mit Hilfe einer persönlichen Stilentwicklung Pilgrams zu erklären, die von der Vorstellung eines künstlerischen Reifeprozesses ausging. Laut Demmler entstand zuerst der Rottweiler Träger, dann die Heilbronner Statuetten und zuletzt der Öhringer¹²⁶. Wie wenig stichhaltig die Argumente dieser ohnehin problematischen Methode der Zuschreibung hier sind, wird spätestens dann deutlich, wenn Oettinger 1951 mit analogen Argumenten zu einer ganz anderen Entstehungsreihenfolge gelangt¹²⁷.

1950 kam ein weiterer Kanzelträger zum vermeintlichen Pilgramschen Oeuvre hinzu. Die Figur stammt aus St. Simon und Judas in Heutingsheim bei Ludwigs-

124 *Seeliger-Zeiss* (wie Anm. 6), S. 74.

125 Die Rottweiler Figur ist stark beschädigt. Sie ist 82 cm groß und damit 35 cm kleiner als der Öhringer Träger.

126 *Demmler* (wie Anm. 3), S. 167.

127 Nach *Oettinger* schuf Pilgram zuerst die Heilbronner Statuetten, dann den Kanzelträger in Heutingsheim, anschließend den Öhringer und zuletzt die Figur in Rottweil, in: *Oettinger* (wie Anm. 73), S. 25.



Abb. 12 Heutingsheim, Pfarrkirche, Kanzelfuß

burg¹²⁸ (Abb. 12). Sie trägt heute eine moderne Kanzel. Die Haltung des Heutingsheimer Trägers ist die gleiche wie die des Öhringer. Die einzelnen Glieder der Figur sind jedoch unförmig gedrungen und nicht detailliert ausgearbeitet. Wenn man nicht daran festhält, daß die Trägerfiguren von ein und demselben Künstler stammen müssen, so erscheint es viel plausibler, daß der Heutingsheimer eine Nachahmung des Öhringers ist. Die Übernahme von Einzelheiten wie dem Werkstück, auf das sich die Figur stützt, aus dem hier aber ein unförmiger Klumpen geworden ist, oder dem Hufeisen auf der Rückseite sprechen dafür. Das um den Arm geschlungene Tau und das Brötchen wurden beim Heutingsheimer Kanzelträger weggelassen.

1951 erschien die Monographie von Karl Oettinger über Anton Pilgram, die in Umrissen bereits 1943 ausgearbeitet war¹²⁹. Oettinger übernimmt alle bis dahin gemachten Zuschreibungen von Vöge, Schnellbach und Demmler. Seine Analyse der einzelnen vermeintlichen Werke Pilgrams ist von der Idee getragen, ein vollständiges Oeuvre präsentieren zu wollen. Folglich beschreibt er die »Schwäbischen Frühwerke« Pilgrams im Verhältnis zueinander und unter der Prämisse eines stetig »reifenden« Steinmetzen, der seine bildhauerischen Fähigkeiten mit jedem Werk verbessert hat. Auf diese Weise findet Oettinger eine Erklärung für die unterschiedliche Qualität der einzelnen Werke.

In der Reihe der Zuschreibungen folgte schließlich noch der Versuch Troeschers, Pilgram als Urheber der Figur am Stützpfeiler der Kanzel in der Tübinger Stiftskirche nachzuweisen. Er stützt sich weitgehend auf die unbelegten älteren Zuschreibungen und argumentiert wenig überzeugend¹³⁰. Der Erbauer der Tübinger Kanzel wandelte den Typus der tragenden Werkmeisterdarstellung ab, indem die Figur sich an den die Treppe stützenden Pfeiler lehnt¹³¹.

Zusammenfassend soll festgehalten werden, daß zwischen 1927 und den 50er Jahren in der Forschung durch Zuschreibungen ein »Frühwerk« Pilgrams in Schwaben aufgebaut wurde. Für keine dieser Zuschreibungen gibt es aber urkundliche Belege. Problematisch erscheint, daß die Argumentation sich zumeist auf die Zuschreibung des Sakramentshauses in St. Kilian in Heilbronn stützt und die danach hinzugekommenen Werke nicht mit gesicherten Arbeiten Pilgrams verglichen wurden. Bei den Zuschreibungen spielt vor allem der Typus des Werkmeisterbildnisses eine Rolle. Dabei wird übergangen, daß Pilgram im Rahmen seiner gesicherten Werke nie eine ganzfigurige Werkmeisterdarstellung geschaffen hat, sondern daß dieser Typus offensichtlich ein regional auf Schwaben begrenztes Phänomen blieb. Stilistische und qualitative Unterschiede bei den schwäbischen

128 *H. Koepf*: Der Heutingsheimer Kanzelträger, in: HgW Jg. 1, Nr. 10 v. 17. 6. 1950, S. 75f.

129 *Oettinger* (wie Anm. 73), S. 119.

130 *Troescher* vergleicht die Tübinger Figur nicht mit den Wiener Bildnissen Pilgrams, sondern lediglich mit den Zuschreibungen in Schwaben. Die Ähnlichkeit der architektonischen Elemente der Tübinger Kanzel mit der im Wiener Stephansdom beruht auf einer allgemeinen und weit verbreiteten Formensprache, in: *G. Troescher*: Der Kanzelfuß der Tübinger Stiftskirche und das Frühwerk des Anton Pilgram, in: *Zeitschrift für Kunstwissenschaft* 4 (1950), S. 145ff.

131 Der Bauhistoriker *H. Koepf* versuchte Pilgram auch als Architekten in Schwaben nachzuweisen. Da sich alle Zuschreibungen als unhaltbar erwiesen haben, wurde hier auf eine Darstellung verzichtet.

Figuren wurden in wenig überzeugender Weise mit der persönlichen Stilentwicklung Pilgrams erklärt. Von Oettinger wird schließlich das Bild eines sich unablässig steigenden und fortentwickelnden Bildhauers vermittelt, der überall ein Dokument seiner Person hinterläßt. Der Künstler Pilgram wird als unbeugsamer und trotziger Einzelgänger präsentiert und jedes seiner Werkmeisterbildnisse psychologisierend als eine Vorahnung auf einen durch Urkunden bekannten, in Wien ausbrechenden Streit gewertet. Methodisch ist dies der von der Romantik geprägten Vorstellung vom Künstler als Genie und den Entwicklungs- und Reifetheorien des 19. Jahrhunderts verpflichtet.

Die stilistischen und motivischen Bezüge der Werke Pilgrams zur oberrheinischen Kunst, die einen Aufenthalt Pilgrams in Südwestdeutschland immer wieder zu bestätigen schienen, sind nicht von der Hand zu weisen¹³². Der Aufbau der Kanzel im Wiener Stephansdom hat große Ähnlichkeit mit der von Hans Hammer 1485 errichteten Kanzel im Straßburger Münster. Auch die künstlerische Absicht, durch das alltägliche Moment der Darstellung einen *trompe-l'oeil*-artigen Effekt zu erreichen, findet man seit der Mitte des 15. Jahrhunderts in der oberrheinischen Skulptur im Umkreis des Nicolaus Gerhaert von Leyden. Der oberrheinische Stil hatte sich um 1500 allerdings bereits so weit verbreitet, daß auch daraus keine konkreten Schlüsse über Pilgrams Zeit vor 1502 gezogen werden können.

Mit den Heilbronner Figürchen, dem Öhringer, dem Rottweiler und dem Heutingsheimer Träger hat sich eine Gruppe von Trägerfiguren herausgebildet, die »zusammen mit dem Tübinger Kanzelträger eine für Schwabens Zierarchitektur typische Gruppe (bilden), die jedoch mit Pilgram nichts zu tun hat, sondern eine lokale Tradition bezeugt«¹³³. Die Ähnlichkeit der schwäbischen Trägerfiguren untereinander beruht auf vergleichbaren formalen und motivischen Elementen. Der »Figurenstil« ist aber bei jeder Skulptur ein anderer¹³⁴. Die Trägerfiguren sind also von unterschiedlichen Bildhauern geschaffen worden.

Die Vermutung Halbauers, daß Bernhard Sporer der Bildhauer des Kanzelträgers sei, müßte anhand stilistischer Vergleiche mit gesicherten plastischen Arbeiten Sporer vertieft werden. Die älteste erhaltene und mit Sicherheit von Sporer stammende Bauplastik findet sich in Schwaigern und entstand ungefähr 25 Jahre nach der Öhringer Kanzel. Zwischen den Konsolfiguren in Schwaigern und dem Öhringer Kanzelträger gibt es Ähnlichkeiten (Abb. 3). Die Behandlung der Faltenpartien, die Ausarbeitung der Hände und ihre Art Gegenstände anzufassen sowie die im Profil geraden und von vorne eckigen Gesichtsformen lassen einen detaillierten Vergleich lohnend erscheinen. In unserem Kontext war es jedoch ausreichend zu klären, daß die Öhringer Figur von einem Mann geschaffen wurde, der ein Mitglied der Bauhütte war. Für die Frage nach der Bedeutung des Kanzelträgers bringt das Bemühen um den Namen dessen, der die Figur schuf, nicht unbedingt weiterführende Erkenntnisse.

132 Pinder (wie Anm. 86), S. 238f.

133 Seeliger-Zeiss (wie Anm. 6), S. 76.

134 Halbauer (wie Anm. 7), S. 296.

Im Zusammenhang mit dem Auftauchen des Typus der ganzfigurigen Trägerfiguren, die Zierarchitektur tragen, stellt sich abschließend die Frage, in welchem Verhältnis die Skulpturen des Sakramentshauses des Adam Kraft in St. Lorenz in Nürnberg zu den Trägern in Schwaben stehen (Abb. 8). Die Nürnberger Figuren blieben Einzelwerke in ihrer Region. Lediglich eine Statuette aus Bronze, der sog. Astbrecher, der 1490 datiert ist, könnte noch zu dieser Gruppe gezählt werden¹³⁵. Diese Figur stammt ebenfalls aus Nürnberg und mag daher die Figuren am Sakramentshaus beeinflusst haben, die drei bis sechs Jahre später entstanden sind. Ein Loch an der Schulter des »Astbrechers« deutet darauf hin, daß er ebenfalls eine Trägerfigur war. Ein zusätzliches Indiz ist sein verzerrter Gesichtsausdruck, der plausibler mit dem Tragen etwa eines Gefäßes, als mit dem Brechen des Astes erklärt werden könnte, auf den er sich stützt. Ähnlich wie bei Anton Pilgram sind auch bei Adam Kraft keine frühen Werke bekannt. Genauso führte auch bei Kraft der oberrheinische Einfluß in seinem Werk, der bereits angesprochen wurde, zu Mutmaßungen über einen Aufenthalt in Straßburg¹³⁶. Die Ähnlichkeit des Aufbaues des Ulmer Sakramentshauses mit dem in St. Lorenz gab Anlaß zu der Vermutung, Kraft könnte sich vor 1490 auch in Schwaben aufgehalten haben. Gäbe es bei den Trägerfiguren in St. Lorenz einen Zusammenhang mit den schwäbischen Figuren, so wären die schwäbischen wohl die älteren. Hier besteht allerdings weiterer Forschungsbedarf zum Werk von Adam Kraft. Einstweilen kann nur auf die große formale Ähnlichkeit zwischen dem Öhringer und den Nürnberger Figuren hingewiesen werden.

3.2 Zur Datierung

Die Diskussion um die Datierung der Werkmeisterfiguren aus Öhringen, Rottweil, Heilbronn und Heutingsheim soll hier nur kurz angesprochen werden. Da die Zuschreibung an Anton Pilgram nicht aufrechtzuerhalten ist, erübrigt sich eine relative Chronologie der Werke in bezug auf ihren vermeintlichen Bildhauer. Eine genaue zeitliche Einordnung der schwäbischen Figuren, die hier nicht geleistet werden soll, könnte nur mit Hilfe der Baugeschichte ihres architektonischen Umfeldes geschehen. Aufgrund der spärlich vorhandenen Daten ist eine Datierung aller besprochenen Trägerfiguren in die späten 80er oder frühen 90er des 15. Jahrhunderts anzunehmen. Das Weihedatum der Kirche St. Judas und Simon in Heutingsheim 1487 scheint zunächst darauf hinzudeuten, daß der Heutingsheimer Kanzelträger zu diesem Zeitpunkt bereits existierte. Die formale Ähnlichkeit mit dem Öhringer einerseits und ihre qualitativen Schwächen andererseits, lassen, wie

¹³⁵ Die Figur ist 36,8 cm hoch. Bereits 1589 ist sie in einem Inventar der Herzoglichen Kunstkammer in München verzeichnet. Heute befindet sie sich im Bayerischen Nationalmuseum in München. Sie wird Peter Vischer d. Ä. zugeschrieben. Wegen der Ähnlichkeit mit der Figur an der Nordseite des Sakramentshauses in St. Lorenz, die sich ebenfalls auf einen Ast stützt, wurde auch Adam Kraft als Bildhauer vermutet. Die Figur ist wohl auch italienisch beeinflusst. List verweist auf die Darstellung eines Holzfällers von Antonio Riccio, in: C. List: Kleinbronzen Europas. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 1983, S. 126.

¹³⁶ K. Röthel: Adam Kraft. Das Sakramentshaus, Berlin 1946, S. 17.

oben ausgeführt, jedoch eher darauf schließen, daß sie in Abhängigkeit von der Öhringer Figur entstanden ist.

Auch das Datum der Fertigstellung des Chores von St. Kilian in Heilbronn, ebenfalls 1487, gibt keinen gesicherten Anhaltspunkt für die Entstehung des dortigen Sakramentshauses¹³⁷. Eigentlich wäre es naheliegend, daß das Sakramentshaus während der Errichtung des Sanktuariums entstanden ist. Seeliger-Zeiss behauptet jedoch, die Anordnung der Werksteine deute auf eine nachträgliche Einfügung hin¹³⁸.

Halbauer versucht die Reihenfolge der Entstehung der vier Figuren anhand sich wiederholender Motive festzulegen¹³⁹. Aufgrund seiner Beobachtungen zur Haltung und zu den verwendeten Attributen kommt er zu dem Ergebnis, daß die Heilbronner Statuetten als erste entstanden sein müßten. Da auch die Rottweiler Figur sich – wie die Heilbronner – nicht mit dem Arm auf dem Boden abstützt, nimmt er an, daß der Rottweiler als zweite Figur entstanden ist. Der Bildhauer des Öhringer Kanzelträgers habe anschließend vom Rottweiler die Attribute übernommen und noch weitere hinzugefügt. Die Heutingsheimer Figur sei dann zuletzt entstanden. Der Versuch, eine lineare Entwicklung und Abhängigkeit der Figuren anhand motivischer Argumente aufzuzeigen, ist, so weiß auch Halbauer, problematisch.

Eine vorsichtiger Einteilung der Figuren in zwei Gruppen läßt sich aus formalen Beobachtungen gewinnen: Auf der einen Seite sind die Heilbronner Statuetten in Zusammenhang mit Werkmeisterdarstellungen an der Grafenempore in der Hospitalkirche in Stuttgart zu sehen¹⁴⁰ (Abb. 13). Diese Konsolfiguren sind 1479 entstanden und stammen von Aberlin Jörg, dem Meister der Stuttgarter Bauhütte¹⁴¹. Auffallend ist, daß nicht ein Werkmeister dargestellt ist, sondern daß vier Handwerker mit ihren Werkzeugen zu sehen sind. Auch in Heilbronn sind drei Figuren dargestellt. Die Stuttgarter Figuren besitzen eine auffällige Lebendigkeit. Jede der vier Figuren scheint in Bewegung zu sein. Und auch in Heilbronn spielt die bewegte Haltung der Statuetten eine große Rolle. Die Heilbronner Figuren stehen wie die Darstellungen an der Grafenempore in der Stuttgarter Hospitalkirche in einem traditionellen Verhältnis zu ihrem architektonischen Kontext.

Als zweite Gruppe können der Öhringer, der Heutingsheimer und vermutlich auch der Rottweiler Träger betrachtet werden, die als großplastische einzelne Figuren nicht nur Teil der Ausstattung, sondern konstruktiver Bestandteil der Zierarchitektur waren. Zumindest bei dem Heutingsheimer und dem Öhringer Träger

137 Die Jahreszahl ist an den Chorfenstern zu finden. Beim Einbau der Fenster muß der Chor weitgehend fertiggestellt gewesen sein.

138 *Seeliger-Zeiss* (wie Anm. 6), S. 77.

139 *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 299f.

140 Die Grafenempore wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört.

141 Aberlin Jörg gilt auch als der Erbauer zumindest des Gewölbes des Chores von St. Kilian in Heilbronn. Das Wappen des Baumeisters Jörg taucht an der ev. Pfarrkirche in Korntal-Münchingen, die wohl 1488 vollendet wurde, gemeinsam mit dem Steinmetzzeichen des Bernhard Sporer auf, in: *Halbauer* (wie Anm. 7), S. 300.



Abb. 13 Stuttgart, Hospitalkirche, Grafenempore (zerstört), zwei der insgesamt vier Konsolfiguren (Foto: K. Gerstenberg: *Die deutschen Baumeisterbildnisse des Mittelalters*, Berlin 1966, S. 70; Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft)

spielte die Skulptur im Verhältnis zur Zierarchitektur eine wesentlich dominantere Rolle als in Stuttgart und Heilbronn.

Der Öhringer Kanzelträger wurde in der älteren Literatur aufgrund stilistischer Beobachtungen und der Einordnung in das vermeintliche Frühwerk von Pilgram zwischen 1485 und 1495 datiert¹⁴². Dieser Zeitraum läßt sich durch baugeschichtliche Daten auch belegen.

Das Langhaus wurde im Jahr 1494 geweiht, es muß also zu diesem Zeitpunkt weitgehend fertiggestellt gewesen sein. Mit der Weihe konnte die Kirche wieder liturgisch genutzt werden. Zur Ausübung des Gottesdienstes war die Kanzel ein notwendiges Ausstattungsstück. erinnert man sich dazu an die Situation der

142 Stellvertretend sei Oettingers Datierung 1485–90 genannt, in: *Oettinger* (wie Anm. 73), S. 24.

Geistlichkeit in Öhringen in den neunziger Jahren – 1490 beschwerte sich Kraft VI. beim Bischof über die Pfarrer – so dürfte die Errichtung der Kanzel vor der Weihe der Kirche im Interesse der Pfarrgemeinde und der Stadtherren gewesen sein. Es ergibt sich für den Öhringer Kanzelträger ein terminus ante quem von 1494. Über den Beginn der Bautätigkeit am Langhaus sind wir nicht unterrichtet. Vermutlich wird er um 1485 gelegen haben. Anhand der Kleidung des Kanzelträgers ließ sich ergänzend aufzeigen, daß eine Entstehung der Figur vor den achtziger Jahren auszuschließen ist. Die Öhringer Kanzel wird also in den Jahren zwischen 1485 und 1494 angefertigt worden sein.

Dritter Teil: Die bauplastische und zierarchitektonische Darstellungstradition der Öhringer Kanzel

1. Werkmeisterdarstellungen und ihre Bedeutung am Ende des 15. Jahrhunderts¹⁴³

Im Zusammenhang mit dem Öhringer Kanzelträger interessiert uns vor allem die Motivation eines Werkmeisters, sich an einem sakralen Gebäude darzustellen. Wollte sich der Werkmeister seinen Nachruhm sichern? Ging es ihm darum, sich gegenüber der Konkurrenz anderer Werkmeister und Architekten zu behaupten? Oder wollte er seine Demut vor Gott zeigen? Nahm er die Gelegenheit wahr, sich durch die Präsenz im Gotteshaus um sein eigenes Seelenheil zu bemühen? Inwieweit war die Darstellung des Werkmeisters überhaupt seine eigene Entscheidung? Die auffällige Inszenierung des Öhringer Kanzelträgers mußte mit den Auftraggebern abgesprochen gewesen sein. Welches Interesse könnten die Bauherren an der Darstellung eines Werkmeisters gehabt haben?

Aus theologischer Sicht war die Inszenierung des Künstlers um seiner selbst willen ausdrücklich untersagt, denn Kunstwerke sollten ausschließlich zur Ehre Gottes geschaffen werden¹⁴⁴. Zahlreiche Darstellungen von Künstlern dokumentieren, daß man sich im Mittelalter nicht an dieses Verbot hielt¹⁴⁵. Der Künstler konnte es

143 Der Typus wird in der Literatur meistens als Baumeisterdarstellung oder als Baumeisterbildnis bezeichnet. Der Baumeister war jedoch nach mittelalterlichem Sprachgebrauch der Bauverwalter oder Bauleiter, in: *Gerstenberg* (wie Anm. 98), S. 8. Der Baumeister verwaltete, auch beim Neubau der Stiftskirche in Öhringen, die Baukasse. Außerdem koordinierte er den Bauablauf und nahm die Handwerker unter Vertrag. Der leitende Steinmetz am Bau war der Werkmeister. Dieser wurde zumeist, wie auch in Öhringen, dargestellt. Die korrektere Bezeichnung für den Typus ist also Werkmeisterdarstellung. Eines der wenigen Beispiele auf denen der Baumeister und der Werkmeister gemeinsam dargestellt sind, ist ein Relief im Münster in Basel, Abb. in: *Gerstenberg* (wie Anm. 98), S. 11. Es entstand vermutlich Ende des 12. Jahrhunderts und lehnt sich an antike Darstellungsmodi an, in: *A. Reinle*: Das stellvertretende Bildnis. Plastik und Gemälde von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Zürich/München 1984, S. 119.

144 In der Bibel wird im Galaterbrief 6,14 (*Mihi absit gloriari nisi in cruce domini nostri Jesu Christi*) ausdrücklich darauf hingewiesen, in: *H. Klotz*: Formen der Anonymität und des Individualismus in der Kunst des Mittelalters und der Renaissance, in: *Gesta* 15 (1976), S. 304.

145 *J. Jahn*: Die Stellung des Künstlers im Mittelalter, in: Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, Berlin 1960, S. 153.

umgehen, indem er seine Demut vor Gott zum Ziel der Selbstdarstellung machte¹⁴⁶.

Bei Werkmeistern scheint diese demütige Haltung vor Gott häufig der primäre Zweck der Darstellung gewesen zu sein. Darauf deutet hin, daß die Skulpturen oft an Stellen eines Bauwerkes angebracht waren, die für den Betrachter kaum zu sehen waren¹⁴⁷. Weltlicher Ruhm konnte also wohl nicht die Motivation solcher Darstellungen sein. Die Anwesenheit in einem sakralen Gebäude durch ein stellvertretendes Bildnis bedeutete vielmehr eine größere Nähe zu Gott, denn die Kirche wurde als Abbild des Himmels verstanden¹⁴⁸. An die Präsenz am sakralen Ort war deshalb auch eine ganz konkrete Erwartung geknüpft – die Hoffnung auf Erlösung¹⁴⁹.

Zu dieser auf Gott gerichteten Darstellungsabsicht scheint zu passen, daß Werkmeisterfiguren gar nicht immer als solche zu erkennen sind. Zur Charakterisierung ihrer Tätigkeit am Bau wurden ihnen Werkzeuge beigegeben¹⁵⁰. In anderen Fällen fehlen diese, so daß es schwierig wird zu beurteilen, ob mit der Darstellung überhaupt eine konkrete Person gemeint war¹⁵¹.

Es gibt allerdings auch Fälle, bei denen durch beigefügte Namen die Figur als historische Person gekennzeichnet wurde. Der ganzfigurige Konsolträger an der südlichen Arkadenreihe im Mittelschiff des Magdeburger Domes aus der Mitte des 13. Jahrhunderts beispielsweise wird unter der Darstellung mit dem Namen »Bonensac« bezeichnet. Auch wenn dieser Name letztendlich keine verwertbaren

146 *Klotz* verwendet als Beispiel eine Darstellung eines Kreuzes aus dem Evangeliar des Valerianus, um 600. Der Künstler bildete sich im Kreuz, also sozusagen wörtlich »in cruce domini« ab, in: *Klotz* (wie Anm. 144), S. 303f. Bei Signaturen, die vor allem in Italien im 12. und 13. Jahrhundert an Bauwerken zu finden waren und die häufig an der Fassade einer Kirche angebracht und damit eindeutig auf öffentliche Wirkung ausgerichtet waren, war weltlicher Ruhm ein wesentlicher Zweck der Inschrift. Diese Inschriften, die oft eine übersteigerte Form des Selbstlobes beinhalten, werden interpretiert als das Drängen auf einen sich ändernden Status der Architekten. Nur so ist es zu verstehen, daß derartige Lobeshymnen von den Auftraggebern toleriert wurden, in: *Claussen*, Der mittelalterliche Künstler über sich selbst (wie Anm. 72), S. 38.

147 Als Beispiel sei der Kopf auf der unteren Turmgalerie »im Winkel neben dem Treppenausgang« des Martinsturmes des Basler Münsters genannt. Der Turm wurde zwischen 1488 und 1500 von Hans von Nußdorf ausgebaut, der sich hier vermutlich dargestellt hat, in: *Gerstenberg* (wie Anm. 98), S. 116. Nur selten hat wohl jemand, bevor das Besteigen eines Turmes eine Touristenattraktion wurde, den Kopf gesehen.

148 *H. Sedlmayr*: Die Entstehung der Kathedrale, Freiburg 1993, S. 96.

149 *Legner* reagiert mit seiner Argumentation auf den Beitrag von *Klotz* (wie Anm. 144). *Legner* beschäftigt sich nicht mit Werkmeisterdarstellungen, sondern mit Buchmalerei. Dennoch erscheint mir seine Argumentation auch für die skulpturalen Darstellungen an Bauwerken überzeugend. *A. Legner*: *Illustre manus*, in: *Ornamenta Ecclesiae*. Kunst und Künstler in der Romanik, Bd. 1, Ausst.-Kat. Schnütgen Museum, Köln 1985, S. 206.

150 Aufgrund der Attribute zwischen Steinmetzen, Architekten und Bildhauern zu unterscheiden, wie *Gerstenberg* dies vorschlägt, ist problematisch, weil die Trennung der Berufe so nicht bestand, in: *K. Gerstenberg*: »Bildhauerbildnis«, in: *O. Schmitt* (Hrsg.): *Reallexikon der deutschen Kunstgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1948, Sp. 618. Gerade Bernhard Sporer, aber auch Hans Hammer in Straßburg waren in erster Linie Steinmetz-Architekten, die auch als Steinbildhauer tätig waren. Andere wie Tilman Riemenschneider oder Adam Kraft waren dagegen hochspezialisierte Bildhauer. Schnittpunkt beider Berufsgruppen war die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts so häufig auftretende Zierarchitektur. Es ist interessant zu beobachten, daß sich z. B. Aberlin Jörg in der Hospitalkirche in Stuttgart mit einem Plan in Händen dargestellt hat. Adam Kraft dagegen ist bezeichnenderweise mit Schlegel und Meißel eindeutig als Bildhauer charakterisiert.

151 *Claussen*, Der mittelalterliche Künstler über sich selbst (wie Anm. 72), S. 28.

Informationen beinhaltet, weil der Referenzrahmen fehlt, so schuf der Werkmeister dadurch doch die Möglichkeit, daß sein Name im Zusammenhang mit dem Magdeburger Dom verbreitet wurde. Dies war wohl schon angesichts des auffällig gewählten Standortes der Figur die Absicht dieses Werkmeisters.

Persönlicher Ruhm und Stolz auf sein Werk scheint zunächst auch bei der um 1375 entstandenen Büste des Peter Parler auf der Nordseite des Triforiums im Veitsdom in Prag im Vordergrund der Darstellung zu stehen. Parler ist als Dombaumeister zusammen mit den Darstellungen von Karl IV., dessen Familie, drei Erzbischöfen, vier Baurektoren und der Büste seines Vorgängers Matthias von Arras dargestellt¹⁵². Dem Betrachter wird hier sogar auf zwei Wegen mitgeteilt, wer dargestellt ist: zum einen durch das Steinmetzzeichen der Parler und darüber hinaus durch eine Inschrift unterhalb der Büste, die heute allerdings kaum noch zu sehen ist. Außerdem ist die Figur durch porträthafte Gesichtszüge als historische Person gekennzeichnet. Wegen der ungewöhnlichen Darstellung der Werkmeister in einem Büstenzyklus gemeinsam mit höchsten gesellschaftlichen Repräsentanten wird im Zusammenhang mit der Parlerbüste üblicherweise auf ein gesteigertes Selbstbewußtsein des Baumeisters und auf seinen gesellschaftlichen Aufstieg als Hofkünstler hingewiesen. Damit wird aber die freie Entscheidung des Werkmeisters sich selbst darzustellen, überschätzt. Die Büsten Peter Parlers und seines Vorgängers Matthias von Arras gehen nicht auf die Initiative des Architekten zurück. Grund der Darstellungen war vermutlich eher das Anliegen Karls IV., den geschichtlichen Bauverlauf des Prager Veitsdomes darzustellen¹⁵³. Neben den weltlichen und geistlichen Bauherren wurden deshalb auch die für die Bauausführung verantwortlichen Werkmeister abgebildet.

Überträgt man die oben gemachten Beobachtungen auf den Öhringer Kanzelträger, so läßt sich folgendes festhalten: Ob der Bildhauer des Öhringer Kanzelträgers an den architektonischen Teilen der Kanzel zusätzlich auf seine Person hingewiesen hat, wissen wir nicht. Allein der Standort der Öhringer Figur deutet jedoch darauf hin, daß – wie beim Magdeburger Konsolträger – ein gewisser Stolz des Werkmeisters auf seinen Bau eine Rolle spielte.

Betrachtet man Werkmeisterdarstellungen unter formalen Gesichtspunkten, so fällt auf, daß sie meistens in unmittelbarem Kontext mit dem vom jeweiligen Werkmeister errichteten Bauwerk anzutreffen sind. Häufig waren sie als figürliche Konsolträger angebracht.

Um der Bedeutung der tragenden Werkmeisterdarstellung näherzukommen, wurde in der Literatur immer wieder auf antike Atlanten Bezug genommen. Das mythologische »Urbild« der antiken Atlanten ist die Figur des Atlas selbst. Seine Aufgabe, den Himmel zu tragen, wurde in der Antike gelegentlich als Strafe

152 V. Schwarz: Peter Parler im Veitsdom. Neue Überlegungen zum Prager Büstenzyklus, in: M. Winner (Hrsg.): Der Künstler über sich in seinem Werk, Weinheim 1992, S. 55.

153 Schwarz, S. 57. Es spielte außerdem, laut Schwarz, dynastische Repräsentation eine Rolle. Darüber hinaus war wohl der Veitsdom auch als Sepulkralraum Anlaß für den Zyklus, der dadurch einen memorialen Aspekt erhielt.

verstanden. Herbert v. Einem sieht die Buße, die mit dem Tragen abgegolten werde, bei antiken Darstellungen wie dem Atlas Farnese ausgedrückt¹⁵⁴. Bei Atlanten an mittelalterlichen Kirchen, so v. Einem, sei dieser Aspekt im Sinne der christlichen Lehre, also der Demut vor Gott, übernommen worden.

Zum Gestus des Tragens gehörten häufig verzerrte Gesichtszüge, die auch beim Öhringer Kanzelträger die Mühsal veranschaulichen. Dieses Motiv des mühevollen Tragens wird bei dem Grundsteinlegungsrelief aus dem Ulmer Münster, das in den 1380er Jahren entstanden ist, ebenso deutlich wiedergegeben¹⁵⁵. Das Relief ist in zwei Bildzonen unterteilt. In der oberen Hälfte ist eine Kreuzigungsszene zu sehen. Im unteren Feld trägt der Werkmeister auf seinem gebeugten Rücken die ganze Kirche. Gerstenberg vermutet, daß es sich um Heinrich II. Parler handeln könnte¹⁵⁶. Der Werkmeister wird von dem Stifterehepaar eingerahmt, das mit leichter Hand das Tragen unterstützt.

Offensichtlich wurde mit dem unterschiedlichen Modus des Tragens die gesellschaftliche Rolle der jeweiligen Personen zur Anschauung gebracht: Der Stifter als derjenige, der die Entstehung des Werkes finanziell ermöglicht hat, setzt sich – die Inschrift zwischen den beiden Bildzonen verdeutlicht dies – mit dem Relief ein Denkmal. Der Werkmeister wird als derjenige gezeigt, der den Bau realisiert und der Verantwortung für das Gebäude übernimmt. Gleichzeitig kommt sein Stolz auf das unter seiner Leitung geschaffene Bauwerk zum Ausdruck, denn das ganze Gebäude ruht auch auf ihm.

Das Ulmer Münster war ein Bauprojekt der aufstrebenden Bürgerschaft in Ulm, die eine Pfarrkirche errichten wollte¹⁵⁷. Die riesige Kirche repräsentiert eindrucksvoll den Anspruch, den die Ulmer Bürgerschaft im 14. Jahrhundert besaß. Mit dem Grundsteinlegungsrelief wird auch zum Ausdruck gebracht, daß Bürger diesen Bau realisiert haben, daß er von Menschenhand geschaffen wurde. Die geistesgeschichtliche Haltung, die Hintergrund einer solchen Darstellung war, ist damit in gewisser Weise der der Parlerbüsten im Prager Veitsdom vergleichbar. Wenn auch die Darstellungsweise der Büsten eine aufwendige höfische Form ist und der einfachen, traditionellen Form des Grundsteinlegungsreliefs diametral entgegengesetzt ist, so scheint die Aussage bei den Beispielen von Ulm und Prag insofern ähnlich, als die beiden Gebäude dezidiert als von Menschen geschaffene verstanden wurden¹⁵⁸. In beiden Fällen inszenierte sich der Bauherr als Stifter des

154 H. v. Einem: Das Stützengeschoß der Pisaner Kanzel. Gedanken zum Alterswerk von Giovanni Pisano, Köln 1962, S. 39.

155 J. Gaus: Dedicatio Ecclesiae. Zum Grundsteinlegungsrelief im Münster zu Ulm, in: 600 Jahre Ulmer Münster, Ulm 1977, S. 60.

156 Gerstenberg (wie Anm. 98), S. 50f. Gaus unterstützt die Vermutung, in: Gaus: Dedicatio (wie Anm. 155), S. 62.

157 Boockmann (wie Anm. 16), S. 56.

158 C. Claussen: Kathedralgotik und Anonymität 1130–1250, in: Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte 46/47 (1993/1994), S. 151. Claussens hat beobachtet, daß in der Zeit von 1130–1250 bei den großen Kathedralen, die im französischen Kronland errichtet wurden, keine Namen von Werkmeistern überliefert sind. Entscheidender Grund dafür sei, daß die Kathedrale als Wunder aufgefaßt worden sei, das aussehen sollte, als sei es nicht von Menschenhand geschaffen worden.

Gebäudes; der Werkmeister wurde als derjenige mitdargestellt, der den Bau ausgeführt hat.

Das Tragen als Geste der Verantwortung, die der Werkmeister für das Gebäude übernimmt, spielt noch bei einer weiteren, dritten Deutung der Haltung eine Rolle. Diese Deutung knüpft ebenfalls an den antiken Atlas an. Gaus weist darauf hin, daß Atlas seit frühester Zeit eine kosmologische Bedeutung besaß. »So meinte noch das Mittelalter in einem allegorischen Sinne, Atlas kenne den Himmel; man hielt ihn für einen großen Astronomen, der die ›scientia caeli‹ besitze«¹⁵⁹. Durch das Atlantenmotiv sei auch formal veranschaulicht worden, daß dem Baumeister Einsicht in die göttliche Harmonie und die Zahlengesetze gegeben waren, »die der Architekt in seinem Kirchenbau als einem simile des göttlichen Weltenbaues zu verwirklichen suchte«¹⁶⁰.

Eine andere Verbindung zwischen Gott als Weltenschöpfer und dem Architekten als Schöpfer des Abbildes der Wertschöpfung, nämlich der Kirche, ist die gelegentliche Darstellung eines Werkmeisters mit einer Uhr, die den Kosmos symbolisiert. Bekanntestes Beispiel dafür ist die Darstellung an der Fassade des Südquerhauses des Straßburger Münsters aus dem Jahr 1493. Über einer Sonnenuhr lehnt sich ein bärtiger Mann als Halbfigur aus einem aus Astwerk gebildeten fensterartigen Giebel heraus.

Ein anderes Beispiel ist eine Darstellung an einem Chorpfeiler der Georgskirche in Dinkelsbühl. Über der Uhr ist die Büste des Werkmeisters Nikolaus Eseler zu sehen, die wiederum als Konsole einer ganzfigurigen Darstellung des Hl. Bartholomäus dient. Die Dinkelsbühler Figur nimmt beide möglichen Bedeutungen einer Werkmeisterdarstellung auf. Auf der einen Seite ist der Architekt durch seine auf rationalen Einsichten beruhenden Erkenntnisse befähigt, ein schöpferisches Werk zur Ehre Gottes zu schaffen. Hinweis darauf ist die Darstellung im Kontext mit der Sonnenuhr. Durch sein Tragen dokumentiert er aber auch gleichzeitig Demut und Verantwortung gegenüber dem Gebäude. Beide Bedeutungsstränge können bei dem Typus der tragenden Werkmeisterdarstellungen eine Rolle spielen.

Seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ist zu beobachten, daß Werkmeisterdarstellungen nicht mehr nur als Trägerfiguren zu finden sind. Die Darstellungen wurden größer und rückten stärker in das Blickfeld des Betrachters. Es gab Werkmeisterdarstellungen, die einen ungewöhnlichen, überraschenden Standort an einem Bauwerk einnahmen, wie etwa die Darstellung des Mannes auf der Brüstung des Turmoktogons am Straßburger Münster¹⁶¹. Zu nennen wäre in

159 J. Gaus: Weltbaumeister und Architekt. Zur Ikonographie des mittelalterlichen Baumeisterbildes und seiner Wirkungsgeschichte, in: *G. Binding* (Hrsg.): Beiträge über Bauführung und Baufinanzierung im Mittelalter, Köln 1974, S. 71.

160 Gaus: Weltbaumeister (wie Anm. 159), S. 72. Der Architekt wird von Gaus also beschrieben als jemand, der als Instrument Gottes das Abbild des Himmels als Kirche schafft. Der Kosmos wurde seinerseits als ein geplantes Kunstwerk angesehen, als ein – nach Augustinus – auf Maßen, Zahlen und Gewichten beruhendes System. Weil die Schöpfung auf rationalen Einsichten beruhte, konnte dies auf eine Kirche als Abbild der Schöpfung übertragen werden.

161 Dargestellt ist wohl Ulrich von Ensingen, der 1399 den Auftrag erhielt, den Westturm des Straßburger Münsters zu bauen, in: *Gerstenberg* (wie Anm. 98), S. 157.

diesem Zusammenhang auch der Mann, der über die Brüstung der Sängerempore im südlichen Querhaus des Straßburger Münsters auf den Engelspfeiler schaut. Bei dieser Darstellung ist in künstlerischer Hinsicht das Anliegen der ober-rheinischen Bildhauer in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zu beobachten, die Darstellungen in einen »realistischen« Kontext einzubinden¹⁶².

Auch im Hinblick auf die Öhringer Werkmeisterdarstellung wurde bereits herausgearbeitet, daß mit dem Tragen der Last das Schaffen einer nach menschlicher Erfahrung möglichen Situation die Darstellungsabsicht des Bildhauers war. Nach den bisher ermittelten Bedeutungen der Werkmeisterdarstellungen scheint die Öhringer Figur einerseits durch ihre Größe und ihren Standort das Selbstbewußtsein und den Stolz des Werkmeisters auf seine Fähigkeiten zum Ausdruck zu bringen. Andererseits spielt das Tragen bei der Öhringer Figur eine so bestimmende Rolle, daß darin zugleich ein Humilitas-Gestus gesehen werden kann.

Der auffallende Standort des Öhringer Kanzelträgers mußte, wie oben erwähnt, von den Auftraggebern der Kanzel sanktioniert worden sein. Welches Interesse ein Auftraggeber an einer solchen Werkmeisterdarstellung gehabt haben könnte, soll zunächst am Beispiel der Figuren des Adam Kraft am Sakramentshaus in St. Lorenz nachgegangen werden, die einen dem Öhringer vergleichbaren Standort besitzen.

Bei dem Sakramentshaus des Adam Kraft sind wir über den Auftraggeber unterrichtet. Das Werk war eine private Stiftung des Nürnberger Patriziers Hans Imhof d. Älteren. In dem erhaltenen Vertrag zwischen ihm und Adam Kraft wurden die drei großen Darstellungen der Werkmeister nicht erwähnt. Festgehalten wurde lediglich das christliche Figurenprogramm, zu dem die Werkmeisterdarstellungen nicht zählten. Dennoch muß Imhof mit den Darstellungen einverstanden gewesen sein. Möglicherweise betrachtete der Auftraggeber die Figuren als Steigerung des künstlerischen Wertes des Werkes. Dies machte die Stiftung vor Gott, aber natürlich auch in den Augen der Gläubigen wertvoller.

Die Figuren, die eine trompe-l'oeil-Effekt erzielten, lenkten außerdem die Aufmerksamkeit auf das Werk. Insofern kann ihnen eine Vermittlerfunktion zwischen Betrachter und Werk zugeschrieben werden. Auch die Attraktivität der Stiftung lag wohl im Interesse des Hans Imhof. Beide Darstellungsabsichten, die künstlerische Steigerung des Werkes und eine zusätzliche Attraktivität für den Betrachter, können auch beim Öhringer Kanzelträger unterstellt werden. Bei der Öhringer Figur waren die Interessen aber wahrscheinlich nicht die eines privaten Stifters, sondern die der Pfarrgemeinde oder der Stadtherren.

Die Vermittlerrolle der Nürnberger und der Öhringer Figuren zum Betrachter ist ein Thema, das bereits in der Skulptur des 14. Jahrhunderts ähnlich auftaucht. An

162 Eine weitere Erklärung für die zunehmend auffallenden Darstellungen einzelner Werkmeister im 14. und 15. Jahrhunderts ist, daß sie Bestandteil einer Teilarchitektur sind, die in ein bereits bestehendes Bauwerk integriert wurde. Der Baumeister trat damit beinahe zwangsläufig in Konkurrenz zu seinen Vorgängern. Vielleicht entstand auch aus diesem Grund das Bedürfnis, die eigene Person auffällig zu inszenieren. Im Falle des Öhringer Kanzelträgers könnte man an das wahrscheinlich konkurrierende Verhältnis von Bernhard Sporer und Hans von Aurach denken.

der Südfassade des Querhauses von St. Marien in Mühlhausen in Thüringen sind, wie in Prag, Karl IV. und seine Gemahlin auf einem Altan stehend dargestellt, wie sie auf den Herantretenden hinunterblicken. Auch hier hat die Darstellung einen »direkten Realitätsbezug zur Seinssphäre des Betrachters«, und auch hier sind die Skulpturen realistisch in den architektonischen Kontext integriert¹⁶³. Der entscheidende Unterschied zu den einhundert Jahre später entstandenen Figuren in Öhringen und Nürnberg ist, daß mit der Darstellung des Kaiserpaares ihre hieratische Stellung zwischen gemeinem Volk und Gott« veranschaulicht werden sollte. Die Öhringer und die Nürnberger Figuren dagegen zeichnen sich gerade dadurch aus, daß die Distanz zum Betrachter weitgehend abgebaut worden war. Dies hing eng mit der Funktion der Zierarchitektur zusammen, die ganz auf die Volksfrömmigkeit in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts ausgerichtet war. Mit der Kanzel als Zierarchitektur wollen wir uns im folgenden Kapitel beschäftigen. Der Kreis soll damit geschlossen und die Öhringer Figur wiederum in ihrem architektonischen Kontext betrachtet werden.

2. Kanzeln als neue kirchliche Ausstattungsstücke im 15. Jahrhundert

In den beiden Teilen dieses Kapitels soll versucht werden, die Kanzel als Ausstattungsstück im Hinblick auf den Öhringer Kanzelfuß zu betrachten¹⁶⁴. Der erste Teil gilt der Bedeutung der Kanzel als schwebende Sphäre. Im zweiten Teil wird die Funktion einer Kanzel innerhalb der kirchlichen Ausstattung beschrieben.

Erst seit dem 15. Jahrhundert gibt es Kanzeln als fest eingebautes Ausstattungsstück in Kirchen. Besonders in dem für uns relevanten Zeitraum, dem Ende des 15. Jahrhunderts, wurden außerordentlich viele Kanzeln gebaut. Sie wurden gleichermaßen in bedeutenden Bischofskirchen wie auch in kleinen Pfarrkirchen errichtet. Damit wurde zum ersten Mal ein fester Ort für die Predigt geschaffen¹⁶⁵.

2.1 Die Kanzel als schwebende Sphäre

Vor dem 15. Jahrhundert nutzte man zum Predigen mobile Holzpodeste. In der frühchristlichen Kirche wurde von Ambonen gepredigt, und seit Anfang des 13. Jahrhunderts verwendete man auch den Lettner zu diesem Zweck. Ambonen wurden seit dem 4. Jahrhundert in der oströmischen Kirche und seit dem 6. Jahr-

163 Die Darstellung des Kaiserpaares entstand um 1370/ 80, in: S. Czymbek: Wirklichkeit und Illusion, in: Die Parler und der schöne Stil 1350–1400. Europäische Kunst unter den Luxemburgern, Bd. 3, Köln 1978, S. 240.

164 Es gibt über Kanzeln erstaunlich wenig kunsthistorische Literatur. Die jüngeren Arbeiten zu Kanzeln beschäftigen sich mit Spezialthemen wie Kanzelaltären oder Außenkanzeln, oder mit bestimmten Regionen. Der Schwerpunkt dieser Arbeiten liegt auf dem systematischen Erfassen der Kanzeln, weniger auf der Funktion und Bedeutung eines Predigtortes.

165 Die Kanzel wird begrifflich über ihre Funktion definiert. Nur der Ort, der primär zur Predigt genutzt wird, heißt Kanzel, in: P. Poscharsky: Die Kanzel. Erscheinungsform im Protestantismus bis zum Ende des Barock, Gütersloh 1963, S. 11. Der Begriff Kanzel wird daher erst für den Predigtort, wie er seit dem 15. Jahrhundert auftaucht, verwendet. Claussen spricht auch von Kanzeln an Ambonen und beschreibt damit die oft polygonalen korbähnlichen Vorsprünge an Ambonen, in: P. C. Claussen, Magistri Doctissimi Romani. Die römischen Marmorkünstler des Mittelalters, Stuttgart 1987, S. 62.

hundert in Italien errichtet¹⁶⁶. Nördlich der Alpen gab es nur wenige Ambonen. Berühmt ist der unter Heinrich II. Anfang des 11. Jahrhunderts in der Pfalzkapelle in Aachen errichtete Ambo, der interessanterweise Anfang des 15. Jahrhunderts zu einer Kanzel umgebaut wurde¹⁶⁷.

Ambonen besaßen häufig zwei Treppen und eine Standfläche, die mehreren Personen Platz bot. Das Herauf- und Herabsteigen, das durch die zwei Treppen Prozessionscharakter bekam, war wohl Bestandteil der kultischen Handlung. Als erhöhter und dadurch besonders ausgezeichnete Ort stand der Ambo im Zentrum verschiedener kultischer Gebräuche¹⁶⁸. Er war in erster Linie der Ort, von dem aus die Evangelien und Epistel vorgetragen wurden¹⁶⁹.

Möglicherweise sollte der Ambo an den Berg erinnern, von dem Christus predigte¹⁷⁰. Honorius Augustodensis sah im 12. Jahrhundert in der Höhe und der Bestimmung des Ambo das Leben der Vollkommenen vorgebildet, zu dem man nur durch das Evangelium gelangen konnte¹⁷¹.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß Kanzeln, die dann ab der Mitte des 15. Jahrhunderts in größerer Zahl auftauchen, entwicklungsgeschichtlich nicht mit Ambonen zusammenhängen. Befürworter genealogischer Überlegungen sehen den Vorläufer der Kanzeln des 15. Jahrhunderts eher in den einfachen Holzkonstruktionen, die herumziehende Prediger benutzten¹⁷².

Am Beispiel einer der ältesten erhaltenen Steinkanzeln nördlich der Alpen soll deutlich gemacht werden, daß mit einer Kanzel tatsächlich ganz andere Darstellungsabsichten verfolgt wurden als bei einem Ambo. Diese Kanzel steht in St. Martin in Landshut und stammt aus dem Jahr 1422. Es ist interessant, daß die Treppe der Kanzel innerhalb des Pfeilers, an dem sie steht, verläuft. Der Prediger tritt demzufolge aus dem Inneren des Pfeilers heraus, er erscheint plötzlich. Anstelle des prozessionsartigen Herauf- und Herabsteigens über zwei verschiedene Treppen, das beim Ambo von den Gläubigen mitvollzogen werden sollte, scheint bei dieser Kanzel das überraschende Auftauchen des Predigers intendiert gewesen

166 L. Reygers: »Ambo«, in: O. Schmitt (Hrsg.): Reallexikon der deutschen Kunstgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1937, Sp. 628.

167 Abb. bei A. Reinle: Die Ausstattung deutscher Kirchen im Mittelalter. Eine Einführung, Darmstadt 1988, S. 41.

168 G. Adriani: Der mittelalterliche Predigtort und seine Ausgestaltung, Tübingen 1966, S. 79.

169 Es gab Kirchen, die zwei Ambonen besaßen. In einem solchen Fall wurden die Evangelien auf der Nordseite des Mittelschiffes, die Epistel auf der Südseite gelesen. Es gibt verschiedene Ansichten darüber, von welcher Seite aus gepredigt wurde. Laut Rademacher wurde von dem Ambo, von dem die Epistel gelesen wurden, auch gepredigt, in: Rademacher (wie Anm. 71), S. 249.

170 J. Sauer: Symbolik des Kirchengebäudes und seiner Ausstattung in der Auffassung des Mittelalters, Freiburg i. Br. 1924, S. 129f. In einer Schrift von Innozenz III., Anfang des 13. Jahrhunderts, heißt es: *diaconus ergo in ambonem ascendit ut annuntiet evangelium . . . nam et ipse dominus ascendit in montem ut evangelium praedicaret*, zit. nach: Adriani (wie Anm. 168), S. 78.

171 Sauer, S. 130.

172 Poscharsky (wie Anm. 165), S. 16. Auch die Lesekanzel in den Refektorien der Klöster wird als Vorläufer der spätgotischen Kanzeln betrachtet, in: Rademacher (wie Anm. 71), S. 149. Interessant sind die Überlegungen Adrianis zum Standort der Refektoriumskanzeln. Er weist nach, daß die Sitzordnung der Mönche auf die Lesekanzel ausgerichtet war. Die Kanzel wird dort zum richtungsweisenden Ausstattungsgegenstand, in: Adriani (wie Anm. 168), S. 64.

zu sein. Ebenfalls im Gegensatz zum Ambo kann auf einer Kanzel zumeist nur eine Person stehen und der Prediger ist ringsum von dem Korb umschlossen.

Die Landshuter Kanzel besitzt einen großen sog. Schalldeckel aus der Entstehungszeit, der den Ort, an dem der Prediger steht, zu einer nach oben abgeschlossenen Sphäre macht. Die Funktion des Kanzeldeckels ist eine »Auszeichnung des Darunterbefindlichen«¹⁷³. Der Schalldeckel ist also ein baldachinartiges Element. Der Landshuter Kanzelkorb steht auf einem erstaunlich schwächtigen Fuß. Das eigentliche Gewicht des Korbes ruht auf einer Konsole, die durch den Fuß verdeckt wird. Durch das Verbergen des Zuganges und durch den zu schwächtigen Fuß entsteht eine vom Boden gelöste Sphäre. Einen auf diese Weise schwebenden, durch den Schalldeckel ausgezeichneten Raum zu erzeugen, in den der Prediger plötzlich eintrat, scheint ein wesentlicher Aspekt der Gestaltung dieser Kanzel zu sein. Denn das gepredigte Wort wurde als unmittelbares Wort Gottes verstanden und der Prediger dementsprechend als Verkünder des in Jesus erschienenen Heils¹⁷⁴. Der Kanzelraum sollte daher, so ist zu vermuten, eine überirdische Sphäre darstellen.

Dieser Eindruck des Schwebens wird auf andere Weise bei der Kanzel im Münster von Basel hervorgerufen. Sie stammt aus dem Jahr 1484. Die gesamte Kanzel erinnert an eine kelchartig vegetabile Form, die sich am Korb organisch erweitert¹⁷⁵. Der Boden des Korbes, der bei anderen Kanzeln durch Gesimse hervorgehoben wird, ist in Basel von außen nicht zu erkennen. »Das Auge verlangt einen Anhaltspunkt für den Standpunkt des Predigers, der hier vollständig fehlt, so daß man ... ein Gefühl der Unsicherheit nicht überwinden kann in der unwillkürlichen Befürchtung, der Prediger möchte in dem breiten Fuß versinken«¹⁷⁶. Das Verunklären der Standfläche der Kanzel konnte aber, aus oben genannten Gründen, auch bewußt inszeniert gewesen sein.

Auch das ikonographische Programm einiger Kanzeln unterstützt die Vermutung, die Kanzel sei als überirdische Sphäre zu verstehen. Einige sehr aufwendig ausgestattete Kanzeln wie die im Straßburger Münster besaßen ein umfassendes Figurenprogramm¹⁷⁷. Adriani interpretiert den Aufbau der Kanzel als Gottesstadt, die den Prediger als »Advocatus Dei« tragen, erheben und stützen soll¹⁷⁸. Auch mit architektonischen Mitteln werde, laut Adriani, die symbolische Bedeutung der Kanzel als »Abbild des Himmels« veranschaulicht. An Kanzeln würden Architekturteile wieder aufgenommen, die die Kirche als Großarchitektur zur symbolischen Bedeutung des »Himmlischen Jerusalem« hatte werden lassen. Adriani behauptet sogar, daß die Kanzel als selbständiges »Einzelmonument« im

173 *Adriani* (wie Anm. 168), S. 110. Schalldeckel wurden nicht aus akustischen Gründen errichtet.

174 *A. Niebergall*: Die Geschichte der Predigt, in: *K. Galling* (Hrsg.): Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, Bd. 5, Tübingen 1961, Sp. 516.

175 Es gibt die Überlegung, daß vegetabile Formen an Kanzeln Hinweise auf den Lebensbaum sein sollten, als ein Sinnbild für das Paradies, in: *Adriani* (wie Anm. 168), S. 106.

176 *Rademacher* (wie Anm. 71), S. 180.

177 Zur Rekonstruktion der ursprünglichen Aufstellung der Figuren und den Änderungen, die vorgenommen wurden vgl. *Recht* (wie Anm. 97), S. 229–231.

178 *Adriani* (wie Anm. 168), S. 103.

15. Jahrhundert die Bedeutung der Kathedralen als Himmelsstadt ablöste¹⁷⁹. Es erscheint jedoch problematisch, die symbolische Bedeutung der Kathedralen um 1200 auf eine Kanzel des späten 15. Jahrhunderts zu übertragen. Die Absicht, die hinter dieser ausgesprochen aufwendig inszenierten Zierarchitektur steckte, müßte noch genauer untersucht werden. Die prächtige Ausstattung in Straßburg hing wohl auch damit zusammen, daß die Kanzel für einen zu dieser Zeit berühmten Prediger, Johann Geiler von Kaysersberg, errichtet worden war. Dieser war sehr wahrscheinlich an der Zusammenstellung des ikonographischen Programmes beteiligt¹⁸⁰. Die meisten anderen Kanzeln besaßen dagegen kein von Theologen ausgearbeitetes Programm. Darauf deutet die relativ stereotype Darstellung entweder der Kirchenväter oder der Evangelisten hin.

Für unseren Zusammenhang ist zunächst die folgende Beobachtung von Bedeutung: Der gemeinsame Nenner des umfassenden Figurenprogrammes und des diaphanen Aufbaus der Straßburger Kanzel auf der einen Seite und der Landshuter und der Basler Kanzel auf der anderen Seite war es, die Kanzel als einen besonders ausgezeichneten Ort, als eine vom Boden gelöste Sphäre hervorzuheben.

Die Absicht, eine schwebende Sphäre zu errichten, spielte vermutlich auch beim figürlichen Fuß der Öhringer Kanzel eine zentrale Rolle. Die Verknüpfung der Kanzelarchitektur mit einer Werkmeisterdarstellung bot die Möglichkeit, eine »realistische« Form für das Loslösen des Kanzelkorbes vom Boden zu finden. Gleichzeitig konnte der Erbauer der Kanzel den Predigtort durch die Figur besonders auszeichnen.

2.2 Die Funktion einer Kanzel

Es wurde zu Beginn des Kapitels bereits gesagt, daß Kanzeln in erster Linie der Predigt dienten. Predigten sind wiederum mündliche Vorträge, über die es kaum Aufzeichnungen gibt. Zwar sind zahlreiche Predigtbücher, sog. Homilien, erhalten, aber zwischen diesen Sammlungen von Musterpredigten und den praktischen Ausführungen des Predigers auf der Kanzel herrschten große Unterschiede¹⁸¹. Die Mehrzahl der Pfarrer predigte im 15. Jahrhundert wohl nur selten, schon weil sie aufgrund mangelnder Bildung dazu nicht gerüstet waren und ihre Aufgabe eher im Vollziehen der eucharistischen Feier sahen.

Außer diesen Gemeindepfarrern gab es aber berühmte Prediger, die rhetorisch außerordentlich geschickt waren und es verstanden, große Massen in Erregung zu

179 Ebd., S. 99f.

180 An der Kanzel taucht auffälligerweise dreimal eine Johannesfigur auf. Zweimal der Evangelist und einmal die Darstellung Johannes des Täufers. Der Prediger Geiler verehrte die beiden Heiligen, die seine Namenspatrone waren, besonders. Geiler schätzte außerdem Johannes Chrysostomus, einen berühmten Prediger aus dem ausgehenden 4. Jahrhundert, der möglicherweise auch an der Kanzel dargestellt ist. Ein Gedicht zu Ehren von Geiler, von seinem Freund, dem Amtsmeister Peter Schott verfaßt, läßt dies vermuten. Die drei »Johannes«, Johann Geiler, der Evangelist und Chrysostomus werden darin als Prediger gepriesen, in: *Recht* (wie Anm. 97), S. 228

181 Wohl die erste Predigtsammlung stellte Paulus Diaconus unter Karl d. Große zusammen, der der Predigt eine hohe Bedeutung zumaß. Die Sammlung bestand aus einer Reihe von Predigten der Kirchenväter, in: *Rademacher* (wie Anm. 71), S. 125.

versetzen¹⁸². Diese Prediger waren häufig Bettelmönche. Die Bettelorden begannen im 13. Jahrhundert damit, sich die Predigt und damit die direkte Ansprache der Gläubigen als Reforminstrument zunutze zu machen. Sie bekamen das päpstliche Privileg, überall zu predigen, auch außerhalb ihrer Parochie¹⁸³. »In den 80er Jahren des 14. Jahrhunderts begannen die großen Missionsunternehmungen, die Tournen der nomadischen Prediger. Das Volk erwartete Wunder von ihnen . . . vor allem eine Regeneration seines Lebens, Wege zu einem seligmachenden Tod«¹⁸⁴.

Das Interesse der Gläubigen an umherziehenden Predigern war groß, zumal wenn der Pfarrer der Gemeinde nicht predigte. Es wurde zu Anfang der Arbeit gesagt, daß es auch in Öhringen diese umherziehenden Geistlichen gab. 1497 wurde von Kraft VI. diesen *fremde persone geistlichs ständs* das Betreten der Stadt untersagt, da die weltliche und die geistliche Obrigkeit die aufwiegeln den Reden der Geistlichen als eine ernste Gefahr einschätzte.

Als Reaktion der Kirche auf diese unkontrollierbaren Wanderprediger wurden Ende des 15. Jahrhunderts zahlreiche Predigerstellen eingerichtet. Bei den Predigern, die diese Stellen innehatten, wurde größten Wert auf eine qualifizierte theologische Ausbildung gelegt. Die personelle Teilung zwischen Priester und Prediger aber hatte zwei unterschiedliche Gottesdienste zur Folge. Es entstand die Trennung in Sakramentsgottesdienst und Predigtgottesdienst¹⁸⁵. In den Predigtgottesdiensten wurde die Kanzel zum Mittelpunkt des Geschehens. Dadurch verlagerte sich das religiöse Zentrum, das bisher im Osten einer Kirche lag, auf einen zweiten Schwerpunkt im Mittelschiff, wo die Kanzel stand.

Es muß in unserem Zusammenhang noch einmal betont werden, daß die Predigt Ende des 15. Jahrhunderts zu »einem Faktor des öffentlichen Lebens, zum Zeichen einer gewissen Mündigkeit der Gemeinde geworden« war¹⁸⁶. Die Predigt war der einzige Abschnitt des Gottesdienstes, in dem die Gläubigen unmittelbar angesprochen wurden und in dem auf aktuelle Fragestellungen und Bedürfnisse eingegangen werden konnte. Vor allem die umherziehenden Prediger bedienten sich, in dem Bemühen, die Gläubigen mit ihren Botschaften zu erreichen, einer einfachen Sprache. Sie übertrugen die »heilige Rede in den alltäglichen Dialekt. Sie verallgemeinerten ihre Themen, so daß sie im Niveau auch der unkultiviertesten Hörer-

182 Wir wissen, welchen ungeheueren Eindruck die großen Prediger machten, die Erregung aber, die von ihnen ausging, nachzuempfinden, ist uns nicht gegeben. Aus der geschriebenen Überlieferung der Predigt dringt sie nicht zu uns durch«, in: *J. Huizinga: Herbst des Mittelalters. Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden*, Stuttgart¹¹1975, S. 269.

183 Die Dominikaner erhielten beispielsweise 1216 von Honorius III. das Privileg, überall predigen zu dürfen, in: *Adriani* (wie Anm. 168), S. 68.

184 *G. Duby: Die Zeit der Kathedralen. Kunst und Gesellschaft 980–1420*, Frankfurt/ M. 1992, S. 387.

185 »Ist schon der Bildungsunterschied zwischen dem Prädikanten und dem nur die Messe lesenden Klerus beträchtlich, so ist aber für die Trennung der Umstand noch bedeutender, daß der Prädikant nicht das Recht hatte, die Messe am Hochaltar zu lesen; ihm waren allenfalls die Nebenaltäre zugewiesen«, in: *Poscharsky* (wie Anm. 165), S. 24.

186 *Niebergall* (wie Anm. 174), Sp. 521.

schaft entsprochen«¹⁸⁷. Es kann vermutet werden, daß auch die Gemeindeprediger in dieser Weise den Gläubigen entgegenkamen.

Der Prediger setzte »allgemein geläufige Phänomene, Handlungsmuster und volkskulturelle Phänomene« in seinen Reden ein, um die Gläubigen zu erreichen¹⁸⁸. Im Zusammenhang mit der Predigt wurden die Gläubigen in einer zuvor im liturgischen Kontext undenkbarer Weise als Rezipienten miteinbezogen und die Form der Predigt auf die Gemeinde abgestimmt. Als Tendenz kann also eine zunehmende Berührung der Predigt mit Elementen der Volkskultur konstatiert werden. Überträgt man diesen Gedanken auf die Kanzel als den Ort der Predigt, wird nachvollziehbar, weshalb bei dem Öhringer Kanzelträger ebenfalls Elemente der Volkskultur in der Bildsprache verarbeitet wurden. Mit dem alltäglichen Moment des Kanzelträgers wurde, wie weiter oben bereits geschildert, die Darstellung stark auf den Betrachter bezogen. Der Abbau von Distanz, die Gleichstellung der Öhringer Figur mit dem Gläubigen und die daraus resultierende Vermittlerrolle waren kongruent mit den Absichten der Predigt.

Ein letzter Punkt, der bereits erwähnt wurde, soll schließlich noch einmal aufgenommen werden: Durch die Kanzel als Zentrum des Predigtgottesdienstes war ein neuer Schwerpunkt in der Architektur des Kircheninnenraumes entstanden. Während der Predigt gruppieren sich die Gläubigen um die Kanzel. Im Öhringer Fall heißt dies, daß die Gemeinde nach Süden blickte. Einige Gläubige waren vielleicht sogar mit dem Rücken zum Altar gewandt. Die mittelalterliche Bedeutungshierarchie von Westen nach Osten und damit auch die Ausrichtung der Gemeinde nach Osten wurde nun also durch die Kanzel gestört. Die Konzentration auf den Altar und seine bildnerische Ausstattung war damit aufgebrochen. Mit den neuen Frömmigkeitsvorstellungen entstanden Ausstattungsstücke, die zu eigenen Zentren im Kircheninnenraum wurden. Der Öhringer Kanzelträger ist ein Beispiel dafür, daß sich die bildnerischen Lösungen an diesen zierarchitektonischen Werken offenbar auch nicht mehr streng an der traditionellen mittelalterlichen hieratischen Bildsprache orientieren mußten. Die auffallende Größe und der zentrale Standort, der bei der Öhringer Figur zunächst überrascht hatte, lassen sich letztlich erst vor dem Hintergrund der geänderten Frömmigkeitsvorstellungen und den daraus entstandenen neuen Formen des Gottesdienstes verstehen.

187 *Duby* (wie Anm. 184), S. 386.

188 Gleichzeitig besaß der Prediger die Möglichkeit, auf die im Volk herrschenden Vorstellungen einzuwirken. Beispielsweise war die Kritik am Aberglauben immer wieder Thema der Predigt. Vgl. *E. Englisch: Deutsche Predigten als Vermittler zwischen Gelehrtenkultur und Volkskultur*, in: *P. Dinzelsbacher, H.-D. Mück* (Hrsgg.), *Volkskultur des europäischen Mittelalters*, Stuttgart 1987, S. 147–158.

Zusammenfassung und Schluß

Die Analyse des Öhringer Kanzelträgers hat ergeben, daß die Skulptur in außergewöhnlich konsequenter Weise von ihrer architektonischen Funktion geprägt worden ist.

Dieses »tektonische Denken«, das den Aufbau der Figur bestimmte und die begründete Annahme, daß die Öhringer Kanzel im Zuge des Baues des Langhauses der Öhringer Stiftskirche miterrichtet wurde, führten dazu, ein Mitglied der Bauhütte als Erbauer der Kanzel und als Bildhauer des figürlichen Fußes zu vermuten. Ein Meisterwappen in einem Schlußstein im Gewölbe des Langhauses zeigt Bernhard Sporer als den für diesen Bauteil verantwortlichen Werkmeister. Letztlich besteht wenig Grund daran zu zweifeln, daß Sporer selbst der Bildhauer dieses Werkmeisters war.

Bei dem Versuch einer künstlerischen Einordnung der Figur in die süddeutsche Skulptur des ausgehenden 15. Jahrhunderts zeigte sich, daß auch der Bildhauer des Öhringer Kanzelträgers mit den in dieser Zeit weit verbreiteten oberrheinischen Ideen vertraut war. Dazu gehört, die Figur in einer »realistischen« Situation wiederzugeben, sie überhaupt in einen »sinnvollen« Kontext mit der Architektur zu stellen.

Auch das alltägliche, gegenwärtige Moment des Kanzelträgers kann als ober-rheinische Darstellungstradition bezeichnet werden. »Normale« Personen wurden in gewöhnlichen Situationen geschildert, häufig in einer spontan wirkenden Haltung. Alltäglichkeit wurde bei der Öhringer Figur vor allem deskriptiv durch Kleidung und Attribute und durch ihren Standort am Boden erzielt. Dem Körper des Kanzelträgers fehlt aber jene natürliche, illusionistische Haltung, die bei den Figuren des Adam Kraft am Sakramentshaus in St. Lorenz in Nürnberg oder bei dem Mann auf der Sängerempore im Südquerhaus im Münster in Straßburg so beeindruckend ist. Das Konstruierte, Statische, daß bei der Öhringer Skulptur wohl eigentlich als ein bildhauerisches Defizit anzusprechen ist, konnte aber in geschickter Weise in Einklang mit der Thematik des Tragens gebracht werden.

Ein wesentliches Interesse der Bildhauer in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts galt der Physiognomie einer Figur. Sie spielt als Ausdrucksträger beispielsweise in den Arbeiten von Hans Syfer und Anton Pilgram eine große Rolle. Die hohe bildhauerische Perfektion und die Fähigkeit zur physiognomischen Differenzierung, die beispielsweise bei den Kirchenvätern in der Predella des Hochaltars von St. Kilian in Heilbronn zu sehen ist, besaß der Bildhauer des Öhringer Kanzelträgers nicht. Dennoch gelang es ihm auf eindrucksvolle Art den Zustand höchster körperlicher Anspannung im Gesicht des Öhringer Kanzelträgers wiederzugeben. Die alltägliche Darstellung im sakralen Kontext, die bei der Öhringer Figur eine große Rolle spielt, war in der Malerei bereits seit der ersten Hälfte des Jahrhunderts zu finden. Mit dieser Darstellungsweise sollte das Heilsgeschehen vergegenwärtigt werden. Dieser vermittelnde Aspekt der Darstellung war auch eine wesentliche Aufgabe des Öhringer Kanzelträgers. Es ist im Zusammenhang mit den sich

ändernden Frömmigkeitsvorstellungen im 15. Jahrhundert zu sehen, daß die Distanz zwischen Skulptur und Betrachter beim Öhringer Kanzelträger aufgehoben wurde. Die Werkmeisterfigur bot nun sogar eine Identifikationsmöglichkeit für den Gläubigen.

Der prominente Standort, den eine profane Figur im Kircheninnenraum jetzt einnehmen konnte, ihre Größe und ihr ungewöhnliches Verhältnis zur Architektur zeugen von einem experimentierfreudigen Umgang mit der Bauskulptur. Diese unkonventionelle Verwendung von Skulptur war gerade an einem neuen kirchlichen Ausstattungsstück wie der Kanzel möglich, weil diese keine streng festgelegte Darstellungstradition besaß.

Die Errichtung von Kanzeln stand in engem Zusammenhang mit dem Predigtwesen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhundert. Ihr Bau lag zunächst weniger im Interesse der Kirche als in dem der Gläubigen, so daß es wahrscheinlich kaum enge theologische Vorgaben bezüglich des figürlichen Programmes gab.

In der Kunstwissenschaft besteht ein großer Forschungsbedarf zum Thema Kanzel und ihrem Zusammenhang mit den religiösen Veränderungen im 15. Jahrhundert, ohne die sie auch in ihrer künstlerischen Ausstattung nicht vollständig erfaßt werden kann. Eine intensivere kunsthistorische Auseinandersetzung mit diesem Predigtort würde möglicherweise auch auf den Öhringer Kanzelfuß noch ein neues Licht werfen.

Die Wallfahrtskapelle zum Hl. Blut in Schweningen (Gemeinde Neuler)¹

VON INGO GABOR

Bau- und Ausstattungsgeschichte

Die Heilig-Blut-Kapelle steht mitten in der Ortschaft Schweningen, ist geostet und weist eine für den Ort stattliche Größe auf. Der erste Vorgängerbau der heutigen Kapelle wurde am 25. Oktober 1497 vom Augsburger Weihbischof Johannes zu Ehren des Erlösers und seines kostbaren Blutes geweiht².

Die archivalischen Forschungen im Staatsarchiv Ludwigsburg ergaben, daß die erhaltenen Schwenninger Heiligenrechnungen bis in das Jahr 1575 zurückreichen³. Aus der Anfangszeit (Ende 15. Jahrhundert) befinden sich keine Akten im Staatsarchiv. Erste Eintragungen von Baumaßnahmen erscheinen in der Heiligenrechnung von 1577/78, als das Chorgitter beschlagen wurde, und in der des Jahres 1578/79, als die Kirchentüre neu beschlagen, Dachschindeln ausgewechselt und der Altar ausgebessert wurden⁴. Weitere Heiligenrechnungen setzen erst wieder ab dem Jahre 1601 ein⁵. Kleinere Renovierungen der Kapelle fanden in den Jahren 1607/08 und 1611/12 statt. Der Turm erhielt 1617/18 durch den Maurer (!) Veit Thumb aus Ellwangen einen neuen Anstrich⁶. Eine größere Baumaßnahme ist 1624/25 verzeichnet, als dem *Maurer zue Neuler 20 Gulden von dem Stain zuberechnen* und dem oben genannten Thumb *von der Sacristei und Predig stuel hinaußwerths zu machen* 48 Gulden bezahlt wurden. Dem Zimmermann Michael Emert und der Zieglerin von Unterlengenfeld (für 1200 Dachziegel) wurden jeweils 6 Gulden bezahlt. Thumb und Emert erhielten im darauffolgenden Jahr zusammen 1 Gulden (fl.) für das Pflastern der Kapelle und das Zurichten der Stühle. Für neue

1 Dieser Aufsatz ist Bestandteil einer Magisterarbeit mit dem Titel »Aspekte zum Kapellenbau im Gebiet der Fürstpropstei Ellwangen/Jagst im 17. und 18. Jahrhundert«, die vom Autor im Jahre 1993 an der Kath. Universität Eichstätt im Fach Kunstgeschichte (bei Herrn Prof. Dr. Norbert Knopp) abgeschlossen wurde. Exemplare der Magisterarbeit befinden sich im Staatsarchiv Ludwigsburg, im Stadtarchiv Schwäbisch Hall und im Diözesanarchiv Rottenburg.

2 Chronik der Pfarrgemeinde Neuler (begonnen 1913), S. 47; A. Riek: Das Wallfahrtskirchlein zu Schweningen, in: Ellwanger Jahrbuch 5 (1915/16), S. 69; H. Sorg: Schweningen – die Geschichte der Wallfahrt und seine »Heilig-Blut-Kapelle«, in: Mitteilungsblatt der Gemeinde Neuler vom 24. Mai 1991, Neuler 1991 und H. Sorg: Aus der Geschichte von Neuler und seinen Teilorten, in: 1113–1988. 875 Jahre Neuler, Ellwangen/J. 1988, S. 42. Hoffmann gibt fälschlicherweise das Jahr 1680 als erste Erwähnung an. Vgl. G. Hoffmann: Kirchenheilige in Württemberg (DWG 23. Band), Stuttgart 1932, S. 86.

3 STAL B 400, Bü 598. Kirchen- und Heiligensachen in den kapitlischen Ämtern. Neben den frühen Heiligenrechnungen von Schweningen befinden sich hier auch die der anderen, zur Fürstpropstei Ellwangen gehörenden Kirchen und Kapellen.

4 Wie Anm. 3.

5 STAL B 384, Bd. 12812. Band I: Heiligenrechnungen von 1601 bis 1683.

6 Der Unterbau dieses Turmes ist vermutlich der des heutigen Turmes.

Fenster wurden dem Glaser 8 fl. 18 Kr. bezahlt. Der Ellwanger Malermeister Gregorius Winckler erhielt 130 fl. für *die Cappellen sambt dem Chor- und Nebenaltaren zu renoviren*. Die Heiligenrechnung des Zeitraumes 1626/27 verzeichnet nur kleinere Maurer- und Zimmerarbeiten⁷. Am 23. Februar 1631 wurden der Ehefrau des Malers Winckler 8 fl. für das Malen eines Fahnenblattes bezahlt, *wonach auf der einen Seite mit der Bildtniß des heiligen Bluts, und auf der anderen Seite der Ritter St. Georg mit beständigem Grund und frisch verschlossenen Farben, auch Knopf und Kreuz, und was sonst am Fahnenblatt bedürftig, mit gutem Gold zuvergolden*⁸.

Zwischen 1631 und 1644 brechen die Heiligenrechnungen wohl wegen der Wirren des Dreißigjährigen Krieges ab. Die Rechnung von 1655/58 verzeichnet kleinere Ausbesserungsarbeiten wie neue Fenster in der Kapelle und in der Sakristei⁹. Größere Arbeiten wurden erst ab 1663 wieder durchgeführt, als eine umfangreichere Renovierung begonnen haben muß, was bisher nicht bekannt war.

In der Rechnung von 1663/64 ist davon die Rede, daß der alte Dachstuhl und der alte Turm von dem Zimmermann Matthes Frey aus Neuler abgetragen wurden und auf der Sakristei (Anm.: wohl im Turmuntergeschoß) ein neuer Turm mit einer Welschen Haube sowie ein neuer Dachstuhl über dem Langhaus aufgerichtet wurde¹⁰. Der Maurer Hans Huber bekam für das teilweise Abheben und Wiederaufmauern des hinteren Giebels, das Ab- und Aufdecken des Daches und das 20 Schuh hohe Aufführen des Turmes insgesamt 85 fl. Innen wurde die Kapelle neu geweißt und *die Kupel ueber dem Tafer kupfferbraun und die Laisten stainfarb* angestrichen. Im Chor wurde ein Altarstein aufgemauert. Neben größeren Mengen Bauholz erscheinen auch die Posten Bruch- und Backstein sowie Kalk in der Rechnung. Auch in der Rechnung des folgenden Jahres finden sich Hinweise auf die Renovierung, doch erst 1665/66 erscheinen wieder umfangreichere Zahlungen. Der Zimmermann Hans Bernhard Kolb aus Ellwangen erhielt für die Anbringung des neuen *Täfers* (Anm.: Decke) 24 fl.¹¹. Im darauffolgenden Jahr erging eine Zahlung von 21 fl. für die Erneuerung des Gestühls und der *Bohrkirch* (Empore; d. Verf.) an Kolb. Die Rechnung von 1668/69 nennt die Anfertigung eines neuen Hochaltars durch Schreiner Wolfgang Strobel aus Dinkelsbühl, der dafür 29 fl. 22 Kr. erhielt. Das Altarblatt schuf Maler Hans Christoph Sailer für 8 fl. Der Ellwanger Maler Friedrich Ulmer erhielt 46 fl. für das Fassen des Altares sowie den Anstrich der Decke und der Empore. Maurer Hans Jakob Saluer vergrößerte die Fenster und Glaser Friedrich lieferte die zugehörigen Scheiben. Näheren Aufschluß über das Aussehen des damaligen Hochaltars gibt die Rechnung von

7 STAL B 384, Bd. 12812.

8 STAL B 400, Bü 600. Deckblatt: »Schwenninger Capelle in specie Reparationes und Paramenten Anschaffung in dieser Capelle 1624–1666«.

9 STAL B 384, Bd. 12813. Heiligenrechnungen der Jahre 1652–1683, größtenteils ein Duplikat von Bd. 12812, doch fehlt dort die Rechnung 1655/58.

10 STAL B 384, Bd. 12812. Heiligenrechnung des Jahres 1663/64.

11 Eine Rechnung vom 12. Februar 1665 im Bestand B 400, Bü 600 bezieht sich auf die Erneuerung der Chor- und Langhausdecke. Von Kolb hat sich im selben Bestand ein Gutachten mit einem Voranschlag erhalten.

1669/70, wonach Schreiner Strobel die beiden Altarraahmen *darin S. Petrus poenitens et S. Pauly conversus* für 8 fl. gefaßt hat. Der Augsburger Hofmaler Georg Michael Kagen aus Dillingen malte die Altarblätter der beiden Seitenaltäre, faßte deren Rahmen und Verzierung und vergoldete das bekrönende Laubwerk. Insgesamt erhielt er dafür 37 fl. Den Umbau des Unterbaus der beiden Nebenaltdäre besorgte Maurer Saluer für 3 fl. Für ein schmiedeeisernes Kruzifix und dessen Fassung wurden 1 fl. 54 Kr. bezahlt. Die im Jahre 1663 begonnene Renovierung bzw. der Umbau war den Heiligenrechnungen zufolge im Jahre 1670 abgeschlossen. Nach über zehn Jahren fanden erst wieder 1680/81 bedeutendere Baumaßnahmen statt. Damals wurden kleinere Maurerarbeiten am Turm durchgeführt und neue Fenster eingesetzt. Die Rechnung 1682/83 verzeichnet Ausbesserungen am Gemäuer und an der Dachrinne sowie einen roten Anstrich des Turmes¹². 1689/90 fanden Ausbesserungsarbeiten am Dach statt¹³. Größere Arbeiten sind dann wieder in der Heiligenrechnung von 1692/93 verzeichnet. Damals wurde der Turm vom Maurer (60 fl. 20 Kr.) und der *Knopf und Stiel* vom Kupferschmied (2 fl. 42 Kr.) repariert. Der Maler erhielt für das Anstreichen des Turmkreuzes 20 Kr. und der Schmied für die Fertigung des Kreuzes und des Turmhahnes 2 fl. 3 Kr. Die zur Renovierung benötigten eisernen Zangen wurden von der Baustelle auf dem Schönenberg ausgeliehen. Die Rechnung des Abrechnungszeitraumes 1693/94 spricht davon, daß der Chor von Grund auf neu erbaut wurde, was eine neue Erkenntnis ist. Die Holzdecke im Langhaus wurde repariert, bemalt und mit 38 Holzrosen versehen. Im Chor wurde gar eine ganz neue Holzdecke eingezogen und anschließend einfarbig bemalt. Für Bretter, Steine und Kalk wurden insgesamt 32 fl. 14 Kr. 4 hl. ausgegeben. Außerdem setzten die Glaser neue Fenster im Chor, im Langhaus und in der Sakristei ein¹⁴. Zu diesen Baumaßnahmen äußert sich auch ein bisher unbeachteter Bericht über die Kapelle zu Schwenningen aus dem Jahre 1720 wie folgt¹⁵: *Dieser Capelle Ursprung und Foundation ist nicht ausfindig zu machen aber 1692 et 93 wurden schon Baureparationen auf Kosten der Heiligen Pflieg vorgenommen. [...]*

Extractus Recess. Capit. Elv. de 29. Jul. 1692:

[...] Jos. Riederer Maurer allhier wolle den Thurm an der Capellen zu Schwenningen abheben und mit großen Bachensteinen (zu lesen als Backsteinen; d. Verf.) achtecket wieder aufführen auch darzu wegen des Fundaments Gewehrschaft laisten, nicht weniger die Kuppel darauf mit Blatten bedecken und von der Heiligen Pflieg täglich den langen Taglohn für sich 24 fl. für einen Gesellen aber 22 fl. und für einen Handlangen 16 fl. [...] ist resolvieret nunmehr mit dem Abfahren und anderer Arbeit den Anfang zu machen und bis zum End darmit hinzufahren.

¹² STAL B 384, Bd. 12812.

¹³ STAL B 384, Bd. 12814. In diesem Band sind die Heiligenrechnungen der Jahre 1683–1716/17 verzeichnet.

¹⁴ STAL B 384, Bd. 12814.

¹⁵ Bestand »Pfarrei-, Kirchen-, Stiftungssachen«. STAL B 407 I, Bü 187, Nr. 18. »Capelle zu Schwenningen«.

Den 16. Jan. 1693:

2. *Da wurden zu Schwenningen im Chor 2 neue Fenster von durchsichtigem gutem Glaß, neben einem neuen Tafer im Chor zumachen nicht weniger des Maurers anzeig nach das Dach umzulegen, und wo nicht doppelt, doch wenigstens enger zu latten und ins Mieß (zu lesen im Sinne von falsch; d. Verf.) zu legen verwilliget, doch sollen die alte Fenster dem Glaser umgetauschet werden.*

Den 27. Mart. 1693:

*Nachdem die Heiligen Pfleger zu Schwenningen die Anzeig gemacht, daß mit reparat. der Capellen und Neuaufbauung des Chors, wenn man in Dedicatione auf Pffingsten den Gottesdienst darin wider werde halten lassen wollen, einen Anfang zu machen schon an der Zeit, hat man erst nach Pffingsten einen Anfang darmit machen zu lassen resolviret [...]*¹⁶.

Die Heiligenrechnung 1701/02 erwähnt, daß dem Maurer ein Taglohn bezahlt wurde, als er *den Chor an das Langhaus am Eck bei der Sacristei verbunden habe*¹⁷. Der oben genannte Bericht aus dem Jahre 1720 schildert diese Ausbesserungsarbeit folgendermaßen: *Den 19. Jul. 1701: Als Oberheiligen Pfleger Secretarius unterthänig berichtet, daß zu Schwenningen an der Capellen das Eck im Chor nächst der Sacristei, weilen sich daselbsten ein Spalt zeige, mit dem Langhaus verbunden werden müßte, hat man solches machen zu lassen demselben befohlen*¹⁸.

In den Heiligenrechnungen erscheinen bedeutendere Ausgaben erst wieder 1707/08, als ein neuer Altar angeschafft wurde¹⁹. Neben kleineren Ausgaben für den Maurer, den Ziegler und den Zimmermann wurden dem Schreiner 6 fl. für eine Altartafel und dem Maler für das Antependium insgesamt 8 fl. 50 Kr. bezahlt. Der Bildhauer erhielt 5 fl. für zwei (heute nicht mehr erhaltene) Altarstatuen der hll. Franz von Assisi und Antonius von Padua sowie der Maler für die Fassung des Altares 2 fl. 15 Kr.²⁰. Außerdem wurde ein Kelch vom Augsburger Goldschmied Joachim Cuhn für 43 fl. 16 Kr. angeschafft. Im darauffolgenden Jahr erhielt der Schreiner 12 Kr. dafür, daß er ein von Eichstätt geopferes Heiligtum in einen Rahmen gefaßt hatte²¹. Laut Rechnung von 1716/17 wurden dem Maurer für die Reparation des Kapellendaches und des Turmes 3 fl. 26 Kr. 4 hl. bezahlt. Drei neue *Täfern* auf den Altar St. Johannes Evangelist *et reliqu:prec:* kosteten 48 Kr. Der Maler bekam für ein neues *Hohenblatt* und Reparatur des alten 8 fl. 37 Kr.²². Im oben genannten Bericht von 1720 heißt es: *Die Uhr 1717 aber halb aus Gemeinds und halb aus heiligen Mittlen angeschaffet – dem heiligen aber das Ausbeßerlohn dieser Uhre vermög Capitular Receß de 1720 zur Ausbezahlung decretiret. Diese Capellen Pflerg als eine der vermöglichen des ehevorigen Stifts Capituls hat ihre Reparations und Baukosten, wie auch Paramenten aus eignen hinlänglichen Pflerg-*

16 STAL B 407 I, Bü 187, Nr. 18.

17 STAL B 384, Bd. 12814.

18 STAL B 407 I, Bü 187, Nr. 18.

19 STAL B 384, Bd. 12814.

20 Sämtliche Handwerker werden nicht näher mit Namen genannt.

21 Nähere Informationen dazu konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

22 STAL B 384, Bd. 12814. Mit dem Jahr 1716/17 brechen die Heiligenrechnungen in diesem Band ab.

*schafts Mittlen bestritten auch öfters andern minder vermöglichen Pflergen Erleichterung verschaffet wie es die bey geistlicher Verwaltung befindliche Rechnungen des mehren darthun (zu lesen als offenbaren; d. Verf.) werden*²³.

Im Jahre 1722 wurden Ausbesserungsarbeiten am schadhafte Dach und an der Kanzel durchgeführt²⁴. Die Rechnung des Schreiners Johann Michael Weiß bezieht sich auf ein Antependium aus Holz, ein Altarblatt (vier Schuh hoch und drei Schuh breit), ein Bild, das Einfassen des Altarblattes am St. Paulialtar, die Restaurierung des Antependiums und eine Staffelei auf dem Altar. Vermutlich handelt es sich hier um eine Renovierung des St. Paulialtares. Im darauffolgenden Jahr wurde ein Gemälde der *Kreuzigung Christi* für 6 fl. angeschafft²⁵. Im Jahre 1723 wurden außerdem an der Kapelle kleinere Reparaturen (Maurerarbeiten) durchgeführt. Mehrere Ausstattungsstücke wurden 1733 vom oettingischen Hofmaler Johann Heinrich Brenner aus Wallerstein für insgesamt 15 fl. farbig gefaßt²⁶: es handelte sich hier um eine einst im Chorbogen aufgehängte Kreuzigungsgruppe mit Maria und Johannes, um die Figuren der hll. Franz von Assisi und Antonius von Padua, zwei Leuchter und zwölf Apostelleuchter²⁷. Eine Quittung des Zimmermanns Anton Holl aus Neuler, datiert ebenfalls 1733, gibt Aufschluß über einige Holzarbeiten: neben sechs *Mayen-Krüg* fertigte er drei Heiligenscheine, für die Kreuzigungsgruppe drei Strahlen sowie die Krone und Finger der Gottvaterfigur. Holl besserte den Stab und die Finger der Nikolausfigur auf dem Choraltaar aus und fertigte außerdem ein Herz Mariä an. Im Jahre 1737 wurden die Säulen des Hochaltars zum Glänzen gebracht, nachdem der blaue Anstrich des Wallersteiner Malers (Brenner) *ohne einzigen Glanz* gewesen war. Im selben Jahr vermerkt der Heiligenpfleger, daß er *dem Mahler von Neresheim habe wegen dem überschickten nacher Schwenningen gehörigen Altarblättl* 21 fl. 30 Kr. bezahlt. Der Altarrahen wurde vom Maler ein Jahr später für 2 fl. mit Blattgold vergoldet²⁸.

Eine neue Erkenntnis ist, daß der im Ellwanger Raum bedeutende Maler Joseph Anton Koch im Jahre 1740 eine Prozessionsfahne für die Wallfahrtskapelle anfertigte. Seine Rechnung lautet folgendermaßen: *Vorzeichnuß. Daß ich endes benander an Mahlerey in die hochlöbliche Kirch zum heiligen Blut in Schwenningen verferdtiget nimlich 2 Bilder in ein Fahnen bind der Christus sitzet und die Engell daß*

23 STAL B 407 I, Bü 187, Nr. 18.

24 STAL B 384, Bd. 12815. Beilagen zu den Heiligenrechnungen der Wallfahrtskapelle Schwenningen von 1717–1738.

25 Laut Rechnung müssen der Rahmen vergoldet und zwei Engel farbig gefaßt gewesen sein. Der Bildhauer erhielt für die Engelsfiguren 2 fl. 30 Kr.

26 Eine weitere Tätigkeit Brenners ist mit der Freskierung der Annakapelle in der Klosterkirche zu Maihingen im Ries, um 1719, überliefert. Vgl. *G. Dehio* (Beg.): Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler: Bayern. Band III, Schwaben, Hrsgg. *Bruno Bushart* und *Georg Paula*, Darmstadt 1989, S. 664.

27 Apostelleuchter sind in katholischen Gotteshäusern an jenen zwölf Stellen zu sehen, an denen sie bei der Weihe gesalbt worden sind. Zur Erinnerung an die zwölf Apostel sind an den Wänden zwölf Kreuze und Wandleuchter, die gelegentlich Apostelbildnisse tragen, angebracht. Vgl. *W. Koch*: Kleine Stilkunde der Baukunst, München³¹ 1985, S. 164.

28 STAL B 384, Bd. 12815. Beilagen zu den Heiligenrechnungen der Wallfahrtskapelle Schwenningen von 1717–1738.

*heilige Blut auffasset, das andere ist S. Pauli Bekehrung darauf. Beide mit gutem Golt eingefasset. Ist vor beide 8 fl. Ellwang den 8. Juny 1740, Joseph Andony Koch. Mahler*²⁹.

Bei den Gemälden auf dieser heute nicht mehr erhaltenen Prozessionsfahne handelte es sich also um eine Darstellung des Heiligblut-Gnadenbildes sowie auf der Rückseite um eine Darstellung des Conpatroziniums Pauli Bekehrung.

In den Beilagen zur Heiligenrechnung des Jahres 1744 befindet sich eine Rechnung des Maurermeisters Michael Dobler aus Neuler über Ausbesserungsarbeiten auf dem Kapellendach (insgesamt 9 fl. 38 Kr.)³⁰.

Zwischen den Jahren 1745 bis 1780 schweigen die Quellen, und erst ab 1780 sind wieder Bauvorgänge in den Heiligenrechnungen verzeichnet.

Dagegen steht die bisher immer vertretene, und von Philipp Rettenmeier erstmals aufgebrachte These, der heute bestehende Kapellenbau sei um 1750 vom ellwangischen Landbaumeister Arnold Friedrich Prahll errichtet worden³¹. Es konnte allerdings weder bei der Durchsicht der Ludwigsburger Aktenbestände zu Schwenningen noch sonst irgendwo in der Literatur ein einziger, schlüssiger Hinweis auf die Autorschaft Prahlls gefunden werden. Statt dessen konnte – wie unten näher ausgeführt – eine Renovierung der *baufälligen uralten* Wallfahrtskapelle in den Jahren 1780–1782 verifiziert werden³².

Eine bisher nicht bekannte Renovierung und Erweiterung der *baufälligen uralten* Wallfahrtskapelle fand in den Jahren 1780–1782 statt³³. Die Kostenvoranschläge wurden im Frühjahr 1780 erstellt: der kapitliche Werkmeister Sebastian Manz reichte seinen Voranschlag über 654 fl. 14 Kr. am 25. März 1780 ein, während der kapitliche Maurermeister Xaverius Wagner einen Voranschlag über 1496 fl. 29 Kr. am 17. April und einen weiteren über 818 fl. 41 Kr. am 9. Mai 1780

29 STAL B 384, Bd. 12816. Beilagen zu den Heiligenrechnungen der Wallfahrtskapelle Schwenningen von 1738–1746.

30 Wie Anm. 28.

31 *Ph. Rettenmeier*: Arnold Friedrich Prahll, Stadt- und Landbaumeister der Fürstpropstei Ellwangen, 1709–1758, in: Ellwanger Jahrbuch 6 (1917/19), S. 66. Dort findet sich auf S. 65 ein Grund- und Aufriß der Schwenninger Kapelle. Dieselbe These übernahm auch Ludwig Mangold. Vgl. *L. Mangold*: Ellwangen im Barock, in: *V. Burr* (Hrsg.): Ellwangen 764–1964. Beiträge und Untersuchungen zur Zwölfhundertjahrfeier, Bd. 2, Ellwangen/J. 1964, S. 828. Arnold Friedrich Prahll (geboren 1709 in Schwerte/Ruhr, gestorben 1758 in Ellwangen) war Schüler des kurmainzischen Baumeisters Maximilian von Welsch. Auf eine kurze Tätigkeit in den Diensten der Kurfürsten von Schönborn in Koblenz folgte im Jahre 1736 die Übersiedlung nach Ellwangen und 1737 die Ernennung zum Stadt- und Landbaumeister der Fürstpropstei Ellwangen.

Seine Hauptwerke sind: Ellwanger Rathaus, 1748–51; Spitalgebäude Ellwangen, Umbau 1749–53; Seminargebäude auf dem Schönenberg, 1749–56; Oberamtspflege, 1736; Gerber Rathgebsches Haus, 1752; Haus des Mathias Roßnagel, 1737/38; Pfarrkirche Schwabsberg, 1750–52; Pfarrkirche Heuchlingen, 1750–52; Turm der Pfarrkirche Ellenberg, 1739; Turm der Pfarrkirche Jagstzell, 1757; Pfarrkirche Nordhausen, 1751; Prahll ist auch der Schöpfer der Karte der Fürstpropstei Ellwangen aus dem Jahre 1746. Zu Prahll grundlegend: *Rettenmeier* (wie oben), S. 1–82.

32 Wäre die Kapelle wirklich im Jahre 1750 von Prahll errichtet worden, so hätte sie nicht bereits 1780 baufällig und uralt sein können. Somit scheint mir eine Ausgliederung der Schwenninger Wallfahrtskapelle aus dem Œuvre Prahlls sinnvoll.

33 STAL B 449a, Bü 69. In diesem Aktenfaszikel sind die Kostenvoranschläge der Baumeister Manz und Wagner, alle Rechnungen der einzelnen Handwerker und die Gesamtrechnung aus dem Jahre 1782 komplett erhalten.

einreichte³⁴. Manz' Voranschlag sah nur eine gründliche Instandsetzung der Kapelle vor: der Chorbogen sollte ausgebrochen und aus Holz neu errichtet werden, die Außenmauern und der Turm sollten unterfangen und neu aufgemauert werden, statt der alten Holzdecke sollte eine Gipsdecke eingezogen werden, das Dach sollte erneuert und im Langhaus drei Fenster und eine Türe eingebrochen werden. Der erste Voranschlag Wagners vom 17. April 1780 sah vor, das Langhaus um 14 Schuh nach Westen zu verlängern. Auf einer Länge von sechs Schuh sollte das alte Gemäuer erhöht werden, so daß das Langhaus durchgehend 20 Schuh hoch gewesen wäre. Das gesamte Dach sollte neu errichtet werden und in die Langhausmauern sechs Fenster eingebrochen werden. Ein neuer Chorbogen sollte aus Backsteinen errichtet sowie eine neue Empore eingezogen werden. Für das Langhaus und den Chor waren Gipsdecken und ein neuer Innenverputz vorgesehen. Der Turm sollte unterhalb des Fundaments mit Kalksteinen unterfangen werden. Der zweite Voranschlag Wagners vom 9. Mai 1780 war dem ersten sehr ähnlich, sah aber eine Verlängerung um 20 Schuh vor sowie das Einbrechen von vier neuen Fenstern im Langhaus *nach dem Riß*³⁵. Außerdem sollte das Chor-Fundament ausgebessert werden. Aus der Vielzahl der erhaltenen Rechnungen des ausgeführten Baus soll nur auf die bedeutenderen eingegangen werden.

Laut Aktenlage haben Sebastian Manz und Xaver Wagner den Erweiterungsbau gemeinsam ausgeführt³⁶. Ein weiterer Akkord mit beiden vom 5. Mai 1781 bezieht sich auf die Errichtung einer dritten Stufe vor den Altären, auf das Legen eines neuen Bodens und die Fertigung einer neuen Kanzel sowie deren Anstrich mit Ölfarbe durch den Zimmermeister. Die Zieglerin Magdalena Eberhard aus Neuler erhielt laut Rechnung vom 5. Oktober 1780 für Kalk, Backsteine und Dachziegel insgesamt 178 fl. 32 Kr.

Die bisherige, ungesicherte Vermutung, der Ellwanger Maler Johann Nepomuk Nieberlein habe die Schwenninger Deckenfresken gemalt, wird durch einen vom Autor aufgefundenen, unscheinbaren Zettel bestätigt. Danach wurden die Fresken schon im Jahre 1781 – nicht, wie bislang angenommen, erst um 1790 – geschaf-

34 Der Ellwanger Landbaumeister Sebastian Manz war außer in Schwenningen auch maßgeblich als Architekt an der Fertigstellung der Wallfahrtskirche in Zöbingen (1779–91) und an der Errichtung des Treppenhauses im Palais Adelmann in Ellwangen beteiligt (1789). Für die Gangolfskapelle in Bühlertann erstellte er ein Gutachten (1785). Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München befindet sich eine Entwurfszeichnung von Manz für den Neubau der Pfarrkirche in Schaffhausen bei Nördlingen, aus dem Jahre 1787. Der zugehörige Kostenvoranschlag ist von Manz und Wagner unterzeichnet. Vgl. STAL B 430, Bü 84 (Bühlertann); *L. Mangold*: Wallfahrtskapelle St. Maria Zöbingen, Zöbingen o. J., S. 22 ff. und S. 30; *G. Dischinger*: Bau und Baumeister des Palais Adelmann, in: Stadt Ellwangen (Hrsg.): Kultur-Palais Adelmann, Ellwangen/J, 1991, S. 20 und S. 26 (Anm. 4); *W.-G. Fleck*: Das Palais Adelmann in Ellwangen, in: ebd. S. 38; *G. Dischinger*: Zeichnungen zu kirchlichen Bauten bis 1803 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Bd. 1: Architekturzeichnungen in den staatlichen Archiven Bayerns, Textband, Wiesbaden 1988, S. 222 f. und Tafelband, S. 143 und die Abhandlung über die Baugeschichte der Gangolfskapelle/Bühlertann in: *Gabor* (wie Anm. 1), S. 31 ff. Den Hinweis auf die Tätigkeit von Landbaumeister Manz im Palais Adelmann/Ellwangen verdanke ich Herrn Dr. Pfeifer/Ellwangen.

35 Dieser im Voranschlag genannte Riß war bei den Akten nicht aufzufinden.

36 Laut Akkord erhielt Manz als Baumeister für die Zeit vom 24. Juni 1780 bis Januar 1782 insgesamt 540 fl. 5 Kr. Wagner bekam insgesamt 748 fl. 32 Kr. für die Zeit vom 13. Juli 1780 bis 3. November 1781.

fen³⁷. Wörtlich heißt es in diesem Vertrag: *Endes unterschriebener verbindet sich hierdurch, daß, wann in der Schwenninger Cappellen an der Mahlerey, weilen solche dermahlen nicht trocken, ein Schaden oder Mangel auf das Fruhjahr, oder wann solche ausgetrocknet zeigen solte, er alles ohnentgeltlich ergänzen, und in vollkommen Stand wieder herstellen wolle.*

Diese Garantieerklärung für kostenlose Mängelbeseitigung spricht also ausdrücklich von Malereien in Freskotechnik.

Die Gesamtkostenaufstellung des ausgeführten Umbaus von 1780–82 aus dem Jahre 1782 trägt die Unterschrift des Ellwanger Regierungssekretärs Dietle und nennt die gesamten Baukosten: 1826 fl. 38 Kr. In der Rechnung werden die Grafen von Kürnberg und Oettingen-Wallerstein als die die Oberaufsicht über den Bau Innehabenden genannt. Die Baumeister Manz und Wagner erhielten den am 18. Mai 1780 verakkordierten Lohn von insgesamt 1250 fl., der Maler Nieberlein insgesamt 200 fl. Für den *zur Verlängerung der Cappellen von seinem Garten hergegebenen Plaz* wurden dem Schwenninger Bauern Anton Vaas 25 fl. bezahlt. Interessante Details in der Rechnung geben Auskunft darüber, daß der nicht mit Namen genannte Kupferschmied 6 fl. 12 Kr. für einen neuen *Thurm Knopf* und 36 Kr. für den *Kanzel Dekel Knopf* erhielt. Dem Maler wurden für das Vergolden des *Kreuzes auf der Cappelle* und des *Uhrzeigers* 3 fl. 10 Kr. bezahlt. Der oben genannte Regierungssekretär Dietle erhielt für die *Beaugenscheinigung* der auffälligen Kapelle, während des Baufortschritts und nach dem Abschluß der Bauarbeiten 12 fl.³⁸.

Weitere Rechnungen setzen erst wieder im Jahre 1787 ein. Vom 9. August 1787 ist abermals eine Rechnung des Malers Joseph Anton Koch über 7 fl. 30 Kr. bezüglich der Anfertigung einer weiteren Prozessionsfahne mit der Darstellung des Gnadenbildes auf der einen Seite und Paulus auf der Rückseite erhalten³⁹. Laut Rechnung vom 28. Dezember 1788 führte Maurermeister Xaver Wagner kleinere Maurerarbeiten an der Kapelle für 4 fl. 8 Kr. durch⁴⁰. Von ihm existiert außerdem eine Rechnung in Höhe von 3 fl. 29 Kr. über eine Dachreparatur, datiert vom 24. November 1791⁴¹.

Im Jahre 1794 wurden erste Kostenvoranschläge betreffend die Anschaffung eines neuen Choraltars eingeholt, was bislang ebenfalls noch nicht zur Kenntnis

37 Dieser Zettel trägt das Datum *Ellwangen, den 14. Januar 1781* und die Unterschrift Nieberleins. Hubert Hosch nimmt einmal »um 1790« für die Entstehung der Deckenfresken an, dann »etwa 1785/1795«. Vgl. *H. Hosch: Malerei und Zeichnung des Barock im Bereich der Fürstpropstei Ellwangen*, in: *Stadt Ellwangen (Hrsg.): Barock in Ellwangen, Ellwangen/J. 1981, S. 68 und S. 90 ff.* und *H. Hosch: Studien zur Barockmalerei der Fürstpropstei Ellwangen im 18. Jahrhundert*, in: *Ellwanger Jahrbuch 29 (1981/82), S. 32 und S. 36.*

38 *STAL B 449a, Bü 69.*

39 *STAL B 384, Bd. 12473 Nr. 3.* Beilagen zur Raustetter Heiligenrechnung von 1787 bis 1788. Darin befindet sich auch diese Schwenninger Rechnung. Laut Hosch lebte Koch vielleicht noch bis nach 1786. Die Prozessionsfahne könnte sein letztes Werk gewesen sein. *Hosch: Malerei und Zeichnung (wie Anm. 37), S. 88 f.*

40 *STAL B 384, Bd. 12474 Nr. 8.* Beilagen zur Heiligenrechnung 1788/89.

41 *STAL B 384, Bd. 12477 Nr. 12.* Beilagen zur Heiligenrechnung 1791/92.

genommen wurde⁴². Der Altarriß, von dem in Molitors Bericht mehrfach die Rede ist, war in den zitierten Akten nicht auffindbar. Der Voranschlag sah für die Arbeit des Schreiners und Bildhauers 175 fl. und für den Faßmaler Anton Ott 75 fl. für das *Weißplaniren* und Vergolden des Altares vor. Weiter heißt es, daß laut Riß im Verhältnis zur Altargröße und wegen der im Altarbild dargestellten Engel zu viele (!) Engel im Altar vorhanden wären, und vier von ihnen *als an und auf den Altar Säulen* wegzulassen seien. Deshalb sank der Akkord des Bildhauers auf 150 fl.⁴³. Ein weiterer Vertrag Molitors vom 14. März 1794 nimmt Bezug auf den Akkord vom 10. Januar 1794 und teilt mit, daß der *Vergolder* Ott wegen Krankheit vom Akkord zurückgetreten sei⁴⁴. An seine Stelle rückte der Faßmaler Henke (auch Henge geschrieben; d. Verf.). Henke forderte 85 fl. für die Übernahme des Akkords. Seine Arbeit sollte vom ursprünglichen Riß bestimmt sein. Der erhaltene Akkord, datiert *Ellwangen den 13ten März 1794* und unterschrieben mit *Patriz Henge, Faßarbeiter*, bezieht sich auf die vollständige Fassung des ganzen Altars *sowohl in seiner Architectur als Figuren in Stein Weiß und gutem Gold* für 85 fl.⁴⁵. In einem Brief an das Stiftskapitel Ellwangen aus dem Jahre 1794 berichtet der Bildhauer Andreas Brühl, daß er von Pfarrer Fischer aus Neuler *angegangen* worden sei, *einen Riß über den Choraltar zu Schwenningen, welcher sehr uralt, und schlecht seye, [...] zu verfertigen*.

Brühl wollte den Altar für 175 fl. errichten⁴⁶. Somit stehen erstmals Andreas Brühl als Bildhauer und Patriz Henke als Faßmaler des (heute nicht mehr erhaltenen) Hochaltares fest. Bei der Anfertigung des Altares muß es zu einer Verzögerung gekommen sein, denn Faßmaler Henke erwähnt in einem Brief an das Stiftskapitel Ellwangen vom 15. Juli 1796, daß er den Altar ohne eigenes Verschulden erst ein Jahr später fassen konnte⁴⁷. Weil in diesen *außerordentlich theuren Zeiten* nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die benötigten Materialien wie Goldfarben usw. im Preis gestiegen seien, bittet er das Stiftskapitel um eine ausgleichende Nachzahlung auf den Akkord. Als Bestätigung der Forderung ist ein Schreiben des Ellwanger Kaufmannes Turban Häfele vom 12. Juli 1796 mit der unterstützenden Begründung angefügt⁴⁸.

Für das Kirchweihfest des Jahres 1795 wurde für 1 fl. 32 Kr. eine neue Kanzelstiege angefertigt⁴⁹. Eine Kanzel ist heute nicht mehr in der Kapelle vorhanden. Im Jahre 1876 wurden die Deckenfresken von Maler Stubenvoll aus Ellwangen

42 STAL B 384, Bd. 12479 Nr. 14. Beilagen zur Heiligenrechnung 1793/94. Bericht des Sekretärs Molitor vom 10. Januar 1794.

43 Vgl. ebd.

44 STAL B 384, Bd. 12479 Nr. 15. Vertrag des Sekretärs Molitor vom 14. März 1794.

45 Vgl. ebd.

46 STAL B 384, Bd. 12479. Brief des Bildhauers Andreas Brühl und STAL B 384, Bd. 10899. Heiligenrechnungen des Stiftskapitels Ellwangen 1793/94.

47 STAL B 384, Bd. 12480. Beilagen zur Heiligenrechnung von 1796/97. Darin befindet sich der Brief Henkes.

48 Vgl. ebd.

49 STAL B 384, Bd. 10900. Heiligenrechnungen des Stiftskapitels Ellwangen mit Schwenninger Rechnung von 1794/95.

aufgefrischt und nachgemalt⁵⁰. Um auch den äußeren Rahmen für die Wiederbelebung der Wallfahrtsbegeisterung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu schaffen, wurde die Kapelle im Jahre 1928 innen durch Kirchenmaler Reeb/Ellwangen und im Jahre 1930 auch außen restauriert. Im Chor war ein Teil des Deckenbildes mit der Darstellung der Krönung Mariens herausgebrochen⁵¹. Der Kirchenmaler Reeb restaurierte die Deckengemälde und ersetzte den zerstörten Teil im Chor; außerdem wurden sämtliche Deckenbilder mit Stuckrahmen umgeben⁵². Die Außenrestaurierung von 1930 betraf vor allem die Umdeckung des Daches⁵³.

Im Jahre 1960 erhielt die Kapelle ein Panzertabernakel, da sonst auf bischöfliche Anordnung das Allerheiligste aus der Kapelle entfernt worden wäre⁵⁴. Die bisher letzte Renovierung des Innenraumes fand Anfang der 1980er Jahre und die des Außenbaus (Dach und Turm) im Jahre 1982 statt⁵⁵.

Wallfahrtsgeschichte

Der gedruckte Schematismus des Bistums Augsburg, von Mayr aus dem Jahre 1762, nennt als Patrozinium »S. S. Christi Sanguinem«, also das Heiligste Blut Christi⁵⁶.

Das Patrozinium wurde ursprünglich am Mittwoch in der Pfingstwoche gefeiert, später am Pfingstmontag mit Predigt, Blutritt und Amt⁵⁷. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts kamen die Ellwanger an diesem Tag nach Schwenningen und hielten eine Wallfahrtsprozession ab; außerdem fand ein kleiner Jahrmarkt statt⁵⁸. Noch unter Pfarrer Josef Fischer (1792–1839) wurde an diesem Tag Seide geweiht, wie das Wallfahrtsbüchlein von Pfarrer Riek vermerkt⁵⁹. In den Beilagen zu den Heiligenrechnungen des Stiftskapitels Ellwangen 1787/88 befindet sich eine Schwenninger Rechnung aus dem Jahre 1788 über 6 fl. 1 Kr. für rote Flugseide⁶⁰. Das Phänomen, Seide zu weihen, findet sich auch bei der Wallfahrtskirche Mariä Himmelfahrt in Buggenhofen bei Donauwörth⁶¹. Damals bildete der Blutritt um die

50 *Sorg* (wie Anm. 2), S. 3.

51 Vgl. ebd. und Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 47f.

52 Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 49.

53 Vgl. ebd.

54 *Sorg* (wie Anm. 2), S. 3.

55 *J. Zodel*: Filialkapellen von Neuler in wesentlichen Teilen erneuert, in: *Ipf- und Jagst-Zeitung/Ellwangen*, 14. März 1983.

56 *I. L. Mayr*: *Moderna ecclesia Augustensis II*, Augsburg 1762, S. 79.

57 *Riek* (wie Anm. 2), S. 69 und *E. Kaiser*: *Jahreschronik 1947–49*, in: *Ellwanger Jahrbuch 14* (1947/49), S. 181.

58 *Riek* (wie Anm. 2), S. 69.

59 Vgl. *Riek* (wie Anm. 2), S. 69f. und Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 47, Eintrag von 1928. Meine Bemühungen, dieses Wallfahrtsbüchlein einzusehen, blieben erfolglos.

60 STAL B 384, Bd. 10893. Heiligenrechnungen des Stiftskapitels Ellwangen mit Schwenninger Rechnung von 1787/88.

61 Freundlicher Hinweis von Herrn Prof. Dr. Pötzl/Eichstätt. Das Buggenhofer Mirakelbuch berichtet auf S. 24, daß die Seide geweiht, an dem Gnadenbild berührt und danach den Wallfahrern als Sacrum

Kapelle, der schon seit dem 17. Jahrhundert nachweisbar ist, den Höhepunkt der Veranstaltung⁶². Die Stadel, in denen die auf die Pferdeseignung wartenden kranken Pferde untergebracht waren, konnten die Menge der Pferde oft kaum fassen. Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde zusätzlich am 25. Januar das Fest Pauli Bekehrung (der Mitpatron) feierlich begangen; von ihm soll sich laut Riek eine Reliquie im Besitz der Kapelle befinden⁶³. Mannigfache Gebeterhörungen machten Schwenningen als Wallfahrtsort bekannt und Pilger kamen von nah und fern⁶⁴. Ein schriftliches Verzeichnis aus den Jahren 1689–1744 ist vorhanden und führt in chronologischer Reihenfolge 73 Fälle wunderbarer Gebeterhörungen auf. Dieses Verzeichnis führt ausnahmslos Heilungen von *leiblichen Gebrechen aller Art* auf, vor allem nahm man bei auftretenden Blutungen *Zuflucht zum kostbaren Blut*. Die Pilger kamen überwiegend aus dem Gebiet der ehemaligen Fürstpropstei Ellwangen. Laut Wallfahrtsbüchlein stammt das Wallfahrtsgebet noch aus dem Jahre 1793⁶⁵. Pfarrer Joseph Fischer von Neuler sorgte sich in einem Brief an den Hofrat in Ellwangen vom 26. August 1793 darum, daß bei Nichtanschaffung des geplanten neuen Hochaltares die Wallfahrtsbegeisterung für Schwenningen nachlassen könnte, zumal auch in Lippach eine Heiligblut-Wallfahrt errichtet wurde. Fischer bat abschließend darum, dieses Anliegen wohlwollend voranzutreiben⁶⁶.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erstrebte man, die zurückgegangene Wallfahrtsbegeisterung wieder neu zu beleben, doch der Versuch mißlang und die Pfarrchronik sieht die Ursache in der bedeutenderen, nahen Wallfahrt auf den Schönenberg, die Schwenningen nicht hochkommen ließe⁶⁷.

Während die Pfarrchronik von Neuler für das Jahr 1928 vermerkte, daß *schon seit unerdenklichen Zeiten* eine Wochenmesse in Schwenningen eingeführt worden sei, findet heute nur noch alle zwei Wochen eine hl. Messe statt, sonst jeden Sonntag eine Andacht⁶⁸. Einst fanden auch an den Bittagen Wallfahrten statt, doch heute hat die alljährliche Heilig-Blut-Wallfahrt ihren Höhepunkt im Heilig-Bluttritt am Pfingstmontag⁶⁹.

ausgeteilt wurde. Das Auflegen der Seide soll heilende Kraft gehabt haben. Flugseide ist ein veralteter Ausdruck für leichte Seide. Es handelt sich dabei um das äußerste Gespinnst des spinnenden Seidenwurmes, das eine weniger qualitätvolle Seide ergibt, die nur gesponnen, nicht aber gehaspelt werden kann. Vgl. J. C. *Adelung*: Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart. Zweiter Band: F-L. Zweite vermehrte und verbesserte Ausgabe. Hildesheim–New York 1970, Spalte 215 und Spalte 217 (Urspr. Ausgabe Leipzig 1796) und H. Fischer (Hrsg.): Schwäbisches Wörterbuch. Zweiter Band: D.T.E.F.V.. Tübingen 1908, Sp. 1576 und Sp. 1594.

62 Riek (wie Anm. 2), S. 70.

63 Vgl. Riek (wie Anm. 2) und Sorg (wie Anm. 2), S. 3.

64 Riek (wie Anm. 2), S. 70.

65 Vgl. ebd. Das Wallfahrtsgebet wurde im Jahre 1793 beim hochfürstlichen Hofbuchdrucker Johann Philipp Wänger in Ellwangen gedruckt. Es trägt den Titel »Andächtiges Gebet mit wahrem Zutrauen auf das heiligste Blut und dessen Gnadenbildnus in Schwenningen zu sprechen, um eine sichere Gnad«. Bei Riek (wie Anm. 2) ist der gesamte Text auf S. 70f. aufgeführt.

66 STAL B 384, Bd. 12479. Beilagen zur Schwenninger Heiligenrechnung 1793/94.

67 Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 50.

68 Vgl. ebd., S. 49.

69 Sorg: Neuler (wie Anm. 2), S. 42.



Abb. 1 Ansicht der Schwenninger Kapelle von Süden

Baubeschreibung

Im Grundriß zeigt die Kapelle (Abb. 1) ein rechteckiges, einschiffiges Langhaus mit vier Jochen (Maße: 16,80 m × 8,20 m), an das im Osten ein eingezogener, fast presbyteriumsartig gelängerter Chor (Maße: 7,30 m × 7 m) mit einem polygonalen $\frac{3}{8}$ -Schluß anschließt. Der Turm an der Südseite des Chores hat einen quadratischen Grundriß und die Maße 3,05 m × 3,05 m. Der außen verputzte, gelb getünchte Backsteinbau (wie aus den Heiligenrechnungen hervorgeht) weist unten eine nach Norden an Höhe zunehmende, umlaufende Sockelzone auf (das Gelände ist nach Norden leicht abschüssig). Diese Sockelzone steht mit einer Eckpilastergliederung und der Rahmung der Fenster in Verbindung, alles in hell-olivem Farbton gehalten und 2 cm erhaben aus der Wand stehend. Somit hebt sich diese Gliederung wirkungsvoll von den gelb getünchten Außenwänden ab. Die Langhauswände erfahren eine Gliederung durch vier Fensterachsen, deren Fenster eine sehr flache Segmentbogenform aufweisen. Dieselbe Fensterform begegnet uns auch im Chor, hier aber nur an einer Fensterachse. Die bleiverglasten Segmentbogenfenster zeigen eine breite, abgeschrägte Laibung. Die beiden Eingänge direkt unter dem zweiten Langhausfenster von Westen bilden ebenfalls eine Nord-Süd-Achse: sie haben eine rechteckige Form und weisen keinen Schmuck auf. Die beiden Holztüren stammen noch aus der Erbauungszeit. Am Langhaus werden die

Ecken durch die oben erwähnten Eckpilaster mit toskanischen Kapitellen betont und auch am sonst schmucklosen Chor weisen die Eckpilaster des $\frac{3}{8}$ -Schlusses oben toskanische Kapitelle auf. Über den Eckpilastern schließt direkt ein umlaufendes, auskragendes und profiliertes Traufgesims aus Stein (verputzt und ebenfalls hell-oliv gefaßt) an und leitet zum Dach über. Die Westfassade weist keine nennenswerte Wandgliederung oder bauplastischen Schmuck auf.

Durch die hell-olive Fassung der 2 cm erhabenen vorstehenden Sockelzone, der Eckpilaster, der Fensterrahmen und des Traufgesimses werden die Außenflächen gegliedert und belebt, so daß die dem Betrachter zugewandten Flächen an größere und bedeutendere Kirchen erinnern.

Das Walmdach mit Aufschieblingen weist eine Biberschwanzziegel-Deckung auf, und im Osten schließt das eingezogene und niedrigere Chordach an, das über den Chor teilen gewalmt ist.

Der an die Chorsüdseite anschließende, weitgehend schmucklose Turm hat im Untergeschoß einen quadratischen Grundriß und ist ebenfalls verputzt und gelb getüncht. Die Ecken werden wie beim Langhaus durch hell-oliv gefaßte, ca. 2 cm hervorstehende Eckpilaster betont, die allerdings keine Kapitelle tragen. Am Turmunterschoß befinden sich zwei rechteckige, vergitterte Fensteröffnungen nach Süden und Osten. Etwas über der Traufhöhe des Langhauses zeigt der Turmblock kleine kreuzförmige, büchenschartenartige Maueröffnungen nach allen Seiten. Knapp unter der Dachfirsthöhe wird der Turm achteckig, wobei Übergänge aus Kupferblech zum Turmobergeschoß überleiten. Die Ecken des Turmaufsatzes zeigen wieder die Gliederung mit Eckpilastern, auf denen ein profiliertes, ebenfalls hell-oliv gefaßtes Gesims aufsitzt. Die acht Wandseiten des Turmaufbaus zeigen abwechselnd eine ungegliederte Seite, dann wieder eine mit rundbogiger Schallöffnung und einer ellipsenförmigen Maueröffnung darüber. An der Südwestseite und an der Ostseite befindet sich eine Turmuhr. Auf dem umlaufenden Gesims des Turmaufbaus sitzt eine mit Biberschwanzziegeln gedeckte Welsche Haube. Darauf sind eine Spitze und eine Kugel aus Kupferblech zu sehen. Die Wetterfahne zeigt das ausgestanzte Bild des Apostels Paulus mit dem Schwert⁷⁰.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Außenbau durch die erhabene Wandgliederung und die hell-olive Farbe eine belebende Wirkung erhält. So zeigt die Schwenninger Kapelle eine doch recht aufwendige Außenwandgliederung, wie man sie sonst nur an bedeutenderen Kirchen vorfindet. Die Begründung liegt wohl in ihrer Funktion als Wallfahrtskapelle.

Das *Innere* der Kapelle (Abb. 2) zeigt eine einheitliche Rokokodekoration. Ein Chorbogen in Form eines gedrückten Korbbogens, dessen Seitenwände beidseitig ca. 1,80 m in den Raum hineinragen, trennt den eingezogenen Chor vom Langhaus ab. Direkt am Chorbogen schließt eine zweiteilige, barocke Chorschranke aus

70 Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 48.



Abb. 2 Innenansicht der Kapelle nach Osten

Holz an. Die verputzten, weiß getünchten Langhauswände werden durch die Rundbogenfenster gegliedert, deren Laibungen eine dünne, graue Binnenrahmung zeigen. Als Gewölbeanfänger fungieren teilweise goldgefaßte, profilierte Kehlgesimsabschnitte (aus Stuck) zwischen den Fenstern, über denen einfache, unverzierte Stichkappen in die Voute des Flachtonnengewölbes einschneiden. Auch an den Kämpfern des Chorbogens befinden sich verkröpfte Stuckgesimsabschnitte. Die Stichkappen sind von einem dünn gemalten, goldgelben Band umgeben, das über den Gesimsabschnitten in Rankenwerk ausläuft. Die Wandgliederung des Langhauses setzt sich im Chor fort. Entsprechend den Seitenwänden des $\frac{3}{8}$ -Chorschlusses laufen die Kehlgesimsabschnitte ums Eck. Wie im Langhaus, schneiden auch im Chor Stichkappen in die Voute des Flachtonnengewölbes ein, nur übergreifen sie hier keine Rundbogenfenster.

Im Westen ragt eine verhältnismäßig große, in der Mitte ausschwingende Empore aus der Zeit des Umbaus von 1780–82 ca. 5,60 m in das Schiff hinein. Auf die Empore führt eine doppelläufige Treppe mit einfachen Ornamenten am Geländer. Die Brüstung und das Gestühl sind ebenfalls noch aus der Zeit um 1780–82.

Der Langhaus-Fußboden besteht aus diagonal verlegten einfachen Steinplatten, während im Gestühlbereich Holzdielen eingelegt sind. Im Chor befindet sich ein älterer Fußboden aus Fliesen mit florealen Ornamenten.



Abb. 3 Das Deckenfresko im Langhaus, von Johann Nepomuk Nieberlein, 1781

Die Deckenfresken im Langhaus- und Chorgewölbe wurden im Jahre 1781 von Johann Nepomuk Nieberlein geschaffen⁷¹. Ein vergoldeter Stuckrahmen umfängt sämtliche Deckengemälde. Das zweiteilige Langhausfresko (Abb. 3) des Deckenspiegels zeigt im Westen über der Empore den Triumph der Kirche (als Maria personifiziert) über das Böse, in Form von geflügelten Fabelwesen und einer Personifikation des Bösen (mit der Maske), auf die der Engel seitlich unterhalb von Maria ein Blitzbündel schmettert; seitlich Mariens finden sich Engel und Putten.

Im Osten ist die Kreuzigung Christi dargestellt⁷²: am Fuße des Kreuzes die Weltkugel, um die sich die Schlange mit dem Apfel im Maul windet. Um die Weltkugel scharen sich die Personifikationen der vier Erdteile Europa, Asien, Afrika und Amerika. Maria Magdalena umklammert die Weltkugel und den Kreuzfuß. Rechts und links des Gekreuzigten schweben einige Engel, die die Arma Christi tragen. Der Engel links fängt mit dem Kelch in der rechten Hand das aus der Seitenwunde Christi fließende heilige Blut auf, während er den Kelch in der linken Hand über der Schlange ausleert. Links auf dem Pferd reitet der Hauptmann Longinus mit der Lanze heran. Über dem Kreuz schwebt die Taube des Heiligen Geistes, darüber Gottvater im Himmel, umgeben von Putten. So gelesen entspricht diese Anordnung zugleich einer Dreifaltigkeitsdarstellung. Die Ränder rechts und links tragen illusionistisch gemalte Architekturen in Barockformen zur Schau. Als Vorlage für die Kreuzigungsszene diente eine Federzeichnung, die sich heute im Schloßmuseum Ellwangen (Inventarnummer 1465/151) befindet⁷³. Christus am Kreuz und der reitende Hauptmann Longinus sind daraus genau übernommen⁷⁴.

Das Langhausdeckenfresko ist von acht Tondi (in »Ton-in-Ton-Malerei«) mit Szenen aus dem Leben und der Passion Christi und dem Physiologus umgeben, wobei sich sechs von ihnen an der Voute des Flachtonnengewölbes befinden. Die Darstellungen zeigen im Norden von links hinten nach rechts die Entkleidung Christi, die Geißelung und die Beschneidung Jesu, im Süden entsprechend von hinten rechts die Kreuzannagelung, die Dornenkrönung Christi und die Ölbergszene. Im Tondo über der Empore ist der Adler mit der Dornenkrone, ein Symbol für Christus und die Himmelfahrt Christi, zu sehen⁷⁵. Gegenüber, im Osten des Langhausgewölbes, ist der Pelikan abgebildet, der sich mit dem Schnabel die rechte Brust aufreißt, um mit dem Blut seine toten Jungen zum Leben zu erwecken

71 *Hosch*: Malerei und Zeichnung (wie Anm. 37), S. 68 und S. 90ff.; *Hosch*: Studien zur Barockmalerei (wie Anm. 37), S. 32 und S. 36 (Anmerkungen 105 und 108) und *U. Thieme u. F. Becker*: Joh. Nepomuk Nieberlein, in: Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart, XXV. Band, Leipzig 1931, S. 459. Johann Nepomuk Nieberlein (um 1730–1805 Ellwangen) arbeitete auch in den nahe gelegenen Pfarrkirchen von Stimpfach (1765), Hofen (1775), Schechingen (1774), Rechenberg (um 1780), Lautern (1784), Leinzell (1785) und in den Stationskapellen auf den Schönenberg im Jahre 1803. Seit 1761 war er in Ellwangen und Umgebung als Fresko-, Tafel- und Porträtmaler tätig.

72 *Hosch*: Malerei und Zeichnung (wie Anm. 37), S. 91f.

73 Vgl. *Hosch*: Malerei und Zeichnung (wie Anm. 37), S. 92.

74 Vgl. *Hosch*: Malerei und Zeichnung (wie Anm. 37).

75 *H. Sachs, E. Badstübner u. a.* (Hrsgg.): Erklärendes Wörterbuch zur Christlichen Kunst, Hanau 1984, S. 20.

(Symbol des Opfertodes)⁷⁶. Die Tondi sind abwechselnd in rot- und gelbbrauner, an Grisailletechnik erinnernder »Ton-in-Ton-Malerei« gemalt.

Das Chordeckenfresko ist ebenfalls von einem konvex und konkav ausschwingenden vergoldeten Stuckrahmen umgeben und zeigt die Marienkrönung: Maria im Strahlenkranz auf der Mondsichel, von mehreren Engeln umgeben, empfängt die Krone aus den Händen von Christus (links) und Gottvater (rechts); oben schwebt die Taube des Heiligen Geistes.

Die Fresken an der Emporenbrüstung zeigen südlich die Verkündigung an Maria, in der Mitte musizierende Engel und nördlich die Anbetung des Kindes durch die Hirten. Gelb gefaßtes Rankenwerk rahmt die Darstellungen ein.

Ausstattung

Im Chor steht der neubarocke Hochaltar aus marmoriertem Holz⁷⁷. Der um zwei Stufen erhöhte Unterbau mit beiger Marmorimitation zeigt am Antependium ein vergoldetes Kleeblattkreuz auf schwarzem Grund, im ebenfalls vergoldeten Rocaillerahmen. Den seitlichen Rahmen bilden rot marmorierte Eckstreifen. Dahinter erhebt sich der eigentliche Altaraufbau. Auf der Mensa steht das Panzertabernakel aus dem Jahre 1960 und darauf ein kleines, farbig gefaßtes Altarkreuz aus Holz. Die Predellenzone wird seitlich von je einer ausschwingenden Holzkonsole begrenzt, auf der je ein farbig gefaßter Holzengel, links mit der Leiter und rechts mit der Geißelsäule und Peitsche, steht. Diese Engelsfiguren mit Leidenswerkzeugen flankieren den Altaraufbau, der beidseitig von je einem rot marmorierten Pfeiler mit vergoldetem Rankenwerk und ebensolchen korinthischen Kapitellen eingefäßt wird. Das barocke Hochaltargemälde (Öl auf Leinwand) stellt den leidenden, geißelten Christus in der Rast, begleitet von Engeln, dar⁷⁸. Christus ist blutüberströmt und die Engel tragen die Leidenswerkzeuge. Zwischen Hauptgeschoß und Altarauszug ist ein schwarz gefaßtes und zweistufig auskragendes Kämpfergesims eingeschoben, das die seitlichen Pfeiler und das Altargemälde zu einer Einheit zusammenfaßt und an den Seiten, über den Pfeilern, schräg nach vorne ausschwingt. In der Mitte ist eine rocailleverzierte Kartusche mit der Inschrift *Sei begrüßt, O heil. Blut.* angebracht. In dem von einem schwarz gefaßten Volutengiebel mit Eckvasen abgeschlossenen Altarauszug erscheint das kreuzbekrönte Herz Jesu im Strahlenkranz. Um den Strahlenkranz scharen sich mehrere Putten und Puttenköpfe. Die beiden vergoldeten, rahmenden Pilaster an den Seiten laufen unten

76 Vgl. ebd., S. 279.

77 Dieser Altar wurde anlässlich der Umgestaltung des Chores, um das Jahr 1860, geschaffen. Vgl. *Sorg*: Neuler (wie Anm. 2), S. 3.

78 Das heutige Hochaltarbild mit der Darstellung »Christus in der Rast« zeigt eine auffällige Übereinstimmung mit dem unten noch näher zu besprechenden Motivbild aus dem Jahre 1689. Ob es sich bei dem Altarbild um eine barocke Kopie nach der Motivtafel oder umgekehrt handelt, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht endgültig geklärt werden, weil eine nähere Untersuchung vor Ort nicht möglich war.

in viereckigen Voluten aus, auf denen je ein Putto mit Essigschwamm (links) und Lanze (rechts) sitzt.

Drei Holzstufen führen zu den beiden baugleichen Seitenaltären an den Chorbogenwänden: die Altäre sind aus marmoriertem Holz gearbeitet und gehören noch der Barockzeit an (um 1720). Die beiden kastenartigen Unterbauten sind rot marmoriert und am Antependium ist in das helle Kassettenfeld ein goldgerahmtes, ovales Innenfeld mit einem vergoldeten Kreuz auf schwarzem Grund eingelassen. Auf den Altarmensen stehen die beiden bedeutendsten Ausstattungsstücke: links das Gnadenbild (aus der Vorgängerin der heutigen Kapelle), ein spätgotischer Gnadenstuhl (Abb. 4) aus der Zeit um 1500 (Holz, farbig gefaßt)⁷⁹. Ein Engel fängt das aus der Seitenwunde Christi herausfließende Heilige Blut mit einem goldenen Kelch auf.

Auf der Mensa rechts steht auf einem Sockel die ebenfalls farbig gefaßte, spätgotische Holzskulptur des »Erbärmdechristus« (= Schmerzensmann), aus der Zeit um 1480/90 (Abb. 5)⁸⁰. Aus den Wundmalen Christi strömt das Heilige Blut in Strahlen heraus.

Die Altaraufbauten verfügen jeweils über eine von zwei über Eck gestellten Postamenten gerahmte Predellenzone. Auf den Postamenten stehen zwei in Rotönen marmorierte Säulen mit vergoldeten Basen und ebensolchen korinthischen Kapitellen, die die Altargemälde einrahmen. Über den Kapitellen schließt sich die Kämpferzone an. Das schwarz marmorierte, verkröpfte und schräg nach vorne ausschwingende Kämpfergesims bildet eine horizontale Komponente. Der anschließende, von vergoldeten Voluten gerahmte Altarauszug wird von zwei Eckvasen flankiert. Im Altarauszug ist ein ovalförmiges Gemälde zu sehen und nach oben wird der Auszug von einem ebenfalls schwarz marmorierten Wellengiebel abgeschlossen.

Die Altargemälde sind rundbogenformatige Ölgemälde auf Leinwand. Der linke Seitenaltar zeigt als Altarbild eine Darstellung der Himmelfahrt Mariens, wobei sich Maria etwas erhöht zwischen Petrus und (dem Conpatron der Kapelle) Paulus befindet. Die Gruppe wird von einigen Engeln begleitet, und oben sind Gottvater und die Taube des Heiligen Geistes abgebildet. Im unteren Bildteil ist das Martyrium der beiden Apostelfürsten dargestellt: Petrus wird im Zirkus des Nero

79 Die Skulptur ist aus Lindenholz geschnitzt, 83 cm hoch und 65 cm breit. Die Farbfassung und die Blutstrahlen sind neu und die Krone ist ergänzt (Renovation 1928 von Bildhauer Reeb). Vgl. *E. v. Paulus u. E. Gradmann*: Die Kunst- und Altertumsdenkmale im Königreich Württemberg, Bd. Jagstkreis, Eßlingen/N. 1907, S. 176; *Riek* (wie Anm. 2), S. 69; *B. Bushart*: Die Kunst in Ellwangen, in: 1200 Jahre Ellwangen, Ellwangen/J. 1964, S. 41 und S. 113f., Kat.-Nr. 253 und Abb. Tafel XXII; *A. Walzer*: Der Leichnam Christi im Bild der Hl. Dreifaltigkeit. Zur Figur Gottvaters mit dem Leichnam Christi aus Schwenningen, Kreis Aalen, in: *WFr* 50 (1966), S. 78ff., und *A. Döring u. a.* (Hrsgg.): Kurzkataloge der volkstümlichen Kult- und Andachtsstätten der Erzdiözese Freiburg und der Diözesen Limburg, Mainz, Rottenburg-Stuttgart und Speyer (Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte 13), Würzburg 1982, S. 157. Zur Ikonographie des Schwenninger Gnadenstuhls siehe *Walzer* (wie oben), S. 78–93.

80 Die Figur ist 60 cm hoch, der Kelch erneuert und die Fassung nicht original. Vgl. *Bushart* (wie Anm. 79), S. 122, Kat.-Nr. 277 und Abb. Tafel XXIII.



Abb. 4 Der spätgotische Gnadenstuhl, um 1500

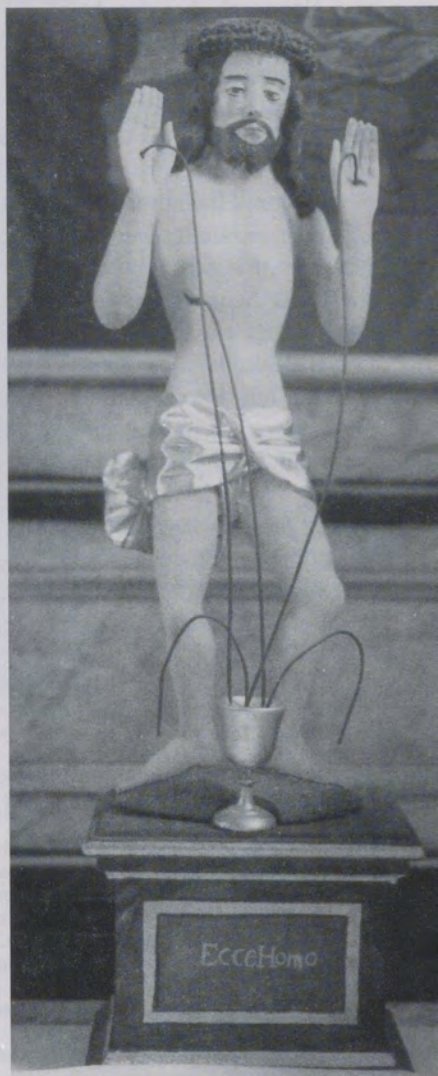


Abb. 5 Der spätgotische Erbärmdechristus, um 1480/90

umgekehrt ans Kreuz geschlagen und Paulus wird enthauptet. In der Mitte des unteren Bildrandes ist eine Signatur mit einem Ovalmedaillon erkennbar, die das Altargemälde als Stifterbild ausweist: *F.M. Fidicen pistor Elvaci 1737*. Im Wappenmedaillon befinden sich zwei Herzen und als Bekrönung ein Geigenspieler. Der in dieser Arbeit mehrfach genannte Ellwanger Bäckermeister Franz Xaver Matthäus Geiger (1680–1752) hat dieses Gemälde im Jahre 1737 gestiftet⁸¹.

Das Ovalmedaillon des Altarauszugs stellt einen hl. Schutzengel mit Schild dar, der ein Kind aus einem brennenden Haus rettet.

Der rechte Seitenaltar trägt eine ebenfalls barocke Darstellung des hl. Johannes von Nepomuk, bei der Abnahme der Beichte der Frau des böhmischen Königs Wenzel IV.⁸² Darüber schwebt Maria mit einem Kreuz und Schlüsseln in der Hand heran, über ihr die Taube des Heiligen Geistes. Rechts bringen Putten eine Krone mit sieben Siegeln. Unten links erscheint abermals ein Stifterwappen im Ovalmedaillon⁸³. Das Ovalmedaillon im Altarauszug stellt den hl. Joseph mit dem Jesuskind dar.

Rechts vom Hochaltar befindet sich eine rechteckige Mauernische mit einer alten Urkunde in lateinischer Sprache aus dem Jahre 1692 hinter einer Glasscheibe⁸⁴. Links vom Altar steht eine farbgefaßte Madonnenfigur, die im Mai 1934 von Bildhauer Schnepf aus Ellwangen geschaffen wurde⁸⁵. An der nördlichen Chorwand hängt ein Ölgemälde mit der Darstellung der Kreuzigung Christi: auf der linken Bildseite sticht Longinus in die Seite Christi, daneben Maria Magdalena knieend am Kreuzstamm und rechts die klagenden Frauen. Dieses Bild, im Nazarenerstil gehalten, trägt unten die Signatur *G. Lacher München 1860* und war einst am Hochaltar angebracht⁸⁶. Die Pfarrchronik Neuler vermerkt in einem Eintrag von 1930 dazu, daß das Bild *zuerst als Hochaltarbild gedacht* gewesen war und vom Historienmaler Lacher für 400 fl. gemalt worden sei⁸⁷.

Die südliche Chorwand trägt eine Votivtafel eines unbekanntenen Malers (Öl auf Leinwand) aus dem Jahre 1689 mit der Darstellung des leidenden Christus inmitten der Engel, also dasselbe Thema wie beim Hochaltargemälde⁸⁸. Der

81 *F. Zierlein*: Ein großer Wohltäter für Stadt und Land. Franz Matthäus Geiger, Bürger und Bäcker zu Ellwangen 1680–1752, in: *Ip- und Jagst-Zeitung*, 28. März 1970, S. 19; *H. Pfeifer*: Die Dreifaltigkeitskapelle, in: *H. Baumann* (Hrsg.): 1731–1981 Festschrift zum 250jährigen Jubiläum der Dreifaltigkeitskapelle Rattstadt, Ellwangen/J. 1981, S. 20ff. und *OAB Ellwangen 1886*, S. 720. Dieses Stifterwappen Geigers findet sich außerdem noch auf Altarbildern in Rotenbach, Rosenberg und Schwabsberg.

82 *Sorg* (wie Anm. 2), S. 3.

83 Nachforschungen über den Stifter blieben ohne Erfolg. Das Inschriftband um das Medaillon zeigt die Worte: *Considerat peccatum iustum et quaerit mortificare eum. Psalm 36*.

84 Diese Urkunde könnte die Grundsteinurkunde sein, zumal, wie oben ausgeführt, im Jahre 1692 der Chor von Grund auf neu erbaut worden ist.

85 *E. Kaiser*: Jahreschronik 1932–35, in: *Ellwanger Jahrbuch 12* (1933/35), S. 116.

86 Als Hochaltarbild wird diese Kreuzigungsszene bezeichnet in: *OAB Ellwangen 1886*, S. 720 und *E. v. Paulus u. E. Gradmann* (wie Anm. 79), S. 176. Zu Georg Lacher: *E. Sebald u. J. Weizenegger*: Georg Lacher (1809–1882), in: *Jahrbuch des Vereins für Augsburgische Bistumsgeschichte 24* (1990), Augsburg 1990, S. 333–336.

87 *Pfarrchronik Neuler* (wie Anm. 2), S. 49.

88 Vgl. Anm. 78.

Abb. 6 Die Votivtafel
aus dem Jahre 1773



Anno 1773 den 10ten Septembris, ist die abgeleitete Seel.
 Ignab Erhardl. von Elberschwenden in der allhiesigen
 Kapelle zum Heiligen Blut zu Schwenningen
 Auf der heiligen Messe bei aushandlung des Heilig
 Bluts in gegenwart vieler Volks. aus dem Fraßneier mit
 hinterlassung obigen Brandmals Erlobt worden.

Votant, laut Wappen unten links der Propst Heinrich Christoph von Wolframs-
 dorf (1687–89), kniet vor dem blutüberströmten Christus⁸⁹. Neben dem
 Wappen ist die Formel *Ex Voto 1689* zu lesen.

Am Chorbogen rechts ist chorseitig ein Vortragekreuz angebracht, dessen farbge-
 faßter Corpus wohl noch aus dem 17. oder 18. Jahrhundert stammt.

⁸⁹ OAB Ellwangen 1886, S. 720; E. v. Paulus u. E. Gradmann (wie Anm. 79), S. 176 und Bushart (wie Anm. 79), S. 122. Die Maße betragen: Höhe 86 cm, Breite 66 cm.

Ausstattung im Langhaus

An der nördlichen Langhauswand befinden sich auf marmorierten Holzkonsolen die beiden spätgotischen, farbgefaßten Holzfiguren der Trauernden Maria (links) und des hl. Nikolaus (rechts). Diese Figuren waren einst am Chorbogen angebracht⁹⁰. Gegenüber, an der Südwand, steht ebenfalls auf einer marmorierten Holzkonsole die farbgefaßte Holzplastik der Pietà aus der Zeit um 1700, die am Sockel eine vergoldete Kartusche mit blauem Grund und der Inschrift *Mater dolorosa, ora pro nobis* zeigt⁹¹.

An den Wänden beider Langhausseiten sind insgesamt vierzehn Kreuzwegstationen (alle Öl auf Leinwand), wohl aus dem 19. Jahrhundert, angebracht.

In die linke Seite der Chorbogenlaibung ist die Grabplatte mit lateinischer Inschrift des Johann Christoph Heinrich, Pfarrer von Eichstätt (gestorben 1698), eingelassen⁹².

Unterhalb des Aufgangs zur Empore ist zwischen der siebten und der achten Kreuzwegstation die Motivtafel (Abb. 6) des Ignaz Erhardt von Elberschwenden, aus dem Jahre 1773, zu sehen⁹³. Die dargestellte Szene findet im Chor der Schwenninger Kapelle, vor dem Gnadenbild, statt und über der Motivtafel ist ein Stoffstück mit dem Abdruck einer eingebrannten Hand (Brandmal) in einem Glasrahmen sichtbar⁹⁴. Die Überlieferung und die Inschrift sprechen von einer Erlösung aus dem Fegefeuer⁹⁵.

90 OAB Ellwangen 1886, S. 720; P. Keppler: Württembergs kirchliche Kunсталterthümer, Rottenburg/N. 1888, S. 89 und E. v. Paulus u. E. Gradmann (wie Anm. 79), S. 176.

91 Eine fast identische Körperhaltung (besonders der Hände Mariens) weisen die beiden folgenden Beispiele auf, die eine Datierung der Schwenninger Pietà in die Zeit um 1700 stützen sollen: die Pietà aus Ton in der Kapelle zur Schmerzhaften Muttergottes in Schwabmünchen, vom Anfang des 18. Jahrhunderts. Vgl. M. Beißer: Kapelle zur Schmerzhaften Muttergottes in Schwabmünchen, Schwabmünchen 1981, S. 4 und S. 6ff. und die Pietà im Außenbau der Wallfahrtskirche in Klosterlechfeld. Vgl. D.J. Wehnert: Die Wallfahrtskirche »Maria Hilf auf dem Lechfeld«, Klosterlechfeld 1986, S. 31. Die Datierung der Schwenninger Pietà in die Renaissancezeit oder ins 15. Jahrhundert ist nicht zutreffend. So die OAB Ellwangen 1886, S. 720 und E. v. Paulus, u. E. Gradmann (wie Anm. 79), S. 176.

92 Der gesamte Text der Grabinschrift ist in der Pfarrchronik von Neuler übersetzt. Vgl. Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 48 und Riek (wie Anm. 2), S. 72.

93 Die Inschrift lautet: *Anno 1773 den 10ten September ist die abgelebte Seel Ignatz Erhardt von Elberschwenden in der alhisigen Gnadenkapelle zum hl. Blut in Schwenningen unter der hl. Messe bei Aufwandlung des heiligen Blutes in Gegenwart vielen Volks aus dem Fegfeuer mit Hinterlassung obigen Brantmals Erlöft worden.* Vgl. Riek (wie Anm. 2), S. 71f.

94 Auf der Motivtafel von 1773 ist ein anderes Hochaltargemälde, nämlich eine gemalte spätgotische Schmerzensmann-Darstellung, zu erkennen. Es könnte eine gemalte Abbildung des Erbärmdechristus vom rechten Seitenaltar gewesen sein. Entweder handelte es sich hier um eine freie, nicht originalgetreue Darstellung oder, was mir wahrscheinlicher erscheint, um ein heute nicht mehr vorhandenes Altarbild. Es wäre denkbar, daß dieses Bild im 19. Jahrhundert entfernt und durch das heutige, oben besprochene Altargemälde ersetzt wurde. Verwandte Darstellungen des Schmerzensmannes finden sich im: Hochaltar der Jakobskirche in Rothenburg o. d. T. (Herlin, 1466), Erbärmdebild (Martin Schaffner, um 1519), im Ulmer Museum, Inv. Nr. 19739044, und in der Darstellung der »Messe des hl. Gregor« (Meister des Ulmer Hostienmühlen-Retabels, um 1480), ebenfalls im Ulmer Museum, Inv. Nr. A.I. 19839160. Vgl. G. Jasbar u. E. Treu: Bildhauerei und Malerei vom 13. Jahrhundert bis 1600, Kataloge des Ulmer Museums, Katalog I. Ulm/Donau 1981, S. 217 und E. Treu: Führungsblatt Nr. 66 des Ulmer Museums: »Die Messe des Heiligen Gregor«, Ulm/Donau 1984.

95 Pfarrchronik Neuler (wie Anm. 2), S. 48 und Riek (wie Anm. 2), S. 71f. Riek äußert sich über diesen Vorfall kritisch und zweifelnd.

Im Langhaus befindet sich außerdem eine Prozessionsfahne aus dem 20. Jahrhundert, mit der goldfarbenen Aufschrift auf rotem Grund: *Sei gegrüsst, O Heilig Blut*. Auf der Rückseite ist (wie bei den oben angesprochenen barocken Vorgängern) der spätgotische Gnadenstuhl abgebildet. Das Kapellengestühl stammt aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Auf der Empore steht ein Harmonium vom Ende des 19. Jahrhunderts. An der dem Treppenabgang vorgeblendeten Wand hängen drei Ölgemälde: links eine Darstellung des Mitpatrons der Kapelle, des hl. Johannes von Nepomuk, wohl aus dem 19. Jahrhundert, in der Mitte ein barockes Stifterbild, auf dem Maria der hl. Dreifaltigkeit die in Anbetung versunkene Stifterfamilie empfiehlt⁹⁶, und rechts eine Darstellung des weiteren Mitpatrons, des hl. Paulus bei der Bekehrung, wohl 19. Jahrhundert.

96 K. A. Theiss: Kunst- und Kulturdenkmale im Ostalbkreis, Stuttgart 1989, S. 252.

»Burgerlich Polickey« und »christlich Kirch«: Kirchen- und Schulordnungen der Reichsstadt Schwäbisch Hall

VON ANDREAS MAISCH

1. Einleitung

»Denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens«¹. Die Berufung auf diese Bibelstelle und die Wahrnehmung Gottes als Ordnungstifter legitimierten und lenkten in der frühen Neuzeit das Handeln der christlichen Regierungen. *Der weltlichen Obrigkeit Satzungen, so zu Erhaltung eusserlichen Friedens, gemeyner burgerlichen Polickey unnd Erbarkeit verordnet seyen, werden vom H[eiligen] Geist mit dem Titel Gottes Ordnung gezieret unnd darneben befohlen, sie nicht allein umb der Straff, sondern auch umb deß Gewissens willen zuhalten*². Die Verfügungen des Haller Rats für die städtischen Bürger und die ländlichen Untertanen hatten also drei Ziele: die Erhaltung des Friedens, die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Moral. In diesen Bereichen war der Rat der Reichsstadt Sprachrohr Gottes, seine Gesetze dienten der göttlichen Ordnung, und sie waren nicht nur zu halten, weil Strafen darauf gesetzt waren, sondern auch weil das Gewissen und die Pflicht gegen Gott es geboten.

Die Obrigkeit, die für die Ordnung dieser Welt verantwortlich war, hatte deshalb auch Anspruch, in die Gebete der Untertanen mit eingeschlossen zu werden.

1543 lautete das Gebet für die weltliche Obrigkeit: *Lassent uns bitten für die weltlich Oberkeit, für unsere Hern, die Römischen Keyser und König, für alle christliche Herschaft, sonderlich für ein Erbarn Rath diser Stadt, das wir ein geruwigs und stils Leben in allem götlichem Gehorsam füren mögen. Bittent also: Barmhertziger himelischer Vater, in welches Hand bestehet aller Menschen Gwalt und Oberkeit von dir gesetzt, zur Straff der Bösen und Wolfart der Frummen, inn welches Hand auch stehn alle Recht und Gesetz aller Reich auff Erdden. Wir bitten dich, sihe gnediglich auff unsere Herrn, die Römischen Keyser unnd König als unsere obriste weltliche Häupter,*

1 1 Korinther 14,33. In heutiger Übersetzung: »Gott schafft doch nicht Unordnung, sondern Frieden.« Als Motto der Kirchenordnung von 1615 vorangestellt: StadtA Schwäb. Hall 5/569: Christliche Agenda oder Kirchenordnung, wie es mit der Lehr göttlichen Worts und den Ceremonien, auch mit anderen darzu nothwendigen Sachen in der Kirchen, so in eines erbarn Raths deß Heiligen Römischen Reichsstatt Schwäbischen Hall Obrigkeit und Gebieth gelegen, soll gehalten werden, Ulm 1615. Ebenso der Kirchenordnung von 1771 (Christliche Agenda oder Kirchenordnung, wie es mit der Lehre des göttlichen Worts, und den Ceremonien, auch mit andern dazu nothwendigen Sachen, in den Kirchen, die in Eines Hochedlen und Hochweisen Raths des Heil[igen] Römischen Reichs freyen Stadt Hall in Schwaben, Obrigkeit und Gebiet gelegen, soll gehalten werden, Schwäbisch Hall 1771) (StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA B 13). Zitiert a. in der Kirchenordnung von 1543 (StadtA Schwäb. Hall 5/567: Ordnung der Kirchen inn eins erbarn Raths zu Schwäbischen Hall Oberkeit und gepiet gelegen, Schwäbisch Hall 1543, Vorrede o. Seitenzahl).

2 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 273f.

*und andere ordenliche christliche Oberkeit, sonderlich auff unsere Herschafft ein Erbarñ Rath der Stadt Schwebischen Hall, das sie das weltlich Schwerdt, inen von dir bevolhen, nach deinem Bevelch füren mögen. Lassent uns bitten, das Gott uns gnediglich erlöse, von allem Irthumb, Kranckheit, Tewrung, Gfengnus, Pestilentz und von aller Widerwertigkeit, so der böß Feind uns zur Verderbnus zufüget*³.

Dem Haller Rat war von Gott der Kampf gegen Irrtum, Krankheit, Teuerung und überhaupt gegen den Teufel und seine Machenschaften anvertraut worden. Entsprechend ausgedehnt war die Gesetzgebung des Rates, die Bereiche, in die er reglementierend eingriff, waren umfassend.

Im folgenden wird am Beispiel der Ordnungen und Dekrete in den Bereichen Kirche und Schule der Zugriff der reichsstädtischen Obrigkeit auf ihre Bürger und Untertanen verdeutlicht. Gefragt wird nach dem Ineinander von städtischen Verordnungen und Verhalten der Untertanen, nach der Ausübung von Herrschaft und ihrer Aushebelung durch die Widerspenstigkeit der Beherrschten, nach der Uminterpretation obrigkeitlicher Anordnungen durch die Betroffenen. Die Frage nach der obrigkeitlichen Reglementierung wird also immer durch die Frage nach dem tatsächlichen Verhalten der reglementierten Untertanen ergänzt. Schließlich sagt der bloße Erlaß eines Gesetzes noch lange nichts über seine Anwendung und Befolgung in der alltäglichen Praxis aus. Deshalb wird auch nach Erfolgen und Mißerfolgen der Verordnungen zu fragen sein. Ziel der Untersuchung ist also weder eine Institutionengeschichte noch ein chronologischer Abriß der Gesetzgebung, sondern ein Einblick in die Verhaltensweisen der Bevölkerung.

2. Kirche

2.1 Hällische Kirchenordnungen

Mit Einführung der Reformation wuchs der weltlichen Obrigkeit, d. h. dem Haller Rat, die Verantwortung für Gebiete zu, die vorher von der Kirche und dem Kirchenrecht geregelt waren⁴. Das gilt selbstverständlich gerade für das Glaubensbekenntnis, die Sakramente und die kirchlichen Zeremonien. Drei gedruckte Kirchenordnungen von 1543, 1615 und 1771 kodifizierten Lehre und Zeremoniell der hällischen Kirche⁵.

Für diese Ordnungen und die Gründe für ihren Erlaß ist die Einleitung zur Kirchenordnung von 1543 charakteristisch: Die Kirchenordnung wurde erlassen, um die Gleichheit in allen Pfarreien zu gewährleisten, um die Kontinuität auch

3 StadtA Schwáb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 45V + R.

4 Zu den spätmittelalterlichen Verhältnissen s. G. Rücklin-Teuscher: Religiöses Volksleben des ausgehenden Mittelalters in den Reichsstädten Hall und Heilbronn (Historische Studien 226), Berlin 1933.

5 Die Kirchenordnung von Johannes Brenz von 1527 war nur ein Vorschlag an den Rat, der offenbar nicht in seiner Gesamtheit zur Ausführung gelangt ist: H. M. Maurer, K. Ulshöfer: Johannes Brenz und die Reformation in Württemberg (Forschungen aus Württembergisch Franken 9), Stuttgart, Aalen 1974, S. 60.

über den Wechsel in den Pfarrämtern hinaus zu erhalten, um nicht genügend gelehrten Pfarrern eine Handreichung zu geben und um die Versuchungen des Satans abzuwehren⁶. Sie enthielt deshalb vorgeschriebene Gebete und Predigten zu den wesentlichen Stationen des Kirchenjahres und zu den zentralen Anlässen (Taufe, Hochzeit, Beerdigung), die vor allem den Landpfarrern ihre Aufgaben erleichterten⁷.

Die Kirchenordnung von 1615 äußerte sich ausführlich zum Verhältnis von göttlicher und weltlicher Ordnung: *In allen Kirchenordnungen aber soll man fleißig underscheyden die Ordnungen, die Gott selbst in seinem Wort außtrucklich befohlen und eingesetzt hat, welche als die rechten Hauptstück, daran die christliche Religion und wahre Gottseligkeit fürnehmlich gelegen, unwandelbarlich seind und in allen particular Kirchen gleich und einträchtig müssen gehalten werden. Als da seind: Gottes Wort predigen, die H[eiligen] Sacramenta, Tauff und Abendmahl nach Christi Einsatzung außtheylen, den Catechismum fleißig treiben, Gott anruoffen, loben etc. Und die andern Ordnungen und Ceremonien, welche nit von Gott außtrucklich befohlen, sondern von Menschen darzu gethan seind, welche menschliche Ordnungen zweyerlei seind. Dann etliche seind abgöttisch und aberglaubisch, die da zur Erbauung und Besserung der Kirchen nichts dienen, sondern zur Abgötterey und Aberglauben Ursach geben. Die soll man billich nach erkandter Warheit abschaffen. Etliche aber seind christlich, die da dienen zur Erbauung und Besserung der Kirchen, als da seind: Gewiße Zeit, Stätt, Weiß und Maß der Predigten, Lectionen, Gesäng, Gebett etc. Die soll man nit freventlich ändern und also die Gewissen verwirren . . . , sondern behalten propter ordinem, disciplinam et tranquillitatem ecclesiae, das ist umb mehr Ordnung, Zucht und Ruhe willen der Kirche Gottes . . .*⁸.

Die Ordnungen Gottes und der Menschen wurden also deutlich voneinander abgegrenzt. Die einen waren unwandelbar und dienten der ewigen Glückseligkeit, die anderen dagegen waren um der Ordnung, Zucht und Ruhe der Kirche willen da.

Zentral für den Ordnungswillen war das Sündenbekenntnis und die Beichte: Die Absolution erforderte, daß die Leute *nacheinander und sonderlich verhoret, auch zur Anhörung der Absolution versamlet und von wegen ired unbußfertigen Lebens oder anderer wichtigen Ursachen halben nicht angestellt seyen*⁹.

Die Beichte sollte am Tag vor dem Empfang des Abendmahls stattfinden. Jedes Beichtkind sollte für sich verhört werden¹⁰. Für die protestantische Auffassung der Beichte war die Abgrenzung zum Katholizismus zentral: Die Kirchenordnung von 1615 betonte ausdrücklich, daß diese Art der Beichte nicht vom Papsttum herkomme, sondern Gottes Ordnung und Befehl sei¹¹.

6 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, Vorrede, o. Seitenzahl; s. a. StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, Vorrede, ohne Seitenzahl.

7 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, passim.

8 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, Erinnerung, ohne Seitenzahl.

9 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 19 R.

10 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 66 V.

11 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 57.

Die Personengruppen, denen laut Katechismus keine Absolution gewährt werden sollten, waren recht umfangreich. Die korrekte Antwort auf die Frage *Welchen Leuthen soll er [der Pfarrer, A. M.] dann die Absolution nit sprechen?* hieß: *Den unbußfertigen und öffentlichen beharrlichen Sündern, als da seind alle Abgöttische, die mit Zaubern und Segenwerck umbgehen, Gotteslästerer, Verächter Gottes Worts und der H[eiligen] Sacramenten, Ungehorsame, Neydische, Todtschläger, Trunckenböltz, Ehebrecher, Dieb, Wucherer, Meineydige und dergleichen, so mit andern offenbaren Wercken deß Fleisches umbgehen und darinn beharren*¹². Zum Abendmahl sollten die Bußfertigen und Gläubigen zugelassen werden, die Unbußfertigen, Sektierer und Exkommunizierten aber nicht¹³.

Gebete sollten nicht Gott versöhnen, sondern zur Buße ermahnen. Die Zielgruppe war dabei wieder hauptsächlich das junge Volk, das offensichtlich besonders zu Sünde und Übertretungen neigte¹⁴.

Bußfertig zu sein war oberstes Gebot¹⁵. Voraussetzung dafür war die Erkenntnis der eigenen Sünden, wobei die Obrigkeit gerne ein wenig nachhalf. Denn offenkundig – sonst hätte es solcher Mahnungen nicht bedurft – war zumindest ein Teil der Bürger und Untertanen kaum bereit, diesen Aufrufen zur Buße Folge zu leisten.

Den Pfarrern wuchs eine Vorbildfunktion für ihre Gemeinden zu. Ihr Leben und Wandel sollten, soweit menschenmöglich, mit der Lehre übereinstimmen¹⁶. Letzterer wurde viel Zeit eingeräumt. In St. Michael war 1543 jeden Tag Predigt zu halten, in den Dorfkirchen mußte der Pfarrer nur an einem Werktag predigen¹⁷. 1615 waren in St. Michael am Sonntag zwei Predigten zu halten, außer an Jacobi und Michaelis, wenn Jahrmart gehalten wurde: dann fiel eine Predigt aus¹⁸. In St. Katharina und St. Johann wie auch in den Kirchen auf dem Land ließ man es bei einer Predigt am Sonntag bewenden¹⁹. In der Stadt wurde auch an allen Werktagen gepredigt – ausgenommen am Samstag: am Montag im Barfüßerkloster, am Dienstag in St. Michael, am Mittwoch in St. Katharina und in St. Nicolaus, am Donnerstag in St. Michael, am Freitag wieder im Barfüßerkloster und in St. Johann²⁰.

12 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 52; StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA B 13: Kirchenordnung 1771, S. 52f.

13 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 106; StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA B 13: Kirchenordnung 1771, S. 114.

14 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 48V.

15 StadtA Schwäb. Hall 4/492 (1592).

16 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 186.

17 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 77V.

18 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 190.

19 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 192.

20 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 194f.; zu den Predigten 1771 s. StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA B 13: Kirchenordnung 1771, S. 169, 173–175.

2.2 Einordnung der Kirchenordnungen

Die Kirchenordnungen fixierten Glaubensbekenntnis und Zeremoniell der hällischen Kirche. Zu regeln blieb darüber hinaus das Verhalten der Laien, wobei die Vorschriften für ein christliches Leben zum Teil in die Polizeiordnungen integriert wurden. Diejenige von 1703 beschrieb das Dilemma: *Demnach wir Städtmeister und Rath dieser des Heiligen] Reichs-Stadt Schwäbisch Hall jederzeit in geist- und weltlichen Sachen wohlmeynende Gesetz, Statutae und Ordnungen gemacht, darnach sich Burger und Unterthanen, Schirmsverwandte und alle die uns in Stadt und Land zu vertreten stehen, richten sollen, und aber denenselben leider! nicht allemahl gebührend nachgelebet worden . . .*²¹.

Daß unter dieser Voraussetzung das kirchliche Leben mittlerweile bis in Details geregelt war und auf jede Übertretung Strafen gesetzt waren, zeigt diese Polizeiordnung von 1703 in aller Deutlichkeit.

Da die fleißige Anhörung der Predigt das richtige Mittel sei, ein tugendsames Leben, den wahren Glauben an Christus, die Vergebung der Sünden, zeitlichen Wohlstand und die ewige Seligkeit zu erlangen²², so wird allen Bürgern und Untertanen befohlen, die Gottesdienste an Sonn-, Fest- und Bettagen wie auch unter der Wochen mit größerem Eifer als bisher zu besuchen. Eltern und Dienstherrschaften sollten besonders darauf achten, daß ihre Kinder und ihr Gesinde bei der Kinderlehre anwesend waren²³.

Auch der Landbevölkerung wurde eingeschärft, an Sonn- und Feiertagen kein Gras zu mähen, sich nicht spät noch in den Wirtshäusern aufzuhalten, nach der Betglocke nicht mehr zu tanzen, das Nachtschwärmen zu unterlassen usw.²⁴. Sonn- und Feiertage waren zu heiligen, d. h. es durfte keine Arbeit verrichtet werden und selbst die Freizeitvergnügungen wie Jagen, Fischen, unnötiges Reiten, Gehen und Fahren waren untersagt. Bei Übertretungen sollten Geldstrafen von ein bis drei Gulden oder auch Leib- und Turmstrafen verhängt werden. Zur Kontrolle wurde den Torwächtern aufgetragen, an Sonn-, Fest- und Feiertagen wie auch an Donnerstagen (die Bettage waren) keine fremden Wein-, Holz- und andere Fuhren einzulassen, ehe die Predigt völlig beendet war²⁵. Personen, die während der Predigt auf der Gasse, auf dem Kirchhof oder der Kirchenstaffel angetroffen wurden, sollten mit 6 Batzen gestraft werden²⁶.

21 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Erneuerte Policeyordnung des Heil. Reichs-Stadt Schwäbischen Hall, Schwäb. Hall 1703: Vom Gottesdienst und Besuchung der Predigten, S. 3

22 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Vom Gottesdienst und Besuchung der Predigten, S. 4.

23 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Vom Gottesdienst und Besuchung der Predigten, S. 4f.

24 StadtA Schwäb. Hall S/571: Decret an die Unterthanen auf dem Land, die Heiligung des Sabbaths, Schulbesuchung und andere zu christlicher Zucht etc. gehörige Puncten betreffend v. 4. 7. 1712. Vgl. die früheren Dekrete von 1622 (StadtA Schwäb. Hall 4/502).

25 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Heiligung der Sonn- und Feyertäg, S. 5f.

26 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Heiligung der Sonn- und Feyertäg, S. 7. Vgl. 4/502 (1654).

Zauberer, Wahrsager, Geist- und Teufelsbeschwörer, Segensprecher, Planetenleser, Kristall- oder Handbeseher, Siebdreher und Zigeuner sollten in Hall und seinem Landgebiet nicht geduldet werden. Diese und die, die sich *ihres teuffelischen Wesens* bedienen, sollten nach göttlichen, geistlichen und weltlichen Rechten, vornehmlich der Peinlichen Halsgerichtsordnung gemäß, bestraft werden²⁷.

Verboden waren selbstverständlich auch Gotteslästerung, Meineid, Fluchen und Schwören – alles Laster, die nach Meinung der Obrigkeit schrecklich zunähmen²⁸. Die Aufzählung der besonders stark verbotenen Flüche, läßt erkennen, wie mannigfaltig zu Beginn des 18. Jahrhunderts geflucht wurde: Flüche beim Namen Gottes, seiner heiligen Marter, seinen Wunden, seiner Kraft und Macht, den Sakramenten, seinem Leiden und Tod, Leib und Gliedern, Blut und Kreuz, bei Himmel und Elementen, alle Lästerungen und Schmähungen der gebenedeiten Mutter Christi und der Heiligen Gottes wurden genannt und verboten. Untersagt war es schließlich, sich oder seinen Nebenmenschen dem Teufel zu übergeben oder zu verfluchen, Gottes Strafen, schwere Plagen und Seuchen auf sich oder andere herabzuwünschen oder seine Seele zu verpfänden²⁹. Pfarrer und Lehrer hatten Alten und Jungen dieses Unwesen umständlich zu beschreiben und sie davon abzumahnern³⁰. Als Mindeststrafe wurden für Meineid und Gotteslästerung 8 Gulden festgesetzt, bei schwereren Vergehen sollte die Carolina, also die Peinliche Halsgerichtsordnung Karls V., Anwendung finden³¹. Für Fluchen wurden die Strafen gestaffelt: beim ersten Mal sollten 12 Schillinge gegeben werden, beim zweiten 24 Schillinge, beim dritten 1 Gulden 10 Schillinge. Beim vierten Fluchen war eine eintägige Gefängnisstrafe bei Wasser und Brot fällig, die vom Einigungsgericht auch in eine Geldstrafe umgewandelt werden konnte, wobei mindestens 4 Gulden zu fordern waren. Gravierend wurden die Strafen beim fünften angezeigten Fluch. Jetzt sollten peinliche Strafen je nach Schwere des Falles verhängt werden³².

Die Kluft zwischen dem Erlaß von Ordnungen und ihrer mangelhaften Beachtung hatte sich allerdings nicht erst zu Anfang des 18. Jahrhunderts herausgestellt.

27 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Von Abstraffung der Zauberer und ihres gleichen, S. 8; vgl. Dekret vom 20. 5. 1674 über das Verbot des Segensprechens (DekanatsA 52b).

28 Vgl. StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret von 1687 über das Verbot der Gotteslästerung und des Fluchens; Dekret vom September 1678 über Verbot des Fluchens und der Gotteslästerung; s. a. Dekret vom 9. 6. 1648 über die Bestrafung des Fluchens und der Gotteslästerung; s. a. Dekrete vom 28. 1. 1639 und 30. 12. 1642. Gotteslästerung und Fluchen wurden schon früh bei schweren Strafen verboten: StadtA Schwäb. Hall 4/492 (1527, 1561, 1570, 1575, 1616, 1620); 4/494 (1639, 1642, 1643); 4/502 (1651, 1653, 1654); 4/499 (1666); 4/491 (1673); 4/492 (1676); 4/495 (1678); 4/494 (1693). Vgl. a. Polizeiordnung 1661 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 2).

29 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Von Gotteslästerung, Meineid, falscher Handtreu, Fluchen und Schwören, S. 8–10; vgl. StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret von 1687 über das Verbot der Gotteslästerung und des Fluchens.

30 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Von Gotteslästerung, Meineid, falscher Handtreu, Fluchen und Schwören, S. 10.

31 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Von Gotteslästerung, Meineid, falscher Handtreu, Fluchen und Schwören, S. 10.

32 StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 126/IV: Polizeiordnung 1703: Straff der ohnbedachtsamen Schwörer, S. 10f.

Der Besuch der Gottesdienste schien dem Rat schon früh ungenügend zu sein. 1599 z. B. mußte die Obrigkeit feststellen, daß kaum 30 oder 40 Personen bei den Wochenpredigten anwesend waren³³. 1657 hieß es, die Pfarrer predigten vor leeren Stühlen³⁴. Ermahnungen, die Gottesdienste und Bettage mit *mehrerm Fleiß und größerer Andacht* zu besuchen³⁵, folgten dementsprechend dicht aufeinander. Dies war vor allen Dingen immer dann der Fall, wenn größere Katastrophen drohten: 1673 z. B. schien der 1648 mühsam errungene Friede in Gefahr. Der hällische Rat ordnete einen Bettag an³⁶. 1756 bildete ein Erdbeben den Anlaß für einen Bußtag am 4. März³⁷. 1677 wurden die Untertanen auf dem Land zum fleißigeren Besuch der Gottesdienste und Betstunden ermahnt³⁸. Tänze (außer bei Hochzeiten) wurden verboten³⁹. 1721 wurde den Einwohnern auferlegt, ein gottseliges Leben zu führen, den Sonntag zu heiligen und den Gottesdienst mit größerem Eifer zu besuchen⁴⁰. 1722 schien der städtischen Obrigkeit der Gottesdienstbesuch schon wieder nachlässig zu sein⁴¹.

Neben dem mangelhaften Gottesdienstbesuch war auch die Heiligung des Sonntags ein stetes Thema⁴². Eine Strafordnung von 1650 sah bestimmte Sätze für Übertretungen vor – und zeigt, was die hällischen Untertanen an Sonntagen alles zu tun hatten und taten. Kaufen und Verkaufen wurde mit 5 Gulden oder der entsprechenden Anzahl Tage im Gefängnis gestraft, Holzmachen mit 2–5 Gulden, Frucht und Mehl aus der Mühle holen mit 4 Gulden, Vieh weiden mit 3 Gulden⁴³, Vieh tränken mit 3 Gulden, handwerkliche Arbeiten mit 4 bis 8 Gulden, vor der Haustür müßig stehen, Wirtshausbesuche, Spielen und Würfeln mit 2 bis 6 Gulden, der Besuch im Branntweinhaus mit 2 Gulden (wobei es Alten und Schwachen erlaubt blieb, ein Gläschen Branntwein zu trinken), Versäumen des Gottesdiensts mit 2 Gulden, Versammlungen mit 3 Gulden, Feldarbeit mit einem halben Gulden,

33 StadtA Schwäb. Hall 5/1748: Dekret vom 17. 12. 1599.

34 StadtA Schwäb. Hall 5/570: Dekret vom 4. 1. 1657.

35 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 56f; vgl. a. Dekrete vom 9. 6. 1648 und 3. 1. 1657 (DekanatsA 52b); s. a. Dekret vom 10. 6. 1664 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 712V–713V); s. a. Dekret vom 17. 6. 1653 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 722V–722R). Vgl. a. Dekrete von 1617 (StadtA Schwäb. Hall 4/494), 1624 (4/492), 1625, 1627, 1629, 1633, 1634, 1636, 1638, 1646, 1648 (4/494), 1653, 1663 (4/502), 1666 (4/499), 1679 (4/495), 1692 (4/494), 1693 (4/495), 1696 (4/494), 1722 (4/500). Vgl. a. die Polizeiordnung von 1661 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 2).

36 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 56f; vgl. a. Dekrete vom 11. 6. 1673, 18. 8. 1673 und 13. 5. 1674 (StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b).

37 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 19. 2. 1756

38 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 2. 4. 1677; vgl. a. Dekret vom 28. 12. 1677 (StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b).

39 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 1. 6. 1677.

40 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom April 1721; s. a. Dekret vom 26. 4. 1717 (ebd.).

41 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 18. 5. 1722.

42 StadtA Schwäb. Hall 4/492 (1545, 1554), 4/502 (1654); 4/495 (1679, 1680); 4/495 (1689); 4/495 (1693, 1694); 4/500 (1722); StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 9. 6. 1682; s. a. Dekret vom 2. Advent 1647 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 717V + R); Polizeiordnung von 1661 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 2). Vgl. *F. Gutöhrllein*: In der Reichsstadt bestand Kirchzwang, in: Schwäbisch Haller Monatsspiegel 7 (1966), Heft 4, S. 3f.

43 Vgl. a. 4/502 (1657, 1663).

Tanzen (außerhalb der erlaubten Zeit von 3 bis 6 Uhr) mit 5 Gulden. Zur Überwachung wurden Inspektoren bestellt⁴⁴. Daß der Effekt begrenzt blieb, zeigt ein Beispiel von 1756: Einige Salzsieder spielten am Sonntag während des Vespergottesdiensts Karten und verkauften Salz⁴⁵.

In dauernder Wiederholung wurde auch das Gassenlaufen des jungen Gesindes verboten⁴⁶. Besonders beliebt für solche abendlichen Zusammenkünfte scheint das Kirchengewölbe und der Unterwöhrd gewesen zu sein⁴⁷.

Vor allem die Untertanen auf dem Land schienen beständiger Ermahnung zu bedürfen, neigten sie doch besonders dazu, die »heilsamen Gesetze und Ordnungen« der städtischen Obrigkeit zu vergessen oder aus Fahrlässigkeit bald wieder außer acht zu lassen. 1710 faßte der Haller Rat deshalb alle Punkte in einer Verordnung zusammen, nach der sich die ländlichen Untertanen der Stadt hinfort in ihrem Christentum zu richten hatten. Neben der Heiligung des Sonntags, dem Besuch der Gottesdienste und der Verurteilung des Aberglaubens wurden u. a. der Besuch der Wirtshäuser, der Umgang der Burschen mit »Weibspersonen«, die Dorfwatchen, die Entrichtung des Umgelds, die dörfliche Feuerschau, der Besitz von Feuereimern, die Reinigung der Brunnen und die Leistung der Fronen geregelt⁴⁸. Daß diese Verquickung von Moral und Abgaben nicht viel fruchtete, wird man den ländlichen Untertanen leicht nachsehen können.

2.3 Abweichter: verweigerte Gemeinschaft

Angesichts der zentralen Rolle von Beichte, Buße und Sündenvergebung für ein christliches Leben wird es nicht erstaunen, daß die Verweigerung des Abendmahls zu den schärfsten Sanktionsmöglichkeiten der Geistlichen gehörte. Dies war um so mehr der Fall, als es die einzige Strafe war, über die die Geistlichen verfügen konnten. Die Kirchenbuße wurde anscheinend nur selten verhängt – und zwar vom Rat: So wurde der Gotteslästerer Hans Horlacher 1722 von den Bütteln zur Kirchentür von St. Michael geführt und dort aufgestellt, um Kirchenbuße zu tun⁴⁹.

Allerdings strebte der Rat auch danach, die Verweigerung des Abendmahls durch die Geistlichen, die sog. Exkommunikation, unter Kontrolle zu bekommen. 1693

44 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 718V–719R: Dekret vom 13. 9. 1650.

45 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 19. 2. 1756, 26. 8. 1756.

46 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 26. 5. 1682; s. a. Dekret vom 8. 12. 1682 über das Verbot der Klöpflsnächte (StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b). S. a. schon die Dekrete von 1575 und 1613 (StadtA Schwäb. Hall 4/492), 1653, 1654, 1658, 1659 (4/502), 1682 (4/495), 1710 (4/500).

47 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Dekret vom 26. 5. 1682.

48 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52k: Obrigkeitliche Verordnung, wornach sich des H. Reichs-Stadt Schwäb. Hall Unterthanen und andere Angehörige auf dem Land so wohl in ihrem Christentum als sonst zu richten und zu verhalten haben, Schwäb. Hall 1710.

49 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Extrakt des Ratsprotokolls vom 13. 3. 1722; zu den Brenz'schen Versuchen eines kirchlichen Sittengerichts s. *H. M. Maurer, K. Ulshöfer* (wie Anm. 5), S. 77f. S. a. *R. Haug*: Zur Kirchenzucht in Schwäbisch Hall im 18. Jahrhundert, in: *Blätter für württembergische Kirchengeschichte* 78 (1978), S. 192f.

verlangte er Auskunft vom Michelfelder Pfarrer, warum er der Anna Margaretha, der Schwester des Eheweibs von Barthel Hoffmann, die ein uneheliches Kind geboren hatte und bei der Geburt verstorben war, trotz ihres Verlangens das Abendmahl nicht gereicht habe⁵⁰. Offensichtlich sah der Rat den Fehltritt der Anna Margaretha nicht als genügenden Grund an, der Pfarrer aber wohl.

Auch in anderen Fällen verlangte der Rat Auskunft, wenn Pfarrer Gemeindemitgliedern die Kommunion verweigerten. 1722 mußte der Reinsberger Pfarrer berichten, warum er die ledige Apollonia Rößlerin vom Abendmahl ausschließe⁵¹. Pfarrer Heyd in Oberaspach hatte nicht nur persönliche Angriffe gegen den Heiligenpfleger Stephan Vogel in Eckartshausen von der Kanzel herab gestartet, sondern ihn auch eigenmächtig vom Abendmahl ausgeschlossen, wofür er vom Konsistorium einen Verweis erhielt⁵². Letztes Beispiel: 1785 schlug der Hospitalpfarrer Stang dem Dekan die Exkommunikation, d. h. die Verweigerung des Abendmahls, von zwei Insassen des Hospitals vor. Die eine war der Rotgerber Wenger, der in Streit mit seinem Sohn lebte und seine Krankemagd beleidigte. Die andere Person trank und fluchte im Suff. Um tatsächlich einen Ausschluß vom Abendmahl erreichen zu können, brauchte Stang aber die Unterstützung des Dekans, nachdem sich der Hospitalverwalter wenig geneigt gezeigt hatte, eine Bestrafung der beiden Sünder vornehmen zu lassen⁵³.

Interessanter sind die umgekehrten Fälle: Gemeindemitglieder, die sich weigerten, am Abendmahl teilzunehmen. 1745 verweigerten z. B. der Buchbinder Wörner und seine Frau die Kommunion, obwohl sie von ihrem Beichtvater schon des öfteren erinnert und ermahnt worden waren. Zur Erklärung führten die beiden Eheleute schließlich an, sie wären früher ordentlich zum Abendmahl gegangen, nachdem sie aber wegen ihres Brandplatzes in viele Verdrießlichkeiten und Prozesse mit der Stadt und Mitbürgern geraten seien, hätten sie Bedenken getragen, am Abendmahl teilzunehmen⁵⁴. Auch die Einspännigerin Schwarz und der Baudiener Weinmann verweigerten etliche Jahre lang das Abendmahl⁵⁵. Die Ehepaare Röhler und Majer nahmen nicht nur selbst nicht teil, sondern hielten auch ihre Kinder vom Besuch der Kirche und der Schule ab⁵⁶. Der Metzger David Majer erklärte, als er befragt wurde, warum er nicht am Abendmahl teilnehme, er tue dies keineswegs aus Verachtung, sondern er verspüre nur zu keiner Zeit ein *recht aufgeräumtes Gemüth und Trieb* dazu⁵⁷. Die Beisitzersfrau Meyer und der Salzsieder Johann Jacob Bayerdörffer dagegen argumentierten profaner: es fehle ihnen die nötige Kleidung, um am Abendmahl teilnehmen zu können⁵⁸. Der

50 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52a: Extrakt des Ratsprotokolls vom 2. 10. 1693.

51 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52b: Extrakt des Ratsprotokolls vom 23. 3. 1722.

52 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 27. 11. 1749.

53 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 58a.

54 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 29. 4. 1745, 10. 6. 1745.

55 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 4. 11. 1745, 21. 4. 1746.

56 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 25. 5. 1747, 13. 7. 1747, 1. 2. 1748, 25. 4. 1748.

57 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 23. 10. 1749, 27. 11. 1749.

58 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 4. 6. 1750, 26. 11. 1750, 10. 12. 1750, 21. 1. 1751, 2. 12. 1751, 13. 1. 1752, 9. 3. 1752, 14. 7. 1752, 7. 9. 1752, 9. 11. 1752, 23. 10. 1749, 27. 11. 1749, 26. 11. 1750, 22. 2. 1753.

Beisitzerin Meyerin war daraufhin von ihrem Vater ein Rock geliehen worden, mit dem sie hätte zum Abendmahl gehen können. Sie aber hatte diesen Rock gleich wieder versetzt⁵⁹. Die Meyerischen Eheleute beschäftigten das Konsistorium fast drei Jahre lang. Schließlich wurde ihnen sogar die Landesverweisung angedroht⁶⁰. Vorher war die Meyerin schon einige Tage in den Kerker bei Wasser und Brot gesperrt worden⁶¹. Wegen einer Streitigkeit um Siedensgelder hatte die Färberin Rebmann nicht kommuniziert⁶². Ein bürgerlicher Prozess war für Johann Michael Stützner, Hafner im Weiler, Anlaß, das Abendmahl zu verweigern⁶³. Streitigkeiten in der Ehe gaben für die Eheleute Grether den Grund ab, nicht mehr zur Beichte zu gehen⁶⁴.

Abgesehen von den Fällen, in denen das Fehlen von Kleidung vorgeschützt wurde, interpretierten die Haller das Abendmahl offensichtlich als Versöhnungsmahl, wobei sie zwischen der spirituellen Versöhnung des Sakraments und der zivilrechtlichen im Anschluß an Gerichtsverfahren nicht unterschieden. Die Lösung von Konflikten vor Gericht war Voraussetzung einer Teilnahme an der geistigen Gemeinschaft. Waren die Konflikte noch nicht gelöst, konnte auch eine Teilnahme am Abendmahl nicht stattfinden.

Da die Reichsstadt sich aber nicht nur als »Staat« verstand, sondern auch als geistige Gemeinschaft, die ihren Ausdruck eben im gemeinsamen Abendmahl fand, konnten die Stadtoberen diese Verweigerung nicht tolerieren, zumal sie im Gegensatz zu den genannten Bürgern und Untertanen wohl zwischen der kirchlichen und der materiellen Sphäre zu unterscheiden wußten⁶⁵.

Manchmal verweigerten die Bürger und Untertanen allerdings nicht für sich die Teilnahme an Gottesdienst und Abendmahl, sondern machten anderen diese Teilnahme streitig.

Die beiden Knechte Hans Michel Weiß und Hans Jörg Vogelmann aus Gottwollshausen hatten 1739 in der Weilerkirche Händel mit den Knechten des Scharfrichters, die sie aus ihrem Kirchenstand hätten vertreiben wollen. Die Knechte des Scharfrichters gehörten nicht in den Kirchenstand »ehrlicher Leute«, sondern sollten gesondert stehen⁶⁶. Bestraft wurden schließlich die beiden Knechte des Scharfrichters mit einer je zweitägigen Turmstrafe, die Bauernknechte mit einer Geldstrafe von 1 Gulden 15 Schillingen. Außerdem sollte in St. Johann für die Knechte des Scharfrichters ein von dem Bauernvolk abgesonderter Stand verfertigt werden, um bei *contagieusen Zeiten* Infektionen zu vermeiden⁶⁷.

59 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 10. 12. 1750.

60 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 2. 12. 1751, 14. 7. 1752.

61 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 2. 12. 1751.

62 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 26. 2. 1750.

63 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 13. 1. 1752.

64 StadtA Schwäb. Hall 4/647: 11. 7. 1754, 13. 2. 1755, 17. 4. 1755.

65 Vgl. *D. W. Sabeen*: Das zweischneidige Schwert. Herrschaft und Widerspruch im Württemberg der frühen Neuzeit, Frankfurt/Main 1990, S. 61, 76.

66 StadtA Schwäb. Hall 4/586 (1739), fol. 67R–68V.

67 StadtA Schwäb. Hall 4/586 (1739), fol. 70R–71V.

Die Ehre der Bauernknechte duldete es in diesem Fall nicht mit den Angehörigen des »unehrlichen« Berufs par excellence in einer Kirchenbank zu stehen. Die Stellungnahme der Obrigkeit war mindestens doppeldeutig: Einerseits ging sie auf die Frage nach der Ehre oder Unehre nicht ein, zum anderen schob sie aber ein Argument vor, das aus einem den Bauern- und Scharfrichter knechten völlig fremden Bereich stammte: Die Ansteckungsgefahr erforderte die Trennung von Bauern- und Scharfrichterknechten, womit die städtische Obrigkeit beim selben Resultat angelangt war wie die Knechte, die mit ihrer Ehre argumentiert hatten. Die Ehre spielte auch eine Rolle, wenn es um die Rangfolge beim Abendmahl ging. Hier war es offenbar wiederholt zu Drängeleien gekommen, die sich schlecht mit dem Zweck des Abendmahls vertrugen. Deshalb sollte in Zukunft eine solche Rangfolge nicht mehr stattfinden⁶⁸.

2.4 *Erfolge: fromme und gottesfürchtige Bürger*

Abweichler werden schneller aktenkundig als die Frommen und Gottesfürchtigen, deren Leben allenfalls in den Lebensberichten in den Totenbüchern zusammengefaßt wurde.

Typisch für die fromme Hallerin war Susanna Magdalena Döllin, geb. Stellwag: Sie besuchte den öffentlichen Gottesdienst, solange ihre Kräfte es zuließen, ergab sich in den guten Willen des Herrn bei allen Trübsalen, die sie bedrückten, worunter vor allem der Tod ihrer Schwester fiel⁶⁹. Auch der Schuhmacher Georg Wolfgang Bootz hatte sich sein Christentum mit allem Ernst angelegen sein lassen. Er war ein fleißiger Kirchengeher, führte seinen ganzen Lebenswandel ehrlich und aufrichtig. Nach einem Schlagfluß mußte er sich zu Hause aufhalten, bewahrte aber sein Vertrauen zu Gott und starb sanft und selig⁷⁰. Ein Musterbeispiel schließlich war der Handelsmann Johann Michael Deurer, der in seinem Christentum eifrig, in seinem Hauswesen sorgfältig, in seiner Handlung ehrlich und redlich, gegen jedermann freundlich und dienstfertig, im Beichtstuhl bußfertig und im würdigen Gebrauch des Abendmahls andächtig war⁷¹.

Die Durchdringung des Alltags mit den Vorschriften der Religion wird man hoch ansetzen müssen. Viele Bürger und Untertanen versuchten tatsächlich ein Leben zu führen, wie es den Vorschriften der Kirchenordnungen entsprach.

Agatha Maria Briet z. B. besuchte ihrer Gewohnheit nach jeden Montag die Kirche⁷². Jacob Krumray ging nicht nur fleißig in die Kirche, sondern betete auch zu Hause sowohl tagsüber in der Stube wie nachts in der Kammer mit seinem

68 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52a: Dekret vom 4. 8. 1721; s. a. Dekret vom 12. 5. 1730 (StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52a).

69 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (7. 10. 1750).

70 StadtA Schwäb. Hall 2/73a (27. 3. 1702).

71 StadtA Schwäb. Hall 2/73a (22. 3. 1701).

72 StadtA Schwäb. Hall 2/73a (18. 3. 1700).

Bruder⁷³. Johann Michael Heyd betete immer nach der Suppe den Morgen-segen⁷⁴.

Selbst wenn der Lebenswandel den Pfarrern nicht immer nur Freude gemacht hatte, war es doch für eine endliche Buße und Bekehrung nie zu spät. Von Johann Georg Schön, Reitknecht im Herrenstall, hieß es in seiner Lebensbeschreibung – noch relativ neutral, aber doch deutlich –, seine der beständigen Unordnung und Gefährlichkeit im Postwesen unterworfenen Lebensart hätte ihm eine *große Verhinderung* im Christentum gemacht, was ihm der barmherzige Gott wolle vergeben haben. Als er von der Auszehrung befallen worden war, zeigte er immerhin Bußfertigkeit, so daß Hoffnung auf sein seliges Ende bestand⁷⁵. Und Anna Sybilla Riedmann beobachtete zwar mit Besichtigung des Gottesdiensts und Gebrauch des Abendmahls ihr Christentum, hing ihr Herz aber allzu sehr an das Zeitliche und unterließ die Werke der christlichen Liebe. Gott verleidete ihr allerdings durch eine langwierige und schmerzhaftes Krankheit das Zeitliche, so daß sie doch noch bußfertig verstarb⁷⁶.

Diese Beispiele zeigen, daß die Bemühungen der Obrigkeit, einen christlichen Lebenswandel durchzusetzen, nicht völlig fruchtlos geblieben waren. Quantifizieren allerdings läßt sich das nicht, so daß die Antwort auf die Frage nach dem Erfolg oder Mißerfolg dieser Bemühungen offen bleiben muß.

3. Schule

Nachdem im vorigen Kapitel versucht wurde, die Anstrengungen der Obrigkeit nachzuzeichnen, um ein frommes Leben ihrer Untertanen durchzusetzen, soll nun die Schule im Mittelpunkt stehen. Ich werde dabei zuerst den Konflikt um die Einführung eines neuen Katechismus schildern, dann in einer Rückblende die Haller Schulpolitik seit dem 16. Jahrhundert versuchen zu skizzieren. Im nächsten Abschnitt sollen die Erfolge dieser Schulpolitik gewürdigt werden, und den Schluß werden die Mißerfolge bilden.

3.1 Der neue Katechismus

Seit 20 Jahren ist die Klage allgemein, daß der Religionsunterricht zu wenig auf das Herz wirke. Daß hieran die Schuleinrichtungen, Unfähigkeit mancher Schullehrer Ursache sey, ist keinem Zweifel ausgesetzt, daß aber Religionsunterrichtsbücher die größte Schuld haben, bezeigen die berühmteste, eifrigste Gottesgelehrte.

Man dencke sich nur die Zeiten der Finsterniß, die Einfachheit und Roheit der Sitten des XVI. seculi und vergleiche sie mit dem Ende des XVIII. Jahrhunderts, so wird

73 StadtA Schwäb. Hall 5/1512 (1790).

74 StadtA Schwäb. Hall 5/1511 (1786).

75 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (3. 6. 1751).

76 StadtA Schwäb. Hall 2/73a (29. 1. 1702).

*jeder Unpartheyische gestehen müsen, daß Religions- und Sittenunterricht jener Zeiten auf diese nicht passen könne*⁷⁷.

So lautete 1793 das Urteil eines Gutachtens über den seit 200 Jahren erteilten Religionsunterricht, das einen Einblick in die Unterrichtsgestaltung in den Schulen gewährt: Im lutherischen Katechismus, vermehrt um die Brenzischen Vorträge, die hällische Einleitung und die württembergische Erklärung, wurden durch ein, zwei oder drei Sternchen das wichtigste, wichtigere und wichtige gekennzeichnet⁷⁸. Diese Unterscheidung wurde aber nur beim Unterricht im Gymnasium beobachtet⁷⁹, während in den deutschen Schulen und in den Landschulen *alles zusammen von den Kindern auswendig gelernt wie von den Nonnen der lateinische Psalter*⁸⁰. Worauf Lehrer und Kinder stolz darauf waren, *mit diesem aus vielen Lappen zusammen gesezten Kleid von ausen zu gleisen und ihre innere Gestalt zu verdecken*⁸¹. Nach Ansicht der Obrigkeit hatte der alte Katechismus also sein Ziel verfehlt: *Kindern Liebe zur Religion beybringen, das heißt nicht ihnen viele dunckle und unverständige Worte einprägen, die weder ihrem Verstand noch ihrem Herzen Nahrung geben können. Nein dardurch wird ihnen die Religion während der Schul- und Unterrichtszeit nicht angenehm und liebenswürdig, sondern vielmehr als eine Last verhaßt werden, dergestalten daß sie durch Zwang blos dunckle Vorstellungen und Redensarten können. In der Folge stiftet die öftere Wiederholung dieser vielen unverständlichen duncklen Worte und Redensarten den grosen Schaden, daß sie sich gewöhnen ohne alles eigene Nachdencken sich mit der Religion zu beschäftigen und die blose äusserliche Handlung des Gebeths und Gottesdiensts für ein Gott wohlgefälliges verdienstliches Werck zu halten*⁸².

*Und was geschieht dahier? Wird nicht der Catechismus auctus [d. h. der, wie oben geschildert, ergänzte Katechismus] in den Land- und niedern Stadtschulen, ohne Sach- und Worterklärung auswendig gelernt, der nicht nur für die Jugend viel zu weitläufig, sondern ohne Praecision, Ordnung und Deutlichkeit ist, das vielmehr ein Lehrgebäude ist, das man nie recht versteht, das man mit Verdruß in der Jugend gelernt und gröstenheils bald wieder vergessen hat. Wird man das lieben – wird man dem eifrig anhängen – wird man das in Ausübung bringen*⁸³? Die Kinder sollten in Zukunft nicht mehr Vorgesagtes nachbeten, sondern sich ein eigenes Urteil bilden,

77 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

78 Zu den verschiedenen Katechismen s. C. Weismann: Die Katechismen des Johannes Brenz. Bd. 1: Die Entstehungs-, Text- und Wirkungsgeschichte (Spätmittelalter und Reformation. Texte und Untersuchungen 21), Berlin, New York 1990, passim, v. a. S. 358–366.

79 StadtA Schwäb. Hall 5/927: Gutachten v. 17. 10. 1792 zum Katechismusunterricht am Gymnasium. S. a. schon Gutachten v. 1673 (StadtA Schwäb. Hall 5/934). Vgl. C. Weismann (wie Anm. 78), S. 335–340.

80 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

81 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

82 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793; vgl. a. ebd.: Deputationalgutachten v. 25. 4. 1792.

83 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Deputationalgutachten v. 25. 4. 1792. Vgl. a. StadtA Schwäb. Hall 5/927: Instruktion v. 21. 1. 1794 über den Religionsunterricht am Gymnasium: Der Religionsunterricht werde leider immer noch als eine Sache des Gedächtnisses betrieben, so daß die Unwissenheit, die bei Privatprüfungen hervortrete, erstaunlich sei. In der Folge werde dadurch die Irreligiosität – die Pest aller Staaten – gefördert.

was allein die Grundlage gewähre, daß sie die solcherart begriffene Lehre auch willig befolgten⁸⁴.

Die logische Schlußfolgerung war ein neues Lehrbuch einzuführen, wie es auch schon andere evangelisch-lutherische Staaten vor und neben dem Haller Rat getan hatten⁸⁵. Dies geschah durch ein Ratsdekret vom 14. Mai 1792 mit dem der Katechismus des Kurfürstentums Hannover übernommen wurde⁸⁶, zu dessen Propagierung die Pfarrer Predigten halten sollten⁸⁷. Der Rat erachtete es zu *treuester Erfüllung der gegen Gott, Kayserliche Majestät und hiesigen Staat aufhabenden schweren Pflichten für höchst nothwendig für die Erweiterung des geistlichen Wohlstands als der Quelle aller menschlichen Glückseligkeit die erforderliche Sorge zu tragen, und somit dermalen der lieben Jugend bey theils gänzlicher Ermanglung der bisherigen Religionslehrbücher, besonders des vermehrten Katechismi, theils in der vorzüglichen Absicht dem bisherigen gedankenlosen Auswendiglernen, wobey sich Unglauben, Aberglauben und Sittenlosigkeit gleichwohl befinden, eine Richtung zu geben, ein neues den dermalig ohnehin bedenklichen Zeiten anpassenderes und das Gott allein gefällige wahre thätige Christenthum mehr beförderndes Religionslehrbuch einzuführen*⁸⁸.

Das Resultat zeigte, daß der alte Katechismus offenbar äußerst erfolgreich gewesen war, denn die Untertanen weigerten sich schlichtweg, den neuen zu akzeptieren⁸⁹.

Die Gründe, die die Untertanen für ihre Weigerung vorbrachten, machen das Ausmaß theologischen Wissens deutlich, das mittlerweile auch auf den Dörfern vermittelt worden war: So wurde kritisiert, daß die Lehre von Christus im alten Katechismus weitläufiger und besser sei als im neuen, daß Ausdrücke im Vaterunser verändert worden seien, daß die Beichtformel fehle (woraus die Untertanen ableiteten, die Obrigkeit wolle Beichte und Abendmahl abschaffen), daß die ABC-Sprüche (nach denen die Schuljugend bislang die Buchstaben auswendig gelernt hatte)⁹⁰ und die Gebete, die die Untertanen bei Abwesenheit eines Geistlichen in der Stunde des Todes zu sprechen gewohnt waren, weggelassen worden seien. Außerdem erschwere der neue Katechismus den häuslichen Unterricht, da Vater und Mutter ihn nicht kannten, sondern ebenfalls erst lernen müßten, was ihnen

84 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Deputationalgutachten v. 25. 4. 1792. Leider stand das eigene Urteil der Untertanen nicht immer mit dem der Obrigkeit in Einklang. So beklagte der Ratskonsulent und Scholarch Johann Lorenz Carl Seiferheld in einer Rede am 11. 2. 1795: *Seit man anfängt Hypothesen gegen Geseze zu vertauschen – den allgemeinen Verband der Jahrtausend so glücklich bestandenen bürgerlichen Gesellschaft immer lockerer, dagegen den Geist der Spitzfindigkeit immer wirksamer zu machen, seitdem sind Zweifel gegen Urwahrheiten selbst von Kathedern herab ohne Scheu immer mehr und mehr verbreitet worden* (StadtA Schwäb. Hall 5/927).

85 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

86 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52e: Obrigkeitliches Decret, die Einführung des Hanöverischen Katechismi betreffend. Vgl. C. Weismann (wie Anm. 78), S. 340, 345f.

87 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52e: Ratsprotokollextrakt v. 5. 11. 1792.

88 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52e: Obrigkeitliches Decret, die Einführung des Hanöverischen Katechismi betreffend; vgl. Extrakt des Ratsprotokolls vom 14. 5. 1792 (ebd.). Vgl. C. Weismann (wie Anm. 78), S. 32f.

89 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

90 Zu den ABC-Sprüchen s. C. Weismann (wie Anm. 78), S. 264f.

nicht zuzumuten sei, während sie den alten selber auswendig gelernt hätten und so ihre Kinder in Küche und Stall unterrichten könnten⁹¹. *Diese . . . Gründe liegen den einfältigen Landleuthen so an der Seele, daß sie Geistlich und Weltlich um Gottes Willen bitten, man mögte sie bey ihrer alten Lehre lassen, – äussern, daß sie ihren alten Gott und ihre alte Lehre biß auf den letzten Blutstropfen behielten, – daß sie befürchteten, es mögte durch Zwang gros Unheil entstehen*⁹².

Die *Bauernphilosophie*: *Wir wollen doch nicht, weil einige das neue Lehrbuch als reformiert und andere als catholisch verdächtig machten, wirkte sich voll aus*⁹³.

Der Widerstand nahm sogar schon konkrete Formen an: Eltern ließen ihre Kinder den neuen Katechismus nicht in die Schule nehmen, mehrere Gemeinden hatten sich gegen ihn verbündet, Gemeindestrafen wurden auf seine Annahme gesetzt, einige Leute liefen aus der Kirche, als der Pfarrer *wohlmeynende Vorstellungen gethan*⁹⁴.

Obwohl die Ablehnung des neuen Katechismus also nur an den wirren Religionsvorstellungen der Untertanen lag, die wiederum auf den alten Katechismus zurückgingen, zögerte die hällische Obrigkeit: Einerseits hatte sie als Episcopus (d. h. Landesbischof), Recht und Pflicht neue Bücher für den evangelischen Religionsunterricht einzuführen, und hatte außerdem auf die Erhaltung ihrer Autorität und das Ansehen ihrer Geistlichen zu achten, so daß eigentlich nur Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung des neuen Buches in Frage kamen. Andererseits aber, und dieses andererseits wog schwer, handelten die Untertanen ja nicht aus Böswilligkeit so, sondern aus einem *defectus intellectus* – d. h. Dummheit – und weil ihre Religion nicht auf Vernunft, sondern auf *blosem Wörterkram und Nachbeterey* beruhte. Deshalb dürfe nicht zu rasch verfahren werden⁹⁵. Die Untertanen wollten von keinem veränderten Religionsunterricht hören, weil sie glaubten, keinen nötig zu haben, da ihre Eltern mit dem alten Katechismus selig geworden seien und auch sie selbst schon so gute Christen geworden seien, daß sie keine weitere Moral mehr nötig hätten. Sie verstünden einfach nicht, daß der alte Katechismus einmal gut gewesen sei, jetzt aber verbessert werden müsse⁹⁶. Harte Verweise und bittere Vorwürfe taugten hier gar nichts – zumal in den jetzigen kritischen Zeiten, sondern Sanftmut und Liebe seien am Platz⁹⁷. Die Angst der Obrigkeit vor einem Aufstand gewann schon Konturen: *Es ist mög[lich], daß ein allgemeiner Landesauffstand entstehe, weilien die Amtsuntergebene verschiedener Aemter in einem Einverstand zu seyn scheinen . . .*⁹⁸.

Die Fastenzeit sollte also mit dem alten Katechismus, aber unter Heranziehung des neuen, vorbereitet werden. Ab Ostern solle dann der neue dem beginnenden

91 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

92 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

93 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Bericht v. 3. 1. 1793.

94 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793; vgl. a. ebd.: Bericht v. 3. 1. 1793.

95 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

96 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

97 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

98 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Bericht v. 3. 1. 1793.

Schulkursus zu Grunde gelegt werden. Diejenigen, die schon den alten Katechismus gelernt hatten, sollten dabei bleiben dürfen, aber – wenn sie zusätzlich auch den neuen lernten – eine Belohnung erhalten. Diejenigen, die mit dem Religionsunterricht erst anfangen, sollten auf jeden Fall den neuen lernen⁹⁹. Schulmeister, die es schafften, den neuen (hannoverischen) Katechismus einzuführen, sollten eine Besoldungszulage von 5 Gulden erhalten¹⁰⁰.

So wurde der Streit um ein neues Schulbuch Anlaß für eine Staatskrise. Die ländlichen Untertanen der Stadt waren bis in die 1790er Jahre immer friedlich gewesen. Dann aber habe sich der *allgemeine Revolutionsgeist* auch im Hällischen ausgewirkt: die 1793 versuchte Einführung des hannoverischen Katechismus und die 1794 beschlossene Vermehrung der Truppen des Schwäbischen Kreises führten dann zum Widerstand der Bauern, der nur durch den Einsatz von Militär gebrochen werden konnte¹⁰¹.

3.2 Rückblick: Schule seit dem 16. Jahrhundert

Zentral für den Schulunterricht war seit dem 16. Jahrhundert der Katechismus¹⁰², der schon 1543 in die Kirchenordnung eingeschaltet worden war¹⁰³. In christlichen Schulen war ja *ohnläugbar ... zuvorderst ... auff das Christenthum zu sehen*¹⁰⁴. Diese große Bedeutung des Katechismus beruhte natürlich auf dem Gewicht der Jugend für Kirche und Obrigkeit, was 1615 ausdrücklich hervorgehoben wurde: *So ist auch die Jugend das Volck, dardurch nicht allein die burgerlich Policey, sondern auch die christlich Kirch inn diser Welt auff die Nachkommen biß an Jüngsten Tag gebracht und erhalten wird*¹⁰⁵. Die Jugend sollte deshalb zu Hause von den Hausvätern, in den Kirchen von den Pfarrern und in den Schulen von den Schulmeistern (sowohl in der Stadt wie auf dem Land) im Katechismus unterrichtet werden¹⁰⁶. Das Lernziel bestand, wie schon berichtet darin, den Katechismus auswendig zu lernen: *... daß sie denselben von Wort zu Wort außwendig lernen*¹⁰⁷.

99 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793; 5/929: Dekret v. 24. 4. 1793.

100 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

101 *Johann Friedrich Hetzel*: Verfassung und Statuten der Reichsstadt Schwäbisch Hall, 1803, S. 47 (Abschrift des Ms.).

102 *C. Weismann* (wie Anm. 78), S. 15.

103 StadtA Schwäb. Hall 5/567: Kirchenordnung 1543, fol. 14V–19V. Ebenso 1615. Zu den Katechismen von Brenz 1527/28 und 1535 vgl. *H. M. Maurer, K. Ulshöfer* (wie Anm. 5), S. 63f. und v. a. *C. Weismann* (wie Anm. 78), passim, bes. Forschungsgeschichte S. 20–29, Reformation in Hall und erste Katechismusgottesdienste S. 41–72.

104 StadtA Schwäb. Hall 5/934: Gutachten von 1673. Vgl. a. ebd.: Gutachten von Johann Jacob Stattmann (1694?) und Instruktion v. 16. 10. 1694.

105 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 24. Vgl. a. schon Brenz: *H. M. Maurer, K. Ulshöfer* (wie Anm. 5), S. 62; vgl. a. *G. Wunder*: Die Bürger von Hall. Sozialgeschichte einer Reichsstadt 1216–1802 (Forschungen aus Württembergisch Franken 16), Sigmaringen 1980, S. 111; *M. Müller*: Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Schule im Territorium der Reichsstadt Schwäbisch Hall bis 1803. Zulassungsarbeit für das Lehramt an Volksschulen 1956/1957 (Ms. im StadtA Schwäb. Hall), S. 3–6.

106 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 25.

107 StadtA Schwäb. Hall 5/569: Kirchenordnung 1615, S. 25. S. a. *C. Weismann* (wie Anm. 78), S. 30f., 281.

Um eine bessere Kontrolle der Schüler und des Gelernten zu gewährleisten, sollten alle Hausväter den Pfarrern eine Spezifikation der in ihrem Haushalt lebenden Kinder und Gesindes übermitteln. Knechte und Gesellen mußten zwar nicht zur Prüfung vor den Altar treten, sich aber doch in der Kirche einfinden und zu ihrer Erbauung den Unterricht mitanhören, was sie bislang offenbar kaum getan hatten¹⁰⁸. Die Schulen sollten außerdem von den Pfarrern fleißig visitiert werden, Schüler und Schulmeister an ihre Aufgaben erinnert werden, um dem *leidigen Satan* keine Chance zu geben¹⁰⁹. Personen, die den Katechismus nicht kannten, sollten nicht zum Abendmahl zugelassen werden¹¹⁰.

Nachdem das Konsistorium 1722 festgestellt hatte, daß beim Katechismusunterricht in St. Michael Unordnung herrschte, wurde der Meßner damit beauftragt, die jungen Leute zu beaufsichtigen und vor allem diejenigen zu notieren, die schwätzten und nicht aufmerksam waren¹¹¹.

Auch bei einem Reformvorschlag für die deutschen Schulen von 1727 stand der Ausbau des Katechismusunterrichts im Vordergrund. Nachdem die Kinder lesen, schreiben und den Brenzischen und Lutherischen Katechismus auswendig gelernt hatten, sollte ein Katechet den Unterricht übernehmen – und mit ihnen den Katechismus durchgehen. Nebenbei sollte er auch etwas Schreiben und Rechnen lehren. Die Knaben sollten vormittags, die Mädchen nachmittags unterrichtet werden. Jacob Franciscus Beyschlag wurde als erster auf diese Stelle berufen und sollte über den Katechismus hinaus auch Schreiben, Singen und Lesen unterrichten. Vom Rechnen war schon keine Rede mehr¹¹².

Der einjährige Besuch der Katechetenschule wurde 1736 Voraussetzung für die Zulassung zur Beichte und den Empfang des Abendmahls. Anlässlich der Verkündigung dieses Dekrets sollten die Pfarrer auch noch einmal auf den Nutzen und Segen hinweisen, der den Kindern durch den Besuch dieser Schule zuwachse. Die Eltern sollten also in Zukunft ihre Kinder fleißig dahin schicken¹¹³. Daß es trotzdem nicht klappte, zeigt ein Bericht des Dekans Bonhöffers von 1778: Er hatte Kantor Weber jenseits Kochens die Anweisung gegeben, die aus seiner Schule entlassenen Kinder in die Katechetenschule zu schicken. Weber allerdings meinte, die Kinder würden sich kaum auf seine Anweisung hin in die Katechetenschule bequemen. Die Tagelöhnerkinder, die den halben Teil seiner Schule ausmachten, würden sowieso nicht in die Katechetenschule gehen und von den Bürgerskindern befänden sich jenseits Kochens die meisten in so harten und dürftigen Nahrungsumständen, daß sie das Schulgeld von der Obrigkeit ersetzt erhielten und kaum die Kosten für den Besuch der Katechetenschule übernehmen würden. Daher rühre

108 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52e.

109 StadtA Schwäb. Hall 5/569; Kirchenordnung 1615, S. 228.

110 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52a; Extrakt des Ratsprotokolls vom 21. 4. 1721.

111 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52e; Extrakt aus dem Konsistorialprotokoll vom 3. 12. 1722.

112 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52g. S. a. *G. Wunder* (wie Anm. 105), S. 113; *T. Frohnmeyer*: Schulen in der Reichsstadt Hall. Aus dem geistigen Leben der Reichsstadt Hall im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Hohenloher Heimat* 4 (1952), S. 16; *M. Müller* (wie Anm. 105), S. 14f.

113 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52f.

auch die Abneigung gegen die Katechetenschule, die nur eines von drei Kindern, die von den Scholarchen dorthin geschickt würden, besuche. Den Armen sollte möglichst auch das Schulgeld zur Katechetenschule erlassen werden¹¹⁴. 1786 mußten die Haller, deren Söhne in diese Katechetenschule gingen, ermahnt werden, diese fleißiger in die Nachmittagsschule zu schicken¹¹⁵.

Der Schulbesuch vor allem auf dem Land ließ lange Zeit zu wünschen übrig. Die Kinder wurden im Sommer für die landwirtschaftlichen Arbeiten gebraucht, besuchten also im 17. Jahrhundert nur die Winterschule. In die allerdings wurden sie später eingeschult, als es der Obrigkeit wünschbar erschien, wofür sie sie früher wieder verließen, so daß die Schulzeit vieler Landkinder relativ kurz gewesen sein dürfte. Entsprechend war die Sommerschule noch problematischer. Noch 1776 mußte angeordnet werden, daß die Kinder wenigstens dreimal in der Woche in die Sommerschule geschickt werden sollten¹¹⁶.

Die Schulordnungen von 1678, 1752 und 1772 regelten das Verhalten der Schüler in und außerhalb der Schule¹¹⁷. Das Aufstehen, Ankleiden und Waschen (in dieser Reihenfolge) wurde darin genauso angesprochen wie das Benehmen auf dem Schulweg und in der Schule¹¹⁸.

114 StadtA Schwáb. Hall, DekanatsA 52f.

115 StadtA Schwáb. Hall, DekanatsA 52f. Die Katechetenschule wurde im Laufe der Jahre zu einer Schule für Mädchen s. StadtA Schwáb. Hall 5/927: Gutachten v. 9. 4. 1783. Dort auch die Reformvorschläge für die Umwandlung der Katechetenschule in eine Realschule, bes. für Jungen, die später ein Handwerk erlernen sollten. Einwände hiergegen: ebd.: Gutachten v. 5. 4. 1784. Vgl. a. StadtA Schwáb. Hall 5/936.

116 StadtA Schwáb. Hall, DekanatsA 52f: Dekrete v. 28. 6. 1670, 15. 5. 1678, 19. 10. 1681, 15. 5. 1699, 27. 4. 1705, 9. 5. 1776; StadtA Schwáb. Hall 4/499 (1664, 1668, 1670); 4/495 (1670); 4/491 (1676); 4/499 (1681); 4/495 (1699, 1700, 1702); 4/500 (1708); 4/497 (1751); Polizeiordnung 1661 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 2); StadtA Schwáb. Hall, DekanatsA 52k: Obrigkeitliche Verordnung, wornach sich des H[eiligen] Reichs-Stadt Schwáb[isch] Hall Unterthanen und andere Angehörige auf dem Land, sowohl in ihrem Christenthum als sonst zuriichten und zu verhalten haben v. 5. 2. 1710, Schwáb. Hall 1710, S. 5f.; StadtA Schwáb. Hall 5/571: Decret an die Untertanen auf dem Land, die Heiligung des Sabbaths, Schulbeschickung und andere zu christlicher Zucht etc. gehörige Punkten betreffend v. 4. 7. 1712; StadtA Schwáb. Hall 5/929: Dekret v. 24. 4. 1793; StadtA Schwáb. Hall 5/939b: Dekret v. 19. 4. 1762. Vgl. *Seizinger*: Die Volksschule in Stadt und Kreis Hall, in: 150 Jahre Haller Tagblatt 1788–1938, Schwäbisch Hall 1938, o. Seitenzahl; *M. Müller* (wie Anm. 105), S. 12, 26–31.

117 Erneuerte Schul-Ordnung: das Gebet, die Lehr und Zucht betreffend ..., Schwäbisch Hall 1678 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 1); Neu vermehrte Schul-Ordnung, worinnen vom Gebet, Lehr- und Unterweisung, auch der Zucht, gehandelt; zugleich auch von dem Amt und Pflichten eines getreuen Schulmeisters, fleißiger und wolgezogener Schul-Kinder, auch gottseliger Eltern Anweisung gegeben wird, ..., Schwäbisch Hall 1752 (StadtA Schwáb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 1527); Neu-vermehrte Schul-Ordnung, worinnen vom Gebet, Lehr- und Unterweisung, auch der Zucht gehandelt ..., Schwäbisch Hall 1772 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 1); die Schulordnung von 1543 s. *K. H. Kern*: Schwäbische Schulordnung vom Jahre 1543 und ihre Beziehungen zu der Württemberger Schulordnung 1559 (Beilage zum Jahresbericht des Königlich Bayerischen Progymnasiums Kitzingen für das Schuljahr 1900/1901), Kitzingen 1901; Schulordnung von ca. 1574 des Friedrich Hoffmann in StadtA Schwáb. Hall 5/939a; zu den Schulordnungen *M. Müller* (wie Anm. 105), S. 34–49; s. a. *W. Döring*: »Thut was Euer Lehrer will«. Wie sich Haller Schüler vor über 200 Jahren zu betragen hatten, in: *Der Haalquell* 32 (1980), S. 45–47; vgl. a. *K. Ulshöfer*: Schuljugend vor 250 Jahren. Eine Verordnung des Haller Rats gegen einreißende Unsitten, in: *Der Haalquell* 19 (1967), S. 61f.; *G. Dürr*: ... nur ich wollt so scharpf Schul gehalten haben. Ein Beitrag zur Geschichte der hällischen Dorfschulen, in: *Der Haalquell* 11 (1959), S. 67–72, hier S. 67.

118 S. z. B. Schulordnung 1752; s. *W. Döring* (wie Anm. 117), S. 45–47.

Das Lernpensum in der Schule wurde, wie gesagt, durch den Katechismus dominiert, es folgten Lesen und Schreiben, dann das Rechnen¹¹⁹. Besondere Fähigkeiten im Rechnen wurden eigens hervorgehoben: Der Salzsieder Johann Philipp Schloßstein etwa war ein guter Meister in der Rechenkunst¹²⁰. Selbst für die Schüler der lateinischen Schule erforderte das Erlernen des Rechnens eine eigene Regelung: 1649 sollten sich die Schüler der ersten und zweiten Klasse zu einem Rechenmeister, dem deutschen Schulmeister Johann Georg Abele, verfügen, um dort in der Arithmetik unterrichtet zu werden. Für diejenigen, die nach vier Wochen das kleine Einmaleins noch nicht konnten, wurde extra eine Strafe von einem Kreuzer festgesetzt¹²¹.

3.3 *Erfolge: die Kunst des Lesens, Schreibens und Rechnens*

Läßt sich nun der Erfolg dieser Schulpolitik – möglichst auch quantitativ – festmachen?

Wertet man die Lebensläufe in den Haller Totenbüchern unter diesem Gesichtspunkt aus, so zeigt sich folgendes (s. Abb. 1):

Tabelle 1 Erwähnungen des Schulbesuches in Haller Totenbüchern (Personen über 14 Jahren) (in Klammern: Prozent)

Jahr	Männer		Frauen	
	Schule	keine Schule	Schule	keine Schule
1650–1652	34 (72)	13 (28)	38 (67)	19 (33)
1700–1702	22 (51)	21 (49)	42 (60)	28 (40)
1750–1752	40 (68)	19 (32)	37 (52)	34 (48)
Summe	96 (64)	53 (36)	117 (59)	81 (41)

119 S. Schulordnung des Friedrich Hoffmann (ca. 1594) (StadtA Schwäb. Hall 5/939a); Schulordnung des Johannes Sutor (um 1600) (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 960V–963R). Die Schulordnung des Wendel Hayden vom 20. 5. 1601 führt für das Rechnen extra an: die Grundrechenarten, die »regula de tri« und das Rechnen mit Münzen und Gewichten (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Cod. hist. 2 602b, fol. 964V–965R); Schulordnung für Haßfelden von Georg Seiferheld s. *G. Dürr* (wie Anm. 117), S. 67–72, zum Rechnen S. 71; 1666 wurde extra dekretiert, daß den Kindern das Rechnen beizubringen sei: 4/499; s. a. 4/491 (1672), 4/495 (1674); a. in der Schulordnung 1678 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Wirt. R. oct. 790, Bd. 1); vgl. *G. Lenckner*: Anfänge des Volksschulwesens in Schwäbisch Hall, in: *Der Haalquell* 18 (1966), S. 70–72, hier S. 70.

120 StadtA Schwäb. Hall 2/73a (16. 1. 1701).

121 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 52f. Zur Erlernung des Rechnens wurden spezifische Rechenbüchlein verfaßt: z. B. von *Johann Joseph Kolb*: Neu außgerechnetes Rechen-Büchlein, darinnen so wol Manns- als Weibspersonen, die entweder niemals Rechnen gelernt, oder doch solches wieder vergessen haben, richtig außgerechnet sehen, was jedwederes ... wehrt ..., Ulm 1698 (StadtA Schwäb. Hall, Bibliothek des Historischen Vereins, 292) oder das handschriftliche Rechenbuch des Johann David Wenger (StadtA Schwäb. Hall S1/39). Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Rechnen bei der Einstellung von Schulmeistern vom Dekan geprüft, so etwa bei der Annahme des Schneidermeisters Johann Caspar Aller zum Schulmeister in Eltershofen 1791 (StadtA Schwäb. Hall 5/943). 1781 bei der Anstellung des Schneidermeisters Johann David Meerbrey in Gelbingen dagegen hatte Dekan Bonhöffer die Katechismuskennntnisse, das Lesen und Buchstabieren, Schreiben und Singen geprüft, aber offenbar nicht das Rechnen (StadtA Schwäb. Hall 5/946). Vgl. a. StadtA Schwäb. Hall 5/950, 5/958, 5/960.

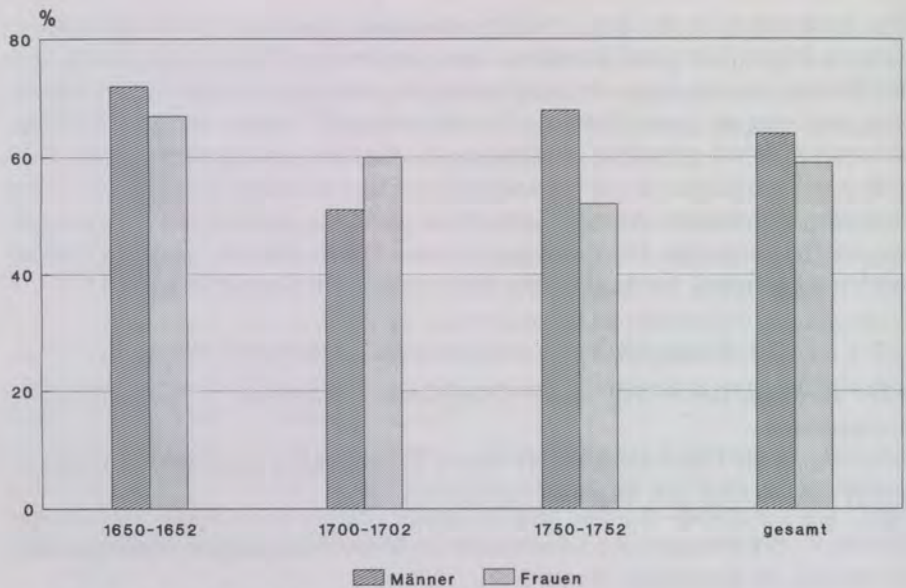


Abb. 1 Schulbesuch nach den Haller Totenbüchern (%)

In den Lebensläufen von Männern wie Frauen wurde also in beinahe zwei Dritteln aller Fälle eines Schulbesuches gedacht, in etwas mehr als einem Drittel aber nicht. Im allgemeinen liegen die Prozentsätze für die Männer höher als für die Frauen, wobei die Unterschiede im Laufe der Zeit markanter zu werden scheinen.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist allerdings Vorsicht geboten: nicht jeder Pfarrer erwähnte stets den Besuch einer Schule, auch wenn er stattgefunden hatte. Im Ergebnis dürften mehr Einwohner eine Schule besucht haben, als es in den präsentierten Zahlen zum Ausdruck kommt¹²².

Bei Kindern, die in einem Alter verstorben waren, in dem sie die Schule hätten besuchen müssen, wurde im Vergleich dazu fast immer bestätigt, daß sie tatsächlich in der Schule gewesen waren. Von dem mit fünf Jahren gestorbenen Sohn des Schulmeisters Johann David Hutzelsieder etwa hieß es, daß er in der Schule zum Lernen eifrig angehalten wurde und daß er sich in kurzer Zeit vor anderen darin ausgezeichnet habe¹²³. Bei Kinder, die in dieser Altersgruppe nicht in der Schule gewesen waren, wurde dies in der Regel begründet: Von Nicolaus David Bauer, der ebenfalls fünf Jahre alt geworden war, aber noch keine Schule besucht hatte,

122 In Einzelfällen lieferten die Pfarrer Begründungen für den Nicht-Besuch einer Schule: Ursula Maria Stattmann war zwar christlich erzogen worden, aber immer *blöden Verstandes* gewesen, so daß sie *als ein alberns Mensch* weder in die Schule geschickt noch zum Abendmahl zugelassen werden konnte. Trotzdem sei sie immer fromm und gottesfürchtig gewesen (StadtA Schwäb. Hall 2/73a (10. 4. 1701)). Ursula Gronbach war taub und stumm (StadtA Schwäb. Hall 2/73a (22. 3. 1702)).

123 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (29. 1. 1750).

wurde gesagt, er sei beständig *baufällig*, d. h. krank, gewesen¹²⁴. Mädchen scheinen später in die Schule geschickt worden zu sein als Jungen: Maria Barbara Bühl, die mit sieben Jahren gestorben war, hatte erst einen Anfang im Lernen gemacht, war also wohl noch nicht lange in der Schule, während Georg David Hutzelsieder schon mit fünf brillierte¹²⁵.

1650–1652 sah das noch anders aus: Von 24 Kindern, die zwischen 4 und 14 Jahren verstorben waren, hatten nur 13 die Schule besucht. In einzelnen Fällen wurde aber auch zu diesem Zeitpunkt schon eine Begründung geliefert, wenn die Schule nicht besucht werden konnte: Der mit 12 Jahren verstorbene Johann Martin Seckhel etwa war taub und lahmte, so daß er nicht in die Schule geschickt werden konnte¹²⁶. Johann Eberhardt Bintz war stumm¹²⁷. Auf der anderen Seite besuchte Laurentius Seiferheld schon mit vier Jahren die Schule¹²⁸. Adam Sannwald, fünf Jahre, Joseph Peter Beyschlag, sechs Jahre, und Johann Friedrich Horn, fünf Jahre, gingen gar in die lateinische Schule¹²⁹. Für Mädchen scheint auch im 17. Jahrhundert die Schulzeit später begonnen zu haben: Maria Barbara Hoffmann, sechs Jahre, sollte erst noch in die Schule geschickt werden, wenn sie am Leben geblieben wäre¹³⁰. Die vierjährige Susanna Conrad war noch nicht in der Schule gewesen¹³¹, was allerdings auch für einen Teil der Jungen galt: Laurentius Woltz, fünf Jahre, und Johann Georg Groß, vier Jahre, waren ebenfalls noch nicht in der Schule gewesen¹³².

Durch die Existenz der lateinischen Schule bzw. des Gymnasiums war die Schulbildung der Männer sowieso schon sehr viel besser als die der Frauen, denen diese Schule versperrt blieb. Von den 96 Männern, deren Lebenslauf den Besuch einer Schule thematisierte, hatten 43 eine oder mehrere Klassen der lateinischen Schule bzw. des Gymnasiums durchlaufen, d. h. fast die Hälfte (45%) aller Männer waren mit der lateinischen Bildung der Zeit vertraut gemacht worden. Bezieht man alle 149 Männer mit ein, reduziert sich der Prozentsatz zwar auf 29%, was aber immer noch beeindruckend genug ist. Und dies waren nicht nur Angehörige der Oberschicht¹³³: Der Steinhauer und Maurer Johann Georg Arnold z. B. hatte alle Klassen des Gymnasiums durchlaufen¹³⁴.

1650 gingen in die lateinische Schule und in die drei deutschen Schulen insgesamt 455 Schüler, 250 Knaben und 205 Mädchen. Von den Knaben besuchten 142 die

124 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (1. 3. 1750).

125 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (22. 6. 1751) und (29. 1. 1750).

126 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (1. 9. 1650).

127 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (6. 10. 1650).

128 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (25. 8. 1650).

129 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (27. 9. 1650), (29. 9. 1650), (31. 7. 1650).

130 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (6. 10. 1650).

131 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (14. 8. 1650).

132 StadtA Schwäb. Hall, PfarrA St. Michael, Totenbuch 1635–1654 (1. 9. 1650), (8. 9. 1650).

133 Zu den Schülern des Gymnasiums s. StadtA Schwäb. Hall 5/927: Gutachten v. 9. 4. 1783.

134 StadtA Schwäb. Hall 2/75b (20. 3. 1750).

lateinische, nur 108 die drei deutschen Schulen¹³⁵. 1653 wurde eine vierte deutsche Schule auf dem Badtörlisturm angefangen¹³⁶.

Ende des 18. Jahrhunderts stellten sich die Schülerzahlen wie folgt dar (s. a. Abb. 2)¹³⁷:

Tabelle 2 Schülerzahlen Hall 1767–1799

Jahr	Gymnasium	Katechetenschule	deutsche Schulen	Jahr	Gymnasium	Katechetenschule	deutsche Schulen
1767	96	46	662	1784	106	48	534
1768	122	47	662	1785	108	56	565
1769	105	49	641	1786	98	52	585
1770	121	44	641	1787	90	55	577
1771	117	60	671	1788	100	71	571
1772	115	42	655	1789	100	78	598
1773	106	51	634	1790	107	75	564
1774	110	61	657	1791	107	57	571
1775	110	58	628	1792	116	54	564
1776	115	47	629	1794	102	52	607
1777	121	49	625	1793	103	56	581
1778	117	72	613	1795	104	60	603
1779	120	63	598	1796	72	54	616
1780	124	60	577	1797	80	55	628
1781	136	50	612	1798	80	73	618
1782	95	60	586	1799	75	69	614
1783	110	46	574				

Neben dem Gymnasium und der Katechetenschule bestanden Ende des 18. Jahrhunderts sechs deutsche Schulen. Diese waren 1799 die Hartmännische jenseits Kochens mit 159 Schülern, die junior Hartmännische mit 83, die Kantor Wagnerische mit 100, die Niethische mit 86, die Unterlimpurgische (oder Allerische) mit 112 und die Hospital Köhlerische mit 74¹³⁸.

10–15 % der Kinder gingen auf das Gymnasium (s. Abb. 3)¹³⁹. Da es sich bei den Gymnasiasten aber ausschließlich um Jungen handelte, während Mädchen davon

135 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 485, Vorblatt; zu den Schulmeistern des 16. Jahrhunderts s. G. Lenckner (wie Anm. 119), S. 70–72; G. Wunder (wie Anm. 105), S. 111–113; M. Müller (wie Anm. 105), S. 51–75; C. Weismann (wie Anm. 78), S. 341–346.

136 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 485, Vorblatt.

137 S. a. G. Wunder (wie Anm. 105), S. 112.

138 StadtA Schwäb. Hall, DekanatsA 485; Verzeichnis der Schulen Ende des 18. Jahrhunderts: StadtA Schwäb. Hall 5/927. Vgl. a. T. Frohnmeier (wie Anm. 112), S. 16; M. Müller (wie Anm. 105), S. 6f.

139 Zur Geschichte von Lateinschule und Gymnasium s. W. Kolb: Schola Latina und Gymnasium illustre in Schwäbisch Hall, Stuttgart 1916; G. Wunder (wie Anm. 105), S. 113–115. S. a. den Bericht von Friedrich David Gräter über das Gymnasium aus dem Jahre 1803 in: StadtA Schwäb. Hall 21/neu 528. Lehrpläne der Lateinschule s. C. Weismann (wie Anm. 78), S. 335–340.

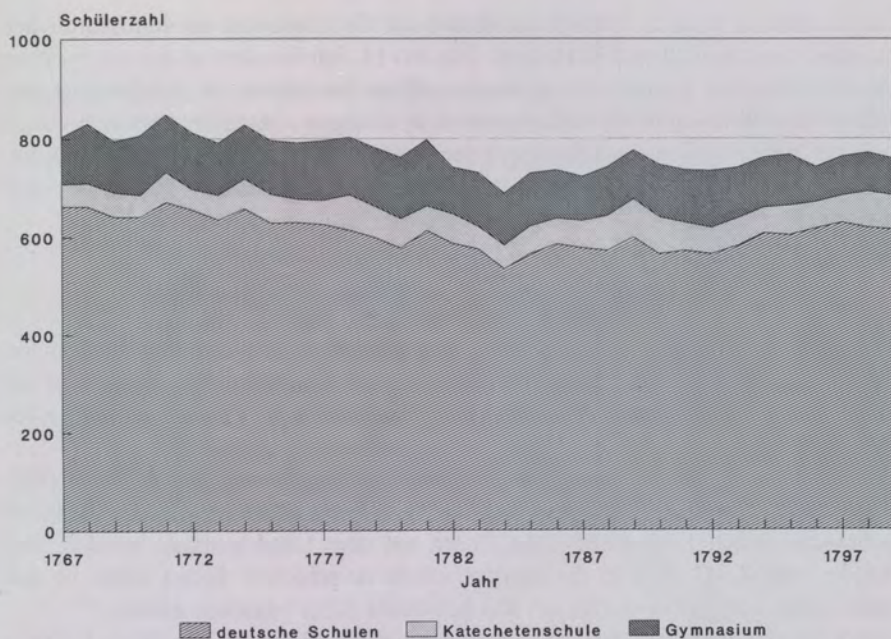


Abb. 2 Schülerzahlen in der Stadt Schwäbisch Hall nach Schularten 1767–1799

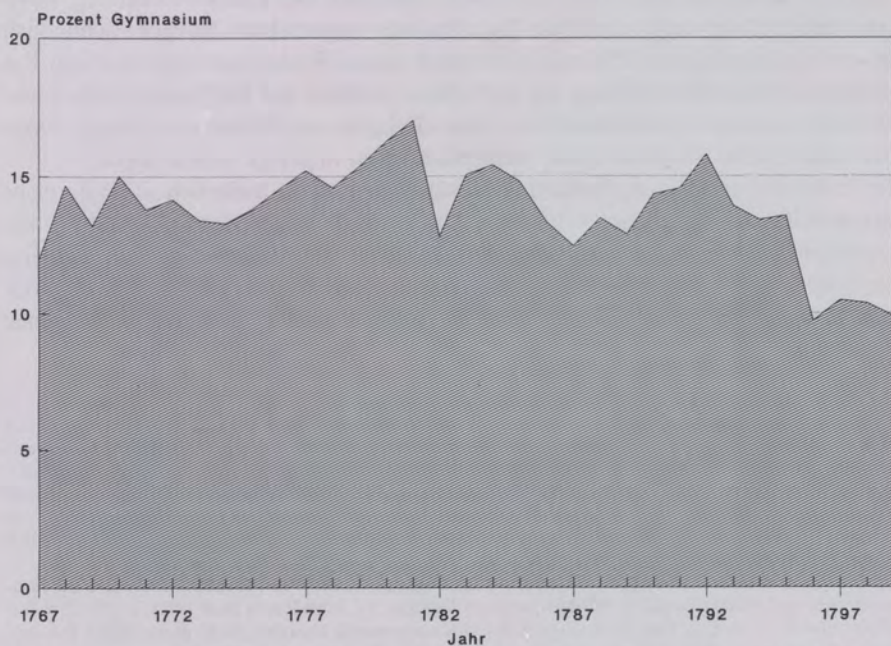


Abb. 3 Prozentanteil der Schüler des Gymnasiums an allen Schülern 1767–1799

ausgeschlossen blieben, beträgt der Anteil der Gymnasiasten an den männlichen Schülern zwischen 20 und 30 Prozent. Für das 18. Jahrhundert ist das ein enormer Anteil. Mädchen konnten als schwacher Ersatz im späten 18. Jahrhundert eine höhere Schulbildung in der Katechetenschule erlangen. Das Bildungswesen war so eine der hervorragenden Leistungen der Reichsstadt, die meisten nicht reichsunmittelbaren Städte vergleichbarer Größe konnten nichts Entsprechendes aufweisen.

3.4 Dialektik des Erfolgs: die Anhänglichkeit ans Alte

Die Haller Schulpolitik war im großen und ganzen also erfolgreich. Die Schülerzahlen zeigen, daß in der Stadt der Besuch einer Schule im 18. Jahrhundert die Regel war und daß zumindest der Katechismus, Lesen und wohl auch Schreiben gelernt wurden.

Auf dem Land war das problematischer¹⁴⁰: die Einführung der Sommerschule blieb lange schwierig. Schließlich wurden die Kinder für die ländlichen Arbeiten gebraucht. Noch 1793 mußten die Eltern auf dem Land ermahnt werden, ihre Kinder vom 8.–11. Jahr in die Sommerschule zu schicken. Selbst wenn sie dies nicht taten, sollten sie in Zukunft das Schulgeld dafür bezahlen müssen¹⁴¹.

Die Kehrseite aber war, daß die Untertanen voll Stolz auf das von ihnen Gelernte waren – und Änderungen ablehnend gegenüber standen. Die Einführung des neuen Katechismus provozierte fast einen Aufstand. Der Landbevölkerung waren jahrhundertlang die Formeln des Katechismus eingetrichtert worden. Schließlich beherrschte sie sie auch. Plötzlich aber wurde dieses Wissen entwertet, weil der Rat mittlerweile mit der Erfüllung der äußerlichen Gebote der Religiosität nicht mehr zufrieden war und Innerlichkeit bzw. eine »Religion des Herzens« verlangte, wozu der traditionelle Schulunterricht tatsächlich kaum angeregt haben dürfte.

Im Lichte dieser neuen Anforderungen entpuppte sich die äußerlich so erfolgreiche Schulpolitik als innerlicher Mißerfolg. Die Anforderungen der Obrigkeit an ihre Untertanen veränderten sich. Verlangte sie zuerst das Auswendiglernen, forderte sie später, als die Untertanen auswendig gelernt hatten, Innerlichkeit. Die Untertanen konnten und wollten dabei nicht nachziehen und verteidigten ihre eigenen Interessen.

140 Zur Geschichte ländlicher Schulen s. z. B. *M. Müller* (wie Anm. 105), S. 15–19; *F. Gutöhrlein*: Heimat im Kochertal. Eine heimatgeschichtliche Stoffsammlung für Familie und Schule, Gerabronn 1979, S. 151–158 für Gelbingen; *R. Völker, W. Keitel*: 400 Jahre Schule in Westheim, in: *G. Bazlen* (Red.), Westheim am Kocher. 1200 Jahre Geschichte (Forschungen aus Württembergisch Franken 32), Sigmaringen 1988, S. 289–310, hier: S. 290f.; *H. Künstner*: Kirche und Schule, in: *H. M. Decker-Hauff* u. a. (Hrsg.): Vellberg in Geschichte und Gegenwart. Band I: Darstellungen (Forschungen aus Württembergisch Franken 26), Sigmaringen 1984, S. 411–428, hier S. 417–420; *R. Völker*: Die Schule in Rieden, in: *U. Friedrich-Keitel, R. Keitel* (Red.): Rieden im Rosengarten 1290–1990 (Veröffentlichungen zur Ortsgeschichte und Heimatkunde in Württembergisch Franken 1), Schwäbisch Hall 1990, S. 299–354, hier S. 300–306; *K. Wörsinger*: Das Schulwesen in der Gesamtgemeinde Ilshofen, in: *H. Merz* (Red.): Ilshofen. Kleine Stadt an der großen Straße, Ilshofen 1980, S. 283–297, hier v. a. S. 283–288.

141 StadtA Schwäb. Hall 5/572: Votum v. 7. 3. 1793.

4. Schluß

Der Zugriff frühneuzeitlicher Obrigkeiten auf ihre Untertanen war umfassend. Das von der Herrschaft erwünschte Verhalten wurde in einer Fülle von Erlassen vorgeschrieben und wiederholt. Mit zeitlicher Verzögerung entfalteten die Dekrete ihre Wirkung: sie begannen das Verhalten der Bürger und Untertanen zu prägen. Die Mehrzahl der Beherrschten respektierte z. B. die äußeren Verhaltensweisen der Frömmigkeit und schickte ihre Kinder in die Schule. Auch die weitergehenden Bildungsangebote (Katechetenschule oder Gymnasium) wurden mindestens von der städtischen Bevölkerung akzeptiert und wahrgenommen.

Auf einigen Gebieten dagegen kam es zu tiefgreifenden Interpretationsunterschieden zwischen Herrschenden und Beherrschten, so etwa beim Abendmahl oder bei der Einführung des neuen Katechismus. Die Schwäche reichsstädtischer Herrschaft am Ende des 18. Jahrhunderts zeigt sich in den Umwegen, die nötig waren, um einen neuen Katechismus einzuführen. Ohne den Konsens eines größeren Teils der Beherrschten blieben alle Versuche, etwas Neues einzuführen, schwierig.

Notgeld in Schwäbisch Hall von 1914 bis 1924

VON RALF MARTIUS

Was ist eigentlich Notgeld^{1)?} Notgeld gab es immer dann, wenn es an Zahlungsmitteln mangelte. Für die Stadt Hall wurden innerhalb von vier Jahren zwölf verschiedene Notgeldmünzen mit über 20 Varianten geprägt. Mit den Ausgabemengen und der Anzahl der Varianten stand Hall bis kurz nach dem Ersten Weltkrieg an erster Stelle in Württemberg^{2).}

Das Kriegsnotgeld war aber nicht nur auf Münzausgaben der Städte und Gemeinden beschränkt. Notgeld wurde auch von großen Betrieben hergestellt, um die Löhne auszuzahlen und damit die Bezahlung in den Kantinen zu ermöglichen. Straßenbahnen gaben eigene Münzmarken heraus, und sogar große militärische Einheiten hatten ihr eigenes Geld. Weitere Arten des Notgelds waren z. B. Gefangenenlagermünzen, Transport- und Fahrmarken, Münzen der Konsumvereine, Speise- und Getränkemarken oder Kapselmarken. Überall, wo mit Kleinbeträgen gezahlt wurde, trat Mangel auf, der mit neuen Geldmitteln behoben werden sollte. Die Reichsbank hatte anfänglich keine Einwände gegen die neuen Geldmittel, doch ab 1920 schränkte sie die Flut der Neuprägungen ein, welche oftmals keine finanzielle Deckung hatten^{3).}

1. Das Kriegsnotgeld

Durch ein Gesetz vom 4. August 1914 hob das Deutsche Reich die Verpflichtung der Reichsbank auf, Papiergeld in Gold umzutauschen, was das Ende der Goldwährung bedeutete. Die Goldreserven der Reichsbank wurden zur Finanzierung der Kriegskosten verwendet, der Staat kaufte Goldmünzen und Goldschmuck zu festgesetzten Preisen auf. Zur Finanzierung des Krieges brauchte das Reich auch die noch in privater Hand verbliebenen Goldmünzen. Die Aufforderungen an die Bürger zum Goldrücktausch wurden immer fordernder gestaltet: *Heraus mit dem Gold! Das Gold gehört in die Reichsbank zur Stärkung unserer Kriegsrüstung ... Nutzlos für die Allgemeinheit ist jetzt Gold in der Hand des Einzelnen, ihm dient ja*

1 Die Idee für diesen Beitrag erhielt ich durch eine Foyerausstellung im Hällisch-Fränkischen Museum »Notgeld und Notzeiten in Schwäbisch Hall 1914–1924« im Oktober 1994. Die Museumsleitung ermöglichte es mir, diese Ausstellung zu konzipieren und zu präsentieren. Aus diesem Grund möchte ich mich nochmals bei der Museumsleitung für diese Gelegenheit bedanken.

2 A. Raff: Die Münzen und Medaillen der Stadt Schwäbisch Hall, Freiburg 1986, S. 55; L. Schlotter: Schwäbisch Haller Notgeld des ersten Weltkrieges, in: Der Haalquell 22 (1970), S. 22–23.

3 P. Menzel: Deutsche Notmünzen und sonstige Geldersatzmarken 1873–1932, Berlin 1982, S. 6–10.

*ebenso gut das kleine Papiergeld, denn Reichsbanknoten und Reichskassenscheine sind gesetzliche Zahlungsmittel, sie müssen von jedermann in Zahlung genommen werden und sind daher stets in gleicher Weise zu verwerten wie die Goldmünzen. Warum wird also immer noch von so vielen das Gold in so törichter Ängstlichkeit in Beutel und Kasten versteckt? Nahezu 1000 Millionen Mark an Goldmünzen, welche zur Reichsbank gebracht unsere finanzielle Wehr und wirtschaftliche Kraft in hohem Maße verstärken könnten, werden im deutschen Volke noch zurückgehalten. Jeder, der jetzt noch Gold in den Händen hat, sollte sich endlich darüber klar werden, daß eine heilige Pflicht gegen das Vaterland in dieser ersten Zeit von ihm verlangt, auch das letzte Goldstück herauszugeben ...*⁴.

Ebenfalls zur Finanzierung des Krieges legte die Deutsche Regierung vom Dezember 1914 bis zum Ende des Krieges insgesamt neun Kriegsanleihen auf. 95 Milliarden Mark flossen auf diese Weise in die Staatskasse⁵. Um die Bürger zur Zeichnung der Anleihen zu motivieren, wurde in großformatigen Anzeigen an die Staatstreue, patriotische Gefühle oder die Mutterliebe appelliert: *Mütter denkt an Eure Kinder! Als sie noch ganz klein und hilflos waren, hat sich jede unter Euch irgendeinmal gedacht: »Mein Kind solls gut haben im Leben!« ... Mütter, jeder Pfennig, den Ihr dem Vaterlande leiht, erleichtert Euren Kindern die Zukunft! Drum helft, daß Sie einst nicht darben müssen und ein freies, starkes Volk werden können: Zeichnet die Kriegsanleihe!*⁶

In Schwäbisch Hall wurde erstmals Ende 1916 ein Mangel an Kleingeld publik⁷. Er führte zu Problemen beim Einkaufen, da die Wechselmünzen rar waren. Die Versuche der Reichsregierung, den Kleingeldmangel mit einer größeren Ausschüttung von Kursmünzen aus Eisen und Zink zu beheben, waren erfolglos. Das kleine Münzgeld verschwand so schnell aus dem Geldumlauf, wie es geprägt wurde. Es scheint, als ob sämtliches Geld, Münze oder Schein, von den Bürgern oder anderen Stellen im gesamten Reich gesammelt und gehortet wurde. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang im »Haller Tagblatt« das Wort »Hamstern« verwendet. Dieser Ausdruck entwickelte sich im allgemeinen Sprachgebrauch zu einem Synonym für das private Horten von Geldwertzeichen und auch von Lebensmitteln.

Dieses »Hamstern« der Münzen und ab 1916 auch der Geldscheine hatte verschiedene Ursachen. Neben dem Vertrauensverlust in die Währung durch die oben erwähnte Aufhebung der Umtauschpflicht in Gold bei Kriegsausbruch mögen ein erhöhter Geldbedarf für Angsteinkäufe und auch das Betreiben von Gas- und Stromautomaten Gründe gewesen sein. Des weiteren wurde viel Kleingeld von den Soldaten außer Landes getragen und nicht mehr zurückgebracht⁸.

4 Haller Tagblatt (HT) vom 6. 7. 1915.

5 Propyläen Geschichte Europas, Bd. 5, Frankfurt/M. 1982, S. 394.

6 HT vom 16. 10. 1917.

7 HT vom 4. 11. 1916.

8 A. Schramm: Deutsches Notgeld 1914–19, I.: Kleingeldersatz, Leipzig 1918, S. 1–4; P. Menzel: Deutsche Notmünzen und sonstige Geldersatzmarken 1840–1990, Band I: A–L, Gütersloh 1993, S. 9–17;



Abb.1 Fotografie der Goldabgabestelle im Ratssaal des barocken Rathauses in Schwäbisch Hall 1918. An drei Tischen wurden Goldgegenstände gewogen und verzeichnet, am dritten Tisch erhielt der Spender einen Geldbetrag ausgezahlt. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

Mit Papiergeld, Darlehnskassenscheinen zu einer und zwei Mark, sollte im Mai 1916 nochmals der Geldmangel behoben werden. Doch in der Stadt bestand Bedarf an kleinen Nominalen, was eine Mitteilung des »Haller Tagblatts« von 4. November 1916 belegt. Darin wird berichtet, daß vor allem Lebensmittelgeschäfte große Probleme hatten, Wechselgeld für die kleinen, rationierten Mengen an Lebensmitteln auszugeben. Wegen der festgesetzten Höchstpreise in Pfennigen mußten die Verkäufer Geld wechseln, denn die Kunden hatten fast nie Kleingeld. Da die Ladeninhaber bei den Banken kein Kleingeld erhielten, mußten sie den

Kunden mangels Wechselgeld öfters die Ware vorenthalten. Die Kunden verlangten aber die ihnen zustehenden kleinen Mengen an Lebensmitteln⁹.

Auch in Schwäbisch Hall machte man das massenhafte Zurückhalten von Silber- und Nickelmünzen für den Kleingeldmangel verantwortlich. Die Nickelmünzen waren Prägungen des Reichs zu 20 bzw. 25 Pfennigen, die angesprochenen Silberstücke ½-Mark- und Einmarkstücke. In einer Meldung des »Haller Tagblatts« vom 2. Mai 1917 spekulierte der Verfasser darüber, ob eine Außerkurssetzung dieser Münzen die Hamsterei beenden könnte. Doch eine Drohung allein schien die Sammler der Münzen nicht zu schrecken. Der Mangel an Kleingeld blieb nach wie vor bestehen¹⁰.

Um dieser Not abzuhelfen, befaßte sich der Haller Gemeinderat am 4. Mai 1917 erstmals mit der Frage der Kleingeldmünzen und beschloß, folgende Werte und Mengen für den Umlauf in der Stadt prägen zu lassen: 7500 5-Pfennig-Stücke, 15000 10-Pfennig-Stücke und 7000 50-Pfennig-Stücke. Die Stadt hatte zwei Angebote für die Prägung. Die Firma Mayer & Wilhelm aus Stuttgart wurde, da sie das günstigere Angebot machte, dem Heilbronner Unternehmen Bruckmann vorgezogen¹¹.

Am 8. Mai war nochmals die Drohung zu vernehmen, daß die Reichsmünzen aus Silber und Nickel als gesetzliche Zahlungsmittel außer Kraft gesetzt würden. Der Kluge solle deshalb seine Münzen jetzt nicht mehr länger zurückhalten und in den Umlauf bringen: *Die Andeutung, daß mit der Möglichkeit einer Einziehung der Silber- und Nickelmünzen zu rechnen ist, hat auf die Silber- und Nickelhamster bereits einigermaßen gewirkt. Andere geben sich aber dem Glauben hin, die Andeutung sei nicht ernst gemeint. Das ist jedoch ein Irrtum. Mit der Außerkurssetzung der Silber- und Nickelmünzen ist, wie wir hören, bestimmt zu rechnen. Wer klug ist, der hält also seine Münzen nicht länger zurück*¹²!

Diesmal hatte die Ankündigung Erfolg. Die schmerzlich vermißten Silbermünzen zu einer und zu einer halben Mark tauchten wieder im Umlauf auf. Deshalb sah man die Geldhamsterei als alleinige Ursache für den Kleingeldmangel an. Mit der Außerkurssetzung hätten die Münzen 1917 nur mehr einen Materialwert von weniger als der Hälfte des Nennwerts erbracht¹³.

Im Juni 1917 kamen in Schwäbisch Hall die ersten der im Mai vom Gemeinderat in Auftrag gegeben Kleingeldmünzen in Umlauf. Die Zinkmünzen haben keine Jahresangabe, da man wohl meinte, die Kleingeldnot sei schon bald vorbei. Die achteckigen Münzen zu 5, 10 und 50 Pfennigen tragen auf der Vorderseite eine mit einem Kreuz belegte rechte Hand, die Zeichen des Haller Stadtwappens, sowie die Umschrift »Königl. Württ. Oberamtsstadt Hall«; auf der Rückseite ist der Wertbetrag mit großen, deutlichen Ziffern aufgeprägt. Die achteckige Form wurde zur

9 HT vom 4. 11. 1916.

10 HT vom 2. 5. 1917.

11 StadtA Schwäb. Hall 19/422, S. 121, Gemeinderatsprotokoll vom 4. 5. 1917.

12 HT vom 8. 5. 1917.

13 HT vom 30. 5. 1917.

besseren Unterscheidung von den Kleingeldmünzen des Reichs gewählt. Der einzige Nachteil dieser städtischen Notgeldausgaben war ihr Gültigkeitsbereich. Das Geld wurde nur in der Stadt Hall als Zahlungsmittel anerkannt. Deswegen forderten die Haller Händler ein Abkommen mit den benachbarten Gemeinden über die gegenseitige Anerkennung der Notgeldausgaben nach dem Vorbild von Ludwigsburg und Stuttgart.

Am 19. Oktober 1917 wurde die Haller Bevölkerung darauf hingewiesen, daß die silbernen Zweimarkstücke zum 1. Januar 1918 ihre Gültigkeit verlieren würden. Diese Münzen waren bei den Reichs- und Landeskassen bis zum Ende des Jahres in Reichskassenscheine oder Darlehensscheine umzutauschen¹⁴. Um dem Staat das dringend benötigte Edelmetall zukommen zu lassen, brachte man vermehrt Papiergeld in den Umlauf und zog gleichzeitig das Silbergeld ein.

In der Stadt traten sehr bald die ersten Probleme mit dem Notgeld auf. Die achteckigen 50-Pfennig-Stücke mit einem Durchmesser von 22 mm und die nur einen Millimeter kleineren, achteckigen 10-Pfennig-Stücke wurden viel zu häufig verwechselt. Um dem abzuhelpen, sollten die Haller Bürger die 50-Pfennig-Stücke zwischen dem 15. Oktober und dem 15. November 1917 im Rathaus umtauschen. Danach sollten sie ihre Gültigkeit verlieren¹⁵.

Der Mangel an Kleingeldmünzen war aber noch lange nicht behoben. Schon im September 1917 ließ die Stadt weitere 20000 10-Pfennig- und 10000 5-Pfennig-Münzen prägen. Davon war ein Teil aus Zink und ein Teil aus Eisen gefertigt. Die Auflage an städtischem Notgeld für das Jahr 1917 betrug insgesamt 10040 5-Pfennig-Stücke, 20171 10-Pfennig-Stücke und 7038 50-Pfennig-Stücke (aus Zink und ohne Jahresangabe), 24077 5-Pfennig-Stücke (aus Zink), 28516 10-Pfennig-Stücke (auch aus Zink) und 20033 10-Pfennig-Stücke (aus Eisen). Die letztgenannten drei Prägungen tragen auf der Wertseite die Jahreszahl 1917. Anfang 1918 bestellte der Haller Gemeinderat weitere 50000 10-Pfennig-Stücke und 25000 5-Pfennig-Stücke¹⁶. Am 14. Februar erschien im »Haller Tagblatt« eine Auflistung aller im Deutschen Reich umlaufenden Kleinmünzen. Demnach sollen im Oktober und November 1917 für je 1,8 Millionen Mark, im Dezember für 1,4 Millionen Mark und im Frühjahr 1918 für 667924,30 Mark 10-Pfennig-Stücke aus Zink hergestellt worden sein, was einen erheblichen Rückgang darstellt. Dagegen wurden die Mengen an eisernen 5-Pfennig-Stücken gesteigert (Oktober 1917: 683000 Mark, November: 874000 Mark, Dezember: 592000 Mark und im Frühjahr 1918: 1170804,20 Mark). Einpfennigstücke aus Aluminium wurden im Dezember 1917 nicht geprägt, dafür aber im Januar 1918, und zwar im Wert von 18428,41 Mark. Diese Auflistung bezieht sich aber nur auf die Reichswerte. Das Münznotgeld deutscher Städte und Gemeinden hatte einen Gesamtwert von etwa 46,5 Millionen Mark. Davon entfielen 38,3 Millionen auf Eisenmünzen (10- und 5-Pfennigstücke) und 8,2 Millionen auf Nickel-Ersatzmünzen (50-Pfennigstücke).

14 HT vom 19. 10. 1917 u. vom 29. 12. 1917.

15 HT vom 20. 10. 1917.

16 L. Schlotter (wie Anm. 2), S. 1.

Das umfaßte knapp die Hälfte der Menge aller Reichsmünzen Anfang 1918. Neben den genannten Münzen waren noch Kupferausgaben im Wert zu 25,1 Millionen und Aluminiummünzen im Wert einer halben Million Mark im Umlauf. Gegen Ende Januar 1918 gab es im Deutschen Reich einen Gesamtbestand an kleinen Münzen von 133,6 Millionen Mark¹⁷.

Trotz der großen Menge an ausgegebenen Kleingeldmünzen mußte in Hall im März 1918 weiteres Münzgeld bestellt werden. Geordert wurden 10000 rechteckige 50-Pfennig-Münzen aus Hilamin, einer Legierung aus Zink und Zinn. Mit der Wahl dieser Form sollten weitere Verwechslungen mit 10-Pfennig-Stücken vermieden werden. Zuvor hatten die neuen runden, städtischen 50-Pfennig-Stücke aus Eisen dieselben Probleme verursacht wie die Fünfziger in achteckiger Form¹⁸. Ein nie realisierter Vorschlag, die Verwechslungen zwischen den Werten zu 10 und 50 Pfennig zu umgehen, kam aus dem Haller Gemeinderat. Das Ratsmitglied Ott schlug vor, die neugeprägten, runden 50-Pfennig-Stücke vom Hersteller durchlochen zu lassen. Die übrigen Münzen sollten nicht ausgegeben werden. Der Hersteller verwies aber auf eine 14-tägige zusätzliche Arbeitszeit für die Durchführung der Lochung. Der größte Teil der Münzen war zu diesem Augenblick schon im Umlauf, weshalb der Bürgermeister den Vorschlag ablehnte¹⁹.

Eine Münze aus Ludwigsburg war das Vorbild für die rechteckige Form mit abgerundeten Ecken des neuen Haller 50-Pfennig-Stücks. Die 50-Pfennig-Münzen der Stadt Hall erhielten auch eine neugestaltete Rückseite. Statt Kreuz und Hand war diese mit dem barocken Rathaus geziert. Die Herstellung nahm einige Zeit in Anspruch, weshalb die ersten Münzen aus Eisen erst am 11. Januar 1919 und die Zinkmünzen im Dezember 1919 in den Umlauf kamen²⁰.

Im Jahr 1918 mangelte es auch weiterhin an als Wechselgeld unentbehrlichen kleinen Nominalen. Im September 1918 wurde eine weitere Erklärung für den fortdauernden Mangel an kleinen Münzen veröffentlicht. Darin verwies der Verfasser auf die Einziehung der Nickel- und Kupfermünzen des Reichs, das diese Metalle durch die kostengünstigeren Materialien Zink und Eisen ersetzte. Die Umstellung bedeutete für die Prägeanstalten eine zusätzliche Belastung, da eine Erhöhung des Ausstoßes an Geldstücken wegen Arbeitskräftemangel nicht möglich war²¹.

Von Juli bis September 1918 wurden für Hall weitere Zehner- und Fünfermünzen aus Zink und Eisen geprägt. Am 1. November stellte der Gewerbe- und Kaufmännische Verein einen Antrag zur Behebung des nicht enden wollenden Kleingeldmangels. Er bat, unter den seitherigen Bedingungen und in seitheriger Weise weiteres städtisches Notgeld prägen zu lassen.

17 HT vom 14. 2. 1918.

18 L. Schlotter (wie Anm. 2), S. 1.

19 StadtA Schwáb. Hall 19/423, S. 85f u. 92, Gemeinderatsprotokolle vom 3. 5. u. 17. 5. 1918.

20 L. Schlotter (wie Anm. 2), S. 1.

21 HT vom 7. 9. 1918.



Abb. 2 Vorder- und Rückseite der rechteckigen Münze mit dem Motiv des barocken Haller Rathauses. Als Vorbild diente eine ähnliche rechteckige Münze aus Ludwigsburg. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

Das Horten von Geld beschränkte sich nicht allein auf Münzgeld, auch Papiergeld verschwand zunehmend aus dem Geldumlauf. Die ersten Unmutsäußerungen auf Grund des neuen Mangels liest man im »Haller Tagblatt« vom 24. Oktober 1918. Der Mangel war nicht so schnell aufgefallen, da die betroffenen Scheine über Markbeträge ausgestellt waren. Der Schreiber des Artikels beschrieb die Furcht vieler kleiner Einleger, das Geld könnte unter Beschlag genommen werden. Die Bürger verloren also ihr Vertrauen zu Banken und zu Kreditinstituten²².

Sogar das Militär mußte sich im Oktober 1918 in die Zahlungsmittelkrise einschalten. Mit einem Aufruf des stellvertretenden kommandierenden Generals von Schäfer des XIII. (königlich württembergischen) Armeekorps an die württembergischen Bürger wurden die Geldhamsterer in scharfem Ton zur Herausgabe ihrer gehorteten Zahlungsmittel aufgefordert. Die Reichsbank sei durchaus

22 HT vom 42. 10. 1918.

imstande, künftig den laufenden Geldbedarf zu decken, doch könne der derzeitige starke Mangel auch von Seiten der Gemeinden nicht sofort beseitigt werden. Daß die Situation dennoch ernst war, beweist die Aussage, die Hamsterei würde die Auszahlung der Löhne und die Unterstützung der Kriegswitwen gefährden. Abschließend hieß es: *Darum bringe jeder sofort sein Geld zur Sparkasse oder Bank und trage jeder in seinem Bekanntenkreis zur Bekämpfung dieser neuen gefährlichen Krankheit bei!*²³

Ein Artikel im »Haller Tagblatt« vom 31. Oktober 1918 versucht, den Gründen für das Horten von Bargeld nachzugehen. Weite Kreise hielten demnach eingehende Gehälter zurück, hoben ihr Guthaben von Banken und Sparkassen ab und sammelten das Bargeld zu Hause. Was aber war der Anlaß dafür? Der Artikel berichtet weiter: Eine drohende Räumung der Gebiete an der Westgrenze habe in der betroffenen Bevölkerung den Besitz größerer Barmittel wünschenswert gemacht. Auf dem Lande wollte man durch Bargeldhamsterei den Umfang von Besitz und Einkommen verheimlichen und somit Steuern hinterziehen. Auch in den städtischen Gebieten gab es solche Überlegungen, eine wichtigere Rolle als Grund für das Geldhorten spielte aber die Furcht vor »bolschewistischen« Unruhen. Abhilfe schaffen sollte die Besonnenheit der Bürger, eine schnellere Herstellung der Banknoten und die Ausgabe von Notstandsgeld von Städten und Fabriken²⁴. Einen weiteren Ausweg sah man in der Einführung neuer Zahlungsmittel. In Hall erfuhr die Öffentlichkeit am 28. Oktober 1918, daß durch den Beschluß des Bundesrates die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihen zum gesetzlichen Zahlungsmittel bestimmt wurden. Entsprechend dem Fälligkeitsdatum wurden die Zinsscheine ab dem 2. Januar 1919 gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin galten die Scheine selbst als Zahlungsmittel²⁵.

2. Notgeld der Nachkriegszeit

Mit der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 und dem 2 Tage später abgeschlossenen Waffenstillstand von Compiègne endete der Krieg. Der Mangel an Geldscheinen und Münzen dauerte, wie auch die Versorgungsprobleme, weiter fort.

Ende Januar 1919 erfuhr der Leser des »Haller Tagblatts« von einer geplanten, aber nie durchgeführten Ausgabe von städtischen Papiergeldscheinen zu 20 Mark. Die Scheine zeigen auf der Vorderseite in allen vier Ecken die Wertzeichen und den Text: »Gutschein der Amtskörperschaft Schwäbisch Hall, Zwanzig Mark«. Darunter steht: »Dieser Gutschein wird spätestens am 1. Februar 1919 bei der Ober-

23 HT vom 25. 11. 1918.

24 HT vom 31. 10. 1918.

25 HT vom 28. 10. 1918 und H. Neumann: Das Jülicher Not- und Inflationsgeld 1917–1923, Jülich 1982, S. 33.

amtspflege Hall eingelöst. Verlängerung vorbehalten. Hall, den 20. November 1918«. Unterzeichner der Scheine sind Regierungsrat Vogt und Oberamtspfleger Schwarz. Das Papier ist weiß und hat als Untergrund ein Netzmotiv. Die Rückseite zeigt das Bild der Comburg mit Stiftskirche und dem Dorf Steinbach in einer Randverzierung. Unten in der Mitte war der Schein mit einer schwarz gedruckten Kontrollnummer versehen²⁶. Der Entwurf der Geldscheine stammte von Prof. Paul Haustein, einem Lehrer der Stuttgarter Kunstgewerbeschule, der sich unter anderem mit Metallkunst und Keramik beschäftigte und auch Buchschmuck, Einbände und Vorsatzpapiere für verschiedene Verlage entwarf²⁷. 5000 dieser Scheine wurden von der Uhlandschen Buchdruckerei GmbH in Stuttgart angefertigt.

Den Grund für die Einbehaltung des Papiergelds konnte man am 28. Januar 1919 im »Haller Tagblatt« nachlesen: Noch vor der Ausgabe der Scheine erschienen Fälschungen in der Stadt. Wohlweislich verzichtete man daraufhin auf die Ausgabe. Die gedruckten Scheine sollten von Beamten der Amtskörperschaft als Andenken behalten, ansonsten verbrannt werden. Daß diese Scheine in der Hochzeit der Inflation 1923 dennoch mit neu aufgedruckten Werten wieder auftauchten, zeigt, daß diese Anordnung nicht gänzlich befolgt wurde²⁸.

Ein Ende der Notgeldausgaben für den 1. Februar kündigte ein Bericht des »Haller Tagblatts« am 29. Januar 1919 an. Die Reichsbank wollte zunächst die 50-Mark-Scheine der Gemeinden und Amtskörperschaften ersetzen. Danach sollten bis spätestens 1. April 1919 die 5-, 10- und 20-Mark-Scheine aus dem Verkehr gezogen werden. Das Notgeld sollte durch neu gedruckte Geldscheine ersetzt werden. Daß hierbei auch Fehler unterliefen, stellte ein Artikel im »Haller Tagblatt« vom 14. März 1919 fest. Demnach wurden die neuen Reichsbanknoten zu 50 Mark häufig für Fälschungen gehalten, da die Geldscheine mehrere voneinander abweichende Nummerntypen sowie verschiedene Abkürzungen für das Wort »Nummer« aufwiesen²⁹. Deshalb zog die Reichsbank diese Banknoten wieder ein, was sich davon in Privatbesitz befand, konnte bei den Banken umgetauscht werden.

Das Mißtrauen bezüglich der Echtheit von Geldscheinen war dennoch berechtigt. Immer wieder nutzten Geldfälscher die Vielzahl der im Umlauf befindlichen Geldscheine aus. Am 4. April 1919 meldete das »Haller Tagblatt« das Auftauchen falscher 1000-Mark-Scheine der Reichsbank in der Stadt. Die Beschreibung der Fälskate zeigt, wie sorglos gearbeitet wurde. Als Papier hatten die Fälscher glattes Schreibpapier verwendet, die Faserstreifen waren nicht, wie bei echten Noten, in das Papier eingewirkt, sondern durch Aufdruck von Faserbildern in blaugrauer oder grauschwarzer Farbe nachgebildet. Dazu kamen verschmierte Stellen im Wort »Reichsbanknote«³⁰. Kaum einen Monat nach der Ausgabe einer

26 K. Kiener u. A. Meyer: Das Notgeld von Württemberg und Hohenzollern 1914–1922, Stuttgart 1922, S. 19.

27 U. Thieme, F. Becker (Begr.), H. Vollmer (Hrsg.): Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 16, Leipzig o. J. (Nachdr. d. Ausg. Leipzig 1923), S. 150.

28 HT vom 28. 1. 1919.

29 HT vom 29. 1. 1919.

30 HT vom 4. 4. 1919.



Abb. 3 Vorder- und Rückseiten zweier 5-Pfennig-Notgeldmünzen von 1919 und 1920 aus Schwäbisch Hall. 1920 wurde der Text auf der Rückseite verändert. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

neuen Reichsbanknote zu 50 Mark hob die Polizei in Berlin eine Fälscherfabrik aus, in der »Falsche Fünfziger« im Wert von 17,5 Millionen Mark, Druckplatten und Druckwerkzeuge sichergestellt wurden³¹.

Der Haller Geschäftswelt machte auch im Oktober 1919 noch der Kleingeldmangel Sorgen. Deshalb beantragte der Gewerbe- und Kaufmännische Verein die Prägung von weiteren Notgeldmünzen³². Um das ausgegebene Notgeld abbauen zu können, wollte die Stadtpflege den Antrag nicht annehmen. Doch der Gemeinderat sah keine Besserung der Kleingeldversorgung durch die in Aussicht gestellten Reichsmünzen und beschloß, 15029 5-Pfennig-Münzen aus Eisen und 48643 10-Pfennig-Münzen aus Zink auszugeben. Beide Werte wurden schon im Dezember 1919 in den Umlauf gebracht³³.

Mit 13 verschiedenen, zwischen Juni 1917 bis Dezember 1919 ausgegebenen Notgeldmünzen und deren Varianten stand die Stadt Hall an erster Stelle in

31 HT vom 24. 11. 1919 u. vom 18. 12. 1919.

32 StadtA Schwäb. Hall 19/423, S. 665, Gemeinderatsprotokoll vom 1. 10. 1919.

33 StadtA Schwäb. Hall 19/423, S. 703, Gemeinderatsprotokoll vom 12. 11. 1919.

Württemberg³⁴. Varianten von Prägungen entstanden nur bei höheren Auflagen, denn ein Prägestempel hatte eine Lebensdauer von etwa 10000 Ausprägungen. Mit jeder Anfertigung eines neuen Stempels entstanden deshalb geringe Abweichungen. Von den eisernen 10-Pfennig-Stücke des Jahres 1918 mit einer Auflage von 110182 Münzen gab es 19 Varianten, so z. B. mit und ohne Perlkreis, einer unterschiedliche Breite der Wertzahl oder Variationen in der Darstellung des Mittelfingers der darauf abgebildeten Hand³⁵.

Als Ersatz für silberne ½-Mark-Stücke brachte die Reichsbank 50-Pfennig-Stücke aus Aluminium heraus. Eine Neuheit war die Gestaltung der Bildseite. Seit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 zierte der Reichsadler in mehreren Varianten die Rückseiten der deutschen Münzen. Nun wurde eine aufrecht stehende Korngarbe und ein Schriftband mit den Worten: »Sich regen bringt Segen« als Motiv gewählt³⁶.

Anfang 1920 ging der Geldmangel zurück, doch waren unter den umlaufenden Geldscheinen auch weiterhin immer wieder Fälschungen. Dies belegt ein Artikel des »Haller Tagblatts« vom 15. 1. 1920, in dem vor Nachbildungen rosafarbener Reichsbanknoten zu 50 Mark gewarnt wird³⁷.

3. Notgeld der Inflationszeit

Der Rückgang des Kleingeldmangels fiel mit einer Phase des Preisanstiegs zusammen. Diese inflationäre Entwicklung machte den Gebrauch von kleinen Werten überflüssig. Vor allem die Preise für Edelmetalle schnellten in die Höhe. Der Metallwert von Silber überstieg den Nennwert nach kurzer Zeit. Die Reichsregierung reagierte mit der Außerkurssetzung der Silbermünzen. Das Reichsbank-Direktorium forderte die Reichsbankstellen zum Rückkauf der Silbermünzen auf. Folgende Preise wurden angeboten:

Für Einmarkstücke 6,50 Mark,
für Zweimarkstücke 13,00 Mark,
für Dreimarkstücke 19,50 Mark,
für Fünfmarskstücke 32,50 Mark.

Für ein halbes Markstück oder ein altes Fünfzigpfennigstück bekam man 3,25 Mark und für silberne Zwanzigpfennigstücke 1,30 Mark. Sogar alte Silbertaler sollten an die Reichsbank verkauft werden³⁸. Durch die Absetzung der Gold- und Silbermünzen als Zahlungsmittel entstand ein reger Münzhandel. Da aber diese Münzen nicht ausschließlich an die Reichsbank verkauft, sondern damit auch private Geschäfte abgeschlossen wurden, wollte die Regierung an den Gewinnen

34 L. Schlotter (wie Anm. 2), S. 2.

35 A. Raff (wie Anm. 2), S. 57.

36 HT vom 30. 10. 1919.

37 HT vom 15. 1. 1920.

38 HT vom 22. 1. 1920.



Abb. 4 Eine Collage städtischer Notgeldmünzen und zweier Münzen des Spar- und Konsumvereins Schwäbisch Hall aus den Jahren 1917 bis 1920. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

teilhaben. Der Privathandel wurde für umsatzsteuerpflichtig erklärt und mit 15 % Luxussteuer belegt. Privatpersonen sollten in den Postämtern Umsatzsteuermarken kaufen, den Kaufpreis quittieren und dann die Marken entwerten lassen. Vereinzelt fehlte es immer noch an Kleingeld zum Geldwechseln. Z. B. erhielt man im bayrischen Postamt Neustadt für einen Pfennig Schuhnägel als Wechselgeld. In Stuttgart gab es von Kleinhändlern gestempelte Papierzettel. Der Konsumverein in Stuttgart gab an seine Kundschaft einen Bouillonwürfel als Wechselgeld aus³⁹. Der Haller Spar- und Konsumverein, der damals im Gebäude Am Markt 5 (heute Stadtarchiv und Standesamt) ein Ladengeschäft unterhielt, gab ebenfalls eigene Geldwertzeichen heraus. Sie bestanden aus runden Scheinen zu 10, 20, 30 und 50 Pfennigen sowie aus Münzen in verschiedenen Pfennigbeträgen. Im Normalfall dienten derartige Wertzeichen nur zur Auszahlung der jährlichen Rabatt-Rückvergütungen zu Weihnachten. Einige wurden jedoch in der Zeit der Kleingeldnot als Wechselgeldersatz verwendet⁴⁰.

Die letzte Ausgabe Haller Notgeldmünzen kam im Juni 1920 in den Umlauf. Es handelte sich um 50000 5-Pfennig-Stücke aus Eisen. Drei Besonderheiten im Vergleich zu den bisherigen Prägungen fallen dem Betrachter auf. Zum einen die

39 HT vom 14. 2. 1920.

40 A. Keller (wie Anm. 8), S. 9 und P. Menzel (wie Anm. 3), S. 670f.

geringe Größe: Im Gegensatz zu den bisherigen 5-Pfennig-Stücken mit einem Durchmesser von 18 mm haben die Ausgaben von 1920 nur noch 15,4 mm Durchmesser. Der zweite Unterschied ist die Form der Münzen. Wurden in den Jahren davor fast nur achteckige Münzen hergestellt, um sie von den kleinen Werten der Reichsmünzen zu unterscheiden, war die kleine Form Unterscheidungsmerkmal genug, um auch die städtischen Ausgaben rund gestalten zu können. Die dritte Besonderheit kann man beim Lesen der Umschrift auf der Rückseite entdecken. Während bis 1919 die Umschrift »Kgl. Württ. Oberamtsstadt Hall« zu lesen war, verwendete man 1920 die aktualisierte Version »Württ. Oberamtsstadt Hall«⁴¹.

Sämtliche Haller Notgeldausgaben mußten zwischen dem 17. August und dem 28. November 1922 eingelöst werden. Die ersten Ausgaben hatten somit eine Laufzeit von fünf Jahren. Dies ist eine beträchtliche Zeitspanne für Geldmittel, die für eine kurze Notzeit geplant waren.

Von einer angekündigten neuen Münzserie des Reichs erschien nur ein Dreimarkstück aus Aluminium, das zum Verfassungstag am 11. August 1922 ausgegeben wurde. In die Hände des »normalen« Bürgers gelangte die Münze nicht, denn die 10000 Exemplare wurden an Staatsbeamte verteilt⁴². Eine zweite Ausgabe des Dreimarkstücks kam im selben Jahr in den Umlauf. Ob die Münzen jedoch so dringend benötigt wurden, ist fraglich. Der Staat mußte wegen der katastrophalen Inflationsrate fünfstellige Banknoten ausgeben. In den Berliner Banken kam es zu Geldmangel. Private Einleger und Geschäftsleute hoben ihre Guthaben ab, weil man nicht wußte, wieviel es am Abend noch wert war⁴³.

Der stündliche Wertverlust traf in besonderer Weise die Geschäftswelt. Wurde ein Kaufvertrag abgeschlossen und wie üblich später bezahlt, überstieg der Warenwert die Kaufsumme bei weitem. Deshalb suchte man nach einer stabilen, von der Inflation nicht betroffenen Zahlungsart. Wie in vielen Krisenregionen der heutigen Zeit griff man auch damals auf den US-Dollar zurück. Kaufverträge wurden immer häufiger in Dollar und Cents ausgestellt. Ob die Käufer in Mark oder Dollar bezahlten, blieb ihm überlassen. Der Staat sah diese Devisenflucht nicht gern, denn sie bestätigte den Vertrauensverlust in die eigene Währung. Aber was konnte dagegen schon unternommen werden? Die Produktion eigener Geldscheine konnte den Bedarf nicht mehr decken, und die Mark verlor weiterhin stündlich an Wert⁴⁴. Die Haller Firmen richteten wegen der Geldmittelknappheit für ihre Angestellten Girokonten ein, auf die das Gehalt überwiesen wurde. Da aber auch die Banken nicht über genügend Geldscheine verfügten und die Beschäftigten ihr Geld sofort abhoben, wurde der Mangel von einer Stelle zur nächsten weitergegeben. Der Aufruf an die Bürgerschaft, Barabhebungen möglichst zu beschränken und alle größeren Zahlungen durch Schecks oder Überweisungen zu tätigen, blieben wir-

41 L. Schlotter (wie Anm. 2), S. 2.

42 HT vom 25. 8. 1922.

43 HT vom 1. 9. 1922.

44 HT vom 13. 9. 1922.

kungslos⁴⁵. Die neuen Reichsbanknoten zu 1000 Mark waren schon bei ihrer Ausgabe Ende 1922 überholt. Die Zeitspannen zwischen Planung, Entwurf und Fertigstellung waren zu lang, um den Mangel beheben zu können⁴⁶.

Ab dem Frühjahr 1922 setzte die Inflation sprunghaft ein. Die Preise galoppierten auf ungeahnte Höhen. Kostete auf dem Haller Schweinemarkt ein gutes Schwein noch im Februar bis zu 450 Mark, so mußte man im Juni bereits 1650 Mark und Ende Dezember sogar 32000 Mark bezahlen. Ähnliche Zahlen liegen auch für den Haller Viehmarkt vor: Im Februar 1922 lag der Preis für eine Milchkuh bei 14000 Mark, im Dezember schon bei 270000 Mark⁴⁷.

Bei einer solchen Geldentwertung verloren diejenigen Bürger am meisten, die keine Sachwerte besaßen. Sparguthaben verloren stündlich an Wert. Viele Nahrungsmittel konnten nur noch durch Tauschgeschäfte beschafft werden. Württemberg galt im übrigen Reich als eine gut mit Lebensmitteln versorgte Region. Dies verursachte ein lawinenartiges Anschwellen der Touristenzahlen durch die sogenannten »Hamsterfahrten«. Den meist vermögenden Gästen aus Norddeutschland eilte ein denkbar schlechter Ruf voraus. Sie galten als anmaßend, überheblich und sie fügten der einheimischen Bevölkerung ernsten Schaden zu, indem sie von den Bauern zurückgehaltene Lebensmittel zu horrenden Preisen aufkauften. Vereinzelt kam es sogar zu Ausschreitungen gegen Feriengäste⁴⁸.

1923 wurden rasch aufeinanderfolgend neue Reichsbanknoten in den Geldumlauf geworfen. 5000-Mark-Scheine im Februar, eine zweite Serie 1000-Mark-Scheine im März, 500000-Mark-Scheine im Juli, eine dritte Serie zu 10000 Mark im selben Monat, der Millionen-Schein ebenso im Juli, 50-Millionen-Markscheine im August und der Milliarden-Schein im September⁴⁹. Die einzigen Münzausgaben am Höhepunkt der Inflation waren zwei Aluminiumstücke zu 200 und 500 Mark. In mehreren Ausgabeserien sollten diese den Kleingeldbedarf decken⁵⁰.

Die Stadt Schwäbisch Hall griff selbst wieder zum Mittel der Geldherstellung. In zwei Gemeinderatsbeschlüssen vom 11. und 20. August 1923 wurde der Haller Buchdruckerei Schwend der Auftrag erteilt, städtisches Notgeld herzustellen. Am 13. August wurde die Einwohnerschaft darauf hingewiesen, daß städtisches Geld in Form von 100000-, 500000- und 1-Million-Markscheinen in den Umlauf gebracht werden sollten. Zunächst war ein Ausgabevolumen von 17 Milliarden vorgesehen, doch ein Dokument vom Januar 1924 berichtet von insgesamt 70 Milliarden Mark⁵¹.

Die Scheine zeigen eine Ansicht der Stadt Hall und sind blau, grün oder braun bedruckt. Auf der Bildseite steht die Überschrift: »Notgeld der Stadtgemeinde

45 HT vom 3. 10. 1922.

46 HT vom 8. 12. 1922.

47 HT vom 13. 10. 1923.

48 C. Jacob: Essen und Trinken in Heilbronn, Heilbronn 1988, S. 21.

49 HT vom 1. 2. 1923, 8. 3. 1923, 9. 6. 1923, 3. 7. 1923, 4. 7. 1923, 9. 8. 1923 und vom 22. 9. 1923.

50 HT vom 9. 6. 1923.

51 HT vom 13. 8. 1923; StadtA Schwäb. Hall 19/427, S. 226ff. u. S. 234ff., Gemeinderatsprotokolle vom 11. 8. 1923, 20. 8. 1923 u. 10. 6. 1924; StadtA Schwäb. Hall, Notgeld, ohne Signatur.



Abb. 5 und 6 Vorder- und Rückseite eines städtischen Notgeldscheins zu 100000 Mark aus dem Inflationsjahr 1923. Die Bildseite mußte von einem Gemeinderatsmitglied handschriftlich unterschrieben werden, um Gültigkeit zu erlangen. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

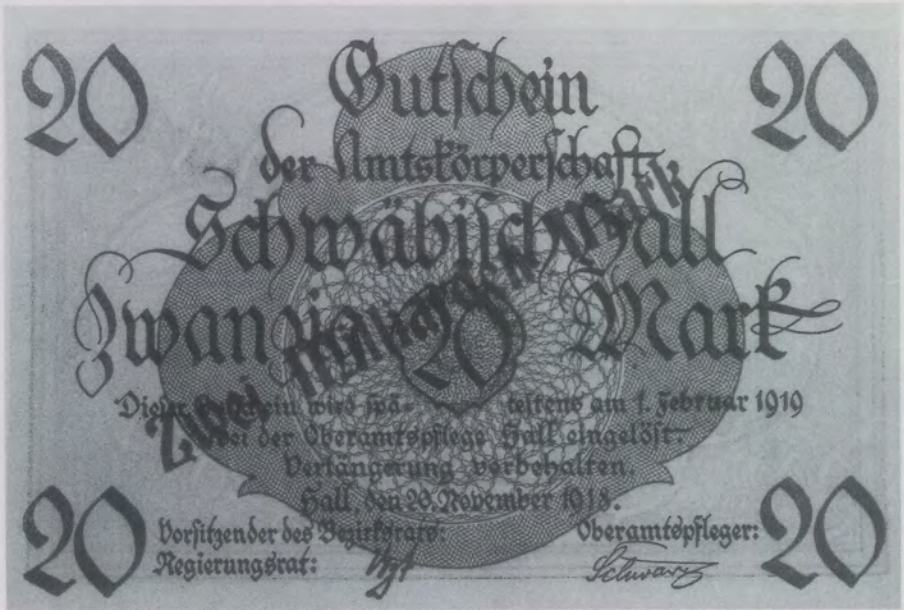


Abb.7 und 8 Der Geldschein der Amtskörperschaft mit dem »Comburgmotiv«. Er war für 1918 vorgesehen und kam erst als Inflationsgeldschein in die Hände der Haller Bürger. Foto: Hällisch-Fränkisches Museum

Schwäbisch Hall«. Links vom Bild ist das württembergische Wappen und rechts das Haller Wappen zu sehen. Darunter ist jeweils eine Zierleiste, die an Fachwerkverzierungen erinnert. Unterhalb der Stadtansicht steht eine Garantieerklärung: »Die Stadtkasse Schwäbisch Hall zahlt dem Einlieferer dieses Scheins [z. B.] 100000 Mark«. In einem abgesetzten weißen Feld darunter sind die Unterschriften von Stadtschultheiß Hauber und von Stadtpfleger Butz mit Ort und Datum abgedruckt. Um den Scheinen jedoch Gültigkeit zu verleihen, mußte jeder einzelne von einem Gemeinderatsmitglied unterschrieben werden.

Zu den drei Werten zu 100000, 500000 und 1 Million Mark gesellte sich in gleicher Art ein weiterer Notgeldschein zu 5 Millionen. Die Abweichungen zu den bisherigen Ausgaben lagen in der roten Farbgebung, der das Rathaus darstellenden Bildseite und einem neuen Datum, dem 20. August 1923. Auf der Wertseite aller Haller Inflationsscheine ist eine Ellipse auf Rautenmuster zu sehen. In der Ellipsenmitte steht der Wert, darunter: »Lit. A. ...« (hier wurden die Nummern der Scheine gestempelt). Eine Umschrift gibt die Herkunft der Scheine an: »Notgeld der Stadtgemeinde * Schwäbisch Hall *«. In den vier Ecken der Scheine steht das Wort »Mark« innerhalb von Kreisen.

In dieser Zeit müssen die Zwanzigmarkscheine von 1918 mit dem Comburgmotiv zu Inflationsgeld umgestempelt worden sein. Diese Scheine waren, wie oben erwähnt, 1919 nicht ausgegeben worden und hätten vernichtet werden sollen, was jedoch nicht geschah. Diesen Umstand sah das Oberamt als günstige Gelegenheit an, schnell zu weiterem Inflationsgeld zu kommen. Die Scheine wurden nur noch vorn und hinten mit neuem Wertaufdruck versehen. Es sind bisher acht Werte bekannt: 2, 5, 10, 20, 50, 100 und 500 Milliarden sowie 1 Billion. Nur auf den 1-Billionen-Scheinen wurde der alte Wert (20 Mark) in den Ecken zusätzlich überdruckt. Sonst verläuft der neue Wertdruck schräg, von links unten nach rechts oben.

Erst im Oktober erteilte das Reichsfinanzministerium den Stadtgemeinden nachträglich die Erlaubnis zur Ausgabe von eigenem Notgeld. Gewarnt wurde gleichzeitig vor der Ausgabe von Gutscheinen durch Privatfirmen und Gemeinden, da diese meist nicht gedeckt waren und die umlaufende Geldmenge zusätzlich aufblähen⁵².

Das Hauptbuch der Stadt Schwäbisch Hall aus dem Jahr 1923 gibt Auskunft über die Kosten des städtischen Notgelds und deren Deckung. Der Hersteller der Notgeldscheine, die Buchdruckerei Schwend, erhielt bis Anfang September 548,4 Millionen Mark. An die Gemeinderäte, die bei der Herstellung des Notgelds mitgewirkt hatten, gingen 86734500 Mark. Das waren aber nur die Herstellungskosten des Gelds. Um den aufgedruckten Wert der Scheine zu decken, nahm die Stadt Hall am 13. 8. 1923 einen Kredit in der Höhe von 1,8 Millionen Mark bei der Oberamtssparkasse Schwäbisch Hall auf. Für das Notgeld zahlte die Stadt Hall am 26. November 33 Milliarden Mark an das Innenministerium nach Stuttgart. Als

52 HT 13. 10. 1923.

weitere Sicherheiten besorgte sich die Stadt einen Tag später von der Oberamts-sparkasse Schwäbisch Hall »wertbeständiges Industriegeld« im Gegenwert von 16,8 Billionen Mark. An dieselbe Adresse ging am 11. Dezember die enorme Summe von 42 Billionen Mark für die Beschaffung von städtischem Notgeld⁵³. Es scheint, als ob die Stadtgemeinde Schwäbisch Hall erst nach Ausgabe des Inflationsgelds für ausreichende Deckung gesorgt hat. Da auch das städtische Notgeld nicht ausreichte, um den Geldbedarf in Schwäbisch Hall zu decken, wurde »Heilbronner Stadtgeld« von den Haller Banken in Umlauf gebracht. In einer Anzeige im »Haller Tagblatt« wurde die Bevölkerung darauf hingewiesen, dieses Notgeld wie Reichsgeld zu behandeln und anzunehmen. Bis zum 10. November 1923 konnten die Scheine bei den Haller Banken wieder eingelöst werden⁵⁴.

Die Umstellung der Währung auf die Rentenmark beendete schließlich die Inflation. Durch das Gesetz vom 13. Oktober 1923 kam anstelle der völlig entwerteten Papiermark die Rentenmark in den Umlauf. Als Zahlungsmittel mit einem Umtauschverhältnis von eine Billion zu eins zur Rentenmark blieb die Papiermark zwar bestehen, doch griff man immer häufiger auf die wertbeständige Rentenmark zurück⁵⁵. Zunächst gab das Reich nur etwa 200 Millionen Rentenmark aus. Der Tag der Erstaussgabe war für den 15. November 1923 festgesetzt. Von den 200 Millionen erhielt die eine Hälfte der Handel und die Industrie, die andere Hälfte ging als Löhne und Gehälter an Beamte und Angestellte des Reichs, der Länder und Gemeinden⁵⁶.

Von 70 Milliarden Mark städtischem Notgeld konnten 60 Millionen Mark einbehalten werden und kamen nicht in den Geldumlauf. Die einbehaltenen Scheine wurden auf Vorschlag des Stadtpflegers teilweise an die Gemeinderatsmitglieder verteilt, der Rest dem Stadtarchiv übergeben⁵⁷. Wie begehrt die städtischen Notgeldscheine auch Jahre später noch waren, beweist ein Schreiben des Hof-schauspielers F. Koch, der 1928 eine Anzahl Haller Notgeldscheine von der Stadtverwaltung erbat⁵⁸. Der Bedarf von Sammlern von Notgeldscheinen war unmittelbar nach der Notzeit so groß, daß gelegentlich Nachdrucke speziell für diesen Zweck gefertigt wurden. Solche Nachdrucke sind für Schwäbisch Hall jedoch nicht bekannt.

53 StadtA Schwäb. Hall 19/119, S. 339–340, Hauptbuch 1923.

54 U. Weller: Eine Bank im Spiegel der Zeit – 125 Jahre Volksbank Hall, Esslingen 1982, S. 42.

55 HT vom 18. 10. 1923.

56 HT vom 15. 11. 1923.

57 StadtA Schwäb. Hall 19/428, S. 8, Gemeinderatsprotokoll vom 9. 1. 1924.

58 StadtA Schwäb. Hall, Notgeld, ohne Signatur.

Dr. Wilhelm German aus Schwäbisch Hall zum Gedenken (1896–1983)

Ein Leben für den Physikunterricht

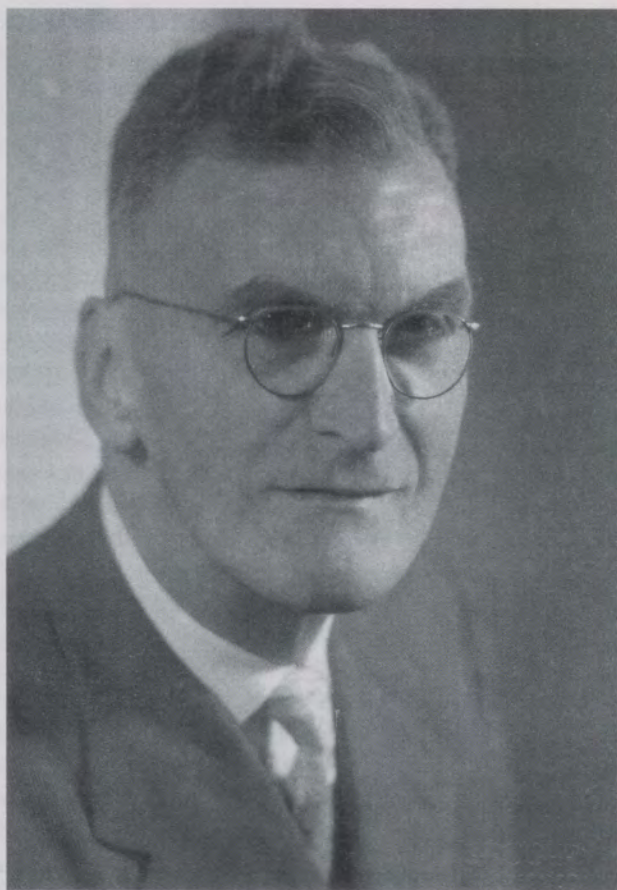
VON RÜDIGER GERMAN

Wilhelm German wurde vor 100 Jahren am 18. März 1896 in Schwäbisch Hall geboren als Sohn des Verlagsbuchhändlers, Archivars, Heimatforschers und späteren Ehrenmitglieds des Historischen Vereins für Württembergisch Franken, Wilhelm German (u. a. »Chronik von Schwäbisch Hall und Umgebung« 1900, Reprints 1988, 1989 und 1995). Bekannt geworden ist er vor allem durch seine Umarbeitung des »Grimsehl« in der Nachkriegszeit. Das zuvor schon 40 Jahre bewährte »Lehrbuch der Physik« von E. Grimsehl¹, wurde durch Wilhelm German unter der Mitwirkung von Kollegen für weitere 40 Jahre ein von Schülern und Lehrern geschätztes Werk². Dadurch konnten in der Nachkriegszeit die zahlreichen Lehrermanuskripte, welche den Schülern oft zeitraubend diktiert wurden, ersetzt werden. In einer großen Zahl von Auflagen und Nachdrucken des Ernst Klett Verlags, sowie in weiteren Um- bzw. Neubearbeitungen änderte der »Grimsehl« in der Nachkriegszeit wiederholt seinen Umfang, sowie sein inhaltliches und äußeres Erscheinungsbild³. In allen westlichen Bundesländern, im damals noch

1 *E. Grimsehl*: Lehrbuch der Physik zum Gebrauch beim Unterricht, bei akademischen Vorlesungen und zum Selbststudium, Teubner, Leipzig und Berlin 1909; vgl. dazu *P. Rösch*: Ernst Grimsehl – Lehrer, Physiker, Techniker, in: MNU 47/8 (1994), S. 489–491; *H.-G. Brüning*: Ernst Grimsehls Lehrbücher der Physik in Geschichte und Gegenwart (Diss. TU Berlin), Hildesheim 1993.

2 Grimsehls Lehrbuch der Physik für höhere Lehranstalten. Neubearbeitet von *W. German* und *G. Schumm*. Teil I bearbeitet von *W. German*. 232 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1949, 2. A. 1949, 3. A. 1950, 4. A. 1950, 5. A. 1950, 6. A. 1951, 7. A. 1952, 8. A. 1953, 9. A. 1954, 10. A. 1955, 11. A. 1955, 12. A. 1956, 1. N. 1959. Dass. Teil II bearbeitet von *W. German* in Verbindung mit *H. Graewe*, *M. Neunhöffer* u. *H. Weiss*. 285 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1950, 2. A. 1950, 3. A. 1951, 4. A. 1951, 5. A. 1953, 6. A. 1953, 7. A. 1954, 8. A. 1956, 9. A. 1957, 10. A. 1958. (A. = Auflage, N. = Nachdruck). – Hinweise auf die Literaturzitate der vielen Auflagen und Nachdrucke der Grimsehl-Ausgaben in der Nachkriegszeit verdanke ich dem Ernst Klett Verlag, der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart, den Herren St. D. Felmy, Reutlingen, Prof. Dr. Gözl, Tübingen, St. D. i. R. Lechler, Gerlingen und Gymn. Prof. i. R. Leute, Tuttlingen.

3 Der neue Grimsehl: Physik für Höhere Lehranstalten I. Bearbeitet von *W. German* u. *H. Weiss*. 292 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1956, 2. A. 1957, 3. A. 1958, 4. A. 1959, 1. N. 1960, 2. N. 1962, 5. A. 1962, 2. N. 1962, 3. N. 1962, 4. N. 1962, 5. N. 1963, 6. N. 1963, 7. N. 1963, 8. N. 1964, 9. N. 1965, 10. N. 1966, 11. N. 1966, 12. N. 1967. Dass. II. Bearbeitet von *W. German*, *H. Graewe*, *M. Neunhöffer* u. *H. Weiss*. 288 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1958, 2. A. 1959, 3. A. 1959, 4. A. 1960, 1. N. 1960, 2. N. 1960, 3. N. 1961, 4. N. 1961, 5. N. 1962, 6. N. 1964, 7. N. 1966, 8. N. 1967. – Grimsehl Physik I, Mittelstufe. Die elementaren Erscheinungen und Gesetze. Bearbeitet von *W. German*, *A. Klein* u. *R. Leute*. 275 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1967, 2. veränd. N. 1968, 3. veränd. N. 1969, 4. N. 1970, 5. veränd. N. 1971, 6. N. 1972, 7. N. 1973, 8. N. 1974. – Dass. II, Oberstufe. Grundgesetze, Modelle und Theorien. Bearbeitet von *W. German*, *A. Klein*, *H. Lambertz*, *R. Leute* u. *M. Neunhöffer*. 315 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1968, 2. N. 1969, 3. N. 1971, 4. neub. N. 1972, 5. N. 1973, 6. N. 1976. – Grimsehl Physik I, Mittelstufe. Nach dem Einheitengesetz von 1969 überarbeitete Ausgabe von *W. German*, *A. Klein* u. *R. Leute*. 291 S., Ernst Klett, Stuttgart: 1. A. 1974, 2. N. 1977, 3. N. 1978, 4. N. 1979, 5. N. 1980, 6. N. 1981. – Grimsehl Physik 2, Oberstufe. Nach dem Einheitengesetz von 1969 (Stand 1978)



*Abb. 1 Dr. Wilhelm German (1896–1983)
(Foto-Gröger, Tübingen)*

selbständigen Saarland, sowie im deutschsprachigen Ausland fanden die Bände große, weite und schnelle Verbreitung. Wiederholt wurden sie an die Entwicklung angepaßt. Nach der einfarbigen 12. Auflage von Teil I und der 10. Auflage von Teil 2 erschien nach dem Nachkriegswerk ab 1956 erstmals »Der neue Grimsehl« Physik I und 1958 Physik II in Farbe. Die dritte Nachkriegsbearbeitung 1967, als »Grimsehl Physik«, macht den Unterschied zu früheren Ausgaben auch in den Untertiteln deutlich. Nach dem Einheitengesetz von 1969 mit dem Internationalen Einheitensystem SI bewältigte Wilhelm German im Alter von 75 Jahren schließlich die vierte Umarbeitung. Diese 1974 und 1975 erschienenen Ausgaben waren in Nachdrucken bis 1988 (Band I) bzw. bis 1990 (Band II) im Vertrieb.

Neben den eigentlichen Lehrbüchern kamen zur Abrundung des Gesamtwerks jeweils noch Lehrervorworte, Lehrerhefte mit Lösungen der in den Bänden gestellten Schüleraufgaben (teilweise auch mit zusätzlichen Aufgaben) und Bände über die Teilgebiete für die verschiedenen Schulformen hinzu.

Dieses stattliche Lebenswerk Wilhelm Germans entstand aus jahrzehntelanger Schulpraxis und seiner Liebe zum sorgfältig ausgearbeiteten Experiment. Dazu gehörte für ihn notwendigerweise eine präzise sprachliche Ausformung der Ergebnisse. Schon als Schüler kam Wilhelm German durch eigene Experimente eng mit Physik und mit Büchern in Verbindung. Die Hefte dieser Physik-Experimente aus der Zeit als Schüler in Schwäbisch Hall befinden sich heute im dortigen Stadtarchiv.

Das Haus seines Vaters bot ihm dafür reiche Anregung. So verfaßte er schon als Schüler eine erste Veröffentlichung anlässlich der Sonnenfinsternis von 1912⁴. Nach Teilnahme am ersten Weltkrieg an den Brennpunkten der Westfront und in den Alpen konnte er im Februar 1919 das Studium der Mathematik und Physik an der Universität Tübingen aufnehmen. Die Doktorprüfung im Sommersemester 1922, die 1. und 2. Dienstprüfung für das Lehramt an höheren Schulen im gleichen Jahr und im Jahr darauf, schlossen die Ausbildung zügig ab. Nach Lehrtätigkeit als Studienassessor und als Studienrat an höheren Schulen in Göppingen und Trossingen kam er 1935 ans Umland-Gymnasium in Tübingen. Hier hatte er das Glück, eine sehr alte Physik-Lehrsammlung von Grund auf neu aufbauen zu können. Für seine schulischen Verdienste erhielt er 1954 die Amtsbezeichnung Oberstudiendirektor verliehen. Auch im späteren Ruhestand ab März 1963 hat er »seinen« Grimsehl weiter tatkräftig und umsichtig gestaltet. Aufgrund der methodisch geschickten Darstellung im »Grimsehl« wurde der AKAD-Verlag in Zürich auf Wilhelm German aufmerksam. Dieser beauftragte ihn, die Physik-Hefte für den Lehrgang des 2. Bildungsweges zu verfassen⁵. In 3x12 Heften stellte er einen 3-jährigen, zum Abitur führenden Fernstudienkurs zusammen.

Neben dem Schulunterricht wirkte Wilhelm German als Fachberater für den Physik-Unterricht im Bereich des Oberschulamts Tübingen. Dabei gehörte es zu seinen Aufgaben, die anderen Gymnasien zu besuchen und die Fachkollegen aufgrund seiner großen Erfahrung in Fragen des Unterrichts und Sammlungsangelegenheiten zu beraten.

Wie in dem Lehrervorwort zum »Grimsehl«, Teil 2, im Jahr 1950 vermerkt, wurde »allgemein die hochgeschätzte Tradition des Altmeisters Grimsehl mit bewährten neuen Erfahrungen verknüpft«. Sonst folgte die Darstellung »keiner extremen physikalisch-pädagogischen ›Schule‹. Maßgebend waren die Gesichtspunkte der Unterrichtserfahrung, des Erziehungszieles und des modernen naturwissenschaftlichen Weltbildes.« Darunter verstand der Bearbeiter Erziehung »zur Beobachtung

4 *W. German*: Beobachtungen während der Sonnenfinsternis am 17. April 1912, in: Mitt. d. Vereinigung von Freunden der Astronomie und kosmischen Physik XXII (1912), S. 139–140.

5 *W. German*: Physik I: Lektion 1–12, 575 S., Physik II: Lektion 1–12, 539 S., Physik III: Lektion 1–12, 564 S. (Akademikergemeinschaft für Erwachsenenfortbildung).

von Naturvorgängen, zur Beschreibung von Gegenständen und Vorgängen, zur richtigen Begriffsbildung, zum funktionalen und zum logischen Denken (und) zum Erkennen der Rolle des Menschen in der Natur.« Beim Schüler sollte in einem erfahrungsgemäß gangbaren Mittelweg zwischen dessen verständlichem Vorwärtsdrängen und einem sorgfältig sachlichen Aufbau durch den Lehrer aus dem mitgebrachten Vorwissen der Schüler allmählich ein »Bedürfnis nach eindeutigen wissenschaftlichen Begriffen« erweckt werden. Auf eine altersgemäße Bearbeitung, »Sauberkeit der Begriffsbildung und Genauigkeit im Ausdruck« wurde größter Wert gelegt, so daß der Schüler zu einem abgerundeten Bild der Physik und ihrer Probleme geführt wurde. Das Weltbild von Wilhelm German zeigte sich in einem der für die damalige Zeit bemerkenswerten Schlußsätze des Vorwortes zu Band I: »Dazu tritt die Erkenntnis vom Zusammenwirken der Völker in der gemeinsamen Forschung und Förderung der Naturerkenntnis.«

Das Geschick Wilhelm Germans, die physikalischen Probleme bei naturwissenschaftlich sauberer Formulierung gerade für Schüler anschaulich und verständlich darzustellen, zeigte sich u. a. auch darin, daß nicht wenige Schüler einen für sie unverständlichen physikalischen Tatbestand oder ein Problem allein aufgrund der Lektüre des ihnen zuvor unbekanntes »Grimsehl« ohne weitere Anleitung verstanden haben. Durch seine kritischen Schüler an einem humanistischen Gymnasium war er gefordert, die Unterrichtsprobleme wissenschaftlicher Physik und angewandter Technik ausgewogen zu behandeln. Seine oben erwähnte pädagogische Erfahrung verschaffte ihm zusammen mit seinem menschlich-freundlichen, zurückhaltenden, sachlichen und korrekten Wesen bei seinen Schülern, wie später bei den Lesern des »Grimsehl«, große Anerkennung. Aber dieses pädagogische Geschick und dessen Ausdruck in Form der Bücher waren nur möglich durch Ausdauer, Selbstdisziplin und vor allem durch lebenslange Fort- und Weiterbildung. Diese erfolgte durch das Studium wissenschaftlicher Fachliteratur, durch Teilnahme an Kursen der Landesanstalt für den Physikunterricht in Stuttgart-Bad Cannstatt und an der Akademie Calw, durch den Besuch zahlreicher Jahresversammlungen (Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts bzw. der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte) und nicht zuletzt durch den Besuch von Veranstaltungen, besonders der Kolloquien der Universität Tübingen. Am 28. August 1983 verstarb Wilhelm German nach kurzer Krankheit in Tübingen.

Vom Bauernhof ins Ministerium

Friedrich Herrmann (1892–1954) – Annäherungen an einen »vergessenen« Politiker

VON FRANK RABERG

Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem demokratischen Neubeginn in Württemberg sind selbst die Namen und Leistungen einstmals prominenter Politiker, die sowohl in der Ära der Weimarer Republik als auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit (ab 1945) einem Parlament angehörten und damit eine wichtige »Brückenfunktion« im sich wieder entwickelnden politischen Leben erfüllten, einem größeren Publikum nicht mehr bekannt. Ein Hauptgrund dafür ist sicherlich die strukturelle Ausrichtung des Unterrichts in den Schulen, in dem die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesländer, ihrer Vorgeschichte und ihrer Institutionen zu wenig Berücksichtigung findet. Das Interesse der Historiker konzentrierte sich (im biographischen Bereich) auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Politikerpersönlichkeiten, aus dem für Württemberg Josef Andre, Josef Beyerle, Theodor Heuss, Wilhelm Keil, Reinhold Maier, Wilhelm Simpfendorfer und Fritz Ulrich – um nur einige Beispiele herauszugreifen –, besondere Bedeutung hatten. Andere Gestalter des politischen Neuanfangs, die 1945 noch keinerlei parlamentarische Erfahrung hatten, wie Gebhard Müller und Carlo Schmid, wurden erst in jüngerer Zeit Gegenstand umfangreicher Untersuchungen. Generell stellt einerseits der vergleichsweise geringe zeitliche Abstand ein Problem zeitgeschichtlicher Forschung dar, andererseits der Datenschutz im Hinblick auf die Benutzungsfähigkeit bestimmter Quellen (vor allem [Personal-]Aktenbestände der Ministerien¹⁾) in den Archiven.

1 Auf die schriftliche Anfrage des Vf. vom 4. Februar 1995 erhielt er vom Minister für ländlichen Raum, Ernährung und Forsten Baden-Württemberg, Dr. h. c. Gerhard Weiser (CDU), mit Datum vom 17. Februar 1995 die Antwort, daß über Herrmann »nahezu keine öffentlich verwertbaren Unterlagen hier vorliegen« – wobei der Informationsgehalt dieser Formulierung gegen Null tendiert. Das Archiv des deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung (Gummersbach) verwahrt laut schriftlicher Auskunft vom 31. März 1995 ebenfalls kein Quellenmaterial über Herrmann. Ein Nachlaß existiert auch nicht, so daß festgestellt werden muß, daß die Quellenbasis sehr schlecht ist. Der Nachlaß Reinhold Maier (Hauptstaatsarchiv – HStAS – Q1/18) enthält nur in zwei Büscheln (Bü 54 und Bü 208) überhaupt Hinweise auf Herrmann. Völlig unergiebig blieben Untersuchungen in den Nachlässen von Wolfgang Haußmann (HStAS – Q1/22) und Heinrich Stooß (HStAS – P 1). Daher stützt sich der Beitrag, der sich deshalb auch als »parlamentarische« Biographie versteht, wesentlich auf die Plenarprotokolle des württembergischen Landtags von 1928–1932, des württemberg-badischen Landtags von 1946–1952 sowie der Verfassungsgebenden Landesversammlung für den Südweststaat Baden-Württemberg 1952/53. Nicht beabsichtigt ist eine Schilderung der Entwicklung der Landwirtschaft im Südwesten in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. In dieser Hinsicht sei nur auf die Texte verwiesen, die in dem Sammelband von Chr. Borchardt u. a.: Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 12), Stuttgart u. a. 1985, diese Entwicklung aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchten. – »Literatur« über Herrmann gibt es nicht. Auch in Arbeiten über die Parteigeschichte der DVP/F.D.P. oder über die Geschichte des Landes Württemberg-Baden ist er nicht oder nur ganz am Rande erwähnt. Ergiebiger waren die Nachforschungen im Hinblick auf Zeitungsmeldungen,



Abb. 1 Friedrich Herrmann 1953

Leben und Leistung Friedrich Herrmanns – der vor 1933 für eine Legislaturperiode dem Württembergischen Landtag angehört und 1946 als Abgeordneter der neugegründeten F.D.P./DVP der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden seine politische Tätigkeit wieder aufgenommen hatte; der als Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung für den Südweststaat 1952/53 das Land Baden-Württemberg konstitutionell mit aus der Taufe zu heben half; der schließlich als Landwirtschaftsminister der württemberg-badischen Staatsregierung und seit dem vielbeschriebenen 25. April 1952 auch der Provisorischen Regierung seines Parteifreundes Reinhold Maier für den Südweststaat bis Oktober 1953 angehörte–, sind vierzig Jahre nach seinem Tod, der ihn ereilte, als er an

die in den folgenden Anmerkungen im einzelnen ausgewiesen werden. Vgl. aber jetzt den druckfertigen biographischen Artikel des Vf. für die Baden-Württembergischen Biographien (Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, hg. von Professor Dr. B. Ottvad) über »Friedrich Herrmann, liberaler Politiker, MdL, Landwirtschaftsminister«, der frühestens 1997/98 im dritten Band der Reihe erscheinen wird.

einen Rückzug aus der Politik noch nicht dachte, fast völlig in Vergessenheit geraten. Selbst einschlägige Werke zur Parteigeschichte der F.D.P./DVP verzeichnen nicht einmal seinen Namen².

Vor fünfzig Jahren, am 30. Juni 1946, wurde Friedrich Herrmann als Abgeordneter seines heimatlichen Öhringer Wahlkreises in die Verfassunggebende Landesversammlung für Württemberg-Baden gewählt. Dieser Jahrestag bot für den Verfasser Anlaß, die Spuren Herrmanns – vor allem in der Nachkriegsgeschichte Württembergs – zu suchen. Eine schwierige Suche, wie sich schnell herausstellte...

Der Landwirt aus Neureut – Erste Zeit im Parlament

Man muß keine sieben Kilometer zurücklegen, um von Öhringen nach Neureut zu gelangen. Auch Neuenstein (zu dem die Gemeinde Neureut heute gehört) und Waldenburg, die wie Öhringen südlich von Neureut liegen, trennen, wie auch die nördlich gelegenen anderen Städte, deren Namen in der Geschichte Hohenlohes eine Rolle spielen – Forchtenberg, Niedernhall und Künzelsau –, kaum zehn Kilometer von dem Ort, welcher an einem kleinen Fluß liegt. Dieser trägt den Namen Kupfer und stand damit »Pate«, als es darum gegangen war, der späteren hohenlohischen Residenzstadt Kupferzell einen Namen zu geben. Neureut gehörte zum Oberamt Öhringen (und seit der Kreisreform 1972/73 zum Hohenlohe-Kreis), das als Kornkammer Württembergs galt.

Von Wäldern umgeben und in einer Region liegend, in dem sandige und Geröllböden vorherrschen, ist Neureut – ein »minder ansehnlicher Ort«³ – im 18. Jahrhundert kein Platz gewesen, der die Menschen besonders einlud, sich dort niederzulassen, weil die Gegend kaum genug bot, um viele von ihnen zu ernähren. Die meisten Familien, die dort lebten, waren hier schon seit mehreren Generationen seßhaft. Freilich ging es den Bauern mit viel Grundbesitz und Anteil am »fruchtbaren Lehmboden, der sich hauptsächlich für den Anbau von Dinkel und Rebs eignet«, besser als allen anderen. »Die Einwohner, deren Erwerbsquellen in Feldebau und Viehzucht bestehen, sind im allgemeinen in guten Vermögensverhältnissen; es sind etwa acht Bauern im Ort, die 80–90 Morgen Grundbesitz haben, während die übrigen 150–200 Morgen zusammen besitzen«⁴. In der zweiten Hälfte des 19. Jahr-

2 P. Rothmund, E. R. Wiehn (Hgg.): Die F.D.P./DVP in Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979. – Herrmann scheint auch in Publikationen, die einen engen Bezug zu seiner Heimatregion Hohenlohe haben, kein Thema zu sein. In dem Beitrag von H. Weber: Politische Verhältnisse, Wahlen, Abgeordnete, in: O. Bauschert (Hg.): Hohenlohe (Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 21), Stuttgart, Berlin, Köln 1993, S. 70–78, wo er als aus Hohenlohe stammender erster baden-württembergischer Landwirtschaftsminister ohne jeden Zweifel zumindest Erwähnung hätte finden müssen, sucht man ihn vergeblich.

3 So die Bezeichnung in der Beschreibung des Oberamts Öhringen. Hg. vom Königlichen Statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1865, S. 292–297, hier S. 292.

4 Ebd., S. 292.

hunderts verringerte sich die Einwohnerschaft Neureuts stetig, eine Entwicklung, die sich auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fortsetzte und nur scheinbar 1950 (durch die vorübergehende Ansiedlung von Kriegsflüchtlingen) aufgehalten werden konnte. Zwischen 1871 und 1939 war ein Bevölkerungsschwund von 80 Einwohnern zu verzeichnen gewesen – für eine Gemeinde, deren Einwohnerzahl 1871 mit 291 angegeben wurde, ein großer Verlust in Höhe von fast 30 %⁵!

Auch Friedrich Herrmanns Vater Georg⁶ war einer der Bauern von Neureut, die mit Viehzucht und Feldbau ihre Familie ernährten. Am 25. Dezember 1892 wurde der spätere Abgeordnete und Minister in diesem hohenlohischen Dorf geboren und evangelisch getauft. Hier wuchs er mit einer Schwester und einem Bruder auf und erfuhr in der Familie und in der Landschaft die nachhaltigen Prägungen, die sein späteres Leben durchgehend bestimmten: die Liebe zur Heimat und zur Landwirtschaft, bodenständige Art und eine geradlinige, nicht immer bequeme Vertretung seiner Standpunkte in bisweilen derben Worten.

Dennoch war zumindest der Schüler Herrmann (noch) nicht »an die Scholle gebunden«; zwar wurde er 1898 eingeschult und besuchte zunächst die Volksschule im benachbarten Kirchensall. Im Jahre 1902 wechselte der 9jährige aber an die Oberrealschule in Ludwigsburg, wo er zehn Jahre später die mittlere Reife erwarb⁷. Wie er schon als Kind – geradezu zwangsläufig – tiefe Einblicke in das Funktionieren einer Landwirtschaft gewonnen hatte, so half er nach dem Ende der schulischen Ausbildung tatkräftig im landwirtschaftlichen Betrieb der Familie mit und vervollständigte seine einschlägige Ausbildung als Landwirt in den Jahren von 1912 bis Herbst 1914 auf den Gütern Neuhaus (bei Bad Mergentheim) und Ernstheim⁸.

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, mußte auch der junge Herrmann einrücken. Er trat zum 2. Dezember 1914 ins Ersatzbatallion des Füsilier-Regiments 122 ein und wurde im Mai 1915 »ins Feld« geschickt⁹. Volle vier Jahre

5 Die Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung Neureuts in Historisches Gemeindeverzeichnis Baden-Württemberg. Bevölkerungszahlen der Gemeinden von 1871 bis 1961 nach dem Gebietsstand vom 6. Juni 1961. Hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg (Statistik von Baden-Württemberg 108), Stuttgart 1965, S. 22f. – Vgl. zu Neureut auch *J. H. Rauser*: Neuensteiner Heimatbuch (Heimatbücherei Hohenlohekreis; Bd. 5), Neuenstein 1981, S. 345–371 sowie: Der Landkreis Öhringen, Amtliche Kreisbeschreibung, Bd. 2, Öhringen 1968, S. 390–400.

6 Georg Herrmann (7. 3. 1867–17. 3. 1937) und seine Ehefrau Rosine, geb. Endress (26. 11. 1870–25. 12. 1950), beide aus Neureut, hatten vier Kinder: neben dem ältesten Sohn Friedrich den Sohn Christian (23. 3. 1894–6. 10. 1915), die frühverstorbene Tochter Rosa (15. 1. 1897–2. 4. 1899) und die Tochter Hilda, verheiratete Schwägler (28. 4. 1911–6. 12. 1993). Ihre Ehe war am 7. April 1892 geschlossen worden; zuvor hatten die Verlobten den Hof durch Übergabevertrag am 31. Oktober 1891 überschrieben bekommen. Schriftliche Mitteilungen von Rudolf Herrmann vom 23. März 1995 und 30. März 1995 an Vf.

7 So der »Lebenslauf von Friedrich Herrmann, Neureut Krs. Öhringen« (im Besitz der Familie Herrmann; Kopie im Archiv des Vf.).

8 Ebd. – In dem Artikel »Landwirtschaftsministerium unter neuer Führung« im Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft, 118. Jg., Nr. 3 vom 20. Januar 1951, S. 41, ist auch von einer Ausbildungszeit Herrmanns auf einem Tuttlinger Gut die Rede.

9 Die Verwendungen Herrmanns während des Ersten Weltkrieges sind detailliert niedergelegt in seiner Militärdienstbescheinigung, die von der Reichsarchivzweigstelle Stuttgart (Tage-Buch Nr. III/36.) am 15. Juli 1936 ausgestellt wurde. Kopie im Archiv des Vf.

diente er im deutschen Heer. Zunächst bei einer bayerischen Einheit in Frankreich, später in der Schlacht an der Somme eingesetzt, stand er 1917/18 an der Front in Rußland und nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk – »zur Unterstützung«, wie es in der Militärdienstzeitbescheinigung heißt – in der Ukraine. Aus dem Militär wurde er am 11. Februar 1919 im Range eines Leutnants entlassen¹⁰. Schon 1915 hatte er das EK II, 1917 die Goldene Militär-Verdienstmedaille und im Sommer 1918 das Verwundeten-Abzeichen in schwarz erhalten.

Nach vier Jahren als Soldat war die Zurechtfindung im alltäglichen Leben auch für den Heimkehrer Herrmann sicher nicht einfach. Arbeit gab es freilich genug. Der alternde Vater benötigte die Hilfe des nach dem Soldatentod des zweiten Sohnes einzigen männlichen Erben dringend. Dieser übernahm nun – noch 1919 – die Bewirtschaftung des elterlichen Hofes, zu dem 13 Hektar Grundbesitz gehörten. 1921 heiratete der 28jährige Herrmann die aus Kirchensall stammende Emma Carle, mit der er drei Kinder hatte¹¹.

Die politische Hinwendung Herrmanns zum Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund (WBW), die laut eigenen Angaben bereits 1919 erfolgt war¹², ergab sich in jeder Hinsicht gleichsam organisch und vermag nicht zu überraschen. Im Gegenteil – jede andere parteipolitische Orientierung hätte überrascht. Ihm ging es darum, die Interessen seines Berufsstandes vertreten und gewahrt zu sehen, und der WBW entsprach nicht nur »am stärksten dem Typus der reinen Interessenpartei«, sondern »besaß seinen Schwerpunkt« auch noch »in den betont evangelischen Oberämtern Altwürttembergs und Hohenlohes«¹³. Nun war es bis zu einem gewissen Grad grotesk, daß ausgerechnet in den Jahren von 1924 bis 1928, als in Württemberg der WBW zur Regierungskoalition zählte, die Probleme

10 Ebd. Die Ernennung zum Leutnant der Reserve datiert vom 9. Oktober 1916. Am 9. September 1915 war er Gefreiter, am 19. Oktober 1915 bereits Unteroffizier geworden. Zum 10. Januar 1916 war die Beförderung zum Vize-Feldwebel erfolgt.

11 Emma Herrmann, geb. Carle (7. 4. 1902–3. 12. 1993), überlebte ihren Ehemann um 39 Jahre. Der erstgeborene Sohn Friedrich (11. 12. 1922–14. 8. 1944) fiel im Zweiten Weltkrieg. Die Tochter Irma, verheiratete Witzemann (geboren am 2. 8. 1926), heiratete nach Tübingen. Rudolf (geboren am 27. 6. 1926) erbte den Neureuter Hof. Mitteilung von Rudolf Herrmann (wie Anm. 6).

12 Lebenslauf (wie Anm. 7). Schon vor Erlangung seines Landtagsmandats gehörte Herrmann dem Bundesvorstand der Partei an, der sich im wesentlichen aus deren Reichstags- und Landtagsabgeordneten zusammensetzte. Vgl.: Der württembergische Bauernfreund für 1928, hg. vom Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund, S. 89. Vorsitzender der Partei war der aus Gochsen (zwischen Neuenstadt am Kocher und Möckmühl) stammende Reichstagsabgeordnete Wilhelm Vogt (1854–1938).

13 *W. Besson*: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 29. Vgl. außerdem allgemein zur Geschichte der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in Württemberg und des WBW die Ausführungen von *W. E. Gade*: Württemberg and the Reich, 1924–1928. A Study in the Relations between the Reich and Länder. Phil. Diss., Stanford University 1971, S. 40–55, sowie zum ideologischen und parteigeschichtlichen Hintergrund die neuen Arbeiten von *H.-P. Müller*: Landwirtschaftliche Interessenvertretung und völkisch-antisemitische Ideologie. Der Bund der Landwirte-Bauernbund in Württemberg 1893–1918, in: ZWLG 53 (1994), S. 263–300, sowie die biographische Arbeit über einen der führenden Politiker des Bundes der Landwirte resp. des Bauern- und Weingärtnerbundes: Wilhelm Vogt. Württembergischer Bauernbundpolitiker und bäuerlicher Ständesvertreter im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. 1854–1938 (Lebensbilder aus Baden-Württemberg 18), Stuttgart 1994, S. 395–417. Müller betont in beiden Arbeiten, daß die im Bund der Landwirte bestimmende völkisch-antisemitische Ideologie auch im Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund – über den es bisher keine Monographie gibt – vorherrschte und noch forciert wurde.

der württembergischen Landwirtschaft wuchsen. Eine Reihe von Mißernten brachte die Bauern im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen ins Hintertreffen; ihre Kosten stiegen, aber die Preise, die sie für ihre Produkte erhielten, fielen. Hinzu kamen Landflucht, ständig steigende Steuern und Verschuldung, wobei letztere sich im Zeitraum zwischen 1924 und 1926 pro Hektar fast verdreifachte¹⁴! Seit 1919 war der WBW im Landtag (damals noch die Verfassunggebende Landesversammlung) mit der konservativen Bürgerpartei in einer Fraktionsgemeinschaft verbunden; im Reichstag praktizierte sie der Bauernbund mit der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP)¹⁵. Diese Verbindungen wurden vom Wähler oft nicht ganz durchschaut und führten bei ihnen zu Mißverständnissen und Mißmut. Denn wer den WBW wählte, stimmte durchaus nicht automatisch mit den politischen Vorstellungen überein, welche die Bürgerpartei als württembergischer Zweig der DNVP formulierte und in der Fraktionsgemeinschaft WBB (so ihr offizielles Kürzel) durchzusetzen versuchte.

Der Wahlerfolg des WBW im Jahr 1924 – damals hatte er 20,2% der Stimmen (17 Sitze) gewonnen und war damit allein fast so stark geworden wie das Zentrum mit 20,9% – trug wesentlich dazu bei, daß die Fraktionsgemeinschaft des WBB im Landtag stärkste Fraktion wurde und die Bürgerpartei (die 10,4% der Stimmen und 8 Sitze geholt hatte) den Staatspräsidenten stellen konnte – Wilhelm Bazille (1874–1934). Er bildete gemeinsam mit dem Zentrum die Regierung. Die Landtagswahlen vom 20. Mai 1928, die Friedrich Herrmann als einen von 16 Abgeordneten des WBB und als Nachfolger des Bürgermeisters Christian Zentler¹⁶ in den Landtag brachten, veränderten die Mehrheitsverhältnisse nicht nachhaltig, bescherten aber der Bürgerpartei eine schwere Schlappe: 5,7% der Stimmen (4 Sitze) konnte sie nur noch erringen. Das entsprach gegenüber den Wahlen von 1924 einem Verlust von über 40 Prozent ihrer Wähler! Der Bauern- und Weingärtnerbund konnte seine Verluste in Grenzen halten und errang noch 18,1% (15 Sitze). Es war aufgrund des schlechten Abschneidens der Bürgerpartei im Land (und auch der DNVP bei den am gleichen Tag stattfindenden Reichstagswahlen) keine Frage, daß die Regierung Bazille unhaltbar geworden war.

Die Fraktionsgemeinschaft des WBB bestand also in der Wahlperiode 1928–1932 aus zunächst 20, dann 19 Abgeordneten¹⁷, von denen elf, wie Herrmann, Land-

14 Vgl. *Gade*, Württemberg, S. 45–55, vor allem S. 54.

15 *Besson*, Württemberg, ebd. ff.; *Gade*, Württemberg, S. 53 ff. und 164 ff.

16 Christian Zentler (1860–1938) hatte von 1920 bis 1928 dem Landtag angehört. Herrmann war auf der Bezirksliste gewählt worden. Das Wahlergebnis von 1928 verzeichnete für den Bauern- und Weingärtnerbund 202476 Stimmen (gegenüber 240453 Stimmen 1924). Die Wahlbeteiligung war etwas höher als 1924. Vgl. zur Wahl 1928 auch den Artikel im »Württembergischen Bauernfreund für 1929«, S. 83–87.

17 Es gab allerdings Veränderungen: NSDAP (ein Sitz) und Volksrechtspartei (zwei Sitze) wurden per Urteil des Württembergischen Staatsgerichtshofes vom 6. Juni 1929 noch nachträglich ins Parlament entsendet, wobei SPD, Zentrum und WBB je einen Sitz verloren. Vgl. *P. Sauer*: Der württembergische Landtag, in: *G. Bradler, F. Quarthal* (Red.): Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 205–223, hier S. 220. – Bazille wandte sich 1930 von der Bürgerpartei ab und gründete die »Nationale Volksgemeinschaft« mit. Per Urteil des

wirte waren. Zwei weitere Fraktionsmitglieder waren Gutsverwalter und Weingärtner. Einer der Landwirte war Heinrich Stooß¹⁸, der neben Herrmann einzige aus der Fraktion des WBB, der auch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Abgeordneter und zudem Herrmanns Vorgänger im Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden werden sollte. Mit Stooß kreuzte Herrmann nach 1945 in Fragen der Landwirtschaftspolitik noch oftmals die Klingen. Daß mit Stooß und Herrmann zugleich zwei Alt-Parlamentariern des WBB und landwirtschaftlichen »Praktikern« der Neuanfang im neugeschaffenen Ministerium für Landwirtschaft in Württemberg-Baden nach dem Krieg anvertraut wurde, weist darauf hin, daß man gerade in diesem Ressort in den schweren Nachkriegsjahren ganz offensichtlich keine fachfremden Neulinge zu akzeptieren gedachte.

Der 35jährige Parlamentsneuling aus Neureut – außer ihm kamen nur zwei weitere Abgeordnete der Fraktion neu in den Landtag – war nach Friedrich Häcker¹⁹ und Stooß das jüngste Fraktionsmitglied. Drei Fraktionskollegen waren zugleich auch Abgeordnete im Reichstag: Wilhelm Dingler²⁰, Theodor Körner²¹ und Fritz

Württembergischen Staatsgerichtshofs vom 31. März 1931 durfte er dennoch sein Landtagsmandat behalten. Vgl. *Gade*, Württemberg (wie Anm. 13), S. 461–463.

18 Stooß (1896–1971) war in Radelstetten (Oberamt Blaubeuren) geboren worden und betrieb dort seinen eigenen Bauernhof. 1926 war er in den Landtag nachgerückt, dem er bis 1933, zuletzt als Gast der NSDAP, angehörte. Auch im »Dritten Reich« führte er die Kreisbauernschaft Blaubeuren an, obwohl er der NSDAP nicht angehörte und dergestalt versuchte, zumindest in dem ihm gesteckten Rahmen Einfluß zu nehmen. 1945 leitete er zunächst als Landesdirektor die Abteilung Landwirtschaft und Ernährung im von Josef Andre geführten württemberg-badischen Wirtschaftsministerium, ehe er im Dezember 1946 zum Minister für Landwirtschaft berufen wurde. Im Januar 1951 trat er im Zusammenhang mit der Wahl Niederlage der CDU von 1950, wie auch die beiden anderen CDU-Minister, zurück. Parteipolitisch hatte er sich schon 1945 (als Gründungsmitglied) der CDU zugewandt. 1946 war er Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung und der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden, von 1946–1952 des württembergbadischen Landtags, 1952/53 der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Baden-Württemberg sowie von 1953–1961 des baden-württembergischen Landtags. 1961 legte er sein Landtagsmandat nieder, nachdem er in den Deutschen Bundestag gewählt worden war, dem er bis 1969 angehörte. 1952 war er zum Bauernverbandspräsidenten von Württemberg-Baden sowie zum geschäftsführenden Präsidenten der baden-württembergischen Bauernverbände gewählt worden. Außerdem hatte er zahlreiche Aufsichtsratsposten inne. – Im Gegensatz zu Herrmann ist der Nachlaß von Stooß der Forschung zugänglich (P 1 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart). Eine Biographie des Politikers Stooß zählt zu den gravierenden Desideraten der landeszeitgeschichtlichen Forschung.

19 Dr. Friedrich Häcker (1896–1960), Schriftleiter in Korntal, war im März 1926 in den Landtag nachgerückt und gehörte ihm bis 1932 an. – Die folgenden Informationen über Herrmanns Fraktionskollegen sind entnommen dem Beilagen-Band 3 der Verhandlungen des (3.) Württembergischen Landtags – fortan Vhdl. WL abgekürzt – (1929/31), S. 603–05, sowie *J. Weik*: Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordneten von 1952–1988 mit einem Verzeichnis der Abgeordneten von Baden, Württemberg und der Hohenzollerischen Lande 1919–1933 und der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1946–1952. Hg. vom Landtag von Baden-Württemberg. Stuttgart 4, 1988.

20 Dingler (1869–1932), Gutsbesitzer in Calw, war seit 1920 Landtagsabgeordneter und seit 1928 für die DNVP auch Mitglied des Reichstags. Beide Mandate hatte er bis 1932 inne.

21 Körner (1863–1933), Buchdruckereibesitzer in Herrenberg und Herausgeber u. a. des »Gäuboten« und der »Schwäbischen Tageszeitung«, gehörte bereits seit den Wahlen vom Dezember 1906 (damals noch für die Konservativen) dem Landtag an, führte seit 1919 als Bürgerpartei der Fraktion des WBB und war von 1924–1928 Landtagspräsident gewesen. Von 1920–1928 war der autoritär-patriarchalische Körner für die DNVP auch Mitglied des Reichstags; aus dem Landtag schied er 1932 aus. Sein gleichnamiger Sohn war führend in der Parteiarbeit tätig. Vgl. auch *Gade*, Württemberg (wie Anm. 13), S. 52, sowie *Müller*, Interessenvertretung (wie Anm. 13).



Abb. 2 Die am 20. Mai gewählten Bauernbundsabgeordneten im Landtag (Ausschnitt)

Wider²². Mit Hermann Hiller²³, stellte der WBB für die nächsten vier Jahre den I. Landtagsvizepräsidenten.

Vorsitzender der WBB-Fraktionsgemeinschaft war schon seit 1924 Wilhelm Ströbel (1870–1952), seit 1908 im Landtag (bis 1932). 1920 hatte er als Direktor die Führung bei der Württembergischen Landwirtschaftskammer übernommen; sinnfälliger konnte sich der Status des Bauern- und Weingärtnerbundes als genuine

22 Dr. Ing. h. c. Fritz Wider (1877–1965), Fabrikant in Stuttgart, zählte zum engeren Führungskreis der Bürgerpartei und des WBB und war seit 1919 Landtagsabgeordneter. Erst 1930 zog er für die DNVP (bis 1933) auch in den Reichstag ein. Innerparteilich bekämpfte er Bazille und trat für Hugenberg ein. In Württemberg hat Wider dem Nationalsozialismus zumindest mittelbar wesentlich den Boden bereitet. Vgl. Gade, Württemberg (wie Anm. 13), S. 145.

23 Hiller (1867–1931) gehörte, wie Körner, seit den Wahlen vom Dezember 1906 dem Landtag ununterbrochen bis zu seinem Tode an. 1893 hatte er die Verwaltung des Stuttgarter Stadtgartens übernommen, die dreißig Jahre in seinen Händen lag. Von 1919–1928 war er für die Bürgerpartei auch im Stuttgarter Stadtrat.

Interessenpartei berufsständischer parlamentarischer Vertretung gar nicht ausdrücken! Als es darum ging, die Sitze in den Ausschüssen des Landtags zu verteilen, mußte Herrmann sehr darauf bedacht sein, trotz seines gerade erst erfolgten Eintritts in die Fraktion und den Landtag zumindest in einem Ausschuß präsent zu sein. Das war angesichts der Tatsache, daß die meisten Fraktionskollegen »alte Hasen« waren, die ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Ausschüssen schon quasi »gewohnheitsrechtlich« beanspruchten, nicht eben einfach. Dennoch gelang es Herrmann, Mitglied des Steuerausschusses zu werden.

Es war und ist für jeden frisch gewählten Abgeordneten ein besonderer Tag, wenn er zum ersten Mal vor dem Plenum das Wort ergreift. Herrmann, der seinen Platz im Landtag, wo der WBB rechts vom Präsidium und Rednerpult angesiedelt war, zwischen den Abgeordneten Gottlieb Muschler und Peter Schweizer gefunden hatte, war nicht eben mit den Vorzügen eines forensischen Rhetorikers gesegnet, vermochte aber in seiner klare Worte nicht scheuenden Art durchaus zu überzeugen. Er wartete eine ganze Weile, ehe er am 28. Februar 1929 erstmals an das Rednerpult im Halbmondsaal trat, um einen Antrag seiner Fraktionskollegen Obenland und Klein zu begründen²⁴. Sein erster »Auftritt« war allerdings ebenso kurz wie erfolglos – der Antrag wurde abgelehnt.

Einige Monate später, im Juni²⁵, hatte er dann aber Gelegenheit, seine erste längere Parlamentsrede zu halten. Dafür suchte er sich die Debatte über den Staatshaushaltsplan (Wirtschaftsverwaltung) aus, wobei er im Rahmen der Anträge des Finanzausschusses in Verbindung mit den Anträgen des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses zum Eichwesen sprach. Es sei selbstverständlich, daß Meßgeräte für den öffentlichen Gebrauch gelegentlich nachgeeicht werden müßten. *Wenn aber auch die Waagen, die in landwirtschaftlichen Betrieben nur für den eigenen Gebrauch benötigt werden, immer wieder, und zwar durch die Androhung von ziemlich bedeutenden Strafen, zu den Nacheichungen herangezogen werden, so kann das von uns Landwirten nicht verstanden werden.* Nachdem er sich somit zum Sprecher des ganzen Berufsstandes erklärt hatte, kritisierte er – wie auch später immer wieder – die Beamtenschaft, die von den hohen Kosten der Nacheichungen profitiere (und insinuierte, diese würden vorrangig nur deshalb durchgeführt), und bediente sich dabei Erfahrungen aus meinem Bezirk, die er wie folgt schilderte: *Es kam z. B. . . . vor, daß die Landwirte dort, besonders in den abgelegenen Teilgemeinden, ihre Waagen auf die Rathäuser in die Muttergemeinden bringen sollten und sich*

24 Vhdl. WL, 28. Sitzung (28. Februar 1929), Protokoll-Band 1, S. 598. Der Antrag Obenland/Klein (Beilage 114) bezog sich auf Art. 115 des Entwurfs einer neuen Gemeindeordnung, welche in dieser Sitzung in zweiter Beratung auf der Tagesordnung stand. Darin ging es um den Urlaub von Gemeindebeamten. Der WBB wollte diesen beschränkten resp. die Formulierung präzisieren und forderte deshalb die Einsetzung des Wortes »vollbesoldete« vor Gemeindebeamten.

25 Vhdl. WL, 45. Sitzung (15. Juni 1929), Protokoll-Band 2, S. 1024–1025. Das Eichwesen lief als Kapitel 68. – An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß Herrmann in der 115. Sitzung des Landtags am 16. Dezember 1930 (Vhdl. WL, Protokoll-Band 3, S. 2866) in einer Kleinen Anfrage (Nr. 192, betr. Flurkarten und Primärkataster) zusammen mit seinem Fraktionskollegen Johann Klein (1874–1956) ein weiteres Mal gegen seines Erachtens erhöhte Vermessungsgebühren auftrat, forderte Vereinfachung und Verbilligung.

weigerten, die Waagen zur Nacheichung dorthin zu bringen. Daraufhin wurden im letzten Sommer Drohungen ausgesprochen, daß ihre Meßgeräte eingezogen werden sollen und Strafen bis zu 20 Reichsmark zu zahlen wären. Die meisten Landwirte hätten daraufhin ihre Meßgeräte in die Oberamtsstadt gebracht, was sie schon reichlich Geld gekostet habe, wozu dann noch die Kosten für die Nacheichung in Höhe von 10 bis 15 Reichsmark gekommen seien. Einige hätten sich aber auch weiterhin geweigert, woraufhin sie vom Oberamt Öhringen mit kleinen Geldstrafen belegt und ihnen die Einziehung der Meßgeräte angedroht worden seien. Der massiven Intervention der Landwirte (des Redners Hinweis auch hier deutlich: Einigkeit ist unsere Stärke) sei es dann aber zu danken gewesen, daß das Amtsgericht die Strafen als unrechtmäßig erkannt und sie aufgehoben habe. Herrmann bat die Regierung, *in Württemberg doch darauf hinzuwirken, daß derartige Schere-reien und Schikanen in Zukunft nicht mehr vorkommen* und daß man sich einem erst vor kurzem im Reichstag eingebrachten Antrag anschließe, der diesbezüglich eher die Interessen der Landwirte wahrte.

Herrmann zeigte sich schon hier so, wie er auch später als Parlamentarier auftrat. Er operierte mit ganz konkreten Beispielen, zumeist Situationen aus seinem Wahlkreis, fackelte nicht lange mit Beschuldigungen, wehrte sich gegen einschnürende Reglementierungen und eine wuchernde Beamtschaft und bediente sich dabei einer Sprache, die nicht eigentlich als »dem Volk aufs Maul geschaut« bezeichnet werden kann, weil dies ja impliziert, daß der Redner imitiert. Vielmehr war es so, daß Herrmann die derbe, deutliche Sprache des Landvolkes vollkommen verinnerlicht hatte und sie auch im Parlament handhabte, weil es die seine war. Im Laufe der Zeit hat er durchaus verstanden, geschliffenere Formulierungen zu benutzen. Aber der Kern war doch stets zu erkennen. Schon ein Blick auf seinen nächsten parlamentarischen Auftritt²⁶ illustriert dies.

Noch immer ging es um die Wirtschaftsverwaltung im Staatshaushaltsplan. Herrmann äußerte sich zum Kap. 73 (Arbeitslosenfürsorge). Gerade die *Vernachlässigung des Innenmarktes* und die *planmäßige Vernichtung der Landwirtschaft* führten zur stetigen Vergrößerung der Arbeitslosenzahlen. Schon für 1931 zeichnete Herrmann eine Horrorvision von ungefähr 34 Millionen Erwerbstätigen an die Wand, die dann *in der deutschen Wirtschaft Arbeit und Verdienst suchen werden*. Angesichts der gewaltigen Probleme seien die Vorschläge der SPD untauglich, den Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge um ein Prozent zu erhöhen. *Dieser Vorschlag zeigt entweder, mit welcher Oberflächlichkeit man dieser für die deutsche Volkswirtschaft so bedeutungsvollen Frage gerecht werden will, oder aber drängt sich einem die Frage auf: Spielen hier nicht rein parteipolitische Ziele und Zwecke die Hauptrolle? Es hat den Anschein, als ob die Arbeitslosigkeit und alles, was damit zusammenhängt, für die Sozialdemokratie und die Kommunisten der günstigste Boden zu sein scheint,*

26 Vhdl. WL, 46. Sitzung (18. Juni 1929), Protokoll-Band 2, S. 1062–1063. Es ging nach wie vor um die Zweite Beratung eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 mit den Anträgen des Finanzausschusses in Verbindung mit den Anträgen des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses zu den Kapiteln 64–73 (Wirtschaftsverwaltung).

auf dem sie ihr kommunistisches und marxistisches Gift verspritzen können. Nach diesem Generalangriff auf den parteipolitischen Gegner stellte Herrmann klar, daß er den Vorschlag für *verhängnisvoll* halte. Den Zuruf *Schaffen Sie Arbeit* von links quittierte der Redner mit dem Satz *Warten Sie nur, ich werde Ihnen sofort Arbeit genug geben!*

Die Ursache der Arbeitslosigkeit werde durch Maßnahmen dieser Art (den Beitrag zu erhöhen) nicht bekämpft, meinte Herrmann: *Das zeigt auch der letzte Bericht des Arbeitsamts Heilbronn und Umgebung, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der Arbeitslosen schon wieder im Ansteigen begriffen ist und das zu einer Zeit, wo in der Landwirtschaft sich der Arbeitermangel ganz verheerend auswirkt. Es ist dies auch aus dem Bericht zu ersehen, wo es heißt: »Aus einzelnen Berufsgruppen ist hervorzuheben: In der Landwirtschaft ist lebhaftere Nachfrage nach Knechten und Mägden, die nur zum Teil befriedigt werden konnte.« Hier ist der Hebel meines Erachtens anzusetzen. Auf der einen Seite Arbeitermangel und auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit. Der Landflucht muß dadurch Einhalt geboten werden, daß man der Landwirtschaft zur Rentabilität und Gleichberechtigung mit den anderen Berufsgruppen verhilft.*

Nach einem Plädoyer für die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und ihre mögliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt machte Herrmann, offenkundig in Fahrt gekommen, die Bemerkung *Es gilt eben überall* (im Zusammenhang mit Übertretungen des Monopolgesetzes oder Verstößen gegen die Reichsabgabenordnung; d. Verf.) *der Satz: »Nirgends ist der menschliche Geist erfindungsreicher, als wenn es gilt, einen anderen zu besch...«* Hier machte nun Landtagspräsident Albert Pflüger (SPD) von der Glocke Gebrauch und mahnte den Abgeordneten, *etwas andere Ausdrücke zu wählen*. Herrmann entgegnete, dies sei *so eine im Schwäbischen übliche ursprüngliche Ausdrucksweise!* Seine Rede beendete er mit der Feststellung, daß es sich in Wirklichkeit so verhalte, *daß es vielen Erwerbslosen beim Nichtstun ganz gut gefällt, mit dem Motorrad oder per Auto ihr Stempelgeld abzuholen, um es teilweise in Zigaretten anzulegen*, was wieder heftige Zurufe von seiten der SPD und KPD provozierte und den Präsidenten zwei weitere Male zum Eingreifen nötigte. Auf den nochmaligen Zuruf von links, er solle den Arbeitslosen Arbeit geben, reagierte Herrmann erneut mit *Ich gebe Ihnen ganz gerne Arbeit, gehen Sie nur mit mir, gleich heute abend: Sie können gleich morgen früh von 4 Uhr ab Arbeit haben*. Wer nicht arbeiten wolle, der solle auch nicht essen – dies sei ein zutreffendes Wort, wenn es von denen gesagt werde, die es zuerst auf sich selbst anwenden, nämlich die Landwirte.

Man vermag aus den Protokollen der Verhandlungen des Württembergischen Landtags, soweit sie die Reden Herrmanns wiedergeben, vieles herauszulesen, was ihn als Politiker kennzeichnet. Es zeigt sich aber auch in verblüffender Weise, wie sich im Laufe von fast 70 Jahren manche Stereotypen, Vorurteile und Klischees nahezu unverändert erhalten haben. Herrmann als Sprecher seines Standes machte keinen Hehl daraus, daß er es als eine Fehlentwicklung ansah, einerseits die arbeitenden Menschen immer weniger Geld verdienen, andererseits aber die Beiträge für die Erwerbslosen steigen zu sehen. Sicher brachte er aber zu wenig

Bereitschaft mit, um die tatsächliche Situation von Arbeitslosen und die tieferen Gründe von Massenarbeitslosigkeit in dieser Zeit tiefgreifender Rezession wirklich begreifen zu können.

Am 2. Juli 1929 stand Herrmann in der Beratung der Kap. 60 bis 63 (Finanzverwaltung) erneut am Rednerpult, um zum Kap. 62 (Hochbau) zu sprechen²⁷. Er schlug vor, beim Neubau von Beamtenwohnungen *nicht nur die großen Städte, sondern auch die Oberamtsstädte und kleineren Landstädte berücksichtigen zu wollen, denn einesteils ist dort die private Bautätigkeit am geringsten und deshalb das Bauhandwerk in der größten Notlage, anderenteils sind die kleineren Städte nicht in der Lage, selbst einen Neubau zu finanzieren, der manchmal dringend notwendig wäre, um für einen Arzt oder Beamten eine Wohnung zu bekommen*. Er präsentierte sich aber als strenger Hüter der Staatsfinanzen, denn er warnte davor, beim Bau neuer Häuser auch nur den Anschein von Luxus zu erwecken, und schloß seinen Vortrag mit den Worten: *Zusammenfassend möchte ich noch bemerken: Wir bitten die Regierung, bei Ausführung von Hochbauten die kleineren Landstädte gebührend berücksichtigen zu wollen, und bei Ausführung der einzelnen Projekte zu prüfen, ernst und gewissenhaft zu prüfen, daß mit den öffentlichen Mitteln möglichst sparsam umgegangen wird*.

Parlamentarier in politischer Krisenzeit – Die Jahre 1930 bis 1933

Mit seiner parlamentarischen Arbeit gewann Herrmann zunehmend an Ansehen, was sich aber weniger aus seinen Auftritten im Landtag als vielmehr aus der Tätigkeit im Steuerausschuß herleitete. Diese Ausschußtätigkeit führte bei ihm auch zu großem Interesse an allen Fragen der Finanzpolitik, zu denen er sich ja bereits zu Worte gemeldet hatte. Innerhalb seiner Fraktion war Herrmann dennoch auch zwei Jahre nach der Wahl noch weit davon entfernt, als einer der wichtigeren Redner ins Plenum geschickt zu werden. Da ging es ihm nicht anders als Heinrich Stooß. Die führenden Redner der Fraktion blieben Wider, Körner und Dingler. Wer nach Profilierung in grundsätzlichen politischen Fragen strebte, mußte den Versuch unternehmen, wenn er bei der Generaldebatte von der Fraktion nicht berücksichtigt worden war, seine Gedanken in anderem Zusammenhang im Landtag mitzuteilen.

So ging auch Herrmann vor, der nach dem 2. Juli volle acht Monate nicht mehr vor dem Hohen Haus sprach. Nachdem er am 6. März 1930 seine eigene Kleine Anfrage²⁸ verlesen hatte, meldete er sich erst am 13. März 1930²⁹ wieder zu Wort,

27 Vhdl. WL, 55. Sitzung (2. Juli 1929), Protokoll-Band 2, S. 1358.

28 Kleine Anfrage Nr. 153 des Abg. Herrmann, betr. Verarbeitung von Roggen zu Branntwein. Vhdl. WL, 79. Sitzung (6. März 1930), Protokoll-Band 3, S. 1936. Herrmann verlas die Anfrage selbst und erhielt vom zuständigen Regierungskommissar, Ministerialrat Reinhard Köstlin, zur Antwort, das Finanzministerium sei mit der Monopolverwaltung in Verbindung getreten, habe aber noch keine Antwort erhalten.

29 Vhdl. WL, 84. Sitzung (13. März 1930), Protokoll-Band 3, S. 2084–2086. 5. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1930 mit den Anträgen des Finanzausschusses (Beil. 178. 192. 193): Kap. 64–73: Wirtschaftsverwal-

um im Rahmen der Debatte zum Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 zur Wirtschaftsverwaltung zu sprechen. Im großen Bogen schilderte der Abgeordnete seine Sicht der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens, mit dem es nach dem Vertrag von Versailles bergab gegangen sei, und zwar vorrangig durch *Zwangswirtschaftsmaßnahmen und später dann durch Handelsverträge, die bis auf den heutigen Tag immer auf dem Rücken der Landwirtschaft abgeschlossen worden sind*. Wenig später bemühte Herrmann dann sogar den Sozialdemokraten Stampfer mit vielen Zitaten aus dessen Verfassungskommentar als Gewährsmann für seine These, daß die Reichsverfassung von 1919 auch und gerade in bezug auf den Mittelstand *Kompromiß und Stückwerk* sei. Präsident Pflüger unterbrach Herrmann und wies ihn darauf hin, daß er seines Erachtens bisher nicht zu Kap. 64 gesprochen habe. Nachdem der Abgeordnete erwidert hatte, er spreche *allgemein über die Wirtschaftslage*, wies ihn Pflüger zurecht, indem er sagte, die Ausführungen hätten sich für die Generalaussprache geeignet, nun solle er aber zum Kap. 64 kommen.

Weitgehend unbeirrt von dieser Unterbrechung setzte Herrmann seine Rede fort, konstatierte, daß die Lage der Landwirtschaft *katastrophal* sei, daß das deutsche Wirtschaftsleben wegen der leeren Versprechungen der durch die Revolution von 1918 an die Macht gelangten Regierungen *vor dem Ruin* stehe. Mit den Worten Friedrich Schillers warf er ein: *Das Land muß untergehen, früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet*. Die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens müsse durch Hinwendung zur Urproduktion, zur Landwirtschaft, in die Wege geleitet werden. Er gab die zahlreichen kursierenden Ratschläge *von Berufenen und Unberufenen, ... für die Landwirtschaft, wie sie sich vor dem Untergang retten kann*, der Lächerlichkeit preis, indem er auf eine *Schweinefibel* hinwies, durch welche die Bauern *mittels drastischer Bilder und entsprechenden Reimen analog der ABC-Schützen in die Sawirtschaft eingeführt werden sollen*. *Ich lege als Bauer die schärfste Verwahrung gegen eine derartige Aufklärung ein*. Herrmann bekannte (und sorgte damit für erneute Heiterkeit): *Ich behaupte, jeder Bauer, auch der dümmste, versteht von den wirtschaftlichen Zusammenhängen mehr, als so ein akademisch gebildeter Theoretiker, der seine Nase noch nie in die praktische Arbeit hineingesteckt hat*. Es bedürfe der Produktion von Qualitätsware, die entsprechend bezahlt werden müsse, wozu es *nach dem Beispiel der Mehrzahl der europäischen Länder* eines genügenden Zollschatzes bedürfe – eine immer wiederkehrende Forderung des WBB.

Am Ende dieser bisher »politischsten« und engagiertesten Rede hielt Herrmann aber fest: *Anerkennen müssen wir, daß bisher das württ. Wirtschaftsministerium nach bestem Vermögen die Belange unserer Landwirtschaft vertreten hat. Mögen unsere Hoffnungen unter der Leitung des neuen Herrn Wirtschaftsministers zum Nutzen*

tung. Kap. 64. Ministerium in Verbindung mit den großen Anfragen der Abg. Ulrich und Gen. an das Staatsministerium betr. den Abschluß von Verträgen zwischen dem Zementsyndikat und Landwirten und der Abg. Bauser, Hagel, Mergenthaler, Bausch und Gen. an das Staatsministerium betr. Pfandbriefaufwertung (Beil. 180, 184).

unserer schwäbischen Wirtschaft und zum Frommen des gesamten deutschen Volkes in Erfüllung gehen. Der neue Herr Wirtschaftsminister, seit dem 19. Januar 1930 im Amt, war der DDP-Politiker Reinhold Maier (1889–1971), der zusammen mit seinem Parteifreund Johannes Rath (1876–1945) – der zum ehrenamtlichen Staatsrat ernannt wurde – dem Kabinett von Staatspräsident Eugen Bolz (1881–1945) beigetreten war und damit dessen parlamentarische Basis verbreitert hatte.

Für Herrmann rückte mit der Berufung Maiers, mit dem ihn nach dem Zweiten Weltkrieg so vieles verband, dieser Politiker erstmals ins Blickfeld. Allem Anschein nach hat es zwischen beiden aber keine weitergehenden Berührungspunkte gegeben, an die sie nach dem Zusammenbruch hätten anknüpfen können. Selbst im Landtag saßen sie vor 1933 nicht zur gleichen Zeit: Die Wahlen von 1932, die Maier ins Parlament brachten, kosteten Herrmann das Mandat.

Aus keiner von Herrmanns Parlamentsreden geht eindeutig hervor, daß er damals dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand. Wie bereits erwähnt, richteten sich seine Attacken im Parlament eher gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten. Auch in der Sitzung am 13. Mai 1931³⁰, als er zum Thema Kultverwaltung sprach, kam seine Haltung zum Nationalsozialismus nur in Verknüpfung mit Sozialdemokraten und Kommunisten zum Ausdruck. Nachdem er den schlechten Bildungsstand der Schüler im Land in Fragen der Staatsbürgerkunde beklagt hatte – er selbst habe erst vor kurzem *einer Schlußprüfung einer landwirtschaftlichen Winterschule* zugehört, bei der von 70 Schülern keiner habe die Frage beantworten können, wie der württembergische Staatspräsident heiße –, gab er seiner Meinung als der Haltung seiner Fraktion Ausdruck, daß es unmöglich sei, Lehrer dazu anzuhalten, in politischen Fragen nicht ihre eigene Meinung im Unterricht kundzutun. Dies *halten wir für ausgeschlossen*, meinte Herrmann. *Die Sozialdemokratie klagt ja auch heute selbst die Nationalsozialisten an, daß sie ihre Ideen in die Schule hineinbringen. Aber wir verdammen ja diese Zellenbildung und all dergleichen. Aber wir verdammen nicht nur die Umtriebe der Nationalsozialisten, sondern auch ebenso die der Sozialdemokratischen Partei.* Er beendete seinen Debattenbeitrag nach einer Ablehnung politischer Betätigung von Geistlichen mit den Worten: *Schon dem alten Volk Israel hat ja ein Prophet zugerufen: »Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht!« Das wird auch wohl für das heutige deutsche Volk noch gelten, und wenn wir dann diese Ueberbrückung mit diesem Glauben und dieser Gottesfurcht überwinden werden, dann haben wir vielleicht die Hoffnung, daß unsere Jugend wieder mehr als durch parteipolitische Hetze, sei es von sozialdemokratischer Seite oder sei es von nationalsozialistischer Seite, die Möglichkeit hat, das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft aufzubauen.*

Fraglos hätte Herrmann Gelegenheit gehabt, im Parlament Stellung gegen den Nationalsozialismus zu beziehen, wenn er dies gewollt hätte. Viele Vertreter

30 Vhdl. WL, 130. Sitzung (13. Mai 1931), Protokoll-Band 4, S. 3271–3273. 6. Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsgesetzes nebst Staatshaushaltsplan für die Rechnungsjahre 1931 und 1932 mit den Anträgen des Finanzausschusses (Heft I. V–XI. Beil. 325. 326): Kap. 29–59. Kultverwaltung.

anderer Fraktionen haben dies getan; Sprecher des WBB waren generell diesbezüglich eher zaghaft mit kritischen Worten, vor allem deshalb, weil sie ganz eindeutig – auch noch zu Beginn der 30er Jahre – den Feind eher links als rechts stehen sahen. Außerdem stimmten nicht nur der WBB, sondern z. B. auch das Zentrum mit einigen Grundaussagen der NSDAP – wie etwa der Forderung nach autoritärer Staatsführung und in der betont nationalen Gesinnung – durchaus überein. Da es keinerlei schriftlich niedergelegte Ausführungen Herrmanns zu diesem Thema gibt, ist zu vermuten, daß er zu den vielen Politikern gehörte, welche die verbrecherische Energie der NSDAP nicht erkannten, sich täuschen ließen und erst nach 1933 mehr und mehr verstanden, was tatsächlich hinter Hitler, seinen »Ideen« und seinen Gefolgsleuten steckte...

Herrmann blieb ein Abgeordneter im Hintergrund, der sich zu Fragen seines Berufs- und Interessenbereiches äußerte und ansonsten zuhörte. Seine letzte Wortmeldung als Parlamentarier – er konnte nicht ahnen, daß es 14 Jahre dauern sollte, ehe er wieder Gelegenheit bekam, als solcher zu sprechen – datiert vom 20. Februar 1932³¹ und stand im Zusammenhang mit der Verlesung eines Antrags seines Fraktionsvorsitzenden Ströbel zur Stilllegung von Zuckerfabriken, die seitens des WBB natürlich negativ vermerkt wurde.

Auf den 24. April 1932 waren die nächsten Landtagswahlen angesetzt. Das auffälligste Ergebnis dieser Wahl in Württemberg war der große Erfolg der NSDAP, die 23 Mandate gegenüber einem bei der letzten Wahl erringen konnte und damit stärkste Fraktion im Landtag wurde.

Hingegen gestaltete sich diese Wahl für den Bauern- und Weingärtnerbund zu einem Fiasko, da sein Stimmenanteil von 18,1% auf 10,7% zusammenschmolz und er nun nur noch 9 gegenüber früheren 15 Abgeordneten in das Parlament entsenden konnte. Gerade in den bekannten Hochburgen der Partei, den nordwürttembergischen Oberämtern Crailsheim, Gaildorf, Gerabronn, Künzelsau, Mergentheim, Schwäbisch Hall und auch in Herrmanns Wahlkreis Öhringen, verlor sie teilweise über die Hälfte ihrer früheren Wähler an die NSDAP³². Damit setzte sich im Wahlkreis von Herrmann eine Entwicklung fort, die auch bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1930 deutlich geworden war: der Bauern- und Weingärtnerbund verlor dort dramatisch Stimmen an die Nationalsozialisten. 1928 hatten dort noch 61,3% der Wahlberechtigten bei der Reichstagswahl für den Bauern- und Weingärtnerbund gestimmt, 1930 waren es »nur« noch 54,9%. Insgesamt, auf ganz Württemberg bezogen, verlor die Partei sogar über 14%³³. Dies bedeutete, natürlich auf einem hohen Niveau, innerhalb der relativ kurzen

31 Vhdl. WL, 165. Sitzung (25. Februar 1932), Protokoll-Band 6, S. 4308. Antrag Dr. Ströbel und Gen. betr. Stilllegung von Zuckerfabriken (Beil. 422).

32 Th. Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 13), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1986, S. 118ff.

33 Vgl. J. Griesmeier: Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919–1930, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, hg. vom Statistischen Landesamt, Jg. 1930/31, S. 77–158, hier S. 151. Das Parteiorgan »Der württembergische Bauernfreund« hielt in seiner Ausgabe für 1933 (S. 71) fest, daß die Partei bei der Landtagswahl 133653 Stimmen erhalten habe, was einen Verlust (gegenüber 1928) von 69000 Stimmen bedeute, »die wohl zum großen Teile ins Lager der National-

Zeit zwischen beiden Wahlterminen eine schmerzliche Einbuße. In einer zeitgenössischen Wahlanalyse hieß es damals: *Ob hierzu der Nationalsozialismus viel beigetragen hat, mag dahingestellt sein. Daß Stimmen an die Nationalsozialisten verloren worden sind, ist möglich, weil der Bauern- und Weingärtnerbund dem rechten Flügel des Bürgertums nähersteht, von wo aus der Übertritt naturgemäß leichter fällt als vom linken Flügel*³⁴. Wobei zu ergänzen bleibt, daß nachweislich die NSDAP ganz entscheidend zum Mißerfolg des Bauern- und Weingärtnerbundes beigetragen hat, und zwar nicht nur in Öhringen, sondern in ganz Württemberg³⁵.

Nach nur einer Legislaturperiode mußte Herrmann sein Mandat abgeben und schied aus der Politik aus. Mit ihm verließen auch die Fraktionskollegen Dingler, der noch Ende des Jahres starb, sowie Dr. Götz, Dr. Hölscher, Klein, Obenland und Schweizer das Parlament. Sein späterer »Rivale« und Amtsvorgänger als Minister, Heinrich Stooß, war hingegen wiedergewählt worden und sollte auch dem gleichgeschalteten Landtag als Gast der NSDAP angehören.

Es stellt sich nun natürlich die Frage, wie die Bilanz der ersten parlamentarischen Zeit Herrmanns aussieht. Darüber ist ein endgültiges Urteil nicht möglich, weil als Urteilsgrundlage lediglich seine Redebeiträge und die Mitwirkung an einigen Anträgen und Anfragen zur Verfügung stehen. Die Durchsicht von Zeitungsberichten, die viel später anlässlich seines 60. Geburtstages oder als Nachrufe erschienen, weisen zwar durchgehend auf diese erste Zeit als Parlamentarier hin, vermeiden aber alle eine Wertung. Gleiches gilt für den offiziellen Nachruf von Landtagspräsidenten Dr. Carl Neinhaus³⁶. Sicher ist es nicht leicht, innerhalb einer vierjährigen Legislaturperiode ein unverwechselbares Profil als Parlamentarier und Politiker zu gewinnen und sich in die Geschichte des Landesparlaments einzuschreiben. Dieses ist, nüchtern betrachtet, auch Herrmann gewiß nicht gelungen.

Andererseits – dies steht außer Zweifel – hat er sich bemüht, als Vertreter berufsständischer Interessen der Bauern deren Vertrauen nicht zu enttäuschen. Gerade auf aktuelle Probleme in seinem heimatlichen Wahlkreis hatte Herrmann stets Bezug genommen und sich für die Landwirtschaft dort kräftig ins Zeug gelegt. Daher hat er sein Abgeordnetenmandat im engeren Sinne auch ganz ausgefüllt. Ihm fehlte aber in seiner parlamentarischer Tätigkeit – und mit dieser Feststellung tut man ihm sicher nicht Unrecht – jede genuin politische Dimension. Dies ist nicht nur daran festzumachen, daß er sich äußerst selten einmal zu einem Themenbereich hören ließ, der nicht in den Großbereich Landwirtschaft und Ernährung fiel. Auch seine Verkenning grundsätzlicher sozialer (und damit politischer) Probleme, wie etwa der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftslage, wäre

Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei abgewandert sind«. Auch Herrmann kandidierte 1930 für den Reichstag.

³⁴ Ebd.

³⁵ Vgl. *Schnabel* (wie Anm. 32), S. 112ff.

³⁶ Verhandlungen des 1. Landtags von Baden-Württemberg, Sitzung (24. November 1954), Protokoll-Band 1, S. 2184; auch veröffentlicht im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 92 (27. November 1954), S. 2.

diesbezüglich heranzuziehen, von der Nichtäußerung zu den nationalsozialistischen Umtrieben ganz zu schweigen.

Herrmann ließ spüren, wie stolz er auf seinen Berufsstand und dessen Leistungen war. Er war daher auch stolz, ihn im Landtag vertreten zu dürfen. Zum Politiker war er in den Jahren 1928 bis 1932 jedoch nicht geworden. Bedeutend waren seine vier ersten Jahre als Parlamentarier vor allem deshalb, weil er nach dem Zweiten Weltkrieg mit seiner Landtags- und Parteiarbeit nicht bei »Null« anfangen mußte, sondern auf Erfahrungen zurückgreifen konnte, die über ein Jahrzehnt zurücklagen. Herrmann konnte als Abgeordneter, als Politiker demokratisch-parlamentarische Kontinuität verkörpern. Und erst nach 1945 reifte er auch wirklich zum Politiker.

Der Bauern- und Weingärtnerbund gab sich selbst bereits im Frühjahr 1933 politisch auf, indem er erklärte, sein wichtigstes Ziel, nämlich die Ausschaltung des marxistischen und liberalistischen Einflusses, sei erreicht worden. Dem nationalsozialistisch dominierten Landtag von Württemberg, der im Juni 1933 noch einmal zusammentrat, um dem Ermächtigungsgesetz vom März zuzustimmen, gehörten die Vertreter des Bauern- und Weingärtnerbundes schon nicht mehr als eigene Fraktion, sondern als Gäste der NSDAP-Fraktion an³⁷. Da diese Partei dergestalt völlig ausgezehrt und ohnehin mit ihren »Abgeordneten« im Fahrwasser der NSDAP war, kann es nicht verwundern, daß ihre offizielle Auflösung erst am 13. August 1933 vollzogen wurde, nachdem alle anderen Parteien entweder verboten worden oder dem Verbot durch Selbstauflösung zugekommen waren³⁸.

Dieses Ende »seiner« Partei, für die sich Herrmann immerhin gut zehn Jahre lang engagiert hatte, muß auf ihn sehr ernüchternd gewirkt haben. Die Interessenvertretung der Bauern wurde neu organisiert, an die Spitze der Verbände kamen spätestens ein, zwei Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten deren Funktionäre, obwohl gerade die Landwirte nur relativ wenige Mitglieder der Partei stellten³⁹. Herrmann war, wie Millionen anderer, von öffentlicher Betätigung ausgeschlossen und konnte sich nun ganz auf die Bewirtschaftung seines Neureuter Hofes konzentrieren.

Zunächst einmal deutete nichts darauf hin, daß er jemals wieder zur Politik finden würde.

37 Vgl. *P. Sauer*: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975, S. 35.

38 Ebd., S. 37ff.

39 Vgl. *Schnabel* (wie Anm. 32), S. 126ff, wo auch von einer »relativen Schwäche der NSDAP auf dem Lande« die Rede ist.

Der politische Neuanfang: Eine neue Partei, ein neuer Staat, ein neues Parlament (1945–1946)

*Meine freiheitliche Gesinnung ließ es nicht zu, daß ich mich den Ideen des Nationalsozialismus anschloß und war deshalb von 1933–45 vom öffentlichen Leben ausgeschaltet*⁴⁰. Ausgeschaltet – dieses Wort ist im Hinblick auf den »öffentlichen« Friedrich Herrmann vielleicht etwas zu stark. Es hat in bezug auf seine Aktivitäten als Bauernvertreter sicher seine Berechtigung, aber da er politisch desillusioniert gewesen zu sein scheint und daher schon seit 1932 keine Neigung mehr zeigte, sich aktiv politisch zu betätigen, trifft es auf ihn sicherlich nicht in dem Maße zu, wie bei Berufspolitikern etwa der SPD. Auch die Presse griff später auf abgenutzte Vokabeln zurück, wenn es um die Schilderung des Lebens Herrmanns während der Zeit des Nationalsozialismus ging. Da war etwa die Rede von *der durch das Dritte Reich erzwungenen politischen Untätigkeit*⁴¹. Wie sich aber tatsächlich sein Leben in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland im einzelnen zugetragen hat, darüber gibt es offenbar keine Quellen und nur wenige Hinweise. Demnach war er wesentlich mit der Bewirtschaftung seines Hofes beschäftigt, die angesichts von dessen Größe reichhaltige Arbeit bot. Sein Vater starb 1937, zehn Tage nach Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres. Der Zweite Weltkrieg forderte, wie schon der Erste Weltkrieg, ein Blutopfer der Familie Herrmann: der älteste Sohn, nach seinem Vater Friedrich genannt, fiel im August 1944 22jährig in Frankreich. Der Verlust des Sohnes traf Herrmann tief. Das Ende des Krieges und das damit verbundene Ende des »Dritten Reiches« ist von Herrmann, wie von so vielen Deutschen, teils mit Freude, teils mit Bedrückung empfunden worden. Letztere wird noch erklärlicher, wenn man sich vor Augen führt, daß *Teile unseres Wohnhauses durch Kriegseinwirkungen zerstört wurden und durchziehende amerikanische Truppen die Inneneinrichtungen mehrfach verwüstet haben*⁴², wobei das schriftliche Material zu seiner politischen Tätigkeit vor 1933 wohl zum größten Teil verbrannt sein dürfte.

*»Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, als überall geeignete Persönlichkeiten für die Besetzung öffentlicher Ämter fehlten, wandte sich Herrmann pflichtbewußt und energisch wieder der Politik zu«*⁴³, *»... als Anhänger einer freiheitlich gerichteten politischen Weltanschauung schloß er sich nach 1945 der damaligen Demokratischen Volkspartei (heute FDP) an«*⁴⁴ – nur zwei Stimmen aus dem Blätterwald, die den Schluß nahelegen, Herrmann habe buchstäblich in die Reihe der oftmals beschworenen »Männer der ersten Stunde« gehört, die sich gleichsam sofort nach dem

40 Lebenslauf Friedrich Herrmann (wie Anm. 7).

41 Vgl. etwa den Artikel »Friedrich Herrmann gestorben. Ein markanter Landwirtschaftspolitiker«. Stuttgarter Zeitung Nr. 274 (24. November 1954).

42 Mitteilung von Rudolf Herrmann (wie Anm. 6). Vgl. auch *Rausser* (wie Anm. 5), S. 370, wo darauf hingewiesen wird, daß im April 1945 bei Kampfhandlungen im Raum Neuenstein auch acht Ställe und Scheunen in Neureut nach Panzerbeschuß abgebrannt seien.

43 Oehringer Bauer wurde Landwirtschaftsminister, in: Hohenloher Zeitung vom 13. Januar 1951.

44 Landwirtschaftsminister a. D. Herrmann †, in: Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft 121. Jg., Nummer 48 vom 27. November 1954, S. 1466.

Zusammenbruch wieder in den Dienst der Öffentlichkeit stellten und mit dem Wiederaufbau auf allen Ebenen begannen.

Diese Sicht der Dinge ist unzutreffend, und man nimmt ohnehin von Herrmanns Verdiensten um den Wiederaufbau demokratischer Strukturen und der Landwirtschaft in Kreis und Land nichts weg, wenn man festhält, daß Herrmann sich 1945 noch gar nicht und 1946 erst »nach anfänglichem Widerstreben« – wie es sein Parteifreund Henry Bernhard in einem Nachruf⁴⁵ formulierte – wieder der Politik zuwandte und sich der Demokratischen Volkspartei anschloß. Er selbst schrieb später: *Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde ich von Freunden und Berufskollegen gebeten, mich wieder für öffentliche Aufgaben zur Verfügung zu stellen...*⁴⁶, wobei ungeklärt bleibt, wer konkret ihn hier gedrängt hat. Von ihm selbst scheint in den Monaten unmittelbar nach Kriegsende jedenfalls keine Initiative ausgegangen zu sein, sich wieder öffentlich und gar (partei-)politisch zu betätigen. Damit gehörte er keineswegs zu den »Männern der ersten Stunde« – zumindest nicht im engeren Sinne.

Diese hatten, um nun den Blick auf Gründung und Anfänge der Demokratischen Volkspartei in Württemberg⁴⁷ zu richten, schon am 18. September 1945 auf Betreiben des Stuttgarter Rechtsanwalts Wolfgang Haußmann, der der führenden württembergischen Liberalen-Dynastie entstammte, eine neue liberale Partei gegründet, die von der US-amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden auch gleich zugelassen worden war. Damit war im Stammland des politischen Liberalismus trotz durchaus vorhandener anderer Konzepte in den verschiedenen Gründungszentren im Land wieder eine liberale bürgerliche Partei entstanden, die ihr Personal- und Wählerreservoir vor allem in der alten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) besaß. Ein Alternativkonzept von Theodor Heuss, der sich in Heidelberg und Heilbronn um die Gründung einer überkonfessionell, im Vergleich zu den Stuttgarter Linksliberalen eher konservativ ausgerichteten

45 Henry Bernhard: Eine Kämpfernatur mit Herz. Zum Tode von Friedrich Herrmann, in: Stuttgarter Nachrichten vom 24. November 1954.

46 Lebenslauf (wie Anm. 7). Für Herrmanns Entschluß, der DVP beizutreten, war sicherlich auch bestimmend, daß im Entwurf der württembergischen Liberalen zu einem Programm der Landespartei, über das auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart am 6. Januar 1946 diskutiert wurde, die »freie selbstverantwortliche Initiative ... des Bauern« eigens genannt wurde. »Besonderes Augenmerk schenkt die Demokratische Volkspartei einem gesunden Bauernstand. Seinen kleineren und mittleren Besitz will sie schützen, seine wirtschaftliche Freiheit und Freizügigkeit wieder erreichen, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wirkungsvoll ausbauen und der Bauernarbeit einen gerechten Preis sichern. Der Jahrzehnte alte, unser öffentliches Leben vergiftende Gegensatz zwischen Stadt und Land muß überwunden werden. In einer breiten, lebenskräftigen Mittelschicht mit einer möglichst großen Zahl selbständiger Existenzen sieht die Demokratische Volkspartei eines der wichtigsten Fundamente eines gesunden deutschen Wirtschaftslebens«. Vgl. G. Serfas: »Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit«. Der Neubeginn der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden 1945/46, Heidelberg 1986, S. 196ff.

47 Vgl. außer Rothmund/Wiehn (wie Anm. 2), hier besonders S. 181–254 vor allem Serfas (wie Anm. 46). Nützlich sind nach wie vor H. G. Wieck: Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10), Düsseldorf 1958, besonders S. 147–157, sowie D. Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 76), Düsseldorf 1985, besonders S. 38–55.

Partei bemühte, konnte sich nicht durchsetzen, da hier die Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSVP), der späteren CDU, am 25. September 1945 in Stuttgart Fakten geschaffen hatte, die nicht mehr rückgängig zu machen waren. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß an den Vorgesprächen von DVP und CSVP jeweils auch Vertreter der anderen Richtung teilgenommen hatten und daß das Parteienfeld in Württemberg sich erst zu Beginn des Jahres 1946 wirklich vollends zu klären begann. Bis Mitte 1946 gab es einen vergleichsweise gut organisierten Landesverband, dessen Hauptgeschäftsstelle sich in Stuttgart befand. Außerdem waren acht Landesgeschäftsstellen gebildet worden, von denen eine ihren Sitz in Öhringen hatte⁴⁸.

In den Werken, die sich mit der Früh- und Gründungsgeschichte der DVP befassen, taucht der Name Friedrich Herrmanns nicht auf. Wenn diese Feststellung als Indiz dafür gewertet wird, daß er in eben dieser Geschichte zumindest keine maßgebliche Rolle gespielt hat, wird man nicht allzu weit von der Wahrheit entfernt sein. Es wäre wichtig zu wissen, was den Bauernbündler Herrmann veranlaßt hat, der DVP beizutreten und nicht etwa der CDU. Da uns die Quellenlage hier erneut im Stich läßt, sind wir auch hier auf Vermutungen angewiesen. SPD und KPD schieden von vornherein aus. Bei der CDU wird Herrmann der Ansicht gewesen sein, daß sie doch eine Art Wiederauflage des Zentrums mit einer bestimmenden katholischen Majorität war. Damit schied sie für ihn als evangelischen Christen freilich aus. Daß nicht alle früheren Bauernbündler die gleichen Anschauungen vertraten und andere Konsequenzen zogen, zeigt das Beispiel von Heinrich Stooß, der ebenfalls Protestant war, aber der CDU beitrug.

Der demokratische und politische Wiederaufbau in dem auf US-amerikanischen Befehl vom 19. September 1945 gebildeten Staat Württemberg-Baden vollzog sich in mehreren Schritten, deren erster die Bildung einer Landesregierung unter Ministerpräsident Reinhold Maier im September 1945 war. Dieser Regierung, die nicht auf der Grundlage von Wahlen, sondern auf Drängen und durch Zustimmung der Militärregierung zu Maiers Personalvorschlägen zustande gekommen war, gehörte neben dem Liberalen Maier auch Theodor Heuss (ebenfalls DVP) als Kultminister an. Heinrich Stooß war innerhalb des Wirtschaftsministeriums als Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung tätig – und damit fraglos ein »Mann der ersten Stunde«. Vor allem befand er sich frühzeitig wieder im Zentrum der Politik und nutzte Start- und Standortvorteile, die Herrmann im fernen Kreis Öhringen gar nicht haben konnte.

So war Stooß auch Mitglied der am 16. Januar 1946 zu ihrer Eröffnungssitzung zusammenkommenden Vorläufigen Volksvertretung, die aus 124 vom Ministerpräsidenten berufenen (!) Abgeordneten bestand und eine Art Vor-Parlament der Verfassunggebenden Landesversammlung darstellte. Es bleibt also festzuhalten, daß Stooß in der Politik bereits wieder Fuß gefaßt hatte, als Herrmann sich allem

48 Vgl. *Serfas* (wie Anm. 46), S. 93. Die anderen Landesgeschäftsstellen waren in Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Mannheim, Mühlacker, Schwäbisch Gmünd und Wertheim.

Anschein nach noch überlegte, ob er überhaupt wieder öffentlich wirken und welcher Partei er sich anschließen sollte.

Nach dem zweiten Schritt der Konstituierung der Vorläufigen Volksvertretung in Stuttgart folgte mit den Gemeinderatswahlen in Gemeinden bis 20000 Einwohner am 27. Januar 1946 die dritte Stufe auf dem Weg zum Wiederaufbau. Bei diesen Gemeinderatswahlen, bei der in Nordwürttemberg 82,9% der Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, errang die DVP mit 9,6% ein gutes Ergebnis⁴⁹. In Öhringen war die DVP – und auch die CDU – im Vorfeld der Wahlen noch so schlecht präsent, daß sie nicht einen Sitz in einem Gemeinderat gewann. Friedrich Herrmann hatte für eine freie Wähler-Liste kandidiert und auch ein Gemeinderatsmandat gewonnen. Die Amtszeit war auf zwei Jahre begrenzt. Die freien Wählervereinigungen hatten im Kreis Öhringen mit 82,7% der Stimmen alle anderen Parteien weit hinter sich gelassen⁵⁰.

Nachdem Herrmann bei den Kreistagswahlen am 28. April 1946 auch ein Mandat als Kreisrat im Öhringer Kreistag – nunmehr schon als Mitglied der DVP – gewonnen und er sich offenkundig dafür entschieden hatte, auch auf Landesebene wieder politisch aktiv zu werden, trat er folgerichtig am 30. Juni 1946 auch bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung⁵¹ an. Daraus ging die DVP mit landesweit 16,8% der Stimmen nach CDU (40,9%) und SPD (32,3%) vor der KPD (10%) als drittstärkste Kraft hervor; die Wahlbeteiligung lag bei 67,5% und wurde im Wahlkreis Künzelsau-Öhringen mit 61,8% beträchtlich unterschritten. Dort nahmen also weniger als zwei Drittel der Stimmberechtigten ihr Wahlrecht wahr. Die CDU schnitt in diesem Wahlkreis am besten ab und konnte ihren Vertreter Friedrich Streckfuß (1896–1970), einen Herrmann wohlbekannten Bauern aus Wohlmuthausen, einer Nachbargemeinde von Neureut, direkt in die Landesversammlung entsenden. Die DVP dokumentierte ihre starke Position in diesem Wahlkreis erstmals eindrucksvoll, indem sie über 20% der abgegebenen Stimmen erreichte und über die Landesvorschlagsliste ihren Abgeordneten Herrmann ebenfalls in das Parlament brachte.

Die Verfassungsgebende Landesversammlung für Württemberg-Baden bestand aus 100 Abgeordneten, von denen 60 im württembergischen und 40 im badischen Landesteil gewählt worden waren. Von den insgesamt 17 Abgeordneten der DVP waren drei über die Landesvorschlagsliste gewählt worden⁵². Stärkste Fraktion war die CDU mit 41 Sitzen, gefolgt von der SPD mit 32 Sitzen. Die KPD verfügte über 10 Sitze. Hauptaufgabe der Landesversammlung war die Beratung des vom Verfassungsvorausschuß erarbeiteten Verfassungsentwurfes sowie die Wahrneh-

49 Ebd., S. 95.

50 Statistisches Handbuch Württemberg-Baden 1950, hg. von den Statistischen Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe, S. 345/46.

51 Die Wahlergebnisse sind detailliert festgehalten in: Wie wählte Württemberg-Baden? Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1946. Systematische Darstellung der amtlichen Ergebnisse der Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Landesvertretungen und zu der Volksabstimmung über die Verfassung mit textlichen und graphischen Erläuterungen, hg. von den Statistischen Landesämtern in Karlsruhe und Stuttgart, Karlsruhe 1947, S. 72–76.

52 Vgl. *Serfas* (wie Anm. 46), S. 104.

mung der Aufgaben eines ordentlichen Landtags bis zu dessen Wahl. Die erste Sitzung der Landesversammlung fand am 15. Juli 1946 im Festsaal des Furtbachhauses in Stuttgart statt. Die DVP präsentierte als drittstärkste Fraktion mit Henry Bernhard (1896–1960) einen Kandidaten für das Amt des 2. stellvertretenden Präsidenten der Versammlung, der auch gewählt wurde. Mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Haußmann stellte die DVP außerdem den Vorsitzenden des Ständigen resp. Politischen Ausschusses.

Herrmann war Mitglied in keinem der vier gebildeten Ausschüsse (Verfassungs-, Ständiger (Politischer), Wahlprüfungs- und Geschäftsordnungsausschuß) und mußte sich – wie auch der zweite DVP-Abgeordnete in diesem Gremium, Albert Oswalt (* 1910) – damit begnügen, die rein dekorative Rolle eines Mitglieds des Präsidiums der Landesversammlung einzunehmen⁵³.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist es nicht verwunderlich, daß Herrmann ein nachweisbarer Einfluß auf die Verfassungsschöpfung für Württemberg-Baden nicht attestiert werden kann. Die wesentliche Arbeit fand natürlich im Verfassungsausschuß statt, dem er nicht angehörte⁵⁴. Aber auch im Plenum der Landesversammlung, wo ja genügend Gelegenheit geboten war, sich zu äußern, verhielt sich Herrmann, der an jeder der 17 Plenarsitzungen teilgenommen hat, sehr zurückhaltend. Nur einmal meldete er sich im Rahmen der Dritten Lesung des Verfassungsentwurfs zu den Artikeln zur Sozial- und Wirtschaftsordnung (Art. 21–26) am 24. September 1946 zu Wort⁵⁵. Der Debatte lag der Verfassungsentwurf des Verfassungsausschusses zugrunde, wie er nach zweiter Lesung am 13. September ausgegeben worden war. In diesem Entwurf fand sich in Art. 25, der die Wirtschaftsordnung bestimmte, nun ein eigener Absatz zur Landwirtschaft⁵⁶, der wie folgt lautete: »Der Staat hat die Landwirtschaft als die Grundlage der Volksernährung mit allen geeigneten Mitteln, insbesondere durch den Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, zu fördern«. Diese Ergänzung, die auf einen Antrag der CDU zurückging und von Heinrich Stooß in der Sitzung besonders gelobt wurde, regte auch Herrmann zu seinem Debattenbeitrag an.

Zunächst beklagte er sich darüber, daß man in den letzten Tagen den Eindruck hätte gewinnen können, *es seien lauter Dichter und Denker, Pädagogen und Theologen und vielleicht auch Juristen und andere Schriftgelehrte hier in diesem Hohen Haus versammelt, während die Wirtschaftler selber und die Bauern erst ganz hinten herum kommen*. Dabei sei doch die Landwirtschaft *die Grundlage der ganzen Wirtschaft und des ganzen Lebens*. Schon mit diesen ersten Sätzen zeigte sich Herrmann wieder als der Bauernvertreter, der er auch schon in der Weimarer Republik gewesen war. Wie schon vor fast zwanzig Jahren, so forderte er auch jetzt, daß in Wirtschafts- und vor allem in Versorgungs- und Ernährungsfragen die Bauern ein

53 Beilage 1 zu den Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden – fortan abgekürzt als Vhdl. VLWB –, ausgegeben im August 1946, S. 5.

54 Für die DVP gehörten dem Verfassungsausschuß Wolfgang Haußmann, Johann Peter Brandenburg, Hermann Kessler und Hermann Wild an.

55 Vhdl. VLWB, 9. Sitzung (24. September 1946), S. 213–214.

56 Beilage 3 zu den Vhdl. VLWB, S. 6.

gewichtiges Wort mitzusprechen hätten, auch wenn im Parlament nicht genügend Standesvertretung anwesend seien, was er sehr negativ vermerkte (und von ihnen als *die paar Vertreter der Landwirtschaft, die hier in diesem Hohen Hause vertreten sind* sprach).

Herrmann stellte sich, wie in alten Zeiten, als Proklamator einfacher und eindeutiger Bestimmungen dar. Es genüge, meinte er im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge zum Artikel *wenn man in einfachen und schlichten Worten dem Bauernstand sagt, daß seine Selbständigkeit verfassungsmäßig gewahrt bleibt . . . Es wird an einem Stand herumgedoktert, der nicht viel Worte braucht, sondern der Arbeit will und auch arbeiten will*. Die Regierung müsse gegenüber der Wirtschaft und gegenüber den Bauern Gerechtigkeit walten lassen und ihre Verordnungen so fassen, daß *sie nicht noch extra Juristen braucht, um die Verordnung auseinanderzuklauben und die Gesetzesparagrafen und Verordnungen zu studieren, wonach er sich strafrechtlich vergeht*. Man kann anhand einer solchen Aussage recht klar feststellen, daß Herrmann offenbar die Verfassungsberatungen insgesamt zu akademisch, zu abgehoben und zu sehr vom »grünen Tisch« aus verliefen. In anderen Bereichen sah er keine Veranlassung, sich deshalb einzumischen. Aber wenn es um die Landwirtschaft ging, dann sah er sich aufgerufen, den Theoretikern entgegenzutreten und seine Vorstellungen darzulegen.

Vor allem war er ans Rednerpult getreten, um sich zu einem Antrag des SPD-Abgeordneten Rudolf Gehring (1888–1980) zur Bodenreform⁵⁷ zu äußern, der in der gleichen Sitzung von Gehrings Fraktionskollegen Willi Lausen vertreten worden war. Lausen hatte um die Aufnahme folgender Sätze in Art. 25 geworben: *Der Großgrundbesitz ist im Rahmen einer Bodenreform nach Maßgabe eines Gesetzes aufzuteilen. Mustergüter sind unter staatlicher Aufsicht zu erhalten*⁵⁸. Stooß hatte danach darauf hingewiesen, daß ein solcher Zusatz nicht in die Verfassung aufgenommen werden müsse, weil *die Auflösung des Großgrundbesitzes bereits eine vollendete Tatsache ist durch den Beschluß des Länderrats und der amerikanischen Militärregierung*⁵⁹. Der Antrag stoße also offene Türen auf und solle zurückgezogen werden. Damit zeigte sich Stooß im Hinblick auf die Umsetzung derartiger Beschlüsse als überaus optimistisch und gläubig. Herrmann sah die Angelegenheit aus einem anderen Blickwinkel skeptischer und mahnte an, daß man erst einmal sehen müsse, welchen Verlauf die Entwicklung insbesondere auf dem Ernährungs-

57 Vgl. zur Bodenreform-Diskussion in Württemberg-Baden vor allem den Beitrag von *S. Schraut*: Von der politischen Entmachtung der Großgrundbesitzer zum Siedlungsgesetz. Die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem in der amerikanischen Besatzungszone am Beispiel Württemberg-Badens, in: *Ch. Grosser, Th. Grosser, R. Müller, S. Schraut*: Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden (Südwestdeutsche Schriften 14), Mannheim 1993, S. 129–163.

58 Vhdl. VLWB (wie Anm. 55), S. 200.

59 Ebd., S. 211. Das Gesetz über die Bodenreform war am 17. September 1946 vom Länderrat der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart verabschiedet worden. Am 30. Oktober 1946 beschloß die württemberg-badische Regierung das Gesetz Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform (Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 1946, Nr. 23, S. 263 ff.). Vgl. *Schraut* (wie Anm. 57), S. 145 f.

sektor in den kommenden Jahren überhaupt nehmen werde, wonach sich die Landwirtschaft dann richten müsse, um ihren *Daseinszweck* erfüllen zu können, nämlich *dem deutschen Volk zu dienen*. Die Landwirtschaft bringe dem Wert nach die höchsten Erzeugnisse hervor und sei deshalb auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des Volksvermögens von höchster Bedeutung; sie sei zu schützen und zu stützen. Da die Zukunft nicht nur von deutscher Seite bestimmt werde, sondern *dabei Faktoren bestimmend und maßgebend* [sind], *die nicht in unsere Hände gegeben sind* – womit er wohl auf die Besetzungssituation anspielte – müßten zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Da erschien es ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht geraten, die Bodenreform verfassungsmäßig zu verankern. Damit lag er ganz auf dem Kurs von Ministerpräsident Maier, der versuchte, mit allen Mitteln den Großgrundbesitz zu schonen⁶⁰ eine Absicht, die zweifellos auch hinter Herrmanns verklausulierter Ablehnung stand, der Bodenreform Verfassungsrang einzuräumen. Inwiefern Herrmanns Kontakte zu einem der größten Grundbesitzer im Land, nämlich dem Fürsten zu Hohenlohe-Öhringen⁶¹, hier für seinen Einsatz eine Rolle spielten, läßt sich aufgrund fehlender Quellen nicht einschätzen; man wird ihre Bedeutung aber nicht unterschätzen dürfen.

Mit seinem Vorstoß hatte Herrmann Erfolg; die Festschreibung der Bodenreform in der Verfassung wurde von der Landesversammlung mehrheitlich abgelehnt. Und auch mit der Hervorhebung der Bedeutung der Selbständigkeit der Landwirtschaft *in einfachen und schlichten Worten* im Art. 26 der Verfassung⁶² konnte Herrmann zufrieden sein: »Der Staat hat die Landwirtschaft als die Grundlage der Volksernährung, insbesondere die Erhaltung eines selbständigen Bauernstandes, mit allen geeigneten Mitteln zu fördern«.

Damit war für Herrmann das wichtigste Ziel in der Landesversammlung erreicht. In der Schlußabstimmung über die Verfassung konnte er daher mit Ja⁶³ stimmen. Die Wahlen zum ersten Landtag von Württemberg-Baden, gekoppelt mit der Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf, waren auf Sonntag, den 24. November 1946⁶⁴, festgesetzt worden. Die Zahl der Wahlberechtigten hatte sich durch die Beteiligung von »Mitläufern« des NS-Systems, die die ihnen auferlegten Sühneleistungen erbracht hatten, gegenüber den Juni-Wahlen erhöht. Auf dem Stimmzettel konnte eine Stimme für einen Kandidaten abgegeben und

60 Ebd., S. 144.

61 Nach Informationen der KPD verfügte der Fürst über einen Grundbesitz von 5087 Hektar und war damit nach dem Herzog von Württemberg der größte Grundbesitzer im Land. Vgl. Neue Württembergische Zeitung vom 23. November 1946, S. 5. – Hugo Felix August, 7. Fürst von Hohenlohe-Öhringen (1890–1962) war, nachdem die fürstliche Familie lange Zeit auf ihren schlesischen Besitzungen gelebt hatte, 1945 im Zuge der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten wieder ins Hohenlohische zurückgekehrt.

62 Einstimmig angenommen in der 12. Sitzung am 1. Oktober 1946 (Vhdl. VLWB, S. 303). Lediglich das Handwerk wurde (in Art. 27) in vergleichbarer Weise hervorgehoben.

63 Vhdl. VLWB, 14. Sitzung (24. Oktober 1946), S. 320. Gegen die Verfassung stimmte nur der SPD-Abgeordnete Professor Dr. Walther Hoss.

64 Vgl. zum Wahlergebnis die Wahl-Sonderausgabe der Stuttgarter Nachrichten vom 25. September 1946 sowie die Angaben in Wie wählte Württemberg-Baden (wie Anm. 51), S. 78 ff. und Statistisches Handbuch Württemberg-Baden (wie Anm. 50), S. 347/48.

entweder mit Ja oder Nein über die Verfassung abgestimmt werden. Wieder standen 100 Mandate zur Verteilung an, von denen die CDU 39 (davon 6 über die Landesliste) gewann, die SPD 32 (5), die DVP 19 (3) und die KPD 10 (1). Damit waren im Vergleich zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung kaum nennenswerte Änderungen eingetreten: SPD und KPD hielten die Zahl ihrer Mandate, die CDU verlor zwei, die DVP gewann zwei Abgeordnetensitze.

Im Wahlkreis Künzelsau-Öhringen nutzten von 34 130 wahlberechtigten Bürgern 23 886 ihr Wahlrecht (70,1%), womit die Wahlbeteiligung geringfügig unter dem Landesdurchschnitt lag. Die CDU hielt in diesem Wahlkreis mit 48,6% ihre führende Position und brachte Friedrich Streckfuß wieder direkt ins Parlament. Die DVP und damit Herrmann schnitt mit 27,6% (6409 Stimmen) sehr stark ab und lag damit nicht nur fast 1700 Stimmen vor dem Kandidaten der SPD, sondern auch erheblich über dem von der DVP im Land erzielten Ergebnis von 19,5%. Damit war Künzelsau-Öhringen eine Hochburg der DVP; nur in Waiblingen (wo Reinhold Maier kandidierte), Stuttgart und Ludwigsburg hatte sie noch größere Erfolge erzielt. Die Verfassung war mit 86% der gültigen abgegebenen Stimmen angenommen worden; dieser Grad der Zustimmung wurde in Herrmanns Wahlkreis noch geringfügig übertroffen.

Der DVP-Erfolg im wesentlich agrarisch strukturierten Wahlkreis Künzelsau-Öhringen war in erster Linie ein persönlicher Erfolg des weithin bekannten, erfahrenen und aktiven Parlamentariers und bäuerlichen Interessenvertreters Herrmann. Er hatte damit ein glänzendes Entrée für seine zweite Zeit als Abgeordneter erhalten und zugleich schon die ersten Früchte seiner reichhaltigen Arbeit für den Wiederaufbau der Landwirtschaft in seinem Heimatkreis, und dabei insbesondere des Genossenschaftswesens, ernten können.

Parlamentarische Arbeit im 1. Württemberg-Badischen Landtag 1946–1950

Das Land Württemberg-Baden, nun verfassungsmäßig konstituiert, war eine Schöpfung der US-Besatzungsregierung in Deutschland. Die drei Länder, die später im Südweststaat Baden-Württemberg aufgingen – Württemberg-Baden in der US-amerikanischen und Württemberg-Hohenzollern sowie Südbaden in der französischen Besatzungszone – »verdankten« ihre Existenz letztlich Querelen unter den Westalliierten, vor allem zwischen den Amerikanern und den Franzosen. Für Württemberg bedeutete die besatzungspolitische Teilung des Landes nach dem Verlauf der Autobahn Mannheim-Karlsruhe-Stuttgart-Ulm Richtung München – die nördlich dieser Linie gelegenen württembergischen Landkreise gehörten zur US-amerikanischen, die südlichen zur französischen Zone – die willkürliche Zerreißung eines »geographisch, wirtschaftlich, landsmannschaftlich und historisch eng zusammengehörenden Gebiets«⁶⁵. Das Streben nach Wiederherstellung

65 *R. Mussnug*: Die Anfänge Baden-Württembergs in verfassungsrechtlicher und verfassungsgeschichtlicher Sicht, in: ZWL 43 (1984), S. 373–405, hier S. 377.

der Einheit Württembergs bestimmte maßgeblich das Handeln sowohl der Regierung in Stuttgart als auch der Regierung in Tübingen.

Reinhold Maier wurde am 16. Dezember 1946 zum Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden gewählt, wobei er 71 von 88 Stimmen erhielt⁶⁶. Er berief danach vor dem Landtag die Minister der von ihm geführten CDU-DVP-SPD-Regierung. Zum Minister für Landwirtschaft und Ernährung ernannte Maier Heinrich Stooß. Die Bildung eines solchen eigenständigen Ministeriums war ein weiteres Zeichen dafür, daß die Belange der Landwirtschaft und der Ernährung als ausgesprochen wichtig angesehen wurden. In die gleiche Richtung zielte der Vorschlag Wolfgang Haußmanns, einen Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft einzusetzen, dem 15 Mitglieder des Landtags angehören sollten⁶⁷. Herrmann war allerdings nicht Mitglied dieses Ausschusses, sondern des Finanzausschusses, dessen Vorsitz der Chef der CDU-Landtagsfraktion, Josef Harter (1899–1948), innehatte⁶⁸. Außerdem war Herrmann ins Landtagspräsidium gewählt worden.

Bevor im folgenden seine Arbeit im Landtag näher untersucht werden soll, ist der Blick zunächst auf den Multi-Funktionär Herrmann zu lenken, der zu dieser Zeit im Kreis Öhringen als Landwirtschaftspolitiker bereits die führende Position innehatte. Auch sein Landtagskollege Streckfuß entfaltete bei weitem nicht eine solche Fülle von Aktivitäten wie der Abgeordnete Herrmann, der sich in der Parteiarbeit zunächst nicht engagierte, weder auf Kreis- noch auf Landesebene. Er war auch schon ohne den Posten des DVP-Kreisvorsitzenden oder eines Mitglieds des Landesvorstands voll ausgelastet. Neben seiner Tätigkeit im Gemeinderat von Neureut und im Öhringer Kreistag wirkte er auch in folgenden Organisationen mit: Bauernverband Württemberg-Baden (stellvertretender Vorsitzender), Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim (Mitglied des Vorstands), Landesverband württembergischer Zuckerrübenanbauer (Mitglied des Vorstands), Kreisbauernverband Öhringen (Vorsitzender 1946–1951), Molkerei-Genossenschaft Neuenstein (Vorsitzender); Verband badisch-württembergischer Weingärtner (Mitglied des Vorstands), Aufsichtsrat der Landwirtschaftlichen Kreisgenossenschaft Öhringen (Mitglied), Aufsichtsrat der Württembergischen Landwirtschaftsbank (Mitglied), Aufsichtsrat der Volksbank Öhringen (Mitglied), Aufsichtsrat des Milchhofs Heilbronn (Mitglied), Vorstand der Kleedreschgenossenschaft Kirchensall (Mitglied); 1950 ergriff er, obwohl er selbst nicht Weingärtner war, die Initiative zur Gründung der Weinkellerei Hohenlohe.

66 Verhandlungen des 1. Landtags von Württemberg-Baden (Vhdl. LWB), 2. Sitzung (16. Dezember 1946), S. 1.

67 Haußmann trug seinen Vorschlag unter Hinweis auf die *besondere Bedeutung* dieses Sektors in der 4. Sitzung am 15. Januar 1947 vor (Vhdl. LWB, S. 47). Der Ältestenrat stimmte dem Vorschlag in der 5. Sitzung am 29. Januar 1947 (Vhdl. LWB, S. 83) zu. – Zu den Anfängen des württemberg-badischen Landwirtschaftsministeriums mit den drei Hauptbereichen Landwirtschaft, Ernährung und Forsten vgl. auch die Ausführungen von Minister Stooß in Vhdl. LWB, 12. Sitzung (25. März 1947), S. 229f.

68 Die Zusammensetzung der Ausschüsse wurde am 25. Februar bekanntgegeben (7. Sitzung, Vhdl. LWB, S. 113).

Die im Kreis Öhringen beheimateten Organisationen hatten ihre Entstehung zumeist wesentlich Herrmanns Engagement zu verdanken. Mit seiner langjährigen Erfahrung seit Anfang der 20er Jahre und seinem allseits bekannten Namen brachte er die Dinge auf den Weg, deren Entwicklung und Gedeihen ohne ihn vielleicht nicht so schnell verlaufen wäre. Aus der Geschichte der Landwirtschaft Hohenlohes in diesem Jahrhundert ist Herrmann nicht wegzudenken. Aber auch am Aufbau der über den Kreis hinausgehenden, landesweit arbeitenden Verbände hatte er maßgeblichen Anteil⁶⁹ und war dergestalt neben Minister Stooß ohne Einschränkung die politisch wichtigste Persönlichkeit aus dem Bereich der berufsständischen bäuerlichen Interessenvertretung im Land Württemberg-Baden. Daß er besonders dieser Tatsache sein Landtagsmandat zu verdanken hatte, ist unstrittig.

Wie schon in seiner ersten Abgeordnetenzeit 1928–1932 vergingen auch jetzt einige Monate, ehe er im Parlament erstmals eine Rede hielt. Dabei waren durchaus auch schon in früheren Sitzungen wichtige Themen aus dem Großbereich Landwirtschaft und Ernährung zur Sprache gekommen, so am 7. Februar 1947, als über eine Anfrage der SPD betreffend Maßnahmen der Regierung gegen die drohende Ernährungs- und Brennstoffkatastrophe debattiert wurde, oder am 26. Februar, als es um die Große Anfrage (ebenfalls der SPD) bezüglich des durch die Kälte hervorgerufenen Notstands ging. Herrmann verlas am 18. März 1947 zu Beginn der Landtagssitzung seine Kleine Anfrage betreffend Förderung der Milcherzeugung⁷⁰. Die Milchwirtschaft war Herrmann ein vorrangiges Anliegen; er wurde nicht müde, ihre Bedeutung herauszustellen. Dies hatte er auch schon vor der Verfassungsgebenden Landesversammlung⁷¹ getan, als er darlegte, der Wert der Milcherzeugung in Deutschland liege über demjenigen der Kohlen- und Erzförderung insgesamt. Nun gab er seiner Sorge Ausdruck, daß aufgrund der schlechten Futtergrundlage die Milcherzeugung immer weiter zurückgehe. Als Lösung des Problems machte er sich für die Verfütterung der Rückstände in Ölmühlen, also Bucheckern-, Raps, Mohn- und Leinkuchen stark, und erkundigte sich mit der Anfrage, ob der Landwirtschaftsminister bereit sei, sich dafür einzusetzen, und zwar bis zum Beginn der Grünfütterung. Stooß machte deutlich, daß bis auf die Bucheckern, die bereits in großem Umfang an die Landwirtschaft ausgegeben würden, die Abfallmengen so gering seien, daß er keine Möglichkeit sehe, hier noch Zuweisungen anzuordnen.

Am 26. März 1947 fand im Landtag die Aussprache für den am Vortag erstatteten Bericht des Landwirtschaftsministers über die Ernährungs- und Landwirtschaftslage statt. Stooß hatte in seiner Rede ein düsteres Bild von der gegenwärtigen Lage gezeichnet. Nach Rednern aller anderen Fraktionen – auch von der DVP sprach schon jemand vor ihm – eilte auch Herrmann ans Rednerpult, um sich *kritisch* zu

69 Wichtige Hinweise dazu im Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft (wie Anm. 44), S. 1466ff. sowie im Artikel: Oehringer Bauer wurde Landwirtschaftsminister, in: Hohenloher Zeitung vom 13. Januar 1951.

70 Vhdl. LWB, 10. Sitzung (18. März 1947), S. 175.

71 Vhdl. VLWB (wie Anm. 55), S. 214.

den Ausführungen des Ministers zu äußern⁷², wobei er allerdings nicht Opposition treiben, sondern einige *Anreize* geben wolle, *nämlich sich Gedanken im Ministerium darüber zu machen, wie man vielleicht der Notlage doch etwas Herr werden könnte*. Damit hatte er recht deutlich seine Meinung ausgedrückt, daß er davon ausging, im Ministerium mache man sich darüber keine Gedanken – eine grobe Unterstellung.

Herrmann kritisierte insbesondere die Äußerung des Ministers, er wolle ebenso wenig Henker der Landwirtschaft wie Totengräber an den Verbrauchern sein. Letztendlich trafen die alltäglichen Vorwürfe der Presse in bezug auf den Ernährungsnotstand die Bauern, die aber das Mögliche täten. Der Weg der stärkeren Kontrolle der Bauern und ihrer Produktion führe in die Irre, denn *des Pudels Kern* liege darin, *daß wir nicht in der Lage sind, die Bevölkerung zu ernähren*. Er forderte das Ministerium auf, diese Tatsache zum Ausdruck zu bringen, damit die Besatzungsmacht ihre moralische Pflicht erkenne, der Bevölkerung die nötigen Lebensmittel im Interesse des Friedens in Deutschland und Europa zu geben. Im folgenden forderte er das Ministerium konkret auf, längerfristig vor auszuplanen und nur solche Anordnungen zu treffen, die auch erfüllbar seien. Der Bürokratie des Landwirtschaftsministeriums warf er Praxisferne vor und forderte die Besetzung der Stellen mit Praktikern. Es sei jedenfalls kein Wunder, daß die Bauern sich von den Parteien abwendeten und ihre alten berufsständischen Organisationen wieder zurückforderten.

Minister Stooß stimmte Herrmann darin zu, daß neue Wege für die Zukunft gefunden werden müßten; darüber werde täglich im Ministerium nachgedacht. Es sei aber sehr schwierig, neue Pläne umzusetzen, die allen Hoffnungen gerecht würden, und sehr einfach, lediglich zu kritisieren. Zu einem der von Herrmann eingebrachten Anträge⁷³, der die Aufhebung der Anordnungen für Selbstversorger (womit Landwirte gemeint waren, die überprüfbar ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen waren) mit Fleisch und Mehl erwirken wollte, meinte Stooß, dieser Antrag sei zwar *gut gemeint*, aber *in der heutigen Zeit nicht vertretbar*. Daher bitte er, wenn der Antrag nicht zurückgezogen würde, um dessen Ablehnung durch das Plenum. Dieser Antrag wurde auch abgelehnt. Der andere, dessen holprige Formulierung den SPD-Abgeordneten Erwin Schoettle (1899–1976) zu einem überaus ironischen Beitrag veranlaßte, indem er anregte, demnächst bei der Abfassung von Anträgen den Autor der Artikelserie »Fünf Minuten gutes Deutsch« der »Stuttgarter Zeitung« beizuziehen, wurde nach Worten des Ministers, der sich für dessen Annahme aussprach, unter dem Vorbehalt redaktioneller Überarbeitung vom Plenum angenommen.

72 Vhdl. LWB, 13. Sitzung (26. März 1947), S. 261–262.

73 Antrag Herrmann und Genossen betreffend Aufhebung der Anordnungen für Selbstversorger mit Fleisch und Mehl (Beilage 53) sowie Antrag Herrmann und Genossen betreffend Bereitstellung von Braugerste für die Brauindustrie (Beilage 43).

In der nächsten Zeit versuchte Herrmann, – abgesehen von seiner Tätigkeit als Berichterstatter des Finanzausschusses⁷⁴ – für seine Verbesserungsvorschläge in Form von Anträgen und Anfragen zu werben. So vertrat er die Ansicht⁷⁵, das Landwirtschaftsministerium müsse in Zukunft auf dem Wege der Entwässerung der Felder und durch Rodung der Wälder weitere landwirtschaftliche Nutzflächen schaffen helfen. Einige Monate später richtete er gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Hermann Schneider (1879–1955) die Anfrage an das Landwirtschaftsministerium, ob dieses bereit sei, sich dafür einzusetzen, daß die von der allgemeinen Dürre besonders betroffenen Bauern im nördlichen Landesteil die im eigenen Betrieb erzeugten Futtermittel nicht abliefern müßten, sondern aufgrund der Notlage selbst nutzen dürften⁷⁶. Oder er legte seine Ansichten über die Lage des Bauern und der Landflucht dar⁷⁷. Dabei wies er auf die Reglementierung der Landwirtschaft hin, auf ihre Einschnürung durch Verordnungen, den großen Arbeitsanfall und auch auf den ungerechtfertigten Neid der Stadtbevölkerung, die den Bauern nur von seiner *glänzenden Ernährungslage* aus beurteile. Die Vorwürfe in bezug auf die Ablieferung durch die Bauern seien im wesentlichen ganz unberechtigt; im Kreis Öhringen habe die Militärregierung Stichproben zur Überprüfung der letzten Viehzählungsliste vorgenommen *mit einem Ergebnis, daß es überall hundertprozentig gestimmt hat. Dann soll mir noch jemand sagen, wir seien unehrlich und würden bescheißen*. Man dürfe dem Bauern nicht ständig mißtrauen, und es sei eine Grundfrage für die Entwicklung des Staates, wie er mit den Bauern umgehe. In einem befremdlichen Vergleich meinte er: *Im Dritten Reich hat man gesagt, das Dritte Reich wird leben, wenn es ein Bauernreich wird, und es wird untergehen, wenn es kein Bauernreich wird. Es ist kein Bauernreich geworden. Es ist untergegangen. Und auch der zukünftige Staat wird untergehen, wenn er hier nicht grundsätzlich diese Probleme zu lösen bereit ist*. Hier kommt das agrarozentrische Weltbild Herrmanns voll zum Tragen. Den Untergang des Nationalsozialismus als Ergebnis einer bauernfeindlichen Politik zu begreifen, dürfte bis auf weiteres einmalig in der Vielzahl der Analysen bleiben...

In der allgemeinen Aussprache über den Staatshaushaltsplan für 1947⁷⁸ hatte Herrmann am Ende des Jahres noch einmal Gelegenheit, anhand konkreter Beispiele aus dem Kreis Öhringen aufzuzeigen, wo für ihn Mißstände erkennbar waren. Es war eine politische Rede, in der Herrmann auf die Kernprobleme

74 Erstmals im Rahmen der Zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1946 zur Verkehrsverwaltung in Vhdl. LWB, 31. Sitzung (20. Juni 1947), S. 759–760. Ebenfalls im Rahmen der Zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für 1947 zur Verkehrsverwaltung in Vhdl. LWB, 56. Sitzung (18. Dezember 1947), S. 1385–1386, und bei der Zweiten Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1949 zur Verkehrsverwaltung in Vhdl. LWB, 132. Sitzung (22. Juni 1949), S. 3254–3255, 3271–3272.

75 Vhdl. LWB, 28. Sitzung (17. Juni 1947), S. 678. Anträge Herrmann und Genossen betreffend die Preise und Handelsspannen für Gemüse und Obst (Beilage 106) und betreffend die Verbesserung und Vermehrung des landwirtschaftlich genutzten Bodens durch Entwässerung landwirtschaftlicher Grundstücke und Rodung von Feldern (Beilage 190).

76 Vhdl. LWB, 43. Sitzung (8. Oktober 1947), S. 1053/54. Kleine Anfrage der Abgeordneten Herrmann und Schneider betr. Futtermittel (Beilage 340).

77 Vhdl. LWB, 34. Sitzung (17. Juli 1947), S. 820–821.

78 Vhdl. LWB, 57. Sitzung (19. Dezember 1947), S. 1409–1410.

einging: Benachteiligung im Handel, Bodenreform, Flurbereinigungen, Demontage. Dabei machte er sich nun nicht mehr die Mühe, seine gewohnte Besserwisseri zu kaschieren; unumwunden sprach er aus, daß er sich – wohl im Gegensatz zu allen Vorrednern – die Aufgabe gestellt habe, *dem Ministerium einmal nahezulegen, was eigentlich anzufangen ist, um die Ernährungslage besser zu gestalten, oder auf das einzuwirken, wo uns selbst eine Möglichkeit gegeben ist.* So war er der Meinung, daß der Handel gegenüber der landwirtschaftlichen Produktion bevorzugt werde. Beispiel Öhringen: dort sei es kürzlich so gewesen, daß die Bauern ihr Ablieferungssoll übererfüllt hatten und dennoch nicht frei verkaufen durften, während Händler aus Bayern mit Erlaubnis des Stuttgarter Landwirtschaftsministeriums genau dieses täten. Das müsse abgestellt werden, ärgerte sich Herrmann, der im folgenden aber zugab, daß solche Mißstände nebensächlich seien im Vergleich zu der Bodenreform. Hier herrsche Unklarheit; er forderte Einsicht in die Planung. *Wir tapfen immer so im Dunkel herum...*

Eine Bodenreform aus politischen Gründen hielt er für nicht mehr nötig, *denn wir brauchen die paar Großgrundbesitzer nicht deshalb zu enteignen, um sie unschädlich zu machen, weil sie Reaktionäre waren.* Unbedingt notwendig sei sie aber für den Bauernstand – womit er von der Bodenreform gleich zur Flurbereinigung überging, wobei er so tat, als sei das ein Synonym für das andere, wovon freilich überhaupt keine Rede sein kann. Die Flurbereinigung müsse mit Blick auf die Zukunft der Landwirtschaft schnell vorangetrieben werden. Das Ministerium habe die Pläne dazu auszuarbeiten und vorzulegen. Er wies auf den chronischen Bargeldmangel der Bauern hin und bat darum, in die Flurbereinigungspläne auch die Überlegung mit einzubeziehen, daß die Bauern deshalb mit Ackerbesitz zahlen müßten, denn sie seien finanziell niemals so gut gestellt wie etwa ein Arbeiter: *... der Bauer wird immer ein Unterdrückter sein und ein geringeres Gehalt bekommen als der andere. Er hat andere Vorzüge in seinem Leben, das weiß ich. Aber deswegen wird er nie die Möglichkeit haben, das, was in den nächsten Jahrzehnten durchgeführt werden soll, mit Geld zu bezahlen, sondern er wird das nur dann leisten können, wenn er von seinem Ackerbesitz eine gewisse Menge abgibt.*

Die Demontage in der Landwirtschaft werde im Vergleich zur Industriedemontage geradezu totgeschwiegen, leitete er zu einem anderen Thema über. Im Kreis Öhringen habe sich der Viehbestand gegenüber 1945 um 20%, der Schweinebestand im gesamten Bezirk sogar um 30% verringert; mit veralteten Maschinen werde aus dem *ausgemergelten Boden* alles herausgeholt, und dennoch gingen die Erträge unaufhörlich zurück. Die ständigen Kontrollen des Ministeriums hielt Herrmann natürlich für überflüssig. Auch wenn noch mehr Prüfer geschickt würden, gäben die Kühe nicht mehr Milch: *Sie können nicht mehr verteilen als vorhanden ist.* Zwangswirtschaft führe nicht zum Erfolg; unabhängige Produktionssteigerung sei das Gebot der Stunde, so Herrmann, denn *mit jeder Tonne Lebensmittel, die wir im eigenen Lande mehr erzeugen, werden wir unabhängiger vom Ausland.* Diese Vision konnte sich nur auf eine fernere Zukunft beziehen, da sie so, wie sie gemeint war, an der gegenwärtigen Besatzungsrealität völlig vorbeiging.

Den Bauern nicht nur in seinem Wahlkreis werden solche Worte freilich imponiert haben.

Landwirtschaftsminister Stooß würdigte Herrmann einer ausführlichen Antwort und warb zunächst um Verständnis für sein Ministerium, bei dem sich Händler und Genossenschaft gegenseitig der Benachteiligung beschuldigen würden. Auch zur Obstabgabe des Kreises Öhringen äußerte er sich und lobte die Pflichterfüllung der dortigen Bauern, um aber gleich hinterherzuschieben, *daß eben dieser Kreis zu nieder veranlagt worden sei*; Kompensationsgeschäfte könne er grundsätzlich nicht genehmigen, wohl aber die Freigabe von Obst, und diese sei auch für Öhringen *in genügendem Maße ausgesprochen* worden. Den Ausführungen Herrmanns über die Bodenreform stimmte er zu, modifizierte aber die Begrifflichkeit als *Agrarreform*. Damit wurde die brisante Frage der Bodenreform völlig umgangen, und Stooß konnte sogar seinen Dank dafür aussprechen, wenn Herrmann ihn und das Ministerium in puncto Flurbereinigung unterstütze. Auch im Hinblick auf die Demontage habe Herrmann recht; man müsse aber in Rechnung stellen, daß es den Bauern mit Haus und Hof sowie mit ihrer gesicherten Versorgungslage besser gehe als den meisten anderen Menschen im Land. Am Ende der Aussprache brachte Herrmann mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Josef Harter, dem SPD-Abgeordneten Gehring und dem KPD-Abgeordneten Robert Leibbrand (1901–1963) einen parteiübergreifenden Antrag ein, in dem die Regierung ersucht wurde, *bei der Militärregierung erneut darauf hinzuwirken, daß die importierten 200000 t Rohrzucker in deutschen Zuckerfabriken raffiniert und damit für die menschliche Ernährung bekömmlicher gemacht werden*. Dieser Antrag wurde sofort angenommen.

Die Ernährungslage blieb auch im nächsten Jahr auf der Tagesordnung. Nachdem der Minister seinen Bericht dazu in der Sitzung am 4. Februar 1948 erstattet hatte, bedachte Herrmann ihn mit lobenden Worten⁷⁹: *einwandfrei* sei die Darlegung gewesen, *wie schon öfter*. Die Redner danach seien allerdings nicht so recht zum Thema gekommen, kritisierte er. *Unsere Aufgabe ist meines Erachtens zu untersuchen: Können wir tatsächlich dem Volk in den nächsten Tagen oder Wochen bessere Lebensmittelrationen geben oder nicht?* Angesichts von Proteststreiks der Arbeiter, die mehr Fett forderten, müsse man hinstehen und klar und deutlich sagen, es stehe nicht mehr Fett zur Verfügung. Die Erfassung sei laut Bericht des Ministers sehr gut im Land. 100% ihrer Waren durch die öffentliche Hand gehen zu lassen, sei für die Bauern unmöglich, allein schon deshalb, weil wieder gebettelt werde und die Bauern den um Lebensmittel Bittenden nicht die Tür vor der Nase zuschließen. *Unverantwortlich* sei es, wenn die Gewerkschaften behaupteten, es liege an den Bauern, wenn die Kühe heute nicht mehr so viel Milch gäben wie früher, als 6 bis 8 Liter üblich gewesen waren. *Ich habe hier die Zahlen vom Kreis Öhringen herausgeschrieben, der bekanntlich nach Aussage des Ministers Stooß ihm am wenigsten Sorge im ganzen Lande macht und immerhin noch verhältnismäßig gut abliefern. Dort wurden im Jahr 1942 pro Kuh 2164 l Milch erzeugt, davon nur 1475 l*

79 Vhdl. LWB, 63. Sitzung, (4. Februar 1948), S. 1547–1548.

abgeliefert, also 689 l oder pro Tag und Kuh 1,9 l nicht abgeliefert. Im Jahr 1947 wurden pro Kuh 1168 l erzeugt und davon 876 l abgeliefert, dabei also nur 292 l zurückbehalten, pro Tag 0,8 l. Das ist so wenig, wenn man noch bedenkt, daß außer der menschlichen Nahrung auch noch die Nachzucht der Kälber damit bestritten werden muß. Allerdings war diese geringe Zahl mit 0,8 l nur dadurch möglich, daß die meisten Kälber haben abgeschlachtet werden müssen. Stadt und Land dürften sich nicht gegenseitig beschimpfen, sondern müßten gemeinsam der Not begegnen und sie zu überwinden suchen.

Nach der Ablehnung weiterer Kontroll- und Erfassungsvorschriften und nochmaliger Betonung der Vorbild-Rolle des Kreises Öhringen endete Herrmann mit den Worten: *Wir können höchstens bei den Regierungen, aber auch bei den bizonalen Räten, beim Ausland und den Besatzungsmächten um Verständnis bitten. Wenn sie es aber nicht fertigbringen, daß sie uns freiere Hand geben, freier schalten lassen in der Gestaltung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, dann wird es nicht möglich sein, die Massen zusammenzuhalten. Wir sind heute nicht in der Lage, den Massen irgendein Ziel entgegenzuhalten, dem wir zustreben. Zielloos wandern wir dahin und wissen nicht, was morgen geschieht und wohin wir morgen kommen sollen, und das wird eines der Hauptgrundübel sein in unserem Volke, warum es gärt und auch nicht ohne weiteres gewillt ist, alle die Strapazen zu überstehen, die wir die nächsten Monate noch überstehen müssen. Es wird alles reden nichts helfen. Wir haben nicht mehr Fett, nicht mehr Kartoffeln, nicht mehr Fleisch. Wir können nur versprechen, daß wir alle zusammenstehen und unsere Pflicht tun wollen, um die Bevölkerung in der Stadt nicht verhungern zu lassen, um sie am Leben zu erhalten.*

Das Bemühen Herrmanns, Ruhe in die aufgeregte Dauerdiskussion um die angeblichen »Untaten« der Bauern zu bringen, die bewußt die Stadtbevölkerung hintergingen, hier um Verständnis zu werben und vor allem weitere Reglementierungen abzuwehren, zieht sich, wie aus beinahe allen seinen Debattenbeiträgen ersichtlich ist, als roter Faden durch seine politische Arbeit. Ein weiterer zentraler Punkt für ihn war das Thema Bodenreform und Flurbereinigung, wovon ebenfalls schon die Rede war. Auch hier war er sehr empfindlich und wehrte sich gegen ihm als zu weitgehend erscheinende Anordnungen »von oben«.

Besonders deutlich wurde dies, als er im Rahmen der Diskussion um den Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses betreffend die Förderung und Beschleunigung aller der Flurbereinigung dienenden Arbeiten⁸⁰ sagte, man spreche jetzt hier im Haus schon davon, wie wenn man wieder ein Erbhofgesetz oder etwas Ähnliches herbeiwünschen sollte ... *Ich stehe auf einem anderen Standpunkt. Wir wollen auch hier die Freiheit des Bauern, so wie wir sie auch sonst wollen.* Diese Freiheit des Bauern à la Herrmann sah so aus, daß dieser genug erwirtschaften und verdienen müsse, um Familienmitgliedern nach Jahren der Mitarbeit auf dem Hof auch Geld geben zu können und nicht, wie bisher, gezwungen sei, ihnen Grundstücke zu übergeben, was zur Zersplitterung beitrage. Die Verhältnisse in der

⁸⁰ Beilage 559. Vhdl. LWB, 74. Sitzung (26. Mai 1948), S. 1812–1813.

Landwirtschaft müßten grundsätzlich geändert werden, aber nicht dergestalt, daß der Bauer an die Scholle gebunden werde. *Hauptsache ist, daß gearbeitet wird*, meinte er und schloß mit den Worten: *Ich wollte nur darauf hinweisen, das Verfahren und seine Durchführung so einfach und so schnell wie nur möglich zu gestalten, damit es sich nicht jahrelang hinzieht, wie es bis heute der Fall ist*. Stooß beruhigte den Berufskollegen: es sei kein neues Reichserbhofgesetz geplant. Er sei mit ihm einig, daß neue Wege beschritten werden und die Verfahren abgekürzt werden müßten. Dies bedeute aber konkret eine Kürzung des Rechtsmittelweges, *und der eine und andere wird einwenden, das ist ein Stück, das mit der demokratischen Einstellung vielleicht nicht so ganz in Einklang zu bringen ist*.

Im Verlauf der nächsten Monate kümmerte sich Herrmann weiter um Verbesserungen. So machte er auf die vielfach ungeschickte Lage der Feldbereinigungsämter aufmerksam⁸¹, die während des »Dritten Reiches« neue Zuständigkeiten erhalten hatten. Außerdem seien neue gebildet worden. Es habe keinen Sinn, wenn Ortschaften, die vor den Toren von Schwäbisch Hall lägen, zum Feldbereinigungsamt Besigheim gehörten. Es bedürfe einer *zentralen Regelung*; einige Ämter seien auch überflüssig, weshalb man sie auflösen sollte, um das Umlegungsverfahren *beschleunigt und mit möglichst wenig Reibereien* durchführen zu können. Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, Oberregierungsrat Heinkele, gab Herrmann prinzipiell Recht, sah aber die Nachteile der jetzigen Ordnung als nicht so gravierend an und spielte das Ganze herunter. Im Moment könne man ohnehin nicht viel ändern. Einen Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Gottlob Kamm (1897–1973), zumindest die von Herrmann vorgeschlagenen örtlichen Änderungen könne man doch aber vornehmen, fegte Heinkele mit der Bemerkung beiseite, das scheitere allein schon daran, daß man für die Beamten keine Wohnungen finde. Insgesamt ergibt sich der Eindruck, das man hier seitens des Ministeriums einfach nichts ändern wollte.

Weiterhin war Herrmann besonders die hohe Zuckersteuer ein Dorn im Auge. In einer Kleinen Anfrage setzte er sich für deren Senkung ein und vertrat sie vor dem Landtag, wobei es zu einem kleinen Disput zwischen ihm und dem ebenfalls in Fragen der Landwirtschaft sehr kundigen SPD-Abgeordneten Albert Pflüger (1879–1965) kam, dessen Antrag der weitergehende war⁸². Sechs Wochen später wurde im gleichen Zusammenhang erneut eine Kleine Anfrage⁸³ Herrmanns, diesmal gemeinsam mit Wolfgang Haußmann formuliert, vor den Landtag gebracht. Herrmann stellte an das Finanzministerium die Frage, wie es dazu komme, daß das Ministerium ein Aufkommen von 8,9 Millionen Mark an Zuckersteuer innerhalb von sieben Monaten angegeben habe, obwohl seinen Unterlagen zufolge die drei Zuckerfabriken im Land – nämlich Stuttgart, Heilbronn und Waghäusel – innerhalb von sechs Monaten über 15,5 Millionen Mark gezahlt hätten. Der Vertreter des Ministeriums, Ministerialdirektor Dunz, klärte Herr-

81 Vhdl. LWB, 105. Sitzung (21. Januar 1949), S. 2537.

82 Beilage 817. Vhdl. LWB, 93. Sitzung (4. November 1948), S. 2264.

83 Beilage 871. Vhdl. LWB, 102. Sitzung (16. Dezember 1948), S. 2450–2451.

mann darüber auf, daß die Differenz sich aufgrund verschiedener Fälligkeitsdaten und steuerlicher Berechnungsgrundlagen ergebe.

Einen großen parlamentarischen Tag hatte Friedrich Herrmann am 21. Januar 1949. An diesem Tag ergriff er viermal das Wort, unter anderem, wie schon erwähnt, um sich über die ungünstige Lage mancher Feldbereinigungsämter zu äußern. Er hielt es für nötig, in manchen Punkten seine Sicht der Dinge darzulegen, so z. B. im Hinblick auf den Kunstdünger⁸⁴. Sein Vorredner Gehring von der SPD hatte behauptet, es gebe nicht genügend Kunstdünger. Herrmann zufolge gab es davon aber genug; das Problem war nur, daß die Bauern ihn wegen des hohen Preises nicht abnehmen könnten. Eine höhere Auslastung der Werkskapazitäten könnte zu einer Verbilligung führen, regte er an. Auch sein Grundsatzthema Ernährungslage und Situation der Bauern kam wieder an die Reihe⁸⁵. Im Hinblick auf den zugrundeliegenden Antrag, der die Erhöhung der Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln aus dem Ausland anstrebte, stellte Herrmann die Frage, ob dies überhaupt möglich sei. Seine düstere Betrachtung – auf Jahre und Jahrzehnte, vielleicht für immer sei Deutschland nicht konkurrenzfähig und könne *nicht mehr ohne weiteres alle Industrieartikel ausführen* – faßte er in die Worte zusammen: *Zudem brauchen wir in unserem abgetrennten Westdeutschland, das überbevölkert ist, zusätzlich immer noch mehr Nahrungsmittel. Wenn das deutsche Volk seinen Lebensstandard und besonders seine Ernährungsgrundlage erhöhen will, ist es darauf angewiesen, seine Landwirtschaft zu stützen und zu erhalten, damit sie in die Lage versetzt wird, möglichst viel zu erzeugen.* Erneut kam hier seine Ansicht zum Ausdruck, die Wurzel jeder gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung sei eine gut funktionierende Landwirtschaft. Deren Produktion müsse mit allen Mitteln gesteigert werden. Dieser notwendigen Produktionssteigerung standen nach Herrmann die Preis- und Lohnunterschiede entgegen; Arbeit werde sehr ungleich entlohnt, aber sowohl der schlecht bezahlte Landarbeiter als auch der (nach Herrmann viel zu gut bezahlte) Direktor oder Redakteur könnten billig Lebensmittel einkaufen. Dies müsse sich ändern, und zwar durch Schaffung eines geteilten Marktes. Wenn einerseits verbilligt (und damit vermehrt) verkauft, andererseits aber höhere Preise z. B. für bestimmte Fleischwaren eingeführt werden könnten, sei die Landwirtschaft gerettet, was auf Deutschlands Entwicklung auch nur positive Auswirkungen hätte: *Ich glaube, wenn diese Auffassung so langsam zum Durchbruch kommt, daß wir dann auch wieder einer besseren Ernährungslage entgegensehen werden, dann wird man langsam zu einer besseren Gestaltung unserer Verhältnisse kommen und vom Arbeiter verlangen können, daß er mehr arbeitet als seither und das erst wird den Lebensstandard unseres deutschen Volkes heben.* Das waren so eigentümliche Überlegungen, daß es weder Beifall noch Bravo-Rufe noch sonst irgendeine Reaktion darauf gab.

84 Wie Anm. 81, S. 2533.

85 Im Zusammenhang mit dem Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses zu dem Antrag des Abg. Wiedemeier und Genossen betr. die Einfuhr von Kraftfuttermitteln zur Erhaltung und Erhöhung des Vieh- und Schweinebestandes (Beilagen 624, 900). Ebd., S. 2535–2536.

Und dennoch lieferte er einen weiteren Debattenbeitrag⁸⁶ ab, in dem er erstmals ganz unverhohlen mitteilte, wie er sich als Abgeordneter verstand, dessen Aufgabe es nämlich sei, *dem Ministerium hier zu sagen, was uns draußen nicht paßt*. Wieder stritt er gegen die Erfassungsmaßnahmen, und wieder operierte er dabei mit dem Beispiel seiner Heimatregion. Diese sei ein Spätdreschgebiet, was bedeutet, daß dort auch noch nach Weihnachten bis Ende Januar ausgedroschen werde. Deshalb sei es überzogen, wenn auch dort die Vorschrift gelte, es müsse zu 80 Prozent ausgedroschen sein, sonst werde kein Schlachtschein erteilt: *Es zeigt sich in meinem Kreis, wo wir im Januar noch dreschen, an Hand der Ablieferungsziffern, die ich gesehen habe, daß wir zu 80 % abgeliefert haben und daß im Monat Dezember die Lagerhäuser derart gefüllt waren, daß man glaubte, sie können nichts mehr aufnehmen. Man darf mit derartigen Maßnahmen den guten Bauern nicht vollends vor den Kopf stoßen*. In diesem Zusammenhang brachte er eine allerdings erst vier Wochen später behandelte Kleine Anfrage⁸⁷ ein, in welcher er sich darüber empörte, daß einige Bauern im Kreis Öhringen Strafbefehle erhalten hätten, nur weil sie die bis zum 1. Januar 1949 geforderte 80prozentige Ablieferung nicht hätten leisten können, obwohl sie am 1. Februar dann die 100 Prozent vorschriftsgemäß abgeliefert hätten.

Die Überprüfungen der *Herren aus Stuttgart* seien sinnlos, weil nur wenige nicht ordentlich ablieferten und daher nur wenige aufgespürt werden könnten, dafür aber der Vertrauensverlust bei den *guten Bauern* schwer ins Gewicht falle. Auch mit den Behörden ging er wieder ins Gericht; vor der Ernte seien die Preise nicht reguliert worden, weshalb die Bauern *bis heute* nicht wüßten, ob sie für den im August abgelieferten Weizen den neuen Preis bekämen oder nicht. *Daß so ein Bauer langsam tut mit der Ablieferung und sagt, vielleicht gehen die Preise wieder in die Höhe, dann bin ich der Dumme, deshalb werde ich mich hüten, alles herzugeben, das ist verständlich*. Beim Zuckerrübenpreis herrsche ebenfalls völlige Unklarheit, weil sich die verschiedenen Gremien in Frankfurt und Stuttgart nicht einigen könnten. Er warf die Frage auf, welcher Berufsstand sich das noch gefallen lassen und nicht streiken würde. Die am grünen Tisch beschlossenen Maßnahmen müßten zurückgenommen, die Erfassung weniger penibel durchgeführt und Preisklarheit geschaffen werden – das waren Herrmanns Kernforderungen. Der Landwirtschaftsminister schilderte danach seine Schwierigkeiten, den Anforderungen der Besatzungsmacht nach gründlicher Erfassung überhaupt nachzukommen, versuchte die Maßnahmen des Ministeriums zu rechtfertigen und sicherte zu, daß für bereits früher geliefertes Getreide nachgezahlt werde.

86 Ebd., S. 2541–2542. Herrmann sprach nach dem Berichterstatter Albert Pflüger, der den Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses betr. die Erfüllung der Getreideumlage erläutert hatte.

87 Beilage 962, behandelt in Vhdl. LWB, 110. Sitzung (23. Februar 1949), S. 2650. Da Herrmann wegen Krankheit an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, vertrat sein Fraktionskollege Wilhelm Rath (1892–1967) – ebenfalls Landwirt – die Anfrage. Ministerialrat Eberhardt vom Landwirtschaftsministerium sicherte zu, daß jeder Einzelfall geprüft worden sei und daß im übrigen die Möglichkeit bestehe, mit der Sache vor Gericht zu gehen. Im Kern antwortete er auf rein formaler Basis und führte die geltenden Vorschriften nochmals an.

Geradezu verärgert und sehr heftig trat Herrmann bei der Zweiten Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1949 (Einzelplan VII – Landwirtschaftsverwaltung)⁸⁸ auf. Zunächst lobte er den Landwirtschaftsminister und die Bauern, *die sich noch im letzten halben Jahr, obwohl die gewerbliche Wirtschaft ihre Fesseln losgeschüttelt und freie Märkte gehabt hat, an die Zwangswirtschaft gebunden gefühlt haben und pflichtgemäß ihre Lebensmittel abgeliefert haben*. Es sei aber nicht nur Sache der Bauern, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen, sondern dies liege im Interesse des gesamten Volkes. Es könne daher nicht nur so sein – wie die Abgeordnete Franziska Schmidt (1899–1979) von der SPD ausgeführt hatte –, daß die Bauern auf die Stadtbevölkerung Rücksicht nehmen müßten, sondern auch umgekehrt. Für ihn war alles falsch, was zuvor gesagt worden war. Herrmanns Rede wurde ständig durch Zwischenrufe des Abgeordneten Pflüger unterbrochen, der behauptete, Herrmann habe Frau Schmidts Worte völlig falsch verstanden. Diese habe nichts gegen die Landwirtschaft gesagt.

Herrmann ignorierte die Zwischenrufe weitgehend und kam auf den von ihm und Kollegen anderer Fraktionen eingebrachten Antrag⁸⁹ ein, die Reichsnährstandsabgaben, die nun Abgaben zur Förderung für die Landwirtschaft hießen, endlich aufzuheben. Dies sei ein alter Zopf. Deshalb bitte er darum, den Antrag anzunehmen. Wieder zu den Ausführungen der Abgeordneten Schmidt zurückkehrend, bekannte er daß es ihn immer *sonderbar* [berühre], *wenn in Württemberg-Baden soviel über die Bodenreform gesprochen wird. Die Bodenreform wurde seinerzeit aus politischen Gründen angeordnet. In Württemberg-Baden spielt sie diese große Rolle nicht. Erstens haben wir keine großen Güter in dem Ausmaß, daß wirklich etwas Praktisches dabei herauskommt, daß wirklich Siedlungsstellen geschaffen werden werden können, und zwar auch wirklich in einer Größe, daß der Siedler, der Bauer, der nachher draufkommt, auch existieren kann*. Es mache keinen Sinn, Kleinsiedlungen zu schaffen, um einem Nebenerwerb nachzugehen. Ein Bauer habe so viel Arbeit, daß er keinem Nebenerwerb nachgehen könne. Und ein Beispiel aus seinem Wahlkreis durfte natürlich auch hier nicht fehlen; gerade in der Heilbronner Gegend sei die Landabgabe nicht immer mit Vorteilen für die kleineren Bauern verbunden *denn zum größten Teil haben hier die kleinen Bauern Pachtgrundstücke, Pachtland im Besitz, und zwar schon seit Jahrzehnten, vielleicht schon 100 Jahre. Wenn sie die nun evtl. abgeben sollen, so ist das nicht immer ein Vorteil. Ich kenne die Verhältnisse aus meiner Gegend, wo in der Nähe der Fürst Hohenlohe sitzt; das sind Waldgüter. Aber immerhin, der Bauer hat sich seit Generationen darauf eingestellt, daß er 4 oder 5 Morgen Pachtland hat. Wenn die abgezogen werden, schaffen wir vielleicht eine Siedlerstelle, während wir 3–4 Bauern die Möglichkeit nehmen, noch auf ihrer Scholle halbwegs ehrlich und redlich weiterzukommen*.

88 Vhdl. LWB, 127. Sitzung (2. Juni 1949), S. 3112–3115 sowie S. 3129 (persönliche Bemerkung).

89 Beilage 1189. Landwirtschaftsminister Stooß sagte später, ebd., S. 3128, er habe gegen den Antrag nichts einzuwenden, er sei aber insofern sinnlos, als die Entscheidung darüber nicht in Stuttgart, sondern in Frankfurt falle. Es wurde in der Sitzung nicht mehr über ihn abgestimmt. In der folgenden Sitzung am 14. Juni 1949 wurde er angenommen.

Weiter war er der Ansicht, die Arbeit auf dem Bauernhof werde als *Strafarbeit* betrachtet und der Bauer als *zweitrangiger Mensch*, weshalb niemand in der Landwirtschaft arbeiten wollte. Die Abwanderung von den Höfen sei ein großes Problem. Verständnis für die Situation der Bauern habe niemand. Er werde als *Spitzbube* und *Packesel* angesehen. Das müsse sich nun endlich ändern, weil es nicht den Tatsachen entspreche, und der Bauer müsse vor allem auch im Parlament Verständnis finden.

Albert Pflüger⁹⁰ ließ die Gelegenheit, Herrmann noch ein bißchen mehr zu ärgern als vorher schon durch seine Zwischenrufe, nicht ungenutzt vorüberziehen. Dabei wurde auch er polemisch, was er zuvor Herrmann vorgeworfen hatte. Dessen Rede habe ihn *an die übelsten Methoden der Bauernbundszeit erinnert*, wetterte der neben Landtagspräsident Keil als Senior der württembergischen Sozialdemokratie geltende Pflüger. Es sei kein Wort gesprochen worden, welches ihm Anlaß gegeben hätte, eine solche Rede zu halten. *Ich habe es sehr bedauert, daß der Herr Abg. Herrmann, anstatt Stadt und Land zusammenzuführen, alles getan hat, um Stadt und Land auseinanderzureißen.* Alles, was Herrmann gesagt habe, sei falsch, und deshalb sei dieser den Tatsachen nicht gerecht geworden. Herrmann erhielt danach das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: *Der Herr Abg. Pflüger hat geglaubt, mich vorher polemisch angreifen zu müssen. Ich ersehe aus diesen Angriffen, daß er von der Landwirtschaft und den Verhältnissen dort tatsächlich nichts versteht.* Pflüger quittierte diese Äußerung mit den Worten, daß er die Art bedaure, wie Herrmann aufgetreten sei, und daß er noch mehr bedaure, daß dieser keine *anständige Antwort* auf seine Ausführungen gefunden habe.

Was solche Auseinandersetzungen vor dem Plenum angesichts der ernststen Probleme der Zwangswirtschaft mit Erfassung und Ablieferung als Strafmaßnahmen der Alliierten gegenüber den Deutschen bringen sollten, bleibt das Geheimnis der Redner.

»Bundespolitisches« Zwischenspiel

Neben seinem Einsatz als Interessenvertreter der Bauern und als Berichterstatter des Finanzausschusses vermag man eine darüber hinaus gehende Aktivität Friedrich Herrmanns in diesem wichtigen Jahr (1948/49) der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht zu erkennen. Die Konstituierung des deutschen Weststaates wurde im Parlamentarischen Rat vorbereitet, die Gespräche über das Besatzungsstatut fanden statt, ebenso die Verhandlungen über den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Staaten Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern – aber in seinen Parlamentsbeiträgen ist davon bestenfalls am Rande die Rede. Auch an der Debatte über die Annahme des Grundgesetzes im Landtag, die am 18. Mai 1949 stattfand, hat sich Herrmann nicht beteiligt. Er trug lediglich

90 Rede Pflügers ebd., S. 3122–3123.

einen Antrag der DVP-Fraktion⁹¹ mit, welcher Bonn als provisorische Bundeshauptstadt ablehnte und das Staatsministerium aufforderte, bei einer nächsten Ministerpräsidentenkonferenz darauf hinzuwirken, *daß für die endgültige Wahl des vorläufigen Bundessitzes ausschließlich die hierzu nach Frankfurt einzuberufende Bundesversammlung für zuständig erklärt wird.* Bei der namentlichen Abstimmung über die Annahme des Grundgesetzes stimmte Herrmann mit Ja. Am 30. August 1949 wurde Herrmann vom Landtag zum Delegierten für die Bundesversammlung zur Wahl des ersten Bundespräsidenten gewählt⁹². Das Land Württemberg-Baden war bei diesem Wahlakt, der am 12. September 1949 in Bonn vorgenommen wurde, mit insgesamt 33 Abgeordneten vertreten, wobei die DVP vier Landtagsabgeordnete und zwei auf ihren Vorschlag gewählte Bürger dorthin entsendete. Man wird davon ausgehen dürfen, daß Herrmann seine Stimme für den Parteifreund Theodor Heuss abgab, der im zweiten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Es ist nun auch noch auf Herrmanns Kandidatur für den 1. Deutschen Bundestag einzugehen, der am 14. August 1949 gewählt wurde. Von der Vertreterversammlung der DVP war er als Kandidat des Wahlkreises 11 aufgestellt worden und warb für sich wie folgt⁹³: *Es ist selbstverständlich, daß ich mich im Falle meiner Wahl als Vertreter eines überwiegend ländlichen Wahlkreises und selbst als Bauer vorwiegend für die Belange der Landwirtschaft einsetzen werde. Die Belange der deutschen Landwirtschaft können aber nur im Rahmen der Gesamtwirtschaft, die ohne einen gesunden Binnenmarkt nicht denkbar ist, gesehen werden. Die Industrie, das Handwerk und die Landwirtschaft müssen auf einander abgestimmt werden zum Wohle der gesamten deutschen Bevölkerung.* Danach breitete er sein politisches Credo in aller Deutlichkeit und in holprigem Deutsch aus: *In erster Linie muß das Parlament und die Regierung seine Bundesfinanzen in Ordnung bringen und dabei eine Steuerreform schaffen, damit sich die Steuern nicht wirtschaftshemmend und unmoralisch auswirken und von der Bevölkerung, wenn auch als hart aber doch als gerecht empfunden werden. Zugleich muß die Wirtschaft vollends restlos von den demoralisierenden Fesseln der behördlichen Zwangswirtschaft befreit werden, um sich frei entfalten zu können. Um den sozialen Frieden in Deutschland wieder herzustellen, muß der Wohnungsbau durch Maßnahmen gefördert werden, die es der privaten Initiative der Wohnungsbedürftigen ermöglichen, sich selbst Eigenwohnungen und Eigenheime zu schaffen. Nur dadurch werden die sozialen Spannungen in unserer Heimat verringert oder gar beseitigt.*

91 Nach Überarbeitung (*daß für die endgültige Wahl des vorläufigen Bundessitzes ausschließlich der Bundestag für zuständig erklärt wird*) als Beilage 1148 zur Abstimmung gestellt und angenommen. Vgl. LWB, 121. Sitzung (18. Mai 1949), S. 2970.

92 Vhdl. LWB, 136. Sitzung (30. August 1949), S. 3392–3393. Im Verzeichnis der Mitglieder der ersten Bundesversammlung, in: Die Bundesversammlungen 1949–1989. Eine Dokumentation aus Anlaß der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1994, hg. vom Deutschen Bundestag, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, 1994, S. 33, ist Herrmanns Name nur mit einem »r« geschrieben.

93 Lebenslauf Friedrich Herrmann (wie Anm. 7).

Freies Spiel der Kräfte, vor allem freie Wirtschaft, Steuerreform, Eigentum und Wohnung als stabilisierende Ordnungsfaktoren – mit diesen Kernaussagen ging Herrmann, im 57. Lebensjahr stehend, in den Bundestagswahlkampf. Er brachte ihm nicht den erwünschten Erfolg. Bei einer Wahlbeteiligung von 72,5% im Land Württemberg-Baden gewann die DVP 18,2% der Stimmen und war damit nach der CDU (31%) und der SPD (25,2%) vor der KPD (7,4%) die stärkste Kraft. Die DVP konnte zwei Wahlkreise direkt gewinnen und fünf weitere Abgeordnete über den Landesergänzungsvorschlag in den Bundestag entsenden. Und obwohl Herrmann in seinem Wahlkreis 31,1% der Stimmen erreichte, verfehlte er das Mandat im Bundesparlament. Damit blieb er dem Landtag erhalten, den er offenkundig gerne mit dem Bundestag getauscht hätte, denn wenn er gewählt worden wäre, hätte er sein Mandat im Stuttgarter Landtag zurückgeben müssen.

Herrmanns letztes Jahr in der Legislaturperiode des 1. württemberg-badischen Landtags ist vielleicht am besten mit »Dienst nach Vorschrift« zu überschreiben. Er formulierte Kleine Anfragen, wie etwa zum Thema Holzeinschlag⁹⁴, zur Sicherstellung von Baukrediten durch erststellige Grundschulden⁹⁵ und suchte Mehrheiten für seine Anträge zu finden, um seine Grundziele – wie besonders die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft – durchzusetzen. So wurde am 30. März 1950 der Antrag beraten, Gelände aus ehemaligem Wehrmachtsvermögen zu Siedlungszwecken zur Verfügung zu stellen⁹⁶, was die Diskussion um Bodenreform und Siedlungspolitik noch einmal aufleben ließ und Herrmann auch Veranlassung bot, das Fehlen der Vertreter vom Landwirtschaftsministerium und vom Landessiedlungsamt im Landtag lautstark zu beklagen. Minister Stooß tauchte dann doch noch in der Sitzung auf und konnte erreichen, daß dem ersten Punkt des Antrags (Gelände aus Wehrmachtsvermögen wird vordringlich zu Siedlungszwecken bereitgestellt) zugestimmt wurde, dem zweiten Punkt (Landwirtschaftsministerium soll auslaufende Höfe nicht ankaufen, solange es noch andere Grundstücke zu Siedlungszwecken für *irgendwelche Flüchtlinge* [O-Ton Herrmann] gebe) aber nicht; er wurde dem Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß überwiesen.

Seine letzte parlamentarische Aktivität vor den Wahlen zum zweiten Landtag von Württemberg-Baden war am 25. Oktober 1950 die Vertretung seines Antrags betreffend die Neufeststellung der Einheitswerte für die Land- und Forstwirtschaft nach dem Ertragswert⁹⁷. Dieser Antrag war vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Landwirte in Württemberg ungefähr das Dreifache an Steuern wie die in Schleswig-Holstein bezahlen, unzweifelhaft berechtigt. Herrmann argumentierte geschickt und konzentriert und schloß seine Rede mit den Worten: *Wir sind also dauernd im Nachteil, und ich möchte das Hohe Haus bitten, zuzustimmen, daß von seiten der Regierung das Landesfinanzamt darauf aufmerksam gemacht wird, daß wenigstens eine gleichmäßige Besteuerung wie in anderen deutschen Bundesländern*

94 Beilage 1503, behandelt in Vhdl. LWB, 153. Sitzung (1. Februar 1950), S. 3770–3771.

95 Beilage 1564, behandelt in Vhdl. LWB, 159. Sitzung (15. März 1950), S. 3916.

96 Beilage 1617, behandelt in Vhdl. LWB, 163. Sitzung (30. März 1950), S. 4041 ff.

97 Beilage 1892. Vhdl. LWB, 187. Sitzung (25. Oktober 1950), S. 4772–4773.

hier in Württemberg durchgeführt wird. Da gab es nicht nur Bravo-Rufe von seiner Fraktion; auch Albert Pflüger signalisierte sofort mit freundlichen Worten die Bereitschaft der SPD, Herrmanns Antrag zuzustimmen. Finanzminister Edmund Kaufmann (1893–1953) stimmte dem Antrag in seiner Tendenz ebenfalls zu, gab aber zu bedenken, daß diesbezüglich auch der Bund noch ein Wort mitzureden habe. Deshalb schlug er vor, daß der Antrag umformuliert werden sollte und es nun heißen sollte: *Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, nachdrücklichst dahin zu wirken, daß...* Da Herrmann daraufhin sofort beantragte, dies zum Antrag zu erheben und kein Widerspruch kam, wurde dieser dann einstimmig angenommen. Daß mit dieser Formulierung eine nicht unwesentliche Abmilderung des ursprünglichen Antrags verbunden war, scheint Herrmann nicht gestört zu haben.

Am Ende der Legislaturperiode hatte Herrmann vieles erreicht: unangefochten war er der agrarpolitische Sprecher seiner Fraktion und ein Parlamentarier, an dem man in Württemberg-Baden in Fragen der Landwirtschaft und Ernährung nicht mehr vorbeikam. Sicherlich wäre es ihm möglich gewesen, eine noch bestimmendere Position als Politiker zu erreichen, wenn er im Landtag nicht bisweilen zu scharf und zu angriffslustig vorgegangen wäre. Durch seine Dauerkritik am Landwirtschaftsministerium hatte er sich zudem dort nicht gerade Freunde gemacht. Freilich wird er nicht damit gerechnet haben, daß ihm diese Kritik einmal nachhaltig das Leben schwermachen würde, weil er selbst zum Chef dieses von ihm nicht sehr geschätzten Ministeriums »aufsteigen« sollte...

Landwirtschaftsminister von Württemberg-Baden 1951/1952

Bei der Landtagswahl vom 19. November 1950 trat Herrmann in seinem Wahlkreis wieder als Kandidat der DVP an. Er erreichte bei einer sehr schlechten Wahlbeteiligung von 55,9%, die noch unter dem Landesdurchschnitt lag, ein hervorragendes Stimmenergebnis: 32% der abgegebenen Stimmen entfielen im Wahlkreis Öhringen-Künzelsau auf ihn. Nur im Wahlkreis Böblingen erzielten die Liberalen ein noch besseres Ergebnis (35%). Die CDU lag mit 33,3% nur unwesentlich über Herrmanns Stimmenzahl, konnte aber ihren Vertreter wieder direkt in den Landtag bringen, während Herrmann ein weiteres Mal über die Landesvorschlagsliste zu seinem Sitz kam⁹⁸. Daß dieser Erfolg seine Stellung innerhalb der Landespartei und in der Fraktion nachhaltig stärkte, sei schon an dieser Stelle festgehalten. Landesweit brachte die Wahl Überraschungen. Die Partei von Ministerpräsident Reinhold Maier konnte sich leicht verbessern und holte 21 Prozent der Stimmen, verfügte damit nun über 22 Mandate (gegenüber 19 im ersten Landtag). Die SPD wurde mit 33 Prozent stärkste Partei und gewann 34 Sitze im Parlament (32). Klarer Wahlverlierer war die CDU, die nur noch 28 Abgeordnete in den Landtag

98 Zu den Wahlergebnissen siehe Statistisches Jahrbuch (wie Anm. 51), S. 349.

entsenden konnte (39). Die KPD scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Dafür brachte die Interessenvertretungspartei der Heimatvertriebenen (DG-BHE) auf Anhieb 16 Vertreter in das Parlament. Es lag auf der Hand, daß die bestehende Regierungskoalition auf dieser Grundlage nicht bestehen bleiben konnte. Mit Schreiben vom 5. Dezember 1950⁹⁹ erklärte Reinhold Maier daher den Rücktritt der bisherigen Regierung, die bis zur Wahl einer neuen geschäftsführend im Amt bleibe. Da sich die CDU unter dem bestimmenden Einfluß ihres Fraktionsvorsitzenden Franz Wiedemeier (1890–1970) entschieden hatte, an der neuen Regierung nicht mehr beteiligt sein zu wollen¹⁰⁰, lag ein SPD-DVP-Bündnis nahe. Erste Koalitionsverhandlungen verliefen aber ohne Einigung, so daß bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 12. Dezember 1950 der Wagen erst einmal gegen die Wand gefahren wurde: die DVP präsentierte Reinhold Maier als Kandidaten, die SPD den bisherigen Wirtschaftsminister Hermann Veit (1897–1973). Beide erhielten nicht die erforderliche Mehrheit, so daß im alten Jahr keine Regierung mehr gebildet werden konnte¹⁰¹.

Zunächst einmal deutete nichts darauf hin, daß Friedrich Herrmann dieser neuen Regierung angehören würde. Er war wieder Mitglied des Landtagspräsidiums und in den Rechtsausschuß des Landtags gewählt worden, was Landtagspräsident Keil am Vormittag des 11. Januar 1951 bekanntgab. Die Einzelheiten, wann und in welcher Weise Maier an seinen Parteifreund Herrmann herangetreten ist und ihn gebeten hat, das Amt des Landwirtschaftsministers zu übernehmen, bleiben ebenso im Dunkel wie Herrmanns Reaktion darauf. Freudig zugesagt wird er nicht haben, ist zu vermuten. Aber er ließ sich einbinden und in die Pflicht nehmen, weil die Koalitionsarithmetik der DVP das Ministerium reserviert hatte und er in der Partei der einzige war, der dieses Amt ausfüllen konnte.

Da sich DVP und SPD in den Weihnachtsferien doch noch geeinigt hatten, konnte wenig später doch Reinhold Maier mit 53 von 91 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Er bedankte sich für die Wahl und gab unmittelbar im Anschluß daran die Namen der neuen Minister bekannt. Das Justizministerium übernahm der Ministerpräsident selbst. Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde Hermann Veit (SPD), Innenminister blieb Fritz Ulrich (SPD), Kultminister wurde Pfarrer Dr. Gotthilf Schenkel (1889–1960; SPD), Finanzminister Rechtsanwalt Dr. Karl Frank (1900–1974; DVP), Arbeitsminister der bisherige Ministerialdirektor im Arbeitsministerium David Stetter (1882–1963; SPD). Zum Landwirtschaftsminister

99 Vhdl. LWB, 1. Sitzung (5. Dezember 1950), S. 2.

100 Vgl. dazu die zutreffende Bemerkung von R. Maier: *Erinnerungen 1948–1953*, Tübingen 1966, S. 319: »Er (Wiedemeier; F. R.) hatte seine Fraktion nicht aus Opposition gegen die Landespolitik der Jahre 1946 bis 1950 aus der Regierung herausgenommen, sondern aus persönlicher Unzufriedenheit sich und seine Partei auf die Seite gestellt«.

101 Vgl. zur Regierungsbildung 1950/51 Maier (wie Anm. 100), S. 309–317; K.-J. Matz: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 89), Düsseldorf 1989, S. 369–372; P. Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978, S. 468–470.

wurde Friedrich Herrmann berufen, nach dem Urteil des Ministerpräsidenten ein »vollwertiger Nachfolger« des »geschickten und tatkräftigen« Heinrich Stooß¹⁰². Die Regierung wurde am Nachmittag desselben Tages nach namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 33 Stimmen im Amt bestätigt. Die CDU-Fraktion hatte dagegen gestimmt, weil sie vor der Bestätigung die Regierungserklärung forderte. Die Minister konnten nun vereidigt werden¹⁰³ und ihre Amtstätigkeit aufnehmen. Es ist verständlich, daß Herrmanns Ernennung in seinem heimatlichen Wahlkreis besonderes Aufsehen erregte. Die »Hohenloher Zeitung« meldete am Tag danach, daß »führende Parlamentarier und Kreisbehörden bedauern, daß Öhringen durch die Ernennung Herrmanns zum Minister eines der rühmlichsten und fähigsten Kreistagsmitglieder verliert. Auch die übrigen zahlreichen Ehrenämter und Posten, die Herrmann hier im Kreis ausfüllte, wird der neue Minister aufgeben müssen. Wann er sein Amt antreten und ob er dazu ganz nach Stuttgart übersiedeln wird, ist noch nicht bekannt«. Am 13. Januar teilte das Blatt den Lesern mit, schon bisher sei der neue Minister bis zu 20 Tage im Monat in Stuttgart gewesen, weshalb sein Sohn Rudolf die Führung des »mittelbäuerlichen Betriebes« habe übernehmen müssen, »dem darüber hinaus noch seine (Friedrich Herrmanns; d. Verf.) sehr rüstige Frau vorsteht«¹⁰⁴.

In seiner Regierungserklärung vom 24. Januar 1951¹⁰⁵ kam Maier freimütig darauf zu sprechen, daß das Landwirtschaftsministerium der *Eckpfeiler* bei Einsparungsmaßnahmen und bei der Staatsvereinfachung sei. Der Ministerpräsident erläuterte vor dem Landtag, daß er das Ministerium nicht dem Wirtschaftsministerium eingegliedert habe, weil diese Maßnahme es der Opposition allzu leicht gemacht hätte, die Regierung der Bauernfeindlichkeit zu zeihen. *Seit eineinhalb Jahren habe ich mich persönlich immer wieder bemüht, dem Landtag und dem Landwirtschaftsminister klarzumachen, daß der Aufhebung des Landwirtschaftsministeriums eine Neuordnung der staatlichen Landwirtschaftsverwaltung voranzugehen hat, eine Neuordnung an Haupt und Gliedern*, sagte Maier und kam dann auf Herrmanns kritische Einschätzung in bezug auf das Ministerium zu sprechen: *Ich bin mit dem neuen Landwirtschaftsminister seit langem darüber einig, daß das Landwirtschaftsministerium einen wenig befriedigenden Aufbau hat, daß ministerielle Grundsatzfragen und gleichzeitig Aufgaben der Verwaltung der untersten Instanz von ihm unterschiedslos wahrgenommen werden, daß zweckmäßigerweise die ersteren einem Ministerium mit kleinem schlagkräftigem Personal zuzuteilen sind, die letzteren unter Umständen einer Verwaltungsmittelinstanz nach dem Vorbild der früheren Zentralstelle für Landwirtschaft. Die staatliche Landwirtschaftsverwaltung wird ferner ihre Ergänzung und*

102 Maier (wie Anm. 100), S. 317.

103 Die Eidesformel lautete: »Ich werde die Verfassung und die Gesetze des Staates achten, befolgen und verteidigen. Ich werde das mir übertragene Ministeramt gerecht und unparteiisch verwalten und meine Amtspflichten jederzeit gewissenhaft erfüllen. Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe«. Vgl. LWB, 5. Sitzung (11. Januar 1951), S. 55.

104 Hohenloher Zeitung (wie Anm. 69).

105 Vhdl. LWB, 6. Sitzung (24. Januar 1951), S. 61–76. Die die Landwirtschaft betreffenden Passagen S. 65/66 und 71/72.



Abb. 3 Fraktionsfest der DVP im Remstal 1951. Friedrich Herrmann in der zweiten Reihe vierter von rechts.

gleichzeitig eine ganz wesentliche Entlastung erfahren durch ein zu begründendes Selbstverwaltungsorgan der Landwirtschaft, nämlich einer Landwirtschaftskammer, deren Bildung er schon seit langem gefordert habe. Auch Herrmann sehe die Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung als seine Hauptaufgabe an, die er mit Tatkraft in Angriff nehmen werde. Wenn dann der Südweststaat komme, sei ein eigenständiges Landwirtschaftsministerium mit klarem Aufbau und Zuständigkeiten ohnehin notwendig; komme der Südweststaat aber nicht, könne es mit dieser klaren Gliederung umso leichter aufgelöst und anderen Ministerien eingegliedert werden.

In seinen weiteren einschlägigen Ausführungen benutzte Maier Wendungen, die wie Musik in Herrmanns Ohren klingen mußten. Da war vom Bauernstand als der *Grundsäule unserer württemberg-badischen Wirtschaft* die Rede. Besonders die mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Betriebe hätten das Augenmerk der Regierung. Es müsse für Preisgerechtigkeit und für eine Verbesserung der Entlohnung in der Landwirtschaft gesorgt werden, um der Landflucht Einhalt zu gebieten. Die Produktion müsse gesteigert werden, weshalb es auch sehr wichtig

sei, den bäuerlichen Nachwuchs gut zu schulen. Die Bodenreform sei praktisch abgeschlossen; eine wesentliche Aufgabe des Ministeriums in der nächsten Zeit sei die Verwertung des angefallenen Landes. Weniger Freude dürfte Herrmann lediglich die Ankündigung seines Regierungschefs bereitet haben, vermehrt Flüchtlinge in auslaufenden Höfen anzusetzen. Aber insgesamt betrachtet befanden sich Maier und Herrmann landwirtschaftspolitisch im völligen Gleichklang. Weniger glücklich mit der Regierungserklärung war erwartungsgemäß der CDU-Fraktionsvorsitzende. Franz Wiedemeier biß sich in der Aussprache über die Regierungserklärung am folgenden Tag¹⁰⁶ sogleich an der Besetzung des Landwirtschaftsministeriums mit Herrmann fest. Diese sei *eine etwas eigene, merkwürdige und nicht ganz unbedenkliche Sache*, denn *es wurde nämlich ausgerechnet der Mann zur Leitung bestellt, der am meisten die Zerschlagung bzw. Auflösung propagiert hat*. Die CDU habe Maiers Worte so verstanden, als wenn es Hauptaufgabe des Ministers sei, sein eigenes Ministerium langsam abzubauen. Wiedemeier betonte, daß die CDU für die Erhaltung des Landwirtschaftsministeriums in jedem Falle sei, da die Landwirtschaft eine solch *außerordentlich große Bedeutung* habe. Die Absicht Wiedemeiers, die CDU als die einzig wahre Interessenvertretungspartei der Bauern gegenüber den »Abwirtschaftern« Maier und Herrmann in Position zu bringen, war unübersehbar. Andererseits kritisierte Wiedemeier, daß offensichtlich geplant sei, im Landwirtschaftsministerium einen Ministerialdirektor einzusetzen, den es bisher dort nicht gegeben habe. Es war zu befürchten, daß Herrmanns Ministerium zum politischen Zankapfel der nächsten Zeit werden würde.

Der neue Minister stand an der Spitze einer Verwaltung, die in ihrem Aufbau und ihrer Arbeitsweise ganz maßgeblich durch seinen Vorgänger Stooß geprägt worden war. Er hatte sie überhaupt aufgebaut, das Personal ausgesucht und die Zuständigkeiten bestimmt. Im wesentlichen war das Landwirtschaftsministerium in den ersten Jahren seines Bestehens ein Kontrollorgan für die reguläre Ablieferung der Bauern gewesen, eine Prüfinstanz, die immer wieder unangemeldet Beamte auf die Bauernhöfe des Landes schickte, um nachzusehen, ob nicht betrogen wurde. Außerdem war es mit der Durchführung der Bodenreform und der neuen Nutzung von Siedlungsland beauftragt. Da der Strafmechanismus der Ablieferungen sich erheblich gelockert hatte und die Bodenreform zum größten Teil durchgeführt war, lagen neue Aufgaben vor dem Ministerium, die Ministerpräsident Maier in der Regierungserklärung kurz skizziert hatte: Hilfestellung beim Aufbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung und organisatorischer Neuaufbau der Landwirtschaftsverwaltung (mit eindeutigen Zuständigkeiten) waren die Hauptziele.

Daß die Zuständigkeiten nicht klar verteilt waren, zeigte sich schon bei Herrmanns erstem Auftreten als Minister vor dem Landtag, als er eine Große Anfrage des Abgeordneten Stooß und Gen. betreffend das Auftreten von Trockenschäden im

Fassungsgebiet der Landeswasserversorgung beantworten sollte¹⁰⁷. Die Beantwortung dieser Großen Anfrage sei eigentlich Sache des Innenministeriums, teilte Herrmann mit. *Aber es sind noch Vereinbarungen zwischen dem Innenministerium und dem Landwirtschaftsministerium nötig.* Bei anderen Themen gab es Überschneidungen mit dem Wirtschaftsministerium. Im Landtag hatte Herrmann sich zunächst mit einer Flut von Anfragen und Anträgen zu befassen, die hier einzeln aufzuführen den Rahmen sprengen, aber ein detailliertes Bild der Zustände in der Landwirtschaft bieten würden.

Die Probleme, die ihn als Abgeordneten beschäftigt hatten, blieben zum Teil auch weiter auf der Tagesordnung. Nur begegnete er ihnen nun gewissermaßen von der anderen Seite. Beispielhaft sei herausgegriffen die Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Wilhelm Kleinknecht (1893–1966), der sich nach der Bereitstellung von Siedlerland erkundigte und auf Verzögerungen und Versäumnisse namentlich im Kreis Ludwigsburg hinwies. Herrmann – der früher als Abgeordneter durchaus eine solche Anfrage auch selbst hätte stellen können –, erteilte nun eine Antwort¹⁰⁸, wie sie üblicherweise von einem Minister zu erwarten war: sie orientierte sich an den rechtlichen Vorschriften und den Gegebenheiten und mahnte an, daß nicht alles so schnell gehen könnte, wie man es sich vielleicht manchmal wünsche: *Die Besiedlung des gesamten angefallenen Bodenreformlandes ist aus technischen wie finanziellen Gründen nicht überall im gesamten Lande innerhalb eines Jahres durchzuführen. Sie muß sich vielmehr auf mehrere Jahre verteilen. Dort, wo jedoch ein dringender und begründeter Landbedarf vorliegt, kann derselbe innerhalb kürzester Zeit befriedigt werden.*

Ein anderes Beispiel war die Große Anfrage seines Parteifreundes Haußmann betreffend die ausreichende Beschaffung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die in Verbindung mit zwei Anträgen anderer Abgeordneter am 8. Februar 1951 auf der Tagesordnung stand¹⁰⁹. Hier antwortete zunächst der Wirtschaftsminister, ehe Herrmann zu Worte kam. Dieser wies darauf hin, daß die staatliche Vorratshaltung Bundessache sei und sein Ministerium darüber keinen *vollständigen Überblick* habe. Heinrich Stooß beantragte, da die Antwort des Ministers noch Fragen offengelassen habe, die Überweisung der Großen Anfrage und der Anträge an den Landwirtschaftsausschuß, was auch so beschlossen wurde. Als diese Gegenstände am 21. Februar wieder Gegenstand der Beratung waren, wiegelte Herrmann die Befürchtungen, es könne eine Mangellage entstehen, ab¹¹⁰. Freilich müßten aber alle Anstrengungen unternommen werden, um das bisher nicht gelieferte Auslandsgetreide noch zu erhalten, das fest zugesagt gewesen sei: *Es ist eine Tatsache,*

107 Beilage 60. Vhdl. LWB, 9. Sitzung (26. Januar 1951), S. 123.

108 Beilage 85. Vhdl. LWB, 11. Sitzung (7. Februar 1951), S. 183.

109 Große Anfrage der Abg. Wolfgang Haußmann und Gen. betr. die ausreichende Beschaffung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen (Beilage 3, 119) in Verbindung mit dem Antrag der Abg. Leeger und Gen. betr. die Freigabe von Zucker in ausreichender Menge (Beilage 25) und dem Antrag der Abg. Stooß und Gen. betr. Neuregelung des Fettgehalts und des Preises der Frischmilch (Beilage 127), behandelt im Vhdl. LWB, 12. Sitzung (8. Februar 1951), S. 227–235.

110 Vhdl. LWB, 15. Sitzung (21. Februar 1951), S. 357–358.

daß der Vorrat, der im Lande vorhanden ist, jeden Monat geringer wird, weil die Zulieferung von Auslandsgetreide nicht so groß ist wie unser wirklicher Verbrauch. Von seiten des Landwirtschaftsministeriums wird in der Woche zwei- bis dreimal das Bundesministerium an diese Tatsache erinnert, bis jetzt aber mit wenig Erfolg. Deshalb habe er jetzt das Staatsministerium gebeten, weitere Schritte einzuleiten, um die Bevorratung zu sichern.

Etwas überzeugender und weniger hilflos wirkte Herrmann, als er sich in der Landtagssitzung vom 8. Februar zur Regelung des Milchpreises äußerte. Dies sei ausschließlich Sache des Landwirtschaftsministeriums. Der Milchpreis dürfe nicht gesenkt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber auch nicht erhöht werden; der ideale Zeitpunkt für eine Erhöhung des Milchpreises sei wegen der Milchschwemme im Frühjahr 1950 gewesen, aber verpaßt worden. *Ich kann nicht mit 2,8 prozentiger Milch Propaganda für deren Absatz machen, sondern ich muß erstklassige Milch (womit eine Milch mit 3,4% Fettgehalt gemeint war; d. Verf.) auf den Markt bringen, um der Bevölkerung sagen zu können: Trinkt Milch!* rief der überzeugte Milchgenossenschaftler Herrmann ins Plenum. Als Minister war er übrigens offenkundig auch für sich selbst noch gewöhnungsbedürftig; nach einer Wortmeldung von Stooß sprach er von diesem als vom *Herrn Landwirtschaftsminister* . . .

Der ständige Zwang, sich mit allen – und es waren zahlreiche – Fragen der Landwirtschaftspolitik zu befassen, verwandelte Herrmann innerhalb weniger Monate in einen kenntnisreichen Routinier, den nichts mehr so leicht aus der Fassung brachte. Als im Landtag die Große Anfrage der Abg. Berberich und Gen. betreffend Verlängerung der 1-Promille-Abgabe für die Landwirtschaft an ihn gestellt wurde¹¹¹, wurde er mit einer Forderung konfrontiert, die er selbst vor zwei Jahren als Abgeordneter gestellt hatte¹¹². Diese Abgabe war vom Frankfurter Wirtschaftsrat auf die Dauer von drei Jahren als Fortsetzung der früheren Reichsnährstandsabgabe beschlossen worden. Nun plane die Bundesregierung, diese ungerechte Abgabe noch einmal um ein Jahr zu verlängern, beklagte sich der Antragsteller August Berberich (1912–1982), CDU-Abgeordneter und Landwirt aus Gottersdorf. Nur die zeitliche Begrenzung der Abgabe habe seinerzeit die Unruhe und den Unmut unter den Landwirten in Grenzen gehalten. Welche Haltung werde die Staatsregierung in dieser Frage im Bundesrat einnehmen, wollte er nun vom Landwirtschaftsminister wissen.

Dieser teilte mit, er habe sich im Agrarausschuß des Bundesrates bei der Abstimmung enthalten, weil der württemberg-badische Ministerrat dazu noch keine Stellung bezogen habe. Dennoch habe der Agrarausschuß des Bundesrates das entsprechende Gesetz, welches die Verlängerung der Abgabe um ein weiteres Jahr vorschreibe, mit Mehrheit angenommen und danach der Ministerrat einstimmig seine Zustimmung dazu gegeben. Berberich drückte seine Überraschung über das Verhalten Herrmanns aus, der sich vor zwei Jahren doch selbst dagegen ausgesprochen habe, und zitierte im Wortlaut aus dem Plenarprotokoll. Der Minister

111 Beilage 191. Vhdl. LWB, 17. Sitzung (7. März 1951), S. 430–431.

112 Vgl. S. 258 und Anmerkung 89.

erläuterte sein Verhalten: damals habe er gedacht, die Gelder aus der Abgabe verschwänden *irgendwo im Staatshaushaltsplan*. Dem sei aber nicht so. Tatsächlich würden sie für den Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung verwendet, ganz so, wie es der Präsident des deutschen Bauernverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Andreas Hermes (1878–1964), im Wirtschaftsrat gefordert habe. Herrmann stellte klar, daß er sich bei der Abstimmung nicht enthalten habe, weil er dafür oder dagegen sei, sondern weil der Ministerrat noch keine Stellung genommen hatte. Im folgenden gab er Auskunft darüber, für welche Zwecke die Gelder verwendet würden. Die CDU wehrte sich dennoch weiterhin gegen diese Abgabe und ließ ausgerechnet durch Johann Klein (1874–1956) – in der Weimarer Republik Abgeordneter des Bauern- und Weingärtnerbundes im württembergischen Landtag und damals Herrmanns Fraktionskollege – mitteilen, daß man bisher nicht wisse, wie die neue Organisation der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung aussehen solle. *Daß dafür im voraus Gelder angesammelt werden, dafür sind wir absolut nicht zu haben*. Darüber mußte sich der souverän agierende Minister nicht sonderlich aufregen, weil, wie gesagt, die Länderparlamente hier nicht das Sagen hatten, sondern der Bund, und die Entscheidung für die Verlängerung der 1-Promille-Abgabe bereits gefallen war. Bei dieser Gelegenheit bleibt festzuhalten, daß Friedrich Herrmann durch seine Berufung zum Minister auch stellvertretendes Mitglied des Deutschen Bundesrates wurde¹¹³. Auch sein Vorgänger Stooß war dessen stellvertretendes Mitglied gewesen. In der Länderkammer gehörte Herrmann dem Agrarausschuß an, der zu der Zeit, als er dort eintrat, gerade keinen Vorsitzenden hatte. Erst im September 1951 übernahm der niedersächsische Landwirtschaftsminister Friedrich von Kessel (DG-BHE) den Vorsitz, den er bis 1957 innehatte. Herrmann äußerte sich in seiner fünfzehnmonatigen Amtszeit als württemberg-badischer Minister nur einmal vor dem Bundesrat. Das war am 16. März 1951¹¹⁴, als er als Sprecher des Agrarausschusses darum warb, den Änderungsvorschlägen zum Gesetz über die steuerliche Behandlung von Tabakerzeugnissen besonderer Eigenart zuzustimmen, weil dergestalt *sowohl den Bedenken des Herrn Bundesfinanzministers als auch den Interessen der Tabakpflanzler in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen wird*. Den Änderungsvorschlägen wurde denn auch zugestimmt.

Das erste Gesetz, welches das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden unter der Leitung Friedrich Herrmanns auf den Weg bringen wollte, war das zweite Änderungsgesetz Nr. 641 zum Gesetz Nr. 614 über die vorläufige Regelung der Jagd, dessen erste Beratung am 14. März 1951¹¹⁵ stattfand. Es wird hier näher darauf eingegangen, um aufzuzeigen, wie mühsam es auch in scheinbar

113 Auf Beschluß des Ministerrats, den Reinhold Maier mit Schreiben vom 6. Februar 1951 dem Landtag mitteilte. Demnach waren Ministerpräsident Maier und die Minister Ulrich, Frank und Stetter Mitglieder und Herrmann sowie Kultminister Schenkel stellvertretende Mitglieder des Bundesrates. Vgl. Vhdl. LWB, 12. Sitzung (8. Februar 1951), S. 213.

114 Sitzungsbericht Nr. 52 des Deutschen Bundesrates (16. März 1951), ausgegeben am 30. März 1951, S. 207C.

115 Beilage 210. Vhdl. LWB, 18. Sitzung (14. März 1951), S. 277–278.

ganz klaren, einfachen, rein formalen Dingen war, seitens des Ministeriums einen Konsens im Landtag herzustellen. Sprecher von SPD und CDU hielten den Entwurf für überarbeitungsbedürftig, weshalb sie dessen Überweisung an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß beantragten. Auch Herrmann, der auf den kompromißhaften Charakter des Entwurfs hinwies, meinte, das weitere solle der Ausschuß klären.

Zum 1. April 1951 war das alte Jagdgesetz abgelaufen. Es ging bei der Regierungsvorlage also lediglich um ein Änderungsgesetz, um die Geltungsdauer des alten Gesetzes bis zur Verabschiedung eines neuen Jagdgesetzes zu verlängern. Dennoch schien eine Einigung unmöglich. In der Sitzung am 20. April wurde der Entwurf nämlich samt Änderungen¹¹⁶ vom Landtag abgelehnt. Das wird man nicht als persönliche Niederlage des Ministers werten müssen; da er sich aber, als er sich in der Sitzung für die Annahme des Entwurfes einsetzte und drohte: *Wenn Sie das ablehnen, dann ist meines Erachtens kundgetan, daß man auch dem Bauern das letzte Recht wegnehmen will zugunsten einiger Jagdpächter, die meist in den Großstädten leben und mit den Bauern machen können, was sie wollen*, doch sehr stark »aus dem Fenster lehnte« und trotzdem nichts erreichte, war dieser Tag sicherlich kein Freudentag für ihn.

Einen Monat später stand ein nunmehr veränderter Entwurf zur ersten Beratung an¹¹⁷. Erneut wurde sofort eine Überweisung an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß beantragt. Der Minister versuchte daraufhin nochmals, den formalen Gehalt des Entwurfs zu erklären und ließ verlauten, daß *in den letzten Tagen bereits schon mit den interessierten Organisationen über einen ganz neuen Jagdgesetzentwurf gesprochen worden sei*. Daher bitte er das Hohe Haus *dringend, den Gesetzentwurf heute in allen drei Beratungen zu beraten und zu verabschieden*. Es handle sich lediglich um die Beendigung eines gesetzlosen Zustandes, wiederholte er gebetsmühlenhaft. Alle guten Worte halfen nichts: aufgrund des Widerspruches des SPD-Fraktionsvorsitzenden Alex Möller (1903–1985) konnte nicht in die zweite Beratung eingetreten werden. Das war nun zweifelsohne eine Niederlage des Ministers im Parlament. Es erwies sich als höchst zeitraubend, für diesen einfachen Gesetzentwurf eine Mehrheit zu finden.

Die zweite Beratung¹¹⁸ brachte ebenfalls nicht das gewünschte Ergebnis. Der Entwurf war laut Auskunft des Landtagspräsidenten keiner Beratung im Ausschuß unterzogen worden, so daß also der gleiche Entwurf unverändert vorlag, der schon bei der ersten Beratung im Landtag vorgelegen hatte. Albert Pflüger wollte vom Minister wissen, wie es mit dem neuen Jagdgesetz aussehe, worauf Herrmann antwortete: *Das Landwirtschaftsministerium ist bestrebt, dem Landtag baldmöglichst einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen und nicht abzuwarten, bis ein Bundesgesetz*

116 Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses (Beilage 287) und des Abgeordneten Pflüger (Beilage 294), der auch als Berichterstatter fungierte. Vhdl. LWB, 20. Sitzung (11. April 1965), S. 575–580.

117 Beilage 368. Vhdl. LWB, 24. Sitzung (23. Mai 1951), S. 738–739.

118 Vhdl. LWB, 25. Sitzung (6. Juni 1951), S. 789–790.

kommt. Deshalb wird auch in dieses Verlängerungsgesetz keine befristende Zeit eingesetzt. Das Gesetz soll dauern bis zur Verabschiedung eines neuen Jagdgesetzes, welches beschleunigt werden solle. Darin wußte er sich mit Pflüger einig. Da aber Herrmanns Fraktionskollege Eugen Strobel (1899–1975) Widerspruch gegen den Eintritt in die dritte Beratung erhob, konnte man noch immer nicht zu einem Ende finden. Herrmann betonte in der dritten Beratung am 27. Juni 1951¹¹⁹ unverdrossen, daß es bei dem Entwurf um nichts anderes gehe als um die Beendigung eines rechtlosen Zustandes, da die Geltungszeit des bisherigen Gesetzes abgelaufen sei. Die Regierung sei durchaus bereit, *in absehbarer Zeit* ein neues Jagdgesetz vorzulegen; dies genieße aber in der Regierungsarbeit nicht Priorität. Das Gesetz wurde nun – endlich – mit einigen Änderungen gegenüber dem ursprünglich zugrundeliegenden Entwurf angenommen.

Gelegenheit zu grundsätzlichen Ausführungen zur Bedeutung der Landwirtschaft und des von ihm geführten Ministeriums bot Herrmann die Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans für 1951, die am 18. Juli 1951 begann. Nachdem tags darauf Albert Pflüger den Stellenwert der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft als sehr hoch veranschlagt hatte, blieb Herrmann zunächst noch übrig¹²⁰, den Abgeordneten Edmund Kaufmann von der CDU darauf hinzuweisen, daß die tragenden Säulen der Wirtschaft nicht nur, wie er am Vortag ausgeführt habe, Gewerbe, Industrie und Handel seien, sondern *daß die Grundlage allen Wirtschaftens in einem Staat die Landwirtschaft ist*. Nachdem er auf diese Weise der CDU den Schwarzen Peter zugeschoben hatte, ging er auf die kritischen Worte des DG-BHE-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Mattes (1892–1952) ein, der gesagt hatte: *Ich habe bei der Beratung des Landwirtschaftsetats im Landwirtschaftsausschuß den Herrn Landwirtschaftsminister gefragt, wie er sich zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Erzeugergenossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften stelle, weil ich diese Zusammenarbeit für eine wesentliche Voraussetzung für die Förderung der Landwirtschaft und für die Versorgung der Verbraucher halte*¹²¹. Dieser habe darauf erklärt, *das seien Angelegenheiten dieser Organisationen; die Regierung habe damit nichts zu tun*. Mattes meinte aber, es sei Aufgabe der Regierung, diese Zusammenarbeit zu fördern. Das könne und wolle sie aber nicht, weil die Koalitionäre sich mit ihren Ansichten diametral gegenüberstünden, weshalb, wie er sich sehr umständlich ausdrückte, *der Herr Landwirtschaftsminister keine Ansicht haben (durfte), weil die parteipolitisch allein zugelassene Antwort in diesem Regierungsgremium nicht zuständig ist*. Herrmann stellte etwas halbherzig klar, er sei nicht persönlich gefragt worden, sondern Mattes habe gefragt, wie sich die Regierung dazu stelle, und diese Frage habe er nicht anders beantworten können. Er wolle nun aber darlegen, wie er zu den Genossenschaften stehe, und er tat dies mit einem Hohelied auf das Genossenschaftswesen im Kreis Öhringen, wo es gleichsam zu Hause sei und wo es die älteste Genossenschaftsbank Deutschlands

119 Vhdl. LWB, 27. Sitzung (27. Juni 1951), S. 887.

120 Vhdl. LWB, 30. Sitzung (19. Juli 1951), S. 1007–1008.

121 Vhdl. LWB, 29. Sitzung (18. Juli 1951), S. 993.

gebe. Vor Raiffeisen, vor Schulze-Delitzsch¹²² hat diese Genossenschaftsbank schon bestanden. Im Kreis Öhringen besteht die älteste Ein- und Verkaufsgenossenschaft landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Bedarfsartikel. Sie sind entstanden aus der Privatinitiative heraus, aus dem Volk heraus, aus den Bauern heraus, sie sind nicht entstanden auf Anweisung oder Anleitung irgendeiner Stelle. Wir sind genossenschaftlich eingerichtet in jenem Kreis, daneben bestehen aber der freie Handel und das freie Gewerbe. Und es ist eben eine Tatsache, daß nur in den Gebieten, wo neben einem starken Genossenschaftswesen auch Privathandel und Privatgewerbe leben, das Wirtschaftsleben gesund bleibt, weil auch hier eine Konkurrenz bestehen und bleiben muß, damit die Genossenschaften nicht zum Selbstzweck werden. Die Genossenschaft kann nur auf dem Vertrauen ihrer Mitglieder aufgebaut werden, und Vertrauen haben die Mitglieder zur Genossenschaft nur, wenn sie auch sehen, was dort geschieht, und nicht, wenn oben bei den Zentralen große Wasserköpfe entstehen und wenn oben bei den Zentralen alles aufblüht und gedeiht und unten bei den kleinen Mitgliedern die Knospen schon verdorren.

Nach diesem grundsätzlichen Bekenntnis zu den Genossenschaften und zum freien Spiel der Kräfte ging es grundsätzlich weiter. Herrmann wandte sich gegen Pflügers Vorschlag, dem Bauernverband¹²³ staatliche Aufgaben zuzuweisen. Er halte das für völlig verkehrt. Der Bauernverband ist eine freiwillige Vereinigung der Bauern auf freiwilliger Grundlage, die nicht mit irgendwelchen staatlichen Aufgaben betraut werden darf, denn sonst ist sie abhängig vom Staat und kann nicht irgendwie kritisch sich an den Aufgaben des Staates oder irgendwelchen Organisationen betätigen. Diese Organisation muß das Gewissen ihrer Mitglieder und der Bauern bleiben. Eine Landwirtschaftskammer zur Betreuung und Erledigung rein technischer Fragen als Entlastung für das mit zu vielen Aufgaben beschäftigte Landwirtschaftsministerium sei dringend vonnöten, meinte der Minister weiter. Es fehle aber noch an einem entsprechenden Rahmengesetz des Bundes.

Für Herrmann konnte es nur einen vom Staat unabhängigen, parteipolitisch neutralen Bauernverband geben. In diesem Punkt war er radikal und sehr empfindlich. Daß er bereit war, dafür auch großen Ärger und persönliche Anfeindungen in Kauf zu nehmen, zeigte die »Herrmann-Krise« des Jahres 1953, auf die noch einzugehen sein wird¹²⁴.

Erstmals hatte Friedrich Herrmann die Einzelpläne VII (Landwirtschaftsverwaltung) und VIII (Forstverwaltung) bei den Haushaltsberatungen zu vertreten.

122 Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), Gründer der nach ihm benannten Vereine und Vorreiter des Genossenschaftswesens im Bereich der Landwirtschaft; Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), Urheber der Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und maßgeblicher Genossenschaftsrechtler, vor allem im Bereich des gewerblichen Mittelstandes. Im Gegensatz zu Raiffeisen lehnte er Staatshilfe vollkommen ab.

123 Der Bauernverband Württemberg-Baden war am 14. März 1947 gegründet und der Weinheimer Dr. Franz Ströbele zum Präsidenten gewählt worden. Entsprechend der schon Ende 1946 ausgearbeiteten Mustersatzung für die Tagung des Organisationsausschusses der württembergisch-badischen Bauernvereine sollte der neue Bauernverband eine parteipolitisch neutrale bauerliche Berufsvertretung darstellen. Vgl. P. Ackermann: Die Interessenvertretung der Landwirte, in: J. Thierfelder/U. Uffelmann (Bearb. u. Red.): Der Weg zum Südweststaat. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Karlsruhe 1991, S. 132–144, hier S. 138–140.

124 Vgl. das Kapitel 2. *Belasteter Ausklang: »Die Herrmann-Krise« (1953)* in diesem Text, S. 286–292.

Zugleich wurden mehrere Anträge mitberaten. Als Berichterstatter fungierte bei beiden Einzelplänen der CDU-Abgeordnete Anton Huber (* 1905). Minister Herrmann¹²⁵ warnte davor zu meinen, daß es angesichts der gut mit Lebensmitteln gefüllten Schaufenster keine großen Probleme mehr in der Landwirtschaft gebe. Körperlicher Arbeit werde zunehmend aus dem Wege gegangen, deshalb fehle es auf dem Land an Arbeitskräften. Ohne die zahlreichen dort als Hilfskräfte tätigen Heimatvertriebenen sähe es *auf dem Lande noch viel trostloser aus*, meinte er zur Freude von Wilhelm Mattes. Nach dem Lob für die Flüchtlinge äußerte sich Herrmann kritisch zur Zukunft der kleinbäuerlichen Betriebe. Diese würden auch durch eine falsche Einfuhrpolitik des Bundes kaputtgemacht, wenn zu einer Zeit Obst und Gemüse importiert werde, in der der Bedarf durch inländische Erzeugnisse gedeckt werden könne. Das müsse geändert werden. Ebenfalls kritisch sah er die Forderungen nach Nebenerwerbssiedlungen: diese könnten in der Tat nicht funktionieren, wenn der Siedler nicht noch hauptsächlich einer anderen Arbeit nachgehen könne. Mit einer Kuh, einer Ziege und ein paar Morgen Äcker sei er noch lange kein Bauer. Man dürfe es nicht zu weit treiben mit den Nebenerwerbs-siedlungen, denn damit würden letztlich nur *Elendsexistenzen* geschaffen. Was im Moment gut aussehe, könne schon im Lauf der nächsten zehn Jahre bedeuten, daß viele Menschen wieder vor dem Elend stünden.

Erneut plädierte Herrmann für die Erhaltung eines starken Bauernstandes, der in Notzeiten dringend benötigt werde, *wenn wir in eine Art Schumanplan hineingetrieben werden*, was der Abgeordnete Möller bezweifelte. Der Minister beharrte darauf: *Wir werden hineingetrieben werden. Erst heute morgen habe ich in der Zeitung gelesen, daß die Amerikaner erklärten, es müsse so schnell wie möglich auch eine Vereinigung auf dem agrarischen Sektor kommen, weil wir gezwungen werden, in Europa mehr Nahrungsmittel zu erzeugen als seither, weil die Amerikaner nicht mehr in der Lage sind, uns so zu beliefern wie seither, und zwar wegen der Einschränkung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung.* Die Bauern seien es wert, daß man sie unterstütze, denn sie hätten *trotz aller Diffamierung ... seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt.*

Ebenso wie der Etat der Landwirtschaftsverwaltung wurde auch derjenige der Forstverwaltung zügig beraten, wobei in der Beratung des Einzelplans VIII Oberlandforstmeister Dr. Wulz anstelle des Landwirtschaftsministers sprach. Beide Etats wurden angenommen.

Im Zuge der dritten Beratung des Staatshaushaltsplans und des Staatshaushaltsgesetzes für 1951 stellte der Abgeordnete Stooß einen Antrag¹²⁶ für Gewährung

125 Vhdl. LWB, 31. Sitzung (24. Juli 1951), S. 1078–1081. – Mit *eine Art Schumanplan* meinte Herrmann die Bestrebungen zur Gründung einer Europäischen Agrarunion. Diese lehnte er zwar nicht von vornherein ab, stand ihr aber sehr skeptisch gegenüber und plädierte dafür, sie in eine übergreifende Wirtschaftsunion zu integrieren. Seine diesbezüglichen Überlegungen legte er Ende 1951 nochmals nieder, und zwar in seinem Artikel »Gedanken zum Jahreswechsel«, in: Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft, 118. Jg., Nr. 52 vom 29. Dezember 1951, S. 1048–1049.

126 Beilage 668, beraten in Vhdl. LWB, 36. Sitzung (2. August 1951), S. 1370ff.

von Mitteln zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude. Herrmann bekannte, daß er sehr gern den Antrag verwirklichen würde, es aber nicht könne, weil dafür nicht mehr Mittel vorgesehen worden seien. Die Frage habe den Finanzausschuß schon vor einem Jahr beschäftigt, und er habe damals den Eindruck gewonnen, daß der *seinerzeitige Landwirtschaftsminister für diese Interessen noch nicht so sehr eingenommen war. Auch die jetzige Anregung kam nicht vom Herrn Abg. Stooß, sondern ich führe sie auf eine Unterredung zurück, die ich seinerzeit mit ihm hatte, als der Herr Arbeitsminister und der Herr Abg. Kleinknecht wegen der Verteilung der Mittel vom Landesarbeitsamt im Ausschuß waren. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß ich gerne Mittel zum Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Betriebsgebäude möchte, die im Land allmählich zusammenfallen...* Nachdem er den Sachverhalt klargestellt hatte, bekannte der Minister, daß er es *etwas übertrieben finde, wenn man heute hier im Landtag so tut, als würde von seiten der jetzigen Regierung überhaupt kein Verständnis für die Notstände der Landwirtschaft aufgebracht. Es wird so dargestellt, als ob der Herr Abg. Stooß als früherer Landwirtschaftsminister als einziger die Interessen der Landwirtschaft vertreten habe.* Als dieser noch im Amt gewesen sei, habe er auch nicht alles erfüllen können, was er versprochen habe, und nicht alles bezahlen können, was er als notwendig erachtet habe. Wenn er solche Anträge stelle, solle er nicht so tun, als ob er *allein ihr Seelenheil* wolle.

Hier kam ganz deutlich die Konkurrenzsituation heraus, die zwischen den beiden Amtskollegen bestand. Stooß stellte nun die Anträge, die Herrmann früher gestellt hatte und die er auch jetzt gestellt hätte, wenn er nicht Minister gewesen wäre. Mittlerweile hatte er im Amt immer wieder zu spüren bekommen, daß das Wünschenswerte und Richtige nicht immer gleich umgesetzt werden konnte, weil es am Geld fehlte. Er betrachtete es als unredlich, daß Stooß, der »es« ja ebenfalls wissen mußte, dann solche Anträge stellte. Freilich wußte auch der Abgeordnete Herrmann seinerzeit sehr genau, was möglich war und was nicht, und betätigte sich dennoch als Agitator gegen das Ministerium und als Fürsprecher der Bauern. Nichts anderes tat nun Stooß.

Dieser legte wenig später – um noch ein Beispiel herauszugreifen – wieder einen Antrag¹²⁷ vor, mit dem sich der Landwirtschaftsminister grundsätzlich einverstanden erklären konnte. Dabei ging es um die Zinsverbilligung landwirtschaftlicher Kredite, deren Notwendigkeit für die Bauern Stooß selbst wortreich und überzeugend darlegte. Herrmann wies in seiner Rede darauf hin, daß Stooß nur Zinsverbilligungskredite wolle, also eine Million Mark vom Staat, um die Kredite für die Landwirtschaft zu verbilligen. *Es sind aber doch Tatsachen, daß die Landwirtschaft heute daran leidet, daß sie keine langfristigen Kredite bekommt, weshalb wir auch gar nicht die Möglichkeit haben, Zinsverbilligungen dieser Art durchführen zu können.* Deshalb gehe der Antrag von Stooß fehl. Kurzfristige Kredite seien auch sinnlos, weil die Bauern den Kredit eben nicht schnell zurückzahlen könnten. Es müsse sich

127 Beilage 760. Antrag der Abg. Stooß und Gen. betr. die Zinsverbilligung landwirtschaftlicher Kredite, beraten in Vhdl. LWB (40. Sitzung), S. 1565–1568.

grundsätzlich etwas ändern, weshalb es in der Sache nicht weiterführe, den Antrag an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß zu überweisen, wie Stooß eingeräumt hatte, sondern gleich an den Finanzausschuß. Es müsse mit den Banken gesprochen werden, wie man langfristige Kredite ermöglichen könne, denn nur diese würden dem Bauern weiterhelfen, während die kurzfristigen Kredite ihn an den Abgrund führten. Daher plädierte er für die Überweisung an den Finanzausschuß. Nachdem auch Alex Möller diesem Vorschlag zugestimmt und Stooß versichert hatte, auch er sei sich klar darüber, daß die Sache letztlich in den Finanzausschuß gehöre, wurde dem zugestimmt.

Die Amtszeit Herrmanns als Minister neigte sich – davon war nach der Volksabstimmung über den Südweststaat am 9. Dezember 1951¹²⁸, die eine Mehrheit für den Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Staaten zu einem Bundesland ergab, ganz klar auszugehen – ihrem Ende zu. Ein aus Vertretern der drei Länder bestehender Ministerrat, dessen Vorsitzender Reinhold Maier war, setzte Anfang 1952 die Wahl zu einer Verfassungsgebenden Landesversammlung für den Südweststaat auf den 9. März 1952 fest. Damit stand fest, daß in Zukunft ein wesentlich größeres Land zu regieren und – im Hinblick auf Land- und Forstwirtschaft – dem Landwirtschaftsminister demnächst auch die Verwaltung der Agrar-, Wald- und Weinbauflächen in Südbaden und Württemberg-Hohenzollern zufallen würde. Von einer Abschaffung des Ministeriums konnte daher, zumindest gemessen an den Worten Reinhold Maiers in seiner letzten Regierungserklärung von 1951, nun keine Rede mehr sein. Nur war nicht damit zu rechnen, daß die DVP weiterhin in der jetzigen Stärke an der Regierung beteiligt bleiben und vor allem weiterhin den Ministerpräsidenten stellen würde.

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Baden-Württemberg 1952/1953

1. Belasteter Anfang

Nachdem Friedrich Herrmann bei der Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung wieder über den Landesergänzungsvorschlag in das neue Parlament eingezogen war – das Direktmandat in seinem Wahlkreis hatte wieder der Vertreter der CDU, Landwirtschaftsrat Martin Storz (*1900), errungen – gehörte er für mehr als zwei Monate zwei Parlamenten zugleich an, da der württemberg-badische

128 Rechtliche Grundlage für die Abstimmung war das Zweite Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt 1951 I, S. 284ff. sowie das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom 23. Oktober 1951, veröffentlicht u. a. in: Der Kampf um den Südweststaat. Verhandlungen und Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und des Bundesverfassungsgerichts (Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik e.V. in Mainz, Bd. 1), München 1952, S. 471 ff. – Bei dieser Volksabstimmung stimmten im Wahlkreis Öhringen 94,9% für den Zusammenschluß der Länder. In Künzelsau waren es sogar 95,7%, in Schwäbisch Hall 94,8%.

Landtag erst am 30. Mai 1952 seine letzte Sitzung hatte. Die Verfassunggebende Landesversammlung setzte sich aus 121 Abgeordneten aus den drei Ländern zusammen, die nun den Südweststaat bilden (CDU 50, SPD 38, DVP 23, BHE 6 und KPD 4).

De facto war dieser neue Staat im deutschen Südwesten freilich noch nicht existent, denn ihm fehlte eine neue Regierung. Nach § 11 des Zweiten Neugliederungsgesetzes war das neue Land nicht mit dem Zusammentritt der Verfassunggebenden Landesversammlung gebildet, sondern erst mit der Bildung der neuen, vorläufigen Regierung, die solange vorläufig war, bis die Südweststaatverfassung in Kraft trat. Spätestens einen Monat nach der konstituierenden Sitzung der Landesversammlung, die am 25. März 1952 stattfand, mußte diese einen Ministerpräsidenten wählen (§ 14, Absatz 4). Das Überleitungsgesetz¹²⁹, das am 22. April 1952 von der Landesversammlung beschlossen wurde, regelte die vorläufige Ausübung der Staatsgewalt im südwestdeutschen Bundesland, wie Baden-Württemberg bis zur Abstimmung über den Landesnamen hieß, insbesondere die Wahl des Ministerpräsidenten.

Die CDU war stärkste Partei, besaß aber nicht die absolute Mehrheit. Es mußte davon ausgegangen werden, daß eine Regierung ohne CDU-Beteiligung nicht gebildet werden konnte, zumal Gebhard Müller, der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, den Zusammenschluß nicht nur nachhaltig unterstützt, sondern mit nicht nachlassendem Eifer selbst maßgeblich betrieben hatte. Wie auch immer die Regierungsbildung unter diesen Vorzeichen vonstatten gehen würde – die Stühle der württemberg-badischen Minister wackelten.

Reinhold Maier hatte, ohne die CDU zu informieren, mit der SPD und dem BHE eine Einigung gefunden, die dazu führte, daß er am 25. April 1952 unter den bekannten und oftmals geschilderten tumultuarischen Umständen¹³⁰ die erste vorläufige Regierung des südwestdeutschen Bundeslandes bilden konnte, nachdem er mit 64 (von 120 abgegebenen) Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Gebhard Müller hatte die 50 Stimmen seiner Fraktion erhalten, während Maier drei Stimmen weniger auf sich hatte vereinigen können, als SPD, DVP und BHE zusammen Mandate hatten.

Was für nachhaltigen Ärger sorgte und den Anfang des neuen Landes auf lange Sicht überschattete und belastete, war die Tatsache, daß Maier unmittelbar nach seiner Wahl sein Kabinett berief und die ausgefüllten Ernennungsurkunden bereits mit sich führte, was angesichts der Tatsache, daß die Berufung der Minister gar nicht auf der Tagesordnung stand, zumindest nicht üblich war. Der staatsrecht-

129 Es trat am 24. April 1952 in Kraft. Ein zweites Überleitungsgesetz wurde am 15. Mai 1952 verabschiedet (rechtsgültig ab 17. Mai 1952), bestimmte als vorläufigen Namen des neuen Landes »Baden-Württemberg« und hob die Regierungen und Landtage der alten Länder auf. Die Kompetenzen der bisherigen Ministerien gingen auf das jeweils zuständige der neuen vorläufigen Regierung über. Die Verfassunggebende Versammlung erhielt die Aufgaben eines Landtags. Vgl. Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung Baden-Württemberg (Vhdl. VLBW), 6. Sitzung (15. Mai 1952), S. 136–164. Das Überleitungsgesetz auf Beilage 15.

130 Vgl. Vhdl. VLBW, 4. Sitzung (25. April 1952), S. 17–41.

liche Aspekt dieser »Landesgründung« soll hier nicht weiter verfolgt werden. Es bleibt festzuhalten, daß der Ministerpräsident formaljuristisch im Recht war, als er mit den Worten *Meine sehr verehrten Abgeordneten! Gemäß §14 Abs. 4 wird hiermit der Zeitpunkt der Bildung der vorläufigen Regierung auf den gegenwärtigen Augenblick, nämlich auf Freitag, 25. April 1952, 12 Uhr 30 Minuten, festgestellt*, die Vereinigung der alten Länder zum neuen Bundesland bekanntgab.

Das neugebildete Kabinett Maier bot fast nur bekannte Gesichter: Veit, Ulrich, Schenkel, Frank und Herrmann verblieben in ihren Ressorts. Neu kamen als Justizminister nur der bisherige württemberg-hohenzollerische Innenminister Viktor Renner (1899–1969; SPD), als Arbeitsminister Ermin Hohlwegler (1900–1970; SPD) sowie als Minister für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte der Lehrer Eduard Fiedler (1890–1963; BHE) hinzu¹³¹.

In den beiden Sitzungen, die der Bildung der Regierung folgten, blieb der Regierungstisch im Parlament unbesetzt; kein Mitglied der Regierung beteiligte sich an den Beratungen. Erst am 27. Mai waren alle Kabinettsmitglieder am Regierungstisch versammelt, um Maier »Rückendeckung« für seine Regierungserklärung¹³² zu geben. Er rechtfertigte darin nicht nur die Anzahl der Ministerien, sondern auch die personelle Besetzung der Ministerien: dem Vorwurf der CDU, er hätte keine Badener im Kabinett, begegnete Maier mit dem recht eigenwilligen Hinweis, unter den Ministern hätten die Badener sogar das Übergewicht, da Veit und Hohlwegler ebenso gebürtige Badener seien wie (der in Heidelberg geborene!) Frank und der in Sandhausen geborene Staatssekretär Kaufmann. Um auch Schenkel als Badener reklamieren zu können, erinnerte er an dessen badischen Vater. Das änderte freilich nichts an dem eigentlich von der CDU »inkriminierten« Tatbestand, daß kein Minister aus Südbaden und schon gar nicht aus der südbadischen Regierung übernommen worden war. Und auch nicht daran, daß das neue Land nicht von einer Regierung auf breiter Basis getragen wurde.

Maier plädierte dafür, daß der Gegensatz zwischen Nord- und Südwürttembergern ebenso wegfallen müsse wie der zwischen Nord- und Südbadenern, und bemühte als Beispiel ausgerechnet jenes von dem Bauern, der Landwirtschaftsminister ist und deshalb nicht von den Südwürttembergern abgelehnt werden dürfe, weil er Nordwürttemberger sei. In seinem verbalen integrativen Bemühen betonte Maier die Schaffenskraft der Badener und Württemberger, die man auch in der Landwirtschaft deutlich fassen könne: *Auch unsere Bauern und Landwirte pflegen im Unterschied zu anderen Bundesgebieten vorzugsweise die arbeitsintensiven Betriebsarten, die Zweige der bäuerlichen Veredelungswirtschaft: Viehzucht, Milchwirtschaft, den Gemüse-, Tabak-, Hopfen-, Obst-, Beeren- und Weinbau und anderes mehr. In keinem Gebiet wird auch in die Erzeugnisse der Landwirtschaft mehr Arbeit hineingesteckt als bei uns.* Landwirtschaft und Industrie seien keine Gegensätze. Er nannte

131 Außerdem gehörte der Regierung als »Parlamentarischer Staatssekretär für die Ausarbeitung und Vollziehung der Verfassung« der im Januar 1952 von der CDU zur DVP übergetretene ehemalige Finanzminister Edmund Kaufmann an.

132 Vhdl. VLBW, 7. Sitzung (27. Mai 1952), S. 165–176.

im folgenden Zahlen, die zur Illustrierung der Situation in der Landwirtschaft in der Anfangsphase des Südweststaates hier wiedergegeben seien: *Baden-Württemberg zählt rund 400000 landwirtschaftliche Betriebe, davon verfügen 30 % über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von unter 5 Hektar. Zirka 50 % liegen zwischen 5 und 20 Hektar, nur 14 % in der Größenklasse zwischen 20 und 100 Hektar. 4 % der Betriebe überschreiten die 100 Hektargrenze. Die Eigenart der südwestdeutschen Landwirtschaft tritt aber klar zutage bei den Beschäftigtenzahlen. Es arbeiten in ihr 1400000 Personen. Von diesen sind aber nur 120000 familienfremde Arbeitskräfte. Der ganze übrige Teil ... sind familieneigene Arbeitskräfte ... Viel stärker als auf dem gewerblichen Sektor hat die unglückliche Zerreißung des Landes sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft ausgewirkt*, fuhr er fort. Der Boden reiche nicht aus und müsse intensiv genutzt werden. Die Landwirtschaftsministerien der bisherigen Länder seien überlastet mit Aufgaben nicht ministerieller Art, die auf andere Instanzen verlagert werden müßten. Wie schon in seiner Regierungserklärung vom Januar 1951 stellte er die Bildung einer Landwirtschaftskammer in Aussicht. Dieser hätten bisher besatzungsrechtliche Hindernisse in der US-Zone entgegengestanden. Nun werde *sobald wie möglich der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung eines Selbstverwaltungsorgans der Landwirtschaft vorgelegt*. Dies und die Förderung des Genossenschaftswesens genieße Priorität in der Regierungsarbeit. Das war ebenfalls gegenüber 1951 nichts Neues. Das waren schöne Worte, mehr nicht. Eine Landwirtschaftskammer Baden-Württemberg wurde nicht gebildet. Und wie weit die Förderung des Genossenschaftswesens gehen durfte resp. sollte, darüber bestanden schon innerhalb der Regierung nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Für das Ministerium und Herrmann, der erst ab dem 4. Mai 1953 die offizielle Bezeichnung »Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten« trug und am 29. Mai 1952 mit den anderen Ministern nach der Bestätigung der Regierung durch den Landtag (64 zu 49 Stimmen) vom Präsidenten der Landesversammlung, Carl Neinhaus (1888–1965; CDU) vereidigt wurde¹³³, waren die zu bewältigenden Aufgaben merklich größer geworden. In dem neuen Staat mußte auch auf dem von ihm zu verantwortenden Sektor grundlegende Gesetzesarbeit geleistet, die bisherigen Ministerien und Verwaltungsstellen teilweise umorganisiert, teilweise abgewickelt, vor allem aber das Vertrauen der südbadischen und südwürttembergischen Bauern gewonnen werden. Daß der Landwirtschaftsminister auch bei den der Zusammenarbeit dienenden Gesprächen der drei bestehenden Bauernverbände beteiligt war, versteht sich beinahe von selbst¹³⁴.

133 Vhdl. VLBW, 9. Sitzung (29. Mai 1952), S. 273. Die Eidesformel lautet (vgl. Anm. 104): »Ich schwöre, daß ich mein Amt gerecht und unparteiisch verwalten und die Gesetze achten und verteidigen werde. So wahr mir Gott helfe.«

134 Im Württembergischen Wochenblatt für Landwirtschaft Nr. 51/52 vom 20. Dezember 1952, S. 1171, hieß es anläßlich von Herrmanns 60. Geburtstag, die Neuorganisation der Landwirtschaftsverwaltung sei »eine schwere Aufgabe. Aber mit viel Geschick und Einfühlungsvermögen versteht es Landwirtschaftsminister Herrmann, auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen. Als berufener Vertreter unserer Landwirtschaft und führender Politiker warten auf ihn noch zahlreiche und große Aufgaben.« Das Württembergische Wochenblatt stand loyal auf der Seite des jeweiligen Ministers.

Der Minister – nun ein älterer Herr von stämmiger Statur, der in seiner Physiognomie mit Schnurrbart und Brille auffallend dem Ministerpräsidenten glich – sprach am 25. Juni 1952 erstmals vor der Verfassungsgebenden Landesversammlung. Es ging um den Antrag der Abg. Dornes und Gen. betr. Auszahlung der Zuckerrübenpflanzler spätestens im Dezember jeden Jahres in voller Höhe¹³⁵. Herrmann nahm voller Verständnis dazu Stellung, denn die Auszahlung der Zuckerrüben-gelder habe vor allem im letzten Jahr sehr lange auf sich warten lassen. Dies sei ein echter Mißstand und der Antrag daher begründet. Er empfahl daher dessen Annahme. Der Antrag solle auch in dem Sinne, wie ihn sein Fraktionskollege Carl Dornes (1906–1980) gestellt habe, von der Regierung in Bonn vertreten werden. Er wurde aber nicht angenommen, sondern an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß überwiesen. In den Anfragen und Anträgen spiegelten sich die Probleme der Landwirtschaft: Beschlagnahmung von Land durch die Besatzungs-macht, schleppende und in Einzelfällen immer wieder zur Klage Anlaß bietende Flurbereinigung, Schäden durch Unwetter, Brände und Dürre. Man kann bei nüchterner Betrachtung zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß man Herrmann persönlich und dem Ministerium bescheinigen muß, in Not geratenen Landwirten wirklich helfen und Ungerechtigkeiten ausräumen zu wollen.

Ein gutes Beispiel bietet die Sitzung der Landesversammlung am 1. Oktober 1952. Eine Kleine und eine Große Anfrage sowie mehrere Anträge hatten die letzte Dürreperiode mit ihren verheerenden Folgen für die Landwirtschaft zum Hinter-ground¹³⁶. Herrmann antwortete zunächst dem KPD-Abgeordneten Wilhelm Bechtle (1906–1971), die Regierung habe beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten¹³⁷ bereits die Bereitstellung von verbilligten Futter-mitteln für die betroffenen Betriebe angefordert. Die Untersuchungen über das Ausmaß der Schäden seien aber noch nicht beendet. Wenn das Ergebnis vorliege, würden weitere Maßnahmen ergriffen. Später vertrat Heinrich Stooß die weiteren Anträge insgesamt und stellte selbst noch einen Antrag, in welchem er zur Überweisung der Gegenstände an den Ausschuß riet und das Landwirtschaftsmini-sterium zur schnelleren Feststellung der Schäden anhalten wollte.

Herrmann nahm Stooß den Wind aus den Segeln, als er feststellte, daß er diese Ausführungen als Minister ebenso gut hätte machen können, und daß das Landwirtschaftsministerium sich schon mit den Verbänden an die Untersuchung der Schäden begeben habe, bevor die Abgeordneten ihre Anträge überhaupt

135 Beilage 37, behandelt in Vhdl. VLBW, 10. Sitzung (25. Juni 1952, S. 299–301).

136 Kleine Anfrage der Abg. Bechtle und Rueß betr. Hilfe für die von der Trockenheit betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe (Beilage 134) und Antrag des Abg. Bechtle betr. Steuererlaß für die durch die Trockenheit in Not geratenen landwirtschaftlichen Betriebe (Beilage 143), beide behandelt in Vhdl. VLBW, 12. Sitzung (1. Oktober 1952), S. 373–374 bzw. 386–390. Außerdem Große Anfrage der Abg. Dr. Gurk und Gen. betr. Hilfsmaßnahmen für die durch die Trockenheit verursachten Schäden auf der Hardt (Beilage 138), Antrag der Abg. Berberich und Gen. betr. staatliche Hilfe zur Überwindung von Dürreschäden (Beilage 127), Antrag der Abg. Schuster und Gen. betr. Sofortmaßnahmen zur Behebung von Dürreschäden (Beilage 130), ebd.

137 Bundesminister war von 1949–1953 der CSU-Politiker Professor Dr. Dr. Dr. h.c. Wilhelm Niklas (1887–1957).

gestellt hätten. Schon im Juli habe man sich im Ministerium überlegt, auf welche Weise man einer kommenden Katastrophe begegnen könnte. Er kündigte zahlreiche Maßnahmen an, so z. B., daß man schon mit den Agrarkreditbanken und dem Finanzministerium wegen zinsverbilligter Kredite für die betroffenen Bauern und mit den Oberfinanzdirektionen über Steuerstundungen verhandelt habe. Auch Bonn sei um Hilfe angegangen worden. Damit zeigte sich Herrmann dem Problem und der Lage ebenso gewachsen wie mit seinem Hinweis, es sei nicht notwendig, über den Antrag auf Beilage 106, der Schleuderverkäufe von Schlachtvieh verhindern wollte, abzustimmen, da auch in diesem Punkt sein Haus bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen habe. Selbst der stets kritische Albert Pflüger konnte da des Lobes voll sein: *Ich glaube, wir haben Anlaß, uns mit dem, was der Herr Minister ausgeführt hat, einverstanden zu erklären. Seine Ausführungen haben gezeigt, daß das Ministerium durchaus nicht etwa den Dingen tatenlos zugesehen und abgewartet hat, bis Anregungen von anderer Seite kamen, sondern daß die erforderlichen Maßnahmen vom Ministerium selbst bereits in die Wege geleitet worden sind*¹³⁸.

Freilich gab es immer noch mehr Kritik als Lob für Herrmann, und mit unvorsichtigen Äußerungen machte der Minister es seinen Gegnern leicht, etwas gegen ihn vorzubringen. Vor allem die CDU nahm jede Gelegenheit wahr, gegen Herrmann zu agitieren und ihn als Minister zu Fall zu bringen¹³⁹. Zunächst nahm er das offenkundig nicht sehr ernst. Als per Kleiner Anfrage einige CDU-Abgeordnete mit Josef Vogt (*1908) an der Spitze wissen wollten, ob Herrmann tatsächlich gesagt habe, *die Landwirtschaft trage selbst die Schuld an den übermäßigen Obst-Einfuhren, weil sie die Dürreschäden weit übertrieben habe und die Bundesregierung sich deshalb veranlaßt sah, die Obsteinfuhren zu erhöhen*, antwortete der Minister sofort darauf¹⁴⁰. Er habe am 11. Oktober in Tübingen bei der Eröffnung der Landes-Obstbau-Ausstellung erklärt, daß diejenigen *Personen und Stellen, welche die Auswirkung der Dürreschäden übertrieben haben . . . Mitschuld tragen, wenn heute von den Bauern über Obstabsatzschwierigkeiten geklagt wird, denn man könne dem Handel und der Regierung nicht verübeln, wenn sie dafür besorgt sind, daß aus anderen Gebieten Obst eingeführt wird, wenn von einer vollständigen Mißernte gesprochen wird*.

Der Versuch der CDU, den Minister gegenüber den Bauern in ein schiefes Licht zu setzen, war klar erkennbar und vom Betroffenen nur leidlich pariert worden. In einer Großen Anfrage betreffend Ansiedlung heimatvertriebener Bauern und Vorlage eines Baulandbeschaffungsgesetzes für den Wohnungsbau für Heimatver-

138 Vhdl. VLBW, 12. Sitzung (1. Oktober 1952), S. 391.

139 Vgl. den Leserbrief von H. M. in K., veröffentlicht in der Hohenloher Zeitung vom 18. Februar 1953 (»... endlich einmal den Deckel vom Hafen getan!« Bauern des Kreises Oehringen stehen zu Landwirtschaftsminister Herrmann/Briefe an die »HZ«, wo es heißt: »Schon im letzten Herbst hat ein Diplom-Landwirt in Neuenstein erzählt, daß Landwirtschaftsminister Herrmann bis Weihnachten nicht mehr am Ruder sein werde«.

140 Kleine Anfrage der Abg. Vogt und Gen. betr. die Rede des Landwirtschaftsministers bei der Eröffnung der Landes-Obstbau-Ausstellung in Tübingen (Beilage 250), behandelt in Vhdl. VLBW, 15. Sitzung (29. Oktober 1953), S. 524.

triebene¹⁴¹ zeichnete der Hauptfragesteller Friedrich Werber (1901–1981) – später Staatsrat im Kabinett von Ministerpräsident Müller – ein sehr negatives Bild von der Lage der heimatvertriebenen Bauern, die zu wenig Unterstützung bei der Ansiedlung hätten, weshalb viele Jungbauern in die Industrie abwanderten. Nach Minister Fiedler, der sich dafür aussprach, es müßten alle Anstrengungen unternommen werden, damit sich diese Bauern auch in ihrer neuen Heimat der Landwirtschaft zuwendeten, ergriff auch Herrmann das Wort, weil Werber darum gebeten hatte.

Die Vergabe von Bodenreformland in Baden-Württemberg sei schwierig, weil es so viele Klein- und Kleinstbauern gebe und es im Moment die größte Sorge sei, diese *überhaupt am Leben zu erhalten*. Die Landflucht sei nicht erst eine Erscheinung der Nachkriegszeit, sondern aufs engste mit der Industrialisierung verknüpft und bestehe daher zumindest seit der Jahrhundertwende. Erneut wiederholte er seine Meinung *daß die meisten Menschen in Deutschland vor der körperlichen Arbeit die Flucht ergreifen*. Andererseits sei es im Land Baden-Württemberg besonders schwierig, neue selbständige Bauernexistenzen zu gründen. *In zwei Jahren ist unser Vorrat an Bodenreformgelände erschöpft, wenn es uns möglich ist, die Siedlung im seitherigen Maße vorwärtszutreiben. Wir können daher nur noch auf auslaufende Höfe zurückgreifen. Das ist zur Zeit aber noch sehr schwierig, weil noch kein Vertrauen zur Währung vorhanden ist und man noch nicht einmal Vertrauen dazu hat, ob es wirklich in der Ernährungslage so bleiben wird wie es heute ist*. Mit ein paar Morgen Land sei dem heimatvertriebenen Bauern nur auf kurze Sicht gedient, wiederholte er seine Skepsis gegenüber den Nebenerwerbssiedlungen. *Persönlich und als Landwirtschaftsminister stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir in Zukunft darauf bedacht sein müssen, die einzelnen Siedlerstellen etwas größer als seither zu gestalten, damit wir wenigstens nicht noch mehr solche unrentierliche Bauernstellen schaffen, wie wir schon genügend im Lande haben*.

In der weiteren Debatte beschwerte sich der KPD-Abgeordnete Bechtle darüber, daß in Württemberg-Baden (*bei uns*) nicht der Versuch gemacht worden sei, die Bodenreform wirklich durchzuführen. In der Deutschen Demokratischen Republik, so Bechtle, sei die Bodenreform *mustergültig* durchgeführt worden. Mußte dieser Hinweis Herrmann – wie auch den Großteil der Parlamentarier – schon reizen, so war nach Bechtles Kritik an den Fürsten von Hohenlohe, die die Pächter vertreiben und neuen Großgrundbesitz schaffen würden, für den Landwirtschaftsminister die Schmerzgrenze überschritten. Er wies die Äußerungen Bechtles über die Hohenloher Fürsten als unwahr zurück. Worauf Bechtle anspiele, sei gar kein Bodenreformland und auch keinem Pächter gegeben worden. Das seien Behauptungen. Dann folgte seine Sicht der Dinge in der Ostzone – die offizielle Bezeichnung des ostdeutschen Staates kam ihm natürlich nicht über die Lippen –: *Wenn gerade Sie, Herr Abg. Bechtle, die Ostzone als Vorbild hinstellen wollen, müssen Sie hingehen und sich die Verhältnisse dort ansehen. Ich selbst war*

141 Beilage 81, behandelt in Vhdl. VLBW, 16. Sitzung, (5. November 1952), S. 581–589.

1947 schon in der Ostzone¹⁴² und habe die Verhältnisse besichtigt. Das Elend bei den Neubürgern dort möchte ich den hiesigen ersparen. Die dortigen kommen zu uns in die Westzone und suchen Unterkunft, weil selbst die Siedler, die früher schon in Mecklenburg gesiedelt haben, sagen, sie hielten es höchstens noch 1 Jahr aus, dann seien auch sie vollends erledigt. Das sind Tatsachen, dagegen sehen wir hier, daß alle unsere Siedler, die wir angesiedelt haben, vorwärtskommen und daß nur wenige wieder ausscheiden. Das muß festgestellt werden, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Die CDU blieb »am Ball«. Jede Gelegenheit, den Minister zu treffen, wurde genutzt. Am 25. November 1952 wurde von Herrmanns Wahlkreisgegner Storz eine Große Anfrage zur Durchführung von Flurbereinigungen¹⁴³ begründet. Das Haushaltsjahr 1952/53 sei schon beinahe abgelaufen, und man wisse immer noch nicht, welche Mittel für die Flurbereinigungen demnächst zur Verfügung stünden. Man wolle über den aktuellen Stand und über die Zukunftsaussichten unterrichtet werden, weil das neugeschaffene Bundesland ein Bauernland sei und der Flurbereinigung deshalb eine große Bedeutung zukomme. Herrmann erklärte, daß in allen vier Regierungsbezirken bereits Untersuchungen angelaufen seien, um die bereinigungsbedürftigen Flächen in Dringlichkeitsstufen einzuteilen. Danach werde ein Arbeitsplan für das ganze Land erstellt werden. Im folgenden gab er einen mit vielen Zahlen und Daten gespickten Bericht über den Stand der Flurbereinigung, der das Ministerium außerordentlich gut aussehen ließ.

Nachdem er seine Ausführungen beendet hatte, wurde ein CDU-Antrag an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß verwiesen, der die Regierung zur Erstellung eines Generalplans nach Dringlichkeitsstufen für die Flurbereinigung, zur Verfügungstellung von mehr Personal und besseren Instrumenten in den Feldbereinigungsämtern und mehr Geld für die Durchführung der Flurbereinigung aufforderte.

Das Jahr 1952 klang politisch für Herrmann damit aus, daß er sich mit dem Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses¹⁴⁴ zu verschiedenen Anträgen betreffend Milderung der Dürreschäden und einem Initiativgesetzentwurf dazu, eingebracht von Heinrich Stooß und der CDU-Fraktion, im wahrsten Sinne des Wortes auseinanderzusetzen hatte. Dabei zeigte sich – eigentlich recht klar –, daß die CDU Herrmann ins Aus stellen wollte, weil er zu wenig für die Landwirtschaft tue. Nach dem Berichtersteller Storz bedauerte Stooß, daß bis jetzt immer noch nichts für die von der Dürre betroffenen Betriebe getan worden sei. Woran lag das? Nicht am Finanzminister; mit dem habe er sich unterhalten und den *bestimmten Eindruck* gewonnen, dieser sei bereit, *der Landwirtschaft die notwendige finanzielle Hilfe im Rahmen des Möglichen zu geben*. Allein, das sei ihm klar, könne der Finanzminister darüber nicht entscheiden. Da habe auch noch der

142 Einzelheiten zu diesem Besuch Herrmanns in der SBZ, die sicherlich von größtem Interesse wären, ließen sich leider nicht in Erfahrung bringen.

143 Beilage 241, in Verbindung mit dem Antrag der Abg. Matt und Gen. betr. die freiwillige und die staatliche Flurbereinigung (Beilage 266), behandelt in Vhdl. VLBW, 18. Sitzung (25. November 1952), S. 674–677.

144 Beilage 397, behandelt in Vhdl. VLBW, 21. Sitzung (10. Dezember 1952), S. 784–805.

zuständige Ressortminister mitzureden. Am 8. Dezember hätten sich er, Finanzminister Frank und Landwirtschaftsminister Herrmann daher getroffen und die Angelegenheit besprochen. Mittlerweile habe er den Eindruck gewonnen, daß die Regierung nicht daran interessiert sei, zu einer Lösung zu kommen, wie er sie mit seinem Initiativgesetzentwurf beabsichtige. Und dann ließ Stooß das Fallbeil endlich herunter: *Aber, meine Damen und Herren, was ich immer schon vermutete, und befürchtete, ist mir heute morgen gerade im Ältestenrat mit aller Deutlichkeit klar geworden: Wir haben bisher schon die Vermutung gehabt, daß der Herr Landwirtschaftsminister sich zu dieser ganzen Sache nicht gern und freudig und überhaupt nicht positiv bekennt.* Er ließ dem eine Philippika gegen Herrmann folgen, in der er ihm attestierte, man könne sich freilich irren – und Herrmann habe sich geirrt in der Einschätzung der Dürreschäden –, aber nachdem nun das Ausmaß klar sei, müßte auch der Landwirtschaftsminister *den Ernst der Lage begriffen haben.* Die Folgen der Dürrekatastrophe seien das Problem Nr. 1 in der gesamten Bauernschaft. Deshalb sei man auch dazu gezwungen, über den Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses heute abzustimmen. Er bitte alle, *die es mit der Landwirtschaft gut meinen und die Lage richtig erkannt haben, um ihre Zustimmung.* Diesen schweren Anschuldigungen hatte der Minister nicht still zugehört. Er war kein Zwischenrufer im Parlament. In zwei Zwischenrufen betonte er, was er (nicht) getan habe, sei aus Verantwortungsgefühl geschehen. In seiner Gegenrede versuchte er es zunächst mit sachlichen Richtigstellungen dessen, was er wann in welcher Situation gesagt habe. Dann bekannte er, er könne dem Antrag der CDU, 5 Millionen DM für die Verbilligung von Kraftfuttermitteln zur Verfügung zu stellen, nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, weil die Landwirtschaft aufgrund kräftiger Preissteigerungen bei Futtermitteln gar nicht in den Genuß davon komme. Damit würden die Bauern über die wahre Lage hinweggetäuscht. Da es ständig Zwischenrufe von der CDU gab, wurde Herrmann nun auch aggressiver und stellte die Frage, ob die CDU mit solchen aktionistischen Forderungen, die als echte Hilfe gar nicht geeignet seien, die *verkehrte Politik* in Bonn verdecken wolle. Wenn man sich dort einigen würde, den Kleinbauern zu helfen, sei mehr erreicht *Sorgen Sie dafür, daß die Zuckerrübenbauern endlich den Preis von 6,50 DM bekommen, der ihnen im Bundestag versprochen wurde. Warum wird das nicht durchgeführt? Sorgen Sie dafür, daß die Bauern Kraftfuttermittel verwenden und verwenden können. Sorgen Sie dafür, daß in Bonn die notwendige Verordnung hinsichtlich des Beimischungszwangs für Margarine endlich erlassen wird, damit der Rapspreis gesichert ist. . . . Schreien Sie nicht dauernd nach dem Landwirtschaftsminister,* rief er entnervt ins Plenum. Der könne auch nicht viel erreichen, wenn man ihn in Bonn im Stich lasse. Er sei selbst Bauer, wisse, wo diesen der Schuh drückt und wehre sich dagegen, daß man im vorwerfe, er wolle ihm nicht helfen. Dem Bauernverband warf er vor, er hetze nur. Wenn der Antrag auch angenommen werde, so könne er doch nicht umgesetzt werden, weil das wegen des Nothaushaltungsgesetzes gar nicht möglich sei. Es werde ein Initiativgesetzentwurf auch von der Regierung kommen.

Gebhard Müller bekannte nach Herrmanns Rede, er sei daraus nicht schlau geworden. *Während er auf der einen Seite erklärt, daß sowohl sein Ministerium als auch das Staatsministerium und alle beteiligten Stellen – auch die Sprecher der beiden Fraktionen der Regierungsparteien – sich über die Notwendigkeit der Hilfe einig sind, erklärt er andererseits, er könne es vor seinem Gewissen nicht verantworten, hier irgendeinen Beitrag zu leisten. Wie soll man daraus klug werden?* Daraus konnte man in der Tat nicht klug werden, aber das hatte Herrmann auch nicht gesagt. Stooß hielt es für notwendig, noch einmal nachzubohren und seiner Auffassung Ausdruck zu verleihen, daß das Ministerium sehr wohl in der Lage sei, die Sache durchzuführen, und das sei früher auch die Auffassung des Ministers gewesen.

Wolfgang Haußmann lehnte es ab, den Initiativgesetzentwurf der CDU sofort zu behandeln, weil er so kurzfristig eingebracht worden sei, daß nicht einmal die zuständigen Minister informiert worden seien, die wegen der besonderen Wichtigkeit der Angelegenheit an der letzten Sitzung des Ältestenrats teilgenommen hätten. Dort sei beschlossen worden, den Entwurf nicht gleich zu beraten. Die weitere Debatte in der Landesversammlung drehte sich unter gegenseitigen Schuldzuweisungen um die Frage, welcher Antrag nun weitergehend war und wie die Geschäftsordnung zu handhaben sei. Schließlich verließ die CDU-Fraktion aus Protest den Saal. Die Art und Weise, wie hier über ein echtes Problem in der Landwirtschaft diskutiert wurde, ließ jede politische Kultur vermissen. Es ging darum, Angriffe auf den politischen Gegner zu plazieren, offenkundig aber nicht um ein echtes Bemühen, den Betroffenen zu helfen. Letztlich diente an diesem Tag die Dürrekatastrophe nur dazu, um im Sitzungssaal in der Heusteigstraße 45 geräuschvoll möglichst viel Porzellan zu zerschlagen und der Regierung und vor allem dem Landwirtschaftsminister den Schwarzen Peter zuzuschieben und einen Keil zwischen ihn und die Bauern zu treiben. Es war in der Tat ein Trauerspiel.

In der nächsten Sitzung, der letzten im alten Jahr, stand auf der Tagesordnung die erste, zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Behebung dringender Notstände in der Landwirtschaft¹⁴⁵ in Verbindung mit dem Initiativgesetzentwurf der CDU und verschiedenen Anträgen. Albert Pflüger erstattete eingangs Bericht über den Gesetzentwurf der Regierung sowie über die letzte Sitzung des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses und des Finanzausschusses. Die Regierungsvorlage sei in den Grundzügen von allen Seiten begrüßt worden. Herrmann habe darauf hingewiesen, daß weder im Bund noch in Hessen noch in Bayern Maßnahmen zur Linderung der Dürreschäden beschlossen worden seien. *Gegen Schluß der Aussprache*, so teilte Pflüger mit, *kam es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Abgeordneten der CDU und dem Herrn Landwirtschaftsminister. Dem letzteren wurde vorgeworfen, er habe die zuständigen Stellen in Bonn über die Dürreschäden in Baden-Württemberg bisher nicht unterrichtet. Demgegenüber betonte der Herr Landwirtschaftsminister, er habe mit Staatssekretär Sonnemann und einem anderen maßgebenden Herrn in Bonn wiederholt verhandelt und*

Bonn über Einzelheiten genau unterrichtet. Da war es wieder, das Leitmotiv der CDU – der Landwirtschaftsminister tut nichts für die Bauern.

Ehe dieser das Wort ergriff, erläuterte Finanzminister Frank den Gesetzentwurf aus finanzpolitischer Sicht. Stooß beklagte den Verlauf der vorangegangenen Sitzung und drückte seine Freude darüber aus, daß man nun vor Weihnachten in dieser Frage noch zu einem Ende zu gelangen scheine. Herrmann erklärte, daß es ihm wichtig sei, vor dem Hohen Haus festzuhalten, daß die Grundlagen für den Entwurf in seinem Ministerium ausgearbeitet worden seien *und auch der Sachverständige auf Vorschläge des Landwirtschaftsministeriums und in Zusammenarbeit mit diesem und dem Herrn Finanzminister diesen Vorschlag gemacht hat. Es ist also nicht so, daß von irgendeiner anderen Seite Vorschläge gemacht worden sind, sondern ich muß betonen, daß die Herren Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums von Anfang an ihre Pflicht getan und mitgewirkt haben, um zu einem vernünftigen Vorschlag zu kommen.* Nach dieser Ehrenrettung seines Hauses und seiner selbst wendete er sich in seinen Ausführungen dem Gesetzentwurf zu. Er wolle Jungbauern ermutigen, ziele darauf ab, daß die Betriebe rationalisiert werden und die Flurbereinigung vorangetrieben wird. Abschließend hielt er es für seine Pflicht, nochmals klarzustellen, daß er das Recht habe, Mißstände aufzuzeigen und sich gegen Vorwürfe zu verteidigen. Mit Blick auf Stooß, der nach dem Tod von Franz Ströbele im Sommer 1952 zum Präsidenten des württemberg-badischen Bauernverbandes gewählt worden war, sagte Herrmann bedauernd: *Wenn es dem Präsidenten des Bauernverbands erlaubt ist, Kritik am Landwirtschaftsminister zu üben und in der Öffentlichkeit gegen ihn auszuholen, dann wird es auch dem Minister erlaubt sein, zu sagen, daß in den Bauernverbänden in Baden-Württemberg die führenden Männer alle einseitige Parteipolitiker sind*¹⁴⁶. Nach Ansicht von Heinrich Stooß war das aber ganz und gar nicht erlaubt. Im Gegenteil: Er fühlte sich zu einer Gegenrede veranlaßt und schimpfte in merklicher Erregung über den Minister, der gesagt habe, er dürfe nicht so empfindlich sein. Dabei sei es Herrmann gewesen, der in der Zeit, als er, Stooß, Minister gewesen sei, *in besonderer Weise Opposition gemacht* habe. Er habe dem Minister nun helfen wollen, aber das werde offenbar nicht geschätzt.

Die Vorstände der Bauernverbände würden in freier Wahl gewählt, fuhr Stooß fort. Er habe das Amt nicht gesucht. Angriffe, wie sie der Minister soeben gegen ihn geführt habe, dürfe dieser sich nicht erlauben. Er hoffe, sich demnächst einmal unter vier Augen mit Herrmann unterhalten zu können. *So geht es nicht, Herr Landwirtschaftsminister, das kann ich Ihnen sagen!* Eine Zusammenarbeit zwischen Verbänden und dem Ministerium sei auf dieser Grundlage nicht möglich. Das war nichts anderes als eine Drohung, eine Kampfansage und als solche das unmittel-

146 Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes war Minister a.D. Lambert Schill (1888–1976), Präsident des Bauernverbandes Württemberg-Hohenzollern Bernhard Bauknecht (1900–1985). Beide waren Mitglied der CDU und Bundestagsabgeordnete. Damit standen alle Bauernverbände des Landes unter Führung von CDU-Politikern. Diese Tatsache ist zur Beurteilung der weiteren Ereignisse nicht unwichtig.

bare Präludium zur »Herrmann-Krise« des nächsten Jahres. Der Gesetzentwurf wurde zügig beraten und fand am Ende einmütige Zustimmung. Damit war für Herrmann das politische Jahr 1952 beendet. Einige Tage später konnte er seinen 60. Geburtstag feiern. Daß sich da aber etwas zusammenbraute, was das kommende Jahr zu seinem politisch schwersten machen sollte, wird er nach den Auseinandersetzungen mit der CDU geahnt haben.

2. Belasteter Ausklang: »Die Herrmann-Krise« 1953

Im neuen Jahr war Minister Herrmann zunächst nur einmal als Redner im Landtag präsent, um eine vorbereitete Erklärung zur Ausführung des Landpachtgesetzes vom 25. Juni 1952 zu verlesen¹⁴⁷. Ein Regierungsentwurf des Ausführungsgesetzes sei allen interessierten Stellen zugegangen. Diese seien zur Stellungnahme aufgerufen. Danach erfolgte die Beschlußfassung im Ministerrat.

Am 31. Januar sprach Herrmann im Rahmen einer Kreisbauernversammlung in Öhringen. Hier scheint er sich im Hinblick auf die Bauernverbände alles von der »politischen Seele« geredet zu haben, was ihn umtrieb und ärgerte. Kein Ort war dafür geeigneter als das heimatliche Öhringen, wo er sich der unumstößlichen Treue der dortigen Bauern sicher sein konnte. Erneut prangerte Herrmann an, daß die Bauernverbände im Land, die nun in einer Arbeitsgemeinschaft verbunden waren, entgegen der Satzung nicht mehr parteipolitisch neutral seien. Auch er als Minister sei Parteimann, und er könne sich nicht vorstellen, daß die CDU-Bauernpräsidenten ihre Parteizugehörigkeit in der Verbandsarbeit hintanstellen. Außerdem wies er darauf hin, daß die Württembergische Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Raiffeisen hohe Verluste zu verzeichnen habe, die auf Fehlinvestitionen und *artfremde Geschäfte* zurückzuführen seien, und von Heilbronn aus würden zur Milcherfassung in Öhringen Investitionen getätigt, die laut Herrmann überflüssig waren und letztlich zu Lasten der Bauern gingen. Die anwesenden Hohenloher Bauern bejubelten »ihren« Minister im Anschluß an die Rede¹⁴⁸.

Keinen Anlaß zum Jubel hatten freilich die von Herrmann kritisierten Verbände. Seine Äußerungen riefen einen Sturm der Entrüstung hervor, der auch den Blätterwald kräftig rauschen ließ. Sowohl Präsident Stooß als auch der Präsident der Württembergischen Raiffeisen-Genossenschaften, Eugen Grimminger (1892–1986)¹⁴⁹, reagierten in verschiedenen Versammlungen mit scharfen Worten und hielten dem Minister vor, er habe nun jedes Maß verloren. Die Zusammenarbeit sei nicht nur schwer belastet, sondern unmöglich geworden. Am 9. Februar 1953 wandte sich der Württembergische Landesverband landwirtschaftlicher

147 Vhdl. VLBW, 23. Sitzung (21. Januar 1953), S. 910.

148 Hohenloher Zeitung (wie Anm. 139).

149 Grimminger war außerdem Mitglied des Aufsichtsrates der südwestdeutschen Landwirtschaftsbank und der Württembergischen Landesgenossenschaftsbank. Er war Gründer der landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule in Schrozberg.

Genossenschaften mit einem Protestschreiben an Ministerpräsident Maier. Die Arbeitsgemeinschaft der badisch-württembergischen Bauernverbände beschloß am Tag darauf, jede weitere Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsminister abzulehnen. Damit nicht genug, brachte die CDU einen Antrag auf Entlassung des Ministers ein¹⁵⁰. Die Aushebelung der vorläufigen Regierung Maier auf dem Umweg über die Entlassung Herrmanns schien greifbar nahe.

Der Entlassungsantrag wurde von Gebhard Müller begründet. Man wolle damit weder die *persönliche Integrität* noch die *Ehrlichkeit des Wollens und der ihn in seiner Amtsführung leitenden Motive* des Ministers in Zweifel ziehen. Müller zeigte sich enttäuscht darüber, daß Herrmann trotz der wiederholten Beanstandungen der CDU in letzter Zeit es nicht für nötig gehalten habe einzulenken. *Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß er die sicher nicht leichte Aufgabe seines Amtes nicht so erfüllt, wie die Interessen der Landwirtschaft und des staatlichen Gemeinwesens es erfordern.* Für Heiterkeit bei der Koalition sorgte Müllers Hinweis, für den Antrag seien parteitaktische Beweggründe nicht maßgeblich gewesen. Er verwahre sich dagegen, daß Herrmann in aller Öffentlichkeit hochangesehene Männer des parteipolitischen Mißbrauchs ihrer Ämter bezichtige, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Beweis dafür beizubringen.

Der Beschluß der Arbeitsgemeinschaft der Bauernverbände, nicht mehr mit Herrmann zusammenarbeiten zu wollen, sei einstimmig gefaßt und damit auch von Mitgliedern anderer Parteien, auch der DVP, getragen worden. Selbst Herrmanns Parteifreund, der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Rath, habe es für erforderlich gehalten, daß der Landwirtschaftsminister im Interesse der Landwirtschaft zurücktrete. Müller erinnerte daran, daß besonders die Haltung Herrmanns in der Frage der Hilfsmaßnahmen bei Dürreschäden das Vertrauen zu ihm erschüttert habe. Im folgenden beklagte sich Müller über Herrmanns Haltung zu den Genossenschaften und zu seinem eigenen Ministerium. Maier hätte ihn schon längst entlassen müssen. Da dies aber nicht geschehen sei, habe der Antrag kommen müssen, Herrmann durch das Parlament das Mißtrauen aussprechen zu lassen.

Natürlich reagierte nicht Herrmann, der auf seinem Abgeordnetenplatz die Sitzung verfolgte, auf Müllers Antrag, sondern der Ministerpräsident. Der Handlungsspielraum des Landwirtschaftsministers sei, da die Landwirtschaftspolitik ganz wesentlich in Bonn gemacht werde, sehr eng begrenzt. Herrmann habe *seinen Mann gestellt* und das Mögliche getan. Die Landwirtschaftskammer sei bisher nicht gebildet worden, weil einige *beteiligte Kreise* Widerspruch eingelegt hätten und man ein solches Selbstverwaltungsorgan nicht gegen den Willen derer, denen es dienen solle, gründen könne. Maier hielt dann eine Art landwirtschaftliches Kolleg vor dem Plenum ab, schilderte die Probleme und Besonderheiten der südwestdeutschen Landwirtschaft, lobte den Minister, der selbst Bauer sei und alle Probleme bis ins kleinste kenne. Herrmann habe sich stets klar, ruhig und sachlich

150 Antrag vom 10. Februar 1953, Beilage 554, behandelt in Vhdl. VLBW, 26. Sitzung (25. Februar 1953), 1041–1053.

mit den Anfragen und Anträgen des Hohen Hauses auseinandergesetzt. Zu einer *lebhaften Auseinandersetzung* sei es erst im Zusammenhang mit den Dürreschäden gekommen. Auch hier wurde Herrmann von Maier in Schutz genommen. Der Ministerpräsident stellte einen Zusammenhang zwischen den Zahlungsverpflichtungen des Landes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und dem Betrag von vier Millionen DM her, der letztlich als Hilfe den betroffenen Betrieben vom Land Baden-Württemberg gewährt worden sei: *Nicht der schlechte Wille der Landesregierung oder des Landwirtschaftsministers zwang zu der Festsetzung der Entschädigung für die Dürreschäden auf 4 Millionen DM, sondern die Aschenbrödelrolle, in welche das Land mehr und mehr ohne seine Schuld hineingestoßen wird.*

Den aktuellen Anlaß der Entlassungsforderung spielte Maier bewußt herunter, indem er kundtat, diese Auseinandersetzungen beschränkten sich *im wesentlichen auf einige hohenlohische und fränkische Orte*. Mit dem Genossenschaftsverband seien bereits Gespräche aufgenommen worden, die zu dem Ergebnis geführt hätten, eine Kommission zur Klärung der Vorwürfe einzusetzen. Es sei Wunsch dieses Verbands, daß der Sachverhalt vor Ende der Tätigkeit dieser Kommission öffentlich nicht weiter erörtert werden solle, weshalb Herrmann auch heute nicht spreche, *es sei denn, daß der Verlauf der Sitzung ihm zwingenden Anlaß gibt, seine Reserve aufzugeben*. Maier stellte sich ohne jeden Vorbehalt auf die Seite Herrmanns und schloß seine engagierte Rede mit folgenden Feststellungen: *Bei der jetzt in der verfassungsgebenden Landesversammlung entfesselten Debatte handelt es sich nicht um die Würdigung eines Einzelvorgangs, sondern um die politische und fachliche Gesamtbewertung von Landwirtschaftsminister Herrmann in der Erfüllung seines hohen Staatsamts durch die Volksvertretung. Die Summe der jetzt vorgebrachten Einzelheiten würde nicht ausreichen, Landwirtschaftsminister Herrmann die Qualifikation als Minister abzusprechen, selbst wenn er allein samt und sonders unrecht hätte und alle anderen miteinander recht. Im Leben liegt selten die Schuld nur auf einer Seite ... Landwirtschaftsminister Herrmann hat in über zweijähriger schwieriger Amtszeit ... sich mit bestem Willen und mit Erfolg um die Aufgaben seines Amtes bemüht. Ein sachlicher Anlaß zu dem Entlassungsantrag besteht nicht und ich bitte, ihn deshalb abzulehnen.*

Gebhard Müller sah das anders und empörte sich über die Art und Weise, wie Maier über seine Begründung des Antrages hinweggegangen sei. In der Koalition solle man sich aber über eines nicht täuschen: *Das Vertrauen, das der Herr Landwirtschaftsminister in weitesten Kreisen der Landwirtschaft verloren hat, können Sie damit nicht wiederherstellen*. Da war Albert Pflüger als Sprecher der SPD-Fraktion ganz anderer Ansicht: er stimmte mit Herrmann in den Kritikpunkten an den Bauernverbänden überein, nannte Beispiele und erwies sich einmal mehr als der geradeheraus formulierende Parlamentsveteran, der Dinge aussprach, die fast niemand anders sich auszusprechen traute: *Ich hatte bei den verschiedensten Anlässen Gelegenheit, mit Herrn Minister Herrmann zusammenzukommen und seine Tätigkeit zu beobachten. In der Vergangenheit haben zwischen Minister Herrmann und mir manchmal Gegensätze bestanden, die sachlich ausgetragen wurden. Heute*

darf ich feststellen, daß der Herr Minister stets, wenn Fragen der Landwirtschaft mit ihm zu besprechen waren, das erforderliche Verständnis gezeigt hat . . . Heute handelt es sich doch einfach darum, daß Sie versuchen, einen Vorstoß gegen die ganze Regierung zu unternehmen. Es liegt Ihnen daran, durch den Schlag, den Sie gegen einen Minister glauben führen zu sollen, die ganze Koalition zu treffen. Die Freude, Ihnen bei diesem Vorhaben behilflich zu sein, machen wir Ihnen nicht. Wir lehnen Ihren Antrag ab, er ist sachlich in keiner Weise begründet. Nach weiteren Beiträgen des CDU-Abgeordneten Berberich, von Hans Rueß (1901–1974) von der KPD – er kündigte Stimmhaltung seiner Fraktion an – und von Otto Gönnerwein (1896–1963) von der DVP wurde über den Antrag abgestimmt. Die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten stimmte gegen den Entlassungsantrag. Damit blieb Friedrich Herrmann als Minister im Amt.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß er durch die nach ihm benannte »Herrmann-Krise« angeschlagen war. In der Landesversammlung hielt er sich merklich zurück. Vor den Haushaltsberatungen im Mai war der Minister nur am 26. März kurz ans Rednerpult getreten, um zu einem Antrag seines Fraktionskollegen Albert Flattich (1899–1970)¹⁵¹ zu sprechen. Alle Hände voll zu tun hatte Herrmann im Frühjahr 1953 in Bonn, wo er im Bundesrat, dessen stellvertretendes Mitglied und Mitglied des Agrarausschusses er nach wie vor war, am 24. April 1953 allein viermal als Berichterstatter zu verschiedenen Punkten zu sprechen hatte¹⁵².

Wie es der allgemeinen Übung entsprach, nutzten die Minister die Beratungen zum Staatshaushaltsplan zur Abgabe grundsätzlicher Stellungnahmen. Auch Herrmann tat dies am Nachmittag des 5. Mai 1953¹⁵³. Er legte dabei nochmals seine Grundüberzeugungen vom starken Bauernstand dar, von der Besonderheit der kleinbäuerlich geprägten Landwirtschaft im Land, vom Problem der Landflucht und von der Notwendigkeit guter Ausbildung. Er habe sich, nachdem er mitgeteilt hatte, daß sein Ministerium nun aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom

151 Antrag der Abg. Flattich und Gen. betr. Entnahmen von Waldstreu aus Staats- und Gemeindefeldern (Beilage 631), behandelt in Vhdl. LVBW, 28. Sitzung (26. März 1953), S. 1170.

152 Sitzungsbericht Nr. 105 des Deutschen Bundesrates, 105. Sitzung (24. April 1953), ausgegeben am 28. April 1953. Präsident des Bundesrates war in dieser Zeit Reinhold Maier, der auch diese Sitzung leitete. Herrmann war Berichterstatter zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung (Bundesrats-Drucksache Nr. 123/53), S. 199D; zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Viehzählungen (BR-Drucksache 159/53), S. 218A; zum Entwurf eines Gesetzes über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1953/54 sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1953/54) (BR-Drucksache Nr. 153/53), S. 218B; und zur Ausgabe von nom. 20 Mio. 7½prozentigen Schuldverschreibungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank (BR-Drucksache Nr. 156/53), S. 219D. Außerdem äußerte er sich als Sprecher des Agrarausschusses zum Entwurf einer Verwaltungsanordnung über die Änderung und Ergänzung der Körperschaftssteuer-Richtlinien 1951 für die Veranlagung zur Körperschaftssteuer 1952 (BR-Drucksache Nr. 150/53), S. 208D.

153 Fortsetzung der Zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1952 (Staatshaushaltsplan 1952), in Verbindung damit Fortsetzung der Zweiten Beratung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 mit den Anträgen des Finanzausschusses. Einzelplan VII (Landwirtschaftsverwaltung), Einzelplan VIII (Forstverwaltung), Beilage 723, behandelt in Vhdl. VLBW, 34. Sitzung (6. Mai 1953), S. 1465–1501, Herrmann S. 1484–1488, 1496, 1501.

4. Mai 1953 die offizielle Bezeichnung »Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten« trage, ursprünglich weiterhin für das einfache »Landwirtschaftsministerium« ausgesprochen, weil er *ein Mann der Einfachheit* sei. In der Frage der Landwirtschaftskammer erklärte er seine *vollinhaltliche* Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten, der Heinrich Stooß geantwortet hatte, man könne dieses Selbstverwaltungsorgan natürlich niemandem aufzwingen. Es werde offenkundig nicht gewünscht. Das Ministerium wolle er *personell so klein wie möglich halten*, die leitenden Beamten allerdings für ihre gute Arbeit auch gut bezahlen. Über eine Verlagerung weiterer Aufgaben auf die Regierungspräsidien könne gegebenenfalls noch geredet werden. Nach einigen kleineren kritischen Anmerkungen des Berichterstatters Pflüger und anderer Abgeordneter wurde Herrmanns Etat angenommen.

Das Thema Flurbereinigung beschäftigte das Ministerium weiter. Es erstreckte sich nun freilich nicht mehr nur auf das Gebiet von Württemberg-Baden, sondern auch auf die Territorien der alten Staaten Südbaden und Württemberg-Hohenzollern. Als in der Landesversammlung ein Antrag des CDU-Abgeordneten (und früheren südbadischen Wirtschaftsministers) Eduard Lais (1893–1974) und anderer betreffend Durchführung von Flurbereinigungen in Gemeinden, in denen durch den Bau von Flugplätzen landwirtschaftlicher Boden der Nutzung entzogen wurde, zur Behandlung anstand, antwortete Herrmann, die Umlegungsverwaltung habe bereits Vorkehrungen getroffen, *um die gestörten Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse im Bereich der südbadischen Flugplätze durch Umlegungen so schnell als möglich in Ordnung zu bringen*. Zur beschleunigten Umsetzung würden Dienststellen mit dem zentralen Sitz in Lahr errichtet werden. Über die Höhe der finanziellen Beteiligung des Bundes werde in Bälde entschieden, womit er auf das in Vorbereitung befindliche Flurbereinigungsgesetz des Bundes abzielte, das am 14. Juli 1953 verabschiedet wurde.

Ebenfalls im engsten Zusammenhang mit Südbaden stand eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Friedrich Stephan (* 1915) und Wilhelm Stump (1890–1963), betreffend die Weinabgabe in Südbaden¹⁵⁴. Während der Haushaltsberatungen war deren Aufhebung verschiedentlich mit der Begründung gefordert worden, in den anderen Landesteilen des neuen Bundeslandes existiere eine vergleichbare Abgabe nicht, weshalb die südbadischen Weinbauern benachteiligt seien. Herrmann wies in seiner Antwort darauf hin, daß das aus dem Jahr 1949 stammende badische Gesetz über die Aufbringung von Mitteln (drei Prozent vom Erzeugerpreis) zur Reblausbekämpfung von Anfang an umstritten gewesen sei. In einer Sitzung des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses sei dieses Gesetz Gegenstand der Diskussion gewesen mit dem Ergebnis, daß ein Beschluß gefaßt worden sei, die Regierung zu ersuchen, die Aufhebung des Gesetzes zu betreiben und für die Schädlingsbekämpfung weitere Mittel im Staatshaushaltsplan einzustellen. Bei seinen letzten parlamentarischen Auftritten als Minister zeigte sich Herrmann stets

154 Beilage 803, behandelt in Vhdl. VLBW, 38. Sitzung (10. Juni 1953), S. 1658.

außerordentlich konzentriert und gut vorbereitet. Von einer Vergiftung der Atmosphäre in der Landesversammlung nach dem mißglückten Entlassungsantrag der CDU wird man nicht sprechen können. Es war aber nicht zu leugnen, daß die vorläufige Regierung unter Ministerpräsident Maier, nachdem der Landwirtschaftsminister so unter Beschuß geraten und Justizminister Renner wegen Maiers Abstimmungsverhalten im Bundesrat in der Frage der EVG-Verträge seinen Rücktritt eingereicht hatte, schwer angeschlagen war. Die SPD-DVP-Koalition in Stuttgart war am Ende.

Den sichtbaren Todesstoß erhielt sie durch das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. September 1953. Bundesweit erzielte die CDU ein im Vergleich zu 1949 um elf Prozentpunkte besseres Wahlergebnis; in Baden-Württemberg gewann sie fast 52 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, während die DVP ebenso wie die SPD Verluste zu verbuchen hatte. Die Bundestagswahl zeigte also, daß die vorläufige Regierung in Baden-Württemberg keine Mehrheit bei den Wählern hinter sich hatte und daß es nicht begründbar war, die CDU von der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Reinhold Maier wußte schon seit einigen Wochen, schon vor der Wahl, daß sein Rücktritt nur noch eine Frage der Zeit sein konnte¹⁵⁵, da sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, Gebhard Müller und Alex Möller, bereits auf ein neues Regierungsbündnis geeinigt hatten.

Am Ende der 50. Sitzung der Verfassungegebenden Landesversammlung am 30. September 1953 verlas Parlamentspräsident Neinhaus die Mitteilung Maiers über seinen und der vorläufigen Regierung Rücktritt. Bis zur Bildung einer neuen arbeitsfähigen Regierung blieben die Minister aber noch im Amt. Herrmann beantwortete in der Sitzung eine Große Anfrage betreffend Wildschäden im Walde¹⁵⁶ und hatte dem Plenum gleich zwei Gesetzentwürfe vorgelegt: den Entwurf eines Gesetzes über die Erstattung von Schwarzwildschäden¹⁵⁷ und den Entwurf eines Landesjagdgesetzes¹⁵⁸. Als Minister hatte er freilich mit dem weiteren »Schicksal« der beiden Entwürfe nichts mehr zu tun. Noch am Nachmittag des 30. September wurde Gebhard Müller mit 79 von 110 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Sowohl Präsident Neinhaus als auch Ministerpräsident Müller bedankten sich kurz bei Maier und den Ministern der ersten vorläufigen Regierung¹⁵⁹. Am 7. Oktober berief Gebhard Müller sein Kabinett, dem nur noch zwei Minister der DVP, nämlich Haußmann als Justiz- und Frank als Finanzminister angehörten. Müller beließ die Minister Veit, Ulrich, Hohlwegler und Fiedler in ihren Ämtern. Zum Landwirtschaftsminister wurde der

155 Matz (wie Anm. 101), S. 422ff.

156 Große Anfrage der Abg. Dr. Huber und Gen. betr. die Wildschäden im Walde (Beilage 1137), behandelt in Vhdl. VLBW, 50. Sitzung (30. September 1953), S. 2262–2264.

157 Beilage 1150. Der Entwurf wurde auf Antrag des Abgeordneten Pflüger an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß sowie federführend an den Finanzausschuß überwiesen.

158 Beilage 1151. Bei der am 14. Oktober 1953 anstehenden ersten Beratung wurde der Entwurf auf Vorschlag des Ältestenrats an den Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß sowie an den Rechtsausschuß überwiesen.

159 Auch das Kabinett von Gebhard Müller stellte bis zum Inkrafttreten der Verfassung des Landes Baden-Württemberg am 19. November 1953 eine vorläufige Regierung dar.

CDU-Bundestagsabgeordnete Eugen Leibfried (1897–1978) ernannt, der das Amt fünfzehn Jahre ausfüllen sollte.

Herrmanns Amtszeit als württemberg-badischer resp. baden-württembergischer Landwirtschaftsminister hatte nach insgesamt zwei Jahren und neun Monaten ihr Ende gefunden. Er saß auf seinem Abgeordnetenplatz und hörte sich – im Gegensatz zum schwer getroffenen Maier, der sich Urlaub für den Monat Oktober genommen hatte – an, wie Präsident Neinhaus nochmals in allgemeinen Wendungen die Leistung der bisherigen Regierung würdigte. Nach dem Ärger und den Anfeindungen des zurückliegenden Jahres wird er nicht ausschließlich unglücklich darüber gewesen sein, daß er mit dem Ministeramt nun auch eine schwere Bürde los war.

Das letzte Jahr

Minister a.D. Friedrich Herrmann hat nach seiner Ablösung vom Amt in der Verfassungegebenden Landesversammlung resp. im 1. Baden-Württembergischen Landtag – wie sich das Parlament nach dem Inkrafttreten der Landesverfassung am 19. November nannte – keine große Aktivität mehr entfaltet. Sein letztes Lebensjahr war von schwerer Krankheit bestimmt, die ihn zu Beginn des Jahres 1954 zur ständigen Abwesenheit von der Landtagsarbeit zwang. An den Verfassungsberatungen hat er sich ebenfalls im Parlament nicht beteiligt. In der neuen Landesverfassung gibt es keine Hervorhebung der Landwirtschaft. Es gibt keinen Artikel in der baden-württembergischen Landesverfassung, der mit dem Artikel 26 der württemberg-badischen Verfassung vergleichbar wäre.

Bei der Abstimmung über den endgültigen Namen des neuen Bundeslandes votierte Herrmann zunächst für »Schwaben«¹⁶⁰. Nachdem dies abgelehnt worden war, stimmte er für »Württemberg-Baden«¹⁶¹. Auch bei dieser zweiten Abstimmung gehörte Herrmann dem unterlegenen Lager an, da mit 85 zu 21 Stimmen »Baden-Württemberg« als Landesname angenommen wurde.

Am 5. November 1953 äußerte sich Herrmann in der Debatte über einen Antrag des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Moltenbrey und Gen. betr. Gewährung eines Zinszuschusses an die Filderkrautverarbeitungsindustrie¹⁶². Er wehrte sich gegen eine Unterstützung für die Filderkrautbauern, weil es überall im Land Kraut gebe, und zwar *übermäßig viel*. . . *Zum Beispiel in meiner Heimat im Hohenlohischen ist es so, daß in den letzten Jahren meine Frau im Frühjahr den Samen kaufte, nachher die Setzlinge und im Herbst das Kraut. Dieses Jahr habe ich*

160 Vhdl. VLBW, 58. Sitzung (4. November 1953), S. 2460. Für »Schwaben« stimmten u. a. auch Minister Haußmann, Reinhold Maier, Albert Pflüger und Minister Ulrich. Die »Schwaben«-Befürworter unterlagen mit 39 zu 70 Stimmen.

161 Ebd., S. 2463. Ebenfalls für »Württemberg-Baden« stimmten u. a. wieder Pflüger und Ulrich sowie Viktor Renner.

162 Beilagen 1254 und 1292, behandelt in Vhdl. VLBW, 59. Sitzung (5. November 1953), S. 1502–1507, Herrmann S. 1504–1505.

aber Kraut übrig. Ich habe meinen Nachbarn Kraut gegeben und auch Flüchtlingen, damit sie Kraut einmachen können, und damit fallen diese Kreise als Käufer von Filderkraut aus. Es mache keinen Sinn, jetzt für die Gruppe der Filderkrautbauern Zinszuschüsse zu gewähren. Der Absatz des Krauts sei gewährleistet; er werte die Aufregung um eine angebliche Notlage lediglich als Geschrei von der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, die nun Geld haben will, da sie weiß, daß im Landwirtschaftsministerium irgendwelche Gelder vorhanden sind, und da will sie nun den letzten Pfennig herausholen, um diese Mittel irgendwie in die Kalkulation hineinzuschieben. Dem Antrag solle daher nicht zugestimmt werden. Ihm wurde aber nach heftigen Worten der Kritik an Herrmann von Gotthilf Bayh (1888–1969), der der SPD angehörte, doch zugestimmt.

Am 16. Dezember 1953 sprach Herrmann zum letzten Mal im Parlament¹⁶³. Es ging um Haushaltsmittel für Reisekosten beim Wasserwirtschaftsamt Heilbronn und das Feldebereinigungsgesetz.

Schon in seiner Ministerzeit war Herrmann schwer erkrankt. Erst spät scheint sich mit letzter Klarheit herausgestellt zu haben, daß er unheilbar an Krebs litt¹⁶⁴. Zu Beginn des Jahres 1954 mußte er sich einer Augenoperation unterziehen, die in Tübingen vorgenommen wurde. Diesem Krankenhausaufenthalt folgte keine Erholung mehr. In den letzten Wochen und Monaten suchten viele Freunde und politische Weggefährten den Todkranken in Neureut auf. Auch sein Vorgänger und sein Nachfolger, Heinrich Stooß und Eugen Leibfried, kamen nach Neureut. Der politische Hader der Vergangenheit war verstummt. Herrmann blieb ans Krankenbett gebunden, bis ihn in der Nacht zum 23. November 1954 nach langer Leidenszeit der Tod erlöste. Er starb einen Monat vor Vollendung seines 62. Lebensjahres in dem Haus in Neureut, in dem er auch geboren worden war. In der Plenarsitzung vom 24. November 1954 hielt Landtagspräsident Neinhaus die Gedenkrede¹⁶⁵ auf Herrmann, dessen Platz im Parlament mit einem Blumenesteck und Trauerflor geschmückt war. Alle Abgeordneten hatten sich von ihren Plätzen erhoben. Neinhaus hob hervor, daß der Verstorbene eng mit dem Landtag verbunden gewesen sei, und das schon seit der Zeit der Weimarer Republik. Herrmann sei *eine aufrichtige, gradlinige Persönlichkeit* gewesen, *die ihren Standpunkt in fester Haltung vertrat und auch der kämpferischen Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden nicht aus dem Wege ging. Er sprach im allgemeinen nur zu Fragen, die ihm am Herzen lagen, und das waren in erster Linie die weitverzweigten Anliegen der heimischen Landwirtschaft.* Der Tod Herrmanns hinterlasse eine *schmerzliche Lücke.*

Auch die Presse betonte die kämpferische Art des Verstorbenen, seine Durchsetzungs- und Konfliktbereitschaft, seine Geradlinigkeit und das hohe Ansehen, das er aufgrund seines Einsatzes für die Bauern genossen habe.

163 Verhandlungen des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Sitzung (16. Dezember 1953), Herrmann S. 196 und 201.

164 Schriftliche Mitteilung von Rudolf Herrmann (wie Anm. 6) und Landwirtschaftsminister a.D. †, in: Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft Nr. 48, 12. Jg., 27. November 1954.

165 Vgl. Anm. 37.



*Abb. 4 Grabstein
Friedrich Herrmanns*

Die Beerdigung Friedrich Herrmanns fand am 25. November 1954 auf dem kleinen Friedhof von Kirchensall statt¹⁶⁶. Der Neuensteiner Pfarrer Reiser überschrieb seine Trauerrede mit den Worten »Wenn es leuchtend niederging, leuchtet's lange noch zurück«. Herrmann habe lange Zeit gehabt, sich auf den Tod vorzubereiten. Er habe ihm mannhaft ins Auge geblickt.

Für den Landtag erwies Vizepräsident Dr. Carl Schaefer (1887–1970), für die Landesregierung Minister Leibfried dem Toten die letzte Ehre. Justizminister Haußmann sprach für die FDP/DVP und hob hervor, daß er Abschied von einem persönlichen Freund nehme. Heinrich Stooß hatte eine Landestagung des Bauernverbandes in Fellbach absagen lassen, um diesem politischen Gegner die letzte

¹⁶⁶ Die Schilderung folgt dem Artikel »Minister a.D. Friedrich Herrmann zu Grabe getragen« in der Hohenloher Zeitung vom 26. November 1954.

Ehre erweisen zu können. Auch der Landrat des Kreises Öhringen und zahlreiche Vertreter der Organisationen, denen Herrmann angehört hatte – die Spitzen der hohenlohischen Landwirtschaft und des hohenlohischen Genossenschaftswesens –, waren am Grabe des Bauernführers des Landes, wie Stooß Herrmann genannt hatte, versammelt.

Der Grabstein, der heute die letzte Ruhestätte des ersten baden-württembergischen Landwirtschaftsministers bezeichnet, wurde erst viel später gesetzt. Er verzeichnet nur den Namen des Mannes, der hier mit seiner erst fast vierzig Jahre nach ihm verstorbenen Ehefrau bestattet ist. In den Stein gehauen ist das Bild eines säenden Bauern.

»In den Annalen der politischen Geschichte Württembergs und Badens wird dem im Gesamtrahmen erfolgreichen politischen Landwirt und Politiker ein ehrenvolles Blatt gesichert sein«, formulierte Herrmanns Freund Henry Bernhard in seinem Nachruf für die Stuttgarter Nachrichten¹⁶⁷. Dies war eine zu optimistische Prognose. Über vierzig Jahre nach seinem Tod ist der Politiker Friedrich Herrmann fast völlig vergessen.

167 Vgl. Anm. 45.

Die Zerstörung Waldenburgs im Zweiten Weltkrieg

VON ULRICH VON SANDEN

Erinnerungen und Legenden

Als es dunkel wurde, fing plötzlich die amerikanische Artillerie an. Alle paar Minuten bearbeitete sie zuerst den Hang, dann den Ort oben und die Straße. Wir waren mitten drin, zwischen den Frontlinien. Es waren fast alles Phosphorgranaten, überall leuchteten Stellen von Teer und auch Gras. Zitternd schoben wir unsere Räder weiter¹.

Wir, das sind in diesen Erinnerungen der 15jährige Schüler Leo Stoetzer aus Fellbach und ein Schulfreund. Ihre Schule, das ehemalige Lehrerseminar in Künzelsau, war als nationalsozialistische Aufbauschule Ende März 1945 geschlossen worden – der Vormarsch der amerikanischen Truppen beendete auch in Hohenlohe die Gwaltherrschaft des »Dritten Reiches«. Nach Waldenburg geraten die beiden Schüler am Freitag, dem 13. April, eher zufällig auf ihrem Weg nach Stuttgart. Für eine Nacht werden sie zu Waldenburgern, sitzen mit der Bevölkerung in Kellern und helfen beim Löschen. In Leo Stoetzers Erinnerungen findet sich ein Satz, der in seinem Erkennen und seiner gleichzeitigen Hilflosigkeit auch aus den Erinnerungen vieler Waldenburger Bürgerinnen und Bürger spricht: *War ja alles Wahnsinn, aber so war's halt*. Viele solcher Erinnerungen sind in Waldenburg selbst nach einem halben Jahrhundert noch lebendig. Im »Waldenburger Heimatbuch«, besonders aber in den erst kürzlich von Otto Kiemle herausgegebenen Aufzeichnungen des Jahrgangs 1928 sind sie festgehalten². Für viele Waldenburger Bürgerinnen und Bürger ist die Erinnerung daran, daß große Teile ihrer Stadt im Zweiten Weltkrieg erst vernichtet wurden, als die Kampfhandlungen schon so gut wie vorüber waren, besonders schmerzhaft. Verständlicherweise suchte man deshalb in der Vergangenheit nach Erklärungen für diese Zerstörung. Erzählungen von Truppen der Waffen-SS, die Parlamentäre der Amerikaner beschossen hätten, und Berichte über ungewöhnlich hohe Zahlen gefallener amerikanischer Soldaten entwickelten sich zu historischen Legenden, die zwar einen wahren Kern haben mögen, letztendlich aber die Zerstörung Waldenburgs nicht

1 Leo Stoetzer, London, Ont. (Kanada), 28. 7. 1995 an das Bürgermeisteramt Waldenburg. StadtA Waldenburg, 361.31, Die Zerstörung Waldenburgs 13.–16. 4. 1945.

2 J. Rauser: Waldenburger Heimatbuch (Heimatbücherei Hohenlohekreis, Bd. 4), o.O. 1980. Hier auch reichhaltiges Bildmaterial und auf S. 28 eine Liste der deutschen Opfer, Zivilisten und Soldaten; O. Kiemle: Jugendliche Erlebnisfelder rund um den Waldenburger Jahrgang 1928. Aufwachsen in der »Fürstlichen Residenzstadt«, im 1000jährigen Reich und Untergang der alten Stadt 1945. Eigenverlag 1995. Bezug über d. Verf., Breslauer Weg 29, Schwäbisch Hall.

erklären konnten. Sie verdichteten sich vielmehr zu einem »Mythos Waldenburg«, in dem die historische Wahrheit immer mehr zu verschwinden drohte³.

Schon lange Zeit vor dem fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes in Deutschland bestand deshalb in Waldenburg das Bedürfnis, die Ereignisse des April 1945 auf verlässlicher Basis darstellen zu lassen⁴. Über das lokalgeschichtliche Interesse hinaus aber dürfen die Ereignisse, die zur Zerstörung der Stadt Waldenburg führten, für sich in Anspruch nehmen, wie unter einem Brennglas zu verdeutlichen, warum der von Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg ausgerechnet in Süddeutschland noch einmal in aller Brutalität geführt wurde.

Bevor deshalb unter Einbeziehung der Aussagen von Zeitzeugen das Geschehen im April 1945 geschildert wird, gilt es, die historischen Hintergründe auszuleuchten⁵. Auf dieser Grundlage können dann mögliche Ursachen für die Zerstörung Waldenburgs erörtert werden.

Hohenlohe wird Kriegsschauplatz

Spätestens seit dem Vormarsch der Roten Armee im Januar 1944 und der Landung der anglo-amerikanischen Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944 stand der Ausgang des Zweiten Weltkrieges fest, zumal die amerikanischen Truppen schon im September den Westwall, von den Amerikanern auch »Siegfried-Linie« genannt, und die Stadt Aachen erreicht hatten⁶. Ihr Schicksal sollte zum traurigen Beispiel für viele deutsche Städte, unter ihnen Waldenburg, werden. Generalleutnant Graf von Schwerin weigerte sich, durch eine Verteidigung die Zerstörung der Stadt herauszufordern. Obwohl dem Ritterkreuzträger lediglich das Kommando über seine Einheit entzogen wurde, machte sein Beispiel nur selten Schule. Er wurde ersetzt durch Oberst Gerhard Wilck, den Kommandeur der 246. Volksgrenadierdivision. Bis zum 21. Oktober hielt dieser sich an die Vorgabe Hitlers, jede Stadt, jedes Dorf, »jeden Quadratmeter« verteidigen zu lassen. Am Ende der Kämpfe war die Stadt »tot wie eine römische Ruine«⁷. Die wahnhaftige Überschätzung der Deutschen schlug bei den Nationalsozialisten jetzt in eine selbstzerstörerische Untergangsstimmung um, in die sich gleichzeitig realitätsfremde Hoffnungen

3 Dieser Mythos wurde auch durch das grundlegende, aber noch ohne amerikanisches Quellenmaterial entstandene Werk gefördert: *F. Blumenstock*: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, Stuttgart 1957 (Nachdr. 1994), S. 159.

4 Für diese Arbeit, die – vermittelt durch Prof. Dr. Sönke Lorenz, Tübingen – auf Anregung und mit Förderung der Stadt Waldenburg und S. D. F. K. zu Hohenlohe-Waldenburg zustande kam, konnte ich mich auf die Vorarbeiten von Herrn Michael Sylvester Kozioł, Schwäbisch Hall, stützen, der große Teile des amerikanischen Quellenmaterials beschafft hat und es dankenswerterweise zur Verfügung stellte. Für vielfältige Unterstützung bei der Beschaffung von weiterem amerikanischem Quellenmaterial danke ich John R. Graves, Washington DC.

5 Vgl. *H.-J. Schröder*: Die Vergegenwärtigung des 2. Weltkrieges in biographischen Interviewerzählungen, in: *Militär-gesch.* Mitteilungen 49 (1991), S. 24.

6 *K. D. Bracher*: Die Krise Europas, Frankfurt a. M. 1992; *K. D. Henke*: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, zum folgenden S. 148–159.

7 Führerbefehl vom 24. März, in: *R. D. Müller/G. Überschär*: Kriegsende 1945, Frankfurt a. M. 1994, S. 169; Bericht der 1. US Infanteriedivision; zit. bei *Henke* (wie Anm. 6), S. 155.

auf ein militärisches Wunder mischten. Selbst in dieser Lage erwies sich jedoch die Ausstrahlung Hitlers als immer noch so groß, daß sich genügend Befehlshaber fanden, um den Krieg weiter zu führen.

Als daher die deutsche Heeresgruppe G Ende März 1945 in der Pfalz unter großen Verlusten zusammengebrochen war, befahl Hitler, in Süddeutschland mehrere Wochen Widerstand zu leisten, weil dann der massenhafte Einsatz von Düsenstrahlflugzeugen die Lage noch einmal zu Gunsten Deutschlands verändern würde⁸.

Tatsächlich kamen auch im Hohenlohischen noch Strahlflugzeuge zum Einsatz⁹, die jedoch angesichts der alliierten Lufthoheit und der Treibstoffknappheit kaum noch in die Kämpfe eingreifen konnten. Vielmehr ist der verzweifelte Glaube an Wunderwaffen bezeichnend für den blinden Fanatismus, mit dem der Krieg von einigen Militärs in den letzten Wochen verlängert wurde. Die relativ unwegsame, von Flußläufen zerschnittene Landschaft zwischen Main und Neckar war nach taktischen Gesichtspunkten für einen solchen Verzweiflungskampf durchaus geeignet.

Auch für die amerikanischen Truppen wandelte sich Süddeutschland im Frühjahr 1945 vom Durchmarschgebiet zu einer strategisch wichtigen Zone, in der die 7. Armee einen ungewöhnlichen und raschen Schwenk nach Süden vollziehen mußte.

Die Ursache für diesen Schwenk war letztendlich der wahnhafte Durchhaltewillen Hitlers und seiner SS-Führer. Denn im April verdichten sich Gerüchte, daß in den Alpen eine letzte Zitadelle des Nationalsozialismus errichtet werden sollte. Tatsächlich hatte der Gauleiter von Tirol-Vorarlberg, Franz Hofer, am 11./12. April Hitler im Bunker der Berliner Reichskanzlei entsprechende Pläne vorgetragen, die schon seit 1944 in etlichen Köpfen herumspukten. Der gesamte Alpenraum zwischen Bayern und Oberitalien, der Schweiz und Oberösterreich sollte nicht nur durch Befestigungsanlagen geschützt werden. Vielmehr bestanden Pläne für eine gigantische Festung mit unterirdischen Fabriken, Munitions- und Lebensmittellagern, geschützt von einer beträchtlichen Anzahl von Soldaten¹⁰.

Dadurch sollte das Ende des Krieges um mindestens ein Jahr herausgezögert, Gespräche mit den Kriegsgegnern erzwungen und die Kapitulation vermieden werden. Der gemeinsame Nachrichtendienst der Alliierten, das Joint Intelligence Committee (JIC), wies bereits am 10. März auf die drohende Gefahr eines deutschen Rückzugsraumes in den Alpen hin. Ein solcher Rückzugsraum aber lief dem Ziel des amerikanischen Oberbefehlshabers Dwight D. Eisenhower völlig zuwider, »die Niederlage der Deutschen in kürzest möglicher Frist zu vollenden«¹¹.

Auch wenn das militärische Oberkommando der Amerikaner die Gefahr einer Alpenfestung angesichts des deutschen Mangels an Arbeitskräften und Ressourcen

8 Müller/Uberschär (wie Anm. 7), S. 76.

9 Henke (wie Anm. 6), S. 784.

10 Henke (wie Anm. 6), S. 938f.

11 Henke (wie Anm. 6), S. 790.

geringer einschätzte als die amerikanische Presse, so sah es doch die grundsätzliche Gefahr einer Verlängerung des Krieges im Südosten. Die dritte und siebte US-Army schwenkten deshalb nach Süden ein, um jegliche Zusammenführung von Resten deutscher Verbände im Südosten zu verhindern¹².

Wir können somit erklären, warum eine Drehung der amerikanischen Angriffsachse nach Süden das Land zwischen Main und Neckar vom Durchmarschkorridor nach Osten zum besonders umkämpften Gebiet verwandelte. Wie der weitere Kriegsverlauf bewies, fanden an der so entstandenen Gelenkstelle zwischen Main und Neckar die letzten wirklich schweren Kämpfe in Süddeutschland statt. Die 63. US-Division, von der zwei Regimenter an den Kämpfen um Waldenburg vom 13.-16. April 1945 beteiligt waren, erreichte bereits am 25. April die Donau. In der Erinnerung der Veteranen ist »The Battle of Waldenburg« die letzte wirkliche Schlacht ihrer Einheiten im Zweiten Weltkrieg¹³.

Dennoch, für die Soldaten auf beiden Seiten konnte Waldenburg nicht mehr als ein weiteres Kapitel im Kriegsverlauf sein. Für die Bürgerinnen und Bürger von Waldenburg jedoch bedeutete das Kriegsende den Verlust ihrer Lebensgrundlagen, teilweise sogar den Verlust von Freunden und Angehörigen. Gleichzeitig war es bezeichnend für diese letzten Kriegstage, daß sich die Handlungsebenen der Beteiligten nur zufällig überschneiden. Deutsche Soldaten bitten um Essen, amerikanische Soldaten öffnen Kellertüren, Waldenburger Bürger fordern verzweifelt deutsche Soldaten auf, das Kämpfen zu beenden. Aber niemand wußte wirklich, was auf der anderen Seite passierte. Diese Unsicherheit hat sich auch in der Geschichtsschreibung über diese Tage fortgesetzt. Die Ereignisse sollen deshalb hier in einer Zusammenschau geschildert werden, die die verschiedenen Ebenen wieder zusammenführt¹⁴.

Der Krieg rückt näher

Wie überall in Deutschland¹⁵ war die Bevölkerung Waldenburgs damit beschäftigt, auch angesichts der näherrückenden Front die drängendsten Alltagsorgen zu bewältigen. Besonders von den Frauen wurde erwartet, daß sie durch immer größeren Einsatz den drohenden Untergang hinauszögern sollten. Allenfalls auf das Verhalten bei Tieffliegerangriffen wurde die Bevölkerung hingewiesen. Der Aufbau einer »Heimatfront« traf jedoch auch Waldenburg völlig unvorbereitet. Soweit möglich hatte sich die Stadt durch die Auflösung des »Volkssturms« am 5./6. April sogar ein Stück weit entmilitarisiert und damit ihrer Kriegsmüdigkeit Ausdruck verliehen. Möglich war dies durch den mutigen Einsatz von Oberförster

12 Henke (wie Anm. 6), S. 942, Anm. 865.

13 Corporal John R. Graves, Zeitzeugenrunde am 29. April 1995, Stadthalle Waldenburg.

14 Nur in besonderen Fällen werden im folgenden Aussagen von Zeitzeugen wörtlich zitiert und belegt. Die Schilderung der Ereignisse ergibt sich aus einer vergleichenden Zusammenschau der verschiedenen Erinnerungen. Allen Zeitzeugen sei an dieser Stelle herzlich für ihre Mitarbeit gedankt.

15 Müller, *Überschär* (wie Anm. 7), hier S. 25ff.

Anton Schwarz¹⁶. Obwohl also am 1. April der Waldenburger Bahnhof und einige Fuhrwerke von amerikanischen Jagdbombern beschossen worden waren, riß der Beginn der Kampfhandlungen die Stadt mitten aus dem »alltäglichen« Leben. Fürst Friedrich Karl zu Hohenlohe-Waldenburg (1908–1982) hatte zu Beginn der Woche das Schloß verlassen, um den Gutsbetrieb auf der nahegelegenen Laurach zu übernehmen. Als die Front näherrückte, kehrte er noch einmal in den Ort zurück und erhielt von einem deutschen Offizier die Zusage, daß Waldenburg nicht verteidigt würde. Wahrscheinlich hat es sich dabei um einen Offizier der 17. SS-Panzer Grenadierdivision gehandelt, die am 12./13. April Richtung Nürnberg verlagert wurde¹⁷. Er könnte diese Zusage im Bewußtsein des bevorstehenden Abzuges gegeben haben. Das Bataillon der nachrückenden 553. Volksgrenadierdivision aber verwandelte am Abend des 12. April das Schloß in den Gefechtsstand des Kommandanten. In der Stadt selbst befand sich nur der kleinere Teil der Einheit, die meisten Stellungen lagen verstreut im Wald. Die genaue Zahl der deutschen Soldaten ist nicht mehr gesichert festzustellen, da schriftliche Unterlagen fehlen. Deutsche Veteranen berichten übereinstimmend von höchstens 60 Verteidigern in der Stadt selbst, rechnet man die im Wald gelegenen Stellungen hinzu, dürfte es sich um maximal 150 Angehörige der Wehrmacht gehandelt haben, die den mindestens 1500 Mann starken Batallionen des 255. Regiments gegenüberstanden. Nur vereinzelt war es deshalb zu Kontakten zwischen der Bevölkerung und deutschen Soldaten gekommen, etwa bei der Verpflegung im sogenannten Bierhaus, das jedoch etwas außerhalb der Stadt lag. So können sich nur manche Waldenburger an die Worte des kommandierenden Majors Möller¹⁸ erinnern, Waldenburg werde wie die Festung Breslau verteidigt.

Auch war die Sprengung der Zufahrtsstraße vom Bahnhof zum Schloß nicht – wie bisher angenommen – am Donnerstag, sondern erst am Samstag, dem 14. April, erfolgt¹⁹. Insgesamt also konnte angesichts der abziehenden Einheiten der Waffen-SS und den ungeregt und in kleiner Zahl nachrückenden Volksgrenadiern der Eindruck entstehen, die Truppen befänden sich lediglich auf dem Durchzug. Auch der evangelische Stadtpfarrer Eugen Haen stellte in einem Schreiben an das Dekanatamt vom 10. Juli 1945 fest²⁰: *Bis zum Tage der Beschießung wurde offiziell erklärt, daß Waldenburg offene Stadt bleiben und nicht verteidigt würde. Aus diesem Grund hatten wir auch nichts verlagert. In dieser Haltung waren wir auch dadurch*

16 Bericht G. Schwarz, Zeitzeugenrunde Stadthalle Waldenburg, 29. April 1995.

17 H. Günther: Die Sturmflut und das Ende. Geschichte der 17. SS-Panzer Grenadierdivision »Götz von Berlichingen«, Band III. München 1991, S. 324; P. E. Schramm (Hrsg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, 1944–1945, Bd. 2, München 1982, S. 1239, Lagebuch 13. 4. 1945: »Von der 19. Armee wird die 17. SS-Division nach Nürnberg ... abgegeben«.

18 Major Möller konnte nicht mehr ausfindig gemacht werden. Negative Antwort der Deutschen Dienststelle (WAs), Berlin, 25. 4. 1988, Anfrage M. Koziol.

19 Pionier F. Sorg; Befragung am 29. April 1995. Während Sorg als Melder in die Stadt geschickt wurde, erledigte ein Zug die Sprengung der Straße. Der Volksgrenadier Eugen Fuchs wäre am Abend vor den eigentlichen Kampfhandlungen beinahe durch während der Sprengung herabstürzende Ziegel getroffen worden.

20 Landeskirchliches Archiv (LKA) Stuttgart, Alte Registratur 311a/V, Kriegschroniken 1945–1945, Stücke 631–758, hier St. 690.

bestärkt worden, daß die Stadt Waldenburg während des ganzen Krieges keinen einzigen Luftangriff erlitten hatte. ... Erst während der Beschießung wurde bekannt, daß Waldenburg zur Festung erklärt worden war.

Das Eskalieren der Kämpfe läßt sich von deutscher Seite her nur mit der allgemeinen militärischen und politischen Lage erklären. Von der 553. Volksgrenadierdivision sind so gut wie keine schriftlichen Quellen überliefert, so daß sich das Handeln vor Ort nur indirekt und durch Zeitzeugen erschließen läßt.

Die Einheit war am 31. Januar 1945 durch den Befehlshaber des Ersatzheeres (BdE), Heinrich Himmler, bereits zum dritten Mal aufgestellt worden, nachdem die Division zuvor schon im Unterelsaß und in Lothringen »aufgegeben« und ihr danach jeweils Restverbände anderer Einheiten angefügt worden waren²¹. Diese Volksgrenadierdivisionen gehörten seit 1944 zum »letzten Aufgebot« und bestanden aus neu ausgehobenen Männern und kleinen Kadern mit Fronterfahrung. Es wurde *alles aufgegabelt*, wie Eugen Fuchs, der als einer der letzten deutschen Soldaten Waldenburg am Montag, dem 16. April 1945, verließ, berichtet²². So kamen beispielsweise die Unteroffiziere direkt aus der Divisionskampfschule, wie sich Adalbert Siebzehnrübl, damals als Melder eingesetzt, erinnert²³. Die 1. Kompanie hatte Anfang Februar die Tschechoslowakei verlassen und war über Ettligen bei Karlsruhe nach Pfaffenrot im Albtal gelangt. In Gewaltmärschen erreichte die Einheit den Raum Hermersberg und erlitt dort schwere Verluste im Kampf gegen die 63. US-Division.

Die 553. VGD stand unter neuem Oberbefehl, nachdem der bisherige Befehlshaber der in Süddeutschland operierenden Heeresgruppe G durch den General der Infanterie Friedrich Schulz abgelöst worden war. Schulz versuchte, noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren.

Vorherrschend waren dabei in den Frühjahrstagen die mit Strafandrohungen verbundenen Durchhalteappelle: »Der Führer hat befohlen: wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu werden, oder nachweisbar bis zum äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn...«²⁴. Hintergrund für diesen Befehl war die Übergabe von Königsberg durch den General der Infanterie Otto Lasch, der angesichts leerer Munitions- und Verpflegungslager kapituliert hatte. General Lasch wurde zum Tod durch den Strang verurteilt, seine Frau und beide Töchter sowie ein Schwiegersohn verhaftet²⁵.

Nur wenige Truppenführer brachten in dieser Situation den Mut auf, verantwortliche Entscheidungen zu treffen und beispielsweise Jugendliche des Jahrgangs 1930,

21 Mitteilung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam vom 9. Januar 1995, TgbNr.: 94-2117. Auch beim Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg finden sich keine Waldenburg betreffenden Aktenbestände.

22 Gespräch vom 30. April 1988 mit E. Fuchs, aufgezeichnet durch M. Koziol; bestätigt am 29. April 1995 in Waldenburg.

23 Interview vom 29. April 1995.

24 7. März 1945. Zit. nach M. Messerschmidt: Die Wehrmacht. Vom Realitätsverlust zum Selbstbetrug, in: H.-E. Volkmann: Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges, München 1995, S. 247.

25 G. Böhdeker: Der Untergang des Dritten Reiches, München 1985, S. 163.

die sich in den letzten Kriegstagen noch für die Verteidigung der sog. »Ostmark« zur Verfügung gestellt hatten, mit einem Marschbefehl wieder in die Heimat zu schicken²⁶. Die deutschen Einheiten bewegten sich also in einer Atmosphäre von Resignation und Fanatismus, einem Zustand höchster Unsicherheit.

Es war Waldenburgs Unglück, daß hier falsch verstandenes Pflichtgefühl die sonst vorherrschende Kriegsmüdigkeit deutlich übertraf. Für kurze Zeit war sogar erwogen worden, die Soldaten als »Werwölfe«, d. h. NS-Partisanen, einzusetzen, die hinter den amerikanischen Linien operieren sollten²⁷. Wohl wegen des Abzuges der SS-Einheiten ließ man diesen Plan fallen, die Soldaten bekamen ihre Ausrüstung zurück und rückten bis in die Nacht vom Donnerstag auf Freitag, den 13. April, in ihre Stellungen rund um Waldenburg ein.

Eugen Fuchs beispielsweise befand sich im ersten Wäldchen unterhalb des Schlosses in einer Maschinengewehrstellung unmittelbar oberhalb der Straße vom Bahnhof zur Stadt. Sie ist noch heute zu erkennen.

Den deutschen Einheiten standen die 10. US-Panzerdivision und die 63. US-Infanteriedivision des 6. Korps der 7. US-Armee gegenüber. Die 63. war im Juni 1943 an der amerikanischen Ostküste aufgestellt worden.

Ihren ersten Einsatz hatte diese Division im Dezember im Elsaß, bevor sie sich auf ihrem Vormarsch zwischen Kocher und Jagst schwere Kämpfe mit der 17. SS-Panzergrenadierdivision liefern mußte²⁸. Gewissermaßen als Entschuldigung für das die Zivilbevölkerung gefährdende fanatische Kämpfen der SS-Division hat es sich eingebürgert, die 63. US Infanteriedivision als »Gangster-Division« darzustellen²⁹. Dieser wenig schmeichelhafte Titel wurde ihr offensichtlich aufgrund einzelner Übergriffe, wie etwa in Jungholzhausen, verliehen. Inzwischen konnten die Hintergründe der Ereignisse von Jungholzhausen aufgeklärt werden³⁰. Demnach wurden amerikanische Soldaten nach Ende der Kampfhandlungen aus dem Hinterhalt angegriffen. Hinrichtungen von Kriegsgefangenen soll das nicht entschuldigen. Es muß aber festgehalten werden, daß Übertretungen der Genfer Konvention durch die hier kämpfende 63. Division die deutliche und von Kriegsgerichten geahndete Ausnahme waren³¹. Zahlreich sind dagegen die Beispiele für besonnenes Vorgehen, insbesondere gegenüber der Zivilbevölkerung. Einige Beispiele aus dem Kochertal sollen hier genügen. So konnte beispielsweise eine systematische Zerstörung Niedernhalls verhindert werden, obwohl zwei amerikanische Offiziere

26 Interview H. Herrmann, Ingelfingen, April 1995.

27 Am 1. April hatte sich auf den gängigen Radiofrequenzen eine »Bewegung der nationalsozialistischen Freiheitskämpfer« namens »Werwolf« gemeldet, deren Parole »Haß ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei« lautete. Die versuchte Umwandlung einer regulären Einheit in Waldenburg ist ein Beleg dafür, daß die Werwolfverbände eingesetzt werden sollten, um durch die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der Alliierten die Bevölkerung in den Verzweilungskampf direkt hineinzuziehen. Vgl. Henke (wie Anm. 6), S. 943–954.

28 S. L. Stanton: Order of Battle. US Army, World War II, Novato 1984, S. 135.

29 Vgl. Zitat J. Rauser bei U. Jacobi: Das Kriegsende, Verlag Heilbronner Stimme³ 1988, S. 90.

30 M. Koziol: Die Toten von Jungholzhausen, in: Das Kriegsende. Menschen aus dem Landkreis Hall berichten. Sonderausgabe des Haller Tagblatt vom 23. Februar 1995, S. 36.

31 Vgl. auch Henke (wie Anm. 6), S. 767, Anm. 926.

am 11. April bei den Übergabeverhandlungen aus dem Hinterhalt beschossen worden waren und einer von ihnen seinen Verletzungen erlag. Bei der Belagerung Künzelsaus am 11. April bewiesen die Amerikaner ebenfalls Augenmaß und verlängerten zweimal das Übergabeultimatum, bis die von der Einkesselung bedrohten deutschen Truppen schließlich abzogen. Auch Künzelsau kam mit verhältnismäßig geringen Zerstörungen davon³². Schließlich kann Eugen Fuchs bestätigen, daß die Amerikaner sofort das Feuer einstellten, wenn ein Sanitäter mit einer Rot-Kreuz-Flagge vortrat, um Verwundete zu bergen.

Eugen Fuchs und etliche andere Zeitzeugen wiesen ebenfalls darauf hin, daß die an der Bahnlinie nach Kupfer postierte Waffen-SS sich absetzte, bevor die Kämpfe um Waldenburg begannen³³.

Allerdings rechnete die 63. US-Division noch mit der Gegenwehr der 17. SS-Panzergrenadierdivision, wie Colonel James E. Hatchers Divisionsgeschichte beweist³⁴. Schließlich hatte sich die SS-Division, mit der sich die amerikanischen Truppen so verlustreiche Kämpfe liefern mußten, noch in der Nacht vom 12. auf den 13. April in Stellungen von Waldenburg über Michelbach bis Adolzfurt eingerichtet³⁵.

Es ist also durchaus möglich, daß das militärstrategisch wenig überzeugende Verhalten der amerikanischen Regimentsführung von dem Wunsch einer spektakulären Entscheidungsschlacht gegen die 17. SS-Division getragen war.

Granaten auf Waldenburg – Freitag, 13. April

Von den amerikanischen Zielen konnte der stellvertretende und die Amtsgeschäfte leitende Bürgermeister Heinrich Fritsch nichts wissen³⁶. Das amerikanische 263. Feldartilleriebatallion hatte um 16 Uhr 45 mit drei Batterien seine Stellungen rund um Kirchensall eingenommen³⁷. Die amerikanischen Infanteriedivisionen waren von 1942 an in der seither klassischen Dreiteilung organisiert, die von der Regimentsebene bis zu der von einem Korporal geführten achtköpfigen Einheit durchgehalten wurde. Theoretisch sollte ein Element in diesem Dreiersystem den Feind direkt bekämpfen, während das zweite manövrierte und ein drittes in Reserve lag³⁸. Unterstützt wurden die Infanteriedivisionen je nach Bedarf durch Feldartillerie und weitere Einheiten, so daß bei den Kämpfen um Waldenburg neben den 253., 254. und 255. Infanterieregimentern das 263. Pionierbatallion, das 753. Panzerbatallion, das 822. Panzerzerstörerbatallion, das 863. Feldartilleriebatallion und die 101. Aufklärungsschwadron zum Einsatz kamen. Der Kom-

32 Vgl. *Blumenstock* (wie Anm. 3), S. 125f.

33 Vgl. Anm. 17.

34 *J. E. Hatcher: With the 63rd Infantry Division in World War II*, o. O., o. J. (1972), S. 108.

35 *Günther* (wie Anm. 17), S. 311.

36 Niederschrift des Bürgermeisters vom 4. Mai 1945, StadtA Waldenburg (wie Anm. 1).

37 National Archives, Washington (NA), Record Group No. 407, 863 FA Bn, After Action Report, April 1945.

38 *Stanton* (wie Anm. 28), S. 8f.

mandoebene waren Einheiten der Nachrichtendienste zugeordnet. Die Operationsgebiete der Regimenter waren streng durch Grenzen voneinander getrennt, so daß die Hauptlast des Angriffs beim 255. Regiment lag. Das 253. und 254. Regiment operierten in amerikanischer Kampfrichtung rechts bzw. links von Waldenburg. Die Leitung der Kampfhandlungen vor Ort lag auf Regimentsebene, vor Waldenburg also beim kommandierenden Offizier des 255. Regiments, Colonel James E. Hatcher. Seine Aufzeichnungen sind gerade deshalb wertvoll, weil sie seine sehr persönliche Einschätzung der Lage wiedergeben³⁹. Nach den relativ schweren Kämpfen des Regiments mit Einheiten der SS-Panzergrenadierdivision erschien es Colonel Hatcher nur als folgerichtig, daß das *furchterregende Hindernis* Waldenburg von den Deutschen *mit allen verfügbaren Mitteln* verteidigt werden würde. Da die Regimentsgrenze nur einen Kilometer westlich von Waldenburg verlief, sei eine weiträumige Umgehung nicht möglich und ein mehr oder weniger frontaler Angriff unvermeidlich gewesen. Nur das 1. Bataillon von Major Robert C. Forbes sollte sich über Lindig durch den Wald hindurch zum Streithof vorarbeiten, das 2. Bataillon von Major Edward E. Thomson jedoch die vom Schloß beschützte Stadtseite angreifen. Bemerkenswerterweise wurde das 1. Bataillon bei seinem Versuch, Waldenburg von Westen her zu umfassen und zu isolieren, von Einheiten des 253. Regiments unterstützt. Eine Kooperation über Regimentsgrenzen hinweg und damit ein Verzicht auf einen Frontalangriff wäre also durchaus möglich gewesen. Der Kommandeur des 1. Bataillons, Major General Forbes, bestätigte kürzlich, der frontale Angriff habe keinerlei militärischen Sinn gemacht⁴⁰. Da die amerikanische Luftwaffe bis zum 12. April durch die anhaltenden Kämpfe um Heilbronn und später im Unterland offensichtlich weitgehend gebunden war, konnte kaum Unterstützung aus der Luft erwartet werden.

Allerdings liefen seit Donnerstag, dem 12. April, Meldungen ein, die darauf schließen lassen konnten, daß Waldenburg verteidigt werden sollte⁴¹. Um 15 Uhr 12 meldete die Luftaufklärung verstärkten Verkehr in Waldenburg, um 17 Uhr ließ sich auf Grund von Aussagen eines deutschen Kriegsgefangenen nachvollziehen, daß östlich und westlich von Waldenburg Stellungen ausgehoben wurden. Der vom 254. Regiment aufgegriffene Soldat berichtete zudem, es seien junge Verstärkungen eingetroffen, die aus der Tschechoslowakei gekommen wären: die Soldaten seien zwischen 16 und 19 Jahren alt, darunter etliche *arrogante und großspurige Nazis*. Die Luftaufklärung meldete kurz nach Mitternacht Truppenbewegungen hinter Waldenburg. Ein weiterer Kriegsgefangener gab die Stationierung einer Einheit in Kesselfeld zu Protokoll.

Die am Himmel stehende »Langsame Ente«, ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ P-51 gehörte im April beinahe zum Alltag und konnte kaum auf den

39 Hatcher (wie Anm. 34), S. 108ff.

40 Schreiben an S. D. F. K. zu Hohenlohe-Waldenburg, 4. Juli 1995. StadtA Waldenburg (wie Anm. 1).

41 NA, Record Group No 363, G-2 Journal, 63rd Inf Division from 122400 April 1945 to 132359 April 1945. Die Zahlenfolge vor der Monatsangabe nennt Datum und Uhrzeit.

Beginn des Beschusses hindeuten. P-51-Piloten flogen dicht über dem Boden und gaben ihre Informationen über Straßen, Brücken, feindliche Stellen etc. direkt an die Leitstelle des Corps. Sie leiteten auch Jagdbomber zu ihren Zielen und dirigierten Artilleriefeuer⁴². Die ersten Granaten – sie sind nicht einmal im Tagebuch der Artillerieeinheiten verzeichnet – trafen die Waldenburger zwischen 18 Uhr und 18 Uhr 45 bei der Rückkehr vom Einkauf oder beim Melken im Stall: *Am Freitag Abend begann der Beschuß erst richtig, als ich mit meiner Schwester die Kühe im Stall melken mußte. Die Einschläge waren sehr nahe am Stall und wir rannten darum in unseren Keller, der sehr gut war, besonders da unser Haus stabil darüber gebaut war. Im Zurückrennen krachte es auch im Stall, in dem wir gerade gemolken hatten. Wir sahen noch, wie drei Kühe nach dem Granateinschlag da lagen. Jetzt mußten wir selber um unser Leben rennen und im Keller Schutz suchen. Zwischem dem Geschieße und den Einschlägen hörten wir es über uns prasseln, wie wenn es regnen würde. Das Geräusch wurde immer stärker und eine innere Unruhe trieb uns hoch. Da sahen wir, daß unser Haus über uns bereits voll brannte. Die Flammen schlugen bis zur Scheune hinüber und hatten sie ebenfalls in Brand gesteckt. Brennende Heubündel trieb der Wind über die Straße. Wir wollten in der Not löschen, aber der Beschuß hinderte uns daran. Im Stall hörten wir unsere Tiere schreien und an den Ketten reißen. Wir aber konnten in diese Flammenhölle nicht mehr hinein und die Ketten lösen, dazu war es bereits zu spät. Die Hitze war zu groß geworden. Schräg gegenüber schrie unser Nachbar, Herr Leidig, wir sollten sofort zu ihm über die Straße hinüberrennen und in seinem Keller Schutz suchen...*⁴³.

Nicht alle Waldenburger Keller waren solide genug gebaut, um bei den Angriffen ausreichenden Schutz zu geben. So war beispielweise der Keller der Familie Götz in der Wettgasse mit einer hölzernen Falltür versehen, die Feuer und Hitze nicht standhalten konnte. Bereits am Freitag abend brachten sich deshalb die Familien Fritsch, Dambach, Kohlhaas, Beyer, sowie Frau Hufnagel und Frau Huber im Keller der fürstlichen Kanzlei in Sicherheit, insgesamt 21 Personen. In der ersten Beschußnacht kam in diesem Keller außerdem ein Kind zur Welt⁴⁴.

Einige Waldenburger wie etwa die Familien Stiefel, Belzner und Hackert kamen im Schloß unter, hauptsächlich im Weinkeller neben der Gruft, wo sich über 100 Personen aufgehalten haben sollen⁴⁵, aber auch in der alten Küche.

Viele Bewohner mußten bereits am Freitag abend in die umliegenden Weiler Ziegelhütte und Goldbach fliehen. Besonders tragisch verlief die Flucht der Familie Döpping. Aus dem unter der brennenden Scheune liegenden Keller bot

42 Vgl. Henke (wie Anm. 6), S. 791.

43 Erinnerungen Julie Kittsteiner, geb. Kopp, zit. nach O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 32f.

44 Ermittlungen und Aufzeichnungen zur Zerstörung Waldenburgs 1945 von J. Gessinger, Eintrag am 26. Januar 1947, Gespräch mit Frau Rosa Beyer; StadtA Waldenburg (wie Anm. 1); H. Fritsch, Anlage 3 zum Gemeinderatsprotokoll vom 22. März 1947, StadtA Waldenburg.

45 Gessinger (wie Anm. 44), Gespräch mit Frau Frida Kircher, Eintrag vom 17. 12. 1946; Heimatbuch (wie Anm. 2), S. 200.

das sogenannte Rüsloch die einzige Fluchtmöglichkeit, das jedoch für Minna Roll wegen ihres »Schnitzbuckels« zu schmal war. Sie mußte trotz großer Anstrengungen zurückgelassen werden und kam in den Flammen um⁴⁶.

Da beim Beschuß der Stadt hauptsächlich Phosphorgranaten verwendet wurden, gerieten neben dem Haus Kopp zahlreiche andere Häuser und Scheunen in Brand. Die damals 15jährigen Reinhold Kruger und Gerhard Förch waren gemeinsam mit ihren Vätern an den Löscharbeiten beteiligt⁴⁷, bei denen sie von Soldaten unterstützt wurden. Die Motorspritze war bereits durch den Beschuß zerstört, so daß nur noch die alte, handbetriebene Spritze zur Verfügung stand. Schon am Freitag lag mit den Häusern Held, Steiner, Lipp und den Gasthäusern Krone und Adler ein Brandherd am Süden der Stadt, auch wenn die meisten Häuser zunächst gerettet werden konnten. Ein Opfer der Flammen wurde das Haus Schoch, die Scheune Döpping, sowie das Anwesen Kopp. Es brannten außerdem das Rathaus und die Häuser Kuder, Schütz und Leonhard Roth. Erschwert wurden die Löscharbeiten durch den Ausfall des elektrischen Pumpwerks, so daß schon am Samstag morgen Gülle mit einer Eimerkette zur Spritzpumpe transportiert werden mußte.

Kaum Ruhe vor dem Sturm – Samstag, 14. April

Die Lage erschien am Samstag morgen trotz reduziertem Beschuß aussichtslos, zumal der Phosphor durch die Frühlingssonne wieder aktiviert wurde und neue Brände auslöste. Es brannten beispielsweise die Häuser Beyer, Graf und Palmer; auch das Rathaus mußte jetzt geräumt werden, die Akten wurden in Fluchtungs-säcke gepackt und im Zwinger des Schlosses abgelegt, da der Schlüssel für das untere Archiv des Schlosses nicht aufzufinden war.

Das Löschen und Räumen der Häuser setzte die Waldenburger Bürgerinnen und Bürger ständig großen Gefahren aus. So traf ein Granatsplitter Gertrud Boiler bei dem Versuch, die Schaafgasse zu überqueren, in den Hals. Hilflos mußte Maria Hirschmann, geb. Heidingsfelder, erleben, wie ihre Schwester verblutete⁴⁸. Auch die 65jährige Emma Osterwinter aus Alsdorf bei Aalen wurde bei Löscharbeiten im Haus Stiefel von einem Granatsplitter in den Bauch getroffen und sollte im Schloß betreut werden. Der Pionier Fridolin Sorg erhielt als Melder den Befehl, einen zivilen Arzt zu suchen. In einem Brief an Friedrich Karl Fürst zu Hohenlohe-Waldenburg schreibt er⁴⁹: *Ohne große Umschweife erklärte sich ein junges Mädchen bereit, mir nicht nur diesbezügliche mündliche Hinweise zu geben, sondern mich, es war inzwischen dunkel geworden, zu begleiten. Diese Bereitschaft war für mich überraschend, denn die Stadt wurde mit Artillerie beschossen und die Straßen waren*

46 Vgl. O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 34.

47 Vgl. hierzu H. Kiemle: Wo neigt sich so schön der Abendschein. Familiengeschichte der Krone, 2 Bde, Eigenverlag 1994, Bd. 2, S. 72. (Zu beziehen wie Anm. 2)

48 Vgl. Bericht bei O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 42f.

49 StadtA Waldenburg (wie Anm. 1); Schreiben v. 10. Februar 1995.

zum Teil mit brennenden Balken übersät und deshalb fast unpassierbar. Ich erinnere mich, daß ich das Mädchen über solche Balken tragen mußte. Ich habe ihren Mut sehr bewundert. Bei der mutigen Helferin handelte es sich um Frida Donn, Tochter des fürstlichen Angestellten Franz Kircher. Der außerhalb der Schanz wohnende Arzt, Dr. Frohnmeyer, konnte der Schwerverletzten nicht mehr helfen.

Das Schloß bot der Bevölkerung nun immer weniger Sicherheit, da sich die amerikanischen Angriffe am Samstag nachmittag auf diesen exponierten Punkt der deutschen Verteidigung konzentrierten. Zwar geriet es noch nicht in Brand, aber einige Sprenggranaten richteten erheblichen Schaden an, so auch im Zwinger. Die amerikanischen Aufzeichnungen halten für 16 Uhr 35 direkte Treffer auf das Schloß fest, in dem zurecht der Gefechtsstand vermutet wurde⁵⁰. Für die Bevölkerung bestand keine Möglichkeit sich aus dem Schloß zurückzuziehen, zumal die 553. Volksgrenadierdivision nun ihrerseits die soliden Keller der Stadt, wie beispielsweise den Keller des Pfarrhauses, belegte und damit weitere Familien zwang, in die Umgebung auszuweichen. Das außerhalb des Stadtkerns gelegene neue Schulhaus wurde Verbandsplatz und Hauptgefechtsstand, im Schloß verblieb nur noch eine Gefechtsstelle mit Hauptmann Pabst, dem Feldwebel Franz Eggenhofer und dem Melder Adalbert Siebzehrübl⁵¹. Auf seinen Meldegängen traf er auf einen alten Waldenburger, der ihm vom Löschwagen zurief: *Buben, hört doch auf, geht doch endlich heim, der Krieg ist doch längst verloren! – Von mir aus sofort, lautete die Antwort, aber ich darf nicht.* Waldenburg wurde verteidigt. Das 255. US-Regiment nutzte den Samstag, um seine Stellungen vom Raum Neuenstein herkommend langsam nach Osten zu verschieben. In einem Halbkreis legten sich die Einheiten um Waldenburg: Der Regimentsgefechtsstand zog bei guter Sicht in Füssbach ein, das 3. Bataillon, das nicht in die Kämpfe um Waldenburg eingriff, war am westlichen Ortsende von Mangoldsall stationiert. Bei der Eroberung von Mangoldsall wurde eine Scheune in Brand geschossen, beim Löschen eines Wohnhauses halfen die amerikanischen Soldaten. Der Gefechtsstand des 1. Bataillons wurde in Langensall eingerichtet, der Bahnhof Waldenburg erobert, während einzelne Kompanien des 2. Bataillons bis Obereppach und Grünbühl vorrückten. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um am Sonntag, dem 15. April, mit dem Angriff auf die Stadt Waldenburg zu beginnen.

The Battle of Waldenburg – Sonntag, 15. April

Im Operationsbefehl Nr. 35 des Regimentskommandeurs liest sich alles wie eine einfache militärische Aktion: Das 1. Bataillon hatte schnell Kesselfeld einzunehmen, den Höhenzug südwestlich der Stadt zu besetzen und von dort aus das 2. Bataillon zu unterstützen. Der um 9 Uhr beginnende Angriff wurde wie geplant durch Artilleriebeschuß und Nebelgranaten begleitet.

⁵⁰ Wie Anm. 37.

⁵¹ Befragung A. Siebzehrübl am 29. April 1995.

Am Sonntagabend hatte das 1. Bataillon die in westöstlicher Richtung auf den Streithof zulaufende Straße erreicht, stand jedoch noch südlich des eigentlichen Angriffsziels. Beim Vorrücken auf den Tierpark waren die amerikanischen Einheiten zwar auf weniger Beschuß durch deutsche Artillerie gestoßen, als von ihnen zunächst befürchtet. Sie mußten sich jedoch gegen mehrere mit Maschinengewehren verteidigte Stellungen durchsetzen. Dabei fiel am frühen Nachmittag der angesehene Kommandant der Kompanie A, Captain Young. Colonel Hatcher gibt den Kampf des Captain Young in seiner Regimentsgeschichte im Stil einer Heldengeschichte wieder. In Gesprächen mit amerikanischen Zeitzeugen klingt dagegen häufig Kritik an dem durch die schwierige Lage erzwungenen Heldentum an. Luftunterstützung hätte das Vorrücken des 1. Bataillons erleichtert und Selbstaufopferungen erst gar nicht nötig gemacht.

Noch ein weiterer Vorfall belastete das 1. Bataillon. Um 15 Uhr 30 meldet die Kompanie A, daß sich eine Gruppe deutscher Soldaten südwestlich vom Streithof nur scheinbar habe ergeben wollen; sie sei zwar mit erhobenen Armen aus den Stellungen hervorgekommen, habe dann aber einen Gegenangriff gestartet. Der Angriff sei zurückgeschlagen worden, zwei deutsche Soldaten allerdings seien hinter die amerikanischen Linien vorgedrungen. Um sie *sei sich gekümmert worden*, eine Aussage, die mehrere Deutungen zuläßt. Dieser Bericht findet sich auf mehreren Ebenen der amerikanischen Überlieferung, kann allerdings nicht von einer zweiten, unabhängigen Quelle bestätigt werden. Normalerweise haben sich die amerikanischen Berichte als sehr zuverlässig erwiesen; allerdings berichtet Colonel Hatcher in seiner Regimentsgeschichte von einem Funkspruch, der die Aussage enthielt, die Kompanie A werde nach dem Tod ihres Kommandeurs an diesem Tag nur wenig Gefangene machen. Es kann also nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, daß das Überwechseln der Gefangenen nicht auch von amerikanischer Seite verhindert wurde. Auf der anderen Seite ist festzuhalten, daß das 1. Bataillon am Sonntag im Einzelfall starken Widerstand erfuhr und womöglich Opfer einer heimtückischen Kriegslist wurde. Diese Vorfälle waren auch beim 2. Bataillon bekannt und dürften dort Vorsicht und Mißtrauen erhöht haben. Ein direkter Racheakt der Kompanie A in Waldenburg am darauffolgenden letzten Kampftag ist jedoch auszuschließen, da die Einheit bei der Eroberung des Friedrichsberges eingesetzt wurde und am Montagabend zwischen Goldbach und Laurach stand⁵².

Auf die Stadt wurden während dieser Zeit 980 Runden Artillerie abgefeuert, 96mal galt das Feuer der Geschütze als positiv, also als Volltreffer⁵³. Selbst der mutige Einsatz Joseph Helmers, seines Zeichens »Postbote, Heimatdichter und Kinderfreund«⁵⁴ konnte das Abbrennen des Dachstuhls der Schloßkirche nicht verhindern. Durch die Brände bestand nun Einsturzgefahr für die Decken und selbst für die massiven Kellerräume. Gleichzeitig rückte bis 14 Uhr der erste amerikanische Panzer über das Stangenbergele zum nördlichen Stadteingang vor, wo er jedoch

52 NA, Record Group 319, Narrative report of the 63rd Division, 255th Infantry regiment, April 1945.

53 263d FA Bn (wie Anm. 37).

54 Vgl. Nachruf im Heimatbuch (wie Anm. 2), S. 250.

abgeschossen wurde. Trotz der angespannten Lage entschloß sich glücklicherweise um 15 Uhr der im Schloß verbliebene Hauptmann Pabst, Eggenhofer und Siebzehnrübl eine Waffenruhe aushandeln zu lassen. Mit einer weißen Fahne liefen die beiden über die Schloßbrücke zum Ortseingang, wo sie auf 50–60 amerikanische Soldaten trafen. In mehreren amerikanischen Berichten wird ihre Äußerung wiedergegeben, sie würden nach der Waffenruhe *bis zum letzten kämpfen*⁵⁵. An solche Sätze kann sich Siebzehnrübl, der damals kein Englisch sprach, nicht erinnern. Die Verhandlungen wurden von Feldwebel Eggenhofer auf Französisch geführt. Nach den amerikanischen Aufzeichnungen erreichten Feldwebel Eggenhofer und der Gefreite Siebzehnrübl um 15 Uhr 10 die amerikanischen Linien. Nach Rücksprache mit dem Regimentsgefechtsstand in Füssbach entschieden sich die angreifenden Amerikaner schnell, daß die Zeit für eine solche Waffenruhe nicht vorhanden sei. Allerdings nahm die Verständigung zwischen Batallions- und Regimentskommandeur sowie dem kommandierenden General darüber, wie mit den Parlamentären⁵⁶ zu verfahren sei, de facto so viel Zeit in Anspruch, nämlich bis 16 Uhr 20, daß die Bevölkerung die Kampfpause nutzen konnte, um das brennende Schloß zu verlassen. Die Familien, die sich bis zu diesem Zeitpunkt im Schloß aufgehalten hatten, konnten nun über den Haagweg und die Hauptstraße hinunter Richtung Ziegelhütte/Goldbach fliehen. Diese Flucht bedeutete noch keine Sicherheit: *Der Westhaagweg war bereits durch einen großen Granattrichter aufgerissen. Es dauerte lange bis eine Mutter mit kleinen Kindern im Alter von vier bis vierzehn Jahren, ihren Wägelchen und Rucksäcken so ein Hindernis überquert hatte. Da wir somit zu den letzten gehörten, waren die Kellerräume in Ziegelhütte und Goldbach schon so überfüllt, daß wir bis zum Hofgut Laurach weiterhasten mußten. Als auch die Laurach unter Beschuß geriet, suchten wir unter Beschuß in einer Schonung Unterschlupf*⁵⁷. Immer noch harrten jedoch einige Familien in den Kellern des brennenden Waldenburg aus. Die kurze Feuerpause wurde ja nicht offiziell verkündet und war lediglich im Schloß bekannt. Der Versuch aber, während der Kampfhandlungen die Stadt verlassen zu wollen, war inmitten der Angriffsbewegung der Amerikaner lebensgefährlich und mit Kindern oder Alten undenkbar. Nur wie durch ein Wunder erreichten beispielsweise Gertrud Sinn, Ruth Albert und eine weitere Freundin am Sonntag den Rebbigshof:

Wir fanden den Weg vorne am katholischen Pfarrhaus hinaus am nächsten, weil wir nichts überlegen konnten. Zuerst das Stangenbergele hinunter und links ab Richtung Lindig und dann über die Wiesen Richtung Kelter und so wollten wir den braunen Rain hinunter. Da kamen wir mitten hinein in die am Sonntag angreifenden Amerikaner.

55 NA, Unit Journal, Record group 363, 255th Infantry, 15 April 45, Füssbach Germany.

56 Nach wechselvollen Verhören werden die Parlamentäre auf ihren Wunsch hin am Dienstag, den 17. 4. um 13 Uhr bei Gailenkirchen (Koordinaten 42 62) wieder überstellt. NA, Record Group 363, G-2 Journal(Stab-Feindaufklärung), 63rd Infantry Division, Künzelsau Germany, 162400 April 45–172359 April 45.

57 Bericht Johanna Woll, geb. Götz, Zeitzeugenrunde Stadthalle Waldenburg, 29. April 1995. Die Laurach lag bereits am frühen Montagmorgen unter Beschuß, wie aus einer Meldung von Oberleutnant Hofmann an Major Möller hervorgeht. Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein, Archiv Waldenburg, unverzeichnet.

Die deutschen Soldaten lagen in Deckung und wir konnten sie nicht sehen. Da überall geschossen wurde, blieb uns nichts anderes übrig, als in den Mulden auszuharren und Deckung zu suchen wie die Soldaten, bis eine Pause kam, in der wir weiter nach unten gehen konnten. Ein Ziel hatten wir nicht, nur raus aus dem Geschieß. Weiter unten kamen wir zwischen die verwundeten Amerikaner hinein, die auf dem Hang lagen. Da wir schon fast fünf Stunden unterwegs waren, war die Frontlinie weiter nach oben gezogen ...⁵⁸

Die Frontlinie verlief sogar schon in der Stadt. Einem Zug der Kompanie E war es gelungen, in die Stadt einzudringen. Auf Höhe des heutigen Schluchschen Hauses befand sich auf der Hangseite zum Neumühlsee hin eine MG-Stellung mit Schütze Fuchs und sechs weiteren Soldaten. Sie sollten diesen Bereich absichern, während die beiden Parlamentäre unterwegs waren. Ebenso wie die Richtung Lindig absichernde Einheit zogen sie sich wegen des ausgegebenen Schießverbotes vor den heranrückenden Amerikanern zurück. Über Feuerleitern, die als Notausstiege angelegt worden waren, konnten der erste und zweite Zug der Kompanie E mit der Besetzung von Schloß und Stadt Waldenburg beginnen. Eine Augenzeugin: *Ein Unteroffizier sagte zu mir, wenn ich Mut hätte, wollte er mir etwas zeigen. Mut hatte ich. Er ging mit mir an ein Fenster des Schlosses und ließ mich hinaus sehen. Ich traute meinen Augen nicht, auf Leitern kamen amerikanische Soldaten hochgeklettert. Dann hieß er mich fortgehen und schoß mit seiner MP heraus⁵⁹.* Um 17 Uhr 05 wird gemeldet, daß diese Einheiten trotz Beschuß in der Stadt seien. Aufgrund dieser fast grotesk anmutenden Umstände wurde ein Luftangriff von amerikanischer Seite her nicht mehr in Erwägung gezogen. Um 12 Uhr 25 noch hatten die amerikanischen Truppen dringend Luftunterstützung angefordert. Dies wurde sogar in Waldenburg bekannt, die Besatzung eines deutschen Funkwagens fing die Nachricht auf und riet Familie Finkbeiner, den Ort so schnell wie möglich zu verlassen⁶⁰.

Am späten Nachmittag war es außerdem einem weiteren amerikanischen Panzer vom Typ »Sherman« gelungen, das um 14 Uhr abgeschossene Fahrzeug aus der Zufahrtsstraße zu schleppen. Die zuvor ins Schloß eingedrungene Einheit – wahrscheinlich über eine eingeschlagene Holztür in den Graben – wurde aus Fenstern des Schlosses beschossen und hatte sich im Schutz von Nebelgranaten kurzfristig wieder aus dem Schloß entfernt. Anna Morzewski, geb. Helmer, erinnert sich: *Den ersten Amerikaner sah ich nach der Brücke im Schloß. Er hatte einen Bauchschuß. Sehr jung. Herr Burkert, der etwas Englisch sprach, fragte nach den Truppen außerhalb der Stadt. Doch der Soldat rief nur »Mutter, Mutter«. Was mit ihm wurde, weiß ich nicht⁶¹.* Bevor die Kompanie G nun im Schutz des Panzers ins Schloß und den Nordteil der Stadt zurückkehrte, wurde um 18 Uhr 09 weiterer

58 Zit. nach O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 37.

59 Zit. nach H. Kiemle (wie Anm. 47), S. 74.

60 Bericht Mathilde Finkbeiner, Mai 1995, aufgezeichnet durch Mario Finkbeiner im Rahmen einer Projektarbeit der Klasse 10a des Schloßgymnasiums Künzelsau.

61 Schreiben vom 15. April 1995, StadtA Waldenburg (wie Anm. 1).

Artilleriebeschuß für das Schloß angeordnet. Am Abend war das 2. Batallion bis in die Wettgasse vorgedrungen.

Nach dem Tagebuch des 753. Panzerbatallions war diese Operation um 20 Uhr abgeschlossen, der Batallionsgefechtsstand rückte bis zum Rebbigshof vor. Auch der Vormarsch des 3. Batallions erfolgte unter den gegebenen Bedingungen nach Plan. Mit der Eroberung von Westernach war das östliche Umgehen von Waldenburg erreicht und der Ansatz für den Angriff auf Schwäbisch Hall gegeben. Am Sonntag abend schien die Schlacht um Waldenburg aus militärischer Sicht geschlagen.

Für die Bevölkerung bedeutete die Teilbesetzung ihrer Stadt eine Nacht voller Ungewißheiten. Eine klare Frontlinie war kaum auszumachen, ein zunächst »deutsches« Haus konnte schon wenige Stunden später »amerikanisch« sein. Erst in der Nacht wurde der Bereich um den Zimmerplatz besetzt. Die Familie Beyer etwa harnte im Keller des Kammergebäude aus, das sie wegen der Brände mitten in der Nacht mit Hilfe der Amerikaner verlassen mußte. Mit einem Handwagen wurden Großmutter und Tante zunächst ins Schulhaus gebracht, doch erst in der Kirche fand die Familie eine »dauerhafte« Bleibe, nachdem auch das Café Graf von amerikanischen Einheiten beansprucht wurde. Ständig bestand die Gefahr, in die Häuserkämpfe hereingezogen zu werden. So erging es beispielsweise am nördlichen Stadteingang Friedrich Burkert, vor dessen Haustüre während einer ersten Kontaktaufnahme ein amerikanischer Soldat vom südlichen Stadtteil her erschossen wurde. Nur mit Mühe konnte er seine Unschuld beweisen. Gleichzeitig gelang es ihm jedoch, in seinem Haus ein provisorisches amerikanisches Lazarett einzurichten, so daß sein Haus am darauffolgenden Montag nicht in Brand gesteckt wurde⁶².

Kampf bis zum letzten Haus – Montag, 16. April

Mit der Teilbesetzung der Stadt wurde der amerikanische Artilleriebeschuß selbstverständlich beendet. Die vollständige Eroberung war absehbar. Doch selbst in dieser Situation gab Major Möller den Befehl, die Stadt weiter zu verteidigen. Im Süden der Stadt gingen deutsche Soldaten im Bereich des Lachnersturms in Stellung und begannen einen Häuserkampf, an dessen Ende die völlige Vernichtung der Stadt stand. Major Möller aber setzte sich mit einem Kübelwagen nach Goldbach ab. Doch auch so hatte die Bevölkerung nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten auf die meist jungen Soldaten. Diese wollten der Kriegsgefangenschaft entgehen oder befanden sich selbst in einer so aussichtslosen Lage – beispielsweise nach dem Verlust der Eltern bei Luftangriffen –, daß sie kein Gefühl mehr für die Folgen ihrer Handlungen besaßen. Trotz der generell vorherrschenden Kriegsmüdigkeit und dem Willen, gerade kleinere Ortschaften zu übergeben, konnte es so – gerade an strategisch bedeutenden Punkten wie Waldenburg – zu erbitterten Kämpfen kommen⁶³.

62 Zeitzugebefragung Emilie Wüst, geb. Burkert, durch Saskia Fortmann (wie Anm. 60).

63 Vgl. H. Schultheiß: Kriegsende an der Heimatfront, in: Die Alte Stadt 20 (1993), S. 353–362.

Um 6 Uhr 10 rückte das 2. Batallion aus, um Waldenburg zu »säubern«. Im inzwischen von Füßbach nach Mangoldsall verlegten Gefechtsstand ging die Meldung ein: *will take a little time*, es könne durchaus etwas dauern. Erst drei Stunden später wurde gemeldet, das Schloß sei jetzt »sauber«; mit Unterstützung der Panzer werde nun der südliche Teil Waldenburgs in Angriff genommen, allerdings Gebäude für Gebäude. Das 1. Batallion verblieb während dieser Zeit in Warteposition, um 12 Uhr 10 gilt der Streithof als eingenommen. *Herr [Georg] Heinzmann war wie mein Vater im Haus geblieben. Mein Vater hatte alles gut überstanden, unseren Nachbarn aber fanden wir unter seinem Fenster, das nach Westen zum Säutanz zeigt, auf dem Rücken liegend. Er hatte einen Schuß in der Brust. Offenbar hatte er dem Angriff zugeschaut und ein Soldat hielt ihn für einen gefährlichen Feind und schoß auf die Figur am Fenster*⁶⁴. Um 11 Uhr 30 wird dem 1. Batallion mitgeteilt, das 2. Batallion habe die Stadt nun bis auf die äußerste südliche Spitze der Stadt in seiner Hand, die Panzer hätten sich in Bewegung gesetzt. Zuvor waren die amerikanischen Truppen auf die MG-Stellung von Eugen Fuchs getroffen, der sich in die Nähe der heutigen Toiletten zurückgezogen hatte. Ein amerikanischer Spähtrupp konnte nur bis kurz vor den Stauferturm vordringen und wurde dann beschossen. Daraufhin zogen sich die amerikanischen Soldaten zurück, um kurz darauf im Schutz der Panzer wieder auf die Schanz vorzurücken. Fahrzeug an Fahrzeug bewegte sich die Kolonne vorwärts, zwischen ihnen immer eine Gruppe Infanteristen. Von der Schanz aus feuerte Fuchs mit einem Maschinengewehr unter den Panzern hindurch auf die Soldaten. Weil die Panzer von hinten drängten, konnten die vorderen nicht mehr zurück. Ein sogenannter ROB-Gefreiter (Reserveoffiziersbewerber) sollte den ersten Panzer mit einer Panzerfaust abschießen. Angesichts des stählernen Ungetüms verließ ihn jedoch der Mut. Fuchs bemerkte gerade noch rechtzeitig, daß auch er von dem Hausflur aus nicht auf den Panzer feuern durfte – die von der Mauer zurückschlagende Flamme hätte auch ihn getroffen. Nur durch riskante Ablenkungsmanöver gelang es Fuchs und einem Teil der deutschen Soldaten, die Schanz zu verlassen. Der zweite in Waldenburg abgeschossene Panzer wird aber erst nach seiner Flucht, nämlich um 10 Uhr 45 gemeldet⁶⁵.

Die größten Verluste erlitt die 1. Kompanie der 553. VGD jedoch beim Rückzug Richtung Goldbach, wo sie in amerikanisches Granatfeuer geriet. Auch der Postinspektor a. D. Karl Köhler wurde am Hang nach der Hohenau hin auf Höhe der gräflichen Villa von Artilleriegeschossen tödlich verwundet, während er versuchte, für seine Familie einen Unterstand zu bauen⁶⁶. Um 12 Uhr 40 vereinigen sich das vom Streithof kommende 1. Bataillon (rot) und das 2. Bataillon (weiß). Weder für die Stadt Waldenburg selbst, noch für die umliegenden Orte war aber mit diesem vorhersehbaren Abschluß der Kämpfe und dem Rückzug der deutschen Truppen der Krieg beendet.

64 Bericht Hanne Wolpert, geb. Wagner, zit. nach O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 46f.

65 G-2 Journal (wie Anm. 56).

66 Hermann Köhler, in: O. Kiemle (wie Anm. 2), S. 45.



Abb. 3 Originalaufnahme Richard M. Kershner, der als Sergeant im Nachrichtendienst des 255. Regimentes in Waldenburg war. Der abgeschossene M-4 Panzer ist auf den heutigen kleinen Parkplatz neben dem Lachnersturm geschleppt, um die Straße freizuhalten. Im Hintergrund sind die bereits abgebrannten Gebäude der südlichen Hauptstraße zu erkennen, auf die Trümmer des Pfarrhauses fällt die Morgensonne des 17. April 1945.

Wie auch der amerikanische Divisionsstab in Künzelsau erst am Dienstag, den 17. April durch einen deutschen Kriegsgefangenen erfuhr⁶⁷, war am Montag um 11 Uhr 30 der nach Goldbach verlegte Gefechtsstand des Major Möller bombardiert worden. Die Reste des Batallions und die Sanitäter mit dem schwer verletzten Major Möller zogen sich nach Gailenkirchen und von dorthin wahrscheinlich nach Schwäbisch Hall zurück, wo sich ein Lazarett befand. Die Goldbacherin Berta Brück, damals 30 Jahre alt, erinnert sich, daß der Gefechtsstand deshalb im Haus der Nachbarfamilie Wurst eingerichtet wurde, weil die weiblichen Mitglieder der Familie Wurst sich nicht gegen die Beschlagnahme des Hauses wehren konnten. Herr Wurst kehrte erst im Juni aus dem Krieg zurück. Der Bombenangriff auf Goldbach hatte sein Haus völlig zerstört, obwohl zwei der Bomben im Hofsee gelandet waren. Die vier Wochen alte Gisela, die in ihrem Steckkisselchen aus dem Haus geschleudert wurde, überlebte den Angriff, ein weiterer Säugling wurde von Familie Klenk aus den Trümmern befreit⁶⁸. Gisela Wursts Mutter, Schwester und Großmutter waren die letzten Opfer des Kampfes um Waldenburg. Die 30–40 Personen im Keller der Familie Brück kamen mit dem Schrecken davon.

In Waldenburg selbst waren nur wenige Familien verblieben und diese meist im Schutz der Keller. Für die Ereignisse des Nachmittags gibt es daher nur wenige Augenzeugen. Durch den »Schlupf«, einer Durchfahrt zwischen den Häusern Hufnagel und Wolfert, beobachtete Familie Lipp wie die amerikanischen Truppen im überschlagenden Einsatz, also Infanteristen im Schutz von Panzern, die Hauptstraße in Richtung Lachnersturm vorrückten. Otto Lipp (Jahrgang 1932) erinnert sich, wie die Familie nach Abschluß der Kämpfe von amerikanischen Soldaten zurück in ihr Haus getrieben wurde. Durch ein Astloch im Scheunentor konnten er und seine Brüder beobachten, wie amerikanische Soldaten die Holzbohlen der Hofdurchfahrt anhoben und das darunterlagernde Stroh in Brand setzten. In der Nacht auf den Dienstag griff das Feuer auf alle Gebäude dieser Häusergruppe über und vernichtete sie völlig. Gertrud Beck aus Waldenburg-Klingenhaus, 1945 achtzehn Jahre alt, erinnert sich an eine Äußerung ihres Vaters, der am Montag nachmittag in Waldenburg war und mitansah, wie das Haus Boger (das gegenüber dem damaligen Gasthof Lamm auf der Westseite der Hauptstraße stand), mit Flammenwerfern in Brand gesetzt wurde: *In Waldenburg brauchen wir nicht mehr löschen, die zünden alles an.* Ähnliches muß sich in weiteren Häusern der Hauptstraße, besonders aber in ihrem südlichen Abschnitt zugetragen haben – dort wo wenige Stunden zuvor die schweren Häuserkämpfe stattfanden. Eugen Stepper erinnert sich, bei den Aufräumarbeiten im Frühsommer 1945 in den Kellern der Gebäude Göller bis zum Gasthof »Adler« so viele Schraubkanister ohne Verschuß gefunden zu haben, daß ein Alteisenhändler aus Öhringen anreiste, um die lukrative »Ware« abzuholen. Tatsächlich verwendete die US-Army solche Kraftstoffkanister, wie Corporal John Graves,

67 G-2 Journal (wie Anm. 56).

68 Bericht Erika Abel, geb. Klenk. Zit. nach O. Kiemle (wie Anm. 2), Seite 48f.

der vor Waldenburg als Fahrer einer Versorgungseinheit eingesetzt war, bestätigte. Wahrscheinlich dienten die Flammenwerfer lediglich dazu, die Benzinkanister in Brand zu setzen.

Legenden und Tatsachen

Obwohl über diesen Zeitraum nur wenige schriftliche Quellen vorliegen, steht durch glaubhafte und voneinander unabhängige Zeitzeugenaussagen also fest, daß Waldenburg nach Abschluß der Kämpfe von amerikanischen Einheiten in Brand gesetzt wurde. Das Kriegsende war daher für Waldenburg gleichbedeutend mit einer Katastrophe und dem Untergang der vertrauten Welt. Besonders schwierig war es in dieser Situation, Verantwortliche für die nahezu völlige Zerstörung der Heimat zu finden. War nur Heinrich Himmler mit seinem Erlaß vom 12. April 1945 verantwortlich, »jedes Dorf und jede Stadt« mit allen Mitteln zu verteidigen? Sicherlich würde kaum jemand die Verantwortlichkeit so weit einschränken. Aber wie weit geht die Verantwortung in einem diktatorisch aufgebauten Führerstaat? Bis zur Offiziersebene, den Funktionsträgern der Partei auf lokaler Ebene, dem einfachen Soldaten oder jedem Bürger, der nicht zumindest im Angesicht des offensichtlichen Wahnsinns passiven oder aktiven Widerstand geleistet hat? Dies sind quälende Fragen, auf die oft nur der einzelne eine Antwort finden kann. So unsinnig die Annahme einer Kollektivschuld oder Kollektivsühne ist, so wenig hilfreich ist es aber auch, die Zerstörung der Stadt einseitig aus einer Opferrolle heraus niedrigen Beweggründen der amerikanischen Truppen zuzuschreiben. Damit verbunden ist eine wenn auch unbewußte Entschuldung: wenn der »Feind« so niederträchtig handelt, kann das eigene Kämpfen so falsch nicht gewesen sein. Dabei geht die Unterscheidung zwischen individuellem Fehlverhalten und einem unmenschliche Grausamkeiten bewußt einsetzenden System verloren.

Selbstverständlich tragen bei einer genauen Unterscheidung dieser Bereiche auch die amerikanischen Truppen Verantwortung für die Zerstörung Waldenburgs. Auf Regimentsebene wurde die Entscheidung für einen Kampf getroffen, der die eigenen Truppen unsinnig hohen Belastungen aussetzte, die schließlich in einem schmutzigen Häuserkampf mündeten. An seinem Ende stand die Vernichtung der Waldenburger Hauptstraße durch Benzin und Flammenwerfer. Für die amerikanischen Einheiten war das Zerstörungswerk Teil ihres militärischen Auftrages und entsprang dem Wunsch, sich selbst zu schützen. Dafür aber, daß dieser Krieg nach Deutschland getragen wurde, tragen nicht die amerikanischen Truppen die Verantwortung.

Angesichts der unbestreitbar harten Kämpfe um Waldenburg lag es durchaus auf der Hand, die Zerstörung Waldenburgs mit hohen Verlusten der Amerikaner in Zusammenhang zu bringen. Man redete und redet noch von Verlusten zwischen 350 und 500 Mann. Solche Verluste wären in der Tat unsagbar groß, wenn man sich vor Augen hält, daß sich die Verluste der 63. US-Infanteriedivision von den Kämpfen an der Saar Mitte März 1945 bis zum Kriegsende auf insgesamt 974

Gefallene und rund 3400 Verwundete beliefen⁶⁹. Sollte die Division wirklich die Hälfte ihrer Toten in Waldenburg zu beklagen haben? Sicherlich müßte Waldenburg dann einen zentralen Platz in den Divisionsgeschichten einnehmen, was aber nicht zutrifft. Hervorgehoben werden beispielsweise die schweren Kämpfe in Möckmühl und Umgebung, wo allein das 253. Regiment 67 Tote zu verzeichnen hatte. In Waldenburg werden demgegenüber für das erste und zweite Batallion des 255. Regimentes vom 12. bis zum 17. April 15 Tote und 42 Verletzte genannt⁷⁰. Von amerikanischer Seite bestand ja keinerlei Notwendigkeit wie etwa im Vietnamkrieg die Gefallenenzahlen künstlich niedrig zu halten, so daß diese Angaben – die ja ohnehin zunächst geheim waren – als verlässlich gelten dürfen.

In diesem Zusammenhang ist auch die weit verbreitete Erklärung zu erwähnen, die amerikanischen Truppen hätten aus Zorn über einen abgeschossenen Panzer mit weißer Parlamentärsflagge Waldenburg nach Abschluß der Kämpfe nochmals in Brand gesetzt. Diese Geschichte findet sich bereits am 11. Mai 1945 in einem Bericht des evangelischen Dekans Kieser, Künzelsau, an den Oberkirchenrat in Stuttgart⁷¹: *In Waldenburg haben die »SS-Buben« – aus Unkenntnis oder aus Mutwillen? – einen amerikanischen Panzerwagen, der wegen der Kapitulation verhandeln wollte, zusammengeschossen, worauf die Amerikaner in begreiflicher Wut das Städtchen mitsamt dem Schloß fast ganz zusammenschossen.* An diesem Beispiel läßt sich sehr schön verfolgen, wie sich tatsächlich Geschehenes in neuer Zusammensetzung zu einem Mythos verdichten kann. Wie bereits berichtet, wurde ja tatsächlich ein amerikanischer Panzer an der Stadteinfahrt und ein weiterer bei den schweren Häuserkämpfen am Montag morgen abgeschossen. Tatsächlich gab es auch Parlamentäre, allerdings von deutscher Seite, die am Sonntag mit weißer Fahne das Schloß verließen. Tatsächlich war Waldenburg von einem fanatischen Kampfkommandanten zur Festung erklärt und lange verteidigt worden, allerdings nicht mehr von Truppen der Waffen-SS, die bereits am 13. April abgezogen wurden. So enthält dieser Mythos fast alle Elemente, die zur Zerstörung Waldenburgs beigetragen haben. Einen amerikanischen Parlamentärspanzer aber hat es nie gegeben.

Auch die zweite, plausibel erscheinende Erklärung für die Zerstörung Waldenburgs hält einer näheren Überprüfung nicht stand: Waldenburg sei am Montag, dem 16. April, noch einmal angezündet worden, um einen angemessenen Hintergrund für einen Film über die Eroberung Waldenburgs zu bieten.

Die Dokumentation des Krieges im Bild gehörte in der amerikanischen Armee ebenso zur Routine wie die Archivierung aller militärischen Vorgänge, einschließlich des Funkverkehrs.

69 Stanton (wie Anm. 28), S. 137.

70 NA, Record Group 319, Narrative report of the 63rd Division, 255th Infantry regiment, April 1945.

71 LKA Stuttgart (wie Anm. 20), hier St. 484.

Etwas von dieser Routine strahlen auch die Bilder des zerstörten Waldenburg aus⁷². Der Film besteht aus neun bzw. elf nur locker miteinander verbundenen Szenen: Zunächst werden amerikanische Kampfeinheiten (combat units) und Sanitäter an einem Sammelplatz gezeigt, die in entspannter Haltung gefangene deutsche Soldaten umgeben. Einer der Gefangenen sitzt auf einem Jeep, ein Gefangenener mit Gesichtsverletzungen liegt und ist notdürftig verbunden. Szene zwei zeigt vor den rauchenden Trümmern der Stadt Waldenburg einen G.I. mit einem kleinen Lämmchen im Arm. Szene drei und vier werden auf der Karteikarte wegen ihrer Aussagekraft als *ausgezeichnet* beschrieben. Sie zeigen vom Schloß aus gesehen die noch brennenden und zerstörten Gebäude der Hauptstraße, von denen nur noch die Ofenrohre in den Himmel ragen.

Szene fünf zeigt zwei Soldaten, die nur auf den ersten Blick einen Sturmangriff auf das Schloß simulieren; vielmehr versuchen sie sich, wie auch im Begleitmaterial angegeben, vor einem zusammenstürzenden Gebäude der Hauptstraße in Sicherheit zu bringen. Einer der Soldaten reißt sich am Ende der Szene nach dem Spurt erleichtert den Helm vom Kopf. Szene sechs stellt Soldaten mit Gewehren über den Schultern dar, die aus der Stadtmauer heraus Ausschau halten. Szene sieben ist für die Datierung der Filmaufnahmen entscheidend, sie zeigt einen Panzer, der eine defekte Planierraupe von einem brennenden Gebäude wegzieht.

Der darauffolgende Filmabschnitt mit neuer Registriernummer liefert nur eine Szene, die zweifelsfrei Waldenburg zuzuordnen ist, nämlich das brennende Waldenburg aus dem Blickwinkel eines unter einem blühenden Obstbaum kauern den GIs.

Die Bilder lassen sich dank der detailreichen amerikanischen Überlieferung fast auf die Minute datieren. Zweifelsohne handelt es sich um Aufnahmen vom Montag, dem 16. April. Zunächst einmal ist unter dem Titel *Waldenburg Burning* auf der originalen Begleitkarte als Datum der 16. April 1945, also das Datum der Eroberung durch die Amerikaner vermerkt.

Die Aufnahmen müssen relativ kurze Zeit nach der Inbrandsetzung der Stadt entstanden, die lodernden Flammen deuten sogar auf brennenden Kraftstoff hin. Besonders aufschlußreich erscheint die Szene mit der defekten Planierraupe. Die Planierraupe war für den raschen Vormarsch der Amerikaner ein unentbehrliches Hilfsmittel, um Panzersperren aus dem Weg zu räumen oder gesprengte Straßen wieder befahrbar zu machen. So erscheint es grundsätzlich unwahrscheinlich, daß ein solch wichtiger Ausrüstungsgegenstand bewußt neben ein nachträglich angezündetes Gebäude plaziert und somit in Gefahr gebracht wurde, nur um spektakuläre Aufnahmen zu erzielen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß da und dort das Feuer etwas angefacht wurde, um die Filmaufnahmen dramatischer zu gestalten.

Auffällig ist jedoch die große Eile, die aus allen amerikanischen Aufzeichnungen dieses Nachmittages spricht. Besonders gefordert waren in diesem Zusammenhang

72 Army Pictorial Center, New York. LIB 5681. Waldenburg Burning. Germany 16 April 1945. (Beschaffung: M. Koziol).



Abb. 4 Eine amerikanische Planierraupe wird vor dem Gasthaus Krone wegen eines defekten Motors in Sicherheit geschleppt, wie der originale Begleittext vermerkt. Army Pictorial Center, New York, SC 207043, 753rd Tank Batallion, 263 Eng. C.

die Pioniere, die ab spätestens 15 Uhr in Waldenburg arbeiteten⁷³. Ihre Aufgabe bestand darin, Waldenburg so schnell wie möglich bereit zu machen für den Durchmarsch der nachrückenden Truppen, besonders der gepanzerten Einheiten. So waren am Dienstag, dem 17. April, der erste und der dritte Zug der Kompanie A des 753. Panzerbattalions mit Infanterieeinheiten auf ihren Fahrzeugen durch Waldenburg hindurch auf dem Weg nach Schwäbisch Hall bzw. Michelfeld⁷⁴. Für diese Einheiten war am Montag bis 21 Uhr eine zweispurige Straße durch Waldenburg hindurch geräumt worden. Bezeichnend ist auch, daß am Montag nachmittag um 15 Uhr Sprengstoff für Waldenburg angefordert wurde, um störende Gebäudereste zu entfernen.

Zu dem Zeitpunkt aber, als Eugen Fuchs die Stadt in einer gewagten Aktion verließ, war die Straße noch voll befahrbar. Die Panzerkolonne war ja von ihm durch Maschinengewehrfeuer aufgehalten worden. Sollten die unter Zeitdruck stehenden amerikanischen Einheiten es wirklich zugelassen haben, daß für Filmaufnahmen oder aus persönlichen Rachegehlüsten heraus eine für den weiteren Marsch auf Schwäbisch Hall wichtige Stadt so sehr zerstört wird, daß sie nur unter großen Mühen von den Pionieren freizuräumen ist? Alle vernünftigen Argumente sprechen gegen diese Begründungsversuche.

Eine sehr plausible Erklärung ergibt sich jedoch aus dem Schicksal der letzten deutschen Soldaten. Eugen Fuchs konnte sich als einer der letzten deutschen Soldaten noch in Sicherheit bringen. Eine andere Gruppe war laut Eugen Fuchs bereits am frühen Morgen in ihren genagelten Stiefeln am Lachnersturm vorbei gezogen. Aber es erscheint durchaus wahrscheinlich, daß eine weitere Gruppe in der Stadt verbleiben mußte. Wenn wir uns vor Augen halten, daß nach der eigentlichen Eroberung die Keller der Häuser in der Hauptstraße und hier besonders in der südlichen Hauptstraße in Brand gesetzt wurden, es außerdem in Waldenburg das Gerücht gab, die Amerikaner seien aus den Kellern beschossen worden, so ergibt sich ein sehr viel plausiblerer Grund für die erneute Brandlegung: nachdem die amerikanischen Panzer durchgebrochen waren und sich das erste und zweite amerikanische Battalion vereinigt hatten, muß es nochmals zu kleineren Schießereien mit verzweifelten deutschen Soldaten gekommen sein. Als Folge gehen die amerikanischen Soldaten daran, die noch stehenden Häuser entlang der Hauptstraße »auszuräuchern«. Dieser Vorgang könnte sich auch im Bericht des Stadtpfarrers Eugen Haen widerspiegeln, der selbst am Ende der Kämpfe nicht mehr in der Stadt war, das Schicksal des Pfarrhauses aber so beschrieb:

Der Pfarrhauskeller hätte standgehalten, wenn nicht bei der Eroberung der Stadt, bei der sich ja Häuser- und Straßenkämpfe abspielten, die Amerikaner in die meisten

73 NA, Record Group No. 407, 263rd Engineer Combat Battalion, After Action Report, April 1945.

74 NA, Record Group 407, 753 Tank Bn After Action Report, April 1945. L. M. Nichols: Impact. The Battle Story of the Tenth Armored Division, New York 1954, S. 270: »Am 16ten April wurde die 10te Gepanzerte aus der Reserve ... genommen und rückte durch die linke Flanke der 63. Division vor.« [Übersetzung d. V.]

*Keller Benzin geschüttet und Handgranaten nachgeworfen hätten. Auf diese Weise brannte der ganze Pfarrhauskeller aus...*⁷⁵. Ohne daß konkrete Zeitzeugen benannt werden können, hat sich in Waldenburg die Erinnerung an nochmalige Schußwechsel, beispielsweise im Bereich des Gasthauses Krone, erhalten. Unterstützt wird diese These außerdem von der Tatsache, daß um 16 Uhr 15 nochmals die Festnahme von 17 Kriegsgefangenen in Waldenburg gemeldet wird, also drei Stunden nachdem die eigentlichen Kämpfe beendet waren⁷⁶.

Waldenburg ist also nicht deshalb zerstört worden, weil rachsüchtige Amerikaner einen dramatischen Film drehen wollten. Es ist zerstört worden, weil es auf verantwortungslose Weise zum Kriegsschauplatz gemacht wurde. Auf diesem Kriegsschauplatz gingen die amerikanischen Streitkräfte teilweise taktisch unklug vor, mußten dies in schweren Kämpfen wieder ausgleichen und stellten am letzten Kriegstag die Verhinderung weiterer Straßenkämpfe über den Erhalt der Häuser der Hauptstraße. Waldenburg war Kampfzone. Die Ursachen hierfür sind in der Vergangenheit häufig vor Ort, beispielsweise bei dem die Amtsgeschäfte führenden stellvertretenden Bürgermeister Heinrich Fritsch oder der Abwesenheit des Fürsten zu Hohenlohe-Waldenburg gesucht worden. Abgesehen davon, daß die militärische Lage hier Übergabeverhandlungen sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich gemacht hätte, zeigt gerade das Schicksal Waldenburgs deutlich, daß es die Strukturen des Dritten Reiches waren, die letztendlich die Zerstörung der Stadt bewirkten: eine gezielt im Unklaren gelassene Bevölkerung sah sich deutschen Befehlshabern und Soldaten gegenüber, die am Ende eines verlorenen Eroberungskrieges gezwungenermaßen oder aus Überzeugung gegen einen modern ausgerüsteten und überlegt vorgehenden Gegner jedes Gebäude nutzten, um die absehbare Niederlage des Dritten Reiches herauszuzögern. »Der Kampf gegen den ins Reich eingedrungenen Gegner ist überall mit aller Unnachgiebigkeit und Unerbitterlichkeit zu führen«⁷⁷ – wo immer dieses Gebot Gehör fand, bedeutete es Zerstörung und Vernichtung. Waldenburg mußte dies auf besonders tragische Weise erfahren.

75 LKA Stuttgart (wie Anm. 20).

76 G-2 Journal (wie Anm. 56).

77 Aufruf des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, vom 2. April 1945, in: *Müller/Überschär* (wie Anm. 7), S. 168.



Abb. 5 Aufnahme Richard M. Kershner (wie Abb. 3). Auch den amerikanischen Soldaten rührte der Anblick der Waldenburgerinnen, die mit wenigen Habseligkeiten die Stadt am Dienstag morgen verlassen.

Neue Bücher

1. Quelleneditionen, Bibliographien, Nachschlagewerke

Michael Antoni (Bearb.), Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler West- und Ostpreußen. Die ehemaligen Provinzen West- und Ostpreußen (Deutschordensland Preußen) mit Bütower und Lauenburger Land, München (Deutscher Kunstverlag) 1993. 718 S., zahlr. Abb. Vor allem den Angehörigen der jüngeren Generation mag es verwunderlich erscheinen, daß im Jahre 1993 zum »Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler« ein Sonderband »West- und Ostpreußen« erscheint. Daß dieser nicht etwa ein Reprint einer Vorkriegsausgabe ist, sondern eine komplette Neubearbeitung auf Grundlage der 1952 erschienenen Ausgabe darstellt, mag angesichts der Tatsache verwundern, daß das darin beschriebene Gebiet seit nunmehr 50 Jahren offensichtlich zum Territorium anderer Staaten gehört, zum größten Teil zu Polen, daneben auch zu Rußland und Litauen. Vom Verlag selbst wird das Buch »für den interessierten Reisenden« empfohlen, wobei sich vor Ort eine explizite Beschreibung der vor 1945 entstandenen Kunstdenkmäler als nicht ausreichend herausstellen wird. Wenn dagegen diese Einschränkung, durch eine sehr rückwärtsgewandte Sichtweise entstanden, überwunden wurde und das Handbuch als Hilfsmittel zur (imaginären) Reise in die deutsche Kunstgeschichte des Ostens verstanden wird, dann wird der Ausflug sicher wohl gewinn- wie schmerzbringend werden. Der Band überzeugt durch die Dehio-gewohnte Präzision der Verzeichnung aller standortfesten Kunstdenkmäler in einem Ortsalphabet von A–Z. So sind etwa 1000 Orte enthalten, darunter die Städte Danzig, Königsberg, Thorn, Memel und Tilsit, wobei die Beschreibung der Veränderungen seit 1945 an den Bauwerken selbst manchmal etwas zu kurz kommt, dies obwohl fast alle Baudenkmäler für die Neubearbeitung des Handbuches in Augenschein genommen wurden. Neben einem Künstlerverzeichnis enthält der Band ein polnisch-deutsches und russisch-deutsches Ortsregister und schließlich eine schmerzliche Aufstellung aller Orte mit Totalverlusten an Baudenkmälern: 57 Ortschaften, deren Denkmäler »1945 zerstört« wurden. Die Lektüre dieses Dehio-Sonderbandes macht betroffen, denn die Feststellung von Zerstörung bei Kunstdenkmälern zieht sich durch das ganze Buch, und diese Zerstörungen geschahen nicht nur gegen Ende des Krieges, sondern in vielen Fällen auch erst in den Jahren danach. Aus einem weiteren Relikt des kalten Krieges ergab sich das Kapitel »Bestand unbekannt« mit den Orten des nördlichen Teils von Ostpreußen, deren heutiger Zustand vom Bearbeiter nicht überprüft werden konnte.

A. Kozlik

Max-Adolf Cramer (Bearb.), Pfarrerbuch Innerwürttembergische Reichsstädte (Baden-Württembergisches Pfarrerbuch, Bd. 3), Stuttgart (Scheuffele) 1991, 170 S.

Pfarrerbücher haben sich als wertvolles Hilfsmittel für regional-, kirchen- und insbesondere auch familiengeschichtliche Fragestellungen erwiesen. Der hier vorliegende Band des (evangelischen) baden-württembergischen Pfarrerbuchs, das sich nach den territorialen Gegebenheiten des Alten Reichs richtet, behandelt die Reichsstädte Esslingen, Giengen, Reutlingen, Rottweil, Schwäbisch Gmünd und Weil der Stadt. Zwar blieben die drei letztgenannten bekanntermaßen katholisch, doch gab es auch dort zeitweilig evangelische Bewegungen, die hier berücksichtigt werden. Abgedeckt wird der Zeitraum von der Reformation bis ca. 1810.

Die Angaben zu den einzelnen Pfarreien im Ortsteil enthalten Stellenlisten mit den Namen der Stelleninhaber sowie Hinweise auf für die Pfarrei wichtige Tatsachen wie die vor- und nachreformatorische kirchliche Gliederung, Bauten, Filial- und Patronatsverhältnisse oder den Nachweis des Patroziniums. Zusätzlich ist weiterführende Literatur aufgeführt. Im Personenteil werden mehr als 400 Kurzbiographien geboten, die auch biographische Daten der Kinder und Ehefrauen enthalten. Beide Teile werden durch ein umfangreiches Register erschlossen.

D. Stihler

Lorenz Fries, Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495. Bd. II: Von Embricho bis Albrecht III. von Heßberg (1127–1376), hrsg. v. U. Wagner u. W. Ziegler, bearb. v. C. Bauer, U. Beireis, Th. Heiler, G. Salzer u. P. A. Süß (Fontes Herbipolenses. Editionen und Studien aus dem Stadtarchiv Würzburg, Bd. 2), Würzburg (Schöningh) 1994, 411 S.

Fristgerecht erschien der zweite Band der ersten wissenschaftlichen Edition der Fries'schen Chronik, womit die Hälfte des Textes ediert wäre. Dem Veröffentlichungsplan nach müßte bis 1997 mit dem Erscheinen der nächsten beiden Bände der Textteil der Chronik komplett vorliegen. Über Sinn und Zweck der Edition sowie die Vor- und Nachteile der gewählten Aufbereitung und Darstellung ist im letzten Band dieser Zeitschrift ausführlich gesprochen worden (S. 521ff.), so daß sich eine erneute Besprechung an dieser Stelle erledigt. Das Unternehmen hat in der Fachwelt ein durchweg positives Echo gefunden, wie die Rezensionen (etwa von K. Graf in: ZWLG 53 [1994], S. 419f.) erkennen lassen.

G. Lubich

Herwig John (Bearb.), Wappenbuch des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald: Wappen – Siegel – Dorfzeichen (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 49), Stuttgart (Kohlhammer) 1994, 424 S.

Mit diesem Band wird die Reihe der seit 1958 von der staatlichen Archivverwaltung herausgegebenen Wappenbücher der baden-württembergischen Landkreise fortgesetzt. Neben den Wappen des Landkreises und der Gemeinden werden auch diejenigen der ehemals selbständigen Teilgemeinden und der im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald aufgegangenen ehemaligen Kreise abgebildet, beschrieben und erklärt und ein Überblick über die Ortsgeschichte gegeben. Mit aufgenommen wurden auch die kommunalen Siegel sowie die Dorf- oder Fleckenzeichen. Neben der kommunalen Heraldik wird hier somit auch ein Überblick über die Orts- und Regionalgeschichte gegeben.

D. Stihler

Theo Kölzer und Marlis Stähli (Hrsg.), Petrus de Ebulo: Liber ad honorem Augusti sive de rebus Siculis. Codex 120 II der Burgerbibliothek Bern. Eine Bilderhandschrift der Staufferzeit, Sigmaringen (Thorbecke) 1994, 304 S.

Eine Quellenedition besonderer Art hat die wohl kurz vor 1200 entstandene Schrift des Petrus von Eboli erfahren. Jede einzelne Seite der prachtvollen Handschrift wurde (in Farbe) photographiert und im Textteil jeweils auf der linken Seite abgedruckt. Auf der rechten Seite befinden sich die Transkription des Textes sowie eine von G. Becht-Jördens angefertigte Übersetzung. Zu diesen 106 Doppelseiten kommen die 36 Seiten der Textillustrationen mit ihren jeweiligen Erläuterungen. Der Betrachter kann damit den Weg einer Edition nachvollziehen: Sichtung des Materials, Umschrift, Übertragung ins Deutsche. Diese an einer einzigen Archivalie orientierte Art der Edition verzichtet entsprechend auch auf einen kritischen Apparat; auch die erläuternden Texte vor und nach der Wiedergabe beziehen sich weniger auf den Inhalt der Handschrift als auf sie selbst. T. Kölzer erläutert anfänglich kurz die Frage nach Autor und Abfassungszeitpunkt, um dann in einem handbuchartigen Aufsatz die Situation in Südtalien kurz vor und während der ersten Jahre der staufischen Herrschaft zu erläutern. Nach dem Abdruck der Handschrift folgen kodikologische Untersuchungen sowie »Der Dichter und sein Text«, einige kurze

literaturgeschichtliche Überlegungen des Übersetzers. Register, Konkordanz, Erläuterungen und Literaturhinweise vervollständigen einen ausgesprochen schönen Band. *G. Lubich*

Walter Schomburg, Lexikon der deutschen Steuer- und Zollgeschichte. Abgaben, Dienste, Gebühren, Steuern und Zölle von den Anfängen bis 1806, München (C. H. Beck) 1992, 444 S.

Erstmals liegt mit diesem Band eine umfassende Darstellung des Steuer- und Zollwesens im deutschen Sprachraum von den ersten antiken Hinweisen bis zum Ende des Alten Reichs 1806 in lexikalischer Form vor. Man wird umfassend über Steuern, Abgaben, Zölle, Gebühren, Naturalleistungen und Dienstpflichten informiert, wobei auch regionale Besonderheiten berücksichtigt und wegen Steuerfragen ausgebrochene Konflikte erwähnt werden. Auch Ausreden für Steuerverweigerung sind hier nachzulesen. Bemerkenswert und für ein Lexikon ungewöhnlich ist die häufige Verwendung von zeitgenössischen Zitaten, die den Artikeln große Plastizität und ein teilweise recht amüsantes Zeitkolorit verleihen, ohne den Informationsgehalt zu schmälern. Insgesamt ist dieser Band nicht nur ein nützliches Hilfsmittel für die historische Forschung, sondern auch eine Fundgrube für allgemein-, kultur-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Informationen. Der geplagte Steuerzahler von heute kann hier die Erkenntnis gewinnen, daß sich der Einfallsreichtum der Obrigkeiten im Erfinden von Abgaben und im euphemistischen Verschleiern derselben bis heute kaum geändert hat ... *D. Stihler*

Bernd Schütte (Hrsg.), Die Lebensbeschreibungen der Königin Mathilde (Monumenta Germaniae Historica, Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum separatim editi; Bd. 66), Hannover (Hahnsche Buchhandlung) 1994, 236 S.

Bernd Schütte, Untersuchungen zu den Lebensbeschreibungen der Königin Mathilde (Monumenta Germaniae Historica, Studien und Texte; Bd. 9), Hannover (Hahnsche Buchhandlung) 1994, 114 S.

Die Erforschung des Quellenarmen, daher auch »dunkel« genannten 10. Jahrhunderts ist in den letzten Jahren wieder verstärkt in Bewegung geraten, wobei sich zwei Schwerpunkte abzeichnen: Zum einen wird die Frage, ob zu dieser Zeit schon von einem »deutschen« Reich gesprochen werden kann, erneut gestellt und zumeist abschlägig beantwortet; zum anderen findet die Schicht des Adels verstärktes Interesse, zumal über die Memorialforschung ihre Zusammensetzung und, aus neuen Interpretationsansätzen heraus, über ihr Selbstverständnis neue Aussagen zu treffen sind. Die beiden Lebensbeschreibungen der Königin Mathilde (gestorben 968), der zweiten Gemahlin Heinrichs I. (König 916–936), versprechen Material für beide Fragen. Im Umkreis der liudolfingischen Königssippe entstanden, spiegeln sie sowohl das Selbstverständnis des höchsten Adels wider als auch die Herrschaftsauffassung des Königtums in seinem damaligen politisch-geographischen Horizont. Hinzu tritt der schon seit längerem erkannte Sachverhalt, daß beide Fassungen zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt entstanden sind und mit verschiedenen Absichten verfaßt wurden. B. Schütte hat es nun im Rahmen seiner Dissertation unternommen, die Texte neu zu edieren und, in einem getrennten Band, zu interpretieren.

Die Edition ist musterträchtig durchgeführt. Im Vergleich zu den bislang verwendeten Ausgaben, deren jüngste immerhin aus dem Jahre 1853 stammen, wird die neue Art der Edition deutlich. Die Einleitung ist ausführlich (S. 9–88) und gibt minutiös Aufschluß über alle mit dem Text zusammenhängenden Fragen, wie Abfassungszeitpunkt, mögliche Verfasser, Überlieferungen, Nachwirkung oder -bearbeitungen und grenzt sich gegen die bisherigen Textausgaben ab, ohne schon interpretierend zu sein. Der Textteil der Edition ist nur unbeträchtlich länger (S. 109–202). Ein sorgfältiger, oftmals die Hälfte der Seite einnehmender kritischer Apparat verweist auf Varianten in den verschiedenen Überlieferungen, mögliche Vorlagen, Literatur zu strittigen Fragen und ergänzt historische Daten. Das handliche Format der MGH-»Schulausgabe«, die schon längst keine solche mehr ist,

machen den Band gut benutzbar, insbesondere auch durch das Register, das sowohl einen Namensindex als auch ein Wort- und Sachregister umfaßt.

Der zweite Teil der Dissertation besteht aus den Untersuchungen zu den Mathildenviten und ist – eine hohe Auszeichnung für einen Doktoranden – im Rahmen der Schriftenreihe der MGH erschienen. In knapper, aber immer verständlicher Form werden beide Lebensbeschreibungen einer getrennten Untersuchung unterzogen. Die Untersuchung der älteren Vita nimmt dabei die ersten 75 Seiten in Anspruch. Allein an den Überschriften der Unterkapiteln wird deutlich, daß es dem Verfasser darum geht, adliges-liudolfingisches Selbstverständnis in seiner Wechselbeziehung zu dem Problemkreis »Königtum« zu erfassen. Allen neuen Tendenzen der Forschung wird dabei Rechnung getragen, ohne den Gehalt der Quelle überzustrapazieren und grundlegende Neudeutungen der Geschichte des 10. Jahrhunderts vorzunehmen. Die jüngere Vita findet sich weniger ausführlich behandelt. Nach einem Vergleich mit der älteren Fassung (S. 76–85), die eine ausführliche Untersuchung der jüngeren in vielen Punkten überflüssig macht, werden nur noch drei Einzelaspekte näher untersucht, die auf das Selbstverständnis des »heinrizianischen« Zweiges der Liudolfinger und sein Verhältnis zu dem (namensgebenden) »ottonischen« abzielen. Als einziger Kritikpunkt ließe sich vielleicht anführen, daß eine zusammenfassende Schlußbetrachtung fehlt und sich am ehesten in dem Vergleich der beiden Texte findet; ein solches Resümee hätte aber der weiten Fragestellung, die der Verfasser an seinen Text stellt, wohl doch eher Unrecht getan und die Untersuchungen der einzelnen Aspekte zu sehr vereinheitlicht.

G. Lubich

Rudolf Simek, Lexikon der germanischen Mythologie, Stuttgart (Kröner) 1995, 555 S. In über 1700 Artikeln wird in diesem Nachschlagewerk die germanische Mythologie und Religionsgeschichte erschlossen. Den Schwerpunkt bildet zwangsläufig die reiche skandinavische Überlieferung, daneben sind auch archäologische und volkskundliche Quellen aus unserem Raum sowie das Nachleben und Themen der germanischen Mythologie in Kunst, Musik und Dichtung mit berücksichtigt. Die knappen, allgemeinverständlichen Artikel sind meist mit Hinweisen auf weiterführende Literatur versehen. Erwähnung verdient das umfangreiche Literaturverzeichnis. Auch dem interessierten Laien wird mit diesem Band ein handliches und fachlich fundiertes Hilfsmittel an die Hand gegeben.

D. Stihler

Eduard Mörikes Haushaltungs-Buch. Wermuthausen – Hall – Mergentheim, 16. Oktober 1843 – 27. April 1847. Faksimile der Handschrift, erläutert und eingeführt von Hans-Ulrich Simon, Vorwort von Helmut Bausinger (Marbacher Schriften 40/41), Marbach (Deutsche Schillergesellschaft) 1994, 351 S., 121 Abb.

Eduard Mörikes Haushaltungsbuch – eine Kostbarkeit unter den zahlreichen Mörike-Reliquien – wird seit 1904 als Geschenk der Möriketochter Franziska im Mergentheimer Heimatmuseum aufbewahrt. Teilveröffentlichungen, so 1951 durch Heinrich Schibel, sind seit langem vergriffen. Jetzt kann man allen Kennern und Verehrern des Dichters die ausgezeichnet edierte und kommentierte Faksimileausgabe der Handschrift empfehlen. Nach seiner Pensionierung »wegen andauernder Krankheitszustände« zog der 39jährige Mörike mit seiner Schwester Klara zunächst zum »Urfreund« Wilhelm Hartlaub nach Wermuthausen. Hier beginnen am 16. Oktober 1843 die Eintragungen der täglichen Ausgaben und, selten genug, der Einnahmen eines bescheidenen Pensionärhaushaltes. Die Aufzeichnungen werden von Eduard und Klara während des Aufenthalts in Schwäbisch Hall vom 16. April bis zum 01. November 1844 – 18 Seiten des Haushaltsbuches berichten davon – und in den Mergentheimer Jahren bis zum 27. April 1847 gewissenhaft weitergeführt. In Mergentheim wohnten die Geschwister im ersten Stock des repräsentativen Eckhauses zwischen Burgstraße und Marktplatz als Untermieter der Witwe Katzenberger, die im Erdgeschoß eine Konditorei betrieb. Hausbesitzer war der württembergische Oberst a. D.

von Speeth, dessen Tochter Margarete, Mörikes spätere Ehefrau, seit 01. Januar 1840 das Haushaltsbuch führte. Die Rechnungslegung dieser ménage à trois wird in Originalgröße bis auf einige leergebliebene Seiten vollständig faksimiliert. Dem Faksimile ist die Umschrift gegenübergestellt, so daß auch der Ungeübte die Handschrift lesen kann. Höchst belehrend sind das Vorwort von Hermann Bausinger und die Einführung von Hans-Ulrich Simon. Das Haushaltsbuch dokumentiert die Anstrengungen Mörikes, mit den bescheidenen Mitteln eines Pensionärs und Poeten einen standesgemäßen Haushalt zu führen. Vor dem Hintergrund der bürgerlichen Standeskultur des 19. Jahrhunderts sind Mörikes Sparsamkeit und Bescheidenheit »repräsentativer Durchschnitt«. Bausingers behutsame Interpretation der kargen Einträge und der kleinen Zeichnungen, die Mörike in die meist leeren Einnahmespalten eingefügt hat, korrigieren das idyllische, biedermeierliche Mörikebild. Die persönliche Perspektive, der ironische und spielerische Umgang mit den Anforderungen und den Gegenständen des Alltags sind charakteristisch für den hochproblematischen Dichter. Mörike hat sich selbst als »ein Rätsel« betrachtet. Auch Hans-Ulrich Simon schärft unseren Blick für den Hintergrund des oft banalen, meist monotonen täglichen Protokolls, wenn er »die historischen Bedürfnisse, die hinter den Eintragungen stehen, ihre private Bedeutung und soziale Relevanz im Zusammenspiel mit ihren Kosten« untersucht. Nicht das geringste Ergebnis dieser Fragestellung sind Beobachtung zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte Bad Mergentheims, wie man sie so noch nicht gelesen hat. Die neue Ausgabe des Haushaltsbuchs ist sicher verdienstvoll für die Mörikeliteratur; sie ist darüberhinaus ein bemerkenswerter Beitrag zu einer modernen Lokalgeschichte der Badestadt an der Tauber.

E. Göpfert

Jürgen Tröscher (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg, Teil 9: Gesamtregister, Stuttgart (Kohlhammer) 1995, 456 S.

Mit dem vorliegenden Registerband wird die von Paul Feuchte bearbeitete Quellenedition abgeschlossen und zweifellos ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Arbeit mit den vorhergehenden Bänden vorgelegt. Zusätzlich zu Sach-, Sprech-, Personen- und Ortsregister ist ein umfangreiches Literaturverzeichnis enthalten.

D. Stihler

2. Allgemeine Geschichte, Kirchengeschichte

Kaspar von Greyerz, England im Jahrhundert der Revolutionen 1603–1714, Stuttgart (Eugen Ulmer Verlag) 1994, 287 S.

Der »englische Sonderweg« begann im 17. Jahrhundert. Nachdem sich ein ausgebildeter Absolutismus wie auf dem Kontinent nicht etablieren konnte, und nachdem Hungersnöte (welche auf dem Kontinent bekanntlich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts reichten und noch den Ausbruch der 1848er Revolution beeinflussen) nach dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts nicht mehr vorkamen, war die Bühne für das folgende Stück gesetzt. Der vorliegende Band besteht aus zwei Teilen: einem Grundlagenkapitel, welches querschnittartig die Erscheinungen der englischen Gesellschaft des 17. Jahrhunderts behandelt – etwa Bevölkerung, Wirtschaft, Kirche und Kultur, um nur einige zu nennen. In einem zweiten Teil werden die Ereignisse und Prozesse chronologisch geschildert und analysiert.

Der auch als Reformationswissenschaftler ausgewiesene Autor speist den Leser nicht mit einfachen Antworten ab, sondern verdeutlicht das gesamte komplexe Beziehungsgefüge der Voraussetzungen und der Protagonisten dieses revolutionären Jahrhunderts. Ob (oder ob nicht) die englische Geschichte seit Elisabeth I. zielstrebig auf den Bürgerkrieg hinsteuerte, ob diese Revolution teleologisch ein Meilenstein auf dem Weg zur modernen englischen Demokratie war oder eine puritanische Erneuerungsbewegung – der Autor verschafft seinem Leser hinreichenden und ausgewogenen Überblick, wobei er sich durchaus bewußt ist, daß »historische Voraussetzungen keinesfalls notwendigerweise identisch mit Kausalzusammen-

hängen (sind)« (S. 24). Auch der ideologische Hintergrund von Gruppenkonflikten wird behandelt. Als wesentliche Faktoren sieht v. Greyerz Entwicklungen vor allem in den 1620ern: die schwierige Koordinierung der königlichen Kirchenpolitik in den drei Reichen England, Schottland und Irland; der starke Antikatholizismus des englischen Volkes, der zur Radikalisierung beitrug; der verfassungspolitische Gegensatz zwischen Karl I. und den Grafschaften auf dem Gebiet der Steuerpolitik, wie er sich im Parlament manifestierte; und dazutretend der wachsende Widerstand gegen die arminianische Kirchenpolitik des Monarchen.

Damit leistet das Buch Lesern mit verschiedenen Interessen gute Dienste: Wer sich für bestimmte »Evergreens« des englischen wissenschaftlichen Diskurses interessiert (sei es die »gentry«, sei es die Fronten von Hof und Landadel, »court and country« in dem langen Ringen des Bürgerkrieges, seien es bestimmte Themenfelder der englischen Gesellschaft im 17. Jahrhundert), aber auch jeder, der ganz einfach eine klar gegliederte und übersichtliche, aber nicht über Gebühr vereinfachende Verlaufsgeschichte dieses bewegten Jahrhunderts zu lesen wünscht, ist mit dem vorliegenden gehaltvollen Band gut bedient. *P. Ehrmann*

Marlene Meyer-Gebel, Bischofsabsetzungen in der deutschen Reichskirche vom Wormser Konkordat (1122) bis zum Ausbruch des Alexandrinischen Schismas (Bonner Historische Forschungen 55), Siegburg (Schmitt) 1992, XXXIV und 330 S.

Die 1990 in Bonn angenommene Dissertation beschäftigt sich mit einem Zeitraum, in dem es zu nicht weniger als 18 Bischofsabsetzungen kam. Untersucht wird in dem vorliegenden Werk, auf wessen Initiative die Absetzungsverfahren eingeleitet und wie sie durchgeführt wurden; in einem Vergleich wird schließlich versucht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Schon in der Einleitung trägt die Verfasserin der Verfassungsentwicklung des Hochmittelalters insofern Rechnung, als sie die Bedeutung der lokalen Kräfte betont, die in dieser Zeit zu einer gesteigerten politischen Relevanz aufgestiegen waren. Entsprechend werden in einem ersten, umfangreichen Teil (S. 5–256) die einzelnen Absetzungen in chronologischer Folge untersucht und in ihren landes- und reichsgeschichtlichen Kontext eingeordnet. In einem zweiten, wesentlich kürzeren Abschnitt (S. 257–308) wird anschließend ein systematischer Vergleich vorgenommen, der einerseits auf dem Material des ersten Teils beruht, andererseits das Echo der erzählenden Quellen einzuordnen und die kirchenrechtliche Dimension zu bewerten sucht. Als Ergebnis (S. 309–312) ist festzuhalten, daß das Königtum nach dem Wormser Konkordat eine geänderte Herrschaftspraxis verfolgte, indem es lokale Kräfte stärker förderte als die vorher bevorzugten Bischöfe und dabei oftmals auch das Papsttum auf seiner Seite wußte, zumal der Simonievorwurf und das sich daran anschließende kanonische Verfahren noch immer eine wirksame Waffe darstellten. Das Werk liefert alles in allem einen weiteren Baustein zu dem Gebäude der Verfassungsgeschichte, die die komplexen Zusammenhänge zwischen lokalen Interessen und reichsweiter, letztlich bis zum Papsttum reichenden politischen Gegebenheiten, die die hochmittelalterliche Herrschaftsstruktur prägten. Dabei ist zu beachten, das insbesondere der landesgeschichtliche Aspekt, der hier als Basis weiterer Schlußfolgerungen anzusehen ist, von der Verfasserin natürlich nicht abschließend behandelt werden konnte; vergleicht man etwa die Ausführungen Stefan Weinfurters in der Festschrift für Alfred Wendehorst (Jahrbuch für fränkische Landesforschung 52, 1992) zu »Friedrich Barbarossa und Eichstätt«, so ergibt sich zumindest für diese Absetzung des Jahres 1153 ein in vielen Bereichen anderes Bild. Die landesgeschichtliche Forschung wird zu zeigen haben, ob ähnliche Änderungen auch in anderen Fällen vorzunehmen sein werden. Damit besteht natürlich die Gefahr, daß auch das Gesamtergebnis revidiert werden muß, womit diese solide, auf umfassende Quellenarbeit aufgebaute Arbeit nicht mehr wäre als ein Anstoß für weitere Forschungen, was sicherlich kein geringes Verdienst wäre. *G. Lubich*

3. Landeskunde

Klaus Gaßner, So ist das creutz das recht Panier. Die Anfänge der Reformation im Kraichgau, Ubstadt-Weiher (Verlag Regionalkultur) 1994, 93 S.

Unter den Adligen des Kraichgaus, der von ritterschaftlichen Herrschaften geprägten Region zwischen Karlsruhe und Heilbronn, hat die Reformation sehr frühe und entschiedene Anhänger gefunden. Klaus Gaßner geht im vorliegenden, auf einer Examensarbeit beruhenden Band insbesondere den Beweggründen für die Hinwendung zur neuen Lehre in der Frühzeit bis 1525 nach und setzt sich unter diesem Aspekt gründlich mit den bisherigen Untersuchungen zum Thema auseinander. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den Familien der Gemmingen, Göler von Ravensburg und Landschad von Steinach, die als erste diesen Schritt vollzogen haben. Mit berücksichtigt wird auch Götz von Berlichingen, der seine Kraichgauer Besitzungen um Neckarzimmern bereits 1522 reformierte.

Gaßner kommt zu dem Schluß, daß die Hinwendung zu Luthers Ideen primär religiös bedingt war und aus persönlichen Ausnahmesituationen wie einer schweren Erkrankung (zum Beispiel bei Dietrich von Gemmingen oder Hans III. Landschad von Steinach) resultierte. Diese persönliche Glaubenserneuerung nahm »durch das gleichzeitige Auftreten Martin Luthers radikalere Züge« an. Für eine Reformation mit der Absicht, sich an eingezogenem Kirchengut zu bereichern, gibt es bis 1525 keine Anhaltspunkte. Der Verfasser untermauert dieses Ergebnis mit dem Faktum, daß sich nicht die von der »Ritterkrise« betroffenen, wirtschaftlich geschwächten Geschlechter als erste der Reformation zuwandten, sondern wirtschaftlich und politisch erfolgreiche Familien. Eine wichtige Rolle für die Begegnung mit dem reformatorischen Gedankengut spielten die lehens- oder dienstrechtlichen Verbindungen der Ritter zu den Landesfürsten in Baden, der Pfalz und Hessen, wo die lutherischen Lehren frei vertreten wurden. Hinzu kam die Nähe zur Universität Heidelberg und die in deren Nähe verstärkt umlaufenden Flugschriften sowie die engen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Adelsfamilien, die einen die Reformation begünstigenden geistigen Austausch förderten. Gaßner weist darauf hin, daß in dieser Frühphase ausschließlich das Patronatsrecht und nicht die Ortsherrschaft Grundlage der praktischen Reform war. Die Kraichgauer Ritter scheinen zunächst keine weitere Umwälzung der Kirche insgesamt beabsichtigt zu haben, zumal der Wormser Bischof, dessen Diözese den überwiegenden Teil des Kraichgaus umfaßte, den Neuerungen kaum Widerstand entgegensetzte. Zwar blieben Konflikte nicht aus, ein direkter Bruch hätte aber schon der traditionell engen Anlehnung der Adligen an die Kirche widersprochen. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel Bernhard Gölers von Ravensburg. Der entschiedene Anhänger der Reformation, dem Johannes Brenz 1534 seinen Richter- und Ruth-Kommentar widmete, blieb dem »Bischof von Speyer weiterhin eng und treu verbunden« und trat während des Bauernkriegs als Vermittler für ihn auf.

Als besonderes Kennzeichen der Reformation in den Gebieten der Kraichgauer Ritterschaft hebt der Verfasser die außerordentliche Qualität der neuen Geistlichen hervor. Während andernorts »Winkel- und Wanderprediger die Lehre Luthers aufgenommen hatten und durchs Land trugen, war es im Kraichgau eine junge Garde sacerdotum literati, studierter Geistlicher also, die nicht nur das »reine Evangelium« in den Orten ihrer Patronatsherren verkündeten, sondern sich auch an den theologischen Auseinandersetzungen ausgleichend zu beteiligen suchten«. Hier haben sich neben der Nähe der Heidelberger Universität auch die guten Verbindungen zu Erhard Schnepf und Johannes Brenz ausgewirkt, die neue Priester vermitteln konnten. Insbesondere Dietrich von Gemmingen, der bereits 1525 mit einem Religionsgespräch auf seiner Burg Guttenberg in der Abendmahlsfrage zu vermitteln versuchte und sich mit seiner theologischen Sachkenntnis offenbar auch den Respekt der »Fachleute« erwarb, pflegte engen Kontakt zu dem in Schwäbisch Hall wirkenden Brenz, der 1525 auch die Leichenpredigt für ihn gehalten hat. Aus dieser Predigt stammt auch der Titel dieses informativen, fundierten und dabei gut lesbaren Bands, der interessante neue Aspekte zum Thema bietet. Einziger Kritikpunkt: Das Fehlen eines Personenregisters. *D. Stihler*

Carlheinz Gräter: Heimliche Täler. Fahrten und Wanderungen im Fränkischen zwischen Limpurger Bergen und Odenwald, Spessart und Taubergrund, Tauberbischofsheim (Fränkische Nachrichten) 1993, 156 Seiten, Abb.

Carlheinz Gräter hat seinen zahlreichen Büchern über die fränkischen Lande ein weiteres hinzugefügt, und man befolgt seinen Hinweisen und Anregungen wieder gerne. Dieses mal führt er uns in elf bescheidene Täler, zu Flüssen und Bächen, die in Kocher und Jagst, in Tauber und Main münden. Nicht jeder kennt die Bühler und die Schandtauber, Steinach, Gollach oder Umpfer, den Schipfbach und die Elsava. Schon die klingenden Namen machen neugierig. Carlheinz Gräter versteht es, dem Reisenden, dem Wanderer plaudernd und erzählend Natur und Geschichte zu vermitteln und entwickelt dabei seine nachdenkliche »Philosophie der Seitentäler«. Es empfiehlt sich, will man seinen Spuren folgen, die entsprechende topographische Karte mitzunehmen, denn Carlheinz Gräter führt uns weg von den breiten Straßen des Tourismus.

E. Göpfert

Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 45. Archiv des Historischen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg Bd. 116, Würzburg (Freunde mainfränk. Kunst u. Geschichte e. V.) 1993, 557 S.

Der Band 45 des Jahrbuches verdient als regionale landesgeschichtliche Zeitschrift nicht nur das Interesse verschiedenster Fachvertreter für Kunst und Geschichte im Gebiet von Mainfranken, sondern aufgrund einiger wertvoller Fachbeiträge auch überregionale Beachtung. Wegen des Todes von Kunstmaler Josef Versl (1901–1993), Ehrenmitglied des Vereins der Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte, ist dem Jahrbuchband ein Nachruf des Künstlers vorangestellt, der in den 20er Jahren in Italien (Rom) studierte, in Sonderheit sakrale Kunst, Landschaftsthemen, Porträts, Stilleben und Blumenbilder malte und von 1947–1962 sogar als Lehrbeauftragter an der Universität Würzburg lehrte. Eine besondere Note erlangt der Band vor allem durch seine straffe Gliederung mit der längeren Abhandlung am Anfang, einem Festvortrag von J. Petersohn (aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prof. Dr. Otto Meyer) über »Frankens Domschulen im Hochmittelalter«, die den als »Miscellen aus dem Mainfränkischen Museum« betitelten nachfolgenden Beiträgen vorangestellt ist.

Die Themen dieser »Miscellen«, eine Aufsatzsammlung von Autoren, deren Betätigungsfeld vorwiegend das Mainfränkische Museum ist, umfassen die Ikonographie (Creglinger Altar des Tilman Riemenschneider), Relieifarbeiten römischer Kaiser aus der Zeit um 1600, Kupferstiche des 18. Jahrhunderts aus der Graphischen Sammlung des Mainfränkischen Museums, Würzburger Goldschmiedearbeiten des Goldschmieds Georg Stephan Dörffer (1771–1824) und schließlich die Museumspädagogik in Würzburg.

Hieran schließen sich weitere Beiträge zur Mediävistik an, so ein Beitrag zu den West-Ost-Wegen im Schweinfurter Raum mit besonderer Berücksichtigung des Rheinfelds und ein meines Erachtens ausgezeichnete Beitrag von Wolfgang Hartmann über die »Zerstörung der Burg Frankenberg bei Amorbach durch Kaiser Barbarossa« mit der Klärung, wer die Vögte der Abtei Amorbach um 1168 gewesen sind. Wie W. Hartmann ausführt, hat Kaiser Friedrich Barbarossa am 10. Juli 1168 die herzoglichen Rechte des Bischofs von Würzburg bestätigt und in der als »Güldene Freiheit« bekannten Urkunde die auf Wunsch Bischof Herolds von ihm verfügte Zerstörung zweier Burgen vermerkt: 1. Burg Bramberg (Haßberge) 2. Burg Frankenberg (der spätere Gotthardsberg – nach St. Godehard) bei Amorbach. Wer aber war der Herr der Amorbacher Burg? Die Urkunde bezeichnet diesen – leider ohne Namen – als Bedrücker der nahen Abtei und Feind der Würzburger Kirche. Einigkeit herrscht in der Forschung darüber, daß der damalige Amorbacher Klostervogt gemeint ist. Da aber dieser auch aus anderen Quellen nicht bekannt ist (wie auch die früheren Vögte), vertrat man bisher bezüglich seiner Identität verschiedene Ansichten: Während Meinrad Schaab den Pfalzgrafen Konrad von Staufeu als Amorbacher Klostervogt von 1168 betrachtete, Peter P. Albert dagegen die Grafen von Henneberg als Amorbacher (Ober-)Vögte

bevorzugte (es seien dem niederen Adel der Gegend angehörige Untervögte der Henneberger gewesen, die von der Burg Frankenberg aus die Abtei Amorbach bedrängt hätten), stellte Wilhelm Strömer die Herren von Dürn in den Vordergrund seiner Forschung. Die auffällige Nennung eines dominus Ulrich in den Amorbacher Traditionsnotizen (der Name ist später auch gebräuchlich bei den Herren von Dürn) wertete er als Indiz dafür, daß jene auch schon vor der Zerstörung der Burg Frankenberg Vogteifunktion über Amorbach ausgeübt hatten. Wolfgang Hartmann dagegen bringt nunmehr mit einer Vielzahl wesentlich neuer Aspekte Kraft von Schweinberg (Schweinburg) ins Spiel, welcher 1167/68 der Herr der Burg von Schweinberg und 1168 auch Vogt des Klosters Amorbach gewesen ist. Da aber Krafts mögliches Todesjahr mit 1168 zu veranschlagen sei (er fehlt bereits in der Würzburger Urkunde vom 10. Juli 1168!), könnte ebenso Graf Poppo von Wertheim nach dessen Tode versucht haben, die Klosterabtei Amorbach mit Burg Frankenberg an sich zu reißen. Da er einmal aus diesem neuen Blickwinkel argumentiert, sollte man dem Verfasser für seine Bemühungen zu Dank verpflichtet sein. Dennoch verlangt diese Thematik eigentlich einen viel umfassenderen Rahmen, als es dieser Jahrbuchaufsatz mit begrenzter Seitenzahl vermag. Der Leser begrüßt, daß dem Beitrag wenigstens noch drei kleinere Abbildungen beigegeben worden sind: 1. Bergfried-Ruine der Burg Schweinberg 2. Romanisches Doppelfenster (frühes 12. Jahrhundert) von der Burg Schweinberg 3. Amorbach mit dem Frankenberg/Gotthardsberg (Merian-Stich von 1646). Auch hat der Verfasser bereits in den Anmerkungen auf eine weitere seiner Untersuchungen verwiesen: »Zur Bedeutung der Grafen von Henneberg für die hochmittelalterliche Geschichte des Odenwaldes und benachbarter Gebiete«. Somit verdienten alle diese Studien Hartmanns eigentlich eine reich illustrierte größere Monographie, in der die verschiedensten Fachgebiete, wie speziell der Archäologie, Burgen- und Wüstungsforschung, Topographie, Mediävistik (bes. Quellenanalysen mit Vorstellung der Originalurkunden – sofern erhalten –), Kirchengeschichte und anderes, zur Geltung kommen.

Im Anschluß an Hartmanns Beitrag folgen nun Aufsätze zur Morphologie des spätmittelalterlichen Hochstifts Würzburg, zum Maßwesen der domkapitularischen Stadt Ochsenfurt vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des Alten Reichs und zur grundherrlichen Verwaltung und Wirtschaftspraxis im Spätmittelalter (Kartause Tüchelhausen). Weitere Aufsätze sind dann mit sehr verschiedenen Sachthemen verbunden: mit der Kreuzigungsgruppe St. Gertraud in der Pleich (Tilman Riemenschneider), der Geschichte des Rindenhofes bei Maria Bildhausen in Franken, dem Kachelfund aus Egenhausen, Unterfranken (16./17. Jahrhundert), mit dem Fürstenbischof Anselm Franz von Ingelheim und dem Münzmeister Wilhelm Fehr. Fortgeführt wird diese Aufsatzsammlung mit Beiträgen von Hans-Helmut Schnebel, der sich dem Thema »Vom Bürger zum Staatsbürger in Uniform – Hammelburg und die Königlich-Bayerische Landwehr älterer Ordnung 1816 bis 1868 – widmet und von Angelika Pabel, die einmal die Handschrift M. ch. f. 647 der Universitätsbibliothek Würzburg »unter die Lupe« genommen hat. Bedeutende Besucher dieser Bibliothek (Zeitraum 1837 bis 1855) waren unter anderem der ältere der Gebrüder Grimm, Jacob Grimm (1785–1863), und ebenso Wilhelm Grimm (1786–1859), der berühmte Historiker Friedrich Christoph Dahlmann (1785–1860) und der Dichter Ludwig Uhland (1787–1862). Schließlich liefert Georg Wittenberger die »Notizen zum Stammbaum der jüdischen Familie Hilder (Kirchheim/Heidingsfeld)«. Abgeschlossen wird die Aufsatzsammlung dann von Joachim Braun, der mit den »Ochsenfurter Turmknopfchroniken« einmal mehr aufgezeigt hat, wie wichtig solche Quellen für den Historiker sind.

Besonders wertvoll erscheint Rezensent die diesem Jahrbuch integrierte »Unterfränkische Bibliographie 1992« die recht übersichtlich aufgebaut ist. Das Faszikel der Buchbesprechungen, der folgende Geschäftsbericht 1989–1993 über Veröffentlichungen, Vorträge, Studienfahrten und Besichtigungen, Museumskonzerte und Ausstellungen in der Otto-Richter-Kunsthalle bilden den obligatorischen Abschluß einer Zeitschrift dieses Formats. Das Jahrbuch ist schon wegen der umfangreichen Bibliographie allen zu empfehlen, die sich

intensiv mit Mainfrankens Geschichte, Kunst- und Kulturgeschichte, Vor- und Frühgeschichte, Mediävistik und Geschichte der Neuzeit beschäftigt. *G. G. Reinhold*

Jürgen Wohlfahrt, Albert Herrenknecht und Hermann Schöffner, Radtouren-Reiseführer. Bauernkriegs-Landschaft Tauber-Franken, 2 Bde., Tauberbischofsheim (Traum-a-Land e. V.) 1994, 161 u. 207 S. (zu beziehen über: Traum-a-Land e. V., Kachelstr. 6, 97941 Tauberbischofsheim)

Zu berichten ist von einer erstaunlichen Initiative und einem frappanten Ergebnis. Traum-a-Land e. V. ist 1980 aus der regionalen Zusammenarbeit von Jugendzentren und Jugendhäusern in der Region »Tauber-Franken-Hohenlohe-Odenwald« hervorgegangen unter anderem mit dem Ziel, zur Bildung einer regionalen Kultur beizutragen, die sich als »aktive Beheimatungskultur«, nicht als »ausschließende Heimatkultur«, als Folklore versteht. Der belastete Heimatbegriff soll neu definiert und mit konkretem Inhalt gefüllt werden, »handhabbar für ein engagiertes kulturpolitisches Handeln in der Provinz«. Den Anknüpfungspunkt für die neue Identität in der alten Heimat fand man im Bauernkrieg: Tauber-Franken wird als Bauernkriegs-Landschaft wiederentdeckt und zahlreiche Jugendbildungsprojekte, die Radfahren mit historischer Spurensuche verbinden, befassen sich mit der Sichtung aller Informationen in Archiven, in der Landschaft oder im »kollektiven Gedächtnis« vor Ort. Die ersten Ergebnisse liegen in diesen beiden Radtouren-Reiseführern vor. Wenn man sich durch die umfangreiche Einführung zum Bauernkrieg und zur Anlage des Reiseführers gearbeitet hat, kann man per Rad die Stätten aufsuchen, wo 1525 die »Haufen« der Bauern ihre Herren das Fürchten lehrten und den Versuch unternahm, auf der Grundlage genossenschaftlicher und gemeindlicher Selbstverwaltung eine neue Ordnung zu begründen. Die Radtouren führen durch das Taubertal und die zahlreichen Nebentäler. Der Führer listet die Orte alphabetisch auf und bietet neben der Ortsbeschreibung eine Fülle historischer und kulturgeschichtlicher Fakten zum Bauernkrieg mit Hinweisen auf die einschlägige Literatur. Die Detailfülle ist überwältigend, der Fleiß der meist jugendlichen »Geschichts-Laien«, die das alles zusammengetragen haben, verdient große Anerkennung. Fortsetzungsbände sind angekündigt. Daß unsere Gegenwart Ergebnis der Geschichte ist und Zukunft nicht ohne Erinnerung gewonnen werden kann, ist eine Einsicht, die sich bei der Lektüre dieses Jugendbildungsprojekts aufdrängt. Hier wird Geschichte tatsächlich »erfahren«. Man wünscht den Beteiligten weiterhin Erfolge bei ihren sportlichen und historischen Aktivitäten. *E. Göpfert*

4. Bau- und Kunstgeschichte

Ingo Gabor, Aspekte zum Kapellenbau im Gebiet der Fürstpropstei Ellwangen/Jagst im 17. und 18. Jahrhundert (mschr. Magisterarbeit, vorgelegt an der Philosophisch-Pädagogischen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt), 1993. 278 S.

In den Oberamtsbeschreibungen und den Kunstdenkmäler-Inventarbinden werden die zahlreichen Kapellen im Ellwanger Gebiet nur am Rande besprochen. Lediglich im Ellwanger Jahrbuch sowie in Heimatbüchern und Festschriften finden sich ausführliche Aufsätze zu einzelnen Gebäuden oder deren Baumeistern. Um so sinnvoller ist die Erfassung aller Kapellen in dieser Region. Da die Untersuchungen von Ingo Gabor im Rahmen einer Magisterarbeit getätigt wurden, mußte das Thema zwangsläufig räumlich wie zeitlich begrenzt werden. Dem Autor war es bewußt, daß er eine Großzahl von zum Teil wichtigen Kapellen unberücksichtigt lassen mußte, als er sich auf das 17. und 18. Jahrhundert beschränkte. Nach einem Überblick über den Forschungsstand und einem allgemeinen Text mit der Definition des Begriffs Kapelle sowie einer Typisierung folgen fast fünfzig klar gegliederte, exakte Beschreibungen, in die zahlreiche Quellen einfließen. Bei einer statisti-

schen Auswertung über das »Kapellenaufkommen in räumlicher und zeitlicher Hinsicht« wurden sinnvollerweise auch solche Kapellen erfaßt, die bei den Beschreibungen unberücksichtigt blieben.

Insgesamt könnte die Auswertung des erarbeiteten Materials ausführlicher sein; zwei Seiten zum Beispiel für das Kapitel »Die Bauanlässe und Stifter der Kapellen« sind wenig. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß die vorliegende Arbeit zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema genutzt wird, wobei auch die Kirchen des Gebiets der Fürstpropstei Ellwangen berücksichtigt werden. Mit dem Text von Ingo Gabor liegt eine solide Grundlage vor, auf der sich sehr gut aufbauen läßt.

A. Panter

Lothar Hennig, Glanz des Barock: Sammlung Ludwig in Bamberg. Fayence und Porzellan (Schriftenreihe des Historischen Museums Bamberg, Bd. 31), Bamberg (Verlag Fränkischer Tag) 1995, 293 S.

In der Ausstellung »Ludwigs Lust« konnte das Germanische Nationalmuseum Nürnberg 1993 einen Teil der Schätze des Aachener Kunstsammlerehepaars Irene und Peter Ludwig präsentieren, darunter auch eine Auswahl Porzellan und Fayencen, die noch nie öffentlich gezeigt worden waren. Nun hat die Stadt Bamberg ihr altes Rathaus, einzigartig zwischen zwei Regnitz-Armen gelegen und den Domberg mit der Altstadt verbindend, aufwendig restauriert und für eine Dauerausstellung dieser größten privaten Porzellansammlung in Europa zur Verfügung gestellt. Der vorzüglich bebilderte Katalog dokumentiert in 259 Katalognummern das »Weiße Gold« berühmter Manufakturen. Allein die Sammlung Straßburger Fayencen aus der Manufaktur der Familie Hannong umfaßt 93 Katalognummern und gilt als die umfangreichste Privatsammlung der Welt. Es folgen exquisite Stücke aus Meißen: Böttger Steinzeug und Böttger Porzellan, ein 15teiliges bemaltes Service, das für Papst Benedikt XIV. gefertigt wurde. Mit ausgezeichneten Beispielen ist alles, was Rang und Namen hat, in Bamberg zu sehen. Fayencen und Porzellan aus Höchst, Frankenthal, Ansbach, Fulda, Fürstenberg, Kassel, Ludwigsburg, Nymphenburg, Wien, dazu Beispiele französischen und italienischen Porzellans. Man kann die Stadt Bamberg, die an Kunstwerken ersten Ranges so reich ist, zu dieser barocken Augenlust im alten Rathaus nur beglückwünschen.

E. Göpfert

Klaus Kraft, Landkreis Günzburg 1: Stadt Günzburg (Die Kunstdenkmäler von Bayern; Regierungsbezirk Schwaben, Bd. 9), München (Oldenbourg) 1993, 636 S.

Im Rahmen der traditionsreichen Reihe »Die Kunstdenkmäler von Bayern« eröffnet das vorliegende Werk zur Stadt Günzburg und den zugehörigen Teilgemeinden eine Folge von fünf Bänden zu den Kunst- und Geschichtsdenkmälern des Landkreises Günzburg. Die städtebaulichen Zusammenhänge der im 14. Jahrhundert gegründeten ehemaligen vorderösterreichischen Hauptstadt, die Bebauung der Straßen und Plätze sowie herausragende Einzelbauten wie Frauenkirche und Schloß werden umfassend beschrieben, ihre Geschichte nachgezeichnet und auch relevantes Inventar berücksichtigt. Mit aufgenommen sind auch abgegangene Gebäude von Bedeutung, die Beschreibungen werden durch zahlreiche Photographien, Maßaufnahmen und Pläne ergänzt. Man kann nur hoffen, daß die Weiterführung dieses beeindruckenden Werks durch die Finanzsituation der öffentlichen Hände nicht gefährdet ist . . .

D. Stihler

Manfred Schuller (Hrsg.), Das Fürstenportal des Bamberger Domes, Bamberg (Bayerische Verlagsanstalt) 1993, 151 S.

Der Bamberger Dom gehört zu den großen Zeugnissen mittelalterlicher Architektur, nur wenige Dome sind so reich an herausragenden Werken der Bildhauerkunst. Das Fürstenportal auf der Nordseite des Doms, geschmückt mit der doppelten Reihe der Propheten und Apostel, dem Weltgericht im Tympanon, den Standfiguren von Ecclesia und Synagoge, ist ein Hauptwerk hochmittelalterlicher Bauplastik, eng verknüpft mit der Kunst der französi-

schen Kathedralen insbesondere mit Reims. Dieses einzigartige Baudenkmal ist in seiner Substanz ernsthaft gefährdet. Auch sorgfältige Restaurierungen konnten bisher den Verwitterungsprozeß nicht stoppen. Das bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat deshalb eine grundlegende wissenschaftliche Untersuchung des Portals veranlaßt, die bautechnische und kunsthistorische Methoden bündelt, um neue Grundlagen für eine dringend notwendige Sanierung zu finden. Die Ergebnisse werden in der vorliegenden Monographie ausführlich erläutert. Tilmann Breuer beschreibt zunächst die Geschichte der Instandhaltung des Fürstenportals vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart und zeigt die gutgemeinten Fehlgriffe und die Ohnmacht der Restauratoren auf. Daß am Fürstenportal auch heute noch ein erheblicher Prozentsatz Originalsubstanz höchster Qualität erhalten ist, muß die Verantwortlichen anspornen und rechtfertigt den Aufwand. Zu welchen Leistungen die Forschung heute fähig ist, zeigt der Beitrag von Manfred Schuller. Grundlage seiner akribischen und detektivischen Analyse des Arbeitsprozesses bilden die dem Band beigegebenen Tafeln mit kompletten, neuvermessenen Ansichten und Schnitten des Portals. Die bisher umstrittene Frühdatierung des Portals und seiner Figuren um 1225 ist nun gesichert. Die Skulpturen, auch die plastischen Arbeiten der mit Reims verbundenen sogenannten jüngeren »Werkstatt«, wurden bereits während des Bauverlaufs in die Rahmenarchitektur eingefügt, sie sind nicht, wie man bisher glaubte, spätere Ergänzung. Die nicht mehr bezweifelbare Frühdatierung des Bamberger Fürstenportals mit seinem gesamten Skulpturenprogramm hat Auswirkungen für die Bewertung zeitnaher Portale am Dom in Freiberg, am Straßburger Münster sowie der Ostportale des Bamberger Doms. Insbesondere muß die Baugeschichte der Kathedrale von Reims kritisch überprüft werden, wenn man daran festhalten will, daß die Bildhauergruppe der »jüngeren« Werkstatt mit der Reimser Bauplastik vertraut gewesen sein muß. Aufsätze von Philipp Caston »Sondage und Baubefunde über den Archivolten des Fürstenportals« und von Manfred Fürst »Die Natursteinkartierung des Fürstenportals« runden vorläufig die interessanten Untersuchungen ab. Weitere Untersuchungen unter anderem zu den Spuren farbiger Fassungen der Architektur und der Skulpturen des Portals werden angekündigt. Das Bamberger Fürstenportal ist wohl zur Zeit das am besten dokumentierte Portal des Mittelalters. Es bleibt zu hoffen, daß Wege gefunden werden, es zu erhalten.

E. Göpfert

Südwestdeutsche Beiträge zur historischen Bauforschung, Bd. 1/1992, hrsg. vom Arbeitskreis für Bauforschung Baden-Württemberg, Warthausen (Arbeitskreis für Bauforschung Baden-Württemberg) 1992, 222 S.

Der vorliegende erste Band ist als Eröffnung einer unregelmäßig erscheinenden Reihe gedacht, die als breites Podium für die Vorstellung neuer Ergebnisse der Bauforschung in Baden-Württemberg beziehungsweise von baden-württembergischen Bauforschern dienen soll und somit auch über die Grenzen des Bundeslandes hinausgeht. So befaßt sich der umfangreichste Beitrag des Bandes, ein »Bericht über eine interdisziplinäre Untersuchung der historischen Amtsfronfeste Oschatz/Sachsen« des bauhistorischen Planungsberatungsbüros Johannes Gromer in Oppenweiler mit einem Gebäude aus den neuen Bundesländern. Themen aus der hiesigen Region sind mehrfach vertreten: Albrecht Bedal beschreibt »Scheunenbauten in einer mittelalterlichen Reichsstadt« (Schwäbisch Hall), Michael Kamp stellt anhand des Hauses Brüdergasse 27 in Schwäbisch Hall die »archivalische Hausforschung in der Praxis« vor, und Gerd Schäfer legt mit »Geschoßständerbauten des 15. Jahrhunderts im Limpurger Land« das erste Fazit einer Feldforschungsarbeit vor. Darüber hinaus vergleichen Christian Schaezt und Donatus Bönsch in »Bauen mit Stein – Methodik und Ergebnisse der Kellerforschung« ein Schwäbisch Gmünder Gebäude mit dem Haller Kellerkomplex Neue Straße 22/24/Am Spitalbach 23. Insgesamt bietet dieser Band einen interessanten Querschnitt durch aktuelle Fragestellungen der Baugeschichtsforschung.

D. Stihler

5. Archäologie und Geologie

Dieter Planck, Otto Braasch, Judith Oexle und Helmut Schlichtherle, *Unterirdisches Baden-Württemberg. 250000 Jahre Geschichte und Archäologie im Luftbild*, Stuttgart (Theiss) 1994, 256 S.

Die Luftbildarchäologie hat der Forschung im Land in den letzten Jahren einen enormen Zugewinn an Erkenntnissen ermöglicht. Im vorliegenden Band werden nun Arbeitsweise und Ergebnisse dieser relativ neuen Methode einem breiten Publikum vorgestellt. In einem einführenden Textteil geben ausgewiesene Fachleute einen Überblick über die archäologische Forschung zu den Epochen der Landesgeschichte (Helmut Schlichtherle: Von der Steinzeit zur Bronzezeit; Dieter Planck: Die Kelten; ders.: Die römische Epoche; Judith Oexle: Das Mittelalter), im Anschluß stellt Otto Braasch, der 1994 mit dem Württembergischen Archäologiepreis ausgezeichnete Pionier der Luftbildarchäologie, Geschichte und Arbeitsweise seines Metiers dar. Mit dem 76 farbige Luftbilder umfassenden Hauptteil folgt dann ein Querschnitt durch die archäologischen Denkmäler des Landes, von der Steinzeit bis zu Schützengräben des I. Weltkriegs. Jeder Aufnahme ist ein Begleittext beigegeben, in dem die Fachautoren die erkennbaren Spuren, ihre Bedeutung und ihren historischen Hintergrund erläutern. Die hiesige Region ist unter anderem mit der Wasserburg Flügelaue (Crailsheim-Roßfeld) und der »Anhäuser Mauer« (Satteldorf) vertreten, letztere ein gutes Beispiel dafür, wie sich oberirdisch nicht mehr sichtbare Mauerzüge anhand der Bewuchsmerkmale aus der Luft erkennen lassen. Für den Laien werden hier nicht nur die Arbeitsmethoden der Forscher nachvollziehbar, es wird auch auf eindruckliche Weise verdeutlicht, was sich an ungehobenen Schätzen verschiedenster Art unter baden-württembergischer Erde verbirgt. Erkennbar ist allerdings auch, wie sehr diese Bodendenkmäler durch die massiven Eingriffe unserer Zeit bedroht sind. Über das Thema »Luftbildarchäologie« hinaus bietet dieser hervorragend ausgestattete Band für den interessierten Laien eine allgemein verständliche und informative Beschreibung der Archäologie in Baden-Württemberg und kann somit uneingeschränkt empfohlen werden.

D. Stihler

Die Schraube zwischen Macht und Pracht: Das Gewinde in der Antike. Mit Beiträgen von Barbara Deppert-Lippitz, Astrid Schürmann, Barbara Theune-Großkopf, Rüdiger Krause, einem Vorwort von Reinhold Würth und einer Einführung von Dieter Planck. Museum Würth und Archäologisches Landesmuseum Baden-Württemberg, Sigmaringen (Jan Thorbecke) 1995, 212 S., 183 Abb.

Anlässlich des 50jährigen Betriebsjubiläums der Würth-Gruppe im Jahre 1995 konnte erstmals in gemeinsamer Planung des Museums Würth in Künzelsau-Gaisbach und des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg eine einzigartige Ausstellung zur Geschichte der Schraube und des Gewindes in der Antike präsentiert werden, die von über zwanzig Museen in Europa und den USA mit kostbaren spätantiken Schmuckexponaten unterstützt wurde. Dem Co-Initiator der Ausstellung Dr. Rüdiger Krause, dem Direktor des Archäologischen Landesmuseums und Präsidenten des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg Prof. Dr. Dieter Planck, vor allem Reinhold Würth und allen beteiligten Wissenschaftlern des Forschungsprojektes sei hier ein besonderer Dank ausgesprochen, daß diese Ausstellung auch mit einer fundierten Publikation oben vorangestellter Thematik gekrönt werden konnte, die bisher in der allgemeinen Kulturgeschichte keine Beachtung fand.

Der Vorbereitung der Ausstellung und der Ausarbeitung des Bandes ging ein intensives und gründliches Studium zum Thema des Gewindes in der Antike voraus. Dies betraf nicht nur die antiken Gewindetechniken anhand archäologischer Hinterlassenschaften oder schriftlicher Quellen, die von jenen Techniken Zeugnis ablegen, sondern selbst die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse spätantiker Zeit, die in Sonderheit von Rangabzeichen und Prestigeobjekten (Fibeln, Armreifen, Armbändern, Pektoralen, Brustkreuzen, Gürteln u.dgl.) mit Schraubverschlüssen bestimmt worden sind.

Der mit zahlreichen (unter anderem sogar ganzseitigen) Farb- und Schwarz-Weiß-Abbildungen, Zeichnungen und Karten illustrierte qualitativ wertvolle Band besitzt folgende Gliederung:

Nach dem einleitenden Vorwort von Reinhold Würth (7–13) und der Einführung zur Ausstellung von Dieter Planck (14–22) folgt der wichtige thematische Teil, welcher in vier spezifische Themenkreise untergliedert ist. So schreiben Rüdiger Krause über »das Gewinde in der Antike« (23–54), Astrid Schürmann über »die Überlieferung antiker Autoren« (55–76), Barbara Theune-Grosskopf über die »Zwiebelknopffibeln und ihre Träger – Schmuck und Rangabzeichen« (77–112) und schließlich Barbara Deppert-Lippitz über den »Goldenen Schmuck der Spätantike« (113–140). Eine Besonderheit zum Vorwort bis zum Aufsatzteil ist die Textzusammenfassung in englischer und französischer Sprache. Ebenso sind sämtliche Abbildungen des Bandes mit dreisprachigen Bildunterschriften (deutsch, englisch, französisch) versehen worden. Der längere Aufsatzteil wird von einem sorgfältig gegliederten Katalogteil mit vorangestelltem Abkürzungsverzeichnis (141–206) gefolgt:

A. Vergoldete Fibelknopffibeln aus Bronze (142), B. Zwiebelknopffibeln aus Gold (149), C. Sonderform einer goldenen Bügelfibel (161), D. Kreuzförmige Fibeln aus Bronze mit imitiertem und gegossenem Gewinde (162), E. Armreifen und Armbänder aus Gold (164), F. Sonstige (177), G. Specula – Arztinstrumente aus Bronze (180), H. Auswahl antiker Darstellungen von Trägern der Zwiebelknopffibeln (187) und I. Apparate und Pressen in der antiken Literatur (197).

Den Abschluß des Bandes bildet ein Literaturverzeichnis (207–209), ein Abbildungsnachweis (210–211), eine Danksagung an alle wissenschaftlichen Mitarbeiter der Ausstellung (211–212) und eine geographische Karte (Europa und Mittelmeerländer), in welche unterschiedlich definierte Markierungspunkte für a. Museen, Leihgeber, b. Fundorte im Katalog, c. Bildliche Darstellungen eingezeichnet sind.

Aus dem recht inhaltsreichen Aufsatzteil möchte ich aus persönlichem Interesse die Untersuchung von Rüdiger Krause zur Entwicklung der Gewindetechniken in der Antike herausgreifen. Wie Krause ausführt, ist die Schrauben- und Spiralstruktur eine bereits von der Natur vielfältig vorgegebene Form, die – technisch umgesetzt – seit dem Altertum an verschiedensten Objekten vorgefunden wird. So wurden schon vor über 4000 Jahren Verdrehungen und Verwindungen (Torsionen) in der Bronzezeit als einfaches Zierelement bei Trachtenbestandteilen und Schmuck, aber auch bei Gerätschaften und Waffen verwendet, in der klassischen Antike dann auch als beliebtes Element in der Architektur (Dekor an Säulenschäften), während erste Schraubverschlüsse im heutigen Sinn erst in der Spätantike an exklusivem und prestigeträchtigem Schmuck begegnen. Primär hat sich der Autor mit den antiken Techniken des Vorderen Orients beschäftigt, wie den Wasserschnecken und Wasserschrauben zur Bewässerung der Felder und Gärten (Ägypten), den antiken mechanischen Gerätschaften (siehe auch im Beitrag von A. Schürmann), wie die Dioptra (optisches Vermessungsgerät) und das Hodometer (Wegstreckemesser), sowie den Olivenöl- und Weinpressen, die häufig in spätantiken Bodenmosaiken dargestellt sind (Lot- und Prokop-Kirche vom Berg Nebo/Jordanien; Qabr Hiram/Libanon), aber als spätmittelalterliche und neuzeitliche Einschraubenpressen (Antonius-, Paulus- und Baramus-Kloster (Wādi Natrûn/Ägypten) noch direkt studiert werden können. Erfreulich ist hierzu auch der von Krause ausgewertete neue Forschungsband von Michele Picirillo, *The Mosaics of Jordan*, ACOR Publications, Nu. 1, Amman 1993.

Außerdem beschäftigt sich der Autor mit den Schraubverschlüssen bei Fibeln und Armringen (siehe vor allem die Beiträge von B. Theune-Grosskopf und B. Deppert-Lippitz) und den antiken Gewinden bei medizinischen Instrumenten, vorwiegend den Specula, anhand archäologischer Hinterlassenschaften aus Kleinasien, Mérida/Spanien und Pompeji/Italien. Ein besonderes Interesse des Rezensenten findet die von W. Krause aufgeführte außergewöhnliche Spiralstruktur der Architektur, verkörpert in Form der konstruierten Spiralminarette (Gebetstürme) im Vorderen Orient (vgl. die Spiralminarette der Freitagsmoscheen von Samarra/

Irak). Im Aufsatz wird diese ungewöhnliche Architekturform in der Tradition der altesopotamischen Tempeltürme (Zikkurats) gesehen (33/34). Beim Rezensenten erhebt sich dann sogleich die Frage, wie aus den siebenstufigen Tempeltürmen, dem É-PA («Haus der Höhe», «Haus des Zepters») Gudeas (2150 v.) oder dem É-ur-imin-an-ki («Haus der sieben Befehlshaber Himmels und der Erde») von Birs Nimrud (Borsippa) – nach A. Franz, *Der Turmbau*, VT XIX/2 1969, 183–195 ursprünglich Flutschutzbauten (siehe hierzu auch Gotthard G. G. Reinhold, *Die Zahl Sieben im Alten Orient und ihre religionsgeschichtliche Bedeutung*, Murrhardt/Bad.-Württ. 1990, Mskr., bes. 3–5) – rein architektonisch – die verdrehten Gebetstürme entstanden? Ohne Frage dürfte dies mit der Konstruktion des Aufweges zur höchsten Spitze des Turmbaues in Zusammenhang stehen, der einerseits mit zentral geführter Treppe, und zusätzlich treppengestufen Rampen (rechts und links), aber andererseits auch mit außen oder innen konstruierten Turmumgängen (in Form von Spiralwindungen) gebaut werden konnte. Letztere Konstruktion wurde auch beim altorientalischen Brunnenschacht von Gibeon (10. Jh. v.) entdeckt, der eine spiralförmige Treppenanlage zur Brunnensohle aufwies. Wie auch immer architektonische Veränderungen an der Turmkonstruktion vorgenommen wurden; eine spezielle Untersuchung zur altorientalischen Architektur wäre hier zumindest vakant. Noch eine Anmerkung am Rande: Zu den hervorragenden Farbbildungen und sorgfältigen technischen Zeichnungen des Bandes (wie auch im Katalogteil) passen jedoch nicht die sehr primitiv wirkenden – nachträglich überzeichneten und fotografierten – Abmessungen A–C mit Rotstift auf der Gewindestange (44 Abb. 26). Dies sollte man im Falle einer Neuauflage dringend abändern!

Insgesamt ist aber mit dieser Publikation erstmals eine unter Fachexperten gesuchte Thematik mit wissenschaftlicher Akribie bearbeitet worden und in einer qualitativ hervorragenden Aufmachung erschienen, die auch internationalen Ansprüchen gerecht wird. Allen verantwortlichen Mitarbeitern des Bandes, Autoren, technischen Bearbeitern und Leihgebern der Ausstellung sei hiermit in besonderer Weise Anerkennung und Dank ausgesprochen.

G. G. Reinhold

Heiko Steuer, Ulrich Zimmermann (Hrsgg.), *Alter Bergbau in Deutschland* (Archäologie in Deutschland, Sonderheft 1993), Stuttgart (Theiss) 1993, 127 S., 122 Abb.

Die Metallgewinnung hat auf deutschem Boden eine jahrtausendealte Tradition, die seit der Steinzeit im Gelände zahlreiche Spuren hinterlassen hat. Von deren Untersuchung ausgehend hat sich in Deutschland der noch junge Forschungszweig der Bergbauarchäologie gebildet, dessen Ziele und Methoden in diesem Band erstmals allgemeinverständlich zusammengefaßt werden. In den 15 enthaltenen Beiträgen reicht dies zeitlich vom steinzeitlichen Silixbergbau über die frühe Kupfer- und Eisengewinnung bis hin zur provinzialrömischen Metallwirtschaft und zur mittelalterlichen Silberproduktion. Neben eher allgemein gehaltenen Fragen zur Technikgeschichte, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie zur Umweltproblematik wird die Bandbreite der Metallgewinnung an zahlreichen, gut gebilderten Beispielen geschildert, deren räumliche Lage von der Norddeutschen Tiefebene (Eisengewinnung) über Helgoland (Bunt- und Edelmetallproduktion) bis zu den Alpen (früher Kupferbergbau) reicht. Das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg ist mit zahlreichen Erwähnungen von Funden im Schwarzwald und am Oberrhein sehr gut vertreten, was sicher auch mit der Tätigkeit der beiden Herausgeber am Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Freiburg zusammenhängt. Auch die anderen Autoren sind Fachleute der Bergbauarchäologie, so zum Beispiel Dr. Dieter Planck vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und Dr. Hansjosef Maus vom Geologischen Landesamt Baden-Württemberg. Der Band enthält neben einem Verzeichnis der weiterführenden Literatur eine Übersicht über Schaubergwerke und Bergbaumuseen in Deutschland.

A. Kozlik

6. Literatur und Musik

Walter Hampele, Gwages Houlz. Gedichte in hohenlohisch-fränkischer Mundart, Gerabronn, Crailsheim (Hohenloher Druck- und Verlagshaus) 1992, 93 S.

A Baam wi a Riis. Hohenloher Gedichte von Walter Hampele mit Holzstichen von Ruth Scheffold, Mosbach (Blei-Verlag Karl Kretschmer) 1994, 39 S.

Zwei neue Bücher von Walter Hampele sind hier anzuzeigen – ganz unterschiedlich in Thema und Inhalt und doch auch eng verwandt. Die jüngste Veröffentlichung, eine bibliophile Kostbarkeit in der kleinen Auflage von 400 Exemplaren – zugunsten des Fördervereins zur Erhaltung der mittelalterlichen Kirchen in Hall e. V. herausgegeben – enthält elf literarische »Baumporträts« in hohenlohischer Mundart, gespiegelt, variiert und kommentiert in acht schwarzweißen Holzstichen, was interessante Einblicke in die Aussagemöglichkeiten des einen wie des anderen Mediums ergibt. Hampeles Gedichte haben alle ein ganz konkretes Motiv. Das zeigt die Genauigkeit der Darstellung. Aber er beschreibt nicht einfach, sondern bringt in jedem der auch in Textur und Duktus verschiedenen Texte auf andere Weise den Baum in den Wahrnehmungs- und Erlebnishorizont des Lesers: teils erzählend über das sich erinnernde oder betrachtende lyrische Ich, teils einführend-erlebend, teils unmittelbar darstellend im poetischen Bild. Das ergibt Naturgedichte von hoher Intensität und schöner Anmutung, die zugleich anregen zum Nachdenken über das Verhältnis von Mensch und Natur. Man geht als Leser wohl nicht zu weit, wenn man zumindest einige der Texte auch allegorisch liest: Bäume als Sinnbilder menschlichen Lebens.

Eine solche Deutung wird durch den Titel des anderen Gedichtbands gestützt: »Gwages Houlz« (Gewachsenes Holz) steht als Metapher für die Befindlichkeit des Menschen in der Spannung zwischen seiner Natur und seinen sozialen Erfahrungen, zwischen der selbstbewußt erfahrenen Individualität und dem Eingebundensein in ein allgemeines Schicksal, sei es das politisch-soziale Gefüge einer Zeit, sei es das Ausgeliefertsein an die natürliche Hinfälligkeit des Menschen. Walter Hampele setzt sich mit dieser Grundbefindlichkeit auseinander im Modus der Klage – teils elegisch, teils in verhaltenem Zorn. Der Bogen spannt sich von satirisch-aphoristischen Spruchweisheiten über sehr persönliche Erlebnislyrik bis zu lyrischen Momentaufnahmen aus dem allmählichen Untergang der dörflichen Welt Hohenlohes. Es sind notwendige Gedichte. Hier schreibt ein Autor über das, was ihn bedrückt angesichts des Alters, angesichts des gesellschaftlichen Wandels. Er schreibt authentisch und konkret aus genauer Erfahrung heraus. Und gerade deshalb kann der Leser diese Erfahrungen als exemplarische wahrnehmen, was sie mit- und nachvollziehen. Das gilt auch für die ganz persönlichen Gedichte wie die Erinnerungen an seinen Vater (S. 58–60), seinen Bruder (S. 61–63), einen Bauernschreiner (S. 64f.) oder das Gedicht »Judagschichtlich« (S. 49–51). Erinnerungen, die jeweils einen ganzen Bedeutungshorizont erschließen, die im Individuellen das Allgemeingültige erkennen lassen. Notwendige Gedichte auch im Sinne von zu leistender Trauerarbeit. Nicht zuletzt in einer und für eine Sprache, die unaufhaltsam dem gesellschaftlichen Wandel in Hohenlohe und dem damit verbundenen Sprachwandel zum Opfer fällt.

Hampeles Gedichte machen nachdenklich, ergreifen, stimmen traurig. Und trotzdem legt der Leser das Buch nicht deprimiert aus der Hand. Die Poesie der sprachlichen Bilder, die leise Faszination der Klänge und Rhythmen lassen ihn die Freiheit der Kunst erfahren als widerständigen Pfeiler im Sog der Vergänglichkeit.

N. Feinäugle

Musik in Baden-Württemberg. Jahrbuch Band 1 (1994) (im Auftrag der Gesellschaft für Musikgeschichte in Baden-Württemberg, hrsg. von Helmut Völk1), Stuttgart (Metzler) 1994. 310 S., zahlr. Abb.

Mit auf Betreiben des Historischen Vereines für Württembergisch Franken wurde im April 1993 in Tübingen die »Gesellschaft für Musikgeschichte in Baden-Württemberg« gegründet. Zu den geplanten Veröffentlichungen dieser Gesellschaft gehört als Jahrbuch die Reihe

»Musik in Baden-Württemberg«. Diese Zeitschrift sollte Aufsätze und Studien zur älteren, aber auch neueren Musikgeschichte des Landes enthalten, die sowohl dem arrivierten Musikwissenschaftler als auch dem musikwissenschaftlichen Nachwuchs ein Forum bieten. Mit dem 1994 erschienenen ersten Band wurden diese Vorsätze auf anschauliche Art umgesetzt, denn die 11 enthaltenen Beiträge präsentieren sowohl geographisch als auch zeitlich (17.–20. Jahrhundert) die Vielfalt der landeskundlichen Musikforschung. Die Themen reichen dabei von der Tätigkeit von Franz Liszt am Fürstlich Fürstenbergischen Hof zu Donaueschingen über die schwäbische Sängerbewegung, Hähnentänze im Lande und Forschungen zu historischen Musikinstrumenten bis hin zu einem verlorenen Inventarbuch der Musikalien aus dem Bestand der Pfarrkirche Ochsenhausen. Neben dem Beitrag des Leiters der Musikabteilung der Württembergischen Landesbibliothek Reiner Nägele über die dort vorhandenen Musikalien aus der Deutschordensbibliothek Altshausen sei noch der für die Region Württembergisch Franken wichtige Aufsatz von Andreas Traub über ein Musikalien-Inventar des 17. Jahrhunderts aus Langenburg erwähnt. Durch den vollständigen Abdruck des Inhaltes kann das Musikleben am gräflichen Hof zu Langenburg durch dieses Inventar sehr gut rekonstruiert werden. Die Verwüstungen und Plünderungen in Hohenlohe in der Zeit um 1688/89 schlagen sich dabei unter anderem im schlechten Zustand des Instrumentariums nieder. Der Band enthält neben Rezensionen und Mitgliederliste eine Jahresmusikbibliographie Baden-Württemberg für das Jahr 1993. Mit diesem Jahrbuch wurde auf gelungene Weise eine Lücke in den landeskundlichen Veröffentlichungen geschlossen.

A. Kozlik

Walle Sayer, Kohlrabenweisses. Menschenbilder, Ortsbestimmungen. Tübingen (Verlag Klöpfer & Meyer) 1995, 161 S.

Menschenbilder und Ortsbestimmungen nennt Walle Sayer seine Kurzprosastücke, oft nur über eine halbe Buchseite reichend und durchweg von dramatischer Kraft. Menschen betreten von links eine Bühne, halten sich eine Szene lang in der Mitte auf und gehen nach rechts ab, manche von ihnen betrunken oder wahnbesessen gestikulierend, wie es Alleingelassene tun. Der Autor schildert Menschentypen dörflichen Gepräges, Unikate, die er für beschreibenswert hält. Es sind die Verwandten und andere Begleiter seiner Jugend, es sind nicht nur Freunde, auch Widerparte seines Lebens später in einer Landkommune, falls sich Aktivitäten in einer Kulturkneipe im Raum um Horb am Neckar so einordnen lassen. Walle Sayer, ein Sprachdompteur ersten Ranges, lehrt Floskeln, Metaphern und verstärkte Adjektive den Kopfstand (Kohlrabenweisses, zuschlechterletzt). Doch abgesehen von aller Wortartistik und zwingenden Faszination vom Geschehen her, die ihn nach Meinung des Rezensenten als stärkste Kraft dieser Tage innerhalb der zentralwürttembergischen Literaturszene ausweist, ist Walle Sayer, ob er es will oder nicht, ein Volkskundler, ein Brauchtumsreferent und Vergangenheitschronist erster Güte. Seine katholisch geprägte Erziehung hat ihm frühe Rituale abverlangt, deren Gewaltfunktion er später durch genaues Beschreiben für sein Teil entschärft hat. Doch immer wieder durchschiessen Bilder von schwerverständlichen Verhaltensweisen und Reaktionen einer alten, im Vergehen begriffenen Agrar- und Fabriklergemeinschaft seine kurzen, aber poetisch durchstilisierten Berichte aus dem einstigen Hopfen- und heutigen Mais- und Rapsland Schwabens. Es ist schwierig, aus dem sehr schön gemachten Band des Thaddäus-Troll-Preisträgers Walle Sayer zu zitieren. Man sollte sich als Leser mit offenen Sinnen über dieses Buch hermachen und es Gang für Gang langsam auskosten, so wie man sich ein interessantes Feinschmeckeressen einverleibt. Es darf auch das Bauernvesper sein, das man Halbundhalb nennt. Und man sollte an all jene Dinge aus alten Tagen denken, die unwiederbringlich verloren sind, seien sie schlimm oder ein Stück vom Paradies gewesen.

D. Wieland

Wilhelm Staudacher, Kleinstadt-Geschichten, Uffenheim (Verlag Seebars) 1995, 112 S., mit Scherenschnitten von Alice Staudacher-Voit.

Er hat Rothenburger Originale beschrieben und sich davongemacht, ehe sich hat enträtseln lassen, wer mit wem, wann und wo und warum dieser oder jener einem seltsamen Leben inmitten braver Kleinstädter angehangen hat. So ist es aber nicht gewesen. Wilhelm Staudacher hat mit diesem seinem letzten Erzählband, dessen Erscheinen er nicht mehr erleben durfte, nicht »Adee« sagen wollen. Er gätte gern noch viele Jahre eines pensionierten Kämmerers seiner Heimatstadt genossen, viele Schaffensjahre eines gereiften, lebensweisen Dichters, der doch im Herzen jung und natürlich geblieben war. Als der Hagelorkan, der Rothenburg und sein Umland am 22. Juli 1995 heimsuchte, seine Kraft verloren hatte, war sein Opfer auch ein über die Schäden zutiefst verstörter Mann, der seine Stadt geliebt hatte wie kaum einer zuvor. Aus Liebe zu den alten Gassen und ihren Menschen schrieb er diese achtundzwanzig Miniaturen über Zeitgenossen seiner Jugend und späteren Tage, über eigenartige Gewohnheiten, ja fast Rituale, durch welche bizarre Einzelgänger aus der weniger auffälligen Bürgerschaft hervorstachen. Männerwesen, gern dem Alkohol ergeben, Jungfern wie verblichene Pressblumen aus alten Folianten. Und ab und zu verbrennt ein Mensch oder verschwindet anderweitig von der Bildfläche.

Wilhelm Staudacher als großer Mundartpoet hat diesem hochdeutschen Buch den Atem und Schwung seiner ostfränkischen Muttersprache mitgegeben, was immer wieder bis in das Satzgefüge und die Wortwahl hinein erlebbar wird. Und der Leser täusche sich nicht: was humoristisch zu klingen scheint, manchmal von Sarkasmus durchsättigt, ändert auf einmal den Ton, als begänne ein altes Volkslied, verhalten, dunkel und melodisch. Hinter der Gefäßtheit des Erzählers steht tiefes Mitgefühl mit Menschen, die sich dank ihrer Individualität in scharf beäugten Randzonen bewegten.

Wilhelm Staudachers Frau, die Scherenschnittkünstlerin Alice Staudacher-Voit, hat den Band mit Ansichten fränkischen Stadtgewinkels treffend illustriert und dem Leser auf diese Art das Milieustudium erleichtert. Ein einfühlsames Nachwort von Wolfgang Buhl bringt uns den Dichter noch einmal nahe.

Sei reich und sparsam, karg und kühn! Dieses Koranwort kennzeichnet das Lebenswerk Wilhelm Staudachers, der nie auf Knalleffekte, Schollengesänge und Schmunzelreimereien aus war wie so viele, die glauben, gedruckt sein zu müssen, sondern Kleinstadtgeschichten aufschrieb, ehe er aus seiner und unserer Welt gerissen wurde.

D. Wieland

7. Volkskunde

Julian Aicher, Andreas Dornheim, Christel Köhle-Hezinger und Joachim Schlör, Kultur im ländlichen Raum. Eine Konzeption, verfaßt im Auftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg (Studien und Materialien des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 1), Tübingen (Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V.) 1989, 112 S.

Kulturarbeit im ländlichen Raum kann auf mannigfaltige Weise gefördert und/oder entwickelt werden – zu diesem Thema liefert die Studie generelle Überlegungen mit einem kurzen historischen Rückgriff und aktuellen Beispielen. Dabei ist Kultur auf dem Land bewußt nicht als etwas »Tümelndes« definiert worden, sondern als Erhaltung des Bewahrenswerten in veränderten Zeitläufen, welche etwa geprägt sind durch starke Veränderungen der Sozialbasis, sprich: Eine »neue Mittelschicht« von Besserverdienenden, die in ländlichen Gemeinden an Zahl zunimmt und damit an Einfluß auf die klassische Vereinsarbeit, um nur ein Feld zu nennen.

Kulturarbeit wie die Autoren sie verstehen, soll nicht von oben gewährt beziehungsweise verordnet sein; Hilfe zur Selbsthilfe ist das Stichwort, als integrierendes Element für zum Beispiel unabhängige Initiativen. Angesprochen sind etwa »Minderheiten« und/oder Grup-

pen, welche von »normaler« Kulturarbeit ignoriert zu werden drohen: Jugendliche (mit dem ewigen Thema Jugendräume als Frei-Räume, die auf dem Land noch wichtiger sind als in der Stadt); Frauen (die wegen oftmals eingeschränkter oder fehlender Berufstätigkeit weniger Kontakte und Perspektiven haben); Ältere (die ihrerseits in verschiedene Altersstufen, mit verschiedenen Ansprüchen, zerfallen); oder Ausländer (mit dem Problem der doppelten kulturellen Identität). Als Katalysatoren von Kulturarbeit werden Vereine angesprochen, Volkshochschulen, Theatergruppen, Musikgruppen, ihre Vernetzung als ein wichtiges Ziel definiert.

Fazit? Kultur ist in dieser Studie mehr als nur schmückendes Beiwerk, sie wird in ihrer potentiellen Bedeutung als »Produktionsfaktor und Innovationspotential« (S. 100) gewürdigt. Und aus der Forderung nach Eigeninitiative ergibt sich das zweite Fazit – dem Vorzug von dezentralen Projekten von unten vor standardisierten Projekten. *P. Ehrmann*

8. Biographien und Familiengeschichte

Johannes Reuchlin 1455–1522 (Pforzheimer Reuchlinschriften 4), Nachdr. der 1955 von Manfred Krebs hrsg. Festgabe, neu hrsg. und erw. von Hermann Kling und Stefan Rhein, Sigmaringen (Thorbecke) 1994, 327 S.

1955 veröffentlichte die Stadt Pforzheim zum 500. Geburtstag Johannes Reuchlins eine Festschrift mit Beiträgen von Hans Rupprich (Johannes Reuchlin und seine Bedeutung im europäischen Humanismus), Karl Preisendanz (Die Bibliothek Johannes Reuchlins), Hansmartin Decker-Hauff (Bausteine zur Reuchlin-Biographie), Kurt Hannemann (Reuchlin und die Berufung Melanchthons nach Wittenberg), Manfred Krebs (Reuchlins Beziehungen zu Erasmus von Rotterdam; ein unbekannter Brief Reuchlins), Ottmar Sexauer (Pforzheim zur Zeit Reuchlins – ein Kulturbild), Kurt Hannemann (Das Bildnis Reuchlins – Ein Nachtrag und eine Nachbetrachtung), Hildegard Albers (Reuchlins Drucker Thomas Anselm unter besonderer Berücksichtigung seiner Pforzheimer Presse) und Wilhelm Maurer (Reuchlin und das Judentum). Da dieser Band bis heute als Markstein der Reuchlin-Forschung gilt, aber längst vergriffen ist, hat sich die Stadt zu einer Neuauflage im Rahmen der Reihe »Pforzheimer Reuchlinschriften« entschlossen. Ergänzt werden die Aufsätze der Festschrift durch drei Beiträge von Stefan Rhein, in denen die Entwicklung der Reuchlin-Forschung seit 1955 dokumentiert wird. In dieser aktualisierten Form wird dieser Band nach wie vor für jeden, der sich über Leben und Werk des großen Humanisten informieren will, unverzichtbar sein.

D. Stihler

Otto von Botenlauben. Minnesänger – Kreuzfahrer – Klostergründer. Im Auftrag der Stadt Bad Kissingen, hrsg. von Peter Weidisch (Bad Kissinger Archiv-Schriften, Bd. 1), Würzburg (Schöningh) 1994. 505 S. (mit Stammtafel).

Der reichhaltig bebilderte Band erschien anlässlich des 750. Todesjahres Ottos von Botenlauben im Auftrag der Stadt Bad Kissingen und eröffnet die neue Reihe »Bad Kissinger Archiv-Schriften«. 13 Autoren aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachbereichen untersuchen in insgesamt 17 Beiträgen verschiedene Aspekte des Lebens Ottos von Botenlauben. Allen gemeinsam ist dabei die Überzeugung, daß dieser sowohl in seiner politischen als auch in seiner kulturellen Bedeutung unterbewertet und zu lange von der Forschung vernachlässigt wurde. Diese zehrte lange Zeit nahezu ausschließlich von den Erkenntnissen Ludwig Bechsteins aus dem 19. Jahrhundert. Seine im positiven Sinne dilettantischen und, besonders was die Schaffung einer Quellengrundlage angeht, verdienstvollen, heute aber methodisch überholten, weil ganz im Zeichen der Verklärung des Mittelalters durch die Romantik stehenden Forschungen (E. Grund) haben das Bild Ottos von Botenlauben nachhaltig bestimmt. Die wissenschaftliche Diskussion wieder anzuregen und neuere Erkenntnisse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, war Leitlinie bei der Konzeption des Bandes.

Der Herausgeber P. Weidisch leitet die Reihe der Aufsätze mit einer Darstellung wichtiger Stationen und Aspekte des Lebens Ottos von Botenlauben ein, wobei er Ergebnisse der anderen Beiträge bereits in seine Darstellung miteinfließen läßt.

Einen Schwerpunkt innerhalb des Bandes bilden die Untersuchungen zur Burg Botenlaube. Th. Heiler versucht unter Verwendung sprachwissenschaftlicher Methoden, Namensentstehung und -bedeutung der Botenlaube zu klären und identifiziert einen Boto, bei dem es sich wahrscheinlich um Graf Boto von Kärnten aus der Zeit Heinrichs IV. handelt, als Namensgeber. Eine genaue Beschreibung der Topographie, der Abbruch- und Rekonstruktionsgeschichte der 1525 im Bauernkrieg zerstörten Burg und ihrer Kartierung liefert J. Wabra. Genau wie der auf der Grundlage der Verkaufsurkunde für das Jahr 1234 vorgenommene Rekonstruktionsversuch P. Rückerts, muß diese Studie aber zunächst als vorläufig gelten, da noch keine wissenschaftlichen Grabungen an der im 19. Jahrhundert stark veränderten Burg stattgefunden haben. Der 1234 eingeleitete und 1242 vollständig zum Abschluß gebrachte Verkauf der Botenlaube an den Bischof von Würzburg bildet in vier weiteren Beiträgen den gedanklichen Angelpunkt. Für R. Sprandel spiegelt sich in Otto von Botenlauben der Aufstieg und die selbstverschuldete Krise des Hauses Henneberg. Seit 1168 war es den Bischöfen von Würzburg gelungen, die Henneberger aus der 1103 erworbenen Hochstiftsvogtei zu verdrängen beziehungsweise das 1091 erworbene Burggrafentum faktisch zu entfunktionalisieren. Mit dem Verkauf von 1234 trägt Otto von Botenlauben – ebenso wie wenige Jahre zuvor sein gleichnamiger Sohn mit dem Verkauf seines Besitzes – wesentlich zum Gelingen der würzburgischen Hochstiftspolitik Bischof Hermanns von Lobdeburg bei. Die Machtbasis der Henneberger wurde geschwächt und die Entwicklung Würzburgs zu einem geschlossenen geistlichen Flächenstaat forciert. Th. Heiler betont allerdings in einem zweiten Beitrag, der die weitere Geschichte der Burg von 1234 bis 1525 behandelt, daß diese Entwicklung keineswegs kontinuierlich verlief. Angesichts der permanent desolaten Finanzlage der Würzburger Bischöfe, wurde die Botenlaube im 14. Jahrhundert zum beliebten Pfandobjekt. Der Erlös aus dem Verkauf der Botenlaube floß in die Klostergründung Frauenroth (E. Bünz) ein, deren rechtliche Zugehörigkeit zum Zisterzienserorden umstritten bleibt. H. Wagner, der von dieser Zugehörigkeit ausgeht, sieht als Hauptmotiv für die Klosterstiftung das Bemühen Ottos und Beatrix', eventuelle Erbauseinandersetzungen zwischen ihrem eng mit der Würzburger Kirche verbundenen Sohn und ihrem Bruder/Schwager Boppo VII. zu vermeiden. Die Gründung des Zisterzienserinnenklosters entzog das Vermögen dem direkten Zugriff des Bischofs und wurde gleichsam neutralisiert, was auch Boppo VII. akzeptieren konnte. Das berühmte Grabmal des Ehepaares in Frauenroth wird von R. Kahsnitz unter Berücksichtigung der Forschung ausführlich beschrieben, interpretiert und als eines der größten skulpturalen Kunstdenkmäler des 13. Jahrhunderts in Deutschland gewürdigt.

D. Huschenbett stellt den Minnesänger in den Mittelpunkt seines Beitrages. Er behandelt Überlieferung, Rezeption und musikalische Form der Lieder Ottos von Botenlauben und betont die lange unentdeckte Innovationskraft des Dichters auf dem Gebiet der Variation bekannter französischer Lyrik. C. Breitenfeld erweitert die Perspektive mit einer Untersuchung musikwissenschaftlicher Aspekte des Minnesangs zur Zeit Ottos von Botenlauben. Bedingungen adligen Lebens im 13. Jahrhundert geht R. Sprandel in seinem zweiten Beitrag anhand des zeitkritischen »Renners« aus der Feder Hugos von Trimberg nach. Daß Otto von Botenlauben nicht nur für die fränkische Landesgeschichte, sondern auch innerhalb des europäischen Machtgefüges bedeutend war, untermauern E. Bünz und B.-U. Hucker. Der Henneberger gehörte zu den wenigen Deutschen, die längere Zeit in den Kreuzfahrerstaaten lebten und dort zu Besitz- und Herrschaftsrechten kamen. Bünz untersucht erstmals ausführlich Umfang und Struktur dieses Besitzes im Königreich Jerusalem, den Otto durch seine Ehe mit Beatrix von Courtenay gewonnen hatte, und der 1220 an den Deutschen Orden verkauft wurde. Hucker charakterisiert den Henneberger als einen der Träger der imperialen Politik der Staufer in Palästina, wie in Europa. Auch wenn entscheidende

Stationen im Leben Ottos von Botenlauben nicht exakt datiert werden können, ist die Quellenlage insgesamt sehr günstig. Hucker hat auf dieser Basis in einem zweiten Beitrag die Regesten Ottos von Botenlauben erstellt.

Besonders hervorzuheben verdient die auf mehreren Vorarbeiten basierende Genealogie der Grafen von Henneberg (vgl. auch Stammtafel) von Wagner. Der Autor nimmt Stellung zu der Frage, inwieweit die Henneberger dem karolingischen Uradel entstammten, das heißt Nachkommen der Babenberger/Popponen waren. Diese ältere, in der jüngeren Forschung wiederaufgenommene These, verneint Wagner, zumindestens, was eine direkte agnatische Verwandtschaft angeht. Sein besonderes Interesse gilt in diesem Beitrag der Erforschung der weiblichen Mitglieder der Familie, für die bislang keine Arbeiten vorliegen. In kritischer Analyse der Quellen und in Auseinandersetzung mit der Literatur erarbeitet er eine Genealogie der Henneberger, die für die historische Forschung besonders wertvoll ist.

Bei gleichzeitig kontroverser Diskussion von Einzelfragen (zum Beispiel über das Datum der Heirat Ottos und Beatrix', über die Zahl der Söhne des Paares, über die Motive der Gründung Frauenroths etc.) liegt mit der Aufsatzsammlung ein in sich geschlossener Band vor, der der Intention des Herausgebers, die Forschung über Otto von Botenlauben anzuregen und seinen Bekanntheitsgrad zu vermehren, gerecht wird.

B. Weßler

9. Einzelne Orte

Hubert Bläsi und Christhard Schrenk, Heilbronn 1944/45: Leben und Sterben einer Stadt (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn, Bd. 6), Heilbronn (Stadtarchiv Heilbronn) 1995, 244 S.

Während der Luftkrieg gegen Heilbronn, insbesondere der verheerende RAF-Nachtangriff vom 4. 12. 1944, aus der Perspektive der Betroffenen in der Stadt mehrfach beschrieben wurde, sind die Abläufe auf Seiten der britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte bisher weitgehend unbekannt geblieben, was Mutmaßungen und Legendenbildungen freien Raum ließ. Diese Lücke wird nun durch die vorliegende Arbeit von Hubert Bläsi geschlossen. Entscheidungsabläufe, Planung, Strategie, Taktik und Technik sowie der Ablauf der Angriffe werden anhand teilweise erstmals verfügbarer Unterlagen aus britischen und amerikanischen Archiven akribisch rekonstruiert und beschrieben, wobei der vernichtende Schlag vom 4. 12. 1944 im Mittelpunkt steht. Auch die zahlreichen weiteren Attacken, die insbesondere dem Bahnhof und den Neckarbrücken galten, werden nachgezeichnet, ein umfangreicher Dokumentenanhang ermöglicht weitere Einblicke in die Funktionsweise der Militärmaschinerie. Der Verfasser hat sich in seiner Darstellung konsequent auf die Perspektive des damaligen Kriegsgegners beschränkt. Dies ermöglicht dem Leser, die damalige Sichtweise der alliierten Militärs nachzuvollziehen: Der Untergang einer Stadt wird zu einer Frage von Bombenzuladungen und -abwurfmengen, Zielmarkierungen, Einflugschneisen und meteorologischen Gegebenheiten. Andererseits sieht man eben nur die eine Seite des Geschehens. Hier ist zu fragen, ob eine Darstellung des gesamten Komplexes nicht doch zu bevorzugen gewesen wäre, denn die strikte Trennung zwischen den militärischen Operationen und deren Auswirkungen auf die Betroffenen scheint doch etwas problematisch – vom »Leben und Sterben einer Stadt« im Bombenhagel erfährt man recht wenig. Da es jedoch – wie erwähnt – einige Darstellungen des Luftkriegs aus Heilbronner Sicht gibt (vgl. die Rezension des Buchs von Uwe Jacobi in diesem Jahrbuch), sollte dieser Kritikpunkt nicht überbetont werden, denn Hubert Bläsi hat mit seiner fundierten, nüchternen und detailreichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsdarstellung der Stadt geliefert. Einblicke in das Alltagsleben im »Schicksalsjahr 1944«, wie es sich anhand der Berichterstattung des »Heilbronner Tagblatts« bis zur Katastrophe vom 4. Dezember darstellt, gibt der vorangestellte Aufsatz von Christhard Schrenk.

D. Stihler

Uwe Jacobi, Heilbronn 4. Dezember 1944. Protokoll einer Katastrophe, Heilbronn (Verlag Heilbronner Stimme) 1994, 142 S.

Uwe Jacobi ist, spätestens seit seiner Serie in der »Heilbronner Stimme« über die verschwundenen Ratsprotokolle des Dritten Reiches und das Kriegsende in Heilbronn, welche beide auch als Bücher im Verlag der HSt vorliegen, als Experte zum Thema ausgewiesen.

Beim Angriff vom 4. Dezember wurde der historische Stadtkern der alten Reichsstadt fast vollständig zerstört, über 7000 Menschen starben im Inferno. So umfassend schien die Stadt ausgelöscht, daß es nach dem Krieg ernsthafte Überlegungen gab, ein neues Heilbronn im Süden aufzubauen und die Ruinen als Gedenkstätte stehenzulassen.

In diesem Bändchen kommen über 150 Zeitzeugen der Katastrophe zu Wort, die im Anhang namentlich aufgeführt sind. In chronologisch beziehungsweise thematisch gegliederten Artikeln werden in jeweils kurzen Passagen Ereignisse und Episoden aus der Bombennacht und ihrer Vor- und Nachgeschichte lebendig. Diese Detailschilderungen verbinden sich zu einem wahrhaft erschütternden Dokument gegen den Krieg, jeden Krieg – eben durch die solide Nüchternheit, mit welcher der alltägliche Schrecken des Krieges widergespiegelt wird: Etwa das Austreten von Stabbrandbomben auf den Dachböden nach dem Angriff, der Anblick verkohlter Baumstümpfe, die sich bei näherem Hinsehen als Leichen herausstellen, oder die Problematik der Massengräberbestattung der über 7000 Opfer des Angriffs.

In Hintergrundartikeln werden weitere wertvolle Informationen gegeben. So erklärt sich die unverhältnismäßig hohe Zahl der Heilbronner Toten daraus, daß die Menschen sich in den Luftschutzkellern in Sicherheit wähnten – ein tödlicher Irrtum: Vergiftung durch Kohlenmonoxid und Überhitzung waren die tausendfache Folge. Mit dem vorliegenden Bändchen wird die Erinnerung an die Opfer auf beeindruckende Weise wachgehalten. *P. Ehrmann*

Michael Kamp, Die touristische Entdeckung Rothenburgs ob der Tauber im 19. Jahrhundert – Wunschbild und Wirklichkeit. Rothenburg o. T. 1996. 220 S., 40 Abb. DM 19,80.

»Rothenburg ist Saisonstadt, jeden Sonntag Großstadt, das Fremdenpublikum hier international«. Dieser Satz stammt nicht etwa aus einer aktuellen Werbebroschüre der Tauberstadt, sondern aus dem Jahre 1904. Zwar kamen noch nicht die zwei Millionen Tagesgäste, die heute Jahr für Jahr die Stadt ob der Tauber mit Bahn, Bus und Pkw ansteuern, doch hatte sich schon damals der Fremdenverkehr zu einer festen Größe etabliert. »Entdeckt« von Malern und Poeten, ab 1873 durch die Eisenbahn mit dem Weltverkehr verbunden und inszeniert von lokalen Patrioten – so lautete das Erfolgsrezept, das das verarmte neubayerische Provinzstädtchen Rothenburg ob der Tauber binnen weniger Jahrzehnte in ein teutonisches Nationaldenkmal verwandelte.

»Nur wer Rothenburg wirklich kennt, vermag einzusehen, wie deutscher Wald und deutsche Au, deutsches Leben und deutsche Kunst untrennbar ineinander verwoben sind«. So markig klang das Pathos zu einer Zeit, als Rothenburg noch zum Pflichtprogramm des Hochadels gehörte. Der spätere deutsche Kaiser Friedrich III., seine Schwiegertochter Kaiserin Auguste Viktoria und der bayerische Prinzregent Luitpold wandelten in seinen Mauern und erfreuten sich an der inszenierten Gemütlichkeit aus Fachwerk und Volksschauspiel.

Der Volkskundler Michael Kamp widmet sich in seinem Buch nicht nur dem Beginn des touristischen Zeitalters in Rothenburg im 19. Jahrhundert, sondern setzt sich auch kritisch mit dem damals geklitterten Geschichtsbild auseinander. So hat die seit jenen Tagen eifrig kultivierte vermeintlich reichsstädtische Herrlichkeit Rothenburgs mit ihren Helden und Mythen bis heute den Blick auf die jüngere Vergangenheit der Stadt verstellt. Nach wie vor macht das »reine« Mittelalter den Gefühls- und Marktwert der Tauberstadt aus. Das 1881 uraufgeführte Historische Festspiel »Der Meistertrunk« ist immer noch ein Kassenschlager und eine generelle »Lust am Unechten« längst stadtbildprägend. Im heutigen Konsumzeitalter scheint Rothenburg für die meisten Besucher ohnehin nicht mehr als eine »Rohrpoststation an der romantischen Straße« zu sein, wie der Kulturwissenschaftler und Tourismusforscher Dieter Kramer vermutet. *U. Marski*

Michael Kamp und Susanne Irion, *Zeit(tr)äume – Eine Landgemeinde zwischen Eisenbahnanschluß und Dorferneuerung*. Begleitbuch zur gleichnamigen Sonderausstellung des Schwäbischen Bauernhofmuseums Illerbeuren, die ab Januar 1996 wieder zu sehen ist. Kronburg-Illerbeuren (Schwäb. Bauernhofmuseum) 1995, 164 S., circa 220 Abbildungen.

Auf geht's in die Zukunft! Zuversichtlich blicken der Motorradfahrer und sein Sozios aus dem Jahr 1925 vom Titelfoto des Buches. Sie stehen stellvertretend für jene Illerbeurener (und Millionen ihrer Zeitgenossen), die in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts große Hoffnungen auf den technischen Fortschritt setzten. Bis vor wenigen Jahren sahen Freilichtmuseen ihre Hauptaufgabe darin, in Gebäuden und Ausstellungen Aspekte ländlichen Lebens aus früheren Jahrhunderten zu zeigen. Allmählich jedoch gehen sie dazu über, auch Themen aus gerade erst vergangenen Jahrzehnten aufzugreifen. Dabei stellt es einen großen Vorteil dar, daß für diese Spanne Zeitzeugen Auskünfte über das Geschehene geben können; außerdem liefern Fotografien gutes Anschauungsmaterial. Von Nachteil ist, daß gründliche Untersuchungen gerade über die Geschehnisse im ländlichen Raum für unser Jahrhundert in weiten Bereichen fehlen. So müssen Hand in Hand mit der Sichtung des reichhaltigen Materials – das, wie auch in Illerbeuren, in Form von Interviews und Fotografien meist bereitwillig zur Verfügung gestellt wird – Strukturen und Entwicklungen erst einmal geklärt werden.

Angesichts der fehlenden Vorarbeiten stellt das Unterfangen, eine Ausstellung und ein Buch über eine umfassende Ortsgeschichte in unserem Jahrhundert zu präsentieren, eine Pioniertat dar. Wie das Begleitbuch zeigt, ist sie je nach Themenbereich unterschiedlich gut geglückt. Die Beiträge, deren Schwerpunkt bei politischen und ökonomischen Geschehnissen liegt, konnten von bereits vorliegenden Untersuchungen profitieren. Besonders gelungen ist bei ihnen, daß vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund wie mit einem Brennglas immer wieder die lokalen Ereignisse in Illerbeuren herangeholt und so in einen übergreifenden Zusammenhang gestellt werden. Der Nationalsozialismus – in Heimatbüchern gern ängstlich umschiff – wurde für Illerbeuren sorgfältig mit Hilfe von Zeitzeugenberichten und Dokumenten aus Archiven recherchiert.

Die Texte, die sich schwerpunktmäßig mit häuslichen und kulturellen Belangen beschäftigen, fallen im Vergleich dazu etwas ab. Sie skizzieren meist den jeweiligen »Lebensstil«, indem sie eine flüchtige Aufzählung von Eindrücken aneinanderreihen; Zusammenhänge und Tendenzen werden so nur ausnahmsweise erkennbar. Statt der betont flotten und manchmal klischeehaften Bildunterschriften hätte man sich eher Aussagen und Erinnerungen der Fotobesitzerinnen und -besitzer gewünscht. Lesenswert ist hier vor allem die Rolle des Schwäbischen Bauernhofmuseums (gegründet 1955) als Teil der Dorfgeschichte.

Mit historischen Fotografien und Abbildungen von Ausstellungsstücken ist der Band wirklich vorzüglich ausgestattet: Seite um Seite offenbart sich ein Panoptikum der verschiedensten Aspekte des Landlebens im Allgäu innerhalb von knapp hundert Jahren. Insgesamt hat sich der Versuch, eine Landgemeinde im 20. Jahrhundert von allen Seiten zu beleuchten, als außerordentlich ergiebig und hochinteressant erwiesen – obwohl zur Vorbereitung von Ausstellung und Buch, wie zu hören ist, nur wenige Monate zur Verfügung standen.

U. Marski

Norbert Kandler und Jürgen Lenssen (Hrsg.), *Diözesan-Archiv Würzburg und seine Sammlungen*. Begleitband zur Ausstellung des Diözesan-Archivs Würzburg im Marmelsteiner Kabinett, Würzburg vom 20. Januar bis 5. März 1995, Würzburg o. J., 156 S.

Ein beträchtlicher Teil der Würzburger Archivalien ging durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs verloren oder wurde erheblich beschädigt. Mit dieser Ausstellung unternahm es das neue Diözesanarchiv, einen exemplarischen Überblick über seine erhaltenen, restaurierten und neuen Bestände zu vermitteln. Entsprechend ist der vorliegende Band auch kein Katalog, in dem sämtliche Exponate abgebildet oder erläutert würden, sondern auch hier finden sich nur einzelne Stücke, die stellvertretend für einzelne Sammlungen

aufgenommen wurden. Die jeweiligen Sammlungen werden in der Regel kurz erläutert, einige wenige ausführlich. Für Interessierte bietet der einführende Aufsatz des amtierenden Diözesanarchivars E. Soder von Güldenstube einen Überblick über die Geschichte des Archivs. Ein Kurzrepertorium listet für einen möglichen Benutzer in knapper Form den Bestand des Diözesanarchivs auf. Eine rundum geglückte Selbstdarstellung, die mit ihren ausgewählten Photographien und informativen Artikeln zur eingehenderen Beschäftigung anregt.

G. Lubich

Eberhard Knoblauch, Die Baugeschichte der Stadt Öhringen vom Ausgang des Mittelalters bis zum 19. Jahrhundert, 2 Textbände und 1 Abbildungsband, Stuttgart (Selbstverlag d. Verf.) 1991, 941 u. LXXX S., XLIV Pläne u. 313 Abb.

Im Jahr 1970 hat Eberhard Knoblauch seine Dissertation vorgelegt über »Die Baugeschichte der Stadt Öhringen bis zum Ausgang des Mittelalters« (s. Besprechung in »Württembergisch Franken Bd. 56, 1972, S. 145f.). Der damalige Rezensent Sch. nennt sie zurecht eine »... über die Aufgabe und den Umfang einer Dissertation hinausgehende Veröffentlichung«. Durch eine umfassende zeichnerische und bildliche Darstellung »... der Gestalt der Stadt Öhringen und ... ihren baugeschichtlich bedeutsamsten Bauwerken ...« (Knoblauch S. 13) können bisher auf Grund schriftlicher Quellen erarbeitete Mutmaßungen erhellt werden, wie der Rezensent feststellt. Er stellt weiter fest: »Das hat den Nachteil, daß der Bearbeiter die Geschichte nicht erforscht, sondern die sekundäre Arbeit übernehmen muß, ohne sie kritisch betrachten zu können«. Zu dem einführenden Abschnitt über die römische Zeit, der inzwischen durch neuere Forschungen zu ergänzen wäre, sagt Sch.: »Es ist nicht die Aufgabe eines Architekten, hier Neues auszusagen, das muß dem Archäologen vorbehalten bleiben«. Der Archäologe macht seine Aussagen und zieht seine Folgerungen primär anhand der Grabungsbefunde. Danach versucht er, diese mit der mehr oder weniger reichlich vorhandenen schriftlichen Überlieferung zur Deckung zu bringen. Ihm wird diese Methode als wissenschaftlich voll akzeptabel anerkannt. Der in der Bauforschung tätige Architekt geht nicht anders vor. Gegenüber dem in der Frühgeschichte tätigen Archäologen hat er sogar den Vorteil, in der Regel erheblich mehr Befunde zur Verfügung zu haben, aus dem er wesentliche Erkenntnisse über die Geschichte eines Bauwerks ablesen und den schriftlich – und damit einigermäßen abstrakt – bekannten und vom Historiker mehr oder weniger zutreffend ausgelegten Überlieferungen korrigierend zuordnen kann. Auch wenn es manchem Historiker schwerfällt, dem Architekten als Bauforscher gleiches zuzugestehen wie dem Archäologen, so zeigt bereits die Dissertation Knoblauch, daß bei gründlicher Arbeit beide gleichzustellen sind.

Jetzt liegt der zweite Teil der Lebensarbeit des Verfassers vor, in gleicher Aufmachung und Ausstattung, infolge der größeren Zahl der Baudenkmäler aber entsprechend umfangreicher. Ständen beim mittelalterlichen Teil die Stiftskirche und das Stift dominierend im Mittelpunkt, so sind es jetzt das Schloß und die Bauten des Hofes. In beiden Teilen geht der Verfasser nicht nach Art eines Inventars vor, indem er ein Bauwerk in monographischer Bearbeitung an das andere reiht, sondern in Schichten, so daß in jeder historisch begründet abgrenzbaren Phase das Stadtganze dargestellt und behandelt wird. Zusammen mit dem vorangestellten geschichtlichen Überblick hat so der Leser stets den Gesamtzusammenhang vor Augen, in welchem zur jeweiligen Zeit die Entwicklung der Stadt und ihrer Bauten zu sehen ist. Für den behandelten Zeitraum von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ist wesentlich zahlreicheres Archivmaterial erhalten, als für den vorausgehenden, so daß der Nachteil, den der Rezensent des mittelalterlichen Teiles festzustellen glaubte, jetzt keinesfalls mehr gegeben ist, was nicht bedeutet, daß der Verfasser die Sekundärliteratur außer acht gelassen hätte. Bei der Fülle des ausgebreiteten Materials ist es im Rahmen einer kurz gefaßten Besprechung der neuen Arbeit gänzlich unmöglich, die einzelnen Kapitel näher zu betrachten oder gar auf einzelne Bauwerke einzugehen. Soweit der Rezensent sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten selbst mit

einzelnen Bauwerken und Ensembles im Öhringen der hier behandelten Zeitspanne intensiv befaßt hat, mag er nur bedauernd festzustellen, daß dieses Kompendium nicht schon damals zur Verfügung stand.

Wenn der Rezensent Sch. 1972 sagt: »Die Freunde der Geschichte in Öhringen und vor allem die Stadt können sich über die Arbeit freuen. Es steht ihnen damit ein Werk zur Verfügung, das die vorausgehenden Veröffentlichungen ergänzt; so gilt dies auch für den jetzt vorliegenden 2. Teil. Darüber hinaus muß man sagen, daß dieses Gesamtwerk nicht nur die vorausgehenden Arbeiten ergänzt, vielmehr als ein in sich geschlossenes und schlüssiges Ganzes die Entstehung, Entwicklung und Baugeschichte Öhringens im Ganzen und seiner Bauten im Einzelnen gründlich und verläßlich in Form, Zeichnung und Bild darstellt, durch reichliche Quellenangaben jederzeit nachvollziehbar, wie dies meines Wissens für keine andere Stadt so vollständig der Fall ist.

W.-G. Fleck

Alexander Renz, Chronik der Stadt Heilbronn, Bd. 6: 1945–1951, bearb. von Susanne Schlösser (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn; Bd. 34), Heilbronn (Stadtarchiv Heilbronn) 1995, 672 S. u. Fototeil

Der vorliegende Band vereinigt dreierlei: Das (bearbeitete) Rohmanuskript einer Heilbronner Chronik der Jahre 1945–1951 von Alexander Renz (gest. 1977), 1945 bis 1954 Leiter des Stadtarchivs Heilbronn und damit Zeitzeuge; eine 58seitige Einleitung von Dr. Susanne Schlösser, mit kurzen thematischen Abrissen des historischen Kontextes sowie der lokalen Gegebenheiten; und zuletzt einen Bildteil mit 128 Fotos.

Zwischen April 1945 und Dezember 1951 spannt sich der Bogen dieser Chronik. Die Metropole des Unterlandes, am 4. Dezember 1944 fast vollständig zerstört, wurde vom 3. bis 13. April 1945 heftig umkämpft, bis sie endgültig von amerikanischen Truppen eingenommen wurde. – Im Dezember 1951, um ein Schlaglicht aus diesem Jahr herauszugreifen, waren in der Heilbronner Industrie wieder ebensoviel Arbeitskräfte beschäftigt wie 1939.

Um es gleich vorweg zu sagen: was hier vorliegt, bietet keine auch nur halbwegs abschließende Aufarbeitung dieser Jahre, es ist, wie in der Einleitung auch erwähnt, keine »lückenlose und erschöpfende Darstellung der Heilbronner Nachkriegsgeschichte«. Und das bedeutet, trotz der brauchbaren Einleitung, leider: Was Geschichtsschreibung doch wohl vollbringen soll und ausmacht – Auswahl, Wertung und Abwägung, Interpretation, Verknüpfungen, Entwicklungsstränge, Analysen – in der Form einer Chronik ist es nicht zu leisten, und es ist hier auch nicht geleistet worden. So verbleibt im Hauptteil lediglich der Eindruck einer Aneinanderreihung von an sich nicht uninteressanten Streiflichtern. Die Kräfte und Gruppen, die das Nachkriegsheilbronn geformt haben, bleiben weitgehend im Dunkeln. Auch als »Lesebuch« taugt dieser Band leider nur begrenzt, dazu fehlt ihm, vgl. o., eben das narrative Element. Dabei bietet der Band manches Interessante; um wahllos zwei Beispiele herauszugreifen: eine Darstellung der Organisation der amerikanischen Militärverwaltung auf lokaler Ebene oder das mühsame »Anlaufen« der ersten zaghaften deutschen Verwaltung nach der Besetzung.

Der 128 Fotografien umfassende Bildteil (den man sich durchaus umfangreicher gewünscht hätte), zeigt dem Betrachter neben vielen altbekannten Ansichten der zerstörten Stadt auch noch manche eher unbekanntes vom Wiederaufbau, wichtigen Persönlichkeiten sowie Szenen des sich bald wieder normalisierenden Alltagslebens.

Fazit: Ein letztes Wort zur Heilbronner Stadtgeschichte dieser wenigen, aber prägenden Jahre kann der vorliegende Band also nicht sein, leistet aber gleichwohl wertvolle Dienste als Mittelding zwischen Faktensteinbruch und einer – hoffentlich noch folgenden – wissenschaftlichen Darstellung der Aufbaujahre.

P. Ehrmann

Helmut Schmolz (Hrsg.), Heilbronner Schaulplätze. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Heilbronn, Weinsberg (Jahrbuch Verlag) 1991

Am 4. Dezember 1944 wurde die Altstadt von Heilbronn in einem zwanzigminütigen Inferno von der englischen Luftwaffe ausgelöscht. Was die vorausgegangenen Angriffe, der

letzte vom 30. Oktober, verschont hatten, ging nun unter. Der vorliegende Band bildet den Katalog zu einer im Juli 1991 eröffneten Ausstellung, welche in einer szenischen Dokumentation das Bild der verlorengegangenen Stadt wiedererweckte. Das Konzept dieser Ausstellung arbeitete mit stark vergrößerten Reproduktionen von historischen Gebäuden und Ansichten der alten Stadt in zeitgenössischen Fotografien, welche in ihrer räumlichen Anordnung dem Stadtgrundriß folgen: Ein Alt-Heilbronn im Kleinen und in Auswahl, präsentiert in einem dunklen Raum, in dem die Erfahrungswelt der Altstadtbewohner dreidimensional greifbar gemacht worden war. Verfasser konnte selbst, bei Besuchen der Ausstellung, wiederholt feststellen, wie intensiv bei Besuchern der älteren Generation die Erinnerung an die untergegangene Stadt in der Ausstellung geweckt wurde.

Es kann naturgemäß nicht vollständig möglich sein, diesen faszinierenden Ausstellungsansatz zwischen den Buchdeckeln eines Kataloges zu vermitteln. Dennoch bilden die hier versammelten 71 Fotos aus Alt-Heilbronn ein faszinierendes Bilderbuch der untergegangenen Stadt.

P. Ehrmann

Kuno Ulshöfer, »Ein Haus für Arme und Kranke ...«, kurze Geschichte des Hospitals zum Heiligen Geist in Schwäbisch Hall. Mit Abbildungen versehen von Herta Beutter, Schwäbisch Hall (Schriftenreihe des Vereins Hall e. V., Heft 14) 1995, 62 Seiten, Abb.

Kuno Ulshöfer hat sich als Historiker und als langjähriger Leiter des Stadt- und Hospitalarchivs Schwäbisch Hall immer wieder mit dem Spital als einer der wichtigen Institutionen unserer alten Städte befaßt, so unter anderem in Band 62 (1978) dieses Jahrbuchs. Das bedeutende Haller Hospital zum Heiligen Geist, das heute als Hospitalstiftung treuhänderisch von der Stadt Schwäbisch Hall verwaltet wird, verdankt ihm die wissenschaftliche Erschließung seines umfangreichen Archivs. Das von ihm bearbeitete große Urkundenbuch wird demnächst vorgelegt werden können. Der schmale Band in der stadtgeschichtlichen Reihe des Vereins Alt Hall e. V. gibt Kuno Ulshöfer die willkommene Gelegenheit, die wechselvolle Geschichte des Haller Hospitals in 7 Kapiteln chronologisch zu erzählen und dabei die Ergebnisse seiner breit angelegten Forschungen für jedermann zugänglich zu machen. Das Spital war in erster Linie ein Ort christlich motivierter Krankenpflege, es war auch Altersheim, Waisen- und Armenhaus. Über die Entstehung des ersten Haller Bürgerhospitals in frühstaufischer Zeit, das Johannes dem Täufer geweiht war, ist wenig bekannt; jedenfalls erfolgte 1228 eine Neustiftung durch ein reiches Haller Ehepaar. 1249 wurde der Johanniterorden Träger des Hospitals, seit 1317 trägt die Stadt Hall die Verantwortung für die nun dem Heiligen Geist gewidmete soziale Einrichtung. Ausführlich und anhand vieler Beispiele zeigt Kuno Ulshöfer die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren, die die Entwicklung des Spitals und das Leben im Spital bestimmt haben. Ihn interessieren die Menschen im Spital: Die Insassen, die versorgt, und medizinisch gepflegt werden, das Personal, das betreut und verwaltet. In den Stiftungsbriefen, den Spitalordnungen, den Rechnungsbüchern, den Dienstenden und Dienstverträgen findet er das »gelebte Leben«, den arbeitsamen, oft harten, immer streng reglementierten Alltag. Soziale Sicherung war auch damals nicht ohne Bürokratie zu haben und mußte bezahlbar sein. Die Ausgabe- und Eingaberegister zeigen, wie genau gerechnet wurde. Das wirtschaftlich erfolgreiche Spital hatte denn auch die Funktion einer Darlehenskasse und konnte nach dem großen Stadtbrand von 1728 einen stattlichen Neubau errichten, der, im 19. Jahrhundert zur heutigen Gestalt erweitert, nun die Stadtbibliothek und das Goetheinstitut beherbergt. Herta Beutter hat Ulshöfers Hospitalgeschichte sorgfältig illustriert und die Abbildungen von unter anderem Urkunden, alten Plänen, Stichen und Gegenständen aus dem Besitz des Hospitals kenntnisreich kommentiert, so daß sich der Text und die Abbildungen zum Vergnügen des Lesers vorzüglich ergänzen.

E. Göpfert

Aus der Arbeit des Historischen Vereins für Württembergisch Franken im Jahr 1995

1. Mitglieder

Der Mitgliederbestand hat sich im Jahr 1995 leicht nach unten bewegt.

Am 1. Januar 1995 hatte der Verein	1209 Mitglieder,
durch Tod und Austritt sind ausgeschieden	43 Mitglieder,
neu eingetreten sind	37 Mitglieder.
Der Verein hatte am 31. Dezember 1995	1203 Mitglieder.

2. Organe

In der Jahreshauptversammlung am 29. April 1995 in Murrhardt wurden der bisherige Vorsitzende Leitender Regierungsdirektor Albert Rothmund und sein Stellvertreter Rechtsanwalt Ernst Conrad auf ein Jahr wieder gewählt.

Im Laufe des Jahres 1995 wurden in den Ausschuß berufen:

Rektor Dieter Klein, Schrozberg,

Diplom Bibliothekar Andreas Kozlik, Oppenweiler.

Ausgeschieden ist:

Richard Seber, Ingelfingen.

3. Personalien

Der zwei Jahre beim Historischen Verein für Württembergisch Franken angestellt gewesene und heute noch für den Verein tätige Musikwissenschaftler Dr. habil. Andreas Traub, Bietigheim-Bissingen, erhielt eine auf ein Jahr befristete Professur an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Herr Leitender Archivdirektor Dr. Gerhard Taddey, Leiter des Staatsarchives Ludwigsburg, wurde zum Vorsitzenden der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg bestellt.

4. Geschäftsstelle

Mit dem Eintritt des Vorsitzenden in den Ruhestand zum 1. Juni 1995 mußte die bisherige Geschäftsstelle des Vereins in Schwäbisch Hall, Münzstraße 1, aufgegeben werden. Dank des Entgegenkommens der Stadt Schwäbisch Hall konnte im Gebäude Obere Herrngasse 8 in Schwäbisch Hall eine neue Geschäftsstelle eingerichtet werden, die in der Regel von 10 bis 12 Uhr geöffnet ist. Sie ist telefonisch über die Nummer (0791) 856394 erreichbar.

5. Schrifttum

Bei der Jahreshauptversammlung wurde der 79. Band des Jahrbuches Württembergisch Franken (Neue Folge) vorgestellt. Er enthält auf 582 Seiten 14 Beiträge, zahlreiche Buchbesprechungen, die Vereinsmitteilungen sowie ein ausführliches Orts- und Personenregister.

Die Redaktion lag in den Händen von Herrn Stadtarchivrat Dr. Andreas Maisch, Schwäbisch Hall.

Am 24. März 1995 wurde in Bad Mergentheim-Wachbach das Buch »Wachbach – Geschichte eines Dorfes« von Anita Bengel und weiteren Mitarbeitern (Band 10 der Schriftenreihe »Veröffentlichungen zur Ortsgeschichte und Heimatkunde in Württembergisch Franken«) vorgestellt.

Am 9. Juli 1995 fand im Deutschordensmuseum Bad Mergentheim die öffentliche Vorstellung des Partituren-Bandes mit acht doppelchörigen Messen von 1624 des Organisten beim Deutschen Orden Augustin Plattner statt. Im Anschluß daran wurde eine der Messen in einem Kirchenkonzert im Münster St. Johannes in Bad Mergentheim vom Münsterchor unter der Leitung von Kantor Michael Müller aufgeführt. Der Partituren-Band ist in der Notenreihe »Denkmäler der Musik in Baden-Württemberg« erschienen, die von der Gesellschaft für Musikgeschichte Baden-Württemberg herausgegeben wird.

Am 23. Oktober 1995 wurde im Rathaus Schwäbisch Hall das Buch »Salz und Salzgewinnung im nördlichen Baden-Württemberg – Geologie, Technik, Geschichte« von Theo Simon der Öffentlichkeit übergeben.

Der Verein ließ ein Poster mit der Abbildung der Kapelle St. Wendel zum Stein nach einem Aquarell des Haller Zeichenlehrers Johann Friedrich Reick aus dem Jahr 1887 herstellen, das im Hällisch-Fränkischen Museum erworben werden kann.

Der Jan Thorbecke Verlag stellte ein neues Verzeichnis mit den Büchern der Schriftenreihen des Vereins und des Hällisch-Fränkischen Museums her.

6. Jahreshauptversammlung

Die Jahreshauptversammlung fand am 29. April 1995 in der »Alten Abtei« in Murrhardt statt. Nach dem Vortrag des Rechenschaftsberichtes durch den Vorsitzenden wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter wurden auf ein Jahr wiedergewählt.

Herr Universitätsprofessor Dr. Franz Quarthal, Rottenburg am Neckar, sprach zum Thema »Die württembergischen Klosterämter«.

7. Schöntaler Tage

Ein herausragendes Ereignis waren die Schöntaler Tage 1995, die vom 25. bis 28. Mai 1995 zum fünften Mal stattfanden. Das Symposium fand eine große Resonanz. Das Thema war »Die Kirche im Dorf an Kocher, Jagst und Tauber – Geschichte und Kunst«. Das Symposium wurde veranstaltet vom Historischen Verein für Württembergisch Franken, dem Württembergischen Landesmuseum Stuttgart und dem Bildungshaus Kloster Schöntal. Die Konzeption und wissenschaftliche Leitung lag in Händen von Herrn Prof. Dr. Volker Himmelein, Direktor des Württembergischen Landesmuseums Stuttgart. In 12 Referaten und 4 Exkursionen wurde die Kirche im Dorf bau-, kunst- und allgemeineschichtlich untersucht und dargestellt. Es wurden folgende Referate gehalten:

- | | |
|--|---------------------------------------|
| »Historische Einführung« | Dr. Gerhard Taddey, Neuenstein |
| »Typologie der Dorfkirche« | Dr. Jörg Paczkowski, Wertheim |
| »Das Schiff der Kirche – Das Schiff des Lebens« | Prof. Dr. Volker Himmelein, Stuttgart |
| »Baugestaltung der mittelalterlichen Dorfkirche« | Dr. Isabella Fehle, Schwäbisch Hall |
| »Wandmalereien in mittelalterlichen Kirchen« | Prof. Dr. Volker Himmelein, Stuttgart |
| »Mittelalterliche Retabel« | Dr. Stefan Roller, Bamberg |

- »Die Kirche im Dorf als Mitte kulturellen und sozialen Lebens«
Dr. Gustav Schöck, Stuttgart
- »Die Würzburger Einflüsse auf den nachreformatorischen Kirchenbau«
Dr. Tilmann Kossatz, Würzburg
- »Portale, Kanzeln und Altäre Michael Kerns für Dorf- und Klosterkirchen in Württembergisch Franken«
Vera Schneider M. A., Plochingen
- »Die Altäre von Johannes Andreas Sommer«
Ursula Angelmaier M. A., Künzelsau
- »Kirchen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts«
Ulrich Gräf, Stuttgart
- »Theodor Fischers Jugendstilkirche in Gagggstatt«
Prof. Dr. Harald Siebenmorgen, Karlsruhe

Vier halbtägige Exkursionen führten

ins Gebiet des Taubertals nach: Messelhausen – Grünsfeldhausen – Grünsfeld – Ditigheim
Leitung: Dr. Jörg Paczkowski, Wertheim

in das Gebiet der Oberen Jagst nach: Lendsiedel – Gagggstatt – Mistlau – Beimbach – Amlishagen
Leitung: Dr. Konrad Betz, Schwäbisch Hall

auf die Kocher-Jagst-Ebene nach: Meßbach – Weldingsfelden – Kirchensall – Mulffingen – Jagstberg
Leitung: Richard Seber, Ingelfingen

in den Mainhardter Wald, das Rottal und den Rosengarten nach: Geißelhardt – Oberrot – Mittelrot – Rieden
Leitung: Albert Rothmund, Schwäbisch Hall

Am 27. Mai 1995 abends konzertierte das Würzburger Kammerorchester in der Klosterkirche mit Werken von Joseph Haydn (Konzert für Violine und Orchester C-dur), Claude Debussy (Petite Suite) und Franz Schubert (Sinfonie Nr. 3 D-dur).

8. Vortragsveranstaltungen

In Schwäbisch Hall fanden folgende »Offenen Abende« statt:

1. Februar 1995: Dr. Andreas Maisch, Schwäbisch Hall: »Handel in Hall um 1800«
1. März 1995 Dr. Armin Panter, Schwäbisch Hall: »Die Kirchberger Kunstkammer im 17. Jahrhundert – Sammler und Sammlung«
4. Oktober 1995 Dr. Martin Klein, Mainz: »Die römischen Legionen und der Limes in Baden-Württemberg«
8. November 1995: Dr. Raimund J. Weber, Heubach: »Historische Bibliotheken in Schwäbisch Hall«
6. Dezember 1995: Herta Beutter, Schwäbisch Hall: »Bäder und Bader in Hall«

9. Exkursionen

Am 24./25. Juni 1995 fand eine Exkursion nach Passau statt. Es wurden dort besichtigt das Kloster Niederburg (mit dem Grab der H. Gisela), der Dom, die Neue Residenz, das Diözeanmuseum, die Alte Residenz, die Kirche St. Paul, die Höllgasse, die Veste Oberhaus, das Rathaus, die Kirchen Maria Hilf, St. Severin, die Krypta St. Nikola. Auf dem Rückweg wurde die Kirche in Osterhofen besichtigt.

10. Arbeitskreis »Archäologische Denkmalpflege«

Der Arbeitskreis »Archäologische Denkmalpflege« führte folgende Veranstaltungen durch:
März 1995: Besichtigung der Ausgrabungen im Bereich des römischen Kastells in Mainhardt. Führung: Dr. Ingo Storck, Stuttgart

6. April 1995: Stadtführung in Schwäbisch Hall unter besonderer Berücksichtigung der Stadtbefestigung. Führung: Martin Roebel, Schwäbisch Hall
 13. Mai 1995: Besichtigung der Klosteranlage Bebenhausen und Stadtführung in Tübingen. Leitung: Martin Schupp, Tübingen
 24. Juni 1995: Wanderung zu den altsteinzeitlichen Höhlen im Lonetal. Führung: Horst Clauß, Mainhardt
 12. Juli 1995: Geschichte und Entwicklung des Klosters Gnadental. Führung: Rolf Werner, Schwäbisch Hall

11. Arbeitskreis »Glashütten im Mainhardter, Murrhardter und Welzheimer Wald«

Der Arbeitskreis »Glashütten im Mainhardter, Murrhardter und Welzheimer Wald« hatte im Dezember 1995 eine Arbeitssitzung, auf der über den Fortgang der Forschungsarbeiten und der anstehenden Publikationen beraten wurde.

Wegen Annahme der beruflichen Verpflichtung in Amman/Jordanien mußte der Leiter des Arbeitskreises, Herr Dr. Hans-Dieter Bienert, die Leitung des Arbeitskreises abgeben. Die Koordinierung der Arbeiten in diesem Arbeitskreis hat Herr Dipl. Bibliothekar Andreas Kozlik, Oppenweiler, übernommen. Der Verein dankt Herrn Dr. Bienert herzlich für sein großes Engagement in diesem Arbeitskreis. Er war die treibende Kraft. Der Verein wünscht Herrn Dr. Bienert beruflich alles Gute.

12. Arbeitskreis »Mühlenkunde«

Der von Herrn Dr. Gerhard Fritz, Murrhardt, geleitete Arbeitskreis Mühlenkunde hatte im Berichtsjahr keine eigene Veranstaltung. Er nahm am Zweiten Deutschen Mühlentag durch die Führung zu Mühlen im Schwäbischen Wald teil.

13. Ortsverband Murrhardt

Der Ortsverband Murrhardt führte in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Murrhardt folgende Veranstaltungen durch:

26. März 1995: Exkursion nach Freiburg/Breisgau. Leitung: Dr. Rolf Schweizer, Murrhardt
 17. März 1995: Einführungsvortrag zu der Exkursion nach Freiburg.
 12. Mai 1995: Hans-Dieter Bienert M. A., Murrhardt: »Von Glashütten und verschundenen Siedlungen«
 13. September 1995: Mitgliederversammlung
 12. November 1995: Exkursion auf die Schwäbische Alb. Leitung: Dr. Rolf Schweizer, Murrhardt
 3. November 1995: Einführungsvortrag zu dieser Exkursion

Bei der Mitgliederversammlung am 13. September 1995 gab Herr Dr. Fritz den Vorsitz des Ortsverbandes ab. Als neuer Vorsitzender wurde gewählt Herr Dipl. Bibliothekar Andreas Kozlik, Oppenweiler. Der Historische Verein für Württembergisch Franken dankt Herrn Dr. Fritz herzlich für sein ungewöhnlich großes Engagement zur Erforschung der Geschichte von Murrhardt. Dies drückt sich aus in mehreren namhaften Publikationen wie den Büchern »Kloster Murrhardt im Früh- und Hochmittelalter«, »Stadt und Kloster Murrhardt im Spätmittelalter und in der Reformationszeit«, »Die Einwohner des Klosteramtes Murrhardt und der Pfarrei Sulzbach/Murr vom 12. Jahrhundert bis 1561« sowie in einer Reihe von Beiträgen im Jahrbuch Württembergisch Franken. Erinnert sei auch an das

Werk »Geschichte der Grafschaft Löwenstein und der Grafen von Löwenstein/Habsburg vom späten 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts«. Herr Dr. Fritz gehört zu den profilierten Landesgeschichtlern des Historischen Vereins für Württembergisch Franken.

14. Ingelfinger Geschichtsfreunde

Der Ortsverband Ingelfingen führte folgende Veranstaltungen durch:

- 20. Januar 1995: Karl-Heinz Wüstner, Ilshofen: »Hohenloher Möbelschreiner und ihre bemalten Möbel«
- 10. März 1995: Vorsetzabend in der Kochertalkellerei: »Die Ingelfinger Schulen. Geschichte und Geschichten«
- 17. Mai 1995: Besichtigung der Restaurierungswerkstatt Volker Immel in Ilshofen
- 20. August 1995: Exkursion zu den Kirchen in den Teilorten der Stadt Ingelfingen. Führung: Richard Seber und Margarethe Rathe-Seber, Ingelfingen
- 8. Oktober und 17. November 1995: Dorfkirchen diesseits und jenseits der Hohen Straße in Diebach, Dörrenzimmern und Weldingsfelden. Führung: Richard Seber, Ingelfingen
- 10. November 1995: Dr. h. c. Hans Hagdorn, Ingelfingen: »Auf den Spuren der Muschelkalkseelilien«

15. Ortsverband Künzelsau

Der Ortsverband Künzelsau führte folgende Veranstaltungen durch:

- 31. März 1995: Arbeitskreis »Postgeschichte«. Leitung: Stefan Kraut M.A., Künzelsau
- 6. Mai 1995: Werner Paul, Künzelsau: »Die Stunde Null«
- 1. Dez. 1995 bis 10. Januar 1996: Ausstellung »Die Post in Künzelsau«
- 8. Juli 1995: Stefan Kraut: »Das Alte Rathaus«
- 30. Dezember 1995: Besichtigung der St. Josefs-Kirche in Künzelsau

16. Geschichtlicher Arbeitskreis Niedernhall

Der Geschichtliche Arbeitskreis Niedernhall führte folgende Veranstaltungen durch:

- 6. April 1995: »Niedernhall und das Ende des Zweiten Weltkrieges«
- Frühjahr 1995: Besuch der Ausstellung »So war's im Winter« im Hohenloher Freilandmuseum in Schwäbisch Hall-Wackershofen
- Sommer 1995: Besichtigung des Kern-Museums in Forchtenberg
- Oktober 1995: Ausstellung »Niedernhall 1945« im Rathaus

17. Gemeinschaftsveranstaltungen mit dem Crailsheimer Historischen Verein und der Volkshochschule Crailsheim

- 16. Januar 1995: Günter Stachel, Unterreggenbach: »Leben im Mittelalter«
- 9., 23. und 30. Januar 1995: »Einführung in archäologische Methoden«
- 13. März 1995: Dr. Horst Boog: »Die Luftkriegskonzepte der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und ihre Auswirkung auf Crailsheim«

18. März 1995: Crailsheim 1945, Stadtführung
 20. März 1995: Wilhelm Ehrmann: »Die Schlacht von Crailsheim 1945«
 23. März 1995: Führung durch das Museum im Spital durch Frau Sackstetter M.A.
 8. April 1995: Kriegsgräber auf dem Ehrenfriedhof (Besichtigung)
 8. Mai 1995: Dr. Peter Schiffer, Neuenstein: »Die Territorialpolitik Krafts II. von Hohenlohe«
 13. Mai 1995: Der ehemalige Fliegerhorst (Besichtigung)
 20. Mai 1995: Podiumsdiskussion über Desertion 1945 und im Golfkrieg
 2. Juli 1995: Exkursion zu den Riesklöstern Maihingen, Klosterzimmern und Auhausen sowie nach Wemding
 19. Juni 1995: Dr. Sponzel: Einführungsvortrag zu dieser Exkursion
 30. September 1995: Rothenburg, wie es keiner kennt (Exkursion)
 8. Oktober 1995: 100 Jahre Pyramide (Besichtigung)
 14. Oktober 1995: Ortsbegehung Goldbach
 16. Oktober 1995: Dr. Ulrich Müller: »Displaced Persons in Crailsheim 1945«
 13. u. 20. Nov. u. Hans Gräser, Kriebitz: »Erfindung von Stadt und Staat in Mesopotamien und Griechenland«
 4. Dezember 1995:

18. Gemeinschaftsveranstaltungen mit der Volkshochschule Künzelsau

20. März 1995: Dr. Thomas Schnabel: »Der Zweite Weltkrieg in Südwestdeutschland«
 17. Mai 1995: Das Hohenloher Zentralarchiv Neuenstein. Führung: Dr. Peter Schiffer, Neuenstein
 23. Oktober 1995: Dr. Werner Nowak: »Das Leben in der Ganerbenstadt Künzelsau«
 20. November 1995: »Einverleibt und Garantirt« – Hohenlohe 1800 bis 1849«. Filmvorführung mit Michael Hörrmann

19. Gemeinschaftsveranstaltungen mit der Volkshochschule Öhringen

20. März 1995: Das Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein. Führung: Dr. Peter Schiffer, Neuenstein
 14. Mai 1995: Öhringen im Detail. Führung: Werner Schenk, Öhringen
 27. September 1995: Dr. Peter Schiffer, Neuenstein: »Die Territorialpolitik Krafts des II. von Hohenlohe«
 1. Oktober 1995: Das Kriegsende 1945 in Öhringen. Führung: Werner Schenk, Öhringen

20. Gemeinschaftsveranstaltungen mit der Volkshochschule Bad Mergentheim

4. März 1995: Exkursion nach Coburg, Stadt und Veste

21. Veranstaltungen des Stadtarchives Schwäbisch Hall

7. April bis
 14. Mai 1995: Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Eingliederung – Flüchtlinge und Vertriebene im Altkreis Schwäbisch Hall« (in Zusammenarbeit mit dem Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall und dem Kreisarchiv Schwäbisch Hall)
 Mai 1995: Ausstellung »Unsere Feinde sollen nur Trümmer vorfinden ... Zerstörung und Wiederaufbau des Haller Rathauses 1945–1955« (in Zusammenarbeit mit dem Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall)

- 10., 17. und
 24. Mai 1995: Gesprächskreis »Erzählte Geschichte: Das Kriegsende 1945 in Schwäbisch Hall«
 Juli/August 1995: Ausstellung »Paul Wanner (1895–1990) und sein literarisches Werk« (in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Schwäbisch Hall)
 Oktober bis
 November 1995: Quellenlektüre »Haller Frauen im 18. Jahrhundert«

22. Geschichtspreis des Historischen Vereins für Württembergisch Franken

Der Geschichtspreis des Historischen Vereins für Württembergisch Franken wurde zum vierten Mal an die Gymnasien der Region verliehen. Die Preisträger sind:

- Miriam Dell*, Schwäbisch Hall, Erasmus-Widmann-Gymnasium Schwäbisch Hall
Martin Roebel, Schwäbisch Hall, Gymnasium bei St. Michael Schwäbisch Hall
Rainer Junghans, Fichtenberg, Gymnasium Gaildorf
Nora Piorka, Künzelsau, Evangelisch Kirchliches Aufbaugymnasium Michelbach/Bilz
Hans-Peter Vogel, Ingelfingen, Ganerben-Gymnasium Künzelsau
Carmen Ehrler, Mulfingen-Seidelklingen, Schloßgymnasium Künzelsau
Marcus Steinbrenner, Pfdelbach-Untersteinbach, Hohenlohe-Gymnasium Öhringen
Melanie Vogt, Stimpfach, Albert-Schweizer-Gymnasium Crailsheim
Tobias Speck, Tauberbischofsheim-Impfingen, Matthias-Grünwald-Gymnasium Tauberbischofsheim
Christopher Zapf, Tauberbischofsheim, Matthias-Grünwald-Gymnasium Tauberbischofsheim
Holger Münz, Hollenbach, Deutschorden-Gymnasium Bad Mergentheim
Lilia Melcher, Weikersheim, Gymnasium Weikersheim
Valeska Ungar, Lauda, Martin-Schleyer-Gymnasium Lauda-Königshofen
Niels Weller, Blaufelden, Gymnasium Gerabronn
Volker Böck, Kirchberg-Lendsiedel, Schloß-Schule Kirchberg/Jagst
Susanne Rein, Roigheim, Gymnasium Möckmühl
Markus Irmgrund, Sulzbach/Murr, Heinrich-von-Zügel-Gymnasium Murrhardt

23. Mühlenatlas für die Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis

Die Erstellung je eines Mühlenatlases für die Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis wurde in Angriff genommen. Für den Hohenlohekreis haben Herr Dipl.-Ing. Horst Geiger, Künzelsau-Gaisbach und Herr Kreisarchivar Groß, umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Die Städte und Gemeinden beider Landkreise wurden um die Benennung möglicher Bearbeiter für das jeweilige Gemeindegebiet gebeten. Bezüglich des Kreises Schwäbisch Hall fand am 30. Oktober 1995 ein einführendes Gespräch mit den in Betracht kommenden Bearbeitern statt.

24. Zusammenarbeit mit dem Verein Künstlerfamilie Sommer

Mit dem Verein Künstlerfamilie Sommer wurde eine Kooperation in den Bereichen Vorträge, Ausstellungen, Exkursionen vereinbart. Es sind gemeinschaftliche Veranstaltungen geplant. Als erste größere gemeinsame Veranstaltung wurde ins Auge gefaßt die Durchführung der Schöntaler Tage 1998 zum Thema »Epitaphien, Grabmäler, Kleindenkmale« (Arbeitstitel).

25. Förderer des Vereins

Der Historische Verein für Württembergisch Franken wurde 1995 durch nachstehende Institutionen und Personen finanziell gefördert:

Badisches Landesmuseum Karlsruhe
 Bausparkasse Schwäbisch Hall
 Bildungshaus Kloster Schöntal
 Dr. Breit, Ernst, sen., Schwäbisch Hall
 Dieterich, Paul, Schwäbisch Hall
 Dr. Ganzhorn, Gerhard, Stuttgart
 Dr. Hartmann, Else, Böblingen
 Hohenlohekreis
 Knorr, Eberhard, Ulm
 Kreissparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim
 Land Baden-Württemberg
 Landkreis Schwäbisch Hall
 LG-Stiftung Kunst und Kultur
 Main-Tauber-Kreis
 Optima-Maschinenfabrik, Schwäbisch Hall
 Sparkasse Hohenlohekreis
 Stadt Schwäbisch Hall
 Würth-Stiftung, Künzelsau-Gaisbach

26. Hällisch-Fränkisches Museum

Das Hällisch-Fränkische Museum in Schwäbisch Hall führte 1995 wieder eine Reihe von Ausstellungen durch:

29. Januar bis 12. März 1995: Ausstellung »Hohenlohe – das Kirchberger Kunstkabinett im 17. Jahrhundert«.

Diese Ausstellung zeichnete sich durch herausragende Kunstwerke wie etwa die kostbaren Elfenbeinschnitzereien von Johann Georg und Leonhard Kern sowie von Michael Maucher, aber auch erlesene Goldschmiedearbeiten wie »Die Schale von Breda« des Elias Marcus aus. Zu der Ausstellung ist ein Katalog unter Federführung von Herrn Dr. Armin Panter erschienen.

2. April bis 2. Juli 1995: Ausstellung »Meine Güte, was für Hüte«. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Hutes.

8. bis 22. Oktober 1995: Modellbahnausstellung »Der Bahnhof Hesselental um 1900« (in Zusammenarbeit mit dem Verein »Haller Eisenbahnfreunde e. V.«).

19. November 1995 bis 28. Januar 1996: Ausstellung »Vorhang auf – das Spiel beginnt« – Historische Puppentheater für Erwachsene und Kinder.

In der Ausstellung wurden historische Puppentheater gezeigt, insbesondere die »Leubesche Dockenkomödie« und Puppen des bekannten »Gerhards Marionettentheater«. Die Ausstellung wurde durch Aufführungen von Puppenspielen ergänzt.

An Neuerwerbungen ist vor allem das Wirtshausschild von dem ehemaligen Gasthaus »Zum Hirschen« in Rosengarten-Westheim aus dem 19. Jahrhundert zu nennen. Die Sicherung dieses guterhaltenen und handwerklich solide verarbeiteten Wirtshausschildes für das Hällisch-Fränkische Museum wurde durch das entschlossene Handeln des Haller Kunstschmiedes Emil Schmidt ermöglicht.

Von besonderer Bedeutung für das Hällisch-Fränkische Museum ist der in dem zwischen der Stadt Schwäbisch Hall und dem Historischen Verein für Württembergisch Franken geschlossenen Museumsvertrag vom 1. Juli 1981 in Fassung vom 1. Juli 1987 ausdrücklich

vereinbarte Ausbau der Stadtmühle zur Präsentation von Museumsstücken des Historischen Vereines für Württembergisch Franken. Im Juli 1995 befaßte sich der Gemeinderat mit diesem Thema. Es wurde beschlossen, die Rohbauarbeiten für diesen schon mehrfach verschobenen Museumsabschnitt auszuschreiben und im Dezember 1995 zu vergeben. Zu der Vergabe kam es jedoch nicht. Dieser Bauabschnitt wurde auf unbestimmte Zeit zurückgestellt, obwohl der bauliche Zustand der Stadtmühle dringend eine Sanierung des Gebäudes erfordert. So wichtige Bereiche wie die Judaika-Sammlung des Vereins, Hall und das Salz, Hall im 19. Jahrhundert, Schwäbisch Hall im 20. Jahrhundert, Haller Handwerk und Haller Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts können nicht dargestellt werden.

27. Dank

Diese umfangreiche und vielfältige Arbeit des Vereins wäre im Jahr 1995 nicht möglich gewesen ohne den engagierten und durchweg ehrenamtlichen Einsatz vieler Helfer und Helferinnen. Ihnen gilt mein besonderer Dank. Es sind dies:

– die Schriftleiter

Herr Stadtarchivrat Dr. Andreas Maisch, Stadtarchiv Schwäbisch Hall

Herr Oberarchivrat Dr. Peter Schiffer, Hohenlohe Zentralarchiv, Neuenstein

– die Verantwortlichen für das Museumswesen

Frau Museumsleiterin Dr. Isabella Fehle und

Herr stellvertretender Museumsleiter Dr. Armin Panter, Hällisch-Fränkisches Museum

Herr Dr. Konrad Betz, Schwäbisch Hall

– die Leiter der Arbeitskreise

Herr Konrektor Horst Clauß, Mainhardt

Herr Dr. Hans-Dieter Bienert, Murrhardt

Herr Studienrat Dr. Gerhard Fritz, Murrhardt

– die Leiter der Ortsverbände

Herr Studienrat Dr. Gerhard Fritz, Murrhardt, und

Herr Dipl. Bibliothekar Andreas Kozlik, Oppenweiler

Herr Studiendirektor Wolfgang Kunzfeld, Ingelfingen

Herr Stadtarchivrat Stefan Kraut M.A., Künzelsau

Herr Rektor a. D. Richard Messerschmidt, Niedernhall

– der Verantwortliche für die Exkursionen

Herr Rechtsanwalt Ernst Conrad, Schwäbisch Hall

– der Verantwortliche für die Offenen Abende

Herr Oberstudiendirektor Eberhard Göpfert, Schwäbisch Hall

– der Verantwortliche für die Gemeinschaftsveranstaltungen mit den Volkshochschulen und dem Crailsheimer Historischen Verein sowie für den Geschichtspreis des Historischen Vereines für Württembergisch Franken

Herr Studiendirektor Herbert Kohl, Schwäbisch Hall

– der Kassenverwalter

Herr Kreisverwaltungsrat Wolfgang Weirether, Schwäbisch Hall

– der Kassenprüfer

Herr Bankdirektor Kurt Rück, Schwäbisch Hall.

Albert Rothmund
Vorsitzender

Neue Mitglieder 1995

Angelmaier	Ursula	Künzelsau
Bahlinger	Andrea	Wolpertshausen
Baumann	Dr. Reiner	Niedernhall
Böck	Volker	Kirchberg/Jagst
Dell	Miriam	Schwäbisch Hall
Dietz	Dr. Bärbel	Künzelsau
Eckart-Siller	Birgit	Künzelsau
Ehrler	Carmen	Mulfingen
Fohrer	Erwin	Gerabronn
German	Prof. Dr. Rüdiger	Tübingen
Göz	Wolf	Aichtal-Grötzingen
Grieffenhagen	Herta	Bad Mergentheim
Heimatverein Waldbach		
Hoferer	Dr. Erich	Pfedelbach
Irmgrund	Markus	Sulzbach/Murr
Junghans	Rainer	Fichtenberg
Melcher	Lilia	Weikersheim
Meyer-Gebel	Dr. Marlene	Karlsruhe
Möller	Heiko	Gerabronn
Münz	Holger	Hollenbach
Piorka	Nora	Michelbach/Bilz
Rein	Susanne	Roigheim
Riekert	Werner	Schwäbisch Hall
Roll	Frieder	Gerabronn
Schaeff	Alexander	Schwäbisch Hall
Schaeff	Ursula	Langenburg
Schmidt	Rudi	Elpersheim
Speck	Tobias	Tauberbischofsheim
Steinbrenner	Marcus	Pfedelbach
Stihler	Daniel	Schwäbisch Hall
Ungar	Valeska	Lauda
Verein für Kirche und Kunst		Stuttgart
Vogel	Hans-Peter	Ingelfingen
Vogt	Melanie	Stimpfach
Weller	Niels	Blaufelden
Wörner	Gustl	Fichtenberg
Zapf	Christopher	Tauberbischofsheim

Orts- und Personenregister

Vorbemerkung: Adelsnamen sind unter dem Zunamen eingeordnet, auch Grafen, Herzöge oder Fürsten. Dagegen stehen Päpste, Bischöfe, Äbte, Ordenshochmeister sowie Könige und Kaiser unter ihren Vornamen.

- Aachen (Nordrhein-Westfalen) 144, 298
Abele, Johann Georg 193
Aberlin Jörg 91, 135
Adolzfurt, Bretzfeld, KÜN 305
Adriani, Götz 145
Aicher, Julian 342–343
Albert, Ruth 312
Alberti, Friedrich August v. 60
Alexander III., Papst 65, 69, 72, 75–77
Aller 196
Allmannshausen: Wittenhofen, Deggenhausertal, FN 12
Alsdorf 308
Aldorf (Bayern) 59
Andre, Josef 223
Andreä, Jakob 12, 18, 31
Angelus, Pater in Schöntal 70
Antoni, Michael 325
Antonius v. Padua, Hl. 154–155
Apin, Johann Ludwig 59
Arnold, Erzbf. v. Mainz 73
Arnold, Johann Georg 195
Aschhausen, Fam. v. 69
– Konrad v. 76
Augsburg (Bayern) 153–154, 160
Augustenburg, Hgz. v. 60
Avenarius, Johann 59
- Bach, Johann Sebastian** 57
Bad Cannstatt, Stkr. Stuttgart 222
Bad Friedrichshall, HN, s. Kochendorf
Bad Herrenalb, Stadt, CW 77
Bad Mergentheim, Stadt, TBB 226, 237
Bad Wimpfen, Stadt, HN 92–93, 103
Baden, Karl I., Mgf. v. 87
Bader, August 41
Barth, Karl 41
Bartholomäus, Hl. 141
Basel (Schweiz) 145–146
Bauer 230
Bauer, Nicolaus David 194
Bayerdörffer, Johann Jacob 183
Bayh, Gotthilf 293
Bazille, Wilhelm 228
Bebenburg, abgeg. Burg b. Bemberg: Rot am See, SHA 66, 69–70, 77
Bebenburg, Dietrich v. 67
– Engelhard v. 58
– Rudolf v. 68
– Sophia v. 68
– Wolfram v. 65–67, 69–72, 74
- Bechtle, Wilhelm 279, 281
Beck, Gertrud 317
Beethoven, Ludwig van 57
Beischlag s. Beyschlag
Bellevaux (Frankreich) 74
Belzner, Fam. 307
Bemberg: Rot am See, SHA 68
– s. Bebenburg
Benedikt Knittel, Abt v. Schöntal 65, 72
Berberich, August 268, 289
Berlichingen, Fam. v. 69
Berlichingen, Schöntal, KÜN 76
Berlin 79, 299
Bernegger, v. 27, 31
Bernhard, Henry 241, 244, 295
Bernhardus 71
Besigheim, Stadt, LB 255
Beyer 308, 314
– Fam. 307
– Karl Christoph 12, 32
Beyerle, Josef 223
Beyschlag, Jacob Franciscus 191
– Joseph Peter 195
Bielriet, Agnes v. 68
– Friedrich v. 68
Bieringen, Schöntal, KÜN 67, 74–76
Binswangen: Erlenbach, HN 70, 76
Bintz, Johann Eberhardt 195
Bläsi, Hubert 345
Blaubeuren, Stadt, UL 40
Boger 317
– Ernst 28, 58
Boiler, Gertrud 308
Bolz, Eugen 236
Bonensac 139
Bonhöffer 191
Bonn (Nordrhein-Westfalen) 260
Bootz, Georg Wolfgang 185
Bossert, G. 69
Boxberg, Crafto v. 67
– Konrad v. 67
Braasch, Otto 337
Brackmann, A. 71
Braunsbach, SHA, s. Jungholzhausen
Brechelberg, abgeg. bei Kloster Schöntal: Schöntal, KÜN 66
Brenner, Johann Heinrich 155
Brenz, Johannes 187, 191
Breslau (Schlesien) 302
Brest-Litowsk (Weißrußland) 227
Bretzfeld, KÜN, s. Adolzfurt

- Briet, Agatha Maria 185
 Bronnbach: Reicholzheim, Stadt Wertheim, TBB
 71–73, 77
 Brück, Fam. 317
 – Bertha 317
 Brühl, Andreas 159
 Buggenhofen (Bayern) 160
 Bühl, Maria Barbara 195
 Bulyowski de Dulycz, Matthias Michael Gideon
 17–18, 20, 22, 28, 58
 Burgkunstadt (Bayern) 11
 Burkert, Friedrich 313–314
 Butz 217
- Calw, Stadt, CW 222
 – s. Hirsau
 Cannstatt s. Bad Cannstatt
 Carl, Ernst Ludwig 60
 – Johann Samuel 60
 – Marie Dorothee 60
 Carle, Emma 227
 Chapuzet, Johann Karl 20
 Cicero, Marcus Tullius 17
 Clairvaux (Frankreich) 74
 Clostermeyer, Liese 40
 Coccius, Sebastian 12
 Comburg: Stadt Schwäbisch Hall, SHA 209
 Compiègne (Frankreich) 208
 Conrad, Susanna 195
 Crailsheim, Stadt, SHA 237
 Cramer, Max-Adolf 325–326
 Crispenhofen, Weißbach, KÜN, s. Halberg
 Crusius 18
 Cuhn, Joachim 154
- Dahenfeld, Stadt Neckarsulm, HN 76
 Dambach, Fam. 307
 Daniel, Otto 59
 Decker-Hauff, Hansmartin 75
 Demmler, Theodor 79, 114, 130, 132
 Demosthenes 18
 Deppert-Lippitz, Barbara 337–339
 Deurer, Johann Michael 185
 Dietle 158
 Dietrich, Abt v. Eckenweiher 73
 – Abt v. Maulbronn 71
 – Propst in Würzburg 67
 – Friedrich Christoph 58
 Dietz 52
 Dietzsch 31
 Dillingen a. d. Donau (Bayern) 153
 Dingler, Wilhelm 229, 234, 238
 Dinkelsbühl (Bayern) 141, 152
 Dobler, Michael 156
 Döllin, Susanna Magdalena 185
 Döpping, Fam. 307–308
 Dörr 42
 Dohl, Christl 49
 Donauwörth (Bayern) 160
 Donn, Frida 310
- Dornes, Carl 279
 Dornheim, Andreas 342–343
 Drach, Peter 121
 Dunz 255
- Eberhard, Magdalena 157
 Eberhardt, Adolf 41
 Ebrach (Bayern) 66, 70, 72
 Eckartshausen, Stadt Ilshofen, SHA 183
 Eckartsweller, Stadt Öhringen, KÜN 61
 Eckenweiher, aufgegg. in Mühlacken, Stadt, PF 73
 Eggel, Franz Karl 15, 21–22, 26, 28, 32–33
 Eggenhofer, Franz 310, 312
 Ehrmann, Peter 329–330, 342–343, 346, 349–350
 Eichhorn 59
 Eichstätt (Bayern) 154, 172
 Einem, Herbert v. 140
 Eisenhower, Dwight D. 299
 Elberschwenden: Röhlingen, Stadt Ellwangen, AA
 172
 Eligius, Hl. 124
 Ellwangen (Jagst), Stadt, AA 151–152, 155,
 158–160, 166, 170
 – s. Elberschwenden
 – s. Röhlingen
 – s. Schönenberg
 Emert, Michael 151
 Engel, Johann Matthäus 15–16, 34, 36
 Erdmannhausen, LB 51
 Erhardt, Ignaz 172
 Erlenbach, HN 69–70, 76
 – s. Binswangen
 Ernst, Johann Karl 15
 – Paul 43
 Ernstheim 226
 Erzberger, Mathias 45
 Eseler, Nikolaus 141
 Eselsdorf, abgeg. bei Zweiflingen, KÜN 76
 Essig 37
 Esslingen am Neckar, Stadt, ES 30
 Ettligen, Stadt, KA 303
 Eugen III., Papst 71
- Feinäugle, Norbert 340
 Fellbach, Stadt, WN 294, 297
 Ferdinand I., röm. Kaiser 12
 Fiedler, Eduard 277, 291
 Finkbeiner 313
 Fischer 32
 – Joseph 159–161
 Flattich, Albert 289
 Fleck, Walther-Gerd 348–349
 Flichmann 101, 111–112
 Florus 17
 Förch, Gerhard 308
 Forbes, Robert C. 306
 Forchtenberg, Stadt, KÜN 38, 225
 – s. Wohlmutshausen
 Francke, August Hermann 59
 Frank, Karl 263, 277, 291

- Frankfurt am Main (Hessen) 59, 257, 260, 268
 Franz v. Assisi, HI. 154–155
 Franz, Johann Michael 59
 Freiberg (Sachsen) 122
 Freiburg im Breisgau, Stkr. 58
 Frey, Adolf 41
 – Matthes 152
 Friedrich 152
 Friedrich I. Barbarossa, röm. Kaiser 65–67, 71,
 76–77
 Friedrich, röm. Kaiser 21, 72
 Friedrich, Kg. v. Württemberg 34–35
 Friedrichshall s. Bad Friedrichshall
 Friedrichsruhe: Zweiflingen, KÜN 33
 Fries, Lorenz 326
 Fritsch, Fam. 307
 Fritsch, Heinrich 305, 323
 Frohnmeier 310
 Fuchs, Carl 58
 – Eugen 303–305, 315, 322
 Füßsbach 310, 312
- Gabor, Ingo 151–173, 334–335
 Gaildorf, Stadt, SHA 237
 Gailenkirchen, Stadt Schwäbisch Hall, SHA 317
 – s. Gottwollshausen
 Gaßner, Klaus 331
 Gaus, J. 141
 Gebhard v. Henneberg, Bf. v. Würzburg 71–72
 Gehring, Rudolf 245, 253, 256
 Geiger, Franz Xaver Matthäus 170
 Geiler von Kaysersberg, Johann 146
 Geimer, Heinrich 52
 Georg, HI. 152
 Gerabronn, Stadt, SHA 237
 Gerhaert v. Leyden, Nicolas 119, 133
 German, Rüdiger 219–222
 – Wilhelm 219–222
 Gerstenberg, K. 125, 136
 Göller 317
 Gönnerwein, Otto 289
 Göpfert, Eberhard 328–329, 332, 334–336, 350
 Goppelt, Georg 41–43, 58–59
 Göppingen, Stadt, GP 221
 Goethe, Johann Wolfgang v. 59
 Göttingen (Niedersachsen) 59
 Götz 238
 Goldbach, Stadt Waldenburg, KÜN 307,
 311–312, 317
 Gommersdorf, Stadt Krautheim, KÜN 76, 67
 Gottersdorf, Stadt Walldürn, MOS 268
 Gottfried 7
 Gottwollshausen: Gailenkirchen, Stadt Schwäbisch
 Hall, SHA 184
 Gräter, Karlheinz 332
 – s. Grether
 Graf 308
 Graves, John 317
 Graz (Österreich) 58
 Grether 184
- Greyerz, Kaspar v. 329–330
 Griesinger 41
 Grimminger, Eugen 286
 Grimsehl, E. 219
 Groß, Johann Georg 195
 Grünbühl, Stadt Neuenstein, KÜN 310
 – s. Obereppach
 Gunther v. Henneberg, Bf. v. Speyer 72–73
- Hackert, Fam. 307
 Haen, Eugen 302, 322
 Häcker, Friedrich 229–230
 Häfele, Turban 159
 Hähnele, Karl 42
 Halbauer, K. 81, 135
 Halberg: Crispenhofen, Weißbach, KÜN 66
 Hammer, Hans 99, 133
 Hampele, Walter 340
 Hannover (Niedersachsen) 187
 Hans v. Aurach 88, 95, 120
 Hansselmann, Christian Ernst 28, 31, 59
 Harter, Josef 248, 253
 Hartmann 196
 Hatcher, James E. 305–306, 311
 Hauber 217
 Haustein, Paul 209
 Haußmann, Wolfgang 241, 244, 248, 267, 284,
 291
 Heidelberg, Stkr. 241
 Heilbronn, Stkr. 12, 32, 34, 50, 56–58, 60, 88,
 91–92, 95, 127–128, 130, 132–136, 149, 204,
 218, 233, 241, 248, 258, 293, 306
 Heinkele 255
 Heinoold 28, 31
 Heinrich Christoph v. Wolframsdorf, Propst in
 Ellwangen 171
 Heinrich I., Bf. v. Würzburg 74
 Heinrich II., röm. Kaiser 144
 Heinrich II., Bf. v. Würzburg 72
 Heinrich III., Bf. v. Würzburg 65, 67
 Heinrich, Johann Christoph 172
 Heinzmann, Georg 315
 Held 308
 Helmer, Joseph 311
 Henke, Patriz 159
 Henneberg s. Gebhard v. H.
 – s. Gunter v. H.
 Hennig, Lothar 335
 Hermannus 7
 Hermersberg: Stadt Niedernhall, KÜN 33, 303
 Hermes, Andreas 269
 Herold, Bf. v. Würzburg 67, 74–75
 Herrenalb s. Bad Herrenalb
 Herrenberg, Stadt, BB 102
 Herrenknecht, Albert 334
 Herrmann, Friedrich 223–295
 – Friedrich (Sohn) 240
 – Georg 226
 – Ludwig Gottfried 27–28
 – Rudolf 264

- Hertwic, Abt v. Schöntal 72, 77
 Herzig, Fr. 48–49
 Heuss, Theodor 223, 241–242, 260
 Heutingsheim, Stadt Freiberg am Neckar, LB
 130–135
 Heyd, Johann Michael 183, 186
 Hick 15, 32
 Hiller, Hermann 230
 – Johann Friedrich 59
 Himmler, Heinrich 303, 318
 Hirsau, Stadt Calw, CW 69–70
 Hirschmann, Maria 308
 Hitler, Adolf 45–46, 48, 298–299
 Hoefelden, abgeg. bei Kloster Schöntal: Schöntal,
 KÜN 72–74
 Hölscher 238
 Hofer, Franz 299
 Hoffmann, Anna Margaretha 183
 – Barthel 183
 – Maria Barbara 195
 Hohenheim: Plieningen, Stkr. Stuttgart 248
 Hohenlohe, Grafen v. 8, 13, 82, 87
 – Albrecht, Gf. v. 8–9
 – August, Fst. v. 35
 – Friedrich Ludwig, Fst. v. 60
 – Georg, Gf. v. 9
 – Kraft VI., Gf. v. 83–84, 88, 90–91, 137, 147
 – Ludwig Friedrich Carl, Fst. v. 28, 32–33, 60
 Hohenlohe-Öhringen, Hugo Felix August, Fst. v.
 246, 258, 281
 Hohenlohe-Waldenburg, Friedrich Karl, Fst. v.
 302, 308, 323
 Hohlwegler, Ermin 277, 291
 Hoinhart, abgeg., Ort unbek. 76
 Holl 155
 Homann 59
 Homer 18
 Homet, Pierre Nicolas d' 20, 34
 Honorius Augustodensis 144
 Honorius III., Papst 75
 Horaz 17, 58
 Horlacher, Hans 182
 Horn, Johann Friedrich 195
 Huber 307
 – Anton 273
 – Hans 152
 Huberinus, Caspar 8–9
 Hüttlingen, AA, s. Unterlengenfeld
 Hufnagel 307, 317
 Huttenlau 37
 Hutzelsieder, Georg David 195
 – Johann David 194

 Ilshofen, SHA, s. Eckartshausen
 – s. Oberaspach
 Imhof, Hans 117, 142
 Irion, Susanne 347

 Jacobi, Uwe 346
 Jagsthausen, HN 57

 Jena (Thüringen) 58–59
 Johanek, P. 75
 Johannes v. Nepomuk, HI. 170, 173
 Johannes, HI. 155
 John, Herwig 326
 Johst, Hanns 45
 Joseph, HI. 170
 Jungholzhausen, Braunsbach, SHA 304

 Kagen, Georg Michael 153
 Kaisheim (Bayern) 71
 Kamm, Gottlob 255
 Kamp, Michael 346–347
 Kandler, Norbert 347–348
 Karl d. Gr., röm. Kaiser 21
 Karl IV., röm. Kaiser 139, 143
 Karl V., röm. Kaiser 180
 Karlsruhe, Stkr. 247
 Kaufmann, Edmund 262, 271, 277
 Keil, Wilhelm 223, 259, 263
 Keller, Otto 58–59
 Kemmler-v. Criegern, Annette 79–150
 Kern, Robert 27, 36, 38, 58
 Kershner, Richard 316, 324
 Kesselfeld, Stadt Neuenstein, KÜN 310
 Kiemle, Otto 297
 Kieser 319
 Kilian, HI. 72
 Kirchensall, Stadt Neuenstein, KÜN 226, 248,
 294, 305
 – s. Langensall
 Kircher, Franz 310
 Klein, Johann 231, 238, 269
 Kleinknecht 42
 – Wilhelm 267, 274
 Klenk, Fam. 317
 Kling, Hermann 343
 Klützing, Klaus v. 60
 Knapp, Johann Georg 59
 Knittel, Benedikt, s. Benedikt K.
 Knoblauch, Eberhard 88, 348–349
 Koberger, Anton 121
 Koch, F. 218
 – Joseph Anton 155–156, 158
 Kochendorf, Stadt Bad Friedrichshall, HN 60
 Kochertürn, Stadt Neuenstadt am Kocher, HN
 76
 Köhle-Hezinger, Christel 342–343
 Köhler, Karl 315
 Kölzer, Theo 326
 Körner, Theodor 229, 234
 Kohlhaas, Fam. 307
 Kolb, Hans Bernhard 152
 Konrad III., dt. König 66, 69–70
 Konrad s. Conrad
 Kopp 308
 Kozlik, Andreas 325, 339–341
 Kraft, Adam 112, 117–120, 134, 142, 149
 – Klaus 335
 Krause, Rüdiger 337–339

- Krauß, Nathanael 31, 42–43, 45, 48
 Krauthelm, KÜN, s. Gommersdorf
 Krebs, Manfred 343
 Kruger, Reinhold 308
 Krumray, Jacob 185
 Kuder 308
 Küchenmeister v. Nortenburg 68
 Künzelsau, Stadt, KÜN 23, 225, 237, 243, 247,
 262, 297, 305, 317, 319
 Kürnberg, Gfn. v. 158
 Kupferzell, KÜN 59, 225
 – s. Mangoldsall
 – s. Westernach
- Lacher, G. 170
 Lahr/Schwarzwald, Stadt 290
 Lais, Eduard 290
 Landshut (Bayern) 144–146
 Langenburg, Stadt, SHA 23, 28, 58
 Langensall: Kirchensall, Stadt Neuenstein, KÜN
 310
 Lasch, Otto 303
 Lauggas, Johann Baptist 99–102
 Laurach: Stadt Waldenburg, KÜN 302, 311–312
 Lausen, Willi 245
 Lauterbach, Johannes 12, 58
 Leibbrand, Robert 253
 Leibfried, Eugen 292–294
 Leidig 307
 Lenssen, Jürgen 347–348
 Lenz, Johann Leonhard 19, 22, 26, 32
 Leonberg, Stadt, BB 91
 Lessing, Gotthold Ephraim 57
 Libmann, J. 115
 Lipp 308
 – Fam. 317
 – Otto 317
 Logheim, abgeg., Ort unbek. 76
 Longinus, Hl. 166, 170
 Lubich, Gerhard 326–328, 330, 347–348
 Luckert 230
 Ludwig XV., Kg. v. Frankr. 60
 Ludwigsburg, Stadt, LB 58, 67, 75, 130, 151,
 156, 205–207, 226, 247, 267
 Luise, Prinzessin v. Dänemark 60
 Lurtz 52
 Luther, Martin 187, 191
- Magdeburg (Sachsen-Anhalt) 138–139
 Maier, Reinhold 223–224, 236, 242, 246–248,
 262–266, 275–279, 287–288, 291–292
 Maisch, Andreas 175–199
 Majer, David 183
 Manegold, Bf. v. Würzburg 68
 Mangoldsall, Kupferzell, KÜN 310
 Mannheim, Stkr. 247
 Manz, Sebastian 156–158
 Marbach am Neckar, Stadt, LB 53
 Maria Magdalena, Hl. 166, 170
 Maria, Hl. 89, 155, 160, 166, 170, 172
 Marski, Ulrike 346–347
 Martius, Ralf 201–218
 Mattes, Wilhelm 271, 273
 Matthias v. Arras 139
 Maulbronn, Stadt, PF 66, 69, 71–73, 77
 Mayer, Adolf 51–54
 – Johann Friedrich 59
 Mayr, I. L. 160
 Melanchthon, Philipp 12
 Meran (Italien) 99
 Mergentheim s. Bad Mergentheim
 Merzbacher, Rolf 47
 Meyer 183–184
 Meyer-Gebel, Marlene 65–77, 330
 Mezger 49
 Michelbach an der Bilz, SHA 305
 Michelfeld, SHA 183, 322
 Möckmühl (Bayern) 319
 Mögling, Wilhelm Ludwig 35, 58
 Möller 302, 314, 317
 – Alex 270, 273, 275, 291
 Mörike, Eduard 328–329
 Molitor 159
 Moltenbrey 292
 Morzewski, Anna 313
 Moskau (Rußland) 50
 Mühlacker, PF, s. Eckenweiher
 Mühlhausen (Thüringen) 143
 Müller, Gebhard 223, 275–276, 281, 284,
 287–288, 291
 München (Bayern) 128, 247
 Muschler, Gottlieb 230–231
- Napoleon I., Kaiser d. Franz. 60
 Neckarsulm, HN, s. Dahenfeld
 Neidhardt, Georg Paul 15
 Neinhaus, Carl 238, 277, 291–293
 Nero, röm. Kaiser 168
 Neudörfer, Johann 117
 Neuenstadt am Kocher, HN, s. Kochertürn
 Neuenstein, Stadt, KÜN 12, 23, 58–60, 225, 248,
 294, 310
 – s. Grünbühl
 – s. Kesselfeld
 – s. Kirchensall
 – s. Langensall
 – s. Obereppach
 Neuler, AA 152, 155–156, 157, 159, 161,
 225–227, 229, 243, 293
 Neusaß: Schöntal; KÜN 66, 72–76
 New York (USA) 321
 Nieberlein, Johann Nepomuk 157, 165–166
 Niedernhall, Stadt, KÜN 225, 304
 – s. Hermersberg
 Nieth 196
 Nikolaus, Hl. 155, 172
 Nikopolis, Bf. v. 88
 Nivelungus 71

- Nortenburg s. Küchenmeister v. Nortenburg
 Nürnberg (Bayern) 59, 112, 117–119, 121, 128,
 134, 142–143, 149, 302
- Obenland 231, 238
 Oberaspach: Unteraspach, Stadt Ilshofen, SHA
 183
 Obereppach: Grünbühl, Stadt Neuenstein, KÜN
 310
 Oberer 49
 Oberkessach, Schöntal, KÜN 76
 Öhringen, Stadt, KÜN 7–63, 79, 225, 232,
 237–238, 242–243, 247, 248–249, 252–254, 257,
 262, 264, 271–272, 295
 – s. Eckartsweiler
 Öttingen-Wallerstein, Gfn. v. 158
 Oettinger 105, 114–116, 132–133
 Oexle, Judith 337
 Osterwinter, Emma 308
 Oswalt, Albert 244
 Ott 206
 – Anton 159
 Otto de Oringawe 7
 Otto, Bf. v. Würzburg 75
- Pabst 310, 312
 Pahl 35, 38
 Palmer 308
 Panter, Armin 334–335
 Parler, Heinrich II. 140
 – Peter 139–140
 Paulus, Hl. 156, 158, 161, 163, 168–169
 Petrus, Hl. 153, 168
 Petrus de Ebulo 326
 Pfaffenrot, Marxzell, KA 303
 Pfedelbach, KÜN 27, 37
 Pflüger, Albert 233, 235, 255, 258–259, 262,
 270–272, 280, 284, 288, 290
 Pforzheim, Stkr. 50
 Pietschmann 52
 Pilgram, Anton 79–80, 105, 115, 125–127, 130,
 132–134, 149
 Planck, Dieter 337–339
 Plautus 28
 Plieninger, Stkr. Stuttgart, s. Hohenheim
 Plutarch 18
 Prag (Tschechien) 58, 139–140
 Prael, Arnold Friedrich 156
 Preuner 37
 Probst 30
- Raberg, Frank 223–295
 Raiffeisen 272
 Rastatt, Stadt, RA 50
 Rath, Johannes 236
 – Wilhelm 287
 Rathenau, Walter 45
 Ravenstein, Agnes v. 68
 – Berengar v. 67
 Reeb 160
- Regensburg (Bayern) 82
 Reicholzheim, Stadt Wertheim, TBB, s. auch
 Bronnbach
 Reicke, S. 72
 Reinhard, Abt v. Bronnbach 71
 Reinhold, Gotthard G.G. 332–334, 337–339
 Reinsberg: Wolpertshausen, SHA 183
 Reiser 294
 Renner, Viktor 277, 291
 Renz, Alexander 349
 Rettenmaier, Philipp 156
 Rhein, Stefan 343
 Richolf, Dompropst in Würzburg 74
 Riederer, Jos. 153
 Riedmann, Anna Sybilla 186
 Riek 160–161
 Riemenschneider, Tilman 112
 Röhler 183
 Rößler, Walter 7–63
 Rößlerin, Apollonia 183
 Roll, Minna 308
 Rosenbach, Gabriel v. 7
 Rot am See, SHA, s. Bebenburg
 – s. Bemberg
 Roth, Leonhard 308
 Rottweil, Stadt, RW 129–130, 133–135
 Rueß, Hans 289
 Ruthenus, Johannes 8–12, 18, 32
- Sailer, Hans Christoph 152
 Salem, FN 77
 Sallust 17
 Saluer, Hans Jakob 152–153
 Sanden, Ulrich v. 297–324
 Sannwald, Adam 195
 Sayer, Walle 341
 Schaefer, Carl 294
 Schäfer, v. 207
 Schöffner, Hermann 334
 Schäfersheim, Stadt Weikersheim, TBB 68
 Scheel, Günther 63
 Scheidemann, Philipp 208
 Schenkel 277
 – Gotthilf 263
 Scherg, L. 73
 Schiller, Friedrich 57, 235
 Schillinger, Johann Jakob 26, 29–30, 58
 Schleif, C. 128
 Schlichtherle, Helmut 337
 Schlör, Joachim 342–343
 Schlösser, Susanne 349
 Schlözer, August Ludwig 59
 Schloßstein, Johann Philipp 193
 Schmid, Carlo 223
 Schmidt, Franziska 258
 – Walter 54–55, 63
 Schmolz, Helmut 349–350
 Schneider, Hermann 251
 Schnellbach, R. 127, 130, 132
 Schnepf 170

- Schoch 308
 Schöck, Christian 40–42, 58–59
 Schön, Johann Georg 186
 Schönenberg: Stadt Ellwangen (Jagst), AA 161
 Schönhuth, Othmar F. 69
 Schöntal, KÜN 40, 65–77
 – s. Berlichingen
 – s. Bieringen
 – s. Brechelberg
 – s. Hoefeldern (abgeg.)
 Schoettle, Erwin 250
 Schomburg, Walter 327
 Schrader, Wilhelm 60
 Schreiner, Kurt 57, 63
 Schrenk, Christhard 345
 Schürmann, Astrid 337–339
 Schütte, Bernd 327–328
 Schütz 308
 Schuller, Manfred 335–336
 Schulz, Friedrich 303
 Schulze-Delitzsch 272
 Schwäbisch Hall, Stadt, SHA 12, 32, 54, 56–57,
 175–199, 201–219, 221, 237, 255, 314–315, 322
 – s. Comburg
 – s. Gailenkirchen
 – s. Gottwollshausen
 – s. Steinbach
 Schwaigern, Stadt, HN 92, 94, 133
 Schwarz 183, 209
 – Anton 302
 Schweizer, Peter 231, 238
 Schweningen: Neuler, AA 151–173
 Schwerin, Gf. v. 298
 Seckhel, Johann Martin 195
 Seeliger-Zeiss, A. 81, 127
 Seiferheld, Laurentius 195
 Seiler 36
 Seydel, Kurt 48, 51–53
 Sibodo, Abt v. Schöntal 72
 Siebzehnrübl, Adalbert 303, 310, 312
 Siegfried, Bf. v. Würzburg 66
 Sifrid, Abt v. Maulbronn 71
 Sigebodo 71
 Simek, Rudolf 328
 Simon, Hans-Ulrich 328–329
 Simpfendörfer, Wilhelm 223
 Sinn, Gertrud 312
 Smith, Adam 60
 Sonnemann 285
 Sorg, Fridolin 308
 Specht, Stephanie 42
 Speyer (Rheinland-Pfalz) 12, 70, 121
 Sporer, Bernhard 88, 90–95, 103, 120, 133, 149
 Stähli, Marlis 326
 Stampfer 235
 Stang 183
 Staudacher, Wilhelm 342
 Stein (Hof) 66
 Steinbach: Stadt Schwäbisch Hall, SHA 209
 Steiner 308
 Stellwag, Susanna Magdalena 185
 Stemmler 8–9
 Stephan, Friedrich 290
 Stepper, Eugen 317
 Stetter, David 263
 Steuer, Heiko 339
 Stiefel, Fam. 307–308
 Stihler, Daniel 325–329, 331, 335–337, 343, 345
 Stoetzer, Leo 297
 Stooß, Heinrich 229–230, 234, 238, 242,
 244–245, 248–250, 253, 261, 264, 266–269, 274,
 279, 282–286, 290, 293–295
 Storz, Martin 275, 282
 Straßburg (Frankreich) 51, 99, 119, 133–134,
 141–142, 145–146, 149
 Streckfuß, Friedrich 243, 247
 Strobel, Eugen 153, 270
 – Wilhelm 230, 237
 – Wolfgang 152
 Ströbele, Franz 285
 Struensee, Johann Friedrich, Gf. v. 60
 Stubenvoll 160
 Stützer, Johann Michael 184
 Sturm, Wilhelm 290
 Stuttgart, Stkr. 34–35, 38, 51, 53–54, 57–58,
 60–61, 91, 102, 135–136, 204–205, 209, 218,
 241–244, 247–248, 252, 257, 261, 264, 319
 – s. Bad Cannstatt
 – s. Hohenheim
 Suckale, Robert 79
 Syfer, Hans 149

 Taurinus, Leonhard 12–14, 19, 24, 32
 Terenz 17, 28
 Teurer s. Deurer
 Textor, Johann Wolfgang 59
 – Katharina Elisabeth 59
 Theoderich v. Ansbach, Propst 67
 Theune-Großkopf, Barbara 337–339
 Thomson, Edward E. 306
 Thumb, Veit 151
 Toller, Ernst 45
 Trittler, J. 65
 Troescher, G. 132
 Tröscher, Jürgen 329
 Trossingen, Stadt, TUT 221
 Tübingen, Stadt, TÜ 13, 58, 61, 102, 122, 132,
 221–222, 248, 280

 Ulm, Stkr. 32, 58, 134, 140, 247
 Ulmer, Friedrich 152
 Ulrich, Fritz 223, 263, 277, 291
 Ulshöfer, Kuno 350
 Unteraspach, Stadt Ilshofen, SHA, s. Oberaspach
 Unterkessach, Stadt Widdern, HN 76
 Unterlengenfeld: Hüttingen, AA 151
 Urach, Stadt, RT 58, 102

 Vaas, Anton 158
 Veit, Hermann 263, 277, 291

- Versailles (Frankreich) 48, 235
 Victoria, dt. Kaiserin 60
 Vöge, W. 127, 132
 Vogel, Stephan 183
 Vogelmann, Hans Jörg 184
 Vogt, Josef 209, 280

 Wagner 196
 – U. 326
 Wagner, Xaverius 156–158
 Waiblingen, Stadt, WN 247
 Waldenburg, Stadt, KÜN 225, 297–324
 – s. Goldbach
 – s. Laurach
 Waldsassen (Bayern) 71
 Walldürn, MOS, s. Gottersdorf
 Wallerstein (Bayern) 155
 Warschau (Polen) 58
 Weber, Carl Julius 20, 23, 59
 – Siegfried 50
 Weidisch, Peter 343–345
 Weikersheim, Stadt, TBB 58
 – s. Schäfersheim
 Weinmann 183
 Weinsberg, Stadt, HN 66, 69–70
 Weinsberg, Fam. v. 70
 – Dietrich v. 69
 – Engelhard v. 72
 – Wolfram v. 66, 69–70
 Weiß, Hans Michel 184
 – Johann Michael 165
 Weißbach, KÜN, s. Halberg
 Weißenberger, P. 65, 67, 72
 Weizsäcker, Carl Friedrich Gottlob 60
 – Carl Friedrich v. 61
 – Carl Heinrich v. 29, 40, 61
 – Christian Ludwig Friedrich 60
 – Gottlieb Jakob 60
 – Hugo 61
 – Julius 61
 – Karl 28
 – Richard v. 61
 Welf VI., Hzg. v. Schwaben 69
 Weller, Karl 41, 58
 Wenger 183

 Wenzel IV., böhm. König 170
 Werber, Friedrich 281
 Wertheim, TBB, s. Bronnbach
 Westernach, Kupferzell, KÜN 314
 Weßler, Barbara 343–345
 Wibel, Johann Christian 7–8, 12, 22, 25, 21, 58
 Widdern, HN, s. Unterkessach
 Wider, Fritz 229–230, 234
 Wiedemeier, Franz 263, 266
 Wieland, Dieter 341–342
 Wien (Österreich) 79, 105, 125–127, 130, 133
 Wilck, Gerhard 298
 Wild, Karl Friedrich 15
 Wimpfen s. Bad Wimpfen
 Winckler, Gregorius 152
 Winkelmann, Friedrich Wilhelm 59
 Wittenberg (Sachsen-Anhalt) 8, 12–13, 58
 Wittenhofen, FN, s. Allmannshausen
 Wohlfahrt, Jürgen 334
 Wohlmutshausen, Stadt Forchtenberg, KÜN 243
 Wolf, Adolf 41–42
 Wolfert 317
 Wolframsdorf s. Heinrich Christoph v. W.
 Wolpertshausen, SHA, s. Reinsberg
 Woltz, Laurentius 195
 Worms (Rheinland-Pfalz) 66, 69
 Wörner 183
 Württemberg, Helene, Gfin. v. 90
 – Ulrich V., Gf. v. 87, 91
 Würzburg (Bayern) 65–67, 72, 74, 76, 88, 90
 Wulz 273
 Wurst, Fam. 317
 – Gisela 317

 Xenophon 18

 Young 311

 Zentler, Christian 228
 Ziegler, W. 326
 Zimmermann, Ulrich 339
 Zürich (Schweiz) 221
 Zweiflingen, KÜN, s. Eselsdorf
 – s. Friedrichsruhe

Verzeichnis der Mitarbeiter

Schriftleitung

Dr. Andreas Maisch, Stadtarchiv Schwäbisch Hall, Am Markt 5, 74523 Schwäbisch Hall

unter Mitarbeit von

Daniel Stihler, Stadtarchiv Schwäbisch Hall, Am Markt 5, 74523 Schwäbisch Hall

Peter Ehrmann, M. A., Kapellenweg 42, 72070 Tübingen

Prof. Dr. Norbert Feinäugle, Doggenriedstr. 45, 88250 Weingarten

Dr. Walter-Gerd Fleck, Knappenweg 75, 70569 Stuttgart

Ingo Gabor, M. A., Hagenbacher Ring 86, 74523 Schwäbisch Hall

Prof. Dr. Rüdiger German, Lieschingstr. 2, 72076 Tübingen

Eberhard Göpfert, Konradweg 5, 74523 Schwäbisch Hall

Anette Kemmler-von Criegern, M. A., Albrecht-Dürer-Str. 10, 72076 Tübingen

Andreas Kozlik, Schiffrahn 110, 71570 Oppenweiler

Dr. Gerhard Lubich, Historisches Seminar der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50931 Köln

Ulrike Marski, M. A., Rückershagen 10, 74582 Gerabronn

Ralf Martius, M. A., Hällisch-Fränkisches Museum, Keckenhof, 74523 Schwäbisch Hall

Dr. Marlene Meyer-Gebel, Staatsarchiv Ludwigsburg, Arsenalplatz 3, 71638 Ludwigsburg

Dr. Armin Panter, Hällisch-Fränkisches Museum, Keckenhof, 74523 Schwäbisch Hall

Dr. Frank Raberg, Talstr. 9, 73450 Neresheim-Dossingen

Dr. Gotthard G. G. Reinhold, Siegelsberger Str. 34, 71540 Murrhardt

Walter Rößler, Nelkenstr. 12, 74613 Öhringen

Ulrich von Sanden, Gemünderstr. 10, 74653 Ingelfingen

Barbara Weßler, Historisches Seminar der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50931 Köln

Dieter Wieland, Pürckhauerstr. 11, 91541 Rothenburg o. d. T.

Richtlinien der Redaktion für die Gestaltung von Manuskripten

Beiträge sind an die Schriftleitung unter der Anschrift: Schriftleitung Württembergisch Franken, Stadtarchiv Schwäbisch Hall, Am Markt 5, 74523 Schwäbisch Hall, einzusenden. Das Jahrbuch Württembergisch Franken publiziert nur Beiträge, die bisher unveröffentlicht waren und nicht gleichzeitig anderen Herausgebern angeboten werden.

Die Manuskripte müssen vollständig, korrigiert und druckfertig sein. Graphik- und Bildvorlagen sind gegebenenfalls beizufügen. Die Herstellung einwandfreier Manuskripte, die Beschaffung geeigneter Bildvorlagen und die Einholung erforderlicher Reproduktionsgenehmigungen sind Sache der Autoren. Anzahl und Art der Bilder müssen mit der Redaktion abgesprochen werden. Nachträgliche Verbesserungen und Ergänzungen im Drucksatz fallen dem Verfasser zur Last.

Das Verlags- und Nachdruckrecht an veröffentlichten Beiträgen liegt beim Historischen Verein für Württembergisch Franken.

Jeder Verfasser erhält von seinem Beitrag unentgeltlich dreißig Sonderdrucke. Weitere Sonderdrucke, die spätestens bei Rücksendung der Umbruchkorrektur bestellt werden müssen, werden in Rechnung gestellt.

Textteil

Format:	DIN A 4, einseitig beschrieben, 6 cm linker Rand.
Schrift:	Keine Proportionalschrift. Schriftgröße wie bei Schreibmaschinenschrift (12 Punkte-Schrift).
Zeilenabstand:	eineinhalb- oder zweizeilig.
Absätze:	neue Zeile.
Anmerkungsziffern:	i. a. am Satzende, hochgestellt, ohne Punkt und Klammer, vor Satzzeichen.
Literaturzitate:	zwischen Anführungszeichen.
Quellenzitate:	ohne Anführungszeichen, kursiv (unterstreichen und am Rand »kursiv« vermerken bzw. Wellenlinie).
Abkürzungen:	nur die allgemein üblichen (usw., i. a., z. B.).
Literatur- Quellenverzeichnisse:	nur bei sehr umfangreichen Beiträgen. An Literaturzitate in den Anmerkungen angleichen.
Abbildungen:	Der Autor sollte die ungefähre Stelle, an der die Abbildung eingefügt werden soll, deutlich anzeigen. Beim Seitenumbruch können allerdings Verschiebungen nötig werden.

Anmerkungen

Auf gesonderte Blätter, hinten an Textteil anfügen. Die Anmerkungen dürfen nicht unter dem Text stehen und nicht kleiner oder enger als der Text formatiert werden. Keine Proportionalschrift!

Format:	DIN A 4, einseitig beschrieben, 6 cm linker Rand.
Zeilenabstand:	eineinhalb- oder zweizeilig.
Anmerkungsziffer:	vorgestellt, ohne Punkt und Klammer.

Literaturzitate

Namen von Autoren und Herausgebern kursiv. Vornamen abkürzen.

Zitate aus selbständigen Werken (Muster):

E. Gradmann: Die Kunst- und Altertumsdenkmale der Stadt und des Oberamtes Schwäbisch Hall, Esslingen 1907

Zitate aus Zeitschriften (Muster):

G. Bossert: Zur Geschichte des sogenannten Straußenkrieges (1514–1517), in: WVjH 8 (1885), S. 96–101

Zitate aus Sammelwerken (Muster):

K. Ulshöfer: Die Salzstadt Hall, in: K. Ulshöfer, H. Beutter (Hrsgg.): Hall und das Salz. Beiträge zur hällischen Stadt- und Salinengeschichte, Sigmaringen 1982, S. 9–13

bei einem Herausgeber: (Hrsg.)

bei zwei oder drei Herausgebern: (Hrsgg.)

bei mehr als drei Herausgebern: nur den ersten Herausgeber aufführen und »u. a. (Hrsgg.)« anhängen.

Zitate aus Reihenwerken (Muster):

R. J. Weber: Die Schwäbisch Haller Siedenserbleihen. Bd. 1: Studien zur Rechtsnatur und zur Besitzgeschichte (Forschungen aus Württembergisch Franken 14), Sigmaringen 1981, S. 76–84

Folgt auf die Bandangabe noch ein Bandtitel, steht zwischen Haupttitel und Bandangabe ein Punkt. Besitzt der Band keinen eigenen Titel, steht vor der Bandangabe ein Komma.

Zitatwiederholungen (Muster):

Weber (wie Anm. 5), S. 77

Bei Mehrfachnennung in kurzem Abstand kann der Klammerhinweis auf die Erstnennung weggelassen. Werden mehrere Werke desselben Verfassers zitiert, Kurztitel bilden:

Weber: Siedenserbleihen (wie Anm. 5), S. 77

Auflagenhinweis:

Bei der zweiten und weiteren Auflagen Zahl vor dem Erscheinungsjahr hochstellen:

G. Franz: Der deutsche Bauernkrieg, Stuttgart ¹⁰1975, S. 215

Mehrere Zitate in derselben Anmerkung werden durch Strichpunkt (Semikolon) getrennt.

Jede Anmerkung beginnt mit einem Großbuchstaben und wird mit einem Punkt abgeschlossen.

Quellenzitate

Abschriften aus Quellen müssen buchstabengetreu erfolgen, Abkürzungen sind in eckigen Klammern aufzulösen.

»U« und »v« werden entsprechend ihrem Lautwert normalisiert (also: »und«, nicht: »vnd«).

Groß- und Kleinschreibung, Zeichensetzung und Zusammen- oder Getrenntschreibung können dem modernen Gebrauch angeglichen werden.

Stärkere Modernisierungen sollten in einer Anmerkung benannt und begründet werden.

Manuskripte auf Diskette

Die Redaktion begrüßt die Abgabe von Manuskripten auf Diskette. EDV-Manuskripte können als ASCII- oder WORD-Dateien auf MS-DOS-Disketten eingereicht werden. Sie müssen immer von einem Ausdruck begleitet werden, der entsprechend den obigen Richtlinien für Text und Anmerkungen eingerichtet ist.

Folgende Auszeichnungen sollten in der Datei enthalten sein:

[[ü1]]	Überschrift ersten Grades
[[ü2]]	Überschrift zweiten Grades
[[ü3]]	Überschrift dritten Grades
[[a]]	Absatzende
[[ku]]	kursiv
[[ka]]	Kapitälchen
[[s]]	Sperrung
[[u]]	unterstreichen
[[h]]	hochstellen
[[e]]	Ende der Auszeichnung (nur für [[a]] nicht erforderlich). Funktioniert wie schließende Klammer: Wenn mehrere Textauszeichnungen verlangt wurden, auch mehrmals schließen.

Literaturangaben im Kopf von Rezensionen

Muster

Manfred Hörner, Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847) (Schriftenreihe der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 29), Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht), 1987. 539 S., mehrere Tab. und Schaubilder.

Der Nachname des Verfassers wird gesperrt.

Abkürzungen

Folgende Abkürzungen können ohne Erläuterung verwendet werden. Sonstige Abkürzungen möglichst vermeiden oder in einer vorangestellten Anmerkung ein Abkürzungsverzeichnis einfügen. Die Endung -isch kann in den Anmerkungen abgekürzt werden, also »französ.« und »Schwäb. Hall«, aber nicht »franz.« oder »Schw. Hall«.

A	= Archiv
Abb.	= Abbildung/Abbildungen
BWKG	= Blätter für württembergische Kirchengeschichte
DWG	= Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte
ebd.	= ebenda
GLAK	= Generallandesarchiv Karlsruhe
Hrsg.	= Herausgeber
Hrsgg.	= Herausgeber (Plural)
HStAS	= Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Jh.	= Jahrhundert
KB	= Kreisbeschreibung
OAB	= Oberamtsbeschreibung
S.	= Seite
StA	= Staatsarchiv
StAL	= Staatsarchiv Ludwigsburg

StadtA	=	Stadtarchiv
Tab.	=	Tabelle/Tabellen
UB	=	Urkundenbuch
WFr	=	Württembergisch Franken
WGQu	=	Württembergische Geschichtsquellen
WJbb	=	Württembergische Jahrbücher
WUB	=	Württembergisches Urkundenbuch
WVjH	=	Württembergische Vierteljahreshefte
ZGO	=	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZWLG	=	Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte